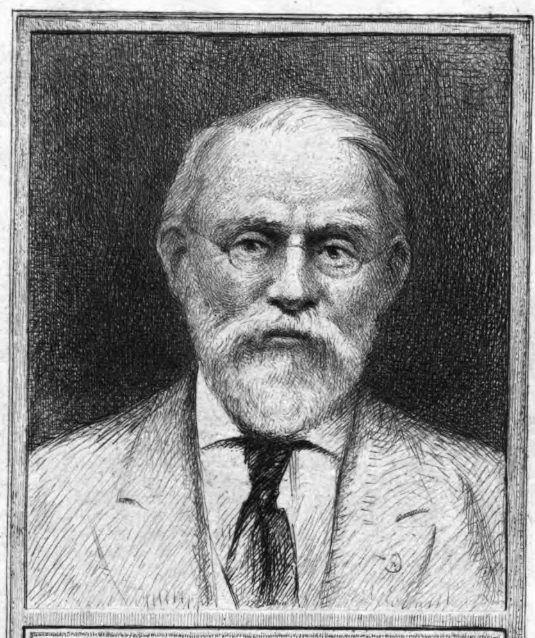
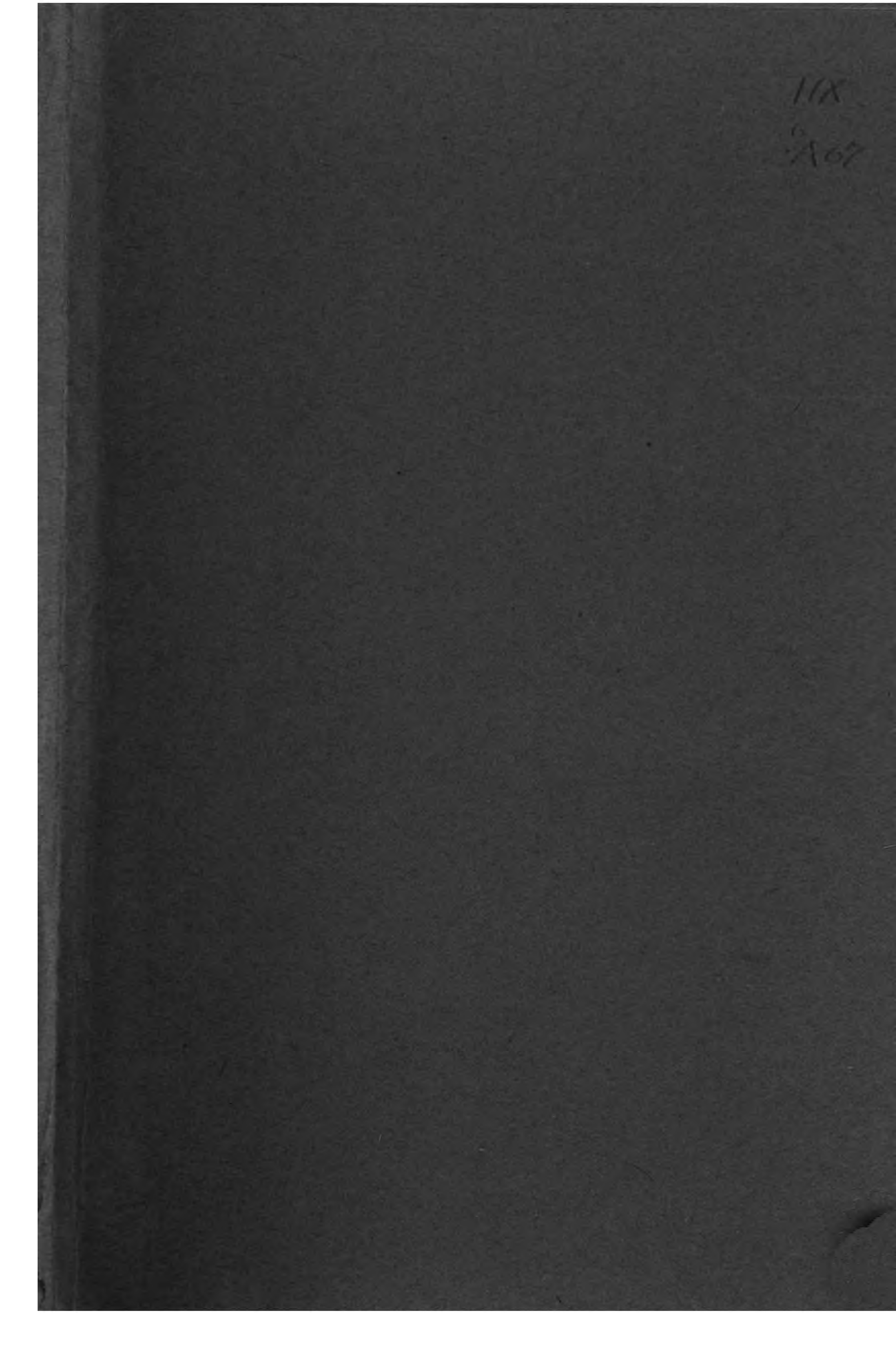
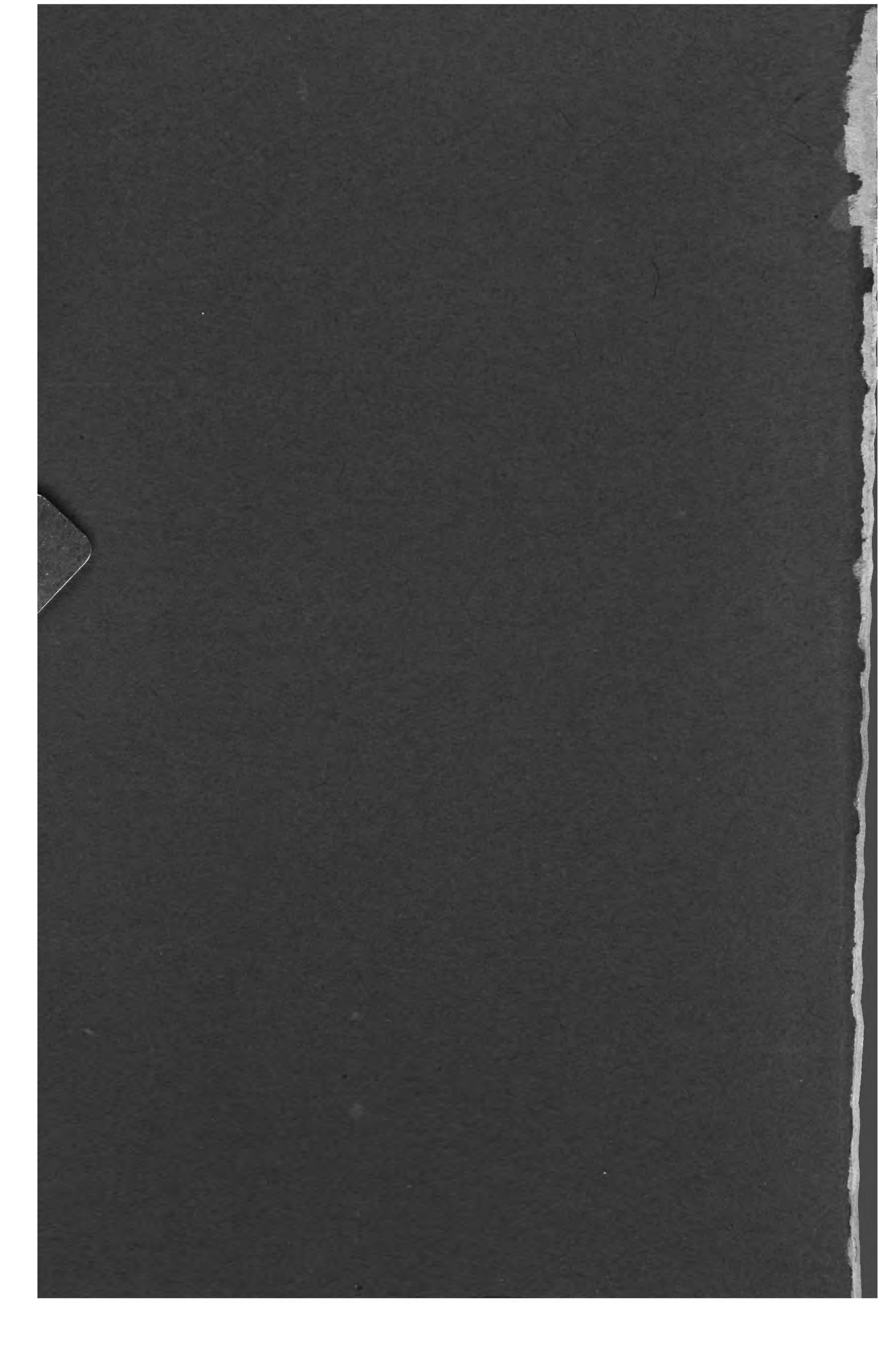






Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

In Verbindung
mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder

herausgegeben von

Dr. Carl Grünberg

Achter Jahrgang



Verlag von C. L. Hirschfeld · Leipzig · 1919

Printed in Germany

Inhalt des achten Bandes.

Abhandlungen.

Urkundliche Mitteilungen.

Literaturbericht.

Alexander Herzen und Nikolai Tschernischewsky[1] [2].

Von

Georg Steklow (Paris).

H. äußert sich an einer Stelle: er habe in seinen Erinnerungen an MAZZINI einige Seiten aus Höflichkeit ausgelassen, weshalb die Persönlichkeit des berühmten italienischen Verschwörers nicht ganz deutlich hervortrete. „Aber — fügt er hinzu — eine derartige Höflichkeit ist einem Manne wie MAZZINI gegenüber kleinlich. Von solchen Männern soll nichts verschwiegen werden, sie bedürfen keiner Verschönerung.“ Dasselbe läßt sich auch von H. selbst sagen. Die große Persönlichkeit des Geächteten, eines der glänzendsten russischen Schriftsteller und der mit den Grund legte zum russischen Sozialismus, bedarf keines schämigen Verschweigens aus falscher Höflichkeit. Über solche Männer muß man die volle Wahrheit sagen. Sein ganzes Leben hindurch hat er eifrig und leidenschaftlich die Wahrheit gesucht; kein Opfer war ihm hierbei zu groß; erbarmungslos stürzte er seine alten Götter, sobald er in ihnen das geringste Falsch entdeckte. Nicht minder streng wie die Fehler anderer verurteilte er auch die eigenen und scheute sich nicht, für sie öffentlich Buße zu tun. Nicht die ungeschminkte Wahrheit über solche Männer zu sagen, heißt ihr Andenken beleidigen. Sie haben ein Anrecht auf sie, schon wegen ihrer Leiden und Seelenqualen. Solche Männer pflegen manchmal zu straucheln; aber nur deshalb, weil sie ohne Zögern, über Berg und Tal, immer vorwärts streben. Und wenn sie irren, so sind es Irrungen von Giganten, in denen noch ihre große Aufrichtigkeit und das Streben nach dem Allgemeinwohl zutage tritt.

---

1) Im folgenden mit H. resp. TSCH. gekürzt. — 2) Die Abhandlung befindet sich bereits seit Juni 1914 in den Händen der Redaktion. Gr.

Mag immerhin vielleicht mancher in der folgenden Darstellung eine „Majestätsbeleidigung“ erblicken. Das darf jedoch nicht berücksichtigt werden. Die historische Wahrheit, der H. selbst so viel geopfert hat, muß für uns allein maßgebend sein. Zudem richten sich auch die nachstehenden kritischen Bemerkungen nicht gegen H.s Person, sondern nur gegen die Stellung, die er eine Zeitlang eingenommen, nachher aber selbst verlassen hat. Sollte aber auch sein Bild durch diese Bemerkungen tatsächlich etwas einbüssen, so doch nur im Vergleich zu einem Gedankenriesen wie TSCH., der die ganze Generation hinter sich zurückließ.

Wenn wir H. kritisieren, so geschieht es nur, weil er uns außerordentlich teuer ist und weil wir in ihm einen unserer geistigen Väter verehren. Seine Irrungen und Mißgriffe schmerzen uns, seine Kümmernisse und Zweifel erleben wir mit. Und wir leiden, wenn wir sehen, daß — ihm innerlich notwendig feindliche — unsaubere Kreise sich bemühen, diesen großen, ihnen so fremden Wahrheitssucher, diesen Feind des Spießbürgertums, diesen Bahnbrecher für sozialistische Generationen zu besudeln und als den Ihrigen zu reklamieren, wobei sie sich an das klammern, was in H. noch vom alten adeligen Adam fortlebte, und sein eigentliches Wesen zu verwischen bestrebt sind. H. bleibt jedoch unser mit all seinen Abirrungen und Schwächen — unser im selben Maße wie TSCH.

TSCH. allerdings haben die bürgerlichen Liberalen nie als den Ihrigen auszugeben versucht; und das gerade beweist, daß in H.s Tätigkeit etwas war, was jenen ein scheinbares Recht gibt, sich in seinen Strahlen zu sonnen. Und in der Tat ist es zwischen H. und TSCH. zu einem gewissen Zwiespalt gekommen; sie haben nicht ohne Ursache offen und verborgen miteinander polemisiert. Nicht grundlos hat zwischen H. und der revolutionären Jugend, die TSCH. anhing, ein erbitterter Haß geherrscht, der leider von sehr ungerechten Ausfällen auf beiden Seiten begleitet war. In der Hitze dieses Kampfes hat die geradlinige Jugend sogar die großen und zweifellosen Verdienste H.s um die russische Befreiungsbewegung absichtlich übersehen und das literarische Talent H.s geleugnet, obgleich es schon damals keinem Zweifel unterliegen konnte, daß TSCH. als literarisches Talent

mit dem Herausgeber des „Kolokol" keinen Vergleich aushalten konnte. Wir können jetzt, aus der historischen Perspektive, diesen geschichtlichen Kampf unparteilicher beurteilen, seine wesentlichen Züge hervorheben und seinen wahren Sinn bestimmen.

War das ein Kampf der Generationen? Ja, bis zu einem gewissen Grade. Selbst die Teilnehmer an ihm haben ihn so aufgefaßt: als eine Erscheinung des ewigen Streites zwischen Vätern und Söhnen, zwischen den Menschen der 40er und der 60er Jahre. In Wahrheit jedoch schien es nur so. Wohl bestand H.s Lager meist aus bejahrten Leuten, die ihre geistige Nahrung in den 40er Jahren erhalten hatten, während TSCH.s Anhängerschaft sich hauptsächlich aus jungen Leuten rekrutierte. Es fehlte aber in beiden Lagern nicht an Ausnahmen. ELISSEJEW [1]) war nur drei Jahre jünger als KONSTANTIN KAWELIN [2]), BAKUNIN nur zwei Jahre jünger als H. selbst. In Wirklichkeit handelte es sich nicht so sehr um einen Gegensatz zwischen zwei Generationen, als um einen Konflikt zweier sozial-politischer Strömungen, die entgegengesetzten Klasseninteressen entsprachen. Der Konflikt zwischen H. und TSCH. war der literarische Ausdruck des Kampfes zwischen dem gemäßigtliberalen Adel und der revolutionären deklassierten Demokratie, die als Verteidigerin der arbeitenden Massen auftrat.

Wie wurde aber H. zum Vertreter des adeligen Liberalismus in seinem Kampfe gegen die revolutionären Demokraten?

Seine adelige Abstammung bildet nur teilweise eine Erklärung hierfür. War doch auch BAKUNIN adeliger Herkunft, was ihn nicht abgehalten hat, den revolutionären Anarchismus zu vertreten. Adeliger Abstammung waren noch viele andere Revolutionäre, die später mit der alten Welt der Unterdrückung endgültig gebrochen und ihre Interessen mit denen der unterdrückten

1) E. (1821—1891), ein berühmter Journalist radikal-demokratischer Richtung, Mitarbeiter des „Sovremennik" und der „Otetschestvennyja Sapisky", die beide 1866, resp. 1884 verboten wurden.

2) K. (1818—1885), Professor der Rechte und Literat, Lehrer des Thronfolgers NIKOLAUS ALEXANDROWITSCH, einer der Führer des gemäßigten Liberalismus.

Schichten verschmolzen haben. Tatsache ist jedoch, daß H. mit seiner Vergangenheit nicht auf einmal brechen konnte, daß er, von inneren Kämpfen zerrissen, eine Zeitlang unentschlossen auf der Grenze zwischen alter und neuer Welt schwankte. Und während er glaubte, die bürgerlichen Anschauungen theoretisch überwunden zu haben, blieb er praktisch noch lange unter der Herrschaft der bürgerlichen und adelig-liberalen Ideologie. Was ihn mit der alten Welt verband, war eine bestimmte Kultur, Erziehung, Traditionen, Umgebung, intime Erlebnisse, geheime Herzenswünsche, ein ihm eigentümlicher und in seiner Seele tief wurzelnder geistiger Aristokratismus, politischer Opportunismus, endlich seine freundschaftlichen Beziehungen. Dieser Dualismus zwischen Natur und Betätigung, zwischen Aristokratismus und Mitgefühl mit den Leidenden, zwischen theoretischer Kühnheit und praktisch-zaghafter Halbheit, dieser geistige Bruch mit der alten Welt und die Fremdheit dabei in der neuen, die Lossagung von der bankerotten traditionellen Ideologie und organisches Unverständnis für die proletarische — das alles macht H.s Seelendrama aus, das die letzten Jahre seines stürmischen, leidensvollen Lebens vergiftet hat.

Empörend gestalteten sich seine Beziehungen zu NEKRASSOW [1]). Er bezeichnete ihn als literarischen Banditen, „der geistvoll lüge und mit Talent schachere, wie käufliche Weiber mit ihrem Leibe lügen und ihre Schönheit verkaufen", und rechnete ihn zu den „Spekulanten, die mit ihren Tränen über die Leiden des Volkes wuchern, und zu den Unternehmern, die von ihrer Sympathie zum Proletariat zu profitieren wissen". H. BATURINSKY, H.s Biograph, der überhaupt H. freundlich und der Demokratie feindlich gesinnt ist, bemerkt dazu: „Am merkwürdigsten ist, daß H. und TURGENJEW NEKRASSOW anklagten, er habe es einigen ihrer

1) N. (1821—1877), russischer Volksdichter, dessen Werke großen Einfluß auf die Revolutionäre geübt haben. Als Herausgeber des „Sovremennik" (1847—1866) hat er auf Seite der revolutionären Demokraten DOBROLJUBOW und TSCH. gegen die gemäßigten Liberalen gestanden und den ersteren eine Tribüne für die Propaganda ihrer Anschauungen geschaffen. Daneben war H. unzufrieden mit N., weil dieser, wie es scheint ohne sein Verschulden, sich mit OGARJOW, H.s Freund, zerschlagen hatte. Als N. in London war und H. besuchen wollte, empfing dieser ihn nicht, trotzdem er sonst alle Welt zu empfangen pflegte.

Freunde gegenüber, die Bauern zu eigen hatten und ihr Vermögen der Arbeit von Leibeigenen verdankten, an Nachsicht nicht fehlen lassen. Entsprang doch das Millionenvermögen H.s selbst derselben Quelle."

Schlechten Eindruck machen auch die häufigen Bemerkungen H.s über das vermeintliche oder wirkliche Trachten der revolutionären Jugend nach seinem Gelde; und nicht minder seine mitunter verächtliche Haltung gegen arme, auf seine Hilfe angewiesene Emigranten, obgleich er bedürftige politische und auch andere Emigranten gewöhnlich gerne zu unterstützen pflegte. Schmerzhaft berührt es, ihn sein Leben teils im eigenen prachtvollen Hause auf den Pariser Champs-Elysées, teils im Luxusviertel Londons zubringen zu sehen, während zahlreichen Emigranten das Nötigste abging; und schmerzhafter noch ist es, daß ihm die Empfindung für das Unästhetische dieses Widerspruchs zwischen Wort und Tat abging. Mit Erröten lesen wir, wie er vor Ausbruch des Sezessionskrieges seine amerikanischen Wertpapiere losschlug und also auf den Sieg der Sklavenstaaten spekulierte — eine Tatsache, deren er übrigens später selbst nur mit Scham gedachte. Das war eben der Fluch der adeligen Abstammung und des auf Leibeigenschaft, auf „getauftem Eigentum", beruhenden Reichtums! Er hat dieses große Leben vergiftet und in inneren Zwiespalt gestürzt. Wer aber vermöchte wohl, sich Tsch. oder dessen genialen Freund Dobroljubow [1]) als Herrn von Leibeigenen oder als Verschwender der Millionen denken, die deren Befreiung H. einbrachte?

H.s Erziehung und Lebensweise hat in manchen Hinsichten auch seinen Bekanntenkreis vorausbestimmt und wen er geliebt und verehrt, wen er gehaßt und verachtet hat.

„Ich reiste viel — erzählt er —, wohnte überall und wohnte mit allerlei Volk. Die Revolution hat mich an jene Grenzen der Entwicklung angetrieben, außerhalb deren nichts mehr vorhanden ist." Als wäre wirklich außerhalb der Gesellschaft, in der er verkehrte, nichts mehr vorhanden gewesen! Sein ganzes Unglück war, daß er ernstlich daran glaubte, während sein Be-

---

1) D. (1836—1861), berühmter Kritiker, der in seinem kurzen Leben die Entwicklung der revolutionären Bewegung bedeutsam beeinflußt hat.

kannten- und Freundeskreis im ganzen und großen sich nur aus der bürgerlichen Intelligenz rekrutierte. Echte Demokraten und Revolutionäre hat er entweder gar nicht gekannt, oder sich, wenn er zufällig doch mit solchen zusammentraf, zu ihnen gewöhnlich ablehnend und feindlich gestellt.

Was zunächst seine russischen Bekannten anbelangt, so begegnen wir unter diesen — abgesehen von dem radikaldemokratischen, später in der Emigration gestorbenen Dichter und Publizisten NIK. OGARJOW (1813—1877), der in der Folge H. verlassen hat und zu BAKUNIN übergegangen ist — IWAN TURGENJEW [1]), P. W. ANNENKOW [2]), KAWELIN, W. BOTKIN [3]), den Fürsten DOLGORUKOW [4]) und GOLOWIN [4]), die Söhne des Grafen JAKOB ROSTOVTZEW [5]), ferner Graf ALEXEI TOLSTOI [6]), SCHTSCHEPKIN [7]) u. a. — Mögen sie nun immerhin alle sympathisch und begabt gewesen sein, so vertraten sie doch auch alle den gemäßigten adeligen Liberalismus und steckten, wenn nicht mit

---

1) T. (1812—1883), berühmter Romancier Seiner politischen Anschauung nach gemäßigt-liberal und sogar Anhänger des „aufgeklärten Absolutismus", hat er zeitweise auch der Partei der „Narodniki" (Volkstümler) angehört, BAKUNIN unterstützt, LAVROW Mittel zur Herausgabe der revolutionären Zeitschrift und Zeitung „Vorwärts" zur Verfügung gestellt und sogar im geheimen mit den Terroristen sympathisiert. (Seine letzten Worte sollen gewesen sein: „Die Terroristen sind doch große Männer"). Aber öffentlich zeigte er sich der russischen Regierung gegenüber feige und verleugnete sogar die Bekanntschaft mit LAVROW. Vgl. unten S. 8.

2) A. (1813—1887), Schriftsteller und Kritiker, verkehrte im Kreise von BELINSKY und H. und gehörte auch zu MARX' Bekanntenkreis. (Vgl. RJASANOFF, Marx und seine russischen Bekannten, in „D. Neue Zeit" XXXI/1, 720 f.)

3) B. (1810—1869), erst liberaler Publizist, später Reaktionär; in den 40er Jahren ebenfalls mit MARX bekannt.

4) D. und G., liberalisierende Aristokraten, die zu gleicher Zeit mit H. im Auslande lebten.

5) R. (1803—1860), russischer Staatsmann. Er verdankte seinen Aufstieg dem Verrat der Dekabristenverschwörung gegen NIKOLAUS I. am Vorabend des Aufstandes (1825) und gelangte dann rasch zu hoher Stellung. Während der Bauernbefreiung wurde er als „liberal" angesehen.

6) T. (1817—1875), berühmter russischer Dichter. Konservativer Aristokrat und Hofmann.

7) SCHT. (1788—1863), berühmter russischer Schauspieler; verkehrte in den liberalen Zirkeln Moskaus; später konservativ.

beiden Füßen, so doch wenigstens mit einem, im alten Sumpf. Gewiß fehlte es H. auch nicht an Verkehr mit Anhängern mehr revolutionärer Richtungen. Von diesen aber wurde KELSSIEW später Renegat und TSCH. begegnete H. wie einem Feinde. Gegen die Vertreter der jüngeren Emigration, wie A. SSERNO-SSOLOWJEWITSCH und dessen Genossen, verhielt sich H. durchaus feindselig, und sein Verhalten der älteren Emigraten gegenüber bleibt besser unerwähnt.

Mit wieviel Hohn hat er SASONOW [1]) und ENGELSON überschüttet! Wie hochmütig hat er BAKUNIN als naiven Kauz geschildert — zum Ergötzen der bürgerlichen Mazzinisten, die sich beeilten, den Aufsatz „Michael Bakunin und die polnische Sache" ins Italienische zu übersetzen und ihn im Kampf gegen den gefährlichen Revolutionär zu benützen, der in Italien ihre patriotisch-theologischen Umtriebe aufgedeckt hatte. Und hat er nicht anderseits den Polizei-„Sozialisten" NIKOLAUS MILJUTIN als Marquis Posa proklamiert [2]). Welch mitfühlende Töne entlockt er seiner Lyra, wenn er von dem Slawophilen KONSTANTIN AKSAKOW spricht! Und zu derselben Zeit, da er mit dessen Bruder IWAN AKSAKOW freundlich korrespondiert, bringt er wuchtigste Entrüstung auf gegen TSCH. und DOBROLJUBOW, beschimpft sie als Bajazzi und behauptet, ihr Kampf gegen den heuchlerischen und inkonsequenten adeligen Liberalismus sei von der politischen Polizei, von der Dritten Abteilung, inspiriert.

Die wütenden Attacken gegen NEKRASOW, TSCH. und DOBROLJUBOW, sowie die Polemik mit dem „Sovremennik" hat H. hauptsächlich unter dem Einfluß KAWELINS und TURGENJEWS unternommen. Indessen hat jener über die Verhaftung TSCH.s schadenfroh gejubelt und die grausamen Repressionen gegen die Revolutionären gebilligt. Freilich hat, als er in Berlin seine Broschüre gegen die konstitutionellen Strömungen eines Teiles des Adels veröffentlichte, H. mit ihm gebrochen. Was aber TURGEN-

1) Vgl. über ihn RJASANOFF a. a. O. („Neue Zeit" XXXI/1, 757 ff.).

2) Im Art. „Kaiser Alexander und B. N. Karasin". M. (1818—1872), russischer Staatsmann und Staatssekretär für das Königreich Polen. Nach der Niederwerfung des Aufstandes von 1863 hat er die polnischen Bauern durch demagogische „Wohltaten" gegen den oppositionellen polnischen Adel und für die Selbstherrschaft zu gewinnen gesucht.

JEW anbelangt, so fand dieser die Durchführung der Bauernbefreiung „ziemlich gut“, verurteilte den polnischen Aufstand und wünschte in seinem Briefe an ANNENKOW — dessen Unterdrückung gleichermaßen im Interesse Rußlands wie Polens. Als er dann den „Sovremennik“ verließ, trat er zum „Rußkij Westnik“ über und blieb dieser Zeitschrift — weil, wie er naiv bemerkte, „die ‚Otetschestvenija Sapisky‘ auch nicht halb so viel Honorar zahlen könne“ — auch dann treu, als KATKOW Führer der Reaktion geworden war und H. selbst mit Kot bewarf. Ja, angesichts seiner kleinlichen Liebedienerei vor den Machthabern sah sich dieser sogar zu bissigen Bemerkungen im „Kolokol“ genötigt über „eine grauhaarige Magdalena männlichen Geschlechts, der aus Reue Zähne und Haare ausgefallen sind“.

Ähnlich wie um H.s russische steht es auch um seine ausländischen Bekannten: darunter hauptsächlich MICHELET, PROUDHON, LEDRU-ROLLIN, MAZZINI, SAFFI und andere Italiener, FOCHT, KINKEL, STRÜBING, KOSSUTH und die ungarischen und polnischen Patrioten seiner Umgebung. Sich ihnen gegenüber kritisch zu verhalten, das Wesentliche ihrer sozialen Position zu verstehen, war H. — so sonderbar dies scheinen mag — ganz außerstande. Der aristokratisch-gesinnte ungarische Patriot KOSSUTH, der Freund jener stolzen Feudalen, die bis zur Stunde die ungarischen Arbeitermassen und die Slaven Ungarns unterdrücken, erscheint ihm als der „große Magyare“ und als eine Art Halbgott. LEDRU-ROLLIN wieder, ein beschränkter bürgerlicher Demokrat, der typische Vertreter jener kleinbürgerlichen Masse, deren Feigheit und Verrat die Niederwerfung des Proletariats und den Untergang der Republik nach der Februarrevolution gezeitigt hatten, wird als der „große Gallier“ in den sympathischsten Farben gezeichnet. Der konservative Kleinbürger PROUDHON, der den Sozialismus beschimpfte und mit der Reaktion liebäugelte, der zurückgebliebenste unter den französischen Sozialisten jener Zeit und erbitterte Gegner des Kommunismus, der die Niederwerfung des polnischen Aufstandes bejubelte, wird als „neuer Samson“ und als „einziger freier Franzose“ gefeiert. Entzückt beschreibt H. das 1854 vom amerikanischen Konsul SAUNDERS zu Ehren der Vertreter der europäischen Demokratie gegebene „demokra-

tische Diner" und konstatiert voll Schadenfreude, daß kein Deutscher zu demselben geladen worden war. Als ob ein MARX es über sich gebracht hätte, der Einladung eines Vertreters der amerikanischen Sklavenhalter zu folgen! Während aber H. zu den Repräsentanten der bürgerlich-aristokratischen Emigration ehrfurchtsvoll als zu „Berggipfeln" aufschaute und gleich nach KOSSUTHS Eintreffen in London demonstrativ dessen Bekanntschaft suchte, behandelte er andererseits die „Choristen der Revolution", die demokratische Emigrantenmasse von oben herab und hatte nur Augen für ihre anstößigen Seiten. Besonderen Haß brachte er dem gesündesten und demokratischesten Teil der damaligen Emigration entgegen, den deutschen und anderen Kommunisten, die sich um MARX scharten. MARX nennt er „ein unerkanntes Genie ersten Ranges" und schildert ihn als Intriganten, der für die Hegemonie der deutschen Nation schwärme und unter der Hand nur Klatschereien treibe; die „Marxiden" aber charakterisiert er als „Schwefelbande, wie die Deutschen selber (sie) nennen (!)" von der man unmittelbar „zur letzten Hefe, zum trüben Bodensatz hinuntersteigt, der durch die Stöße und Erschütterungen des Festlandes an den britischen Küsten und besonders in London sich niederschlage".

Inzwischen aber traten, während H. seine Gastmähler für die „Berggipfel" veranstaltete, MARX und dessen Freunde in nähere Verbindung mit den Arbeitern aller Nationen, gründeten die „Internationale Arbeiterassoziation" und riefen so eine Bewegung ins Leben, die die ganze alte Welt erschüttern sollte.

Es ist bemerkenswert, daß H., trotzdem er von 1852 bis 1864 in London gelebt hatte, die tiefe Gärung im damaligen englischen Proletariat offenbar ganz entgangen war. Die berühmten Führer der damaligen Trade-Unions, die APLEGART, ODGER, ECCARIUS, ALLEN u. a., die zu einer Wendung in der Arbeiterbewegung viel beigetragen haben und mit denen MARX in den engsten Beziehungen stand, sind ihm augenscheinlich unbekannt geblieben. Freilich kannte er dafür den paradoxen Konservativen CARLYLE und den bürgerlichen Schriftsteller J. LEWIS!

Haben wir so den Kreis kennen gelernt, von dem aus ein nicht geringer Einfluß auf H.s Psyche ausging, so fragen wir nun nach dem Kreis, den hinwiederum er beeinflußt hat.

Als H. 1857 den „Kolokol“ (Glocke) gründete, der sich bis 1868 erhalten sollte und anfangs in den liberalen Schichten der Gesellschaft und selbst in den höheren Kreisen sich großen Erfolgs erfreute, dachte er nicht einmal daran, an diejenigen zu appellieren, deren Interessen er verteidigen wollte. Auf aktive Teilnahme der Volksmassen und der Bauern rechnete er in keiner Art und wendete sich lediglich an den Verstand und das Gewissen der herrschenden Klassen, vornehmlich der Dynastie sowie des Adels. Welch ein ungeheurer Unterschied im Vergleich mit Tsch.! Dieser, der auf dem Boden des Klassenkampfes stand, wußte sehr gut, daß die Agrarreform, wenn sie von den Gutsbesitzern und Bureaukraten durchgeführt würde, unbedingt entstellt werden und zum Nachteil der Volksinterressen ausfallen müßte. Die wahre Befreiung der Bauern und Arbeiterklasse im allgemeinen konnte nach Tsch.s Meinung nur durch ihre eigene selbständige und radikale Tätigkeit erfolgen. Er hat daher das Herannahen dieser Selbständigkeit aus allen Kräften vorbereitet und gefördert. Ja, er ging in seinem Mißtrauen so weit, daß er die Reform überhaupt ablehnte, falls die Bedingungen zu ihrer günstigen Realisierung fehlten. Er neigte zu der Auffassung, daß der tatsächlichen halben Reform eine Befreiung der Bauern ohne Land im Interesse der Massen vorzuziehen sei; und zwar deshalb, weil nur so eine Erweckung der letzteren zum Kampf gegen das alte Regiment und zu dessen Niederwerfung, nur so die Erringung von voller Freiheit und Land zu erhoffen sei.

H. aber blieb diese Klassenkampfanschauung ganz fremd. Auch nach der Ersetzung Rostowzews durch Panin im Vorsitz der Kommission für Bauernangelegenheiten, als bereits klar war, daß die herrschenden Klassen die Agrarreform in eine „falsche Richtung lenkten“, rief er im „Kolokol“ vom 15. März 1860 nicht die Massen, sondern die Minderheit des Adels zugunsten des Befreiungswerkes auf. Nicht einmal hat er behauptet: es sei möglich, daß die leitenden Gewalten in Rußland sich an die Spitze der Bewegung zur Befreiung des Volkes stellen. In dem Artikel „Journalisten und Terroristen“ vom 15. August 1862 polemisiert er mit dem „Jungen Rußland“ und bemüht sich, die revolutionäre Jugend zu überzeugen, daß die Macht des Zaren

auch zur Macht des Volkes und seiner Forderungen werden könne, wenn nur der Zar einsehe, daß die letzteren wirklich vom Volke aufgestellt seien.

„Die zarische Gewalt — schrieb er — ist bei uns die einzige Macht . . .; sie hat keine Pflichten, sie kann ebensogut als Tatarenchanat funktionieren, wie als französischer Wohlfahrtsausschuß . . . NIKOLAUS faßte die Alleinherrschaft als Vereinigung der Gewalt eines asiatischen Schahs mit der eines preußischen Wachtmeisters auf — das Volk versteht unter (ihr) eine von der Monomachenmütze gekrönte soziale Republik. Wo fände sich, wenn die zarische Gewalt sich an die Spitze der Volkssache stellte, eine ihr ebenbürtige Macht, fähig, sie zu bekämpfen und ihr im Namen eigennütziger Kasten- und Standesinteressen zu widerstehen?“ Und nach dieser glänzenden Analyse des Klassencharakters der russischen Autokratie riet H. der Jugend: sie „möge die Rhetorik beiseite lassen und an die Arbeit gehen“, denn die Franzosen hätten es bewiesen, daß „es nicht der Mühe lohne, um einer Übersetzung der Ämter und der Rangbezeichnungen aus der feudalmonarchischen Sprache in die römisch-republikanische willen nicht etwa Blut, sondern auch nur Tinte zu vergiessen.“

In diesem Sinne lautet auch das Ende des Artikels über KARASIN: „Wer ist dieser vom Schicksal Bestimmte, der die Volksmassen befreien wird? Ein Kaiser, der, unter Verzicht auf das System Peters, in seiner Person den Zaren und STENKA RASIN vereinigen wird? Ein neuer PESTEL, wieder ein EMELJAN PUGATSCHEW, Kosak, Zar und Sektierer, oder ein Prophet und Bauer, wie ANTON VON BESDUA? Die Antwort ist schwierig, aber es handelt sich nur um Einzelheiten, des détails, wie die Franzosen sagen. Wer es auch sein mag, uns obliegt nur, ihn mit Salz und Brot zu empfangen.“

Von dieser originellen Auffassung beherrscht, wendete sich H. brieflich an den Zaren und andere Mitglieder der kaiserlichen Familie, in denen er es an Überredung, Ermahnung, Beschwörungen, Drohungen nicht fehlen ließ. In dem „Offenen Brief“ an ALEXANDER II. vom 10. März 1855 schrieb er u. a.: „Selbstverständlich ist meine Fahne nicht die Ihre. Ich bin ein unverbesserlicher Sozialist, Sie sind autokratischer Kaiser. Aber

zwischen Ihrer Fahne und der meinen kann es ein Gemeinsames geben — die Liebe zum Volke.“

H. unterscheidet die offizielle Regierung mit ALEXANDER II. an der Spitze von der reformfeindlichen der A. ORLOW, M. MURAWJEW, PANIN u. a. Anläßlich der ersten Entwürfe der Hauptkommission für die Bauernangelegenheiten apostrophierte der „Kolokol“ den Zaren mit der Aufforderung, sie ja nicht zu genehmigen. Und er verbiß sich so sehr in diesen einseitigen Briefwechsel, daß er im Brief vom 1. November 1858 an die Kaiserin MARIA ALEXANDROWNA seine Sorge sogar auf die Erziehung des Thronfolgers ausdehnte.

Auf dem Fest zu Ehren der Bauernbefreiung wollte H. in Anwesenheit von Emigranten verschiedener Nationen und unter den Tönen der Marseillaise einen Toast auf ALEXANDER II. ausbringen — unbekümmert um „den stumpfsinnigen Tadel aller beschränkten Köpfe und die gallige Verleumdung . . der Neider“. Zum Glück verhinderten ihn jedoch die Metzeleien in Warschau an der Ausführung dieser Absicht.

Das Lesepublikum von H.s „Kolokol“ setzte sich aus liberalen Gutsbesitzern und liberalisierenden Bureaukraten zusammen. Solange er ihre Sprache redete, sich ihren Vorurteilen anpaßte und ihre Klasseninteressen nicht scharf anrührte, genoß er Macht und übte Einfluß. Er selbst sprach von diesem Leserkreis als von „liberalen Generalen und Staatsräten, fortschrittsdurstigen Hofdamen und literaturbeflissenen Flügeladjutanten.“ Und auch TURGENJEW sprach sich so aus, als er gegen H.s slawophilosozialistischen Messianismus protestierte: „Ach, alter Freund, glaube mir: der einzige Stützpunkt einer lebendigen revolutionären Propaganda — ist jene Minderheit der gebildeten Klasse in Rußland, die BAKUNIN faul, vom Volkstum abtrünnig und verräterisch nennt. Jedenfalls hast du kein anderes Lesepublikum.“ Man kann denn auch den Verfall des „Kolokol“ nach 1863 eben dadurch erklären, daß H. die Sympathien dieses adeligen liberalen Lesepublikums verlor und zwar nicht deshalb nur verlor, weil er für den polnischen Aufstand Partei nahm, sondern weil mit der Ankunft BAKUNINS ein reger sozialistischer Zug im „Kolokol“ sich geltend machte. Die „Kolokol“-Leser hatten nichts gegen sein gemäßigt-liberales Programm, gegen die

Forderung einer Emanzipation der Bauern und der Zuteilung eines Teils des Bodens an sie unter Entschädigung der Grundherren. Sie fanden sich sogar mit der Redefreiheit ab. Die kommunistischen Theorien war ihnen aber ein Greuel. Und auf H.s Frage: warum er OGARJOW nicht als Schriftsteller schätze, antwortete TURGENJEW ganz offen: „Mit OGARJOW sympathisiere ich nicht . . ., weil er in seinen Artikeln, Briefen und Gesprächen alte (!) sozialistische Theorien von Gemeineigentum usw., die ich nicht teile, predigt. BAKST z. B. hat mir in Heidelberg gesagt, daß OGARJOW das ‚Befreiungsdekret' verwirft, nicht weil es ungerecht gegen die Bauern ist, sondern weil es das Prinzip des Privateigentums in Rußland heiligt. Der Kolokol wird viel weniger gelesen, seitdem in ihm OGARJOW den Ton angibt."

TURGENJEW hatte auch von seinem gemäßigt-liberalen Standpunkte aus vollkommen recht. Die Zusammenkunft und das Gespräch mit SAMARIN im Juli 1864 haben H. gezeigt, daß sein Einfluß auf das adelig-liberale Publikum unwiderruflich dahin war. Diese Entdeckung hat ihn um so peinlicher überrascht, als er auf die neue, deklassierte Demokratie noch keinen Einfluß hatte und seiner ganzen Taktik nach ihn auch nicht gewinnen konnte.

Die Ursache hiervon war, daß H. sich in der Politik als der größte Opportunist erwies. Während er sich, nach seinem Dafürhalten, auf theoretischem Gebiete die größte Kühnheit erlaubte, bewahrte er in der Praxis größte Vorsicht und Nüchternheit. Diese Eigenschaften H.s als Politiker hängen mit dem Charakter des Kreises, auf den er wirken wollte, zusammen. 1855 und in den folgenden Jahren hat H. ein gemäßigt-liberales Programm formuliert, das aus folgenden vier Punkten bestand: 1. Emanzipation der Bauern; 2. Redefreiheit; 3. Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens; 4. Abschaffung der körperlichen Strafen. Dieses Programm vertrat er auch im „Kolokol". Und auf den Einwand, daß auch dieses modernste Programm ohne vorausgehende politische Reform undurchführbar sei, antwortete H., der aus taktischen Gründen von konstitutionellen Veränderungen nicht sprechen wollte: „Erst wollen wir dieses Programm durchführen, mit Schutzmann und Polizeiaufseher werden wir uns nachher abfinden".

In diesem Belange hat Tsch. viel mehr politische Reife gezeigt. Er hielt eine radikale Lösung der Bauernfrage ohne vorausgegangene politische Umwälzung, die von den Massen und in ihrem Interesse durchgeführt würde, für unmöglich. Wie bedeutsam mir auch — schrieb er — die Frage der Aufrechterhaltung des gemeinsamen Grundeigentums erscheint, so bildet sie dennoch nur eine Seite der Sache. Als höchste Wohlstandsgarantie hat dieses Prinzip nur dann einen Sinn, wenn die anderen, minder wichtigen Garantien bereits funktionieren, die nötig sind, um seiner Tätigkeit die nötige Freiheit zu sichern.

Tsch. war der politische Indifferentismus fremd. Als Zwangsarbeiter in Sibirien erklärte er seinen Genossen: „Das furchtbarste ist das formlose Ungeheuer, der alles verschlingende Leviathan," d. h. der Absolutismus. H. aber trennte unter dem Einfluß der Enttäuschung über den Mißerfolg der Revolution von 1848, dessen Ursachen er nicht begriff, die politische Frage bewußt von der sozialen. Nach ihm galt es in Rußland nach dem Krimkrieg nicht, Probleme des Konstitutionalismus, der Munizipalfreiheit, der Staatsform usw. zu lösen, sondern die Frage der Emanzipation der Bauern und ihrer Ausstattung mit Land, d. h. seiner Meinung nach eine rein soziale Frage ohne jede politische Beimengung. Und in diesem Sinne schrieb er:

„Als wir dies eingesehen hatten, warfen wir alles von uns und widmeten uns ganz dieser Lebensfrage für Rußland. Darin liegt der Grund unseres Erfolges. Die Leute hören nur die Glocke, die sie dorthin ruft, wohin sie gehen sollen. Stellt euch den Kampf vor zweier Kämpfer (der Aristokratie und der Bureaukratie), die sich bisher gegenseitig gehätschelt haben und nun erstmals in Haß einander gegenüberstehen, vergegenwärtigt euch diesen Kampf, der vor einer unabsehbaren Volksmenge vor sich geht, die düster auf seinen Ausgang wartet, fest entschlossen, keinen Fußbreit zu weichen —, sollte da unsere „Glocke" (Kolokol) die Weltrepublik und die Solidarität aller Völker verkündigen? Meint ihr wohl, diese Menschen, die auf Leben und Tod kämpfen und die unseren Worten mit Haß und Liebe horchen, würden unsere Dithyramben und Phrasen auch nur lesen? Die Antwort läßt sich leicht voraussehen: ‚Was schwatzet ihr von der Weltrepublik (würde sie lauten), die nirgends vorhanden ist, von der Brüderlichkeit der Völker, die sich überall die Kehle abschneiden? Wir haben all das schon von Rousseau und Voltaire gehört, in der Geschichte der Großen Revolution wie in den Zeitungen von 1848. Jetzt aber haben wir nur auseinanderzusetzen, was ein Bauerngut ist und wieviel Deßjatinen Ackerland einem Bauern zuzuteilen sind. Müßte sich da nicht die Glocke in ihre eiserne Zunge beißen? Ihr sehet

danach, daß unsere Politik, unser Macchiaveilismus sehr einfach ist. Wir behandeln diejenigen Fragen, die jetzt vom Leben in den Vordergrund geschoben sind, und ohne deren Lösung Leviathan stranden würde."

In diesen merkwürdigen Sätzen bringt H. selbst seinen Opportunismus und politischen Indifferentismus mit dem Charakter seines adeligen Publikums in Einklang. Er denkt nur an den Konflikt innerhalb des Adels, nicht aber auch an eine selbständige historische Betätigung des Volkes, zu der er auch nicht aufruft. Die Gegenüberstellung von breiten politischen Aufgaben und vereinzelten ökonomischen Tagesfragen wird aber glänzend durch Tsch.s Tätigkeit widerlegt. Niemand hat so viel geschrieben über das, „was ein Bauergut ist und wieviel Deßjatinen Ackerland einem Bauern zuzuteilen sind", wie Tsch. Das hat ihn jedoch nicht gehindert, die politischen Fragen auf die Tagesordnung zu stellen und sie eng mit der sozialen zu verbinden.

Von seinem opportunistischen Standpunkt aus konnte H. naturgemäß zu keiner radikalen Stellungnahme zur Bauernfrage gelangen. Der berühmte Historiker W. Semevsky konstatiert, daß H.s Programm, mit Ausnahme seines Vorbehaltes: daß der faktisch von den Bauern besessene Boden ihnen auch ganz verbleiben sollte, zum Regierungsprogramm geworden ist. War das aber in betreff des Tsch.schen Programms auch nur denkbar? Die Fragestellung schon kennzeichnet den großen prinzipiellen Unterschied zwischen H. und Tsch. H.s Programm war eigentlich das Programm der liberalen Gutsbesitzer, der liberalen Politiker der Gouvernementsausschüsse, der Samarin, Koschelew, Unkowsky, Golowatchew u. a. Gerade gegen sie führte Tsch. einen leidenschaftlichen Kampf, wobei er gegen sie und gegen die ausgesprochenen Vertreter der Leibeigenschaft die wirklichen Interessen der arbeitenden Massen verteidigte. Tsch. verfocht eine radikaldemokratische Lösung der Bauernfrage, die eine scharfe Grenze zwischen Alt- und Neu-Rußland, sowie die Grundlagen zu einem neuen, freien, demokratischen Leben schaffen sollte. Zu diesem Zweck appellierte er an die Selbsttätigkeit der Massen. H. aber ignorierte die letztere und verteidigte die gemäßigte Reform, die — ob er es nun wollte oder nicht — die Herrschaft des Adels in der russischen Gesellschaft für lange befestigen sollte.

Zur Beleuchtung der Verschiedenheit in der Auffassung Tsch.s

und H.s genügt der Hinweis auf ihre Stellung zu den beiden Grundfragen der Agrarreform: nach der Bemessung des Bauernlandes und nach der Grundablösung. H. erklärte sich nur für die Überlassung jener Ländereien an die Bauern, die diese bereits vor der Emanzipation besaßen, eine Anschauung, die auch die liberalen Großgrundbesitzer teilten. Ganz anders TSCH. Er wollte die vollständige Enteignung des Großgrundbesitzes. Freilich war es ihm, als Mitarbeiter einer der Zensur unterstellten Zeitschrift, unmöglich, seine Gedanken so rückhaltslos auszusprechen, wie es H. vermocht hätte, wenn er es nur gewollt hätte. Soweit es ihm aber möglich war, andeutungsweise, hat TSCH. immer gerade die radikale Lösung der Frage gefordert. In seiner berühmten Abhandlung: „Kritik der philosophischen Vorurteile gegen den Gemeingrundbesitz", in der TSCH. von den Mindestgarantien für die vollständig freie Wirksamkeit des Gemeinprinzips spricht, fordert er als eine dieser Garantien — neben der politischen Freiheit — die Ganzzuweisung der Grundrente, d. h. des Bodens an das arbeitende Volk. H. hingegen in London unterließ in seinem „Kolokol" jegliche Äußerung in diesem Sinne. Nicht anders war es beim Ablösungsproblem. Mit keinem Worte verrät H., daß es sich dabei eigentlich um eine Zahlung an die Grundherren für die Person der Leibeigenen handle, mit keinem Worte auch spricht er sich grundsätzlich gegen sie und die aus ihr resultierende schwere Belastung der bäuerlichen Bevölkerung aus, sondern diskutiert vielmehr nach allen Richtungen, wie sie durchzuführen sei, und von der Notwendigkeit, die ganze Nation hierbei finanziell mittragen zu lassen. Man könnte freilich einwenden, auch TSCH. habe in seinen berühmten Artikeln über die Bauernfrage sich in ähnlichem Sinne geäußert und nur die Ablösungssumme nicht hoch bemessen wissen wollen. Er aber war durch die Zensurverhältnisse gefesselt. Zwischen den Zeilen hat er seine wahre Meinung klar genug ausgesprochen. Ganz offen konnte er dies erst in seinem in Sibirien geschriebenen Roman „Prolog zum Prolog". Dort läßt er WOLOGIN (in dem er sich selbst darstellt) SOKOLOWSKY gegenüber (unter welchem Namen er den später von MURAWIEW hingerichteten polnischen Revolutionär SERAKOWSKY auftreten läßt) ausführen: man müsse das Gerede der Liberalen von ernsten Reform-

absichten skeptisch beurteilen, und daß es kein Unglück wäre, wenn nicht sie, sondern die Anhänger der Leibeigenschaft die Durchführung des Bauernbefreiungswerkes in ihre Hände bekämen. Der Unterschied sei gering. Kolossal freilich wäre es, wenn die Bauern ihre Ländereien ohne Entschädigung der Grundherren bekommen hätten. Eine Auffassung, in der sich TSCH. mit BAKUNIN traf, der in jenen Briefen an H. ebenfalls die Frage aufwarf: wozu denn die Bauern, wenn das Land ihnen gehöre, es erst ablösen und dazu noch so hoch bezahlen müßten, daß sie ruiniert würden [1]?

Nach dem Bericht von TSCH.s Leidensgenossen in der sibirischen Strafgefangenschaft STACHEWITSCH hat TSCH. H. auch vorgeworfen: diesem fehle ein bestimmtes soziales und politisches Programm; er begnüge sich mit der Aufdeckung einzelner negativer Erscheinungen des russischen Lebens, ohne sie jedoch auf ihre Ursache, den allgemeinen Charakter der politischen Ordnung in Rußland zurückzuführen. Allein H. hielt gerade das für seine Stärke, was TSCH. an ihm tadelte, und glaubte, wie er später in seinem Artikel „Die Ordnung triumphiert" (Kolokol, 1. Dezember 1866) ausführt, alle Fragen, die nicht auf der Tagesordnung waren, möglichst zurückstellen zu sollen.

In der praktischen Politik war H. Anhänger der Stufentheorie. In seinen „Briefen an einen alten Freund" (BAKUNIN) formulierte er denn auch seine Taktik folgendermaßen: „Ich glaube nicht mehr an die früheren Revolutionswege und bemühe mich, den Gang der Menschheit in Vergangenheit und Gegenwart zu begreifen, um mit ihm Schritt halten zu können, ohne zurückzubleiben, und ohne so weit vorzukommen, daß man mir nicht folgen wollte und könnte." Da ihn sein Temperament dazu trieb, den Gang der Ereignisse unmittelbar zu beeinflussen und sich nicht auf die Vorbereitung der Elemente zur Zukunftsentwicklung zu beschränken, so bewegte er sich auf der Linie des kleinsten Widerstandes und schloß sich jenem Teil der herrschenden Klasse an, den er für reformgeneigt hielt. Darin bestand eben sein Hauptirrtum, der den Flug seines mächtigen Geistes hemmte, ihn seiner Kritik der westeuropäischen Bourgeoisie vergessen

1) Vgl. BAKUNINS sozialpolit. Briefwechsel mit Herzen und Ogarjow. Stuttgart 1895. S. 125 f.

ließ und ihn auf den schlüpfrigen Weg des Opportunismus brachte. Er wollte der Masse nur einen Schritt voraus sein. Da aber seine Masse das gemäßigt-liberale, adelige Publikum war, mußte er schonungslos nicht nur seinen Sozialismus, sondern sogar seine demokratische Überzeugung verkürzen. Indem er sich nur einen Schritt vor den liberalen Gutsbesitzern hielt, blieb er, ohne es selbst zu merken, hundert Schritte hinter der demokratischen Masse zurück.

Nachher hat H., unter dem Einfluß von TSCH. und BAKUNIN, eine andere Sprache geführt. In dem Artikel „Der Riese erwacht" (Kolokol, 1. November 1861) besprach er die Studentenunruhen und die Schließung der Hochschule und forderte die Jugend auf, ins Volk zu gehen:

„Aber wohin sollt ihr, Jünglinge, gehen, ihr, vor denen man die Wissenschaft hinter Schloß und Riegel hält? Soll ich euch sagen, wohin? Hört einmal zu, glücklicherweise hindert Finsternis nicht am Hören. Von allen Seiten unseres weiten Vaterlandes her, vom Don und Ural, von der Wolga und dem Dnjepr her, erhebt sich Gestöhn, wird Unmut laut. Es ist das erste Sturmesgetöse der Meereswogen, nach entsetzlich ermüdender Windstille. Ins Volk! Zum Volke! Da ist euer Platz, ihr Verbannten der Wissenschaft, zeigt diesen BISTROMS, daß ihr nicht Amtsschreiber, sondern Kämpfer, nicht heimatlose Söldner, sondern Krieger des russischen Volkes seid. Heil euch! Ihr beginnt die neue Epoche, ihr habt verstanden, daß die Zeit des Flüsterns, der unklaren Anspielungen, der Lektüre verbotener Bücher zu Ende geht. Ihr drucket daheim noch heimlich, aber ihr protestiert öffentlich. Ehre euch und unseren Segen aus der Ferne, jüngere Brüder! Wüßtet ihr, wie unser Herz klopfte, wie nahe uns die Tränen waren, als wir von dem Studententag in Petersburg lasen."

Aus diesen Zeilen spricht der große Geist des echten H. zu uns; und nicht minder aus dem Artikel im „Kolokol" vom 1. Juni 1866, in dem er, unter dem frischen Eindruck von KONAKOSOWS Attentat, schrieb: „es wäre ein Verrat an seinem ganzen, zu Ende gehenden Leben, wollte er nicht dessen Rest benützen, um das geschichtliche Verbrechen, das in Rußland begangen wurde, vor ganz Europa an den Pranger zu stellen und um die unglückselige junge Generation, die für ihre heilige Liebe zur Wahrheit, für ihren Glauben an Rußland zum Märtyrertum bereit sei, zu ermuntern und zu trösten." Antäus gleich wuchs ihm seine Kraft wieder, wie er mit den neuen demokratischen Schichten in Berührung kam.

Leider machte sich auch diesmal der Dualismus seiner Natur geltend. Während er sich theoretisch vor dem Heldenmut der jungen Kämpfer beugte, verstand er es nicht, bei persönlichem Zusammentreffen mit den Vertretern der revolutionären Jugend den richtigen Ton zu treffen und hinter ihren Fehlern ihr wirkliche Bedeutung zu erkennen. Diese Mißverständnisse haben seine letzten Jahre vergiftet, und man muß sagen, daß, wenn die Jugend vielfach ungerecht gegen ihn war, er ihr gegenüber sich noch mehr ins Unrecht setzte. Es wiederholte sich nochmals das historische Mißverständnis, das einst H. gezwungen hatte, sich Tsch. und Dobroljubow feindselig gegenüberzustellen, obgleich er selbst nachher ihre Verdienste anerkennen sollte.

Bekanntlich hat H. Dobroljubow und Tsch. wegen ihrer rücksichtslosen Aufdeckung der Trägheit, Unfähigkeit und Klassenbeschränktheit der russischen Liberalen heftig angegriffen. Er, der im „Kolokol" das gemäßigt-liberale Programm der adeligen Minderheit verteidigte, empfand deren scharfe Kritik als persönliche Beleidigung und trat als Erster für die „Väter" gegen die „Söhne". In einem in Nr. 44 des „Kolokol" von 1859 erschienenen Artikel: „Very dangerous!!!" wendete er sich dagegen, daß „in der letzten Zeit in unserem Journalismus ein fauler Geist und Zuchtlosigkeit des Gedankens sich breit mache". Tsch.s und Dobroljubows Anschauungen als Ausdruck der öffentlichen Meinung anzuerkennen, lehnte H. ab. Ihr Kampf gegen die Liberalen sei vielmehr von der Regierung inspiriert. „Die Zeitschriften, die sich ein Piedestal aus edler Entrüstung und aus dem düsteren Mitgefühl für die Leidenden zum Beruf gemacht haben, kugeln sich vor Lachen über die Anklageliteratur. Und das ist kein Zufall. Neben einem großen Theater stellt man kleine Gauklerbuden auf, um die ersten Versuche des freien Wortes in der Literatur auszupfeifen, der die Kopfhaare noch nicht gewachsen sind, weil sie bis vor kurzem im Gefängnis saß". Gemeint ist mit dem „Theater" die Zeitschrift „Sovremennik" und mit der „Gauklerbude" dessen Beilage, die „Pfeife". Voll Empörung über die Spöttereien der Radikalen gegen diese gemäßigten Liberalen, erinnert H. die „Pfeifer", wie streng die öffentliche Meinung „Verrat oder Schwankungen" zu strafen pflege, wobei er die Beispiele von Gogol und Lenkowsky an-

führt. In dem Lachen von Tsch. und Dobroljubow äussere sich nicht der „Dämon der Liebe und Entrüstung" wie bei Belinski und Granowski. Man lebe nun in einer Zeit ernster gesellschaftlicher Initiative.

„Gerade deshalb ist heutzutage leeres Geschwätz langweilig und ungelegen; es wird aber abscheulich und ekelhaft, wenn es seine Eselschellen einem Dreigespann anhängt, das. in Schweiß gebadet und in wachsender Erschöpfung, unseren Karren — wenn auch so manches Mal strauchelnd — aus dem Dreck zieht. Indem unsere lieben Hanswürste ihren Spott gegen die Anklageliteratur richten, vergessen sie, daß man auf diesem schlüpfrigen Wege nicht nur Bulgarin und Gretsch überbieten, sondern auch, daß Gott erbarm, den Stanislausorden um den Hals erlangen kann."

Dieser Artikel, in dem H. die Radikalen fast als Lockspitzel und Helfershelfer der Reaktion schilderte, führte zu einer persönlichen Aussprache zwischen ihm und Tsch. Dieser reiste zu diesem Zwecke im Juni 1859 ins Ausland. Die Aussprache blieb aber naturgemäß ohne Ergebnis. Beide Männer standen auf zu verschiedenem Boden. Tsch. gewann nur aus allen seinen Gesprächen mit H. den Eindruck, daß dieser ein sehr kluger, aber zurückgebliebener Mann sei, der sich von den Gewohnheiten eines Moskauer Herrn noch nicht habe freimachen können. Er verharrte nach wie vor in seiner Gegnerschaft gegen H.s Propaganda und sprach dies mit besonderer Schärfe in seinem Artikel „Über die Ursachen des Untergangs Roms" aus, in dem er unter dem Einfluß des noch nicht abgekühlten Hasses H. „dumm und wahnsinnig" nennt.

Nach dieser Aussprache mit Tsch. war H. gezwungen, seine vorherigen Insinuationen gegen die äußerste Linke aufzugeben. In seinem Artikel „Die Überflüssigen und die Galligen" schildert er zwar einseitig und parteiisch sein Gespräch mit dem Führer der revolutionären Demokraten, gesteht ihnen aber größte Herzensgüte und Edelmut zu. Freilich könnten sie durch ihren Ton einen Engel wütend machen und einen Heiligen zum Fluchen bringen.

Bei seiner Verteidigung der Generation der 40er Jahre übergeht aber H. die Ursache des Zwiespaltes, d. h. die Frage der Stellung zum damaligen russischen Liberalismus und zu der Reform der 60er Jahre. Das Leben selbst zerstörte jedoch allmählich H.s Illusionen und belehrte ihn, wie berechtigt die Kritik

von TSCH. und dessen Genossen gegen den bürgerlichen Liberalismus im allgemeinen und die damaligen russischen Progressisten speziell war. Fast alle Gesinnungsgenossen, für die H. sich so eingesetzt hatte, verrieten ihn bald, verkauften sich und traten zum Teil offen zur siegreichen Reaktion über. Der gemäßigt-liberale Aufklärer und Moskauer Professor GRANOWSKY entging diesem Schicksal nur durch frühzeitigen Tod. Des Verhaltens von TURGENJEW und KAWELIN ist bereits gedacht worden. Weit schlimmer stand es um den SHAKESPEARE übersetzer KETSCHER. Man denke ferner an STSCHEPKIN, der H., wie dieser erzählt, 1853 besuchte und ihn im Namen der Moskauer Freunde zu überreden bemüht war: er solle seine Tätigkeit aufgeben, bereuen und von der Regierung Gnade erbitten. In seinem bereits zitierten Artikel „Die Ordnung triumphiert" zog denn auch H. die Konsequenzen hieraus. Er fand warme Worte für die starke Persönlichkeit TSCH.s und anerkannte, daß dieser, wenn er auch keiner besonderen sozialen Doktrin ausschließlich zugehöre, sozialen Sinn und kritisches Verständnis für die bestehende Ordnung halte.

„Inmitten der Petersburger Gärung der Kräfte und Probleme, der eingewurzelten Laster und der beginnenden Gewissensbisse, der jungen Wünsche, anders zu leben, sich aus Tagesschmutz und Ungerechtigkeit loszureißen, um einen Kopf höher als alle anderen alleinstehend, entschloß sich TSCH. das Ruder zu ergreifen, und versuchte, allen Suchenden und Strebenden zu zeigen, was zu tun ist. Seine Propaganda war eine Antwort auf die wahrhaften Leiden, ein Wort des Trosts und der Hoffnung an die in den harten Wirren des Lebens Untergehenden. Sie wies ihnen einen Ausweg. Sie war für die Literatur tonangebend und zog eine Grenze zwischen einem wahrhaft und einem bloß vermeintlich jungen Rußland. Dieses letztere war ein wenig liberal, etwas bureaukratisch und leibeigenschaftsfreundlich gesinnt, jenes ideale aber bestand in gemeinschaftlicher Arbeit, in der Einrichtung der Werkstätte und nicht in einer mageren Kammer, in der die SOBAKEWITSCH und NOSDREW Edelleute als Spießbürger und Gutsbesitzer in Opposition spielen würden."

Mit diesen Zeilen und durch den lauten Protest gegen TSCH.s Verurteilung zu Zwangsarbeit hat H. die Schuld gegen seinen Antagonisten teilweise wieder gutgemacht. Mit der jungen Generation sich zu versöhnen, ist ihm jedoch nicht gelungen. Sie wollte nicht vergeben und vergessen und er war organisch unfähig, sie voll zu verstehen.

Die Stellung der jungen Emigration zu H. ist besonders scharf in der Broschüre von SSERNO-SSOLOWJEWITSCH „Unsere häuslichen Angelegenheiten“ (1867) zum Ausdruck gebracht. Der Autor, Bruder von NIK. SSERNO-SSOLOWJEWITSCH[1]), der nachmals berühmte Bakunist und tätiges Mitglied der antiautoritären Internationale, spricht im Namen des jungen Geschlechtes besonders der Anhänger und Schüler TSCH.s. Er behauptet, das junge Geschlecht habe H. längst verstanden und ihm den Rücken gekehrt. Unbarmherzig und mit augenscheinlicher Übertreibung untersucht er den durch H.s „artistisch-lamartinische Natur“ verursachten „Verrat“, dessen „Mißgriffe“ und politische „Taktlosigkeiten“, alle die „Metamorphosen von rotem Republikanismus zur Anbetung des Zaren, von den Dithyramben an ORSINI bis zur Bewerfung KARAKOSOWS[2]) mit Kot“. Sodann zieht er eine Parallele zwischen H. und TSCH. und verspottet H.s Behauptung, daß er nicht nur kein Gegner TSCH.s sei, sondern daß dieser und er einander ergänzt hätten.

„Sie haben und hatten mit TSCH. nichts gemein, und konnten es auch gar nicht. Ihr seid zwei entgegengesetzte Elemente, die nebeneinander nicht existieren können. Ihr seid Vertreter zweier feindlicher Naturen, die einander nicht ergänzen, sondern vernichten, denn ihr seid so sehr und so vollkommene Antagonisten: von der Weltauffassung bis zum Verhältnis zum eigenen Ich und zu den Menschen, von den allgemeinen Fragen bis zu den kleinsten Kundgebungen des Privatlebens ... TSCH. ist vornehmlich ein Mann von logischen, zurückhaltenden, streng durchdachten Gedanken — Sie sind ein Spezialist im Enthusiasmus. TSCH. ist ein Mann der Wissenschaft, der alle ihre Resultate popularisiert hat — Sie aber haben mit der Wissenschaft so viel gemein, wie WALUJEW mit der Freiheit. TSCH. ist ein Mann der objektiven Wahrheit — Sie dagegen ein Mann der subjektiven Empfindungen und Entzückungen. TSCH. ging unverwandt den richtigen Weg nach dem Ziel — Sie gestehen selbst ein, daß sie fortwährend Uniformen gewechselt haben, herumirren, vom Wege abkommen. TSCH. sagte: ‚Glaubt keiner Regierung, wenn sie auch aus Engeln bestünde, und würde ich zur

---

1) Die Brüder Ss.-Ss., Revolutionäre der 60er Jahre. NIKOLAUS wurde 1862 verhaftet, nach Sibirien verschickt und starb daselbst bald darauf. Der zweite Bruder starb in den 70er Jahren in der Schweiz.

2) K. hat am 4. April 1866 auf den Zaren ALEXANDER II. geschossen. Auf die Frage des letzteren: „Warum?“, antwortete er: „Weil du die Bauern betrogen hast. Du hast Land versprochen und keines gegeben.“ Er wurde nach langen Foltern hingerichtet, seine Genossen wurden zur Zwangsarbeit verurteilt.

Regierung, so glaubt auch mir nicht' — Sie jedoch zerflossen in Rührung vor einer kleinen Idee des Landzaren und rufen: ‚Du hast gesiegt, Galiläer!' Tsch. hasste Dekorationen, Rollen, klangvolle Phrasen — Sie sind die Verkörperung des Effektes, der theatralischen Bühne, des Geschreies ... Tsch. sagte: ‚Und diese Menschen (Sie verstehen?) werden die Schaubühne verlassen, stolz, aber bescheiden, streng, aber wohlwollend, wie immer, sie haben das ihrige getan; sie waren den Mitmenschen nützlich; das genügt ihnen' — Sie schlagen Medaillen mit Ihrem Bildnis und fordern formaliter historische Dankbarkeit. Mit einer Bescheidenheit, die allen großen Menschen eignet, erkannte Tsch. die geistige Überlegenheit des jungen Dobroljubow über sich selbst an — Sie erklären mit der Ihnen selbst eigenen Bescheidenheit, daß Sie Begründer einer Schule sind. Tsch.s Ideal war die Wahrheit — Ihre Ideale wechseln je nach Laune: heute ist es Proudhon, morgen Mazzini, übermorgen Victor Hugo, ja Victor Hugo selbst! Tsch., dieser kalte, unzugängliche Tsch. freute sich wie ein Kind über jede Kundgebung des Lebens in Rußland, über jede Tat, die Selbstbewußtsein, Energie manifestierte — Sie sind so sehr nur ein Dichter der Freiheit, daß die freie Sprache der jungen Emigration selbst Sie überraschte und brutal verletzte. Sie wurden gänzlich bestürzt, als Sie in Genf nicht eine Menge Knechte und Anbeter vorfanden, sondern freie Menschen, die mit Ihnen dieselbe Sprache redeten wie mit allen anderen und die Sie mit demselben Maße messen, wie alle Sterblichen. Tsch. begründete eine wirkliche Schule, er erzog und bildete Menschen, aber wo Ihre Anhänger sind, weiß ich nicht."

H. seinerseits zahlte in gleicher Münze. Verschloß die Jugend in der Hitze der Polemik die Augen vor seinem glänzenden Talent, seinen großen Verdiensten um die Befreiungsbewegung und seinen persönlichen Eigenschaften, so fand er wieder bei ihr keine positiven Züge, sah nur ihre negativen Seiten, und übertrieb diese boshaft ins Maßlose. Diese Jugend bestehe aus „Sobakewitschs und Nosdrews des Nihilismus", sei beschränkt, rücksichtslos, unwissend, träge, krankhaft-egoistisch, bestrebt, sein Vermögen „räuberischerweise" unter sich zu verteilen. In seinem Artikel „Der gemeinsame Fond" charakterisiert er sie, wie folgt:

„Alles bis zum letzten Lappen von sich werfend, zeigen sich unsere enfants terribles stolz, wie sie die Mutter geboren hat; aber geboren hatte sie sie schlecht, nicht als derbe stämmige Jungen, sondern als Erben des schlechten und ungesunden Lebens niedriger Petersburger Schichten. Statt athletischer Muskeln und jugendlicher Nacktheit offenbarten sich traurige Spuren erblicher schlechter Säfte, Spuren veralteter Krankheiten und verschiedener Sorten von Fesseln und Halsketten. Wenige von ihnen waren aus dem Volke hervorgegangen. Das Vorzimmer, die Kaserne, das Seminar, die Gehöfte kleiner Gutsbesitzer — das alles blieb, ins Extreme umge-

schlagen, im Blut und Hirn haften, ohne seine charakteristischen Züge einzubüßen. Anderseits freilich mußte die Auflehnung gegen die alte, enge, unterdrückende Welt die junge Generation in Antagonismus und in alle mögliche Verneinung der feindlichen Umwelt stürzen. So ist bei ihr weder Maß noch Gerechtigkeit zu suchen. Sie handelt im Gegenteil aus Rache und Trotz: ‚Ihr seid Heuchler, wir werden Zyniker. Ihr waret in Worten sittlich, wir werden in Worten Bösewichter; ihr waret höflich gegen die Höheren und grob gegen die Unterstehenden, wir werden grob gegen alle Welt. Ihr grüßet ohne Respekt, wir werden alle vor den Kopf stoßen, ohne uns zu entschuldigen. Ihre Menschenwürde bestand in bloßer Höflichkeit und in äußerlicher Ehre, wir werden es als Ehre ansehen, jegliche Höflichkeit niederzutreten und alle points d'honneurs zu verachten.' Anderseits aber behielten diese von den gewöhnlichen Formen des Zusammenlebens losgelösten Persönlichkeiten alle ihre erblichen Laster und Fehler ... Ihre Nacktheit verbarg sie nicht, sondern zeigte erst recht, wie sie sind, ... daß ihre systematische Ungeschliffenheit ... mit der nichtbeleidigenden und freimütigen Grobheit eines Bauern gar nichts, wohl aber mit den Manieren des Kanzlistenkreises, des kaufmännischen Ladentisches und der Lakaienstube eines Herrenhauses sehr viel gemein hat. Einen beim geringsten Widerspruch wenn nicht mit der Faust, so doch mit einem Schimpfworte auf den Mund schlagen, J. S. MILL als Schurken brandmarken und dessen Verdienst gänzlich ignorieren —, was ist es anders als die Manier des Gutsherrn, der einen alten Diener wegen jeder Kleinigkeit unbarmherzig prügelt ..., des Schutzmann(s), Kreishauptmann(s) und Landkommissär(s), der einen Dorfschulzen beim weißen Bart herumzerrt? ... Selbst die Bestechungssucht lebt fort in Gelderpressungen durch Zudringlichkeit, Gewalt und Drohungen, unter Vorschützung der guten Sache ... All das wird sich freilich wandeln und umbilden. Doch muß man gestehen, daß die zarische Vormundschaft und die kaiserliche Zivilisation einen seltsamen Boden in unserem „Dunkelreiche" geschaffen haben. Einen Boden, auf dem ... die Verehrer der MURAWJEW und KATKOW einerseits und die DANTONisten des Nihilismus und die zügellose Bande der BASAROW andererseits entsprossen sind. Vieler Dränage bedarf noch unsere Schwarzerde!"

Noch schärfer lautet H.s Urteil in seinem privaten Briefwechsel. Doch sei über diese Äußerungen, die ihm Verzweiflung und geistige Vereinsamung erpreßt haben, der Schleier gebreitet. Nur einige Stellen aus einem Briefe, mit dem er die Zusendung der SSERNO-SSOLOWJEWITSCHschen Broschüre an BAKUNIN begleitete, seien angeführt:

„Er (Ss.-Ss.) ist impertinent und verrückt. Schrecklich ist's nur, daß die Mehrzahl unserer Jugend ebenso ist, und daß wir alle ihr dazu verholfen haben. Diese Schurken, die durch ihre Hundsfötterei die Maßnahmen der Regierung gerechtfertigt haben(!), sind Igno-

ranten, auf welche die KATKOWS[1]), POGODINS[2]), AKSAKOWS u. a. mit Fingern weisen. Diese Leute, die dreimal so viel Haß gegen mich gerichtet haben als gegen SKARJATIN, sie sind neidisch, sie möchten einem das Letzte nehmen und sie können nicht die künstlerische Seite der Artikel verdauen. Du und OGARJOW, Ihr habt diese Skorpione an Eurer Brust aufgezogen. Es ist so, caro mio, bedenke es. Sie haben keine Zukunft, Sie sind ein jüngerer venerischer Bruder, der sterben und auf dessen Grabe der ältere einen noch jüngeren finden wird."

Zur selben Zeit, da H. über die revolutionäre Jugend, die vielleicht zu scharf und zu Übertreibungen geneigt, aber ihrem Wesen nach ehrlich, gesund und den Volksinteressen ergeben war, so überaus ungerecht schrieb, verkehrte er freundlich mit SAMARIN und POGODIN. Seine nicht persönliche, sondern prinzipielle Ungerechtigkeit gegen das junge Geschlecht, gegen die revolutionären Demokraten und gegen TSCH. und dessen Anhänger will er weder erkennen, noch scheint er sie überhaupt zu bemerken. Er macht BAKUNIN und OGARIOW für die Fehler der jungen Generation moralisch verantwortlich, weil BAKUNIN ebenso wie TSCH., wenn auch von einem anderen Stanpdunkte aus, sich gegen H.s sozialpolitischen Opportunismus ausgesprochen hatte und OGARIOW hierin BAKUNIN folgte. In seinen Briefen an H. und OGARIOW (der später noch Hand in Hand mit H. ging) sprach sich BAKUNIN ganz entschieden gegen ihre Taktik im „Kolokol" und insonderheit gegen die Briefe an den Zaren aus, die, seiner Meinung nach, bloß ein Chaos in den Köpfen der Unerfahrenen hervorrufen mußten. So schreibt er am 19. Juli 1866 an H.

„Ihr aber erschraket und bebtet vor dem erkünstelten, erkauften Jammergeschrei der Moskauer und Petersburger Journalisten zurück, die unterstützt wurden von der abscheulichen Menge der Plantatoren und der moralisch bankerotten Mehrzahl der Schüler BIELINSKIS und GRANOWSKIS, Deiner Schüler, der Mehrzahl der alten humanästhetisierenden Bruderschaft, deren Bücheridealismus, ach!, dem Andrang der schmutzigen offiziellen russischen Wirklichkeit nicht standhielt. Du, H., hast Dich diesem Verrat gegenüber, den Dein klarer, scharfer, streng logischer Verstand hätte voraussehen können, wäre er nicht von Deiner Herzensgüte verdunkelt, als schwach erwiesen.

---

1) K. (1818—1887), Moskauer Professor und Publizist. Erst liberal und Freund H.s und BAKUNINS, nachher Hauptführer der Reaktion.

2) P. (1800—1875), Moskauer Historiker und Publizist reaktionärer Richtung.

Bis jetzt vermagst Du nicht ihrer Herr zu werden, es zu vergessen und Dich zu trösten. In Deiner Stimme liegt noch bis jetzt ein verletzter, gereizter Kummer . . . Du sprichst beständig mit ihnen, Du suchst sie zu erwähnen, wie Du es auch mit dem Kaiser tust, statt ein für allemal auf Dein ganzes altes Publikum zu spucken, ihm den Rücken zu kehren und Dich an das neue, junge Publikum zu wenden, das in seinem Tatendrang einzig und allein fähig ist, Dich aufrichtig und ganz zu verstehen. Und so vergehst Du Dich gegen Deine Pflicht aus allzu großer Zärtlichkeit für Deine allzu sündigen Alten."

BAKUNIN verwarf H.s opportunistische Taktik, der „um des Erfolges der praktischen Propaganda willen" sich der schwierigen und undankbaren Pflicht geweiht hatte, „seinem Chor gewachsen und ihm immer um einen Schritt und niemals um zwei voraus zu sein". BAKUNIN behauptet, nicht verstehen zu können, was es bedeute, den Verehrern von KATKOW, SKARJATIN, MURAWJEW und sogar den Anhängern von MILJUTIN, SAMARIN und AKSAKOW um einen Schritt voraus zu sein. Er zeigt H., daß zwischen ihm und jenen der Unterschied nicht bloß quantitativ, sondern auch qualitativ sei. Jene seien Anhänger der Standes- und Klassenprivilegien, patriotische Anhänger des Staatstums, während H. Sozialist sei. (BAKUNINS anarchistische Erwägungen interessieren uns an dieser Stelle nicht.) BAKUNIN erinnert H., daß er (Bakunin) auch in der Zeit der Kompromisse nicht geglaubt habe, es könne „aus der Mitte des Adels eine Macht sich erheben, die fähig wäre, die Selbstherrschaft zu erschüttern oder auch nur zu beschränken", und erinnert daran, wie sie beide „die adelige Selbständigkeit verleugnet und die ungewaschenen Seminaristen und Nihilisten, diese einzige frische, außerhalb des Volkes stehende Kraft verteidigt haben". BAKUNIN zeigt H. die Grundlosigkeit seiner Hoffnungen auf die Möglichkeit einer friedlichen Evolution, er betont den unfruchtbaren und mystischen Charakter von H.s messianischen Erwartungen in die russische Dorfgemeinde und empfiehlt seinem Freunde fest und offen zu reden.

„Es wird sich ein panreußischer, grundherrlicher, literarischer, offizieller Sturm gegen uns erheben . . . Hört der Zar auf, Deine Briefe zu lesen — auch kein Unglück, Du wirst dann aufhören, sie zu schreiben — der Gewinn ist klar. Deine alten klatzköpfigen Freunde werden sich endgültig von Dir abwenden und Du wirst jede Hoffnung auf ihre Besserung aufgeben müssen. Wie, glaubst Du denn, H., wirklich an die Möglichkeit und den Nutzen ihrer

Besserung? Es scheint mir, daß selbst in besseren Zeiten zwischen Dir und ihnen ein großes Mißverständnis obwaltete. Sie beugten sich vor Deinem außergewöhnlichen Talent, sie waren von Deinem treffenden Witz entzückt, sie achteten Dich um so höher, als der Zar selbst, die Großfürsten, die Minister Deine Schriften lasen und auf Dich hörten; die ganze Petersburger vornehme Welt zitterte vor Dir, Dein Wort vermochte Generalgouverneure zu versetzen, und Generaladjutanten nannten Dich stolz ihren Freund. Nicht wahr, H., das war doch Deine goldene Zeit? Und Deine Freunde, da sie Deine halboffizielle Macht sahen, lobten, hätschelten Dich, schmeichelten Dir als ihrem Führer, krochen vor Dir, und indem sie mit Deinem Vertrauen, mit dem Briefwechsel mit Dir prahlten, wurden sie selbst zu Teilnehmern an Deiner Macht. Aber waren sie denn jemals mit Dir, dem Sozialisten, einig? Du weißt selbst, daß sie es nie waren, sie machten Dir immer Vorwürfe wegen Deines Sozialismus, und wenn sie Dir ihn verziehen, so geschah es nur aus Achtung vor Deinen halboffiziellen Diensten sowie aus Furcht vor Dir. Doch als man nach der Ermordung ANTON PETROWS und der Verhaftung MICHAILOWS und der anderen begann, unsere besten wahren Freunde zu verhaften, und Du laut ihre Partei nahmst, da bemächtigte sich zuerst Deiner glatzköpfigen Freunde der Zweifel an Deinem praktischen Takt, d. h. an der Fortdauer Deiner rührenden Eintracht mit dem Kaiser. Es brachen die Feuersbrünste aus, das junge Rußland wurde mutwillig — sie begannen flehentlich zu bitten, Du mögest ruhiger werden, wie sie noch früher in Dich gedrungen hatten, Du mögest die „Glocke" nicht herausgeben; und doch wagten sie noch nicht, sich offen von Dir abzuwenden, da Dein Wort wie früher donnerte. Da begann die polnische Sache, Du erschrakst selbst vor dem gekünstelten Jammergeschrei, das die bestochene Literatur gegen die Polen und gegen Dich erhoben, es entmutigte Dich, die freie Literatur wurde von der Regierung erstickt — und plötzlich gingst Du aus der Rolle eines strengen Richters, der ohne Furcht und ohne Unterlaß zu zerschmettern und ohne Rücksicht seine unerbittlichen Urteile zu fällen pflegte, zu der eines verletzten und verlassenen Lieblings über, der sich rechtfertigt und beinahe um Verzeihung bittet. Seitdem haben Deine vermeintlichen Freunde aufgehört, Dich als ihren Führer anzuerkennen, und da sie ohne einen solchen nicht leben können, gingen sie in Haufen unter die Führung des auf Dich schimpfenden KATKOW über!

Glaube mir, H., Dein berühmter „Frontwechsel", auf den Du so stolz warst und mit dem Du uns „abstrakten Revolutionären" Deine praktische und taktische Fähigkeit beweisen wolltest, war ein ungeheurer Mißgriff. Dein Zugeständnis an die demoralisierte, nur vermeintlich einstimmige literarische adelige Meinung in Rußland, die im Namen der Integrität des Reiches aus Anlaß der polnischen Frage boshafterweise in Wut geriet, wäre auch selbst dann ein Fehler gewesen, wäre diese Meinung vom großrussischen Volke geteilt worden. Hört denn Wahrheit und Recht auf, Wahrheit und Recht zu sein, weil sich ein ganzes Volk dagegen erklärt? Es gibt in der Geschichte Momente, wo Menschen und Parteien, mächtig durch das Prinzip und durch die Wahrheit, die in ihnen lebt, verpflichtet sind, zum allgemeinen Wohl und zur Wahrung ihrer eigenen Ehre den Mut zu haben,

vereinzelt dazustehen, in der Zuversicht, daß früher oder später die Wahrheit nicht alte glatzköpfige Renegaten, sondern frische Massen zu ihnen hinziehen werde . . . Es geschieht wohl manchmal, daß sie aus Kurzsichtigkeit oder aus Unwissenheit sich von der Landstraße ablenken lassen, die direkt zu ihrem Ziele führt, und nicht selten werden sie in den Händen der Regierung und der priviligierten Klassen ein Werkzeug zur Erreichung von Zielen, die entschieden ihren wesentlichen Interessen entgegenlaufen. Wie sollen denn Leute, die den wahren Sachverhalt kennen und die wissen, wohin man gehen und wohin man nicht gehen soll, sich der Popularität wegen hinreißen lassen und lügen? Worin besteht denn eigentlich Eure vielberühmte praktische Fähigkeit?"

Weiter zählt BAKUNIN eine Reihe von Irrtümern und Taktlosigkeiten auf, die durch H.s Bemühungen, der sogenannten „gebildeten Gesellschaft", d. h. den liberalisierenden adeligen Kreisen, sich anzupassen, verursacht waren, und riet ihm zuerst, zu bestimmen, an wen er sich zu wenden habe und wo sein Publikum sei. Eine unmittelbare Einwirkung auf die Volksmasse, die nicht einmal lesen könne, sei vom Auslande aus unmöglich. Versuche, auf den liberalen Adel zu wirken, seien vergebens, weil sie nur zu Zeitverlust führen und umsonst ihre Urheber kompromittieren. H. solle sich an das neue Publikum, die revolutionäre Jugend, wenden.

„Suchet ein neues Publikum in der Jugend, in den halbgebildeten Schülern TSCH.s und DOBROLJUBOWS, in den BASAROWS, in den Nihilisten — hier ist Leben, hier ist Energie, hier ist ein ehrlicher und starker Wille. Doch nährt sie nicht mit halbem Licht, mit halber Wahrheit, mit halben Worten. Ja, schwinget Euch wieder aufs Katheder, gebt die vermeintlichen und wirklich sinnlosen Rücksichten auf, schlagt blindlings drein, nehmt kein Blatt vor den Mund und achtet nicht mehr darauf, um wieviel Schritte Ihr dem Publikum voraus seid. Fürchtet nicht, es wird nicht zurückbleiben und wird im Notfall, wenn Ihr ermüdet seid, Euch vorwärts drängen. Dieses Publikum ist stark, jung, energisch. Es braucht das volle Licht, und Ihr werdet es mit keiner Wahrheit erschrecken. Predigt ihm praktische Umsicht und Bedeutsamkeit, doch sagt ihm die volle Wahrheit, damit es bei ihrem Lichte erfahre, wohin es zu gehen und das Volk zu führen habe. Macht Euch los, befreit euch von greisenhafter Furcht und greisenhaften Bedenken, von allen Flankenmanövern, von der Taktik und Praktik, hört auf ERASMUS zu sein, werdet Männer wie LUTHER, und mit dem verlorenen Glauben an die Sache wird auch Eure alte Beredsamkeit und alte Kraft zurückkehren — und dann werden Eure alten verräterischen, verlorenen Söhne in Eurer Stimme die Stimme des Anführers erkennen und bußfertig zu Euch zurückkehren, und wehe Euch, wenn Ihr einwilligt, sie wieder aufzunehmen."

Was hier BAKUNIN forderte, war jedoch H. psychologisch unmöglich. Die Erinnerung an die von ihm, dank seiner opportunistischen Taktik, noch vor kurzem geübte Wirkung hatte ihn verzehrt und er vermochte nicht mehr, sich mit der bescheidenen Rolle eines Propagandisten zu begnügen, der Samen ausstreut, ohne vielleicht zu hoffen, daß er die Ernte erleben werde. Obgleich H.s früherer Einfluß sich nur auf einen Teil der adeligen Kreise erstreckt hatte und bloß infolge der dem Sozialismus organisch feindlichen Annahme des gemäßigt-liberalen Programms unter Verzicht auf das eigene möglich geworden war, dürstete er doch nach diesem unmittelbaren Einfluß, der sich in praktischen gesetzgeberischen Beschlüssen ausdrücken sollte und dessen Verlust ihn aus dem Geleise brachte. Und während er freundschaftliche Zuneigung und Beziehungen zu den Leuten aufrechthielt, mit denen ihn Erinnerungen der Jugend, des bisherigen Einflusses und — doch auch — ein undeutlicher, wenn auch nicht Klassen-, so doch Gruppeninstinkt verband, wandte er sich gleichzeitig mit der ganzen Kraft seines Zorns und Hasses gegen die junge Generation, in der er einzig seine wahre Gefolgschaft finden konnte, wenn er nur offen mit seinem integralen Programm ohne Abschwächungen, Verschweigungen und Kompromissen aufgetreten wäre. BAKUNINS Warnungen blieben vergebens. Der Bruch mit dem radikalen Flügel, der mit der Polemik gegen TSCH. und DOBROLJUBOW eingesetzt hatte, entwickelte sich logisch bis zu seinem Ende. Fand sich H. auch zeitweise selbst wieder, so nahmen doch bald die alte Feindschaft und die alten Mißverständnisse wieder überhand und begleiteten H. durch sein trauriges Alter ins Grab.

In Beantwortung des oben angeführten, durch die SSERNO-SSOLOWJEWITSCHschen Broschüre veranlaßten H.schen Briefes schrieb BAKUNIN:

„Dein Brief hat mich erschreckt, nicht in bezug auf SSERNO-SSOLOWJEWITSCH, sondern Deinetwegen. Aus Deiner Erbitterung hört man etwas Greisenhaftes heraus. Ich bin bereit, zu glauben, daß SSERNO-SSOLOWJEWITSCH eine abscheuliche Schmähschrift gegen Dich veröffentlicht hat und daß Deine Empörung gegen ihn gerecht ist. Aber Du schimpfst nicht auf ihn allein und nicht nur auf die Emigranten, seine Genfer Altersgenossen, sondern Du schleuderst einen schrecklichen Fluch gegen die neue Generation, indem Du sagst — als ob es uns als Argument dienen könnte! — daß die

POGODIN, KATKOW, AKSAKOW und TURGENEWS mit Fingern auf sie weisen, und indem Du sogar hinzufügst, daß sie durch ihre Hundsfötterei die Maßnahmen der Regierung rechtfertigt! Wer ist sie denn? Selbstverständlich nicht nur die Genfer Emigranten, deren Zahl so mikroskopisch klein ist, daß die Regierung bedeutende Maßnahmen gegen sie nicht hätte treffen sollen, sondern die ganze junge Generation, die Du brandmarkst, indem Du sie als einen venerischen jüngeren Bruder bezeichnest, der in Erwartung einer noch jüngeren, aber tüchtigeren Generation zu einem spurlosen Tode verurteilt ist. Nein, H., wie groß auch die Mängel unserer jetzigen jungen Generation sein mögen, sie steht bedeutend höher, als die KATKOW und POGODIN, als Deine AKSAKOW (und TURGENJEW), um so viel höher, daß die Andeutungen aller dieser ausschweifenden Greise ihr nur zur Ehre gereichen, und nichts in der Welt, außer der natürlichen und notwendig abscheulichen Natur der Regierung selbst vermag diese ihre elenden Maßnahmen zu rechtfertigen. Vor zehn, fünf Jahren, als Du kühn vorwärts blicktest und andere leitetest, ohne Dich darum zu kümmern, was heute der beschränkte Verstand und verfaulte offizielle und halboffizielle praktische Meinungen dazu sagen, und ohne Dich von der grillenhaften Hoffnung auf eine ganz nah bevorstehende halbe Erfüllung Deiner Wünsche hinreißen zu lassen, hauptsächlich aber ohne Dich vom Glanze betrügerischer und heuchlerischer Verwirklichungen verblenden zu lassen, hättest Du so schreckliche, für Dich schreckliche Worte, da sie Alterschwäche verraten, nicht geäußert. In der jungen Generation, wenn wir jeden einzeln nehmen, mag es wohl unangenehme, unordentliche, ja schmutzige Seiten in Fülle geben. Eine übrigens sehr natürliche Erscheinung: die frühere auf religiösen, patriarchalischen und Standesüberlieferungen beruhende Moral ist unrettbar vernichtet, die neue aber ist noch lange nicht geschaffen, man ahnt sie aber voraus. Und nur eine soziale Umwälzung von Grund aus vermag sie zu verwirklichen. Dazu reichen die Kräfte eines einzelnen nicht aus, so klug und stark er auch sein möge. Deshalb gibt es auch keine neue Moral. Die neue Generation ist auf der Suche nach ihr, aber sie hat sie noch nicht gefunden. Daher auch die Schwankungen, die Widersprüche, die Abscheulichkeiten und nicht selten die schmutzigen Skandale . . . Das ist sehr unangenehm, es kränkt und ärgert, aber es ist natürlich und unvermeidlich. Das alles wurde in der Mitte unserer unerfahrenen, armen, jungen russischen Emigration noch durch jene Emigrationskrankheit verdoppelt, die Du so treffend in Deinen Memoiren erforscht und geschildert hast. Aber das alles darf uns nicht die ernsten und hohen Eigenschaften unserer jungen Generation in Schatten stellen. In ihr lebt nicht die künstlich erzeugte und dem Verstand allein entsprungene, sondern die echte Leidenschaft für Gleichheit, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Vernunft. Von dieser Leidenschaft erfüllt, sind Dutzende von ihnen in den Tod, Hunderte nach Sibirien gegangen. Es gibt unter ihnen, wie jederzeit und allerorten, hohle Prahlhänse und Schönschwätzer, aber auch Helden, — Helden ohne Phrasen oder mit sich selbst verleumdenden Phrasen, die prahlerisch in Extreme verfallen. Nein, was Du auch sagst, H, diese ungewaschenen, plumpen und oft ziemlich unbequemen Pioniere der Wahrheit und des neuen

Lebens stehen tausend und abertausendmal über Deinen anständigen Leichnamen . . . Altere nicht, H., was hat man davon, wenn man alt wird. Werde kein Doktrinär à la J. J. ROUSSEAU, sondern bleibe unser mächtiger VOLTAIRE. Hierin liegt Deine Wahrheit und daher auch Deine Macht. Altere nicht, H., und fluche nicht den Jungen. Verspotte sie, wenn sie lächerlich sind, bestrafe und schilt sie, wenn sie schuldig sind, aber beuge Dich ehrfurchtsvoll vor ihrem redlichen Wirken und Streben, vor ihren Taten und Opfern."

Diese historisch zutreffenden Bemerkungen und diese menschenfreundlichen Gesinnungen im Munde des alten unbeugsamen Revolutionärs machen bis auf den heutigen Tag tiefen Eindruck. Aber H. hat auf sie nicht gehört und war auch psychologisch dazu außerstande. Der Konflikt zwischen ihm und dem jungen Geschlechte war zu weit gediehen, zu viele Mißverständnisse hatten sich gehäuft und in der Hitze der Polemik war kein Platz für objektive, historische Gerechtigkeit. H.s und TSCH.s Schüler haben einander nicht verstanden und auf dem Gebiet der russischen Angelegenheiten fand H. am Ende seines Lebens keine Anregung, keinen Trost und keinen Hoffnungsfunken. Aber auch mit den Geschehnissen des westeuropäischen Lebens stand es nicht besser. Die Auffassung H.s seit der Niederlage der Revolution von 1848, die mit unübertroffener Kraft in den uns noch bis auf den heutigen Tag aufregenden „Briefen vom anderen Ufer" (1850) niedergelegt ist, hat ihn gehindert, die Entwicklung des europäischen Lebens richtig zu beurteilen, und nährte nur seinen tiefen Skeptizismus und Pessimismus. Auch in dieser Hinsicht macht sich ein tiefer Unterschied zwischen H. und TSCH. bemerkbar.

Trotzdem H. in einzelnen Stellen sich der materialistischen Geschichtsauffassung und dem Klassenstandpunkt näherte, verharrte er im ganzen auf idealistischem Boden und die Weltanschauung des modernen Sozialismus blieb für ihn ein Buch mit sieben Siegeln [1]). Er war in diesem Sinne einer der Epigonen des utopischen Sozialismus. Allein er hat die Unvollständigkeit

---

1) In der Schrift „Du développement des idées révolutionnaires en Russie 1851 (deutsch u. d. T. Rußlands soziale Zustände, 1854)" schreibt H. z. B.: „Sehen wir denn manchmal nicht, daß ein unter anderen ausgesprochenes Wort das Gleichgewicht der Völker stört, eine Revolution hervorruft oder beendigt?"

der utopischen Systeme eingesehen und mit Leidenschaft neue Wege gesucht. Es gelang ihm jedoch nicht, diese ganz zu entdecken, er tastete sie bloß im Dunkeln an. So bildete sich denn bei ihm ein Skeptizismus für die Schicksale des Westens aus, der durch Erinnerungen an die alten slawophilen Ideen genährt ward. Ohne Verständnis für den wahren Sinn und die lebendige Kraft der europäischen sozialen Entwickelung erblickte er in der Niederlage der 1848er Revolution das Ende der Geschichte Europas und den Bankerott aller sozialen Kräfte des Westens. Während Marx und zum Teil auch Tsch. in diesem Mißerfolg nur den Bankerott der bürgerlichen Parteien und den Prolog zur Arbeiterbewegung sahen, beeilte sich H., der nur mit den bürgerlichen Demokraten in Verbindung stand und die historischen Schicksale des Proletariats nicht voraussah, der ganzen europäischen Zivilisation den Totenschein zu schreiben. Für ihn ist Europa eine „verfallene und liederliche Welt“. „Das Spießbürgertum ist die Schlußform der westeuropäischen Zivilisation, ihre Mündigkeit.“ Wohin die Menschheit geht, sei unbekannt. Am wahrscheinlichsten „zu totaler Unbeweglichkeit der Formen, zum chinesischen Stillstand“. Der Sozialismus sei tot, und es sei leichter, sich Europa auf dem Rückweg zum mittelalterlichen Katholizismus zu denken, denn als soziale Republik nach den Vorschriften von Fourier und Cabet. Und um nicht angesichts dieses Abgrundes in Zweifel zu verfallen, verzichtete H. auf den Westen und setzte all seine Hoffnungen auf Rußland, das mit Hilfe seiner Dorfgemeinde und des Artels die kapitalistische Phase überspringen, unmittelbar zum Sozialismus übergehen und das hinfällige Europa wiederbeleben sollte[1]).

„Anzuerkennen, daß es keinen Ausweg gibt, ist auch ein Ausweg,“ liebte H. zu sagen und glaubte, daß dieser Satz einen wahren historischen Objektivismus in sich schließt. Er hat die Erkenntnis der Wahrheit, vor der man sich demütigen

1) Bis zu welchen Übertreibungen H. sich in dieser Hinsicht hinreißen ließ, ist aus der Äußerung über seine Frau (die eine Zeitlang für den Dichter Herwegh schwärmte) zu ersehen; daß sie „durch die bloße Berührung mit dem faulen Okzident zugrunde gegangen sei“. Auf seine negative Stellung dem Westen gegenüber hat, wie es scheint, auch das rein Persönliche einen gewissen Einfluß gehabt.

solle, heiß empfohlen. Aber nicht darin besteht der Objektivismus. Für die Erkenntnis der Wahrheit und der Wirklichkeit waren auch MARX und TSCH., aber nicht um sich vor ihr nutzlos zu demütigen, sondern um in ihren widersprechenden Elementen Mittel zum Kampf gegen sie selbst zu finden. H.s Unglück bestand eben darin, daß sein Gesichtskreis durch die bürgerliche Demokratie begrenzt war; daß er ferner in dem Leben des Westens alles sah, nur den Kommunismus nicht; daß er den zeitweiligen und naturgemäßen Mißerfolg der ersten Schritte einer welthistorischen Bewegung als ihren endgültigen Niederbruch auffaßte. Er hat die Revolutionären, auch BAKUNIN (sogar sich selbt in seiner Jugend), nicht einmal getadelt, daß sie den zweiten Monat der Schwangerschaft für den neunten hielten. Aber man kann ihm selbst mit nicht geringerem Recht vorwerfen, daß er in den ersten Symptomen der Schwangerschaft und in den konnexen krankhaften Erscheinungen eine verfrühte Geburt und den Tod zu sehen glaubte. H. kannte weder das Proletariat noch verstand er seine Entwicklung. Er sah in ihm eine leidende, ausgebeutete und gleichzeitig nicht klassenbewußte, wilde Masse, die eher zu wilden Gewalttaten als zu planmäßigem Kampf für ihre Befreiung fähig ist. Daß er den „unbekannten Gott, der hinter der Mauer schleicht,“ nicht verstanden hat, erhellt schon daraus, daß er die Proletarier als Spießbürger auffaßte. Der Arbeiter aller Länder ist ein zukünftiger Spießbürger — eine Entdeckung, die bis heutzutage alle Klein- und Großbürger in Entzückung versetzt[1]). Den bürgerlich-demokratischen Traditionen gemäß, schied er das Proletariat aus dem sog. Volk, das er für instinktivmäßig konservativ erklärt, nicht aus. Enttäuscht von den bürgerlichen Demokraten wollte H. zu gleicher Zeit auch an die lebendigen Kräften der Arbeiterklasse nicht glauben. Ebendeshalb fühlte er sich fremd in Europa, zu dem er die alten Sympathien verloren hatte ohne neue zu erwerben. „Wir sind dieser Welt fremd. Wir leben eigentlich

1) In seinem Unverständnis gegenüber der Arbeiterklasse ging H. so weit, daß er die bürgerliche Verleumdung: der Sieg der Arbeiter bedeute den Niedergang der Kultur, wiederholte. „Es tut euch leid um die Zivilisation? Mir auch. Aber den Massen tut es nicht leid um sie.“ (Briefe aus Frankreich und Italien. 1850.)

nicht hier, sondern zu Hause. Mit jedem Jahr, mit jedem Ereignis entfernen wir uns immer weiter von dem Milieu, in dem wir durch unsere Tätigkeit verurteilt sind, zu leben. Wir machen kein Hehl daraus" (Kolokol, 15. Mai 1862).

So wiederholte sich hier der tragische Dualismus, der in den russischen Fragen den Sozialisten H. zum Wortführer des gemäßigten Liberalismus und Gegner der revolutionären Jugend machte. Er war dadurch zu völliger geistiger Isolierung vom Leben verurteilt. So hat er die welthistorische Bewegung der Internationale, der er ganz fernblieb, übersehen. In seinen Werken, die allen möglichen Fragen gewidmet sind, finden wir fast nichts über diese kolossale Bewegung, mit Ausnahme von einigen Bemerkungen in seinen „Briefen an den alten Freund" (BAKUNIN). Aber auch hier ist seine Stellung zur Internationale die eines kaltskeptischen, fremden Zuschauers.

In diesen interessanten Briefen sind viele scharfe Bemerkungen verstreut, die bedauern lassen, daß dieser große und scharfsinnige Geist von der Arbeiterbewegung sich abgekehrt hat. Er hätte da mit seinen Kenntnissen und seiner praktischen Weisheit nützliche Dienste leisten können. In seiner Kritik der anarchistischen Neigungen BAKUNINS nähert er sich dem Marxismus sehr und bringt viele Argumente des letzteren gegen den anarchistischen Putschismus vor. So ruft er dem ungeduldigen, von Zerstörungslust verzehrten BAKUNIN zu:

„Unsere Zeit ist gerade eine Zeit endgültiger Erkenntnis und des Studiums; eines Studiums, das der Arbeit an der Verwirklichung vorhergehen muß, so wie die Theorie der Gase und Dämpfe der Konstruktion der Eisenbahnen voranging. Vorher wollte man die Dinge durch Herz, Eifer und Wagemut erzwingen . . .; wir aber wollen nicht mehr aufs Geratewohl weiter schreiten. Für die Anwendung treten die empirische Seite und alle äußeren Bedingungen in den Vordergrund. Die Motive können wahrhaft sein, aber sie kommen ohne hinreichende Mittel nicht zustande. Solange aber diese Kräfte fehlen, muß man die Regimenter in aller Stille konzentrieren und keine unnützen Drohungen ausstoßen. Eine ohnmächtige Drohung ist immer schädlich; eine unterdrückte Explosion treibt uns zurück. Es ist leichter, die jungen Triebe zu vernichten und zu zerstampfen, als ihr Wachstum zu beschleunigen. Wer nicht abwarten und arbeiten will, der bewegt sich in dem alten Geleise der Prediger und Propheten, der Sektenstifter, der Fanatiker und Zunftrevolutionäre. Die Aufklärung und Überlegung werden unsere einzige Waffe. Die internationalen Kongresse (d. i. die Kongresse der Inter-

nationale) sind nur in Predigt stark; in materieller Richtung können sie nicht über die negative Kraft des Streiks hinausgehen.“

Der Widerlegung von BAKUNINS antistaatlichem Programm fügt H. eine Reihe tiefer Bemerkungen über den historischen Charakter des Staats ein und zeigt, daß der Staat, ebenso wie andere Formen der Unterdrückung, zu seiner Selbstverneinung und Selbstvernichtung führt. Zwischen LASSALES Ansicht und der Predigt von der unmittelbar bevorstehenden Auflösung des Staates in eine kommunistische Föderation liege der ganze Unterschied zwischen einer Normal- und einer Frühgeburt. Die Schwangerschaft bedeute noch keineswegs, daß schon morgen eine Geburt erfolgen werde, und ebensowenig folge daraus, daß der Staat eine vorübergehende Lebensform ist, daß er auch bereits der Vergangenheit angehört. Welchem Volke könnte man in der Tat die staatliche Bevormundung abnehmen wie einen überflüssigen Verband, ohne zugleich durch Bloßlegung von Arterien und inneren Teilen gewaltiges Unheil anzurichten, während sie von selbst fallen wird, wenn die Zeit gekommen ist.

In den oben zitierten Bemerkungen sieht man einerseits H.s gesunden und kritischen Geist, andererseits aber auch eine Art von Unglauben und Müdigkeit. Andere Stellen dieser interessanten Briefe überzeugen uns vollkommen, daß H. auf seiner früheren opportunistischen Position stehengeblieben war und daß er BAKUNIN kritisiert nicht so sehr vom Standpunkte des strengen historischen Objektivismus wie von dem der Verneinung der revolutionären Mittel und des Klassenkampfs.

„Was die Menschen brauchen, ist die Predigt, eine unermüdliche, ernste Predigt, die sich in gleicher Weise an den Arbeiter wie an den Herrn, an den Bauern wie an den Bürger wendet. Wir brauchen die Apostel mehr als die Offiziere der Avantgarde und Sappeure der Zerstörung. Wir brauchen Apostel, die sich nicht nur an ihre Anhänger, sondern auch an unsere Gegner wenden. Eine Predigt, die sich an den Gegner wendet, ist ein großes Werk der Liebe.“

In diesen Worten spiegelt sich die ganze Persönlichkeit H.s, der sich von der alten Welt lossagte, ohne zu einer neuen zu gelangen. Auch TSCH. war für planmäßige Propaganda, langsame Sammlung der Kräfte und systematische Vorbereitung zu entscheidenden Taten. Auch er war gegen vereinzelte leicht-

sinnige oder verzweifelte Empörungsakte. Zugleich aber stand er auf dem Boden des Klassenkampfs, bemühte er sich nicht, Unversöhnbares zu versöhnen, und wendete sich mit seiner Propaganda nicht in einem Atem an Arbeiter und Meister. Ihm war der organische Widerwille H.s gegen die revolutionären Methoden nicht nur fremd, im Gegenteil, er hat sich vielmehr immer entschieden für energisches Handeln ausgesprochen und sogar die Exzesse gerechtfertigt, ohne die, wie er glaubte, keine einzige ernste, historische Umwälzung zustande kommt. „Der Weg der Geschichte — pflegte er zu sagen — ist nicht das Trottoir vom Newsky Prospekt; er geht direkt über staubige und schmutzige Felder, über Sümpfe und Unebenheiten. Wer Furcht hat, staubig zu werden, oder seine Stiefel zu beschmutzen, der darf sich nicht mit gesellschaftlichen Angelegenheiten beschäftigen." H. aber verzweifelte nach 1848 an revolutionären Mitteln und in seiner Erklärung der Ursachen seines bewußten Opportunismus, schrieb er u. a. (im Kolokol vom 1. Januar 1859):

„Ich weiß, es ist mit der Religion der Demokratie unvereinbar, von den Kronenträgern etwas anderes als Böses zu sagen. Ich gestehe auch, daß die Religion der Demokratie mir ebenso widerwärtig ist, wie die des Herrn FIALKOWSKI und des ‚reunierten' SISNASCHKO. Die demokratische Orthodoxie räumt der Vernunft nicht viel Raum ein und drückt sie ebenso wie die altklösterliche Religion." Und in seiner Erwiderung an das „Junge Rußland" führte er (ebenda, 15. August 1862) aus: „Wir lieben schon längst nicht mehr die beiden Kelche — den Zivil- und den Militärkelch — voll Blut, aber wir wollen auch weder aus dem Schädel unserer Feinde trinken, noch den Kopf der Herzogin LAMBALLE auf der Pike sehen. Wo immer Blut fließt, fließen auch Tränen."

Dieses Gefühl der Enttäuschung war ein Ausfluß der allgemeinen skeptischen Stimmung H.s gegen das Schicksal Europas und der schöpferischen Kraft der europäischen Nationen. Es hat auch, wie BAKUNIN schreibt[1]), mehr zu seinem Tode beigetragen als seine Krankheit und hat andererseits auch seine slawophil gefärbte Überschätzung der messianischen Mission Rußlands und der Allheilkraft des Mir hervorgerufen, dessen „Naturwüchsigkeit" MARX als „lächerliches Vorurteil" gekennzeichnet hat[2]). Übrigens hat gerade dieses in der russischen Literatur

1) OEUVRES IV, 231: Lettre à Esquiros.

2) Zur Kritik der politischen Ökonomie. 1859 S. 10. Anm 1. Die Aus-

vielbehandelte Problem auch zu Streitigkeiten zwischen H. und TURGENJEW Anlaß gegeben. Letzterer hat die europäische bürgerliche Zivilisation gegen die allgemeinen und ungerechten Beschuldigungen H.s verteidigt und sicherlich hatte hierbei der Europäer TURGENJEW das Übergewicht. Gleich entschieden wie er hat auch, wenngleich von anderem Standpunkt, TSCH. H.s slawophile Neigungen und Hoffnungen bekämpft. Ohne H.s Namen zu nennen, ist er in seinem berühmten Artikel „Über die Ursachen des Niedergangs Roms“ gegen die „albernen Träumereien“ und den „rhetorischen Unsinn“, der ihn (d. h. H.) „den gesunden Verstand und die Tatsachen vergessen läßt“, sowie gegen die „dummen Hypothesen“ über den Untergang der Zivilisation aufgetreten. Die Dorfgemeinde (Mir) sei bei allen Völkern auf einer gewissen Stufe der Entwickelung vorhanden gewesen und ihre Erhaltung in Rußland zeuge nur von dessen Zurückgebliebenheit und von der Langsamkeit und Schlaffheit in seiner historischen Entwickelung. Es habe keinen Sinn, ursprüngliche Formen zu idealisieren, die „einfach eine Mischung von Anarchie und Despotismus“ seien, und am wenigsten bei solchen, die es lieben, sich über die Slawophilen lustig zu machen, ohne zu merken, daß sie selber der Grundtendenz der Slawophilen nicht ganz fremd seien. Die Behauptung, daß Rußland berufen sei, das Leben der zivilisierten Welt zu erneuern und es mit neuen höheren Elementen zu erfüllen, die es selbst nicht imstande sei auszuarbeiten, machte TSCH. geradezu wütend.

„Wir sind bei weitem nicht entzückt von dem jetzigen Zustand Westeuropas —, sagte er—, aber dennoch glauben wir, daß es von uns nichts zu entlehnen hat. Ist bei uns aus den primitiven Zeiten ein Prinzip übriggeblieben, das ein wenig einer der Bedingungen der Lebensführung, welche die vorgeschrittenen Völker erstreben, entspricht, so arbeitet doch Westeuropa an der Verwirklichung dieses Prinzips ganz unabhängig von uns ... Europa hat seinen eigenen und zwar einen viel entwickelteren Verstand als wir ..., es braucht unsere Hilfe nicht. Europa versteht selbst viel besser, welche neue Ordnung es nötig hat, wie diese einzurichten und mit welchen Mitteln sie einzuführen ist. Wir besitzen also kein Mittel, Europa zu beleben ... Dieses ist auch gar nicht darauf angewiesen.“

TSCH. deckt auch H.s Grundirrtum in seiner pessimistischen

---

lassung ist in die 1. Aufl. des 1. Bandes des Kapitals nicht aufgenommen, wohl aber in die II. (S. 53, Anm. 30).

Auffassung der europäischen Geschichte auf. Er habe eine Kleinigkeit übersehen: das Proletariat, das eben auf die historische Bühne getreten sei.

„Selbst wenn man mit H.s Begriff von Europas Erschöpfung — meint er — einverstanden ist, so konnte doch nur der kleinste Teil der Bevölkerung jedes vorgeschrittenen Landes seine Kräfte erschöpfen. Was aber das Volk eines Landes im ganzen betrifft, so muß man sagen, daß es sich erst für die geschichtliche Laufbahn vorbereitet. Es ist nur die Vorhut des Volkes, der Mittelstand, der schon auf der geschichtlichen Bühne tätig ist und dazu erst seine Tätigkeit begonnen hat. Die Hauptmasse aber machte sich noch nicht ans Werk, ihre dichten Reihen fangen erst an, sich dem Felde der geschichtlichen Aktion zu nähern. Früh, zu früh haben Sie von der Erschöpfung der westeuropäischen Völker zu sprechen begonnen. Diese fangen erst jetzt an, zu leben."

In diesen Zeilen erscheint TSCH. im Vergleich mit H. als der größte Realist, der voll Verständnis für die Erschütterungen in Europa nicht verzweifelte, sondern im Chaos des allgemeinen Zerfallens die Keime des neuen Lebens wahrnahm.

In dem Buche „Vom anderen Ufer", diesem genialen Erzeugnis der Enttäuschung und melancholischen Nachsinnens, spricht H. über die Auswahl zwischen der Seligkeit des Wahnsinns und dem Unglück des Wissens und wählt das letztere. Warum aber wurde das Wissen, das in den Händen von Männern wie MARX und TSCH. sich als revolutionäre Macht, als mächtiger Sturmbock gegen die chinesiche Mauer der veralteten Vorurteile erwiesen hat, für H. zu einer Quelle hoffnungslosen Pessimismus? Weil unter seinen „kindlichen Hoffnungen" und „jugendlichen Erwartungen" kein solides, reales Fundament war, das fähig gewesen wäre, einem historischen Sturm zu widerstehen. Weil auf dem Grunde seiner Hoffnungen ein tragischer Dualismus war. Theoretisch hatte er die bürgerlich-demokratischen Traditionen überwunden und war bis zu anarchistischen Schlußfolgerungen gelangt; praktisch aber blieb er in den Fesseln dieser Traditionen bis zur Unmöglichkeit, einen Punkt für die Anwendung seines kritischen Hebels zu finden. Wie der biblische Moses war H. zum langjährigen Wandern in der mit Trümmern und Gräbern der lieben Toten besäten Wüste verurteilt. Leidenschaftlich suchte er dort die Wahrheit, die vor ihm zurückwich. Und die

Worte, die er an der Schwelle des gelobten Landes niedergeschrieben hat, stimmen traurig. „Es ist der Anfang des Kampfes... Sein Ende werden wir nicht sehen... Kaum die Jüngeren von den Jungen werden ihn erleben. Langsam entfaltet sich die Geschichte, zähe verteidigt sich das Dahingehende, allmählich und undeutlich entsteht das, was werden soll. Aber der Prozeß selbst, das Drama der historischen Schwangerschaft selbst, ist voll Poesie. Jedem Geschlecht das Seine. Wir murren nicht über unser Los. Wir haben nicht nur die Morgenröte geschaut, sondern sie auch unsere Feinde sehen lassen. Was darf man noch mehr vom Leben erwarten, besonders wenn man aufrichtig und gewissenhaft von sich behaupten darf: Auch ich habe an diesem Riesenkampf teilgenommen, auch ich habe dazu mein Scherflein beigetragen."

H. durfte dies wahrlich von sich behaupten. Sein Sinnen und Trachten war stets auf die Verteidigung der Leidenden und die Befreiung der Unterdrückten gerichtet. Sein ganzes Leben, seine vielseitige und farbenreiche Tätigkeit, seine Seelenqualen und das unaufhörliche Glühen seines Geistes, die Erhabenheit seines Strebens, seine große Menschlichkeit im besten Sinne des Wortes geben ihm das Recht auf einen Ehrenplatz im sozialistischen Pantheon. Wenn auch während des Lebens nicht im selben Lager und auf demselben Weg wie TSCH. und DOBROLJUBOW, hat doch H., wenn wir sein Wirken in historischer Entfernung betrachten, nach demselben Ziel gestrebt wie sie. Er gehört dem Sozialismus.

Der russische Sozialismus und Liberalismus über die auswärtige Politik des Zarismus.

Von

G. Zinowjew (Petrograd)[1].

I.

Gegen den Zarismus! Gegen die auswärtige Politik des russischen Zarentums! Diese Parolen bestimmten während des halben Menschenalters zwischen 1889 und 1905 die Entwicklung und die ganze Politik der zweiten Internationale, von der ersten schon ganz zu schweigen. Die ganze Geschichte der zweiten Internationale könnte man daher in zwei Perioden einteilen, deren erste unter der Parole: Gegen den Zarismus! die zweite unter der Parole: Gegen den Imperialismus! verlief.

Schon auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Zürich (1893) entspann sich eine sehr bedeutsame Diskussion über den Kampf gegen den Militarismus und über das Verhalten der Internationale im Kriegsfalle. Im Mittelpunkte dieser Diskussion stand aber keine andere Frage als die nach der Stellungnahme zur auswärtigen Politik des Zarismus.

Warum tauchte diese Frage auf? Weshalb waren fast sämtliche Verhandlungen des Züricher Kongresses ihr gewidmet? Weil in den Jahren 1891—1892 die franko-russische Allianz endgültig abgeschlossen wurde und es aller Welt schien, daß der russische Zarismus im Bündnis mit der französischen Oligarchie auf einen Weltkrieg in allernächster Zeit hinarbeite. Zu besserem Verständnis der Vorgänge im internationalen Sozialis-

---

1) Die Abhandlung befindet sich seit Ende Dezember 1916 in den Händen der Redaktion. Gr.

mus und besonders auf dem Züricher Kongreß ist es nötig, sich die damaligen Verhältnisse zu vergegenwärtigen.

Der Anfang der 90er Jahre bildete einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der auswärtigen Politik der neuesten Zeit. Von da an eigentlich treiben die ausschlaggebenden imperialistischen Großmächte Europas unaufhaltsam dem Weltkriege zu. Dem jetzt, nach einem Vierteljahrhundert, rückwärts gewandten Blick zeigt sich, daß damals, vielleicht sogar schon etwas früher, die neue imperialistische Ära begonnen hatte. Freilich ist nicht zu vergessen, daß solche Retrospektive recht bequem ist. Die in den 80er und 90er Jahren wirkende Generation der Sozialisten vermochte die erst einsetzende historische Entwicklung schwerlich in ihrer vollen Bedeutung zu erfassen. MARX starb 1883, d. h. nachdem der Dreibund schon zur Tatsache geworden war, und dennoch war es sogar diesem genialen Denker, mit seiner besonderen Gabe historischen Voraussehens unmöglich, das Heraufziehen der neuen, „imperialistischen", Ära des Kapitalismus in allen ihren Charakterzügen vorauszusehen und vorauszusagen[1]). FRIEDRICH ENGELS schied zwölf Jahre nach MARX aus dem Leben. Aber auch er konnte vom Imperialismus als einer ganzen Epoche der historischen Entwicklung noch nicht sprechen. Erst mit dem Anfang der typisch-imperialistischen Kriege wurde die Lage klarer. Der erste bedeutende Krieg der neuen Epoche mit ausgesprochen imperialistischem Charakter war der japanisch-chinesische (1894–1895), während ENGELS schon im Jahre 1895 die Augen für immer schloß.

Die 80er und 90er Jahre waren in der Geschichte der auswärtigen Politik der Neuzeit Übergangsjahre. Und im gewissen Sinne waren sie es auch für die Geschichte des europäischen Sozialismus.

Der Abschluß der franko-russischen Allianz mußte im Lager der Sozialisten, besonders der revolutionären Sozialisten Deutschlands, große Beunruhigung hervorrufen. 1871 besiegte BISMARCK

1) Selbstverständlich besitzen wir schon in der MARXschen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise alle theoretischen Grundelemente zum Weiterbauen. Was die neue Generation der revolutionären Sozialdemokraten über den Imperialismus sagte, konnte sie nur gestützt auf MARX ausführen.

NAPOLEON III. und annektierte Elsaß-Lothringen. Aber bis dahin hatte Frankreich zusammen mit Rußland durch viele Jahrzehnte Deutschland unterdrückt und dessen nationale Einigung gehemmt. Das konnte nicht ohne tiefe Spuren in der Psychologie des deutschen Volkes bleiben. Es beeinflußte auch die damalige Stellung der deutschen Sozialdemokratie. Es ist gar nicht zu verwundern, daß die revolutionären Sozialisten Deutschlands damals (im Jahre 1891) sehr ernst die Gefahr überlegten, die die franko-russische Allianz für ihr Land bringen konnte. Andererseits bedeutete diese letztere offenbar eine große Verstärkung des Zarismus nicht nur innerhalb Rußlands, sondern auch auf der internationalen Arena. Die Milliarden französischen Geldes — sagte man sich — werden den Militarismus und die Reaktion in Rußland füttern. Die auswärtige Politik des Zarismus erhielt neuen Glanz: der Zarismus hatte sich die größte Republik Europas gewissermaßen untertänig gemacht.

Wie sollten sich nun die revolutionären Sozialisten dieser neuen Lage gegenüber verhalten?

Seit 1848 schon hielt MARX das zaristische Rußland für den Hauptfeind der internationalen Demokratie. Und in der Tat, das alte reaktionäre Rußland, das Rußland der Leibeigenschaft, das Rußland, das die ungarische Revolution unterdrücken half, das den polnischen Aufstand im Blute ertränkte, das „Gefängnis der Völker" war wirklich der Hauptfeind der internationalen Demokratie — solange in ihm selbst keine revolutionäre Massenbewegung entstand.

In der Zeit, als das franko-russische Bündnis zustande kam, war aber die Massenbewegung der russischen Arbeiterschaft noch nicht über ihre ersten schüchternen Schritte hinausgekommen. Die Reaktion herrschte schrankenlos. Die Anfänge der 90er Jahre waren die goldenen Tage der Herrschaft ALEXANDERS III. Die POBJEDONOSZEW saßen fest auf dem Rücken „ihres" Volkes und konnten mit Freude die Ruhe des Friedhofes genießen. Die „Narodnaja Wolja" (Partei des Volkswillens, d. h. die Partei der russischen Terroristen) lag besiegt danieder. Und gerade in den Anfang der 90er Jahre fällt die Hinrichtung ihrer letzten Kämpfer. Die russische Sozialdemokratie hinwiederum war noch ein kleines Häuflein, das sich erst zu organi-

sieren begann. Anders dagegen in Deutschland. Dort entfaltete die Sozialdemokratie schon eine beträchtliche Energie. Sie hatte soeben einen großen politischen Sieg errungen und das Sozialistengesetz zu Fall gebracht. Die Zahl ihrer Wähler überstieg schon eine Million. So war die Lage. Und so mußte für den deutschen wie für den internationalen Sozialismus die Frage nach dem Verhältnis der Internationale zur neuen Gefahr im Gefolge der franko-russischen Allianz entstehen.

Friedrich Engels beantwortete sie in zwei programmatischen Aufsätzen, von denen bezeichnenderweise der eine: „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums", für die russische sozialdemokratische Presse bestimmt war und zuerst in russischer Sprache erschien [1]), während der zweite: „Der Sozialismus in Deutschland", für die französische sozialistische Presse bestimmt war und erstmals in französischer Sprache veröffentlicht wurde [2]).

In den letzten zwei Jahren seit Ausbruch des Weltkrieges werden diese Abhandlungen Engels vielfach mißbraucht. Ihr wirklicher Sinn ist jedoch klar, wenn man sie im Zusammenhang mit der ganzen historischen Lage zu der Zeit, da sie geschrieben wurden, zu verstehen sucht. Die in ihnen von Engels vertretene Auffassung ist die Fortsetzung der alten Marxschen Tradition in einer neuen historischen Lage. Engels erblickt — zu Beginn der 90er Jahre — im russischen Zarismus den Hort der europäischen Reaktion, den Grundpfeiler aller kontrerevolutionären Kräfte des ganzen europäischen Kontinents. Er erwartet den nahen Anbruch großer revolutionärer Kämpfe im Westen Europas und zweifelt keinen Augenblick daran, daß bei der ersten Gefahr einer proletarischen Revolution alle europäischen Regierungen in die Arme des Zarismus sich werfen und ihn als den einzigen Retter der „Ordnung" preisen würden [3]).

---

1) In dem von G. Plechanow und Paul Axelrod in Genf herausg. „Sozialdemokrat", 1890, Nr. 2.

2) In dem von den französischen Marxisten herausg. „Almanach du parti ouvrier", 1892, S. 93/105.

3) So heißt es in dem Ende Februar 1890 geschriebenen Engelschen Aufsatze: „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums" („Die Neue Zeit", 1890): „Denn das wissen die reaktionären Regierungen Europas

Was soll aber in dem Falle geschehen, wenn die europäische Revolution ausbliebe und statt dessen das zarische Rußland gemeinsam mit Frankreich das Deutsche Reich überfiele? Wie würde dies die Geschicke des deutschen Sozialismus beeinflussen?

„Soviel ist sicher, meint hierauf Engels[1]): weder der Zar, noch die französischen Bourgeois-Republikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für alle drei ‚der Feind' ist." Rußland — der Hauptfeind! „Kein Zweifel: gegenüber diesem (monarchisch-halbfeudalen) Deutschen Reich vertritt auch die heutige französische Republik die Revolution, allerdings nur die bürgerliche Revolution, aber immerhin die Revolution. Sowie aber diese Republik sich unter die Befehle des russischen Zaren stellt, ist das anders. Der russische Zarismus, das ist der Feind aller westlichen Völker, selbst der Bourgeoisie dieser Völker." Was soll also das deutsche Proletariat, das deutsche Volk tun?

„Ein Krieg, wo Russen und Franzosen in Deutschland einbrächen, wäre für dieses ein Kampf auf Tod und Leben, worin es seine nationale Existenz nur sichern könnte durch Anwendung der revolutionärsten Maßregeln . . . Wir

genau: trotz aller Zänkereien mit dem Zaren wegen Konstantinopel etc. können Augenblicke kommen, wo sie ihm Konstantinopel, Bosporus, Dardanellen und alles, was er sonst noch verlangt, in den Schoß werfen, wenn er sie nur gegen die Revolution schützt" (S. 203). „Die auswärtige Politik ist unbedingt die Seite, wo das Zarentum stark, sehr stark ist. Auch unter den russischen Revolutionären herrscht manchmal noch eine relativ große Unbekanntschaft mit dieser Seite der russischen Geschichte, . . . bei manchen, weil man die Zarenregierung zu sehr verachtet, sie unfähig hält, irgend etwas Rationelles zu tun, unfähig teils aus Beschränktheit, teils aus Korruption . . ." „Es ist das Verdienst von Karl Marx, zuerst und wiederholt seit 1848 betont zu haben, daß die westeuropäische Arbeiterpartei . . . genötigt sei, gegen das russische Zarentum einen unversöhnlichen Kampf zu führen. Wenn ich in demselben Sinn auftrete, bin ich auch hier nur der Fortsetzer meines verstorbenen Freundes" (S. 145).

Also europäische Revolution in dem Sinne, wie sie die „Neue Rheinische Zeitung" propagiert hatte, revolutionärer Kampf gegen den Zarismus in dem Sinne, wie ihn Karl Marx immer befürwortet hatte!

1) Vgl. Engels, Der Sozialismus in Deutschland (Neue Zeit, 1892, I 585 f.).

haben das großartige Beispiel nicht vergessen, das Frankreich uns 1793 gab. Das hundertjährige Jubiläum von 1793 naht heran." Die deutschen Sozialisten sind „bereit, der Welt zu beweisen, daß die deutschen Proletarier von heute der französischen Sansculotten vor hundert Jahren nicht unwürdig sind, und daß 1893 sich sehen lassen kann neben 1793".

Bei gutem — oder vielmehr bei schlechtem — Willen kann man auch diese Äußerungen von ENGELS umdeuten. Aber ihr wirklicher Sinn ist doch klar. Hier ist die Rede von einem revolutionären Kriege gegen das alte Rußland, wie ihn unter anderen Umständen auch MARX in der „Neuen Rheinischen Zeitung" befürwortet hatte.

ENGELS' damalige Auffassungen wurden auch von WILHELM LIEBKNECHT und AUGUST BEBEL geteilt. Beide haben es auf dem Erfurter Parteitag in ihrem Kampfe gegen GEORG VON VOLMAR ausgesprochen. „In der Beurteilung der europäischen Lage herrscht zwischen mir und ENGELS, wie es unsere eifrige Korrespondenz beweist, eine fast erstaunliche Übereinstimmung," erklärte damals BEBEL [1]).

So lauteten in allgemeinen Umrissen die damaligen Ansichten der Marxisten Deutschlands. Aber nicht nur die deutschen — auch die russischen Marxisten, und dies ist im vorliegenden Falle besonders wichtig — vertraten dieselben Ansichten. Auch sie hielten damals das zaristische Rußland für den Hauptfeind der internationalen Demokratie und des internationalen Sozialismus. Auch sie hofften, ein (im Sinne von ENGELS) revolutionärer Krieg Deutschlands gegen das alte Rußland werde dieses befreien und der europäischen Revolution einen großen Dienst leisten.

GEORG PLECHANOW war damals der anerkannte Führer der russischen Marxisten. Auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Zürich (1893) erklärte er als offizieller Berichterstatter der wichtigsten Kongreßkommission u. a. folgendes: „Wenn die deutsche Armee über unsere Grenzen einziehen würde, so käme sie als Befreier, wie die Franzosen des Nationalkonventes vor 100 Jahren nach Deutschland kamen, um als Sieger

1) Vgl. Protokoll des Erfurter Parteitages, 1891, S. 283.

über die Fürsten dem Volke die Freiheit zu bringen. Man spricht davon, daß die russische Gefahr durchaus nicht so drohend ist. Aber haben Sie denn vergessen, daß der russische Zar sich mit Ihrer (zu den Franzosen gewandt) Bourgeoisie alliiert hat, daß er der Mörder Polens ist... Eine russische Gefahr besteht angeblich nicht, aber fragen Sie nur einmal die Delegierten Ungarns, Bulgariens, Serbiens, welche Gefahr ihnen von seiten des russischen Zarismus droht... Und je mehr unsere deutschen Freunde den Zarismus angreifen, desto mehr Dank wissen wir Ihnen. Bravo, meine Freunde, schlagt ihn auf das Haupt, zieht ihn auf die Anklagebank, so oft Ihr nur irgend könnt, greift ihn mit allen Mitteln an, die Euch zu Gebote stehen [1]."

Was war der Sinn dieser Erklärung, die PLECHANOW auch im Namen der russischen Sozialisten abgab und die damals von keinem einzigen russischen Sozialisten angefochten wurde? War sie einfach ein Ausdruck germanophiler Sympathien? Keineswegs! Auch PLECHANOW sprach damals, ganz im Sinne ENGELS', nur von einem revolutionären Krieg gegen das alte Rußland, von einem Krieg, der den Charakter eines neuen 1793 hätte.

Die eben zitierte Erklärung der russischen Marxisten kann nur historisch verstanden werden. Nach dem Jahre 1905 konnten die russischen Sozialisten unmöglich jene Worte PLECHANOWS wiederholen, die er 1893 mit ihrer Zustimmung in Zürich ausgesprochen hatte. Das haben sie auch nicht getan: weder in Stuttgart, noch in Kopenhagen oder in Basel. Um diese Zeit ward das russische Proletariat selbst schon zu einem der größten Revolutionsfaktoren der europäischen Entwicklung. Die allgemein-politische Lage in Europa hatte sich geändert. Gegen den Imperialismus! lautete jetzt die Parole. Selbstverständlich auch gegen den Imperialismus in Rußland, aber nicht ausschließlich gegen diesen allein!

In der ersten Periode der II. Internationale war das anders. 1893 war PLECHANOWS Erklärung ebenso eine Selbstverständlichkeit für den russischen Marxismus, wie die damaligen Postulate ENGELS' über den revolutionären Krieg gegen Rußland

---

1) Protokoll des internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Zürich, 1893, S. 30.

etwas für die besten Köpfe der deutschen Sozialdemokratie Selbstverständliches waren. Die Abhandlung ENGELS' über „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums" fand denn auch allgemeine Anerkennung in den Reihen der russischen Marxisten und nicht minder bei den französischen. Als 1885 der Krieg zwischen Rußland und England wegen der Afghanistanfrage auszubrechen drohte, schrieb JULES GUESDE, schon damals einer der Führer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Frankreich: „Die Niederlage Rußlands — ich schrieb es schon vor einem Monate, aber ich werde nie müde werden, es zu wiederholen — bedeutet das Ende des Zarismus, die politische Befreiung Rußlands ... Und das erste Ergebnis, das unvermeidliche Resultat der politischen Revolution in Petersburg, wird die Befreiung des Proletariats Deutschlands sein. Nachdem die deutsche Sozialdemokratie sich von dem Alp des Moskowitentums befreit hat ..., wird sie endlich die Möglichkeit bekommen, auf den Trümmern des Kaiserreichs von Blut und Eisen den revolutionären Ball zu eröffnen (d'ouvrir le bal revolutionnaire), das 1789 der Arbeiterschaft zu proklamieren [1])." Man sieht, auch GUESDE sprach damals von einem proletarischen 1789 in Deutschland. Er hatte damals auch gegen eine Niederlage Englands nichts einzuwenden. Die Sozialisten, meinte er, könnten dem Kriegsgotte Carte blanche geben. Ob Englands, ob Rußlands Niederlage, es werde nur dem Sozialismus zum Siege verhelfen. Aber auch für ihn war damals der Feind der europäischen Demokratie das alte Rußland.

Es ist merkwürdig, daß auch in der damaligen Diskussion über den Militärstreik die Parole „Gegen den Zarismus" die größte Rolle spielte. In seiner bereits zitierten Züricher Rede erklärte PLECHANOW: „Der Militärstreik würde gerade in erster Linie die Kulturvölker entwaffnen und Westeuropa den russischen Kosaken preisgeben. Der russische Despotismus würde unsere ganze Kultur hinwegschwemmen und anstatt der Freiheit des Proletariates, für welche der Militärstreik ein glänzendes Zeichen sein wollte, würde die russische Knute herrschen [2])."

1) „Le socialisme et le radicalisme en 1885", par Jean Jaurès, S. 118—123. „Discours Parlementaires", t. Ier, Paris 1904.

2) Zit. Protokoll, S. 21.

Und Guesde wieder schrieb in seiner Polemik mit dem Holländer Domela Nieuwenhuis: „Der von den Holländern vorgeschlagene Generalstreik wäre das größte Verbrechen gegen den Sozialismus. Denn dieser Streik, der unvermeidlich nur in Ländern mit einer starken sozialistischen Partei Verbreitung finden könnte, würde sie an Händen und Füßen gefesselt solchen Ländern, wie Rußland, ausliefern, in denen eine sozialistische Partei erst gebildet werden muß. Den sozialistischen Westen vor dem asiatischen Barbarentum entwaffnen, dies wäre das unvermeidliche Resultat der Taktik Domelas Nieuwenhuis'. Darum, und ausschließlich darum, ist diese Taktik verworfen worden [1]."

Auch diese Erklärungen tragen den Stempel der Zeit. Nach den revolutionären russischen Massenstreiks von 1905 war es unmöglich, dieses Argument zu wiederholen. Die Lage hatte sich von Grund auf geändert. Aber zu Beginn der 90er Jahre war die gesamte politische Lage eben anders gewesen. Die auswärtige Politik des russischen Zarentums erschien damals — und wir wiederholen es, vollkommen mit Recht — als die größte Gefahr für den europäischen Frieden, für die europäische Demokratie und für die gesamte Arbeiterinternationale. Daß das alte Rußland der Feind jedes Fortschrittes sei, darüber waren sich die Sozialisten aller Länder einig. Und in erster Linie in den Reihen der russischen Marxisten herrschte darüber absolute Einstimmigkeit.

II.

Die Problemstellung blieb auch während des russisch-japanischen Krieges die gleiche.

Es war dies der erste Krieg, den Rußland zu einer Zeit führen mußte, als es in unserem Lande schon eine organisierte sozialdemokratische Arbeiterpartei gab. Während des russisch-türkischen Krieges, Ende der 70er Jahre, hatte die Sozialdemokratie in Rußland noch nicht existiert. In russischen revolutionären Kreisen herrschte damals noch unumschränkt das „Narodnitschestwo" (Volkstümertum).

---

1) „Le Socialiste", 26 août 1891. Wiederabgedruckt in Guesde, En Garde, Paris 1911, S. 99.

Das Wort stammt von „Narod", d. h. Volk. Das „Volk" war aber damals für den russischen Revolutionär mit dem Bauerntum identisch. Das städtische Proletariat, als Massenerscheinung, war noch im ersten Stadium seiner Entwicklung. Es existierte fast gar nicht für den damaligen russischen Revolutionär. Die russische revolutionäre Intelligenz „ging ins Volk", d. h. zur Bauernschaft. Das amorphe Bauerntum war die soziale Basis, auf der die ihr eigentümliche Ideologie entstand. Diese Ideologie war keineswegs etwas Klares, Ganzes, Festes. Bakunismus, friedlicher Propagandismus, Gefühlssozialismus, gemäßigte bürgerlich-liberale Ansichten: alles wurde zu einem bunten Gemenge. Dies erklärt, warum bei Ausbruch des russisch-türkischen Kriegs ein gewisser, nicht ganz unbedeutender Teil der „Narodniki" sich vom „Patriotismus" einfangen ließ. Die Parole der „Befreiung der slawischen Brüder", des Kampfes gegen den Türken als den „traditionellen Feind" hat sicher dazu beigetragen [1]). Hinter der revolutionären Intelligenz des damaligen Rußlands standen keine revolutionären Massen. Die Bauern, deren Ideologen die Narodniki sein wollten, haben den Krieg entweder mit stumpfer Gleichgültigkeit hingenommen oder dem „weißen" Zaren zugejubelt. Eine Partei des bürgerlichen Liberalismus existierte in Rußland noch nicht. Und so kam es, daß einige kleine Zirkel der russischen revolutionären Intelligenz sich damals für den „Befreiungskrieg" begeisterten, als Freiwillige in die Armee des Zaren eintraten usw.

Ganz anders lag die Sache bei Ausbruch des russisch-japanischen Krieges. Nun gab es in Rußland bereits ein starkes Proletariat. Der Schwerpunkt der revolutionären Bewegung war schon längst in die Städte verlegt. Auch die städtische Bourgeoisie war erstarkt und befand sich gerade zu dieser Zeit fast auf dem Höhepunkte ihrer Opposition gegen den Zarismus. Die russische Revolution war im vollen Gange. Die revolutionären Straßendemonstrationen und Massenstreiks wuchsen unaufhaltsam. Revolutionswellen erschütterten das ganze Land. Von einigen

1) Bei manchem „Narodnik" dieser Zeit war ein anderes Motiv ausschlaggebend. Man sagte sich: der Krieg ist vielleicht kein gerechter Krieg, aber da das Volk (die Bauernschaft in erster Linie) auf den Schlachtfeldern kämpft, so will ich mitgehen, so will ich zusammen mit dem Volke lei-

einflußreichen Monarchisten war ja der japanische Krieg anfänglich überhaupt als probate Ablenkung der zunehmenden Revolutionsstürme gedacht gewesen. Zunächst kam es ja gewissermaßen auch so. Während der ersten Kriegsmonate war eine Art von „Patriotismus" zu spüren, der den Kampf gegen die zarische Regierung für eine Zeitlang abzuschwächen vermochte.

Aber wie verhielt sich damals die russische Sozialdemokratie zum Krieg, wie die russischen Sozialisten überhaupt?

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands war zu dieser Zeit schon gespalten. Die Spaltung hatte bekanntlich im Jahre 1903 stattgefunden. Es hatte sich eine „Majorität" (Bolschewiki) und eine „Minorität" (Menschewiki) gebildet. Beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges gab es zwischen beiden Gruppen schon ziemlich wichtige taktische und organisatorische Meinungsverschiedenheiten. Nichtdestoweniger waren sie mit Bezug auf den Krieg in der Hauptsache doch einig. Die berufensten Führer beider Strömungen erklärten sich ganz offen für die Niederlage des zarischen Rußlands. Im Zentralorgan der Bolschewiki, dem „Wperiod" (Vorwärts), schrieb N. Lenin unter dem Titel „Der Fall Port-Arthurs" u. a.: „Die Sache der russischen Freiheit und des Kampfes des russischen Proletariats (wie auch des Proletariats der ganzen Welt) für den Sozialismus hängt in großem Maße von den militärischen Niederlagen des Zarismus ab. Die Frage der Freiheit hat durch diesen militärischen Zusammenbruch viel gewonnen ... Nicht das russische Volk, sondern der russische Zarismus hat diese schmachvolle Niederlage erlitten. Das russische Volk hat durch diese militärische Niederlage gewonnen. Die Kapitulation Port-Arthurs ist das Vorspiel zur Kapitulation des Zarismus[1])." Und das war die Meinung der ganzen Redaktion des führenden Organs der Bolschewiki, wie auch ihres Zentralkomitees. — Und noch etwas früher erklärte Plechanow im Zentralorgan der Menschewiki „Iskra" (Der Funke)[2]) in einem Artikel über den internationalen Sozialistenkongreß zu Kopenhagen, auf dem er bekanntlich den japanischen Sozialisten Katajama umarmt und

1) Wperiod Nr. 2 vom 14. Januar 1905.

2) Das Blatt erschien damals unter der Redaktion von Paul Axelrod, Wiera Sassulitsch, Plechanow, Starowier-Potressow, Martow.

unter allgemeinem Jubel Wünsche für die Niederlage des zarischen Rußlands ausgesprochen hatte: „Ich sagte (in Amsterdam), daß im Falle eines Sieges der russischen Regierung über Japan der Hauptbesiegte niemand anderer als das russische Volk sein wird... Eine sieggekrönte zarische Regierung könnte sich auf den Nimbus des Sieges stützend noch enger die Ketten anziehen, mit denen sie das russische Volk quält. Ich habe dem Kongresse jene leider unbestreitbare historische Tatsache in Erinnerung gerufen, daß die auswärtige Politik der zarischen Regierung von allen Zeiten her eine Politik der Raubgier und der blutigen Gewalt ist... Und ich habe hinzugefügt, daß unter einer solchen Politik die russische Bevölkerung selbst nicht minder, wenn nicht noch mehr, leidet, weil kein einziges Volk ein freies Volk sein kann, solange es ein Werkzeug zur Unterdrückung seiner Nachbarn bleibt... Und als ich alles das aussprach, war ich mir bewußt, daß ich damit die Gedanken und die Gefühle der übergroßen Masse des russischen Volkes zum Ausdruck bringe. Noch nie zuvor war die Stimme der russischen Sozialdemokratie in solchem Maße die Stimme des gesamten russischen Volkes[1]."

Damals meinte also PLECHANOW: die auswärtige Politik des Zarismus sei so reaktionär und gewalttätig, daß die übergroße Mehrheit des russischen Volkes, ebenso wie die gesamte russische Sozialdemokratie, direkt die Niederlage „Rußlands", d. h. natürlich des zaristischen Rußlands, wünschen müsse. Und in der Tat war dieser Wunsch sowohl in den revolutionären als auch, wie wir noch sehen werden, in den bloß oppositionellen Kreisen Rußlands allgemein verbreitet.

Die Partei der russischen Arbeiterklasse nahm somit eine ganz klare Stellung gegenüber der auswärtigen Politik des Zarismus ein. Wie verhielt sich aber die Partei der Sozialisten-Revolutionäre, der Epigonen des früheren „Volkstümlertums"?

Der Einfluß dieser letzteren Partei fußte viel weniger in der Arbeiterklasse, als in der revolutionären Intelligenz und in gewissen Schichten des hungernden und unterdrückten Bauerntums. Daher bietet auch die Stimmung dieser Partei während des

1) Vgl. „Iskra" 74 vom 20. September 1894.

russisch-japanischen Krieges gleichfalls einen sehr wichtigen Fingerzeig für die Beurteilung der damaligen Stimmung der breiten Schichten der russischen Demokratie.

Einer der einflußreichsten sozialisten-revolutionären Führer war der leider zu früh verstorbene G. A. Gerschuni, dessen 1908 in Paris erschienenen Memoiren ein wichtiges historisches Dokument sind, welches die soeben aufgeworfene Frage sehr gut zu beleuchten imstande ist.

Der große russische Revolutionär und Terrorist Gerschuni saß beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges von der ganzen Welt abgeschnitten in der Peter-Pauls-Festung in Petersburg. Nur sein Verteidiger, der berühmte Advokat Karabtschewski — damals eine der markantesten Persönlichkeiten der russischen liberalen Gesellschaft und ein gemäßigter Oppositionsmann von großem Einfluß — durfte ihn einige Tage vor der Gerichtsverhandlung besuchen. Diese Begegnung nun schildert Gerschuni folgendermaßen: „Mit großer Ungeduld warte ich, bis die erbärmliche Komödie (allerlei Formalitäten, Durchsuchung etc.) zu Ende ist und ich mit meinem Verteidiger unter vier Augen bleiben kann, der einzigen lebendigen Seele, die das Recht dazu besitzt. Endlich ist die Tür meiner Zelle geschlossen und wir sind zu zweien, nur zu zweien. ‚Bleibt noch Plehwe an der Spitze der Regierung? Ist er noch nicht getötet?‘ — ‚Plehwe lebt. Aber es gibt viele Neuigkeiten. Sie wissen, der Krieg ist erklärt.‘ — ‚Krieg? Was für ein Krieg? Gegen wen?‘ — ‚Der Krieg gegen Japan. Unsere Kreuzer sinken nacheinander; eine Niederlage folgt schon auf die andere.‘ — ‚Also, der zweite Krimkrieg? Port-Arthur ist das zweite Sebastopol? Ex oriente lux?‘ — ‚Ja, so scheint es zu sein.‘ — ‚Und das Land? Schwelgt es im patriotischen Dusel? Hat es die Sehnsucht, sich um den Thron des „geliebten Monarchen“ zu scharen?‘ — ‚Allerdings kann man auch derartiges konstatieren. Aber doch nur als künstlich entfaltete Begeisterung. Im Grunde genommen genießt der Krieg doch gar keine Popularität. Niemand erwartete den Krieg und niemand will ihn haben.‘ — Sonderbar, setzte Gerschuni hinzu: Sonderbar! Hier, in der dunklen Zelle der Peter-Pauls-Festung wurde mir alles mit einem Male so klar . . . Ich spürte das Gefühl, daß etwas unendlich Furchtbares, unendlich

Schwieriges, unendlich Kummerhaftes an uns heranrückt. Aber ich wußte auch, daß dies alles, wie ein Donnerschlag, das Land erwecken wird. Ich wußte, daß dieses Blitzfeuer mit einem Male die wirkliche Bedeutung des Selbstherrschertums entblößen und den Schleier, der diese Bedeutung vor der Mehrheit des Volkes verheimlichte, vernichten wird [1]).“

Zur Zeit des Falls von Port-Arthur befand sich GERSCHUNI schon im berüchtigten Kerker von Schlüsselburg, in dem so viele russische Revolutionäre ihren Märtyrertod gestorben sind. 1904 befanden sich dort noch eine große Anzahl seiner Gesinnungsgenossen, die seit zwei Jahrzehnten schon der Freiheit entbehrten. (GERSCHUNI selbst war zum Tode verurteilt und dann zur lebenslänglichen Festung „begnadigt“ worden.) Den alten Bewohnern der Schlüsselburger Festung — WERA-EIGNER, der Freund von MARX und ENGELS, HERMAN LOPATIN, N. MOROSOFF, N. POPOFF u. a. — brachte GERSCHUNI die Nachricht, daß Rußland im Krieg stehe, daß die militärischen Niederlagen sich mehren und die revolutionäre Stimmung anwachse. Durch eine „Kriegslist“, erzählt er, gelang es uns, bei einem der Schlüsselburger Gendarmen das „Geheimnis“ herauszubekommen, daß Port-Arthur gefallen sei. „Wir zitterten vor Aufregung: Port-Arthur ist gefallen! Port-Arthur ist gefallen, also wird auch der Zarismus bald fallen, das war das Leitmotiv unserer Gedanken [2]).“

Dies war also die Stimmung der großen Vorkämpfer der russischen Revolution, die während des russisch-japanischen Krieges hinter Schloß und Riegel saßen. Nicht anders derjenigen, die mitten im Kampfe standen. Viele von uns haben diese merkwürdige Periode in Rußland selbst miterlebt. Daß die ganze revolutionäre Arbeiterschaft Rußlands die auswärtige Politik des Zarismus damals bis aufs Messer bekämpfte, ist allgemein bekannt. Streiks lösten Streiks ab, Demonstrationen folgten auf Demonstrationen. Aber auch die gesamte revolutionäre Intelligenz Rußlands, wie auch das bürgerlich-demokratische sog. „dritte Element“ (d. h. Ärzte, Statistiker, Studenten etc.), traten entschieden regierungsfeindlich auf und erklärten sich für die Nieder-

1) Vgl. GERSCHUNI, Aus der nahen Vergangenheit, hrsg. vom Zentralkomitee der Partei der Sozialisten-Revolutionäre. Paris, 1908. S. 47—49.

2) A. a. O. S. 144.

lage des offiziellen Rußlands. Manches Zeitdokument jener Epoche, auch solche rein literarischer Art, bestätigt das soeben Gesagte. So z. B. das Buch des bekannten russischen Schriftstellers W. Weressajew, Sapiski o russko-japonskoj wojnie (Notizen über den russisch-japanischen Krieg). Mit photographischer Genauigkeit beschreibt Weressajew die damalige Lage Rußlands. Wir erhalten von ihm ein Bild der weit verbreiteten Opposition in allen Gesellschaftskreisen Rußlands gegen die auswärtige Politik des Zarentums. Ein Bild, das mit Eindringlichkeit lehrt, wie das ganze demokratische Rußland sich einfach nach der Niederlage seiner Regierung in diesem Kriege sehnte. In gleichem Atem ist auch der vielbesprochene — auch in deutscher Übersetzung erschienene — Roman von W. Ropschin, „To tschego nie bylo“ (Das, was nicht war) zu nennen, in dem der Verfasser in Wirklichkeit d a s beschrieben hat, was war, was er selbst miterlebt hatte. Ropschin war ein hervorragendes Mitglied der sozialisten-revolutionären Partei und Anhänger des politischen Terrors. Während der Kontrerevolution ist er jedoch vom extremsten Revolutionarismus zum gemäßigten Liberalismus und zur religiösen Philosophie übergegangen. Aber sein Buch ist in vielen Beziehungen ein wichtiges Dokument und beweist seinerseits ganz unzweideutig mit, daß das gesamte revolutionäre und demokratische Lager Rußlands die Niederlage des Zarismus im Kriege gegen Japan herbeigewünscht hat.

Die entschiedenste, unversöhnlichste Feindschaft gegenüber der auswärtigen Politik des Zarismus war eben das anerkannteste Prinzip sämtlicher revolutionärer Richtungen in Rußland, die revolutionäre Tradition schlechthin und 1904—1905 ist sie nur besonders hell aufgelodert.

III.

Und der bürgerliche Liberalismus Rußlands? Wie verhielt er sich gegenüber der auswärtigen Politik des Zarismus?

Ohne allzuweit zurückzugreifen, wollen wir uns lediglich mit der Analyse jener seiner Auffassungen befassen, die unmittelbar vor der Revolution von 1905 in Erscheinung traten, und mit seiner merkwürdigen Evolution nach dem Sieg der Kontrerevolution. Dies mit um so mehr Berechtigung, als eine wirklich

liberale Partei (und nicht nur liberale Strömungen) mit bedeutendem politischen Einfluß in Rußland erst in den Jahren 1903/1904 zutage getreten ist.

Die eigentümliche innere Lage Rußlands führte dazu, daß hier eine marxistische Arbeiterpartei sich — trotz aller Schwierigkeiten — viel früher bilden konnte als eine bürgerlich-liberale. Es gab in Rußland eine Zeit, wo die leiseste und schüchternste Opposition gegen das innere Regiment des Zarismus sich nur illegal geltend machen konnte. Und gerade den Weg illegaler politischer Betätigung, der selbstverständlich die strengsten Repressalien von seiten der zarischen Regierung hervorrufen mußte, wollten die Vorgänger des russischen Liberalismus nicht betreten. Dazu war die liberale Opposition anfänglich zu schwächlich, zu matt. Es fehlte ihr an sozialem Boden, an entsprechendem politischen Milieu. Den weniger entschiedenen liberalen und halbliberalen Elementen blieb nichts übrig, als sich mit einer ganz unbedeutenden Fronde innerhalb der gesetzlich erlaubten Schranken zu begnügen, den entschlossneren aber bloß, die Revolutionäre heimlich zu unterstützen. Manche Liberale förderten denn auch durch Geldbeiträge die terroristische Bewegung, andere hinwiederum die junge Arbeiterpartei. Die revolutionäre und sozialistische Bewegung übte eine Art Hegemonie dem bürgerlichen und Semstwo-Liberalismus gegenüber aus. Diese Hegemonie im weiteren Sinne des Wortes bestand darin, daß die revolutionäre Partei, daß die Arbeiterpartei als erster Kampffaktor gegen den Zarismus aufgetreten ist. Eine Zeitlang gab es in Rußland überhaupt keine andere dem Zarismus offen und entschieden sich gegenüberstellende Kraft als die Arbeiterschaft. Die Hegemonie im engeren Sinne bestand darin, daß die entschiedeneren Elemente des Liberalismus, sofern sie sich zu einigem Radikalismus aufrafften, vieles von der illegalen Sozialdemokratie lernen mußten, sogar in der Technik der politischen Agitation. Viele russische Marxisten der älteren Generation erinnern sich noch daran, wie die nunmehrigen liberalen Führer und Leuchten, jetzige Mitglieder des Reichsrats und der Duma, zukünftige russische Minister, bei ihren schüchternen Anfängen auf dem Gebiete der politischen Agitation an die geächteten „illegalen“ Sozialdemokraten sich wandten und sie um technische Hilfe

bei der Herstellung von Flugblättern, bei der Abfassung politischer Proteste, anti-zaristischer Kundgebungen usw. ersuchten.

Die politische Hegemonie des revolutionären Proletariats in Rußland fand im Jahre 1904/1905 darin ihren Ausdruck, daß die Sozialdemokratie den erstarkten bürgerlichen Liberalismus zur entschiedenen Opposition gegen die auswärtige Politik des Zarismus gewissermaßen mitriß. Es waren dazu sehr wichtige sozialpolitische Voraussetzungen nötig, auf die wir ausführlicher noch zu sprechen kommen.

Zunächst, wie lagen die Tatsachen? Wie verhielt sich der russische Liberalismus zum russisch-japanischen Krieg?

Das wichtigste politische Organ der russischen liberalen Partei war damals das in Stuttgart von Peter von Struwe redigierte Blatt „Oswoboschdenje" (die Befreiung). Das freie Wort war in Rußland unterdrückt. Und da ein Teil der russischen Liberalen damals wirklich oppositionell gestimmt war und gegen das Selbstherrschertum kämpfen wollte, so mußte er sein führendes Blatt in das Ausland verlegen und einen seiner einflußreichsten Führer in die Emigration schicken. Dieses Blatt ist die wichtigste literarische Quelle, worin man viele Materialien zur Beurteilung des damaligen Verhaltens der russischen liberalen Bourgeoisie findet.

In den ersten Wochen des russisch-japanischen Krieges zeigte sich, wie schon bemerkt, in Rußland eine obwohl nicht allzu verbreitete „patriotische" Stimmung. Auch ein gewisser Teil der Liberalen wurde von ihr mitgerissen. Innerhalb der liberalen Bewegung bildete sich eine Art Spaltung. Zwei Flügel bekämpften einander innerhalb der Organisation der „Oswoboschdenzi" (Partei der Befreiung), der stärksten und politischen einflußreichsten liberalen Organisation jener Zeit. Der rechte Flügel wollte eine Art Neutralität gegenüber der zarischen Regierung bis zum Ende des Krieges gelten lassen, der linke aber war entschieden dagegen, wollte von keiner Unterstützung der zarischen Regierung hören und forderte schärfsten Kampf gegen das Selbstherrschertum, ja, erklärte sich für die Niederlage Rußlands in diesem Kriege.

von Struwe, der leitende Redakteur des „Oswoboschdenje", war zunächst geneigt, mit dem rechten Flügel zu gehen. Er war

schon damals sehr gemäßigt gestimmt (jetzt ist er einer der rechtsstehenden Nationalliberalen in Rußland). Am Anfange des Krieges erklärt er: jetzt müsse die Parole des liberalen Rußlands: „Es lebe die Armee!" lauten. Die überwiegende Mehrheit der russischen Studentenschaft und „Intelligenz" hatte sich aber sofort gegen den Krieg erklärt und anti-„patriotische" Manifestationen in Moskau, Petersburg, Kiew usw. organisiert. STRUWE trat dagegen auf und erklärte in einem Offenen Brief an die Studentenschaft vom 11./24. Februar 1904: „Ist es denn nicht sonderbar, daß die russischen Bürger bisher noch nicht gelernt haben und sich nicht entscheiden können, laut herauszuschreien Es lebe die Armee! Die Armee, das ist doch das russische Volk in Waffen ... Die Armee, das ist doch gar nicht der Herr ALEXEJEW (der reaktionäre Statthalter des Zaren in Wladiwostok). Die Armee, das ist doch der russische Soldat." Jedoch schon in demselben Offenen Brief beeilt sich STRUWE hinzuzufügen: „Aber die Parole ihrer (d. h. der russischen Studentenschaft) patriotischen Manifestationen soll nicht nur ‚Es lebe die Armee' heißen. Im nämlichen Augenblick, im gleichen Atem müßt Ihr auch die anderen, noch viel wertvolleren und viel patriotischeren Losungen hinausrufen, die Losungen Es lebe Rußland! Es lebe die Freiheit! Es lebe d a s f r e i e Rußland![1])."

Der linke Flügel der Liberalen erstarkte aber von Tag zu Tag. Die Stimmung des liberalen Publikums wurde mit jedem neuen Kriegstage radikaler. Viele liberale Semstwo-Führer, die in Rußland selbst tätig waren, sprachen sich g e g e n die „patriotische" Parole STRUWEs aus und drangen auf eine entschiedenere Politik des führenden liberalen Organs in Stuttgart. Die revolutionären Demonstrationen Rußlands mehrten sich. Mit der anfänglich regierungsfreundlichen Stimmung war es vorbei. Die Regierung verlor je länger desto mehr die Zügel — und auch STRUWE selbst lernte nach einem kleinen Intermezzo um. Zu Beginn des Krieges hatte er erklärt: „Jetzt, in dieser schwierigen Stunde sind scharfe (regierungsfeindliche) Losungen n i c h t zeitgemäß, jetzt gilt es, sich auf den gemeinsamen Boden zu stellen, den der Krieg — ein nationales Unglück für uns alle — ge-

1) Listok Oswoboschdenje 1904, S. 2.

schaffen hat.“ Aber kaum 2—3 Monate später schrieb er, unter dem Drucke der Stimmung in Rußland selbst, am 29. April 1904: „Das heutige Rußland ist ein einziges großes Gefängnis, in dem wir alle ersticken ... Zerreißen wir die Ketten, zerstören wir den Kerker ... Ein Gefängnis kann nicht unbesiegbar sein ... Die Weltgeschichte kennt nur eine einzige, unbesiegbare Armee. Das ist die Armee desjenigen Landes, das in wunderbarer Aufstrahlung des gesamtnationalen Willens die Feste der selbstherrlichen Monarchie vernichtet hat“ (womit selbstverständlich die Armee der französischen Revolution gemeint ist[1]).

Aus Rußland selbst gingen dem „Oswoboschdenje“ politische Korrespondenzen zu, die sich fast insgesamt gegen den „Patriotismus“ und gegen jegliche Konzessionen an das Romanowsche Selbstherrschertum richteten. In den ersten Tagen des Krieges hatten einige gemäßigte Semstwo-Verwaltungen beschlossen, Geldsammlungen zu veranstalten und die einfließenden Summen dem Zaren als freiwillige Gaben zur Unterstützung der Armee und der Marine durch besondere „patriotische“ Semstwo-Delegationen zu überreichen. So z. B. die Semstwo-Versammlung in Charkow. Auch einige hervorragende Liberale des gemäßigten Flügels aus den Kreisen der Petersburger Semstwos hatten an einer solchen Deputation teilgenommen. So Stassiulewitsch und Arssenjew. Trotz ihres großen Einflusses regte sich jedoch hiergegen sofort innerhalb des Kreises der Semstwo-Politiker selbst große Unzufriedenheit. In einem Briefe an Rußland protestierte ein bekannter Liberaler, Koljubakin, gegen dieses „Byzantinertum“ und erklärte es als „vollkommen unbegreiflich, wie einige Semstwo-Vertreter sich herausnehmen könnten, das russische Volk zugunsten der Marine zu besteuern“. In einem Briefe Ziemez’ wieder heißt es: „Fast in allen Hochschulen, den bekanntlich besten Gradmessern der öffentlichen Stimmung, protestiert die Mehrheit der Jugend entschieden gegen die untertänig-patriotischen Ergüsse und gegen die kriegsfreundlichen Manifestationen.“ — Ja, ein so gemäßigter Liberaler wie der bekannte russische Gelehrte B. Tschitscherin, ein Mann, den wahrlich niemand antipatriotischer Tendenzen verdächtigen konnte, wendete sich nicht nur

1) Oswoboschdenje Nr. 22 (46), S. 385—386.

gegen den Krieg, sondern sprach sich auch, in etwas verbrämter Form, für die Niederlage Rußlands aus. Wenige Tage vor seinem Tode erklärte er, die Folgen des Krieges würden vielleicht endlich eine Lösung der innerpolitischen Krise Rußlands herbeiführen, und daß es deshalb wirklich nicht leicht sei, zu entscheiden, welcher Ausgang des Krieges unter diesem Gesichtspunkt als wünschenswerter erscheine[1]).

STRUWE selbst bezeichnete diese ihm aus Rußland zugegangenen Mitteilungen als aus absolut zuverlässiger Quelle stammend und wies noch darauf hin, daß TSCHITSCHERIN übrigens sich in ungefähr gleicher Weise auch in seinem in Berlin erschienenen Buche „Rußland am Vorabend des 20. Jahrhunderts" geäußert habe.

Die historisch-politische Bedeutung der angeführten Äußerung TSCHITSCHERINS ist wahrlich in höchstem Maße charakteristisch. Denn TSCHITSCHERIN war einer der gebildetsten bürgerlichen Schriftsteller Rußlands, streng monarchistisch gesinnt, mehr konservativ als liberal gestimmt, einer der gemäßigtsten Vertreter der russischen Intelligenz, den man am ehesten seiner gesamtpolitischen Auffassung nach mit dem Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher", VON DELBRÜCK, vergleichen könnte.

So tiefgewurzelt war damals die Feindschaft gegen die zarische Autokratie. Die Opposition gegen den Krieg wuchs denn auch mit jedem Tage. Die zahlreichen liberalen Bankette, die Semstwo-Versammlungen, die Meetings, die trotz der Regierungsverbote unaufhörlich einander folgten, sie alle klangen in die Forderung aus: Nieder mit dem Krieg! Nieder mit dem Selbstherrschertum! Liberale und Liberalkonservative wurden von der allgemeinen revolutionären Strömung zum Teil mitgerissen. Die Lage im Lande hatte sich so gestaltet, daß der Liberalismus sich mehr oder weniger revolutionär gebärden konnte und mußte.

IV.

Bekanntlich hat jedoch der russische Liberalismus in der Folge ziemlich rasch sein ganzes Verhalten zur auswärtigen Politik des Zarismus vom Grunde aus geändert. Im gegenwär-

---

1) „Oswoboschdenje" 21 (45), S. 369.

tigen Kriege wurde die liberale Partei Rußlands zur festesten Stütze des Zarismus. Eigentlich hörte schon seit 1906, d. h. seit der ersten Duma, die ernstliche Opposition der liberalen Bourgeoisie gegen die zaristische Außenpolitik auf. Ja, man kann sagen, daß gerade diese das Gebiet war, auf dem die Versöhnung zwischen Zarismus und liberalem Bürgertum nach 1905 am vollständigsten sich vollzogen hat und daß die Allianz zwischen Zarismus und Bourgeoisie nach dem Siege des ersteren über die Revolution zumeist dank der zarischen Außenpolitik zustande gekommen ist.

Betrachten wir diese Entwicklung etwas näher. Sie ist von großer Wichtigkeit für die Beurteilung der sozialen Natur des Liberalismus überhaupt und wirft ein helles Licht auf seine politische Evolution in Rußland insbesondere. Wie erklärt sich die auf den ersten Blick rätselhafte historische Tatsache, daß die im Jahre 1904 noch so entschieden oppositionelle liberale Bourgeoisie schon nach wenigen Jahren die Front radikal wechselte und nach einem Jahrzehnt gar zur Hauptstütze der zarischen Außenpolitik wurde?

Sie ist meines Erachtens auf zwei Ursachen zurückzuführen, deren eine auf dem Gebiete der Gesamtentwicklung der europäischen äußeren Politik, die andere auf dem Gebiete der innerpolitischen Entwicklung Rußlands zu suchen ist.

Was die erstgenannte anbelangt, so ist vor allem die Frage nach dem ökonomischen Interesse der russischen Bourgeoisie an der Mandschurei-Politik des Zarismus zu beantworten. Nun wird oft von der russischen liberalen Geschichtsphilosophie behauptet: der russisch-japanische Krieg sei durch einige Höflinge, Besitzer eines großen Bauholzunternehmens am Yalufluß, also durch Alexejew, Biezobrazow, Abaza u. a. aus eigennützigen Interessen hervorgerufen worden und demnach lediglich als ein von wenigen angezetteltes „koloniales Abenteuer“ anzusehen. Diese Auffassung ist aber nicht ganz richtig. Gewiß waren die genannten Höflinge nicht ohne Schuld, und sicherlich handelten sie aus selbstsüchtigen Motiven. Aus dem im Jahre 1910 von dem früheren russischen Revolutionär Burtzew veröffentlichten Geheimbericht des Grafen Lamsdorf an den Zaren nebst einem dem russisch-japanischen Konflikte gewidmeten Blaubuch geht auch

unzweifelhaft hervor, daß nicht nur die BIEZOBRAZOW und ALEXEJEW, sondern auch der Zar selbst die ganze mandschurische Angelegenheit als ein „Geschäft“ angesehen haben, bei dem sich gut „verdienen“ ließe. So kann man denn auch die mandschurisch-koreanische Angelegenheit als ein „koloniales Abenteuer“ bezeichnen — aber in keinem anderen Sinne, als es der Großteil der kolonialen Unternehmungen der Großmächte überhaupt ist. Man darf jedoch nicht vergessen, daß in Tat und Wahrheit der russisch-japanische Krieg in der gesamten auswärtigen Politik Rußlands auf der einen Seite und seiner damaligen Nebenbuhler auf der anderen wurzelte. Hinter Japan stand England. Der russisch-japanische Krieg war ein Ausfluß der traditionellen Feindschaft und der langjährigen Nebenbuhlerschaft zwischen Rußland und England. Der russisch-japanische Krieg war ein Glied aus einer ganzen Kette der auswärtigen Politik des Zarismus. Eigentlich war er bereits mit dem Ausgang des chinesisch-japanischen Krieges von 1894 gegeben. In diesem Sinne war er keineswegs einfach ein von einigen korrumpierten Höflingen angezetteltes Abenteuer und in diesem Sinne war auch die russische Bourgeoisie an ihm mehr oder weniger interessiert. Ein Sieg Rußlands in diesem Kriege hätte der russischen Bourgeoisie ökonomisch sehr vorteilhaft sein können.

Allein dieses Interesse der russischen Bourgeoisie war damals weit nicht so groß wie in dem im August 1914 ausgebrochenen Kriege. Zunächst war man sich 1904 sogar in Hofkreisen darüber nicht einig, ob „Rußland“ gerade in diesem Momente seine ganze Kraft auf den fernen Osten konzentrieren solle. Einflußreiche Staatsmänner des Zaren verfolgten schon damals einen anderen Plan, den Plan nämlich einer Konzentration der russischen Politik auf den nahen Osten. WITTE und LAMSDORF sträubten sich anfänglich gegen den Krieg mit Japan und sogar der berüchtigte Kontreadmiral ABAZA erklärte in seinem Geheimbericht an den Zaren im Jahre 1903: „daß er das Protektorat Japans in Korea als unschädlich für Rußland betrachte“ [1]). Auch manchen imperialistischen Ideologen der besitzenden Klasse Rußlands schien schon damals die ostasiatische Frage keine Lebens-

1) BURTZEW, Geheimbericht des Grafen LAMSDORF das Blaubuch etc. S. 59.

frage. Ihnen schwebte schon damals ein anderes „Ideal“ vor, nämlich das Ziel einer Annäherung Rußlands an das imperialistische England auf Grund eines Programms, das drei Jahre später, im Jahre 1907, auch verwirklicht wurde. Die russische Bourgeosie im ganzen hatte 1904 noch keinen Anteil an der Regierungsgewalt: ihre innerpolitischen Interessen forderten daher die Niederwerfung der Autokratie. Außenpolitisch aber erschien ihr der ferne Osten nicht als absolute Notwendigkeit — was sie eben wieder in den Stand setzte, dem Zarismus zu opponieren.

Ganz anders aber liegen die Dinge in der Gegenwart. Ein einziges Wort genügt, um den Kriegsenthusiasmus der russischen Bourgeoisie während der Jahre 1914—1916 zu kennzeichnen. Dieses Wort lautet: Konstantinopel.

Dichter, Philosophen, „religiöse“ Prediger der russischen nationalliberalen Bourgeoisie versuchen — und versuchten besonders am Anfange des Krieges — eine passende „für das Volk“ taugliche Kriegsideologie zusammenzuflicken. Besonders betätigten sich hierbei von den nationalliberalen Publizisten Bierdiaew, Frank, Fürst, Eugen Trubetzkoj, Brjussow, Kotliarewski u. a. m. mit Unterstützung der einflußreichen ökonomischen Organisationen der russischen Bourgeoisie. Sie führen immer wieder aus, daß „wir“, d. h. der Zar, „für die Rechte der Nationalitäten, für das Nationalitätenprinzip in seinem ganzen Umfange kämpfen“ [1]. Trubetzkoj beglückwünscht das russische Volk, weil „bei unserem Vaterlande das nationale Selbstinteresse sich mit dem idealen, gerechten, christlichen Verhalten zu allen anderen Nationen vollkommen deckt“. Der Philosoph Frank erklärt: „Der Krieg wird nicht zwischen dem Osten und dem Westen ausgekämpft, sondern . . . zwischen den Hütern der Heiligtümer des allmenschlichen Geistes und dessen Tadlern und Zerstörern [2])“ — wonach also die Hüter der Heiligtümer des allmenschlichen Geistes in Zarskoje Sielo zu suchen wären. Der „religiöse“ Schriftsteller, S. Kotliariewski erzählt uns, daß der Krieg „bei uns“ „mit derjenigen Konzeption des russisch-orthodoxen Glaubens verbunden ist, die den Rahmen einer nationalen

1) Vgl. E. Trubetzkoj, Russkaja Mysl, 1914/XII, S. 89—92.

2) Vgl. Frank, „Russkaja Mysl“, 1914/XII, S. 126—132.

Konfession erweitert und unserem Glauben einen allweltlichen Charakter verleiht“ [1]).

Aber all dieses byzantinische Gerede, diese ganze nationalistische Demagogie ist nur für das „dumme Volk“ bestimmt. Mit „ernsten Leuten“, mit den führenden Schichten der Bourgeoisie spricht man eine ganz andere Sprache. Peter von Struwe, einer der offenherzigsten nationalliberalen Publizisten, erklärt geradezu:

„Dieser Krieg ist seiner Grundbedeutung nach ein Krieg um die österreichische und türkische Erbschaft [2]).“ Und weiter: „Das große Rußland, das ist die geistige Begründung des russischen nationalen Imperialismus.“ Ihre Aufgabe ist, bei den Großrussen „die Fähigkeit und den Willen zur Expansion zu stärken“ [3]).

In einem unlängst erschienenen programmatischen Sammelbuche: „Woprossy mirowoy Woiny“ (Fragen des Weltkrieges), lesen wir Aufsätze der hervorragendsten Führer der russischen liberalen Partei. Männer wie die Professoren Paul Miljukow, der unlängst verstorbene Maxim Kowalewski, Grimm u. a. m., sie alle erkennen ganz offen den imperialistischen Charakter des heutigen Krieges auch auf seiten Rußlands an [4]). In einer anderen programmatischen Schrift: „Tschego schdiet Rossia ot woyny“ (Was Rußland vom Kriege erwartet) entwarf Miljukow ein umfassendes Annexionsprogramm in folgenden 8 Punkten, in dem er fordert den Erwerb: 1. Ost-Galiziens und eines Teiles von Ungarn („Ugorskaja Rusj“); 2. West-Galiziens und Posens; 3. der deutschen Enklave im nördlichen Teile Ostpreußens; vor allem 4. „des Bosporus und der Dardanellen zum vollen Eigentum Rußlands, samt Konstantinopel und einem genügenden Teil des Küstenlandes, das zur Verteidigung der Meerengen nötig ist“; 5. Adrianopels („Adrianopel muß als Teil des Hinterlandes von Konstantinopel anerkannt werden“); 6. einiger Küstenstriche am Marmarameer; 7. der Linie von Ziwin-Bajazet; endlich von 8.

1) S. Kotliarewski, ebenda S. 155–157.
2) „Birschewya Wjedomosti“ vom 3. Mai 1915: „Usory i Rjab“.
3) Struwe, Russkaja Mysl, 1914/XII, S. 177.
4) Vgl. Sbornik, Woprosy mirowoy Woiny.

Türkisch-Armenien [1]). Das Programm ist von ihm mit größter Sorgfalt und in allen Details ausgearbeitet. Er hat sich sogar die Mühe gegeben, eine detaillierte geographische Karte des zukünftigen „großen“ Rußlands mit seinen neuen Erwerbungen zu entwerfen.

Konstantinopel! — das ist die Parole der gesamten russischen liberalen Bourgeoisie. Konstantinopel — koste es, was es wolle! Konstantinopel ist aller Mühen wert! „Die Frage Konstantinopel hat für Rußland ein besonderes Interesse und eine besondere Wichtigkeit,“ schreibt Fürst E. N. Trubetzkoj, „es ist für uns die Frage unseres täglichen Brotes und unserer gesamten politischen Macht.“ Auf die Frage nach dem Warum? antwortet Trubetzkoj: „Erstens ziehen fast 3/4 unserer gesamten Getreideausfuhr durch die Meerengen aus, werden durch die Meerengen transportiert. Damit wird also die Meerengenfrage zur Frage der gesamten ökonomischen Gegenwart und Zukunft Rußlands.“ „Zweitens: mit der ökonomischen Frage ist auch die des gesamten politischen Seins und der gesamten politischen Macht unzertrennbar verbunden.“ Und darum, schließt Trubetzkoj, ist Konstantinopel für uns „die evangelische Perle, um derentwillen Rußland alles, was es hat, wegzugeben bereit sein muß“ [2]).

Von einer solchen Sprache war bei der russischen Bourgeoisie während des russisch-japanischen Krieges keine Spur. Derartiges konnte damals kein einziger bürgerlich-liberaler Ideologe schreiben. Denn ein solches ökonomisches Interesse am Kriege hatte die russische Bourgeoisie damals nicht. So viel stand für sie nicht auf dem Spiel. Zur Verteidigung dieser sehr materiellen Interessen der russischen Bourgeoisie in Konstantinopel sind die „erhabenen“ Formeln „Wielikja Rossia“ und „Swjataja Rusj“ (Großes Rußland, Heiliges Rußland) geprägt. Diesem Ziel dienen auch die von Struwe in Moskau redigierte „philosophische“ Zeitschrift „Russkaja Mysl“ (Der russische Gedanke) und die neugegründete imperialistisch-national-liberale Revue „Problemy wielikoj Rossii“ (Probleme des Großen Rußlands).

1) Vgl. P. Miljukow a. a. O., Die territorialen Erwerbungen Rußlands, S. 50—58.

2) Trubetzkoj, Nationalny Wopros. Konstantinopel i Sw. Sophia (Nationale Frage. Konstantinopel und Hagia Sophia). Moskau, 1915, S. 8—9.

V.

Der Panslawismus oder in seiner derzeitigen Abart: der Neoslawismus, ist, kann man sagen, zur offiziellen Ideologie des russischen Liberalismus geworden.

Beim Tode ALEXANDERS III. vermochte er nur noch mangelhaft zu vegetieren. Zu der Blüte, die er in den 70er und 80er Jahren erlebte, fehlten nun alle Voraussetzungen. Nach der Thronbesteigung NIKOLAUS II. ging es dem Panslawismus zunächst nicht besser. Der Schwerpunkt der auswärtigen Politik des Zarismus wurde — aus hier nicht näher zu erörternden Gründen — immer mehr und mehr vom nahen Osten nach Mittelasien und dem fernen Osten wegverlegt, während doch der Panslawismus eine scharf ausgeprägte großrussisch-nationalistische Richtung war. Er steht und fällt mit der russischen Balkanpolitik. War doch seine Grundidee die, daß der weltpolitische Beruf Rußlands darin bestehe, die Balkanslawen vom türkischen Joche zu befreien und eine große „allslawische" Macht zu bilden, und erschienen ihm daher — selbstverständlich zu Unrecht — alle Kriege Rußlands gegen die Türkei durch nationalen Idealismus hervorgerufen. Daß aber dieser Ideenkomplex auf die mittel- und ostasiatische Politik des Zarismus keine Anwendung leiden konnte, ist ohne weiteres klar. Weder in Mittelasien noch im fernen Osten gibt es slawische Völker und es fehlt also hier das Objekt der „Befreiung". Die mittel- und ostasiatische Politik des Zarismus mußte demgemäß von einer Schwächung des Panslawismus begleitet sein. Der Krieg gegen Japan brachte jedoch dem Zarismus eine schwere Niederlage und die ostasiatische Politik fiel in Ungnade. Sie wurde fortan als „nicht genügend fruchtbar" erklärt. Der Zarismus wendet sich wieder dem Balkan zu und wieder heißt es, daß „das Vermächtnis unserer Vorahnen" im nahen Osten verwirklicht werden müsse. Der Panslawismus erlebt also eine Renaissance.

Mit der Zeit erholte sich der Zarismus von seiner Niederlage in Ostasien. Parallel dazu wird dann auch der Panslawismus etwas „modernisiert" und zum „Neoslawismus". „Das Vermächtnis unserer Vorfahren" lautet jetzt: der Balkan und Mittelasien, der nahe und der ferne Osten. Die russische Diplomatie hat sich England angeschlossen. 1907 werden die „Einfluß-

sphären“ in Persien abgegrenzt. Die Angelegenheit der Bagdad-Bahn wird zur Hauptfrage der äußeren Politik der Großmächte. Es gibt jetzt keine isolierte Balkanfrage mehr. Das Problem des nahen Ostens kann nicht mehr lokalisiert werden. Die Lage ist so, daß alles sich stetig enger knüpft und der Neoslawismus trägt dem durch die „Synthese“ Rechnung: großrussische Großmachtspolitik gleichermaßen im nahen wie im fernen Osten. Der „russische Name“ soll hier wie dort hell erstrahlen. Bei der russischen Bourgeoisie findet diese Synthese stärksten Beifall. Endlich, jauchzt sie, ein „erlösendes“ Wort, endlich ein wirklich „realpolitisches“ Programm, und die russische liberale Partei wird zur Hauptvertreterin der neoslawischen Ideologie. Der alte, mehr adelige, Panslawismus hat sich so verbürgerlicht und unter Anpassung an die neuen „Forderungen der Zeit“ zu einer imperialistischen Ideologie auf eigenartiger russischer Grundlage entwickelt; der russische Liberalismus aber, der sich seit 1905/1906 immer mehr zum Nationalliberalismus gewandelt hat, stellt sich an die Spitze dieser Richtung: literarisch, wie politisch. Neue Zeiten, neue Lieder. Die erstarkte russische Bourgeoisie braucht eine neue Ideologie und die liberale Partei gibt sie ihr. Junge und reiche Industrielle — wie die Moskauer Millionäre Rjabuschinski, Konowalow u. a. m. — werden zu Mäzenaten verschiedener liberal-„patriotischer“ literarischer Unternehmungen. Eine ganze „Theorie“ vom „Großen Rußland“ wird aufgebaut und vom politischen, philosophischen, literarischen und sogar religiösen Standpunkte aus „begründet“. Die Gruppe um Peter von Struwe, Maklakow (den Bruder des gewesenen Ministers), Tschelnokow wird zum Sammelpunkt der „neoslawistischen“ Imperialisten. Zahlreiche „neoslawistische“ Schriften werden herausgegeben. Speziell in den in Moskau von Rjabuschinski, unter Mitarbeit Struwes u. a., herausgegebenen Sammelbüchern „Wjelikaja Rossia“ treffen sich auf „patriotischem“ Boden die anerkanntesten Leuchten des Liberalismus mit konservativen Beamten und militaristischen, entschieden reaktionären Fachmännern. Es bildet sich hier ein kleiner, aber sehr einflußreicher Zirkel, aus dem die zarische Regierung auch aktive Diplomaten anwirbt, wie z. B. den Fürsten Grigori Trubetzkoj, dessen bekanntes, auch in deutscher Übersetzung veröffentlichtes

Werk „Rußland als Großmacht" bemerkenswerterweise ebenfalls in den erwähnten Sammelbüchern erstmals zum Abdruck gelangt ist.

Auch die liberalen Parlamentarier treten seit 1906 höchst „patriotisch" auf. Das gilt besonders von der Kadettenpartei. Schon in der ersten Duma gab es — trotz ihrer oppositionellen Stimmung — ein Gebiet, auf dem die linksstehenden Liberalen immer solidarisch mit der zarischen Regierung auftraten, nämlich das Gebiet des Militarismus und der auswärtigen Politik. Zu Beginn des Jahres 1906 war die Lage des Zarismus am schwierigsten und der Einfluß der russischen liberalen Partei sogar im Auslande am größten. Es gab einen Augenblick, wo das Zustandekommen einer für den Zarismus damals höchst wichtigen französischen Anleihe von der Stellungnahme der russischen liberalen Partei abhing. Diese hat denn auch — durch den Mund des Fürsten DOLGORUKOW — die Anleihe gutgeheißen, weil sie sich der Überzeugung hingab, es sei ihre patriotische Schuldigkeit, die auswärtige Politik des Zarismus zu stärken. Kein einziges Mal stimmten die Liberalen gegen die Heereskredite, obwohl der Zarismus auch sie malträtiert und die Duma mehrmals auseinandergejagt hat. Im Gegenteil, sie waren dem Militarismus noch günstiger gestimmt als die Konservativen. Alle „Marineprogramme" fanden heißeste Unterstützung bei der Kadettenpartei, jede Laune des Kriegsministeriums war für sie Gesetz — vom Ministerium des Äußern ganz zu schweigen. Dieses galt einfach als Heiligtum. ISWOLSKI und SAZONOW waren Abgötter für die Kadetten. Jedes Auftreten des Ministers des Äußeren in der Duma wurde als größtes nationales Ereignis gefeiert und an Kritik überhaupt nicht gedacht. Die liberale Zeitung „Rjetsch" leistete in dieser Beziehung im Grunde genau dasselbe wie die offiziöse „Nowoje Wremia" und auch die liberale, das Organ der liberalen Großbourgeoisie Moskaus, „Russkoje Slowo", ist zum Sprachrohr des Ministeriums des Äußeren geworden.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wurde somit der Liberalismus zum Agenten des Zarismus. Gemeinsam mit den reaktionären Oktobristen reisten MILJUKOW und andere liberale Führer im Jahre 1908 nach London, wo sie die Geschäfte ISWOLSKIS besorgen mussten. RODITSCHEW, MAKLAKOW, STACHO-

witsch und andere Leuchten des russischen Liberalismus haben sich sehr rege am „allslawischen“ Kongresse beteiligt. Als die französischen und englischen „Gäste“ im Jahre 1909 auf einen Wink Iswolskis nach Petersburg kamen, waren es wieder die liberalen Führer, die der russischen Regierung byzantinische Untertansdienste leisteten. Unentwegt ging es auf dieser Bahn weiter, bis der Höhepunkt erreicht wurde, und der russische Liberalismus zum Nationalliberalismus ward.

VI.

In welchem Zusammenhange stand aber diese Entwicklung mit der gesamten inneren Entwicklung Rußlands?

Die auswärtige Politik ist mit der inneren untrennbar verbunden, und in der Tat konnte der russische Liberalismus nur darum zur Stütze der auswärtigen Politik des Zarismus werden, weil er auf dem Gebiete der inneren Politik ein ausgeprägt kontrerevolutionärer Faktor geworden war. Hier ist ein sehr interessanter Parallelprozeß festzustellen.

Es genügt zu diesem Zwecke, zwei Formeln zu vergleichen: die des gemäßigten, liberal-konservativen Gelehrten B. Tschitscherin, die er 1904, während des russisch-japanischen Krieges geprägt hat, und die des anerkanntesten „links“liberalen Führers, Professor Miljukow, die er im Jahre 1915 in einer Dumarede ausgesprochen hat. Tschitscherin wünschte im russisch-japanischen Kriege die Niederlage Rußlands, weil er von ihr eine Lösung der inneren politischen Krise erhoffte. Elf Jahre nach ihm, zu einer Zeit, als die Katastrophe der zarischen Armee und der Mjassojedow-Skandal die größte Empörung im russischen Volke hervorgerufen hatte, erklärte Miljukow folgendes: Sollte der Weg zum Siege Rußlands in diesem Kriege durch eine Revolution innerhalb Rußlands führen, dann verzichte ich lieber auf den Sieg. 1904 also: der Wunsch nach einer Niederlage, damit endlich der Weg zur erlösenden Revolution gegen den Zarismus frei werde, 1915 aber der Gedanke: lieber eine Niederlage Rußlands im Weltkriege, nur keine Revolution! Das ist der „Fortschritt“!

Meine imperialistischen Auslandskonkurrenten, heißt es nun im Schoße des Liberalismus, sind mir Feind, das revolutionäre Proletariat meines eigenen Landes aber ist mir der größere Feind! „Alles“ geben wir gerne um Konstantinopels willen hin, alles, nur nicht die ROMANOWsche Monarchie! Denn die brauchen wir zum Schutze der „Ordnung“ gegenüber dem „eigenen“ sozialistischen Proletariat und dem revolutionären Bauerntum! Wir brauchen Konstantinopel, in noch höherem Maße aber den Zarismus! In diesen programmatischen Anschauungen spiegelt sich die ganze Entwicklung des russischen Liberalismus nach 1905.

Sie ist merkwürdig und hochinteressant zur Beurteilung der sozialpolitischen Natur des Liberalismus überhaupt. In den „europäischen“ Ländern ist der bürgerliche Liberalismus längst zu einer gegenrevolutionären Partei geworden. Seit 1848 bereits kennt „Europa“ keine revolutionäre Bourgeoisie mehr. Das Bürgertum schließt sich hier immer fester mit den reaktionären Kräften zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes, des Proletariats zusammen, und namentlich in unserem Zeitalter der imperialistischen Reaktion wird das Wort von der „gesamten reaktionären Masse“ immer ausgesprochener zur Wahrheit. Das schien aber nur für „Europa“ Geltung zu haben, während wir doch in Rußland lebten.

In der Tat! Eine Zeitlang mochte es wirklich den Anschein haben, als ob die städtische russische Bourgeoisie, oder wenigstens ein großer Teil derselben, der Revolution beistehen werde. Allein gerade als die Revolution von 1905 ausbrach, lernte das liberale Bürgertum vollständig und blitzschnell um. Eigentlich genügte ihr ein einziges Jahr zu einer vollständigen Frontveränderung. Von Sympathie für die revolutionäre Volksbewegung war keine Spur mehr vorhanden, ja, nicht einmal mehr von wohlwollender Neutralität; der Liberalismus ward vielmehr zu einer ausgeprägt kontrerevolutionären Kraft.

Ein einziges Jahr, aber was für ein Jahr! Das Jahr 1905/1906 gilt in der politischen Geschichte Rußlands wirklich mehr als viele Jahrzehnte der „normalen“ politischen Entwicklung. Die ganze gesellschaftliche Struktur Rußlands, das Kräfteverhältnis seiner verschiedenen Klassen, die immanente revolutionäre Kraft

der Arbeiterklasse und der Millionen hungernder Bauern, die aus den tiefsten Tiefen des Gesellschaftsbodens emporgeschossenen Forderungen ökonomischen Charakters — das alles wurde durch die helle Flamme der Revolution grell beleuchtet. Mit einem Male wurde es allen klar, daß die russische Revolution nicht nur ein politisches, sondern auch ein gewaltiges ökonomisches Problem sei. Es kamen die riesenhaften Oktoberstreiks der Arbeiterschaft, die nebst rein politischen Forderungen auch die des Achtstundentages aufstellte, ein Postulat also, das sich nicht nur gegen den Zarismus, sondern auch gegen die gesamte Bourgeoisie richtete. Es kamen die lawinenartigen Agrarrevolten des Frühlings 1906, wo Millionen von unterdrückten Kleinbauern nicht nur gegen die Regierung, sondern gegen die gesamte Grundbesitzerklasse sich erhoben. Konfiskation alles Großgrundbesitzes wurde die Losung, und diese konnte natürlich auch der liberalen Bourgeoisie nicht gefallen.

Die genannten ökonomischen Forderungen, oder ähnliche, wie die einer bedeutenden Erhöhung des Arbeitslohnes usw., konnten von den rein politischen Forderungen ebensowenig getrennt werden wie in sonstigen Revolutionen, in denen die Volksmassen den Ausschlag gaben. Denn für diese spielt die Brotfrage mindestens die gleiche Rolle wie die Frage der Freiheit. Aber auch die rein politischen Forderungen des revolutionären Proletariats und eines Teils des Bauerntums mußten der liberalen Bourgeoisie auf die Nerven gehen. Demokratische Republik! Allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter! Das waren die wichtigsten politischen Parolen des Proletariats. Bildung einer provisorischen revolutionär-demokratischen Regierung, die eine Konstituante einberufen und den Achtstundentag, sowie eine Reihe anderer dringender revolutionärer Maßregeln gleichzeitig durchführen sollte, das war die praktische Losung des Tages. Im Oktober 1905 wurde der berühmte Arbeiterdeputiertenrat in Petersburg fast zum Diktator. Es war klar, daß er ein Embryo der künftigen revolutionären Regierung sei und daß in einer solchen die Arbeiterschaft die maßgebende Kraft sein werde. Im Dezember 1905 kam es in Moskau zu einem bewaffneten Aufstand der Arbeiterschaft. Diese wurde besiegt. Aber während einiger Tage führte sie einen regelrechten bewaffneten Kampf

mit der Militärmacht des Zarismus. Kurzum, die Sache wurde viel zu ernst für die Bourgeoisie. Man fing an, von dem „blutigen Wahnsinn der elementaren Revolutionskräfte" (STRUWE) zu sprechen. Plötzlich entdeckte man, daß „die Diktatur der revolutionären Straße" nicht besser, ja vielleicht schlimmer sei, als die Diktatur der zarischen Regierung. Man begann sich nach „Ordnung" zu sehnen und sei es auch nur noch die „Ordnung" der zarischen Selbstherrschaft. Es wurde klar, daß auch in Rußland die Klassengegensätze sich sehr verschärft hatten und daß das städtische Proletariat zu stark geworden sei, als daß die liberale Bourgeoisie Rußlands sich noch den Luxus erlauben könnte, die Junkerschaft und die Beschützerin der „Ordnung", die zarische Regierung, ernsthaft zu bekämpfen. Zwei Feinde sah sie nun vor sich: den Zarismus und das revolutionäre Proletariat. So schlimm jener erschien, noch schlimmer dünkte die Herrschaft der „revolutionären Straße". Realpolitisch betrachtet erschien daher der liberalen Bourgeoisie ein Kompromiß mit dem Zarismus — obwohl es im gegebenen Momente nicht gar günstig ausfallen konnte — lieber als ein entschiedener Sieg des Proletariats und des revolutionären Bauerntums! Die fromm monarchistische Strömung innerhalb der liberalen Bourgeoisie gewann daher vollkommen Oberwasser. und das Bürgertum wurde zur besten Stütze der ROMANOWschen Monarchie.

Im Schoße des alten Rußlands ist eine moderne revolutionäre Kraft aufgewachsen, das Proletariat. Die russische Arbeiterklasse wurde zur bedeutendsten revolutionären Triebkraft. Aber gleichzeitig hat sich eine ganz eigenartige Lage herausgebildet. Ebendeshalb aber sah sich das oppositionelle Bürgertum in das Bündnis und Vasallenverhältnis zum Zarismus gedrängt. Für die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland muß das Proletariat allein, nur mit Unterstützung seitens eines Teils der Bauerndemokratie, kämpfen, trotz des liberalen Bürgertums und gegen dieses. Das ist das Ergebnis der eigenartigen russischen Verhältnisse.

Weil das russische liberale Bürgertum entschieden kontrerevolutionär wurde, mußte es auch nationalliberal werden. Es mußte nicht nur in seiner Beurteilung der inneren Politik des Zarismus, sondern auch in seiner Einschätzung der auswä[illegible]

tigen Politik des Zarismus umlernen. Auf dem Gebiete der inneren Politik konnte der „verjüngte“ Zarismus dem liberalen Bürgertum keine große Konzessionen machen. Denn die revolutionären Kräfte waren nicht ganz lahmgelegt, die revolutionäre Bewegung war zwar geschwächt, aber nicht tot und jede politische Freiheit mußte ihr sofort zu Nutze kommen. Dagegen konnte der Zarismus der Bourgeoisie als Äquivalent auf dem Gebiete der Außenpolitik „stolze Perspektiven“ eröffnen. Und das hat auch er getan. Er mahnte die Bourgeoisie zur Einigkeit, zur Gewährung ihrer Mithilfe bei der Verstärkung der Militärgewalt und beim Abschluß der nötigen diplomatischen Bündnisse und versprach ihr dafür, sie mit Gold zu überhäufen, ihr am Balkan, in Mittelasien, im fernen Osten solche Reichtümer zur Verfügung zu stellen, von denen sie gar nicht zu träumen gewagt habe. Mit gemeinsamen Kräften sollte Rußland zur größten Militärmacht der Welt gemacht und gleichzeitig der gemeinsame Feind, die soziale Revolution, im Keime erschlagen werden.

Und die russische Bourgeoisie warf sich in die Arme des Zarismus. Sie wurde zur Hauptträgerin der politischen Ideologie des russischen Imperialismus. Sie gab der auswärtigen Politik des Zarismus einen Anstrich von „Kultur“ und quasi-zivilisatorischer „Mission“. Im Schweiße ihres Angesichts leistete sie Handlangerdienste dem Ministerium des Auswärtigen. In Treue und Liebe half sie an der Vorbereitung zum „nächsten Kriege“. Sie wurde zur Trägerin eines „verschönerten“ und liberal aufgeputzten, aber darum nicht minder verdammenswerten Chauvinismus. Kurz, das russische liberale Bürgertum wurde so nicht nur zur „staatserhaltenden“ Kraft auf dem Gebiete der inneren, sondern auch zur Stütze des Zarismus auf dem Gebiete der auswärtigen Politik.

VII.

Im Kampfe der beiden Richtungen innerhalb des russischen Marxismus spielte die Frage nach der Einschätzung der politischen Rolle des russischen Liberalismus die Hauptrolle. Der Bolschewismus vertritt bereits seit mehr als einem Jahrzehnt die Ansicht daß der russische Liberalismus infolge der ganzen sozialen Struktur Ruß-

lands in kontrerevolutionärer Richtung wirken muß. Der Menschewismus dagegen behauptete, der russische Liberalismus sei objektiv, trotz aller bürgerlichen Beschränktheit der Liberalen, eine Triebkraft der Revolution. Auf diesen Streit an dieser Stelle näher einzugehen, ist unmöglich. Eins aber ist festzustellen. Das skizzierte Auftreten des liberalen Bürgertums auf dem Gebiete der russischen Außenpolitik hat sicherlich die Auffassung, die in ihm eine revolutionäre Triebkraft sah, nicht bestätigt. Während eines ganzen, für die nächste Entwicklung der gesamten Weltpolitik entscheidenden Jahrzehnts hat der russische Liberalismus vor der auswärtigen Politik des Zarismus treu Wache gestanden, und dieser Umstand ist bezeichnend genug.

Die vielen Illusionen bei seiner Einschätzung mußten daher absterben, und das ist auch in mancher Beziehung geschehen. Aber im Kampfe der Richtungen, der den russischen Sozialismus während des Weltkrieges zerreißt, fällt auch jetzt die Verschiedenheit in der Einschätzung der liberalen Bourgeoisie schwer ins Gewicht.

In Rußland hat sich während des letzten Dezenniums auch innerhalb eines Teiles der sozialistischen Intelligenz eine Entwicklung vollzogen, die mit jener des Liberalismus große Ähnlichkeit aufweist. Seit jeher findet in Rußland eine eigenartige Vermengung der wirklich sozialistischen Intelligenz mit denjenigen Elementen der Intelligenz statt, die eine Zeitlang sozialistisch fühlten und sich sozialistisch gebärdeten, aber tatsächlich mit beiden Füßen in den Gedankenreihen der bürgerlichen Ideologien steckten und den alten Adam nicht loswerden konnten. Fast alle bedeutenden Führer der liberal-imperialistischen russischen Bourgeoisie sind durch „die Schule des Marxismus“ gegangen. PETER STRUWE war Marxist und Verfasser des Manifests des ersten Parteitages der russischen Sozialdemokratie. TUGAN-BARANOWSKI, BIERDIAEW, IZGOJEW u. a. m. gehörten einst zur Generation der „legalen Marxisten“ der 90er Jahre, die nachmals fast vollzählig zur Bourgeoisie übergegangen ist. Und die Brücke hierbei bildete stets der „Patriotismus“. Das gleiche gilt von manchen Intelligenzlern der 80er Jahre, in welchen noch der alte „russische“ Sozialismus, das „Volkstümertum“ (Narodnitschestwo) vorherrschte. Man denke nur an das

hervorragende Beispiel von Leo Tichomirow. Zu Beginn der 80er Jahre der bedeutendste Führer der revolutionären Narodniki und das geistige Haupt des damaligen Terrorismus, erklärte Tichomirow mit einem Male: er sei eigentlich ein guter Monarchist und betrachte seine ganze revolutionäre Tätigkeit als einen einzigen großen Irrtum, verließ die Emigration, ging nach Moskau, wurde amnestiert und wirkt noch jetzt als einer der konservativsten Monarchisten. Auch ihm hat, wie er in seinem Buche „Warum habe ich aufgehört, Revolutionär zu sein"[1]) berichtet, namentlich der „Patriotismus" den ersten Anstoß zur „Revision" seiner Weltanschauung gegeben. „Niemals vergaß ich die nationalen Interessen Rußlands und immer war ich bereit, für die Einheit und Unversehrtheit Rußlands mein Leben herzugeben." Er verfiel plötzlich auf den Gedanken, daß man eine „große nationale Partei gründen muß", daß eine „nationale Intelligenz" nötig sei, und weil die revolutionäre Partei „anti-patriotisch" war, weil sie darüber nachzudenken wagte, „ob der berühmte Murawiew-Amurski, der die Autokratie mit der Glorie der Besitzergreifung am Stillen Ozean schmückte, nicht etwa ein schädlicher Mann sei", hat Tichomirow ihr den Rücken gekehrt.

Seit 20—30 Jahren ist im Lager des russischen Sozialismus ein ganz eigentümlicher Prozeß zu bemerken. Eine Schicht der früher „sozialistischen" Intelligenz nach der anderen wendet sich vom Sozialismus ab und verbürgerlicht sich. Nach dem Siege der Kontrerevolution ging diese Verbürgerlichung massenhaft vor sich. Große Gruppen der russischen Intelligenz hatten eben den Weg zur sozialistischen Partei nicht darum gefunden, weil sie vom sozialistischen Ideal angelockt wurden, sondern bloß weil sie die politische Freiheit herbeisehnten und eine Zeitlang keine andere bedeutende Partei da war, die für den Konstitutionalismus ernst gekämpft hätte. Mit dem Anfange des Weltkrieges, der zunächst ebenfalls einen Sieg der kontrerevolutionären Kräfte bedeutete, sehen wir einen ähnlichen Prozeß vor sich gehen. Eine ganze Menge sozialistischer Intelligenzler entdeckte plötzlich an der auswärtigen Politik des Zarismus gute Seiten. Einige fanden sogar heraus, daß die Forderungen der

---

1) Potschemu ja perestal byt revolutionerom? Moskau 1896, S. 27–66.

zarischen Regierung z. B. in der serbischen Frage — risum teneatis amici! — sich fast zur Gänze mit den Forderungen der sozialistischen Internationale decken! Damit soll aber nicht gesagt sein, daß dieser neue Umfall eines Teiles der sozialistischen Intelligenz in Rußland die ganze nunmehrige Krise des russischen Sozialismus erklären kann. Keineswegs! Selbstverständlich wirken auch in Rußland diejenigen Ursachen mit, die eine allgemeine Krise des Sozialismus in der ganzen zivilisierten Welt hervorgerufen haben. Hier sollte nur das Spezifisch-Russische an der Erscheinung hervorgehoben werden.

Schriften über den Kriegssozialismus.

Besprochen von

H. Köppe (Marburg a. d. Lahn).

1. W. Ed. Biermann, Volkswirtschaftliche Lehren des Weltkrieges. Berlin u. Leipzig, W. Rothschild 1915. — 2. Karl Diehl, Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege. Kaisergeburtstagsrede, Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1916. — 3. Karl Johannes Fuchs, Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege, Akad. Rede. Tübingen, Mohr 1915. — 4. Theodor Heuss, Kriegssozialismus („Polit. Flugschriften" herausg. von Ernst Jäckh, LIV). Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1915. — 5.—8. Edgar Jaffé, Volkswirtschaft und Krieg. Tübingen, Mohr 1915. Der treibende Faktor in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung (Arch. f. Sozialwiss. u. Sozialpol. XL, 3/29. Die Militarisierung" unseres Wirtschaftslebens (ebenda 511/47). Die Vertretung der Arbeiterinteressen im neuen Deutschland (in Thimme und Legien, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Leipzig 1915 S. 98/114). — 9. Johannes Kämpfer, Kriegssozialismus in Theorie und Praxis. Bern, Unionsverlag 1915. — 10.—11. Emil Lederer, Die Organisation der Wirtschaft durch den Staat im Kriege (Arch. f. Sozialwiss. u. Sozialpol. XL, 118/46). Die Lage des Arbeitsmarktes und die Aktion der Interessenverbände zu Beginn des Krieges (ebenda 147/95). — 12. Hermann Levy, Vorratswirtschaft und Volkswirtschaft. Berlin, Julius Springer 1915. — 13. Robert Liefmann, Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher? „Pol. Flugschriften" LVI). — 14. Johann Plenge, Der Krieg und die Volkswirtschaft. Münster, Borgmeier u. Co. 1915; Eine Kriegsvorlesung über die Volkswirtschaft. Das Zeitalter der Volksgenossenschaft. Berlin, Springer 1915; 1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes. Ebenda 1916. — 17. Karl Renner, Volksernährung im Kriege. Ein Vortrag. Brünn, Verl. d. Brünner Bezirkskrankenkasse 1914. — 18. G. von Schulze-Gaevernitz, Freie Meere! „Polit. Flugschriften" XXXII, 1915. — 19. Andreas Voigt, Kriegssozialismus und Friedenssozialismus. Eine Beurteilung der gegenwärtigen Kriegswirtschaftspolitik. Leipzig, Deichert 1916. — 20. Leopold von Wiese, Staatssozialismus. Berlin, S. Fischer 1916.

Die völlige Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens durch den Krieg, die fast gänzliche Absperrung vom Auslande, die nach unsicherem Experimentieren allmählich zu systematischer Gestaltung herangereifte Organisation

einer alle Lebensverhältnisse erfassenden und durchdringenden Kriegswirtschaft von ganz neuem und schwer bestimmbarem Charakter und mit einschneidenden Wirkungen auf das gesellschaftliche und private Leben, auf Erzeugung, Verteilung und Verbrauch aller Lebensbedarfsmittel haben schon seit Anbeginn dieser Veränderung der Struktur unserer Volkswirtschaft die mit großer Lebhaftigkeit vertretene Anschauung hervorgerufen, daß wir in einer radikalen Umgestaltung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebensprozesses zu neuen, einen unverkennbar sozialistischen Charakter tragenden Grundformen dauernder Art begriffen seien. Die Zeit des Friedens werde eine ganz neue Volkswirtschaft von ausgeprägt gemeinwirtschaftlichem Charakter und getragen von einem neuen, zugleich nationalen und sozialen Geiste bringen, in deren Gestalt und Wesen wir uns während des Krieges teils schon hineingelebt haben, teils noch immer mehr hineinleben werden, so daß sie als Frucht des Weltkrieges von ihm dem Frieden werde hinterlassen und zur Grundlage des Wiederaufbaues und der Fortsetzung eines innerlich und äußerlich völlig erneuerten staatlichen und wirtschaftlichen Lebens gemacht werden. Der Allzerstörer Krieg wird solcherweise zum großen Schöpfer neuen gesellschaftlichen Lebens und Lebensgeistes gemacht und ein Gefühl des Trostes fließt damit, wohl unbewußt, aus dem Gefühl der Trauer um die furchtbaren Verluste, die er der Menschheit zufügt, und um die tiefen Wunden, die er ihr schlägt, in die Seelen hinüber. Denn dieser neue Lebenszustand schließt, und zwar im vollen Bewußtsein der aus Bürgerlichen und Sozialisten zusammengesetzten Anhängerschaft jener Anschauung, einen gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung der Menschheit in sich, bedeutet den Aufstieg zu einer neuen, sehr viel höheren Stufe der Kultur, insbesondere im Sinne sehr viel stärkerer Überwindung der individuellen Selbstsucht und ihrer weitgehenden Ersetzung durch überzeugte Hingabe in den Dienst der Volksgesamtheit.

Diese Anschauung hat ihre Konzentration und Verkörperung in einem Worte gefunden, das, wie es in Fällen der Kennzeichnung neu aufkommender Geistesströmungen zu geschehen pflegt, einen schlagwortartigen Charakter hat, also der begrifflichen Exaktheit entbehrt, nicht eindeutig ist und daher notwendigerweise Unklarheiten in der Beurteilung dieser Richtung und überhaupt in der ganzen Problemstellung erzeugt. Es heißt Kriegssozialismus. Die Bekämpfung der damit bezeichneten neuen Richtung läßt sich eine ansehnliche Reihe von nationalökonomischen Schriftstellern angelegen sein. Es ist klar, daß dabei der Gegenpol des Sozialismus, also der Individualismus und das Bekenntnis zu der nach ihm genannten Wirtschaftsordnung, den natürlichen Standpunkt dieser Gegner bilden. Die Veröffentlichungen über das Problem des Kriegssozialismus sind schon zahlreich und wachsen beständig. Sie beschränken sich nicht auf Broschüren, sondern bestehen großenteils auch in Aufsätzen in wissenschaftlichen oder halbwissenschaftlichen und politischen Zeitschriften und in der großen Tagespresse. Eine (schon durch ihre große Zahl und ihre sehr verschiedene Art und Form gebotene) Auslese von ihnen soll hier unter dem einheitlichen Gesichtspunkte des genannten Problems zusammenfassend besprochen werden. Sie weisen

in ihrer Stellung zu ihm freilich zum Teil erhebliche Unterschiede auf, die sich nicht einfach auf ein Pro oder Kontra zurückführen lassen, und auch innerhalb jeder dieser beiden Grundanschauungen ergeben sich mannigfache Verschiedenheiten. Im großen ganzen kann man aber drei Gruppen unterscheiden: 1. Die Bekenner eines „Kriegssozialismus". 2. Diejenigen, welche das Problem mehr anschneiden, als ihm auf den Kern gehen, weil sie (von Heuss (4) abgesehen) bestimmte kriegswirtschaftliche Fragen oder Fragenkomplexe zum Thema haben und daher nur in deren Zusammenhange darauf eingehen. 3. Die entschiedenen Verneiner des Kriegssozialismus, die zugleich die Wirtschaftsfreiheit, wenn auch keineswegs eine absolute, unbeschränkte, als Grundprinzip der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verteidigen. Unabhängig von allen dreien steht Kämpfer (9), der als strenger Marxist den Kriegssozialismus sowohl begrifflich wie als Postulat ablehnt.

Das Problem selbst umfaßt, leicht erkennbar, zwei ganz getrennte Seiten: einmal ob die in der gegenwärtigen Kriegszeit getroffenen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen einen sozialistischen Charakter tragen?; sodann ob und wodurch die Erwartung gerechtfertigt ist, daß unsere Volkswirtschaft nach dem Kriege und durch ihn eine wesentlich neue, sozialistische Verfassung aufweisen wird? Dabei ergibt sich noch die Unterfrage, ob dieses sozialistische Gepräge im Gesamtinteresse erwünscht, also ein Fortschritt für unser Volk oder gar für die Menschheit ist? Wie diese Gruppen und innerhalb jeder von ihnen jeder einzelne zu dem Thema Stellung nehmen, soll nun näher betrachtet werden. Soweit in den Schriften die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen im einzelnen oder als Gesamterscheinung dargestellt und auf ihre Zweckmäßigkeit oder Bewährung hin untersucht werden, kann auf ihren Inhalt natürlich nur so weit eingegangen werden, als sie sich dabei mit unserem Thema beschäftigen.

I.

Am weitesten geht in der Erwartung einer dauernden Umgestaltung unserer Volkswirtschaft durch den Krieg Jaffé (5.—8.), der zugleich diese Annahme am entschiedensten und überzeugtesten vertritt und sie durch weitausgreifende Gedankengänge rechtfertigt. Die Entstehung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausschließlich aus der Wirkung materieller Faktoren, wie Marx sie darstellt, erscheint ihm ebenso einseitig wie die psychologische Ableitung Sombarts aus der Heranbildung eines neuen Typus von Wirtschaftsmenschen, des „Bourgeois". Die Änderung der Produktionstechnik und das Aufkommen des Bürgertums sowie einer den neuen Produktionsverhältnissen gemäßen Rechts- und Wirtschaftsordnung gab wohl die allgemeine Form für die Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft, doch war diese an sich sowohl unter der besonderen Form des Monopols als unter derjenigen der freien Konkurrenz möglich. Tatsächlich ist sie zunächst unter jener, später aber und hauptsächlich unter dieser erfolgt. Diese Tatsache wurde, und zwar folgenderweise, von entscheidendem Einfluß.

Die Axe des Kapitalismus ist der Unternehmergewinn, der unausgesetzt Anreiz zur Fortsetzung und Ausgestaltung der Unternehmertätigkeit

auslöst. Im System der freien Konkurrenz nun bringt dieser Reiz immer neue Wettbewerber auf den Plan, die mit allen Kräften und Mitteln bestrebt sind, die bisher tätigen Unternehmer an wirtschaftlichem Erfolg zu erreichen und noch lieber zu übertreffen. Diese werden dadurch andauernd bedroht, ihr Gewinn bröckelt ab und sie suchen sich durch vervielfachte, aber von den Konkurrenten bald geteilte und überholte Anstrengungen zu behaupten. die in das heutige Wirtschaftsleben den charakteristischen Zug der Unruhe und des Strebens nach immer neuen Warenarten, Mustern, Qualitäten, Absatzgebieten, Reklamemitteln usw. hineinbringen. So bietet sich das Bild doppelten Strebens: einerseits nach immer neuen Unternehmergewinnen, anderseits nach Sicherung von „Inseln relativer Monopolstellung", auf denen die Konkurrenz ihre Tendenz der Gewinnherabdrückung nicht so bald geltend machen kann. Solche Sicherung läßt sich auf mancherlei Wegen (Okkupation des günstigsten Standorts, Patentschutz, Schaffung neuer Moden usw.), doch nie sicher noch dauernd erreichen. So ist die Basis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung fortwährenden Angriffen ausgesetzt und kann nur durch immer weitergehende Ausdehnung auf neue Gebiete geschützt werden. Aber diese Ausdehnung wird mit der Zunahme des internationalen Wettbewerbs immer schwieriger. Daher muß schließlich eine neue, bessere Grundlage für die sichere Erreichung noch lohnenden Unternehmergewinnes geschaffen werden, wenn der Kapitalismus fortbestehen soll. Der freie Wettbewerb hat seine geschichtliche Mission erfüllt und ist zu ersetzen durch eine Form, die es ermöglicht, „die errungene Herrschaft zu behaupten gegen alle Neukommer und den geschaffenen Zustand zu einem dauernden zu machen". Das geschieht, indem das bisherige relative Monopol ersetzt wird durch das absolute. Zunächst durch die Einführung und Ausbildung eines nationalen Schutzzollsystems, weiterhin namentlich durch die Entwicklung der Kartelle und Trusts. So unterliegt das kapitalistische System einer Eigengesetzlichkeit rein wirtschaftlicher Natur, die aber, trotz MARX, so lange nicht zu seiner Selbstaufhebung führt, als rein wirtschaftliche Kräfte am Werke sind. Die darin liegende Gefahr eines Industriefeudalismus *wird* nicht nur, sondern *ist* bereits überwunden. Denn aus *politischen* Gründen wird die Monopolstufe zum Übergangsstadium zu einer völlig neuen Organisationsform. Das ist *die Ausschaltung der kapitalistischen Ordnung und ihr Ersatz durch eine gemeinwirtschaftliche.* Deutschland ist das erste Land, das diesen Weg betritt. nämlich den der Übernahme der Monopole in Besitz und Verwaltung der Allgemeinheit. Den Anfang machte die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die staatliche Arbeiterversicherung, die Beteiligung des Staates am Kohlen- und Kalibergbau, das geplante Branntwein- und Petroleummonopol u. a. m., dazu die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen, der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen usw. Die prinzipielle Bedeutung dieser Entwicklung wird nur noch nicht klar erfaßt. Man übernimmt die neuen Aufgaben scheinbar unter dem Druck der Verhältnisse und verwahrt sich gegen Antastung der in Wahrheit schon nicht mehr vorhandenen freien Konkurrenz. Und doch laufen die wirtschaftlichen Forderungen aller Parteien im Grunde auf das gleiche hinaus. Mit der fort-

schreitenden Ausschaltung des freien Wettbewerbs verschwindet aber der Unternehmergewinn zugunsten der Allgemeinheit und stirbt der von ihm lebende Kapitalismus.

So war nach JAFFÉ unser Wirtschaftssystem schon bei Kriegsbeginn an einem Wendepunkt angelangt, von dem aus die Weiterentwicklung nicht mehr von rein wirtschaftlichen, sondern von sozialen und politischen Kräften bestimmt wurde. Nun kam der Weltkrieg, in dem die finanziellen und wirtschaftlichen Kämpfe von fast ebenso großer Bedeutung wie die militärischen sind. Das System des Spiels der freien Kräfte erwies sich den daraus hervorgehenden Anforderungen in keiner Art gewachsen. Soweit es nicht sofort durch bereit gehaltene gemeinwirtschaftliche Maßnahmen gestützt wurde, mußte es durch das der Gemeinwirtschaft ersetzt werden. Daher kann auch nach dem Kriege das Wirtschaftssystem gar nicht mehr das alte, sondern muß ein gemeinwirtschaftliches sein. Die Kriegsmaßregeln bedeuten den Auftakt zu prinzipiellen Neugestaltungen, deren Umfang noch nicht abzusehen ist. Ohne den Krieg hätte der Kampf um die endgültige (!) Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung noch lange unentschieden bleiben können. Die Wirkung dieses ungeheuren Zusammenstoßes beschleunigt aber die Entscheidung und die lange Dauer des Krieges. Die von ihm bedingte, ungeheuer erzieherisch wirkende äußerste Anspannung und Durchorganisierung aller Kräfte wird diese Kriegswirkung noch verstärken. Diese dauernde „Militarisierung unseres Wirtschaftslebens“ ist unabweislich, teils aus Gründen unserer künftigen militärischen Schlagfertigkeit, teils aus finanziellen Gründen, da die Deckung des enorm erhöhten Reichsbedarfes die Schaffung völlig neuer Grundlagen in Gestalt von Steuermonopolen fordert, teils zur gebotenen Neugestaltung unserer auswärtigen Handels- und Verkehrsbeziehungen im Sinne der Schaffung eines möglichst sich selbst genügenden großen geschlossenen Handelsgebietes.

Die Unzulänglichkeit des Systems der freien Konkurrenz ergibt sich für JAFFÉ daraus, daß es weder der Größe der neuen Aufgaben noch unseren eigensten Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Überdies läßt es sich nicht in Übereinstimmung bringen mit der notwendig und bereits wirklich gewordenen weitgehenden Beeinflussung des Wirtschaftlebens durch den Staat. JAFFÉ nennt und würdigt die großen Vorteile, die es unserem Volke gebracht hat, zeigt aber zugleich die Grenzen seiner Wirkungsfähigkeit und die großen Nachteile, die es verursacht hat und um derentwillen es sich schon so viele Einschränkungen (direkte Staatseingriffe und Selbsthilfeorganisationen der wirtschaftlichen Interessenten) hat gefallen lassen müssen, daß man fast sagen kann, es sei bereits bei Beginn unseres Jahrhunderts vom Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit nicht viel mehr übrig gewesen als die äußere Schale, der kein gleichgearteter Kern mehr entsprach. Dies hatte einerseits Spannungen und Reibungen zur Folge, die sich besonders in der Rechtsprechung bemerkbar machten, anderseits den Wahn, daß die neuen Formen und Bindungen nur Grenzen jenes Prinzips und Ausnahmen darstellten. Daher wurden die erforderlichen Reformen nur mit schlechtem Gewissen vertreten und waren vielfach uneinheitlich und bloßes Stückwerk. Jetzt aber

bringt die Kriegszeit Klarheit darüber, daß es mit dem alten Prinzip des Individualismus und der unbeschränkten Wirtschaftsfreiheit zu Ende geht. Dieses hat auch nie recht für unser Volk gepaßt, das fast ein Jahrtausend lang eine feste und planmäßige Ordnung des Wirtschaftslebens gewöhnt gewesen ist, der gegenüber das Zeitalter freien Wettbewerbes nur mehr als ein Zwischenspiel erscheint. Von England her übernommen, ist es uns nie in Fleisch und Blut übergegangen. Denn es bietet unserer besten Kraft, der Organisations- und Einordnungsfähigkeit, keine vollkommene Entwicklungsmöglichkeit, und bietet und gestattet nicht die volle Hingabe aller Arbeitenden an das Arbeitsziel. Immer blieb die Empfindung wach, daß die wirtschaftliche Arbeit sich nicht in den Dienst des Einzelinteresses stellen dürfe. Der Kampf aller gegen alle wurde schon frühzeitig als unbefriedigend empfunden. Man sah, wie die damit verbundenen Reibungen ungeheuere Kräfte verschlangen, wie das Resultat oft ein unwirtschaftliches war, und verbesserte durch Schaffung neuer Organisationsformen die wirtschaftliche Maschinerie, ließ sie aber noch in der alten Richtung weiterarbeiten. Namentlich hat der deutsche Unternehmer sich immer das Bewußtsein bewahrt, ein Beauftragter der Gesamtheit und dieser verantwortlich zu sein. So gibt es Ansätze zur Überwindung des reinen Gewinnstandpunktes, die, vertieft und ins Bewußtsein aller erhoben, neue Wirtschaftsgrundlagen darbieten werden. Damit wird die nötige Kraft der Gesinnung erworben und das höchste Maß von Leistungsfähigkeit erreicht. Der Wirtschaftsdienst wird zum Volks- und Staatsdienst, als moralische Grundlage der neuen Ordnung. Die Vorbilder für diesen Neuaufbau sind in zahlreichen Unternehmungsformen gegeben, die das Gemeininteresse mit dem privatwirtschaftlichen Standpunkt verbinden. So bietet ein allmähliches Hinüberwachsen auf die neue Grundlage keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr.

Das Ziel dieser Entwicklung bezeichnet Jaffé als „jenen Zustand der wirtschaftlichen Organisation, in dem alle Glieder des Volkes verwachsen sind zu einer organischen Einheit, jeder an seinen Platz eingeordnet als dienendes Glied einer Gemeinschaft, die zuletzt auch ihm selber dient, die ihm nicht nur äußerlich ein menschenwürdiges Dasein sichert, sondern auch seiner Arbeit die letzte Würde verleiht, weil sie nicht individuelle Zwecke verfolgt, sondern Dienst ist für die Allgemeinheit“. Unser Heerwesen soll uns hierbei als Muster dienen. Die Größe und Schwierigkeit der damit verbundenen Aufgaben will Jaffé nicht verkennen. Zu ihrer Lösung sollen vor allem die im Unternehmertum wirkenden ungeheuren Kräfte nutzbar gemacht werden. Sie werden künftig noch nötiger sein. Die Privatunternehmung soll überhaupt nicht ausgeschaltet werden. Sie ist überall da unentbehrlich, wo es gilt, Pionierdienste zu leisten, sich schwierigen Verhältnissen, besonders im Auslande, anzupassen, neue Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, neue technische Fortschritte zu erproben. Nur da soll an ihre Stelle die öffentliche oder halböffentliche Unternehmung treten, wo sie mit den größer werdenden Anforderungen versagt, oder wo die wirtschaftliche Entwicklung schon aus sich heraus den freien Wettbewerb beseitigt und zu einer monopolistischen Stellung gewisser Erwerbszweige geführt hat. Das Ausschlaggebende ist aber stets

die veränderte Gesinnung, nicht die äußere Form. „Die alte, heute absterbende Wirtschaftsordnung ging auf Gewinn aus — gegebenenfalls auch ohne Rücksicht auf Leistung; die neue, die heraufkommt, in der wir zum Teil schon mitten darin stehen, geht auf Leistung, nötigenfalls auch ohne Rücksicht auf Gewinn.“ Damit bedeute ihr Kommen zugleich das Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Was die Zukunft von uns fordere, sei mit dessen Geiste nicht mehr vereinbar.

Mit der Ausdehnung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungsform wird es zugleich nötig, den Arbeitern eine ihren berechtigten Ansprüchen entsprechende Stellung zu sichern. Damit wird auch die Erstarrung dieser Betriebe in reinem Bureaukratismus verhindert. Da aber die ganze bisherige Gewerkschaftstaktik auf den Privatbetrieb zugeschnitten ist und im öffentlichen versagt, so müssen auch hier neue Formen gefunden werden. Den Arbeitern soll ein Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen zustehen. Dieses läßt sich aber nicht in schematischer Weise für die Gesamtheit der Unternehmungen und der Arbeiterschaft festsetzen. Vielmehr soll es der Arbeiterschaft jedes Einzelbetriebes zustehen und von ihr durch selbstgewählte Vertreter ausgeübt werden. Mindestbedingungen, paritätische Lohnämter und Schiedsgerichte mit Zwangsbefugnissen (!) und als oberste Spitze ein ebenfalls gleichseitig zusammengesetztes Arbeitsparlament sind die Grundzüge dieser Organisation [1]).

Plenge (14) erblickt im Wege geschichtsphilosophischer Betrachtung in Krieg und Frieden zwei ganz verschiedene Kulturzeitalter, deren jedes einen Höhepunkt in der Weltgeschichte bedeutet. Die Zeit von den Perserkriegen bis zur Vollendung der römischen Weltherrschaft ist das Zeitalter der Hegemonie, in dem der Krieg herrscht, dagegen das 19. Jahrhundert dasjenige des Kapitalismus, in dem das Wirtschaftsleben die höchste Entfaltung erfährt. Aber wie nach Ablauf des ersteren ein hochentwickeltes Wirtschaftsleben als kurzes Zwischenspiel der Geschichte erwuchs, so entspringt jetzt unmittelbar aus der höchstentwickelten, völkerverbindenden Weltwirtschaft der Weltkrieg. Beides erfolgt aus der Notwendigkeit der Dinge, denn Krieg erzeugt Wirtschaft, Wirtschaft Krieg. Die Gefahr besteht aber jetzt, daß ein in ohnmächtiger Ermattung beider Teile beendeter Krieg unversöhnliche Gegensätze übrigläßt, die eine lange, schwere Stagnation des Völkerlebens statt der Zusammenfassung der Völker zu gemeinsamer Arbeit bringt. Nur der volle Sieg Deutschlands schafft die Unterlage zu einem neuen Aufstieg der Weltwirtschaft. Von diesem Gesichtspunkt aus werden der bisherige Verlauf des Krieges und seine Ergebnisse untersucht.

---

1) Das wäre das Ende der Gewerkschaften, denen damit jeder Einfluß auf die Verhältnisse der Einzelbetriebe genommen würde. Dafür sollen die Arbeiterausschüsse eintreten, die bisher durchweg Fiasko gemacht haben, und Arbeitskammern, die ein Versuch sind, der gemacht werden muß — aber nicht mehr. Zwangsschiedsgerichte lehnt die ganze Arbeiterschaft entschieden ab. Die ganzen Vorschläge sind äußerst dürftig.

Es wird dabei gezeigt, daß dieser Krieg nach Verursachung und Endzielen ein Wirtschafts- und Geschäftskrieg ist, der aus den Gegensätzen der Weltwirtschaft stammt und die ganze Weltwirtschaft gelähmt, alle Volkswirtschaften zerrüttet hat. Ausführlich schildert PLENGE, wie der Krieg ein großer Vernichter, aber auch zugleich ein großer Verbraucher ist, wie Deutschland den ersten Stoß aushielt und überwand und durch seine Absperrung zum geschlossenen Handelsstaat wurde, an dem das wunderbarste ist, daß er über die Kriegszeit hinaus die Grundlage für einen kommenden deutschen „Zukunftsstaat" bildet, der in seinen wirtschaftlich-politischen Verhältnissen auf höherer Stufe steht. An die Aufzeigung der grundsätzlichen Bedingungen dieser großen Umstellung knüpft sich der Nachweis, daß alle Voraussetzungen für die jetzige Umwandlung des deutschen Weltwirtschaftsstaates in einen geschlossenen Handelsstaat vorliegen. Da die Wirtschaftsform und die Wirtschaftsunterlagen erhalten geblieben sind, kann das Wirtschaftsleben im Kriege trotz der Absperrung fortbestehen. Das rasche Gelingen der Umstellung verdanken wir unserer besonderen organisatorischen Begabung, die daher auch die Verheißung jener neuen Zukunft ist. Schon jetzt ist durch ihre Betätigung im Kriege unser politisches Lebensganzes auf eine höhere Stufe gestiegen. Die großen wirtschaftlichen Interessenorgane sind ein für allemal (!) organische Teile unseres Staates geworden. Staatsorgane und sachverständige Fachorganisationen wirken im Geiste des Gemeininteresses zusammen. In den geschlossenen Handelsstaat FICHTES hineingewachsen, haben wir ihn in seiner Grundlage zur höchsten Verwirklichung des HEGELschen Staatsgedankens aufgebaut. PLENGE glaubt, daß mancher gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ruhig gestehen werde: „Anders wie dieser neue deutsche Gemeinstaat kann auch der geträumte Zukunftsstaat nicht aussehen." Und er „wagt es zu sagen", daß der Krieg unsere Wirtschaft und unseren Staat unter Entwicklungsbedingungen gestellt habe, die, richtig ausgenutzt, eine Gewähr dafür bieten, daß der soziale Friede dieser Schicksalsstunde auch in die Zeit hinübergerettet wird, wo der politische Friede wiedergewonnen ist. Er bekennt: „Organisation ist Sozialismus." So erscheint ihm denn der Zukunftsstaat als der gesteigerte deutsche Nationalstaat, der die Klasseninteressen durch das im Kampf bewährte Einheitsbewußtsein zwar nicht beseitigt, aber durch eine höhere Gewalt überwindet. Durch seinen gesteigerten Gehalt an sittlicher Kraft gibt er die Gewähr, daß er auch der starke Träger einer neuen Humanität sein wird, um uns eine neue Kulturgemeinschaft mit den Gegnern von heute zu vermitteln. Diese Steigerung erscheint (wie bei JAFFÉ) als die Frucht einer fortgesetzten nationalen Erziehungsperiode, die aus der nachhaltigen Dauer der wirtschaftlichen Kriegswirkungen hervorgeht.

Auch PLENGE ist sich aber darüber klar, daß trotz der engen Verbindung von Staat und Wirtschaft es bei einem Maximum an Freiheit für das Wirtschaftsleben bleiben muß, damit dieses seine höchstmögliche Leistung erbringt. Jede durch den Krieg erzwungene äußere Fesselung des Wirtschaftslebens soll wieder beseitigt werden. Denn jedes Zuviel von Verstaatlichung bringt dem Wirtschaftsleben die Starrheit des Alters. Die Armee der A

der Jaffé den Heeresdienst als Muster hinstellt, kann nach Plenge nicht unter der strengen Autorität des Kriegsheeres stehen. Die Verwaltung wird stets gelinder und vorsichtiger bei ihren Eingriffen und Anordnungen verfahren müssen als der kommandierende General. Sehr richtig führt Plenge die Schwierigkeiten des plötzlichen Übergangs von den Friedens- zu den Kriegsgewohnheiten nur zum Teil auf mangelnde Vorbereitung zurück. Zum anderen Teile werden sie sich bei jedem neuen Kriege wiederholen. Denn das notwendigerweise freie Wirtschaftsleben verursacht ebendeshalb der Verwaltung Widerstände und Reibungen, die das Heer nicht kennt.

Die Leistungen der wirtschaftlichen Kriegsverwaltung sind ihm nur „Verlegenheitsprodukte". Ihnen wird eine tiefgreifende Umstellung auf den Frieden folgen, die keine einfache Rückkehr zu den früheren Verhältnissen, sondern nur eine schwierige Anpassung an ganz neue sein kann. „Wir sind durch den Krieg mehr wie bisher eine sozialistische Gesellschaft geworden. Aber Sozialismus ist als gesellschaftliche Organisation nur die vollbewußte Gestaltung der Gesellschaft zur höchsten Kraft und Gesundheit; Sozialismus ist als Gesinnung nur die Befreiung des einzelnen zur bewußten Einordnung in das begriffene Lebensganze von Staat und Gesellschaft. Mehr ist Sozialismus nicht: weder schlechthin Verstaatlichung noch schlechthin Verbeamtung. So etwas sind die Konstruktionsfehler eines bloß utopischen Sozialismus, die ohne weiteres erkannt werden, wenn man der Wirklichkeit gegenübersteht."

Was Plenge unter Sozialismus hier versteht, ist damit jedenfalls nach der negativen Seite hinlänglich aufgeklärt. Es hat mit dem Sozialismus im herkömmlichen, aus der Geschichte der sozialistischen Theorien und der sozialen Bewegung abgeleiteten Sinne wenig gemein. Vom Endziel dieses Sozialismus: der Beseitigung aller Ausbeutung im Gesellschaftsleben mittels Vergesellschaftung der Produktionsmittel, des Bodens und der Produktion, ist hier nicht die Rede. Insbesondere bleibt die wirtschaftliche Initiative und Bewegungsfreiheit ebenso bestehen wie die äußere Form der privaten Unternehmung und wie deren Triebwerk, das Erwerbsprinzip. Selbst von einer Ausdehnung der wirtschaftlichen Staatstätigkeit ist nicht die Rede, vielmehr wird vor „übereilten Monopolen einer vorzeitigen Finanzreform" gewarnt. Das große Neue ist nur, daß, äußerlich betrachtet, alle im Hochkapitalismus gebildeten großen Organe des Wirtschaftslebens ein anderes Verhältnis zum Staat bekommen haben, so daß eine feste Gesamtverbindung von ihnen mit allen Organen der staatlichen Willensbildung in bewußtester Zusammenarbeit entstanden ist. Immer aber ist eine neue bewußte Bereitschaft vorhanden, nicht nur aus reinem Selbstinteresse zu handeln, sondern als ein durch die eigenste Erkenntnis eingeordnetes Glied in der Lebenseinheit des ganzen Gesellschaftskörpers mitzuwirken. Durch jene Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Einzelkräfte und ihre Nutzbarmachung für das Gesellschaftsinteresse erfährt die Volkswirtschaft einen gewaltigen Ruck nach vorwärts. Sie wird zu einem wirklichen Organismus mit vereinheitlichter und dadurch unendlich verstärkter Kraft. Aber auch der Staat erfährt dadurch eine gleich große Veränderung in allen Organen seiner Willensbindung und in dem durch

sie zum Ausdruck gelangenden Volksgeist. Damit wird auch er über die bisher erreichte Entwicklungsstufe weit hinausgehoben und die Zukunft des Volkes, insbesondere auch gegenüber allen Kriegsgefahren der Zukunft, so stark wie nur möglich gesichert.

Die Beweise für diesen Gang der Entwicklung findet PLENGE vornehmlich in den betätigten Eigenschaften der Organisationsfähigkeit und des opferwilligen Gemeinsinns der Kriegszeit. Die Fragen, ob die Organisationsfähigkeit ohne den dauernden Organisationswillen genügt, und ob und wieweit nach dem Aufhören des vom Kriege ausgeübten gewaltigen Druckes der opferwillige Gemeinsinn sich fortbehaupten wird, prüft er nicht weiter. Auch nicht in dem „nach 16 Monaten Weltkrieg" verfaßten Zusatzkapitel zu „Der Krieg und die Volkswirtschaft" (14). Seine Zuversicht bleibt, trotzdem „ein Teil schlimmer Kriegswirkungen" und „unausbleibliche Reibungen" hinzugekommen sind, „ungestört" und „das wesentliche Bild dasselbe". Je länger der Krieg dauert, um so deutlicher wird seine Ausfechtung unter den Ideen von 1914: Sozialismus gegen Individualismus, Eingliederung gegen vielstimmiges Durcheinander, Freiheit der Ordnung gegen Freiheit der Willkür [1], um so klarer, daß wir im Durchgang zu einer neuen Zukunft sind.

In diesen Gedankengängen treffen ein hoher Idealismus und ein sehr starker Optimismus zusammen. Aus ihrer Verschmelzung gehen die Zukunftserwartungen PLENGES hervor. Über diejenigen Strömungen der Kriegszeit, die dem opferwilligen Gemeinsinn entgegenwirken, wird als bedauerliche, aber unvermeidliche Nebenerscheinungen leichter hinweggegangen, als es geschehen dürfte, wenn man den neuen Geist zum Träger einer neu konstruierten Volkswirtschaft der Zukunft machen will. Die „Ideen von 1914" haben 1915 und 1916 Trübungen erfahren und unreine Zusätze erhalten, die auf ihre Wirkungskraft nicht ohne Einfluß bleiben können. Die deutschen Regierungen sahen sich zur Errichtung von Kriegswucherämtern und zum Erlaß von Kriegswuchergesetzen gezwungen, deren Erfolge bestenfalls nur einen kleinen Teil der vorkommenden Betätigung von Bestrebungen, die das Gegenteil von opferwilligem Gemeinsinn sind, werden erfassen können. Eine wüste Spekulation macht immer von neuem, trotz Schließung des offiziellen Börsenverkehrs, das Wirtschaftsleben zum Tummelplatz ihrer Ausschreitungen. Das Thema der ungerechtfertigt und maßlos hohen Kriegsgewinne hört nicht auf, Gegenstand ernstester Sorgen zu sein. Unter beweglichen Klagen über eine Notlage nehmen viele Industrieunternehmungen fortgesetzt Preiserhöhungen vor, während ihre hohen, zum Teil enormen Erträgnisse ein eigenartiges Licht auf diesen Vorwand werfen. Andere halten ihre Erzeugnisse zufolge Vereinbarung zurück, um einen Druck auf Heraufsetzung der für ihre Branche im Einvernehmen mit ihnen selbst von der Regierung festgesetzten Höchstpreise auszuüben. Liegt die Notwendigkeit, den Butter- und Fetterzeugern den doppelten Betrag der Kopfration, die die Verbraucher erhalten — sollen,

[1] In diesen Ideen seien diejenigen von 1789 — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — als notwendiger Teil, wenn auch nicht unberührt, erhalten geblieben.

für ihre Person zuzugestehen, damit sie diese Nahrungsmittel überhaupt für den Markt produzieren[1]), in der Richtung jenes „opferwilligen Gemeinsinns"? Sprechen die zur notwendigen Versorgung elementaren Lebensbedarfes erfolgten Beschlagnahmen, Zwangsenteignungen und militärischen Requisitionen wichtiger Volksnahrungsmittel (Kartoffeln), die von Erzeugern und Händlern in spekulativer Absicht zurückgehalten werden, für das Obwalten eines den Kapitalismus aus den Angeln hebenden Altruismus? Oder die bei Kriegsrohstoffgesellschaften vorgekommenen Massenfälle von wucherischen Bestechungen? Doch muß es bei diesen wenigen Beispielen bewenden. Sie genügen auch für Schlüsse auf die Zeit nach dem Kriege und nach dem Erlöschen der von ihm erzeugten Begeisterung. Und wenn wir über das Wirtschaftsleben hinaussehen: wie steht es mit der „Eingliederung gegen vielstimmiges Durcheinander" in dem Verhalten weiter Kreise zur politischen Führung während des Krieges? Und zu wichtigen Fragen der Kriegführungsenergie? Kann man ohne eine gewissenhafte Prüfung des Charakters und der Bedeutung der hier nur angedeuteten Erscheinungen und Vorgänge, den begeisterten Prophezeiungen von der Abdankung des Individualismus und dem Aufgehen in eine vom Gemeingeist völlig beherrschte Organisation der Arbeit unter dem Banner der nationalen Hingebung in Kriegs- wie in Friedenszeiten Vertrauen schenken? Haben wir wirklich schon heute „die innere Bereitschaft aller Volksglieder, die wirtschaftlichen Pflichten der Kriegszeit in verständnisvoller Zusammenarbeit mit einer in Gemeinschaft mit dem Volke wirkenden Verwaltung ganz zu erfüllen"? Und wird nicht nach dem Kriege der Gegensatz zwischen den durch ihn reich Gewordenen und durch ihn wirtschaftlich Heruntergekommenen erst in seiner vollen Schärfe hervortreten und sich auswirken? Wird der Kampf um Hochhaltung oder Herabdrückung der Kriegspreise nicht entbrennen, werden die Gegensätze zwischen Erzeugern und Verbrauchern, zwischen Stadt und Land mit dem Kriege wie mit einem Schlage aufhören oder während der vieljährigen Arbeit mühsamen Wiederhineinfindens in die Verhältnisse der Friedenszeit noch fortleben und fortwirken? Welche Gründe berechtigen dazu, diese durch die Erfahrungen der Kriegszeit sich aufdrängenden Fragen und die sich daraus ergebenden Sorgen wegen neuer Zerklüftungen unseres Volkslebens einfach unter den Tisch fallen zu lassen?

Die Erwartungen PLENGES gehen aber noch weit höher. Auf der Grundlage jener Neugestaltung des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens soll Deutschland „das geistige Haupt von Europa" werden. Die beiden diesen Hoffnungsgipfel entschleiernden Kapitel (14, IX/X) sind peinlich zu lesen. Die Darstellung versteigt sich hier zu einer Zukunftsideologie, deren Ausmalung eine sehr bedenkliche Seite hat. Nichts weniger als die „Führung von Europa" wird für Deutschland als „Kriegsziel" verlangt. Es heißt darin: „In uns ist das 20. Jahrhundert. Wie der Krieg auch endet, wir sind das

1) Vgl. dazu die Schreiben HINDENBURGS an den Reichskanzler vom 27. September und 19. November 1916 über die mangelhafte Ernährung der Kriegsindustriearbeiter und ihre näheren Umstände.

vorbildliche Volk. Unsere Ideen werden die Lebensziele der Menschheit bestimmen." In dieser Tonart geht es bis zum Schluss fort. „Wir müssten der Mittelpunkt der Kraft sein, von dem aus eine neue Kulturentwicklung für Europa beginnt, wenn der Krieg wirklich in sich erlahmen und der schroffe Gegensatz bleiben sollte." Die „übernationalen" deutschen Ideen von 1914 und die neue Form unseres wirtschaftlich-politischen Lebens müssen als Lebensvorbild von Land zu Land aufgenommen werden und der Nation, die sie schuf, „eine kulturbeherrschende Stellung sichern". Die Völker werden wieder zusammenkommen, weil auf den vollen Sieg unserer Waffen der volle Sieg unseres Geistes folgen wird, und unsere Wahrhaftigkeit gegen uns selbst und gegen andere wird die Unterlage dieser Versöhnung sein.

Hier ist man versucht, mit GOETHE zu sagen: „Ihr sprecht schon fast wie ein Franzos." Solche chauvinistische Selbstverherrlichung sollten wir den Franzosen überlassen, die das besondere Talent und auch den besonderen Beruf dafür haben. Uns Deutschen steht sie nicht wohl an, denn es ist nicht die Art deutschen Geistes, solche Perspektiven in Worten tönenden Erzes zu entrollen. Auslassungen solcher Art und Formgebung sind es zumeist, welche die Abneigung, den Argwohn und schließlich den Haß gegen Deutschland in aller Welt erzeugen, für den wir seit Kriegsausbruch schon so oft nach Erklärung gesucht haben. Solche Zielsetzungen sind dem deutschen Wesen fremd. Wir haben reichlich genug damit zu tun, uns selbst vorwärtszubringen. Eine derartige Führerrolle in der Welt zu erlangen, könnte für Deutschland nur dann eine Ehre und ein Ruhm sein, wenn die Völker der Welt sie ihm auf Grund seiner Leistungen freiwillig zuerkennen würden, ohne daß es bei ihrer Vollbringung vom falschen Ehrgeiz des Strebens nach einer solchen Hegemonie geleitet oder sich einer solchen Absicht auch nur bewußt gewesen wäre. Wohl aber sind Auslassungen wie die hier besprochenen nur allzusehr geeignet, das Mißtrauen der anderen Völker gegen uns und unsere Absichten wachzurufen, das damit zur Wurzel viel schlimmerer Gesinnung und echter Feindschaft gegen uns wird. Sehr treffend sagt Fürst BÜLOW in seiner „Deutschen Politik" (S. 344): „Wir sollten auch den anderen nicht zu oft und in zu hohen Tönen unsere Kultur anempfehlen. Es ist besser, ruhig zu erklären, dass man die Sicherheit und Stärkung des eigenen Landes anstrebe, als eine Kulturhegemonie anzukündigen, die alle Welt mehr fürchtet als die politische Suprematie. Anderseits handelt es sich in diesem Kriege um politische und wirtschaftliche Fragen von ungeheurer Bedeutung und Tragweite, von deren Lösung Wohl und Wehe unseres Volkes für Generationen abhängt, aber nicht eigentlich um Kulturprobleme." Wohl sagt GOETHE: „Nur die Lumpe sind bescheiden," aber gleich weiter: „Brave freuen sich der Tat." F r e u e n sich — nicht r ü h m e n sich!

Übersehen wir das Ganze, so ist der von PLENGE als Frucht des Krieges erwartete „Sozialismus" nur eine Antithese zum Individualismus, die aber nicht den wissenschaftlichen Begriff des Sozialismus zum Kern hat, sondern nur die planmäßige Organisation aller wirtschaftlichen Kräfte im Dienste des Volksganzen. Dieses „nur" soll keinen verkleinernden Sinn haben, denn zweifellos bedeutet die Durchdringung der ganzen Volkswirtschaft mit de[illegible]

Geiste der „Organisation" eine starke Hebung des Staatsganzen und zugleich eine gewaltige Kräftesteigerung. Es soll nur das gewollte Fortbestehen der Grundlagen unserer Wirtschaft damit zum Ausdruck gebracht werden, an deren Ersetzung durch eine ausschließlich gemeinwirtschaftliche man bei dem Ausdruck „Sozialismus" denken muß. Wenn es bei Plenge heißt: „Unsere größte wirtschaftliche Kraft ist unsere Freiheit," so ist dies ebenso zutreffend wie unsozialistisch. Nicht die Ersetzung der Privat- durch die Gemeinwirtschaft, sondern die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte, ihre Durchdringung mit dem Geiste des Einheitsbewußtseins und demgemäße organische Eingliederung in das Staatsganze ist also das Ziel der Entwicklung. Seine Erreichung auf dem Höhepunkte des Kapitalismus ist nach Plenge eine weltgeschichtliche Notwendigkeit. Denn das Zeitalter des Hochkapitalismus ging mit zunehmender Spannung der kriegerischen Gegensätze seiner Vollendung entgegen. Diese Auffassung erinnert an die Darstellung von Marx, wonach auf ihrem Höhepunkte die Entwicklung in ihr Gegenteil umschlägt. Die Weltwirtschaft schlägt auf dem Höhepunkte ihrer kapitalistischen Entwicklung notwendig in den Weltkrieg um, der ebenso notwendig zu einer neuen, höheren Stufe der Weltwirtschaft führt, nämlich durch den Sieg des deutschen Volkes, den es mit Hilfe des neuen Geistes der „Organisation" erringt und der ihm die Führerrolle in der Welt zuweist. So wird nach Plenge der Kapitalismus vom richtig verstandenen Sozialismus abgelöst. Dieser ist nach der äußeren Verfassung nationaler Sozialismus, nach seinem inneren Wesen sozialer Patriotismus. Was man bisher unter Sozialismus verstanden habe, sei — auch der Marxismus — nur erst reine Utopie gewesen. Auch diese Wertung alles Sozialismus vor ihm hat Plenge mit Marx gemein.

Gegenüber der ausführlichen Entwicklung von Zukunftsbildern staatlichen und wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege bei Jaffé und Plenge finden wir bei v. Schulze-Gävernitz (18) nur wenige und mehr andeutende Ausblicke auf diese Zukunft. Der Kampf Englands mit seinen Rivalen um die Beherrschung der Meere, seine weltgeschichtliche Bedeutung und Deutschlands Anteil daran wird von ihm veranschaulicht. Wie Deutschland Gleichberechtigung für sich erstrebt und damit zugleich für die Befreiung der Menschheit kämpft, warum es dazu unwiderstehlich angetrieben wird und das Kampfziel gerade die Freiheit der Meere ist, schildert er in engem Rahmen mit frischen, lebhaften Farben. Die Errungenschaften deutscher Arbeit und die Bewährung unserer Kräfte im Weltkriege werden freimütig, doch mit wohltuender Besonnenheit gewertet. Den starken Einzelmenschen Altenglands überbietet Neudeutschland durch die größere Wucht der organisierten Gemeinschaft, welche, ihrer Idee nach, die Freiheit der Glieder mit Geschlossenheit des Ganzen vereinigt: so im Heerwesen, im staatlichen und kapitalistischen Großbetrieb. Im Innern erstrebt es die vernunftgemäße Ordnung seines Staatswesens im Sinne materieller Gerechtigkeit — der preußische Staatssozialist nicht anders als der sozialistische Demokrat — während das britische Konkurrenzsystem Willkür und Zufall auf den Thron setzt. Nach außen nicht eigene Weltherrschaft, sondern die vernunftgemäße Organisation der Welt auf dem Boden der Freiwilligkeit.

Auch hier ist also der Organisationsgedanke maßgebend. Er wird als „Gedanke des Wertganzen und seiner durch Eingliederung freien Glieder“ umschrieben. Im Unterbewußtsein von Millionen Deutscher arbeitet er. Durch ihn halten wir durch und werden wir siegen. Daß der Sieg uns so schwer gemacht wird, müssen wir der Vorsehung aber danken. Denn daraus ergibt sich die innere Wirkung des Krieges; er läutert den deutschen Geist von seinen Schlacken und wird aus dem Volkskörper viel Morsches und Verfaultes — Scheinwerte — hinwegbrennen. Von diesem innerlichsten Punkt aus drängt das riesenhafte Erlebnis zu einer völligen Erneuerung unseres körperlichen, geistigen, persönlichen, staatlichen Daseins. Wiedergeburt ist das Leitwort des Kriegszeitalters. In diesem Zusammenhange heißt es: „Der Krieg hat uns einen mächtigen Anstoß in der Richtung auf die Gemeinwirtschaft gegeben, so daß selbst Marxens Katastrophentheorie — freilich anders als ihr Urheber es sich vorstellte — einige Wahrheit zu gewinnen scheint.“ Augenscheinlich soll damit nicht etwa die ausschließliche Herrschaft der Gemeinwirtschaft angekündigt, sondern nur die weitere Ausdehnung ihres Betätigungsgebietes als tatsächliche Kriegswirkung verzeichnet werden. Denn unmittelbar anschließend wird von der erfolgreichen Steigerung des Einflusses der Reichsbank, von der Einstellung der Industrie auf den Krieg durch die Betätigung eigens dazu gegründeter halböffentlicher Organisationen usw. gesprochen. Von Sozialismus und sozialistischer Wirtschaftsordnung ist überhaupt nicht die Rede. Die Erwartungen künftiger Gestaltung unseres Wirtschaftslebens, die man bei Schulze-Gävernitz allenfalls herauslesen kann, liegen also nicht in der Richtung der Ersetzung unserer Wirtschaftsordnung durch eine irgendwie sozialistische.[1])

II.

Gehen wir nun zur zweiten Gruppe von Verfassern über, so wird von Heuss (4) die Frage direkt aufgeworfen, wie es mit dem sozialistischen Charakter steht, den die Volkswirtschaft unter dem Zwang der Kriegslage angenommen hat oder haben soll? Sie wird als Versuchung zur Spekulation, für den Theoretiker wie für den Dilettanten bezeichnet und die Antwort mit dem ausdrücklichen Vorbehalt eines sehr großen Maßes von Zurückhaltung gegeben. Sie lautet dahin, daß der „Kriegssozialismus“ ganz und gar nichts mit dem Marxismus gemein hat, der heute alle übrigen sozialistischen Anschauungen an die Wand gedrückt habe (eine Annahme, die in dieser Allgemeinheit nicht zutrifft). Denn einmal hat dieser zur internationalen Voraussetzung die Durchkapitalisierung der gesamten Wirtschaft, so daß der nationale Staat kein Werkzeug dieses Prozesses ist. Sodann ist der marxistische Sozialismus eine Wirkung der höchsten technischen und

1) Bemerkt sei hier, daß auch Friedrich Naumann in seinem Buche „Mitteleuropa“ unserer Kriegswirtschaft einen „staatssozialistischen Zug“ zuspricht, der den Krieg überdauern werde (vgl. S. 153, und über seine Klassifizierung des theoretischen Sozialismus als Staats-, Unternehmer- und Arbeitersozialismus S. 145 f.).

ökonomischen Entwicklung und erzwungen von der Akkumulationstendenz der gesteigerten privatkapitalistischen Wirtschaftsweise. Die kriegssozialistischen Maßnahmen aber dienen nicht der Steigerung der technisch-kapitalistischen Betriebsweise zur sozialistischen Produktion, sondern der Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit und der Nutzbarmachung der vorhandenen Kräfte zu Zwecken der Kriegführung. Nicht zu Marx, sondern zum Staatssozialisten Fichte muß man heute greifen. Ein gut Teil von dem in seinem „Geschlossenen Handelsstaat" dargestellten Sozialismus ist heute verwirklicht, aber freilich nicht als wirtschaftliches Ziel dieses Krieges, der im Gegenteil der Sicherung und Erweiterung unserer überseeischen Handelsbeziehungen dient und währenddessen wir gerade umgekehrt alles im Auslande irgend Erreichbare hereinzuholen bestrebt sind. Die Quelle aller Erscheinungsformen unseres „Kriegssozialismus" ist vielmehr die Kriegsnot, ihr Ziel sind Kriegszwecke. Mit Sozialismus hat die Kriegswirtschaftsgesetzgebung nichts zu tun, wenn man nicht in dem öffentlichen Zentralismus eine Vergleichslinie zur sozialistischen Organisation sehen will. Vielmehr ist ihr Ziel ein ausgesprochen individualistisches: der Privatwirtschaft mit allen Mitteln zu Hilfe zu kommen.

Der sich anschließenden Durchsprechung dieser Gesetzgebung wird der Vergleich mit den Verhältnissen in einer belagerten Festung zugrunde gelegt. Es wird darin besonders gezeigt, wie gerade das manchesterliche England im Umkreis der gewerblichen Produktion zu einem viel ausgesprocheneren Sozialismus übergegangen ist als Deutschland, das eigentliche Mutterland der sozialistischen Ideen. Hier wurde bisher nur das staatliche Stickstoffmonopol erörtert, sonst aber viel freiheitlicher verfahren und der Grundsatz, die Privatwirtschaften möglichst ungebrochen zu erhalten, festgehalten. Man vertraute auf den Instinkt, die Willens- und Anpassungskraft unserer schon vorher durch Organisationen verschiedenster Arten in viel höherem Maße gemeinwirtschaftlich durchgebildeten Unternehmer. Dem Staat verblieb hauptsächlich die schwierige Rohstoffbeschaffungsfrage, die er aber unter kluger Benutzung und Weiterbildung der durch Verleihung staatlicher Machtbefugnisse gestärkten Formen privatkapitalistischer Wirtschaftsweise bestens gelöst hat.

Auf die zweite Hauptfrage, ob ein Teil der Kriegswirtschaftsregelung in die Friedenszeit als Last oder Wohltat mit hinübergenommen werden wird, will Heuss keine eigene bestimmte Antwort geben. Wer den Krieg den Vater aller Dinge nennt, möge ihn für berufen halten, auch als Motor neuer Wirtschaftsbildung zu dienen und in der Raschheit und dem Erfolge der neuen Methoden das Anzeichen erblicken, daß die nötigen gemeinwirschaftlichen Elemente (Wirtschaftsgruppierung, Organisation, seelische Bereitschaft der Bevölkerung) schon vorhanden gewesen, so daß es nur dieses Zwanges und starken bewussten Erlebens bedurfte, um aus dem Material die Form zu gestalten und den als Tendenz vielleicht unerkannt vorhandenen Sozialismus über die Schwelle des Unterbewußtseins treten zu lassen. Andere würden prüfen, welche der neuen Formen sich im Kriege so bewährt haben, daß ihre Beibehaltung, besonders als Stütze für die neuen großen staatlichen Aufgaben, angebracht sei. Im übrigen verweist er auf den improvisatorischen Charakter der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen und hält die Wahrscheinlichkeit für

überwältigend, daß die sachliche Notwendigkeit der Praxis diese Veranstaltungen wieder sprengen werde. Die bisher schon hervorgetretenen Gegensätze zwischen den Großen und den Kleinen und die aus psychologischen Gründen zu erwartenden großen „Abrechnungen", namentlich aber die in der Produktion voraussichtlich einsetzende starke mannigfaltige Spezialisierung und das Suchen nach neuen Wegen und Verbindungen sprächen dafür. Nur da, wo schon vorher die großkapitalistische Entwicklung vereinfachend gewirkt habe, möge sich eine dauernde Bindung in festen Organisationen, doch ohne den öffentlich-rechtlichen Charakter der Rohstoffgesellschaften, herauslösen. Danach finden wir bei Heuss keine bestimmte Erwartung ausgedrückt, durch den Krieg eine Umgestaltung unserer Volkswirtschaft in irgendwie sozialistischem Sinne herbeigeführt zu sehen.

Die Lehren des Weltkrieges, die Biermann (1) betrachtet, sind die handels-, sozial-, partei- und ernährungspolitische und die weltwirtschaftliche. Nur in der Betrachtung der Ernährungspolitik streift er das sozialistische Problem, und auch nur insoweit, als er das System der Vorrats- und Verteilungspolitik „staatssozialistisch", doch ohne nähere Begründung nennt. Auch weiterhin heißt es, daß sachverständige und interessierte Kreise sich schon vorher für eine „staatssozialistische" Vorrats- und Nahrungsmittelpolitik ausgesprochen hätten. Gleichwohl habe die Reichsregierung „von einem Bruch mit der individualistischen Wirtschaftsverfassung im Sinne des Staatssozialismus monatelang abgesehen" und sich mit einem System der Preispolitik begnügt. Die Lehre, die Biermann aus den Vorgängen auf diesem Gebiete zieht, ist die, daß in einer isolierten Volkswirtschaft bei einem beschränkten Nahrungsmittelvorrat nur eine staatliche Vorrats- und Verteilungspolitik der Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gerecht werden kann. Das freie Spiel der Kräfte ist ihr nicht gewachsen. Er bezieht sich hierfür auf Jaffé, der ihm freilich übertriebene Hoffnungen bezüglich eines *künftigen* allgemeinen Staatssozialismus im Deutschen Reiche zu hegen scheint. Endlich gewährleistet nach Biermann nur eine „staatssozialistische" Politik eine energische Erziehung des Publikums in dem Sinne, daß es mit größter Intensität die Bestrebungen der Behörden, die Vorräte zu strecken, unterstützt. Wenn auch Biermann keinerlei Umschreibung des vieldeutigen „Staatssozialismus" gibt, so geht doch aus dem Zusammenhange seiner Darstellung hervor, daß er darunter den gemeinwirtschaftlichen Charakterzug der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen, ihre Zentralisierung in der mit entsprechenden Machtmitteln für ihre wirksame Durchführung ausgestatteten öffentlichen Hand darunter versteht. Nirgends ist aber davon die Rede, daß er diesen Zustand nach dem Kriege zu einer ganz neuen Gestaltung unserer Volkswirtschaft erweitert sehen will oder sehen zu müssen glaubt.

Renner (17) gibt einen volkstümlich wirkungsvollen Überblick über den damaligen Stand der Volksernährung in Österreich-Ungarn während des Krieges. Er zeigt aus der zwingenden Macht der Tatsachen heraus, daß ein freier Wettbewerb in schwierigen Lagen nicht genügt, sondern eine planmäßige Regelung auch bei der Verteilung der gewonnenen Produkte in Kraft treten muß, damit jeder ausreichend Nahrung findet. Denn nur ein wohl-

genährtes und zufriedenes Volk ist imstande, die großen Lasten zu tragen und die großen Taten zu vollbringen, die der Krieg von ihm fordert. Er erhebt und begründet den Vorwurf gegen die österreichische Regierung, — der das gerade Gegenteil der heute in Deutschland gegen die deutschen Regierungen erhobenen Vorwürfe enthält — sich zwar um die Produktion gekümmert, aber die Verteilung der Güter dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen und auch für die Organisation des Konsums kein Interesse gezeigt zu haben. Besonders die auf Ungarns Einspruch zurückgeführte verspätete Aufhebung der Getreidezölle und die Unterlassung einer systematischen Höchstpreispolitik benachteilige in Verbindung mit dem staatlichen Requisitionssystem und der preissteigernden Zurückhaltung der Vorräte die österreichischen Konsumenten schwer. Die freie Konkurrenz löst das Problem des Haushaltens so, daß der eine darbt und der andere den Profit davon hat, insbesondere der Wohlhabende seinen vollen Getreideanteil erhält, der Arme den Ausfall allein trägt. Das nämliche gilt für das Verhältnis des auf Getreideeinfuhr angewiesenen Österreich zum Ausfuhrlande Ungarn. Gleicherweise zahlt die Industrie die Kosten und hat die Landwirtschaft den Gewinn, insofern die Lebensmittelteuerung den Verbrauch von Industriewaren beschränkt. Infolgedessen ist in Zeiten wie der jetzigen kein Verlaß auf das Konkurrenzsystem. Daher fordert Renner ein Zentralamt für Volksernährung, das sich im Frieden wie im Kriege mit der Volkernährungsfrage zu beschäftigen hat[1]). Wie diese damit zur Staatsaufgabe wird, so soll sie aber auch zur Volksaufgabe werden. Jeder Haushalt soll ökonomisiert werden, d. h. sich ihr in seiner Führung anpassen. Alle sollen füreinander stehen und füreinander Wirtschaft führen. „Der Gedanke, sich und sein ganzes Wesen in eins zu setzen mit dem Schicksal der Allgemeinheit — ich nenne ihn Sozialismus.“ Man mag ihn ebensogut Menschlichkeit, Solidaritätsbewußtsein oder Kriegssolidarität nennen, als Regel oder Ausnahmezustand betrachten, nur soll man ihn praktisch durchführen. Und auch nach dem Kriege soll jeder sich dieser Kriegsnotwendigkeit fügen und sich bewußt sein, daß er der Allgemeinheit schuldig ist, sich so zu verhalten, daß niemand an Nahrung Mangel leidet.

Die von Renner geforderte planmäßige Regelung der Volksernährung bedeutet als Staatsaufgabe eine Erweiterung der wirtschaftlichen Staatstätigkeit, die aber durchaus keinen sozialistischen Charakter zu tragen braucht. Ebensowenig bedingt die geforderte Einstellung des Verhaltens der privaten Wirtschaften und Haushalte auf das Volksernährungsinteresse irgendwelche

1) Renner, sozialdemokratischer Reichsratsabgeordneter, ist inzwischen zum Mitglied des Direktoriums des neugegründeten Kriegsernährungsamtes in Wien ernannt worden. Erst war seine Ernennung zum 2. Vizepräsidenten dieses Amtes in Aussicht genommen. Doch versagte die soz.-dem. Partei ihre Zustimmung zur „Berufung an eine Stelle, der die Exekutivgewalt mit voller Verantwortung zukommt“, während das Direktorium der verantwortlichen Stelle gutachtlich und mitarbeitend zur Seite steht“ (Wiener „Arbeiter-Zeitung“, 1. XII. 1916).

nach sozialistischer Richtung liegende Änderungen in der Struktur der privaten Wirtschaft oder der Volkswirtschaft. Und die in ihr zum Ausdruck gelangende Gesinnung ist wohl eine durchaus soziale, aber nicht notwendig eine sozialistische.

Nur im Zusammenhange mit den Problemen des Arbeitsmarktes und den Aktionen der Interessenverbände wird der Kriegssozialismus von LEDERER (11) berührt, obwohl ihm dessen Erörterung beim Thema seiner anderen Abhandlung „Die Organisation der Wirtschaft durch den Staat im Kriege" (10) nahegelegen hätte. Vielmehr beschränkt er sich in dieser auf eine Darstellung der Veränderungen im Wirtschaftssystem durch den Krieg und des während der Kriegsdauer wünschenswerten Aufbaues der Volkswirtschaft, vor allem einer bisher nur in schwachen Ansätzen vorhandenen Organisation der Produktion. Diese soll nicht durch Verstaatlichung der Produktionsmittel, sondern durch eine administrative Einwirkung auf Industrie und Landwirtschaft erfolgen, welche die Erzeugung der notwendigen Produkte und ihre entsprechende Verteilung gewährleistet. Statt dessen lasse die Regierung das privatwirtschaftliche Interesse und die damit verbundenen Reibungen, Verschwendungen und Verluste fortbestehen und versäume es, alle Kräfte lebendig zu machen und zur größten Entfaltung und Wirksamkeit zu bringen. LEDERER fordert also stärkere gemeinschaftliche Betätigung des Staates in der Kriegszeit. Die kriegswirtschaftlichen Organisationsversuche sind nach ihm nicht als Sozialismus aufzufassen. Aber da man sich daran gewöhnt habe, alle Organisationsbestrebungen innerhalb der Wirtschaft als Etappen zu sozialistischer Entwicklung aufzufassen, so erkläre es sich nur zu leicht, daß die Gewerkschaften in ihrer Ideologie an sie anknüpfen. Aus ihnen folge dann eher eine stärkere Betonung als eine Lockerung der bisherigen Ideologien der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Damit wird eine wichtige Wirkung des vielfachen Mißbrauchs mit dem Worte „Sozialismus", namentlich seiner häufigen Gleichsetzung mit „Organisation" schlechthin, zum Ausdruck gebracht.

III.

Haben wir bisher mancherlei Anschauungen kennengelernt, die, wenn nicht den ganzen Sozialismus, so doch ein mehr oder minder großes Stück davon als Frucht des Weltkrieges in irgendeiner Weise verwirklicht zu sehen erwarten, so ist das gerade Gegenteil bei KÄMPFER (9) der Fall. Indessen unterscheidet dieser sich von den noch zu besprechenden Gegnern solcher Erwartung durch seinen grundsätzlichen Standpunkt. KÄMPFER ist nämlich nicht nur strenger Marxist, sondern zieht auch bei der Beurteilung der durch den Krieg bewirkten Umgestaltung aller Verhältnisse und Umwertung aller Werte die Konsequenzen aus diesem Standpunkte mit unerbittlicher, haarscharfer und auch — ja sogar erst recht — gegen seine Parteigenossen rücksichtslosester Logik. Er ist, von seinem Standpunkte aus, ein Wahrheitsfanatiker, wie er strenger und unbeirrter nicht wohl gedacht werden kann. Daher ist seine Schrift von besonderer Bedeutung für unser Thema, auch wenn man seinen Standpunkt ablehnt und die Konsequenz nicht für die alleinige Richtschnur auf dem Wege der Wahrheitsuche hält.

Übrigens findet sich in seiner Kritik der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen auch manche, rein sachlich betrachtet, durchaus zutreffende und gut begründete Charakterisierung und Urteilsfällung.

„Kriegssozialismus“, dieses „tolle Wort“, ist für Kämpfer „eine abgeschmackte Illusion“. Aber der Krieg kann dazu beitragen, daß die zum Sozialismus führenden Kräfte des Proletariats, die sich gegen die politische Herrschaft der Kapitalistenklasse auflehnen, gestärkt werden. Und das ist nach ihm die Pflicht aller Sozialisten. Kämpfer leugnet also von vonherein, daß es einen besonderen „Sozialismus“ gebe, den der Krieg beschert habe. Wieder einmal sei mit dem Wort „Sozialismus“ Mißbrauch getrieben worden. Dieser Begriff sei unverrückbar gegeben durch die klare Fassung des Erfurter Parteiprogramms, dessen dogmatischen Teil er gleich auf der ersten Seite wörtlich wiedergibt, ähnlich fast wie Luther in den Religionsgesprächen mit seinen Gegnern immer wieder mit dem Finger auf den für seine Überzeugung ausschlaggebenden Wortlaut der Heiligen Schrift hinwies. Die als „Kriegssozialismus“ gepriesenen Erscheinungen haben „nichts, aber auch gar nichts mit dem sozialistischen Ideal zu tun“ („Sozialistisches Ideal“ klingt freilich bedenklich unmarxisch). So wenig, wie Roggen nicht zu Kaffee wird, wenn man ihn so nennt, noch in Salzsäure aufgelöste Baumwolle zu Seide, auch wenn man das Produkt zehnmal „Kunstseide“ nennt. Das Wort scheint ihm aus Spekulantenkreisen zu stammen, die „Sozialismus“ alles nennen, was ihre Profitmacherei stört. Um so kurioser sei es, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Lensch das „gute“ Wort dem Volksmunde entstammen lasse[1]). Aber dieser Wortgebrauch erscheint Kämpfer nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Denn in ihm kommt eine Auffassung zum Ausdruck, die darauf hinausläuft, daß der imperialistische Weltkrieg die Regierung und die Kapitalistenklasse mit den Bestrebungen der Arbeiterklasse aussöhnt, sie zu sozialen Reformen drängt. Damit wird aber die Grundauffassung des Parteiprogramms, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk dieser Klasse selbst sein kann, fahren gelassen und die Illusion verbreitet, als ob es die herrschenden Klassen unter dem Einfluß des Krieges unternähmen, dem Sozialismus die Wege zu bahnen.

Diese Gefahr ist es, die Kämpfer bestimmt, zum Problem des Kriegssozialismus Stellung zu nehmen und die irregeführten Genossen zu warnen und aufzuklären. Sie erscheint ihm um so größer, weil von ihm zitierte hervorragende Sozialisten und sozialistische Blätter, besonders die Gewerkschaftspresse, diesem Irrtum verfallen sind und daher in Hoffnung schwelgen, während bürgerliche Politker ernsten Sorgen über die Erscheinungen des Wuchers und andere unsaubere Machenschaften der Kriegszeit beredten Ausdruck geben. Daher bemüht er sich nachzuweisen, daß die anscheinend in der Richtung solcher Umstellung ergangenen, z. B. koalitionsfreundlichen Erlasse der Militär- und Zivilbehörden in Wahrheit nur deren (?) Interesse am ungestörten Verlauf der dem Krieg dienenden Produktion wahrnehmen.

---

1) In der „Frankfurter Volksstimme“. Lensch ist auch der Verfasser des bekannten Buches „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück“. 1916.

Ebenso verhalte es sich mit den scheinbaren Zugeständnissen hinsichtlich der Neuorientierung der inneren Politik. Die volle Größe jener Gefahr ergibt sich aber für Kämpfer aus dem Gesichtspunkt, daß, wenn „von Plenge bis zu Lensch“ feierlich versichert wird, der „Kriegssozialismus“ bestehe und gedeihe, die Theorie fix und fertig ist und der Schluß wäre, daß die proletarische Bewegung mit ihrer leidenschaftlichen Bekämpfung des Krieges eine große Torheit beginge. Es würde sich damit herausstellen, daß gerade im Kriege dem sozialistischen Prinzip beschieden war, seinen „größten praktischen Triumph“ zu feiern, und daß der Krieg unter vollständiger Ausscheidung des Klassenkampfes nach den Regeln des Burgfriedens uns ganz von selbst dem sozialistischen Endziel näherbringt. Keine Bekämpfung des Krieges und kein Klassenkampf mehr — diese doppelte Konsequenz muß allerdings dem eingeschworenen Marxisten, der gerade umgekehrt den äußeren Krieg ablehnt, den inneren aber predigt, gewaltig auf die Nerven fallen. Seine Nachprüfung dieser Theorie hat eine strenge Kritik der Kriegswirtschaft zum Kern. Die Grundtatsache, auf die sie sich stützt, ist die Verarmung der ganzen Welt durch den Krieg. Wohl hat die Industrie sich einzustellen gewußt, aber nicht auf die Produktion für den Inlandmarkt, sondern auf die für den Kriegsbedarf. Zur Vernichtung, nicht zur Erzeugung von Kulturgütern wird die Kraft der Völker aufs äußerste angespannt. Denn die Triebkraft der kapitalistischen Gesellschaft ist die Profitmacherei. Profite erzielen, indem man vernichtet, das ist die unheimliche Grundlage der „Kriegswirtschaft“. Daher traut Kämpfer der kapitalistischen Gesellschaft nicht den elementaren Gemeinsinn zu, der das Hauptmerkmal eines sozialistischen Zustandes ist. Sie ist ihm gänzlich korrumpiert und deshalb unfähig, aus sich heraus eine sozialistische Ordnung zu schaffen. Von ihrer Regierung gelte dasselbe. Von einer gerechten, wucherverhindernden Brotverteilung sei nicht im entferntesten die Rede. Zahlreiche Fälle von „Orgien schamloser Profitwut“ werden zum Beweise herangezogen. Die gemeinnützige Wirkung der Kriegsgesellschaften bestreitet er ebenso energisch. Man solle lieber von K r i e g s k a p i t a l i s m u s, statt von Kriegssozialismus sprechen.

Gleicher Beurteilung unterliegt das Geld-, Kredit-, Bank- und Finanzwesen im Kriege. Während Sozialismus Dienstbarmachung aller Kräfte für die Allgemeinheit heißt, wird hier auf Grund der Staatsmacht die Kraft der Allgemeinheit den Kapitalisten dienstbar gemacht. Der ganze Geldumlauf wird in den Dienst des Kriegskredits gestellt. Aber das Risiko trifft nur scheinbar die Besitzenden, in Wirklichkeit wird es in Gestalt der über die Geldlohnerhöhung weit hinausgehenden allgemeinen Preissteigerung auf die große Masse des werktätigen Volkes abgewälzt. Die Kriegsanleihen sind eine brillante Kapitalanlage für die Geldbesitzer, aber für die enorme Zinsenlast müssen die Steuerträger aufkommen. Risiko und Lasten derselben fallen also der werktätigen Bevölkerung zu. Auch die Kreditgewährung erfolgt durch die Volksmassen für die Besitzenden — nämlich mittels der Darlehenskassen, da die von diesen ausgegebenen Scheine als Zahlungsmittel umlaufen. Allerdings besteht kein Zwang zu ihrer Annahme. (Wie aber in ihrer f r e i w i l l i g e n Annahme eine Schädigung der Nichtbesitzenden liegen soll ist nicht erfindlich.)

Ebenso trägt bei den Kriegsbanken das Risiko wenigstens zum Teil die Allgemeinheit, da die öffentlichen Körperschaften die Garantie für sie übernommen haben. Das Verhältnis von Profit und Lohn steht so, daß jener durch ungerechtfertigte, weil außerhalb der Kriegswirkungen erfolgende Preissteigerungen enorm ist, während die Löhne mit Ausnahme vereinzelter Gruppen allgemein gedrückt werden[1]).

In der Volksernährungsfrage haben wir nach Kämpfer kein Recht, über Perfidie unserer Gegner zu klagen. Denn wir haben damit rechnen müssen, daß sie in der Lage sind, uns die Zufuhren abzuschneiden. Diese Beweisführung Kämpfers ist übertendenziös. Mit gleichem Rechte könnte man sagen: die Arbeiter können sich nicht über niedrige Löhne oder Lohnkürzungen beklagen, denn sie müssen damit rechnen, daß der Arbeitgeber in der Lage ist, niedrigere Löhne festzusetzen, als der Arbeiter für sich beansprucht. Wer, wie die Sozialisten, den Kampf gegen die Ausbeutung aller Arten selber zum Parteiprogramm hat, darf weder dem Einzelmenschen noch dem Volke recht geben, die ihre Macht ausbeuten, um andere in lebenbedrohende Not zu versetzen. Noch dazu, wenn er selbst und sein Volk diese anderen sind. Allerdings existiert nach Kämpfer der englische Aushungerungsplan nur in den Köpfen einiger deutscher Professoren[2]). In Wirklichkeit besteht nur die einfache Tatsache, daß im Kriege die Gegner alles daran setzen, den Seehandel Deutschlands zu unterbinden, das seinerseits ebenso gegen seine Feinde verfährt. In striktem Widerspruch hiermit heißt es freilich auf der nächsten Seite (32), daß die russische Zufuhr mit dem Tage der Kriegserklärung aufhörte. Deutschland muß eben unter allen Umständen an allen Ereignissen und Zuständen die Schuld tragen, weil es das Land stärkster kapitalistischer Entfaltung ist. Darauf sind alle Gesichtspunkte bei Kämpfer unbewußt eingestellt. Das kriegswirtschaftliche Programm seiner Partei, das er mitteilt, enthalte noch lange keinen Sozialismus, sondern bloße Notstandsmaßregeln und vorübergehende Eingriffe in die Privatwirtschaft, und wäre ausführbar gewesen, wenn die Regierung die wirtschaftliche Anarchie gezügelt und die sozialen Kräfte mobilisiert, d. h. die Arbeiterorganisationen herangezogen hätte. Der Polizeistaat Deutschland habe sich dazu freilich nicht entschließen können. Was er statt dessen geleistet, wird auf das abfälligste kritisiert. Besonders aufgebracht zeigt sich Kämpfer darüber, daß in dem „den Grundsätzen des Preußischen Landrechts gemäßen“ System der örtlichen Preistaxen die ‚Kriegssozialisten‘ einen „Sieg des sozialistischen Prinzips“ erblicken. Wenn der Sozialist Hugo Heinemann (Die sozialistischen Errungenschaften des Krieges, 1914) behaupte, durch die Einführung der Höchstpreise sei „mit dem Phantom einer Unantastbarkeit des Privateigentums gebrochen worden“, so stimme das in der Theorie nicht und sei in der

1) In Wirklichkeit sind die Löhne bekanntlich allgemein erheblich — zu großen Teilen sogar enorm (bis zu 16 Mark den Tag) — gestiegen.

2) Gemeint sind damit die Verfasser des Buches „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan“, hrsg. von Professor Eltzbacher 1914.

Praxis kein Bruch zugunsten der Besitzlosen, auf deren Kosten vielmehr, zum enormen Vorteil der Besitzenden, besonders der Agrarier, gewirtschaftet werde. Ebensowenig sei die Getreidebeschlagnahme, die den hellen Jubel der „Kriegssozialisten“ erweckt habe, eine Erfüllung der sozialistischen Forderung „Brot für Alle!“ oder eine „Generalprobe des Sozialismus“, wie eine Anzahl Parteiblätter behauptet habe. Die Regierung habe damit nur einer sonst unvermeidlichen Katastrophe vorgebeugt, zugleich aber einen Zustand geschaffen, bei dem zu wenig Brot für alle vorhanden und dieses teurer geworden sei als jemals unter dem tollsten Wüten der kapitalistischen Spekulation in schlimmen Jahren der Mißernte.

Diesen Standpunkt unterstreicht KÄMPFER besonders LENSCH gegenüber, der in der Einführung des Getreidemonopols „den größten praktischen Triumph, den bisher der Sozialismus über den Kapitalismus errungen“, erblickt und behauptet: „die kapitalistische Produktionsweise oder, genauer gesagt, die Methode der kapitalistischen Aneignung ist zusammengebrochen“. In demselben Artikel [1]) geht LENSCH übrigens näher auf den Begriff „Kriegssozialismus“ ein. Dieser sei „noch nicht Sozialismus in unserem Sinne“. Aber so mangelhaft er auch sei und so wenig viele Regierungsmaßregeln schamlose Spekulantengewinne verhindern konnten, so sei er doch schon imstande, aus zahllosen Köpfen festgefrorene Vorurteile gegen den Sozialismus wegzuschmelzen. Vollkommenfertig und gepanzert, wie Athene aus dem Haupte des Zeus, werde der Sozialismus überhaupt nicht in die Erscheinung treten. Er werde der kapitalistischen Gesellschaft in zäher Arbeit abgerungen werden. Da sei denn vom Getreidemonopol das gleiche zu sagen, was MARX einst vom Zehnstundentage sagte: es ist ein Sieg des Prinzips. Solche Bekenntnisse erklärt KÄMPFER für „eine schier unerklärliche Verblendung“. Nur in hartem Ringen mit den herrschenden Klassen können nach ihm sozialistische Erfolge erzielt werden, nur die Volksmassen können das sozialistische Prinzip zum Siege führen. Daher ist die Hauptfrage die, ob innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Arbeitermassen das ihnen nach ihrer Zahl, Organisation und Bedeutung zukommende Ausmaß von politischem Einfluß besitzen? Ob also die Arbeiterklasse imstande ist, die zur Vorbereitung der „Epoche der sozialen Revolution“ notwendige Demokratisierung des Staates zu erzwingen? Dies sei entschieden zu verneinen. Ihr Einfluß sei noch „lächerlich gering“. Daher könnten sie nur auf Erfolge rechnen, wenn sie ohne Einhaltung des Burgfriedens (!) ihre Macht zur Geltung bringen. Nur für die Reifung des revolutionären Klassenbewußtseins soll der Krieg dem deutschen Proletariate, das in ihm zum Werkzeug der imperialistischen Kriegspolitik geworden sei, dienen. Das ist das Ziel, das KÄMPFER aufzeigt, und dieser Hinweis offenbart zugleich den praktischen Zweck seiner im Sinne des reinen und unentwegten Marxismus rücksichtslos konsequenten Schrift [2]).

1) Gleichfalls in der „Frankfurter Volksstimme“.

2) Bemerkt sei, daß KÄMPFERS Standpunkt zum „Kriegssozialismus“ bis in die jüngste Zeit herein auch vom „Vorwärts“ vertreten wurde.

IV.

Innerhalb der **dritten Gruppe**, also unter den wirtschaftsfreiheitlichen Verneinern sowohl eines echt sozialistischen Charakters der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen als auch einer zu gewärtigenden Neugestaltung unserer Volkswirtschaft in spezifisch sozialistischem Geiste durch den Krieg sei zunächst Fuchs (3) genannt. Weder die Beschlagnahme noch die Enteignung von Bedarfsgegenständen hält er für Sozialismus im wissenschaftlichen Sinne. Denn in die Produktion wird dabei gar nicht eingegriffen und der Handel nicht ausgeschaltet, sondern nur zum öffentlichen Bevollmächtigten gemacht. Verstaatlicht oder kommunalisiert ward nur die erste Instanz der Abnahme der Vorräte vom Produzenten. Nicht einmal ein eigentliches staatliches Getreidehandelsmonopol ist eingeführt, denn die das Getreide vom Produzenten erwerbende Kriegsgetreidegesellschaft ist nur eine halbstaatliche, gemeinnützige Gesellschaft und das ausländische Getreide fällt nicht darunter. Es handelt sich für sie wie für die anderen Kriegsgesellschaften nur um Sicherstellung der beschränkt vorhandenen Rohstoffe und Nahrungsmittel für die Kriegsdauer durch richtige Verteilung. Diese Sicherung ist auch durch militärisch-politische Erwägungen bedingt und steht dem absoluten Polizeistaat viel näher als dem eigentlichen Sozialismus. Allerdings bedeutet solche Organisation ein weitgehendes staatliches Eingreifen in die Verfügungsfreiheit und die wirtschaftliche Tätigkeit des privaten Eigentümers, mithin auch in seinen Gewinn und in die Einkommensverteilung. Daher ist sie Sozialismus nur im **weiteren** Sinn: „**Staatssozialismus**" oder „Kriegssozialismus", der mit dem Kriege wieder verschwinden wird, eine Maßnahme, wie sie in einer belagerten Festung nötig ist. Auch der im Kriege sehr bewährte „Genossenschaftssozialismus" der Konsumvereine ist kein Sozialismus.

Die Erfahrungen dieses Krieges werden unsere Volkswirtschaft dem wirklichen Sozialismus aber auch nicht näher bringen. Zu diesem Schlusse kommt Fuchs durch die Betrachtung einerseits der Schwierigkeiten, auf die jene Maßnahmen stoßen, andererseits des auf industriellem Gebiete durch den privaten Unternehmungsgeist und die Selbsthilfe Geleisteten. Er wendet sich gegen Jaffés Erwartungen einer **prinzipiellen** Überwindung unserer auf der wirtschaftlichen Freiheit beruhenden Gesellschaftsordnung. Das „Manchestertum" sei ja schon längst überwunden und, wie Jaffé selbst bekenne, uns nie ins Blut übergegangen. Die wirtschaftliche Freiheit gelte schon heute nur, soweit ihr nicht im Gesamtinteresse Schranken gezogen werden. Während des Krieges ist dies in erhöhtem Maße nötig, dagegen werden wir beim Wiederaufbau eine **möglichst freie** Betätigung der wirtschaftlichen Kräfte sehr nötig brauchen. Der Kapitalismus wird dann zwar, wie früher aus sozialen, so nun aus nationalen Gründen eingeschränkt werden. Besonders wird den Großbanken und Kartellen, die sich nach Fuchs im Kriege zum Teil weniger bewährt haben, der Staat durch Beteiligung und Überwachung einen öffentlichen, halbgemeinnützigen Charakter verleihen müssen. Aber das ist keine grundsätzliche Änderung der auf dem Erwerbsstreben beruhenden individualistischen Ordnung. Eine prinzipielle Beseitigung des

letzteren kann überhaupt nicht in Frage kommen. Die Erwartung, daß ohne Kapitalismus überhaupt, ja ohne Vorherrschaft des allerdings im militärischen und nationalen Interesse weitgehend zu beschränkenden Erwerbsinteresses, die gewaltigen wirtschaftlichen Friedensaufgaben gelöst werden können, erscheint FUCHS ebenso utopisch wie der Sozialismus.

Ganz unmittelbar auf unser Thema richtet sich, wie schon ihr Titel angibt, die Schrift von LIEFMANN (13). Er beginnt mit der Feststellung, was Sozialismus überhaupt ist, und schafft damit die richtige Vergleichungsgrundlage. Im weitesten Sinne ist Sozialismus das Sozialprinzip, das den strengsten begrifflichen und praktischen Gegensatz zum Individualismus bildet. Beide Prinzipien sind Weltanschauungen, beide erzeugen sich gegenseitig und keines kann im Gesellschaftsleben jemals allein herrschen. Im engeren, namentlich wirtschaftlichen Sinn hat Sozialismus dagegen den bekannten wissenschaftlichen Begriffsinhalt. Was ist denn nun seit Kriegsausbruch geschehen, um uns diesem Sozialismus nahezubringen? Verstaatlichung des Handels in gewissen Waren, Verbot des privaten Verkaufs mancher Produkte, Zwang zum Verkauf anderer, Höchstpreisfestsetzungen und Brotkonsumregelung. Die von bürgerlichen wie sozialistischen Nationalökonomen an diese Maßregeln geknüpften Erwartungen, wonach sie einen großen Schritt zum Sozialismus hin bedeuten, verneint und widerlegt LIEFMANN nachdrücklichst. Zunächst ist das erfreulich stärkere Solidaritätsgefühl der Kriegszeit kein solcher Schritt. Denn das Grundprinzip unserer Wirtschaftsordnung wird dadurch nicht verändert. Die Menschen werden nach dem Kriege nicht weniger egoistisch denken, nicht leichter geneigt sein, auf die energische, insbesondere die politische Geltendmachung ihrer privaten Interessen zu verzichten. Die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe werden mit gleicher Energie fortgesetzt werden, trotz stärkerer Betonung des nationalen Gedankens. Das Wohl der Gesamtheit und die Gruppeninteressen werden nach wie vor gegeneinander ausgespielt werden und auch tatsächlich oft schwer unterscheidbar sein. Ja, mit der Einführung von Staatsmonopolen und der Steigerung des staatlichen Einflusses auf das Wirtschaftsleben werden die um materielle Interessen geführten politischen Kämpfe noch heftiger werden. Sodann hat der Kapitalismus in der Kriegszeit eine für seine Freunde wie Feinde ganz erstaunliche Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit bewiesen. Wie diese Eigenschaften früher unterschätzt wurden, so wird umgekehrt die Leistungsfähigkeit des sozialistischen Ideals überschätzt. Wären aber die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen wirklich ein ungeheurer Ruck auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft, so würde das kein Fortschritt, sondern ein großer und verhängnisvoller Rückschritt sein.

LIEFMANN untersucht sie nun näher auf ihren angeblichen sozialistischen Gehalt. Der Befund ist durchweg negativ. Mit den Höchstpreisen knüpft der Staat lediglich an die Preisbildung des freien Verkehrs an. Der Verkaufszwang steht damit in engstem Zusammenhang. Er hindert das Verharren der Preisbildung auf dem Höchstpreisstande, das zu fortgesetzter Hinaufsetzung der Höchstpreise führen müßte. Die Bedeutung der Verstaatlichung der Getreideversorgung und der zugehörigen Brotkonsumregelung

nebst Beschränkung der Bier- und Branntweinerzeugung liegt ausschließlich in der Begrenzung des Konsums, in seiner einheitlichen Regelung für alle, in der Bestimmung der Qualität, wobei die Produktion und der private Erwerb keineswegs nennenswert beeinflußt werden. Diese Maßregel ist kommunistisch, nicht sozialistisch. Dieser Brotkommunismus, das allgemeine und gleiche Brotanteilsrecht, verändert nicht irgendwie den Mechanismus der Produktion und des Absatzes.

Ist die ganze Kriegswirtschaft sonach durchaus nicht sozialistisch, so geht die vielfach vertretene Auffassung, daß unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung mit Notwendigkeit dem Sozialismus zustrebe, nach Liefmann ebenso fehl. So umfangreich auch das staatliche Eingreifen in das Wirtschaftsleben geworden ist, so dient es doch in der Hauptsache gerade der Erhaltung der heutigen Wirtschaftsordnung, der Beseitigung von Übertreibungen des Erwerbsstrebens, der Milderung des rücksichtslosen Charakters der wirtschaftlichen Kämpfe. Und ebenso verneinend fällt seine Prüfung der dritten Frage aus, ob denn der Sozialismus so große Vorzüge aufweist, daß seine Durchführung wünschenswert erscheint? Weder eine bessere Bedarfsbefriedigung noch eine gerechtere Verteilung der Güter kann er bewirken. Vielmehr gibt es ein Wirtschaftssystem, das das Angebot den wechselnden Bedürfnissen so gut anzupassen vermag wie das jetzige. Heute bestimmen die Bedürfnisse das Angebot und damit den ganzen wirtschaftlichen Organismus, in der Gemeinwirtschaft würde der Staat die Bedürfnisse bestimmen. Die Schwierigkeiten für diesen, zu bestimmen, wieviel produziert und nach welchen Gesichtspunkten die Verteilung der Produkte erfolgen soll, würden aber unüberwindbar sein. Wie das private Ertragsstreben als Regulator des Angebots und damit der Preisbildung durch eine andere Wirtschaftsordnung ersetzt werden kann, hat noch niemand zu zeigen vermocht. Die Leistungsfähigkeit der sozialistischen Ordnung wird gewaltig überschätzt. Für eine gerechtere Verteilung der Einkommen fehlt der Maßstab völlig. Sie setzt außerdem ein kindliches Vertrauen in den Staat und in die Eigenschaften seiner Leiter voraus. Die wirtschaftlichen Kämpfe würden nur auf das politische Gebiet übertragen und dadurch um so heftiger werden. Die Übernahme der Produktion und Verteilung durch den Staat setzt eine ungeheure Vereinfachung der gesamten Bedarfsversorgung, völlig stabile Wirtschaftsverhältnisse, den Verzicht auf jeden technischen und kulturellen Fortschritt voraus und führt zu vollkommener Stagnation und schließlich zu einer unendlich primitiveren Wirtschaftsordnung. Daß die Menschen weniger egoistisch werden würden, ist unbeweisbar. Es wird vielmehr, um die Korruption des Kampfes um die besten Beamtenstellen zu mindern, auf den Sozialismus sehr bald der Kommunismus, die allgemeine Gleichheit der Einkommensverteilung, folgen müssen, welche die Belohnung der Faulheit, den Verzicht auf jede Kraftanspannung bedeute.

Das Ergebnis ist daher: wir werden durch den Krieg wohl eine Ausdehnung des Sozialprinzips im Sinne einer Verminderung der Klassengegensätze erhoffen dürfen, aber die Periode des Überwiegens dieses Prinzips wird [illegible] Höhepunkt bald erreichen. Die individuelle Energie wird wieder auf-

leben und gerade auf dem Wirtschaftsgebiete ihre Hauptbetätigung finden. Denn der Mensch kann nicht dauernd nur als winziger Teil des großen Ganzen leben. Aber auch die Volkswirtschaft braucht die wirtschaftliche Energie des einzelnen dringend. Denn nur durch sie können die riesigen Summen gewonnen werden, die zur Deckung aller Kriegsschäden und für den Neuaufbau der Volkswirtschaft erforderlich sind. Die Aufgaben, die das deutsche Volk zu erfüllen hat, vor allem die Wiedererringung und Befestigung seiner Stellung auf dem Weltmarkte, sind so gewaltige, daß sie die größte Anspannung und die Zusammenfassung aller Kräfte verlangen. Darum ist es so wichtig, alle Phantastereien, also auch den Gedanken des sozialistischen Zukunftsstaates, aus dem Denken und den Zielen unseres Volkes zu verbannen, uns ganz auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen und den uns gesetzten Aufgaben klar ins Auge zu sehen.

Wie LIEFMANN, so bezweckt auch VOIGT (19) mit seiner Schrift eine klare Stellungnahme zum Problem des Kriegssozialismus und ihre überzeugende Rechtfertigung. Er führt die Spaltung der Nationalökonomen in zwei Parteien durch diese Frage auf den Mangel an geistiger Kriegsbereitschaft zurück, der sich auch im Versagen der Volkswirtschaftslehre als praktische Wissenschaft gegenüber ihrer Aufgabe, dem Politiker und Gesetzgeber die Richtlinien seiner Tätigkeit zu ziehen, gezeigt habe. VOIGT teilt also nicht die Anschauung derer, welche dieser Wissenschaft nur die Pflicht der Erkenntnis, nicht aber auch das Recht der Abgabe von Werturteilen und der Zielweisungen zuerkennen. Sein Standpunkt zu unserem Thema ist ein entschiedenes Bekenntnis zu der durch die Erfahrung aller Zeiten und erst recht dieses Weltkrieges bewiesenen Unentbehrlichkeit der privatwirtschaftlichen Grundlage unserer Volkswirtschaft. Ethische Momente hält er selbst in der Zeit des politischen Altruismus nicht entfernt für ausreichend, die Menschen auch wirtschaftlich zu machen. Der Krieg ist eine Schule aller möglichen menschlichen Tugenden, nur nicht der Wirtschaftlichkeit. In ihm kommt alles nur auf die Erreichung des einen Zieles an, gleichviel mit welchem Aufwand an Mitteln. Das gilt, wie für die Ökonomie der Kriegführung, so auch für die Kriegswirtschaft daheim, welche die Mittel des Unterhalts, gleichviel ob mit den geringsten oder mit welchen Kosten überhaupt zu beschaffen hat. Den Kriegssozialismus künstlich in die Friedenszeit hinein zu verlängern, wird trotz aller Versuche nicht gelingen. Die alte, seit Jahrtausenden erprobte, auf privatwirtschaftlichem Erwerb beruhende Wirtschaftsordnung wird in neuer Kraft wiedererstehen und dann ein tieferes und allgemeineres Verständnis finden.

Zur Begründung dieser Erwartung weist VOIGT darauf hin, daß die Sozialisten von MARX bis BEBEL von einem großen europäischen Krieg eine katastrophale Vernichtung der ganzen bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung erwartet haben, aus der dann eine ganz neue, sozialistische Ordnung erstehen werde. Der Kapitalismus werde ebenso wie das Antinationalitätsprinzip unter dieser Belastungsprobe zusammenbrechen, weil die international gesinnten Arbeiter diesem Kriege mit verschränkten Armen zusehen würden. Dann komme die allgemeine Völkerverbrüderung und der ewige Friede.

Nichts von alledem ist eingetroffen. Im Gegenteil hält die Widerstandskraft der kapitalistischen Volkswirtschaften die Staatswirtschaften in Gang, befähigt sie finanziell überhaupt erst zur Kriegführung und gewährt die Hoffnung, nach dem Kriege das Staatsschuldenwesen und die Staatsfinanzen wieder in normale Zustände zu bringen. Unsere Wirtschaftsordnung besteht die Proben des Krieges glänzend. Nach Voigt ist (im Gegensatz zu den anderen Autoren) der Krieg unter ihr auch im wesentlichen richtig und gut vorbereitet worden. Angesichts dieser klaren Tatsachen erscheint ihm die Anschauung der Kriegssozialisten nur durch das Zurückgehen auf offenbar zugrunde liegende Unterschiede der Beobachtung und Auffassung verständlich. Indem er diesen Weg mit gutem Erfolge einschlägt, vertieft er die Erfassung und Behandlung unseres Problems ganz wesentlich und fördert dadurch seine Lösung. Gelegentliche unnötige persönliche Schärfen (S. 26) wären freilich besser vermieden worden.

Zunächst kritisiert er die Ausführungen von Jaffé und Plenge und vermerkt dabei den überschwenglichen Ton des letzteren und seine Begeisterung für eine angenommene plötzliche Wandlung des inneren Geistes der Menschen. Auch fällt ihm die innere Freude dieser beiden Autoren bei jedem Anklang an den Sozialismus auf. Das Wesentliche in ihrer Stellungnahme erblickt Voigt darin, daß sie die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen nicht als Notstandsprodukte, sondern als letzte Stufe der natürlichen Entwicklung der Wirtschaft ansehen. Trotz mannigfacher Verschiedenheiten in der Beurteilung dieser Entwicklung im einzelnen stimmen beide darin überein, daß die erwartete sozialistische Ordnung die endgültige Form, das absolute Endziel der Wirtschaftspolitik bedeutet. Ebendeshalb sieht Voigt in dieser „Geschichtsklitterung“ eine von politischen Tendenzen beherrschte Geschichtskonstruktion und stellt ihr seine mit derjenigen Liefmanns im wesentlichen übereinstimmende Auffassung gegenüber, wonach die Geschichte der Wirtschaftspolitik die Geschichte des Widerstreits der beiden Organisationsprinzipien des freien Verkehrs und der obrigkeitlichen Beherrschung ist. Dieser Streit kann nie mit dem Siege eines von ihnen enden, sondern nur zu immer neuen Mischungen führen, mit dem nie genau erreichbaren Ziele, die richtige Mitte zu finden. Bald kommen die „Freiheitliebenden“, bald die „Gesetzesfreudigen“ an das Ruder und übertreiben dann ihr Prinzip, wodurch eine natürliche Reaktion eintritt. Am Gang der Wirtschaftsgeschichte zeigt Voigt dies näher und tritt dabei in eine kräftige Schulpolemik ein. Die „Kampf- und erste Blütezeit des Staatssozialismus“ sei diejenige, in der er als Kathedersozialismus auftrat und, nachdem dessen agitatorische Kraft gebrochen, zur historischen Wissenschaft ward, „die von der Erinnerung an die Vergangenheit lebte“ [1]. In den Urteilen Jaffés und Plenges liege das Zugeständnis zweier seiner jüngeren Vertreter, daß er die ursprünglichen Versprechungen nicht zu erfüllen vermocht habe. Wenn beide die eigentliche Wende der Zeiten erst jetzt eingetreten sein lassen, so widerspreche das der offiziellen Lehre der älteren Kathedersozialisten, die schon vor

1) Voigt hält sonach die historische Schule für tot.

40 Jahren das sozialistische Zeitalter heraufgeführt haben wollen. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts entsteht und wächst dann die Opposition gegen den „unwissenschaftlich-politischen Charakter“ des Kathedersozialismus, die „dessen Vielgeschäftigkeit, Vielregiererei und Gesetzgebungsfreudigkeit ihre Kritik entgegensetzt“. Zugleich zeigt die praktische Politik wachsende Neigung zur Wiederanknüpfung an die Grundsätze des dadurch geförderten Liberalismus. Wenn nun plötzlich der Krieg kommt und aus der Not des Augenblicks weitgehende staatliche Beeinflussungen des Wirtschaftslebens notwendig werden — wie kann man diesen „Kriegssozialismus“ als Glied einer natürlichen, also auf der Voraussetzung des Friedens beruhenden Entwicklungsreihe hinstellen? Das widerspreche aller wissenschaftlichen Methodik und heiße die Gewalttätigkeit des Krieges in die Wissenschaft hineintragen. Es liege darin eine unerhört starke Vermischung von Politik und Wissenschaft. Die Erwartung der Fortdauer des Kriegssozialismus als normale Wirtschaftsverfassung sei keine wissenschaftliche Feststellung einer Tatsache, sondern eine politische Forderung und ein persönlicher Wunsch der Freunde obrigkeitlicher Beherrschung der Volkswirtschaft, den sie durch die Form der Wissenschaft dem Publikum suggerieren möchten — geradezu eine Ausnutzung der Kriegskonjunktur.

Dieser falschen Problembehandlung setzt VOIGT nun „eine wissenschaftliche Beurteilung“ entgegen, die von der beliebten Analogie der belagerten Festung[1]) ausgeht. Die Brotregelung bezeichnet auch er als wirtschaftlich richtig, die übrigen Maßnahmen der Nahrungsmittelversorgung sind unvollkommen, dürfen aber wegen der Notlage und der großen Schwierigkeiten einer volkswirtschaftlich unanfechtbaren Preis- und Verteilungspolitik weder allzu kritisch betrachtet, noch auch besonders gelobt werden. Man habe mehr Ursache, die Geduld des Publikums gegenüber allen diesen Eingriffen, als die Methode ihrer Durchführung zu bewundern. Vor allem sei aber kein Anlaß, sie als ganz neue Errungenschaften und als eine für die Zukunft vorbildliche Wirtschaftsordnung auszugeben. Statt Kriegssozialismus seien sie besser Belagerungskommunismus zu nennen. Sie gäben daher auch den Vertretern der Wissenschaft keinen Anlaß zum Umlernen oder auch nur zur Revision ihrer Anschauungen. Wohl habe der Krieg neues und reiches Erfahrungsmaterial gebracht, aber keine Erscheinungen, die den erklärenden Theorien irgendwelche Schwierigkeiten machten. Die Fehler und Mißgriffe in der Kriegswirtschaft seien dem Mangel an klarer Einsicht in die Gesetze des Marktes, besonders in die Funktionen des Preises als Regulator der Produktion und der Güterverwendung im freien Verkehr zuzuschreiben. Nicht die Theoretiker, sondern die Gegner der Theorie und die nicht hinreichend theoretisch gebildeten Praktiker hätten also umzulernen.

Weiter nimmt VOIGT unser Wirtschaftssystem in Schutz gegenüber JAFFÉS Vorwurf, daß ihm das Prinzip des reinen wirtschaftlichen Egoismus

1) Die in einer grundlegenden Hinsicht unzutreffend ist, da es sich für uns um Produktion von Lebensmitteln und ihre möglichste Steigerung handelt.

zugrunde liege. Mit dem Zugeständnis, daß unser Volk sich dieses Prinzip nie ganz angeeignet habe, sei schon ausgesprochen, daß das System niemanden zwinge, egoistisch zu sein. Nicht Egoismus, wohl aber Wirtschaftlichkeit verlange es, soweit solche im allgemeinen Interesse liege. Den Egoismus auszuschließen vermöge überhaupt keine Wirtschaftsordnung. Dagegen habe die Gesamtheit selbst ein starkes Interesse, daß sich der Unternehmer vom Gewinnstreben, das allein eine wirtschaftliche Verwendung der Güter gewährleiste, leiten lasse. Dieses Streben erscheint VOIGT insofern geradezu als sittliche Pflicht — aber natürlich nur soweit die private Wirtschaftlichkeit zugleich soziale ist, d. h. es darf nicht unbedingt und überall nur auf den höchsten Gewinn gehen. Das volkswirtschaftliche Interesse ist die Grenze. In dieser Einschränkung wird man trotz allem eine starke praktische Annäherung des Standpunktes von VOIGT an denjenigen der von ihm bekämpften „Kathedersozialisten“ oder „Sozialethiker“ erkennen dürfen. Die Bekämpfung des Gewinnes durch die Gegenpartei erklärt VOIGT aus dem Streben nach Hebung des Arbeitslohnes und weist demgegenüber darauf hin, daß, wo die Gewinne, da auch die Löhne am höchsten seien. Endlich stellt er fest, daß der Kriegsabsolutismus die unumgängliche Zugabe des Kriegssozialismus ist. Der erstere ist aber nur erträglich, solange der Wille zum Siege alle anderen Regungen zurückdrängt. Es ist unmöglich, in Friedenszeiten auf dem Gesetzgebungswege ein System von Preisen zu schaffen, das wie ein stoßfrei arbeitendes Räderwerk den Wirtschaftsmechanismus in Gang hält.

Das Hauptgewicht legt auch VOIGT auf die Frage der inneren Veränderung des Menschen. Während aber die Kriegssozialisten auf eine durch den Krieg bewirkte Erneuerung der Menschen ihre Erwartungen gründen, werden nach VOIGT die angestaunten neuen Menschen nach dem Kriege wieder die alten sein, ja mit verdoppelter Energie das jetzt der Regierung Überlassene in die Hand nehmen wollen. Den Sozialisten habe die Kriegswirtschaft nur der Gedanke sympathisch gemacht: das, was jetzt die Regierung auf autokratischem Wege macht, werden wir später auf demokratischem Wege fortsetzen und ausbauen. Alle jetzt durch das Machtgebot des Staates unterdrückten Meinungen und Interessen werden wiederaufleben. Ihre allgemein befriedigende Lösung ist auf parlamentarischem Wege unmöglich. Nur der über aller Politik stehende freie Markt vermag es.

Zur Widerlegung der kriegssozialistischen Anschauungsweise und ihrer Ergebnisse dient für DIEHL (2) eine vergleichende kritische Darstellung vom Wesen des „Geschlossenen Handelsstaates“, den FICHTE vom naturrechtlichen Standpunkte aus als das Ideal eines Vernunftstaates ansieht. In einen besonders durch die Organisation der Arbeit diesem äußerlich sehr ähnlichen Zustand ist Deutschland durch den Krieg hineinversetzt worden. Hat nun diese Kriegswirtschaft wirklich staatssozialistischen Charakter und sind in FICHTES Idealbild die theoretischen Formulierungen von dem festzustellen, was heute Verwaltungsorganisation aus Not ist? DIEHL verneint dies. FICHTES System zwar ist ein wirklich, d. h. streng folgerichtiges staatssozialistisches. Denn es sieht eine planmäßige gesellschaftliche Regelung

des Wirtschaftslebens vor unter Beseitigung der freien Verfügungsgewalt des einzelnen über die Produktionsmittel. Von alledem ist hier aber nicht die Rede. Eine geregelte Produktion, das Fundament der sozialistischen Ordnung, findet gar nicht statt, sondern nur eine teilweise staatliche Regelung des Vertriebs und der Verteilung gewisser wichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel, während die Herstellung selbst dem einzelnen überlassen bleibt. Selbst beim Getreide ist nur der Handel, nicht auch die Erzeugung monopolisiert. Nur ausnahmsweise und indirekt haben Eingriffe in die Produktion stattgefunden. Sonst handelt es sich nur um Notstandsmaßnahmen von Fall zu Fall, durch die Absperrung aufgenötigt, denen das Organische einer streng systematisch durchgeführten Reformaktion fehlt. Sie sollten wegen der großen natürlichen Schwierigkeiten, auf die sie stoßen mußten, nachsichtig beurteilt werden. Die Kriegsgesellschaften sind Privatgesellschaften unter staatlicher Kontrolle, gemischtwirtschaftlichen Charakters. Die ganze Einstellung der Industrie auf den Kriegszustand ist nur dem privaten Unternehmungsgeiste und Organisationsgeschick zu verdanken. Der Gewinn ist bei ihnen trotz ihres gemeinnützigen Charakters nicht ausgeschaltet. Dagegen ist FICHTES Staatsideal gedacht als letztes Glied der Kette eines allmählich auszuführenden Systems, durch welches das ihm verwerflich erscheinende freie Konkurrenzsystem ersetzt werden soll. In diesem Staate wird auf Grund genauer Bedarfsfeststellung die Produktion reguliert und auf dieser Unterlage Austausch und Verteilung der Produkte vorgenommen. Gewinn gibt es hier nicht, nur Arbeitslohn nach dem Maßstabe des angemessenen Lebensunterhaltes für jeden Bürger. Das Geld ist dort Papiergeld ohne inneren Wert, bei uns dagegen gedecktes Papiergeld, Stellvertreter bestimmter Goldmengen.

Es bleibt aber noch die Frage, ob nicht die **künftige** wirtschaftliche Verfassung Deutschlands sich diesem Ziele nähern wird? DIEHL verneint sie unter kritischen Auseinandersetzungen mit JAFFÉ und PLENGE. Nur tiefgreifende **wirtschaftliche** Mächte können nach ihm eine grundsätzliche Umgestaltung der Wirtschaftsorganisation hervorrufen, nicht das außerwirtschaftliche, zufällige politische Ereignis des Krieges. Von Umwälzungen der Technik wie zur Zeit, wo der Individualismus siegte, ist aber heute keine Rede. Der Krieg hat auch nicht die Unhaltbarkeit unserer weder rein kapitalistischen noch rein individualistischen Wirtschaftsordnung gezeigt, sondern nur Lücken in der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung, die sich ohne Änderung ihrer Grundlage beseitigen lassen. Der Organisationsgedanke wird allerdings weitergeführt werden müssen durch staatliche Kontrolle der Kartelle und durch Vermehrung der Staatsbetriebe. Letztere schon aus steuerpolitischen Gründen. Also eine graduelle Verstärkung schon vorhandener Gestaltungen, nicht mehr. Ebensowenig ist eine Abschließung nach außen möglich. Es ist überhaupt nicht immer ein Vorteil, wenn das Geld im Lande bleibt. Auch die Selbstversorgung mit Agrarerzeugnissen wird zunächst nicht möglich sein, sondern nur eine weise Vorratspolitik und eine allmähliche Annäherung an diesen wünschenswerten Zustand. Endlich wird wird zwar ein Zollbund mit Österreich-Ungarn wegen der Verschiedenh-

der wirtschaftlichen Verhältnisse von DIEHL nicht für möglich gehalten, wohl aber die Wiederanknüpfung der weltwirtschaftlichen Fäden für unabweislich erachtet, wenn Deutschland nicht auf die Stufe eines wirtschaftlichen Kleinstaates herabsinken soll.

Das Endergebnis ist: die Verwirklichung des FICHTEschen Idealstaates ist für Deutschland unmöglich, wohl aber kann FICHTE auch heute noch Erzieher zu nationaler und sozialer Gesinnung und sein Geist vielfach vorbildlich für uns sein. Besonders für die unbedingte Unterordnung persönlicher Wünsche und Neigungen unter die Staatsnotwendigkeiten. Denn der Staat als Vertreter des Gesamtinteresses geht diesen unbedingt vor. Grundsatz muß sein, daß das Entbehrliche zurücktritt hinter dem Unentbehrlichen. Zum letzteren gehört die intensivere Bodenbebauung zwecks möglichster Unabhängigkeit vom Auslande, wogegen das Privateigentum am Boden überall dort entbehrlich ist, wo der Besitzer ihn nicht bearbeiten will oder kann [1]. „Auch vor dem Privateigentum soll nicht Halt gemacht werden, wenn dadurch wichtige soziale Interessen behindert werden". Jede Überspannung der FICHTEschen Gedanken ist dagegen abzulehnen.

Die Schrift von LEVY (12) gilt dem Problem der Vorratswirtschaft. Er zeigt, wie aus der Verbindung der Volkswirtschaften zu einer Weltwirtschaft sich eine weitgehende und tiefverzweigte Abhängigkeit der ersteren voneinander ergeben hat. Namentlich hat die Tendenz der Weltwirtschaft, die Produktion an den billigsten Produktionsstätten ohne Rücksicht auf die Entfernung zum Konsum zu konzentrieren, eine monopolistische Verteilung und Ausgestaltung der Produktionen weltwirtschaftlicher Art bewirkt. Diese hat Schutzmaßnahmen der dadurch bedrohten Interessenten hervorgerufen. Dagegen hat das staatswirtschaftliche Interesse der einzelnen Volkswirtschaften darin so lange keine unmittelbare Gefahr gefunden, als eine Beschränkung der Zufuhr nach einem bestimmten Gebiete damit nicht verbunden war. Der Weltkrieg hat nun mit einem Schlage diese Abhängigkeit und ihre ungeheuren Gefahren offenbart. An die Stelle des Tauschproblems, der Ein- und Ausfuhrfrage, rückte das Vorratsproblem: die Frage der Sicherung des wirtschaftlichen Fortbestandes bei Zufuhrunterbindung und daher gleichbleibendem Vorrate, im engeren Sinne die Anhäufung eines festen Bestandes von Waren, deren Erzeugungsdefizit in Friedensjahren durch die Einfuhr gedeckt werden kann, zu Lasten des nationalen Reichtums. Die Grundlagen einer auf dieses Ziel hinarbeitenden Vorratswirtschaft werden aufgezeigt und sodann die organisatorischen Maßnahmen der Kriegszeit besprochen. Sie tragen nach LEVY alle den Stempel einer Kriegsnotlage und haben zugleich vielfach sensationellen Charakter, insofern alle vorbereitende Gedankenarbeit ihnen fehlte. Die Plötzlichkeit ihrer Durchführung hat imponierend gewirkt und die Anschauung hervorgerufen, daß sie im Frieden perpetuiert werden könnten. JAFFÉs daraufzielende Darlegungen bauen sich „augenscheinlich auf einer

1) Für DIEHLs bisherigen Standpunkt zu den Bodenfragen eine bemerkenswerte Fortentwicklung.

tiefgehenden Bewunderung des Geschehenen auf". Daraus ergibt sich für LEVY die Veranlassung zu eigener Stellungnahme.

Ob der Krieg den von JAFFÉ erhofften neuen Menschen schaffen wird, stellt er dahin, da eine Antwort darauf nicht Aufgabe der Wissenschaft sei. Er beschränkt sich auf die Untersuchung, ob die zur Aufstellung der neuen Forderungen angeführten Anhaltspunkte ihre Berechtigung haben. Hierbei legt er das Schwergewicht darauf, daß bei den Kriegsrohstoffgesellschaften wie bei der Kriegsgetreidegesellschaft es sich um Gewerbezweige handelt, in denen der großkapitalistische Konzentrationsprozeß noch gar nicht oder nur beschränkt eingesetzt hatte. Die kriegsmäßige Organisation hätte sich also gerade hier als prinzipieller Umgestalter erweisen können. Das ist aber nicht geschehen. Denn die Rohstoffgesellschaften sind ein Zwittergebilde zwischen einer monopolistischen Organisation der Privatindustrie und einer staatlichen Monopolorganisation. Sie haben nicht den gemeinwirtschaftlichen Charakter der großen Staatsbetriebe und sollen und können keine vollständige Monopolgestaltung des betreffenden Erwerbszweiges vornehmen, also nicht die Gesamterzeugung beschlagnahmen, ankaufen und schematisch dem Militär- und Zivilbedarf zuteilen. Aus diesem Zwitterzustand haben sich nun, wie aus den heftigen Angriffen auf ihre Preispolitik usw. nachgewiesen wird, die bedenklichsten Komplikationen ergeben. Besonders unterbanden die Höchstpreise den Handel und führten außerdem zu Umgehungen, zum Stillstande des Produktenverkehrs. Man kann sie daher nicht als einen Idealzustand noch auch mit JAFFÉ als das Medium für die Umformung des bisherigen wirtschaftlichen Geistes in eine den Wirtschafts- zum Volksdienst erhebende Gesinnung ansehen. Somit würde bei allen Versuchen kriegswirtschaftlicher Organisation der Rohstoffversorgung die Forderung nach dem vollständigen Staatsmonopol unabweisbar, im Frieden aber nur dort erfüllbar sein, wo die großkapitalistische Entwicklung ihr vorgearbeitet hat.

Die Kriegsgetreidegesellschaft anderseits stellte eine vollkommene Monopolorganisation des inneren Getreide- und Mehlhandels, also ein Staatsmonopol mit einer von allen Sonderinteressen abseits stehenden Struktur dar. Kämpfe jener Art blieben ihr dadurch zwar erspart, nicht aber ein dauernder heftiger Kampf mit vielen verschiedenartigen Interessengruppen, von der Art der Konflikte des Interesses der Allgemeinheit mit dem Interesse einzelner Erwerbs- oder Verbraucherkreise. Er hatte nicht den bösen Stachel jener Kämpfe (den Verdacht der Vorteilsgewährung an einzelne oder Erwerbsgruppen), sondern ging von den Vorwürfen technischen Versagens oder mangelnden guten Willens oder Verständnisses aus. Aber auch er ist für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Wirkungen dieses Monopols sehr beachtenswert und sollte der JAFFÉschen Richtung zur Lehre dienen. Denn er zeigt, wie recht diejenigen Sachkenner hatten, die (wie BUCHENBERGER, SCHMOLLER u. a. gegenüber dem Antrage KANITZ) die unüberwindlichen oder zumindest nur durch langjährige Vorbereitungsart zu überwindenden Schwierigkeiten seiner Durchführung hervorhoben. Ohne den zentralen Gesichtspunkt der kriegsgemäßen Versorgung und die v[illegible] ausgehende Anspannung aller Kräfte wären sie unüberwindlich gew[illegible]

Nach alledem ist die Einschiebung der Vorratswirtschaft als neues Ganzes zwischen Volks- und Weltwirtschaft so vorzunehmen, aber auch so ausführbar, daß das bisherige Gefüge der Volkswirtschaft in möglichst geringer Weise von dieser Veränderung ergriffen wird.

Weitaus am gründlichsten und methodisch am sorgfältigsten, namentlich auch in den Fragestellungen und in der Vorarbeit der Begriffsklärung und der Einstellung in den Gesamtzusammenhang, ist unserem Problem von Wiese (20) nachgegangen. Seinem Ziele, dem Stoffe neue Gedankenkräfte abzugewinnen, und nicht bloß einen tausendmal durchgekneteten Gedankenteig zum tausendundersten Male zu kneten, hat er mit gutem Erfolge zugestrebt. In der Tat laufen alle allgemeinen Probleme unserer heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung schließlich auf die Grundfragen nach der Geltung, dem Maße und der Art des Sozialismus oder des Liberalismus hinaus, die für die Wirtschaftspolitik bestimmend sein sollen. Kann es sich insofern also „nicht um gänzlich originale, noch nie dagewesene Einsichten handeln", so erschließt der alle Verhältnisse umwälzende Weltkrieg doch neue oder bisher zu kurz gekommene Gesichtspunkte für die Behandlung von Fragen aus jenem großen Problemkreise. Ihre hinreichende Beantwortung hat für Wiese zur Voraussetzung die Freimachung vom durchschnittlichen Schema landläufiger Betrachtungsweise. Die schicksalsschwere Kernfrage lautet: Ist der Liberalismus mit dem Kriege und durch ihn untergegangen? Weiter: wird ihn der Sozialismus, der dafür allein in Betracht käme, ablösen? und bejahendenfalls welche seiner Arten? Und was würde diese Wendung bedeuten? Keinesfalls könnte sie ein radikaler Willkürakt, sondern nur eine Entwicklungssteigerung sein, indem die schon vor dem Kriege beständig gestiegene Welle des Sozialismus das wesentliche Übergewicht über das entgegengesetzte Sozialprinzip erhielte.

Vorweg wendet sich Wiese dagegen, daß die Freiheit des Privateigentums das Wesen des Liberalismus ausmache. Das Privateigentum ist mehr als nur persönliche Herrschaft über Sachgüter, und mit dem wirtschaftlichen wird auch der ganze kulturelle Liberalismus zerstört. Sodann berichtigt er die Auffassung, als sei der Sozialismus das erst um die bescheidensten Anfangsschritte ringende, gegen den übermächtigen Liberalismus nicht aufkommende Prinzip. In Wahrheit sei er in eine fast herrschende Position getreten und habe den Gegner in die Verteidigungsstellung gedrängt. Seine Hauptarten sind der Staats- und der Klassensozialismus. Letzterer beruht auf dem Grundgedanken des Marxismus, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Arbeiter selbst erfolgen kann. Auf politischem Gebiete hat er durch den Krieg eine schwere Niederlage erlitten, könnte sich aber vielleicht durch Verzicht auf seine Staatsfeindlichkeit Erfolg in wirtschaftlicher Hinsicht verschaffen, indem er die Staatshilfe annimmt und das Politische als bloßes Mittel zum Zweck preisgibt. Solche Harmonie zwischen Staatsgewalt und Demokratie ist denkbar, indem vom Kriege und Heerwesen aus die Staatsmacht die Volkswirtschaft ergreift und auf demokratischer Grundlage aufbaut. Der Staatssozialismus ist auch ohne Arbeiterfürsorge denkbar. Er kann bis zur Verstaatlichung der Produktionsmittel. also zum Staats-

kapitalismus gehen, aber dabei ein Herrenstaat sein, in dem eine kleine Aristokratengruppe die ganze Macht in Händen hat und die Gütererzeugung und -verteilung sich genau wie in der Erwerbswirtschaft vollzieht. Die „Militarisierung des Wirtschaftslebens“ kann also den Liberalismus umbringen, ohne den Arbeitern irgend zu nützen. „Ausschlaggebend ist, von wem und wie über das staatliche Eigentum verfügt wird.“ Die Unklarheit des Begriffes „Staatssozialismus“ wird damit treffend gekennzeichnet.

Marxismus und Sozialismus können sich also bis zum Gegensatze voneinander entfernen. Heute scheint der nichtmarxistische Sozialismus seiner Verwirklichung nähergerückt zu sein, ob er aber demokratisch, fiskalisch oder plutokratisch sein wird, steht dahin. Mit der Absage an den Liberalismus ist also für die Klassensozialisten noch nichts gewonnen. Die Aussichten des Marxismus, ihn zu ersetzen, sind schlechter als je. Der Staatssozialismus aber löst nicht, sondern verschärft nur den alten Gegensatz zwischen Regierung der Wenigen und Regierung durch die Vielen. Die Anhänger des Sozialismus sollten daher ernstlich prüfen, ob sie nicht durch Ausmerzung des Liberalismus zwar die Zwingburg der Gemeinwirtschaft entstehen lassen, aber unglücklicher als je sein werden. Denn daß der zur Herrschaft gelangte Sozialismus keine Merkmale der Ausbeutung und Lastenabwälzung an sich tragen sollte, ist nicht glaublich. Dies ist vielmehr nur möglich, wenn die Achtung vor dem einzelnen Menschen und das Vertrauen zu ihm, „also etwas Liberales“, erhalten bleiben. Es erscheint Wiese jedoch wahrscheinlich, daß die sich jetzt vordrängenden Formen des Sozialismus den Liberalismus zwar schwächen und teilweise verdrängen, aber bald zusammenbrechen und sich in ihren eigenen Gegensätzen fangen werden. Die Bedeutung des Wettbewerbs, des Gewinnstrebens und der individuellen Verantwortung wird sich dann wieder aufdrängen. Ganz wird sich also auch der Staatssozialismus nicht durchsetzen. In welchem Grade und nach welcher Richtung der Liberalismus erhalten bleibt, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie viele ernste und politisch maßgebende Persönlichkeiten sich seines Wertes bewußt sind. Daher ist es notwendig, „die Idee des Liberalismus aufs neue klarzustellen und energisch zu vertreten“. Hierzu sucht Wiese beizutragen, indem er zunächst eine klare begriffliche Systematik entwickelt, sodann die Krisis im Marxismus und seine Aussichtslosigkeit schildert und weiterhin das Wesen und die Grenzen des Staatssozialismus klarlegt.

Diese feinen und präzisen Ausführungen können hier nur so weit herangezogen werden, als die sehr angebrachte genauere Bestimmung des vagen Begriffes „Staatssozialismus“ den Verfasser zum Kriegssozialismus und der Frage seiner Fortdauer hinüberführt. Als der Krieg ausbrach, stand die Wirtschaftsverfassung mindestens schon hart an der Schwelle zum „relativen Staatssozialismus“, der nur einen größeren oder geringeren Teil der Produktionsmittel zu Gemeineigentum machen und die übrigen vom Gemeinwesen kontrolliert werden lassen will. Dieser war teils mit und aus dem Neumerkantilismus, teils durch die Sozialreform entstanden. Der Krieg brachte ihm fortschreitendes Wachstum, veränderte aber zugleich seine Natur wesentlich, sowohl dem Zwecke als den Mitteln nach. Die Fortsetzung [illegible]

Neumerkantilismus, d. h. die größere Beteiligung der öffentlichen Gemeinwesen an Produktion und Verkehr, verbot sich, soweit sie Ertragsvermehrung bezweckte, von selbst. Die Sozialreform trat an Bedeutung zurück. Von den beiden großen Mitteln, Ausdehnung des öffentlichen Eigentums und Regulierung der privaten Unternehmertätigkeit, tritt das erste gleichfalls zurück, das zweite um so mehr in den Vordergrund. Denn Zweck und Ziel der Kriegswirtschaft ist nur die erfolgreiche Landesverteidigung. Um ihretwillen müssen Produktion und Handel auf den Kriegsbedarf eingestellt, muß den Absperrungsfolgen entgegengewirkt werden. Aus dieser Notwendigkeit zur isolierten Wirtschaftsführung ergeben sich starke Tendenzen zum Staatssozialismus. Denn gerade die weltwirtschaftlichen Beziehungen sind eine Hauptstütze des freien Verkehrs und mit ihnen verschwindet eine kräftige Hemmung des Staatssozialismus. Dieser Kriegsstaatssozialismus geht notgedrungen sehr weit, da er hauptsächlich auf den Verbrauch im Haushalt gerichtet ist, und hat deshalb teilweise kommunistischen Charakter. Er ist unvermeidlich, eine Kriegslast, aber zugleich ein Ausnahmezustand, der niemanden glücklich macht, nur größeres Unheil verhüten soll, und erklärt sich aus der Einsichtslosigkeit und Unselbständigkeit der durchschnittlichen Menschennatur. Darum ist er für normale Zeiten nicht zu rechtfertigen. Vielmehr sollte seine naturnotwendig mit so vielen Mängeln behaftete Praxis allgemein einsehen lassen, wie wenig er ein brauchbares System der Friedenswirtschaft ist. Denn unter ihm kann eine Volkswirtschaft wohl aufrechterhalten werden, aber nicht fortschreiten. Wohl aber wohnen dem Liberalismus solche Wachstumskräfte inne.

Hier erhebt auch Wiese gegen die ethische Schule der Nationalökonomie, bei aller Anerkennung ihrer Verdienste, einen schwerwiegenden Vorwurf, nämlich im Volke den Sinn für eine leidenschaftslose Beurteilung der Zusammenhänge des Wirtschaftslebens abgeschwächt zu haben. „Wenn gelehrt wurde, daß die politische Ökonomie vorwiegend auf Machtkämpfen beruhe. konnte die Einsicht in die Wirkungen von Angebot und Nachfrage nur verflachen.“

Die Hauptfrage: bestehen Umstände und welche, die die Annahme der Fortdauer des Staatssozialismus im Frieden rechtfertigen? gibt Wiese zunächst Veranlassung zu Auseinandersetzungen mit der Gegenseite. Sodann sucht er nach objektiven Faktoren für diese Annahme. Der enorme Finanzbedarf des Reiches scheint ihm für Steuermonopole, die Bewährung der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung für deren weitere Ausdehnung als Vorbild der öffentlichen Produktion, die vom Krieg bewirkte engere Verbindung zwischen Behörden und Interessentenvertretungen für die Ausbildung paritätischer Organisationen behufs Ausgleichung der Gegensätze zu sprechen. Doch betont er die mit dem mechanischen Moment der Parität verbundenen Gefahren. Dazu kommt noch die Notwendigkeit einer Vorratswirtschaft für Kriegsfälle. Auch die Volksstimmung rechnet er zu diesen Faktoren. Aber die Notwendigkeit des großen Wiederaufbaues wirke ihnen entgegen. Hier werde man, besonders beim Außenhandel, bald erkennen, daß mit schwerfälligen Organisationen nicht viel zu erreichen ist, vielmehr der tüchtige

einzelne allein oder in freien Verbindungen, Pionierarbeiten und Schöpfertaten zu verrichten hat. Der Erfolg werde wesentlich von der Größe des Bewegungsspielraums für kaufmännisch geniale Menschen mitabhängen. Tendenzen im Sinne eines relativen Staatssozialismus werden also wirksam sein aber die liberalen Kräfte dürfen ohne Nachteil der Gesamtheit nicht brachliegen und verkümmern. In Summa: nicht Gemeinwirtschaft oder privater Wettbewerb, sondern eine neue und vollkommene Einheit aus beiden. Was am Liberalismus lebensfähig ist, wird nie untergehen, was am Sozialismus natürlichen Gesellschaftserfordernissen entspricht, wird sich durchsetzen, alles andere von ihm abfallen. Für den ersteren muß aber unablässig geistig gekämpft werden.

Im Schlußkapitel wird eine besondere und eingehende Rechtfertigung des Liberalismus gegeben. Darin wird anerkannt, daß die Freiheit zu einem Ausbeutungsmittel werden kann. Der darunter verstandene Kapitalismus ist eine Entartung des Liberalismus, die aber nicht dessen Unbrauchbarkeit erweist. Die Kartelle haben nur Erfolg gehabt, wo sie eine Politik befolgten, die sich von den Schwankungen der Nachfrage beeinflussen ließ, nicht ihnen entgegenarbeitete. Auch besteht der Wettbewerb in ihrem Innern fort. Der freie Wettbewerb ruft überhaupt immer wieder Gegentendenzen gegen eine Monopolbildung, die als Folge eines zu sehr zersplitterten Marktes droht, hervor. Greift aber der Staat mit Zwangsmitteln ein, so versagt dieser natürliche Gegendruck und dann kommt es zu wirklichen Monopolen, die den Markt erdrücken. Die Scheidung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete Schicht ist eine klassensozialistische Übertreibung. Wo Ausbeutung stattfindet, entspricht es gerade den besten Grundgedanken des Liberalismus, den Schwachen beizustehen. Wo insbesondere der Arbeitsvertrag nur scheinbar frei ist, da ist daraus nicht seine Ersetzung durch einen völlig sozialgebundenen, sondern die Umwandlung der rechtlich-formalen Freiheit in eine tatsächliche abzuleiten. Demokratie und Sozialismus sind keineswegs praktisch dasselbe, so daß man den Liberalismus nicht etwa deswegen preisgeben darf, vielmehr ist jene aus dem Liberalismus geboren. Unentbehrlich bleibt stets die Preisbildung nach Angebot und Nachfrage unter freiem Wettbewerb. Sie ist der beste Mechanismus des Marktes. Aber eine Stärkung der wirtschaftlich Schwachen durch die Staatsgewalt ist daneben unentbehrlich. Die Wirtschaftsfreiheit muß daher die Vereinigungsfreiheit einbeschließen, Staat und Gemeinde müssen an Produktion und Verkehr teilnehmen auf dem Boden der privatwirtschaftlichen Verkehrsnormen, und die sozialpolitische Unterstützung aller wirtschaftlich Schwachen ist unabweisbar. Aber Unternehmergeist und -gewinn müssen dabei wirksam bleiben. „Wer den Unternehmungsgeist, der aus einem kultivierten Eigennutzen quillt, erdrosseln will, schädigt die Gesellschaft sehr viel mehr, als er ihr nützt.“ Die Schlußsynthese ist daher: die großen Gefahren des Staatssozialismus — allzu starke Beschränkung der persönlichen Freiheit und Initiative, Belastung von Staat und Gemeinde mit einer Aufgabenfülle, der sie nicht gewachsen sind, und Entwicklung zum Staatskapitalismus — sind abzuwenden durch Weckung und Pflege des Verständnisses für individ-

Selbständigkeit. Das Wesen des Liberalismus ist nicht ein jeden Kompromiß halsstarrig ablehnender Doktrinarismus. Vielmehr sind starke Zusätze sozialen Geistes und eines entwickelten Staatsbewußtseins unerläßlich.

V.

Blicken wir zurück, so erkennen wir als Inhalt des „Kriegssozialismus" den großen Komplex der staatlichen und kommunalen Kriegswirtschaftsmaßnahmen, soweit er gemeinwirtschaftlichen oder gemischtwirtschaftlichen Charakter trägt. Ein „System" kann man ihn nur bedingt oder doch nicht durchgängig nennen, weil diese Maßregeln, namentlich diejenigen der ersten Kriegszeit, zumeist einen improvisatorischen Charakter tragen. Erst allmählich und nur auf gewissen, wenn auch besonders wichtigen Gebieten, namentlich dem der Brot- und der Rohstoffversorgung, erhielten sie — aber auch dann immer nur mehr oder weniger — eine systematische Ausgestaltung. Mit Sozialismus im wissenschaftlichen Sinne haben sie vielfache äußere Verwandtschaft, besonders durch die in der Regel damit verbundene Zentralisation der Güterbeschaffung und -verteilung in der öffentlichen Hand und durch ihren Zwangscharakter. Eine innere Verwandtschaft ist aber nur insofern gegeben, als die öffentliche Gewalt bestrebt ist, diejenige Ausbeutung möglichst zu verhüten, die bei dieser veränderten Wirtschaftsverfassung und überhaupt in der wirtschaftlichen Notlage der Kriegszeit nur allzu leicht und allzu erfolgreich betrieben werden kann. Die Bekämpfung der Ausbeutung ist also hier, trotz ihrer praktischen Wichtigkeit, in grundsätzlicher Hinsicht nur von sekundärer Bedeutung. Im übrigen aber ist, während dem echten Sozialismus die vollständige und endgültige Beseitigung der Ausbeutung jeder Art im ganzen Gesellschaftsleben als Endziel gilt, das Ziel des „Kriegssozialismus" ausschließlich das gesicherte wirtschaftliche „Durchhalten" als unbedingte Notwendigkeit für die Erringung des Sieges im Weltkriege. Überdies fehlen dem Kriegssozialismus gänzlich die gemeinwirtschaftliche Gütererzeugung und die Überführung der Sachmittel der Produktion sowie des Bodens in die öffentliche Hand — also gerade die Grundformen eines echt sozialistischen Wirtschaftssystems. Es sind daher durchgängig Kriegsnotmaßnahmen, nicht aber Versuche einer umfassenden und dauernden Neugestaltung der wirtschaftlichen Seite des Gesellschaftslebens und der mit ihr zusammenhängenden Gebiete, die den Inhalt des „Kriegssozialismus" bilden. Sie haben deshalb auch nicht das Wesen einer Entwicklungsstufe, auf die durch den Krieg und die von ihm ausgehenden Wirkungen das Wirtschaftsleben hinaufgehoben worden wäre. Vielmehr widersprechen sie geradezu dem Entwicklungsgedanken und seiner Auswirkung auf dem Gebiete des staatlich-wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens, da sie vom Kriege geboren sind und der Krieg selbst eine Unterbrechung der Entwicklung ist, wenn auch eine solche, die ihr neue Wendungen und Richtungen geben kann.

Die Vertreter eines sozialistischen Gehalts des „Kriegsozialismus" — von unseren Autoren Jaffé und Plenge, ob auch Schulze-Gävernitz ist nicht klar erkennbar — verkennen diese Wesensunterschiede, weil sie Form und Inhalt nicht zur Genüge scheiden. Damit entfällt zugleich die reale

Unterlage für ihre Erwartung, daß der Krieg uns dem Sozialismus oder doch einem ihm wesensähnlichen Gesellschaftszustande zuführen werde. Es bleibt für deren Rechtfertigung nur der Zauber des „völlig neuen Geistes", von dem sie die kriegerische Gegenwart erfüllt sehen — oder doch bei Abfassung ihrer Schriften erfüllt sahen. Wieviel aber noch an dem zu der vorgestellten völligen Eingliederung jedes einzelnen für das Gesellschaftsganze nötigen Geiste fehlt, ward schon bei der Besprechung der PLENGEschen Schriften in Kürze gezeigt. WIESE sagt (S. 117): „Das ist sicherlich die praktische Schwäche des Liberalismus, daß er eigentlich nur ein System für anständige Leute ist." Das ist sehr wahr, aber es gilt noch weit mehr vom Sozialismus, der eine auf den höchsten Grad gesteigerte soziale Gesinnung zum alleinigen Motiv aller Arbeit und damit zur Grundlage seines ganzen Systems hat. Und es gilt schließlich für jede nicht auf äußeren Zwang aufgebaute Gesellschaftsverfassung, also auch für die im Sinne von JAFFÉ und PLENGE „sozialistische". Die Frage der Gesinnung des wirtschaftenden Menschen ist die Grundfrage für jede wirtschaftliche Verfassung. Daß speziell der marxistische Sozialismus dies übersieht und allzuviel Gewicht auf die äußeren Formen des Wirtschaftslebens — die Eigentumsfrage und die Regelung der Gütererzeugung — legt, habe ich an anderer Stelle zu zeigen versucht[1]. Diese Frage steht auch an der Schwelle der Zukunft, die uns der Friede bringen wird, aber sie ist trotz der Erhebung der Geister durch die große Zeit des Krieges noch lange nicht im Sinne der hochgespannten Erwartungen gelöst, denen JAFFÉ und PLENGE so beredten Ausdruck geben. Gewiß werden die Erlebnisse dieser Kriegszeit tiefe und nachhaltige Eindrücke in der Volksseele hinterlassen. Viel Rückständiges wird hinweggeräumt, von vielen Schlacken wird, nach SCHULZE-GÄVERNITZ' trefflichen Worten, der deutsche Geist geläutert werden. Daß aber der Weltkrieg die Selbstsucht aus den Herzen herausreißen und dafür den Geist restloser Hingebung an die Interessen der Gesamtheit einpflanzen werde, dagegen sprechen beredt die Tatsachen des Kriegswirtschaftslebens. Die Frage, ob das System der „Volksgenossenschaft" auch wünschenswert erscheint, oder ob das bisherige System relativer Wirtschaftsfreiheit, unverändert oder mit Anpassungen an die veränderte Weltwirtschafts- und Volkswirtschaftslage, und mit welchen, vorzuziehen ist, muß dabei natürlich offenbleiben, da ihre Beantwortung ganz von den persönlichen Grundanschauungen über das Verhältnis von Einzelmensch und Gesamtheit abhängt.

Ist nun aber der von JAFFÉ und PLENGE sowohl erwartete als gewünschte Idealzustand überhaupt „Sozialismus"? Keinesfalls, wie wir sahen, Sozialismus in dem diesem Worte von der Wissenschaft beigelegten Sinne. Also nur in einem besonderen Sinne, den ihm diese Autoren unterlegen. Bei näherer Betrachtung vielleicht sogar in je einem besonderen Sinne. Es kann natürlich niemandem verwehrt werden, mit „Sozialismus" Vorstellungen zu verbinden, die in ihrem Kern von der wissenschaftlichen Auffassung abweichen, auch wenn er selbst Wissenschaftler ist. Dann ist es aber, zur

---

1) Vgl. meine Schrift „Kriegswirtschaft und Sozialismus", Marburg 1915.

Verhütung von Verwirrungen auf dem Gebiete sozialwissenschaftlicher Erörterungen, geboten, diesen Separatismus von vornherein in der Bezeichnung zum Ausdruck zu bringen und das eigene Gedankenbild von der Zukunftswirtschaft, auch wenn es nur etwa in einer stärkeren Betonung des Sozialprinzips besteht, nicht schlechthin „Sozialismus“ zu benennen. Daß andernfalls ein gefährlicher Mißbrauch mit diesem Begriffe getrieben wird, darin ist Kämpfer, obwohl dieser Marxismus und Sozialismus unzulässigerweise identifiziert, recht zu geben. Nicht nur der Marxismus, sondern die ganze Wissenschaft und auch die Allgemeinheit, die von der Wissenschaft Aufklärung, nicht Verwirrung erwartet, sind zu dieser Forderung berechtigt. Auch die Vertreter des „Kriegssozialismus“ selbst haben schließlich ein Interesse daran, da sie sonst leicht den Anschein des Kokettierens mit dem interessanten und bedeutungsschweren Worte „Sozialismus“ und den Eindruck erwecken könnten, daß die starken äußeren Erfolge des Sozialismus, zumal des politischen, ihnen allzusehr imponiert und sie in ihren Vorstellungen maßgebend beeinflußt hätten.

Zum Schlusse sei noch auf eine Lücke in der hier besprochenen Literatur hingewiesen. Keiner unserer Autoren hat dem doch nicht fernliegenden Gedanken Ausdruck gegeben, daß die ungeheure Flut von gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen der Kriegszeit mit dem gemeinsamen Ziele behördlicher Regelung des gesamten Wirtschaftslebens und mit ihren in die private Lebensführung tief einschneidenden, sie außerordentlich hemmenden und beschwerenden Wirkungen sehr wohl die naturgemäße Folge haben könnte, eine allgemeine Mißstimmung und Erbitterung über diese sozialwirtschaftliche Bevormundung und damit eine innere Auflehnung der Geister zugunsten der wirtschaftlichen Freiheit und des Individualprinzips hervorzurufen. Sicherlich ist jeder Verständige davon durchdrungen, daß ohne diese Einengungen das Ziel siegreichen wirtschaftlichen Durchhaltens nicht erreichbar ist, und nimmt sie daher in opferwilliger Vaterlandsliebe auf sich. Ob sich aber irgend jemand nach glücklicher Erreichung dieses Zieles nach ihnen zurücksehnen wird? Diese Frage aufstellen, heißt sie verneinen. Je länger der Krieg dauert und je mehr und je tiefere wirtschaftliche Eingriffe daher nötig werden, um so mehr verliert der „Kriegssozialismus“ an Reiz. ihn nach Friedensschluß beizubehalten und auszubauen. Als System der Friedenszeit bringt er sich selbst täglich mit durchschlagendem Erfolg in Mißkredit. Wie ein allgemeines befreiendes Aufatmen wird es durch das Volk gehen, wenn mit dem Friedensschluß zu seinem allmählichen Abbau, der dem Volke gar nicht schnell genug wird vonstatten gehen können, geschritten werden wird. Die Friedenssehnsucht ist schon heute zu einem großen Teile eine Sehnsucht nach der Befreiung vom Joche der wirtschaftlichen Staatsomnipotenz und von den der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit notgedrungen angelegten Fesseln. Der Staatssekretär Helfferich hat im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe sich in diesem Sinne wie folgt geäußert: „Der Krieg und seine Folgen haben uns ein System aufgezwungen, das man kurz Kriegssozialismus nennt. Daß wir uns bei ihm übermäßig glücklich fühlen, wird man nicht behaupten wollen. Ich möchte jedenfalls

als meine Meinung aussprechen, daß wir, wenn der Krieg vorbei ist, versuchen müssen, aus all den Ketten und Hemmungen so bald wie möglich wieder herauszukommen, daß wir versuchen müssen, auf dem Wege der freien wirtschaftlichen Initiative zu einem neuen Aufbau unserer Volkswirtschaft zu gelangen." Dieser Erwartung würde nur scheinbar widersprochen werden, wenn, was leicht möglich ist, nach dem Kriege eine Periode der Hochkonjunktur für den politischen Sozialismus und namentlich den radikalen — insbesondere bei den Wahlen — anbrechen sollte. Mißstimmung und Verärgerung machen sich erfahrungsgemäß in vermehrter Abgabe sozialistischer Stimmzettel Luft. Solche Empfindungen hat die für den Sieg unentbehrliche Kriegswirtschaft aber überreichlich erzeugt. Diese politische Tatsache, die Vermehrung der Mitläuferschaft der Sozialdemokratie, würde also mit einer innerlichen Abkehr des Volkes vom Sozialprinzip und einer entsprechenden Hinneigung zum Individualprinzip durchaus verträglich sein. Die starke Möglichkeit einer solchen Wendung der Volksstimmung gegenüber den beiden großen Lebensprinzipien der Gesellschaft ist durch die sich täglich steigernden Erfahrungen der Kriegszeit gegeben. Unbeeinflußt von ihr muß freilich die staatliche Fürsorge für eine Kriegsvorrats- und Kriegsvorbereitungswirtschaft als Frucht derselben Kriegserfahrungen alsbald im Frieden einsetzen und unbekümmert darum, unter welches der beiden Prinzipien ihre Maßnahmen fallen, nur auf den praktischen Zweck der denkbar stärksten wirtschaftlichen Sicherung im Kriegsfalle und bei schwierigster Kriegskonstellation gerichtet sein. Und ferner wird die Umstellung des Wirtschaftslebens auf den Krieg zweifellos auch die Nutzbarmachung mannigfacher kriegswirtschaftlicher Erfahrungen in der Friedenszeit zur Folge haben, die dem künftigen Wirtschaftsleben in mancher wichtigen Hinsicht ein verändertes Gepräge geben wird. Was davon in der Richtung stärkerer Ausgestaltung des Sozialprinzips liegt, das wird die Sozialwissenschaft der Zukunft zu untersuchen haben.

Anm.: „Das Manuskript der Abhandlung befindet sich seit dem 5. Dezember 1916 in den Händen der Redaktion. C. Gr."

Einige Betrachtungen über Religion und Wirtschaft (im Anschluß an K. Kautskys „Ursprung des Christentums"[1]).

Von

Rudolf Leonhard (München).

Über die materialistische Geschichtsauffassung ist so viel geschrieben und gestritten worden, dass sich prinzipiell Neues zu dem Thema kaum mehr beibringen läßt. Wie immer hat durch übereifrige Schüler des Meisters eine verschärfende Übertreibung der Lehre sich geltend gemacht, denn während noch Saint-Simon als treibende Faktoren historischen Geschehens zwei parallele Entwicklungsreihen annimmt, nämlich Ideen einerseits, selbständig sich vollziehende Wirtschaftsentwicklung andererseits, und während Marx selbst noch die Gewalt als wirtschaftsbildenden Faktor anerkennt, die Gewalt, hinter der doch ideelle Mächte wie Staat oder religiöse Anschauungen stehen können, kennt Kautsky keine anderen Triebkräfte des geschichtlichen Werdens als die sogenannten Produktionsverhältnisse, die doch als historisch gewordene statische Lagerung ihrerseits erst wieder durch dahinterstehende, durchaus nicht immer wirtschaftlich motivierte Kräfte erzeugt worden sind[2]. Nach Kautsky sind jene treibenden Kräfte eben nur die restlose Widerspiegelung der jeweils herrschenden wirtschaftlichen Zustände, so daß also der menschliche Geist in jede neue Wirtschaftsperiode als tabula rasa eintreten und eine ganz neue Welt unverändert widerspiegeln würde. Über die Unhaltbarkeit dieser Anschauung wäre am Schlusse noch einiges zu sagen.

Augenscheinlich hat es nun K. Kautsky gereizt, auf einem Gebiet, das scheinbar der rein materialistisch-rationalistischen Erklärung am meisten

---

1) K. Kautsky, Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung. Stuttgart, Dietz 1908. XVI u. 508 S.

2) Sind doch diese materiellen Produktionsverhältnisse durch Produktionskräfte erzeugt worden, die ihrerseits der Ausdruck der jeweils herrschenden Arbeitstechnik sind. Was ist aber die Technik anderes als das Produkt der menschlichen Erfindungsgabe, des menschlichen Geistes? Folglich kann auch eine wirtschaftshistorische Darstellung, die lediglich die materiellen Produktionsverhältnisse berücksichtigen will, den Geist als den Faktor, der jene Wirtschaftsweise hervorbrachte, nicht unerwähnt lassen.

widerstrebt, dem der Religionsgeschichte, die Richtigkeit seiner Anschauungen zu erproben; und speziell mußte ihn da die Aufgabe locken, die Entstehung des Christentums lediglich auf wirtschaftliche Untergründe zurückzuführen und nachzuweisen, daß das, was diese religiöse Bewegung zum Siege führte, lediglich kommunistisch-sozialistische, durch die ökonomischen Verhältnisse des Zeitalters erzeugte Triebkräfte waren. Eine solche Gleichsetzung des Religiösen mit dem Ökonomischen versucht ja schon Marx, wenn er, allerdings halb scherzhaft, den Katholizismus mit dem mittelalterlichen Monetarsystem, den Protestantismus, der den Hauptnachdruck auf den Glauben legt, mit dem modernen Kreditsystem identifiziert. Um nun das religiöse Moment als reine Folgeerscheinung und Widerspiegelung der ökonomischen Verhältnisse darzustellen, schildert Kautsky in gedrängter Form den Boden, auf dem das Christentum erwuchs. Er tut dies auf Grund eingehender Vorstudien, die aber doch nicht immer ganz ausreichen, vor allem aber mit der ganzen Einseitigkeit des typischen modernen Intellektuellen, der seine Mentalität in eine einfachere Zeit hinein- und auf primitivere Menschen überträgt, die ganz anders motiviert waren und in deren enge Horizonte er seinen größeren geistigen Umfang nicht hineinzwängen kann. So kommt er vielfach zu falschen Analogien mit der Neuzeit und zur irrigen Unterstellung eines modernen Bewußtseinsinhalts. Wo von religiösen Formeln in der Antike die Rede ist, da sind sie für Kautsky lediglich Symbole, hinter denen mächtige wirtschaftliche Interessen stehen. Das trifft noch nicht einmal für die Gegenwart zu. Ist doch auch für uns noch das bloße Wort, die feststehende Formel, die Phrase, eine Macht, an die blind und fest geglaubt wird, und der eben jener suggestive Massenglaube eine Realität schafft, deren materielle Wirkungen wir täglich neu erleben. In der Antike vollends aber ist das Wort und die symbolische Geste mehr als Symbol, sie ist die Sache selbst, und wenn z. B. christliche Märtyrer sich lieber qualvoll töten lassen als daß sie den heidnischen Göttern opfern oder ihren Glauben abschwören, so bewegt sie die Furcht vor der Realität des gesprochenen Wortes, das sie unwiderruflich den Pforten der Hölle überliefern müßte. Alle religiösen Geheimkulte der Antike drehen sich um das Wissen von gewissen Mythen, Riten, Zauberformeln und Zauberworten, die nicht nur über das jenseitige, sondern auch das diesseitige Leben reale Macht sichern sollen, sind also Wortfetischismus. Im Anfang war das Wort. Auf dieses Niveau, das etwa dem heute lebender primitiver Völker entspricht, gilt es, sich zurückzuversetzen, wenn wir von innen heraus die Motive des Handelns bei einfachen Menschen der Antike und des alten Orients, wie sie die durchschnittliche, sich durch Jahrhunderte gleichbleibende, sozusagen zeitlose Volksmenge bilden, erforschen wollen; das Wirtschaftliche kommt für sie erst ganz zuletzt. Die ungeheuren Bauten Ägyptens dienen nicht wirtschaftlichen, sondern kultischen und animistischen Begräbniszwecken; die babylonischen Etagentürme, wirtschaftlich zwecklos, sind eine Nachahmung des Planetarsystems, ein Streben, den Ossa auf den Pelion zu türmen, um dem Himmel näher zu sein. Das ganze Denken dieser Völker ist ein jenseitiges, wie auch bei den ganz in der antiken Kultur stecken gebliebenen Chinesen, bei denen ein großer Teil des Landes den Toten und den mit Pietät

hüteten Gräbern gehört. So ist es vor allem kulturgeschichtlich ein Anachronismus, sich die Jugend der Menschheitsentwicklung als wirtschaftlich motiviert zu denken. Das religiöse Grundphänomen wird aus dem Gefühl der Abhängigkeit von den umgebenden Naturkräften, aus unbestimmtem Angstgefühl und Furcht vor den wiederkehrenden Geistern der Verstorbenen, die gebannt werden müssen, aus dem Wunsch nach Erlangung magischer Kräfte und dem Bedürfnis nach Rausch, nach Ekstase, geboren; eine Furcht und ein Streben, das nicht wirtschaftlichen Motiven entspringt, sondern dem man sogar umgekehrt die größten wirtschaftlichen Opfer, z. B. wertvolle Totenopfer, bringt.

Doch damit haben wir einen großen Teil der Kritik bereits verweggenommen.

Kautsky legt also wie seine verdienstvollen wirtschaftshistorischen Kollegen und Parteigenossen Salvioli und Cicotti einen breiten Querschnitt durch das Zeitalter des römischen Imperiums, dessen wirtschaftliche und soziale Grundlagen er schildert. — Die Antike ist zur Zeit der Geburt Christi an einem toten Punkte der gesellschaftlichen Entwicklung angelangt, den sie, unfähig, neue technische Produktionsformen zu finden, nicht überschreiten kann. Sie ist also gewissermaßen in eine Sackgasse geraten, und nur zwei Möglichkeiten sind gegeben: entweder Verharren und Versteinerungsprozeß, wie ihn etwa von der gleichen Zeit ab das chinesische Imperium durchgemacht hat (von dem Fustel de Coulanges sagt, das heutige China stelle genau das dar, was aus dem römischen Imperium geworden wäre, wenn es ihm gelungen wäre, die Germanen abzuwehren); oder eine Rückwärtsentwicklung, die zunächst ein Sinken der Kultur bedingt, die aber aus der Sackgasse der Sklaverei herausführt und damit die Möglichkeit zu neuen, andersgerichteten Entwicklungen bietet. Deshalb sind, nebenbei bemerkt, gerade in der Wirtschaftsgeschichte, in der alles relativ ist, Werturteile nicht am Platze, da niemand beurteilen kann, ob eine scheinbar rückwärtsgerichtete Bewegung nicht in höherem und endgültigem Sinn einen Fortschritt bedeutet.

Im römischen Imperium zur Zeit von Christi Geburt haben die herrschenden Stände, die Senatoren und die Ritter, in einer durch die Primitivität ihrer Mittel, durch Raub, Wucher und Erpressung, kaum kapitalistisch zu nennenden Akkumulation mächtige Vermögen angehäuft, denen aber die Möglichkeit, als werbende Anlagen weiterzuarbeiten, nahezu gänzlich abgeht. Daher werden jene den Provinzen abgepreßten baren Geldsummen entweder in Land als dem einzig möglichen, aber nicht sehr ergiebigen Produktionsmittel angelegt oder in sinnlosem, unproduktivem Luxus vergeudet. Die zunehmende Akkumulation von Land in den Händen weniger ist mit Extensivierung und agrartechnischem Rückschritt, also Sinken der Produktivität der gesamten antiken Volkswirtschaft, verbunden, sehr im Gegensatz zum modernen Kapitalismus, wo das zusammengeballte Geldkapital, je mehr es schneeballenartig anwächst, desto aktiver wird und sich immer lohnendere Produktionsformen schafft. Der Menschenhunger jenes Großgrundbesitzes führt zu immer neuen Kriegen und Sklavenjagden, deren Zweck es ist, für die Latifundien die nötige Anzahl unfreier Arbeitskräfte zu beschaffen. Diese Entwicklung muß sich schließlich selbst aufheben, denn der tragende

Pfeiler des ganzen Machtsystems, das römische Heer, ruht auf Bauerngrundlage; die Latifundien zerstören diese, indem die Bauern durch Sklaven verdrängt werden; damit sinkt die Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit des Heeres, der kriegerische Sinn lässt nach und infolgedessen verringert sich die weitere Sklavenzufuhr, so daß das Latifundienwesen schließlich unmöglich wird und durch das Kolonatssystem ersetzt werden muß. Eben jene geringe Möglichkeit, die von den Provinzen erpreßten Reichtümer gewinnbringend anzulegen, führt zur Überschätzung ruhmvollen Auftretens als eines Mittels zur Erwerbung von sozialem Ansehen, zur Züchtung eines schmarotzenden, korrumpierten Klientelsystems und zu jenem sinnlosen Luxus, der die ausgehende Antike charakterisiert. Und welcher unbemittelte römische Bürger nicht persönlicher Klient eines einzelnen reichen Mächtigen ist, der ist Klient des Staates, von dessen Getreidespenden er lebt. Dazu ändert der spätantike Staat mehr und mehr seinen Charakter. Ursprünglich auf freiwilliger Mitarbeit aller freien Bürger aufgebaut, verwandelt er sich in einen Beamtenstaat, der äußerlich mit dem heutigen eine gewisse Ähnlichkeit hat. Kann aber die viel produktivere Arbeit der Neuzeit bereits die hohen Unkosten der zentralisierten Beamtenorganisation, des Staatsnomadentums, wie Nietzsche es einmal nennt, und des stehenden Heeres nur mühsam aufbringen, so erdrückt in der ausgehenden Antike der schwere Oberbau von Beamtenschaft und stehendem Heer völlig den wirtschaftlich schwachen Unterbau der Produktion. Die Völkerwanderung zerstört nur vollends ein bereits im Innersten zermorschtes Staatswesen, an dessen Aufrechterhaltung nur noch einige wenige Personen ein unmittelbares Interesse hatten.

Diese Umstände spiegeln sich in der geistigen Verfassung sowohl der Regierenden wie der Regierten wieder. Die herrschende Klasse, durch die Unproduktivität ihres schnell zusammengerafften Besitzes zum Genießen verurteilt, zerstört sich in blasiertem Überdruß selbst und sehnt sich nach ihr unbekannten Sensationen, glaubt vielleicht sogar, sie in den Tiefen des Sklaventums zu ihren Füßen zu finden. So nur ist die Hinneigung besonders der vornehmen Damen, zu den verrufenen mystischen Kulten der orientalischen Sklaven zu verstehen (das Christentum selbst entstammte übrigens nicht mehr jenen allertiefsten Schichten), vergleichbar etwa dem merkwürdigen Eifer, mit dem sich die Yankeetöchter der Missionierung chinesischer Heiden widmen. Es ist die Sehnsucht nach der Tiefe. Wenn man ganz oben angelangt ist und nicht mehr weiter kann, dreht sich die Strebensrichtung manchmal um. Fraglich, ob das als Degenerationserscheinung oder als naturgemäße Umkehr zu bezeichnen ist. Die Beherrschten aber, nicht nur die Sklaven, sondern die kleinen Leute überhaupt, sehnen sich nach Erlösung von dem auf ihnen lastenden sozialen und politischen Druck und retten sich aus der Verödung des Geisteslebens in Kulte, die dem einzelnen persönliche Reinigung und Befreiung und ein besseres Leben nach dem Tode versprechen. Längst schon genügten dem stärkeren religiösen Innenleben der Antike, das jedesmal dann anschwillt, wenn der zu mächtig gewordene Staat alle Initiative an sich reißt und dem einzelnen zu tun nichts übrigläßt, die kalten zeremoniösen Staatskulte nicht mehr, deren Opfer sich immer nur

Gesamtheit, nicht auf den einzelnen bezogen. In den kleinen griechischen Kantonsrepubliken konnte wohl der einzelne Staatsbürger sich im Staatskultus voll vertreten fühlen, nicht aber in dem schließlich die ganze antike Ökumene umfassenden Imperium. Die neuen orientalischen Kulte, anfangs verrufen und verboten, aber mit dem sozialen Aufsteigen der Freigelassenen nach oben diffundierend, leisten dem einzelnen mehr, arbeiten mit raffinierteren Mitteln und wenden sich stärker an die Sinne. Die ägyptische Isis wird in ihren Tempeln durch ständige Priester nach bestimmtem Ritus den ganzen Tag angebetet. Ferner wird das religiöse Bedürfnis des Zeitalters durch zwei weitere Motive verstärkt: durch ein negatives, indem dem vielleicht eitlen und kindischen, aber dem Gemeinwesen nützlichen sozialen Ehrgeiz des Kleinbürgers in der Provinz, der von seinen Mitbürgern ein kostspieliges Ehrenamt erstrebt, durch den omnipotenten Staat, der sich immer stärker in die Selbstverwaltung mischt, jeder Anreiz genommen und so der antike Staatsbürger per exclusionem auf Pflege und Vertiefung seines Innenlebens hingewiesen wird; und durch ein positives, die Zunahme des behördlich ungern gesehenen und meist verbotenen Vereinswesens, dessen Risiko die Teilnehmer nur dann auf sich nehmen, wenn es mit religiösen Offenbarungen verknüpft ist. Der materielle Untergrund jenes Vereinswesens ist aber die wachsende Bedeutung der gegenseitigen Hilfe und der Wohltätigkeit, diese wieder bedingt durch die Entstehung eines entwurzelten großstädtischen Proletariats, dessen Nahrungsmittelspielraum durch die Verarmung des getreidespendenden Staates und der geldspendenden Mäzene und Patrone sich ständig verengt. Unantik waren ja schon die umfangreichen, von den römischen Kaisern unter dem Zwang der Notwendigkeit geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen; unantik nach Kautsky auch der wachsende Einfluß von Moralphilosophen unter Hadrian und Marc Aurel auf die Regierung, den Kautsky als eine Verpriesterung des antiken Lebens auffaßt. Hier ist ihm insofern zu widersprechen, als erstens der Stoizismus, die offizielle Staatsphilosophie der Gebildeten, absolut keine theologischen Elemente enthält, sondern in jeder Beziehung, was den Inhalt und seine Träger anlangt, dem Konfuzianismus gleichend nur eine bestimmte praktisch-heroische Weltanschauung und richtiges Verhalten des vornehmen Menschen lehrt, und als zweitens, selbst wenn man die Maxime, daß die Philosophen herrschen sollen, mit Nietzsche als unantik ansieht, jener Faden bis in die älteste Vergangenheit zurückverfolgt werden kann. Plato selbst, der jenes Ideal aufgestellt, wird ja von Nietzsche bereits wie sein Schüler Sokrates als unantike Verfallserscheinung aufgefaßt. Aber soll nicht schon Pythagoras jenes vielleicht aus dem verpriesterten Ägypten mitgebrachte Ideal in seiner Heimatstadt verwirklicht haben, und knüpfen nicht die sich priesterlich gebärdenden gnostischen Neupythagoräer der antiken Neuzeit mit Recht an Pythagoras an? Alles ist immer im der Geistesgeschichte nebeneinander. Auch das Erlösungsbedürfnis der Spätantike macht sich in ihr nur besonders stark geltend, war aber stets vorhanden gewesen. Sehr schwach ist es auch, wenn Kautsky die epikuräische Philosophie die typische Weltanschauung der Ausbeuter nennt, obwohl sie keineswegs Orgien und den Konsum von Nachtigallenzungen, sondern nur

mäßig temperierten Lebensgenuss empfiehlt (λαθὲ βιώσας), also eher eine Ethik für kleine Rentiers und Privatiers nach Art des Horaz ist. Unter den Reichen und Mächtigen des ausgehenden Altertums ist, soweit sie überhaupt sich ein Weltbild machen, der im letzten Grunde tragisch-pessimistische Stoizismus die offizielle Anschauung, die keine Widerspiegelung, sondern eher eine konträre Reaktionserscheinung gegen die glücklichen ökonomischen Zustände seiner Träger ist.

So einfach und gradlinig, wie die materialistische Geschichtsauffassung es wahrhaben will, sind die Beziehungen von ökonomischem Untergrund und auf ihm erwachsener Weltanschauung jedenfalls nicht. Der ökonomische Untergrund bietet der letzteren, soviel kann man zugeben, den tragenden Standort, die Möglichkeit der Entstehung, die nötige Muße, entsprechend dem Grundsatz: „Primum vivere, deinde philosophari", wie das z. B. Schopenhauer in dem Dank an seinen Vater, dass er ihm den ruhigen Ausbau seiner Philosophie durch eine gesicherte Rente ermöglicht habe, zum Ausdruck bringt, und Kürnberger in der prägnanten Formel: „Geld wird zu Geist" ausdrückt; aber zu welcher Art von Geist, zu einem dem ökonomischen Boden, auf dem er erwachsen, rechtfertigenden oder ihn scharf bekämpfenden oder auch zu einem gänzlich dem praktischen Leben abgewandten, das läßt sich keineswegs voraussagen. Kautsky will die Ablösung der altgriechischen Naturphilosophie durch die einseitige Beschäftigung mit Problemen der Ethik als eine Verdrängung der naturalen Bauernphilosophie durch soziologische Großstadtprobleme auffassen. Nichts ist falscher; die griechische Naturphilosophie entwickelte sich an der kleinasiatischen Westküste gerade in belebten Handelsorten wie Milet, die für damalige Verhältniss ausgesprochene Großstädte waren, und ihre Träger waren nicht schwer fronende Bauern, sondern städtische Vollbürger und Patrizier, die andere für sich arbeiten ließen und sich selbst Zeit nahmen, über die letzten Probleme der Umwelt nachzudenken. Dagegen kann man die Vertreter der späteren ethischen Richtungen in ihrer Mehrzahl als gebildete Proletarier bezeichnen, die ihre Weisheit für Geld verkauften.

Indessen können alle jene Probleme bei dieser Gelegenheit nur kurz berührt werden.

Den anderen Faktor der Entwicklung des Christentums, das Judentum, betrachtet Kautsky ähnlich wie später Sombart in seinem Buch über die Juden und das Wirtschaftsleben. Den jüdischen Monotheismus schreibt er der ursprünglichen Unkultur dieses Volkes, seiner künstlerischen Unfähigkeit zu, Bilder nach dem Gleichnis des Menschen zu formen. Aus dieser Not wurde erst später eine Tugend gemacht, während die heidnischen Kulte bereits in bestimmten anthropomorphen Formen festgelegt waren. Das babylonische Exil trennt die obere Volksschicht von der zu Hause gelassenen Bauerngrundlage und bildet bei den endlich Heimgekehrten einen schroffen Monotheismus aus, der unter heftigen Kämpfen gegen andere palästinensische Kultusstätten, z. B. Samaria, seine monopolistische Zentrale auf dem Tempelberg von Jerusalem findet. So bleibt dem ganzen späteren Judentum die Antinomie, daß der jüdische Gott zwar ein Universalgott zu sein prätendiert, aber nur in Jerusalem mit besonderem Erfolg angebetet

werden kann, weshalb an den großen religiösen Festen, ähnlich wie später in Mekka, Hunderttausende von Gläubigen aus der Diaspora zusammenströmen. Diese Diaspora tritt lange bereits vor der Zerstörung Jerusalems ein, nach Ansicht von Kautsky durch die Ablenkung der Weltverkehrswege, die früher Palästina von Ägypten nach Babylonien durchzogen hatten, jetzt aber südwärts über Alexandria und nordwärts über Antiochia nach Rom gehen. Diesen neuen Handelsstrassen nachziehend zerstreuen sich die Juden über die ganze antike Ökumene und bilden namentlich in den großstädtischen Zentren starke Gemeinden. Die große Fruchtbarkeit der Juden führt Kautsky seltsamerweise auf die Fruchtbarkeit des Kaufmannskapitals zurück, die es den jüdischen Familien gestattete, sich unbeschränkt zu vermehren, da auch der Nahrungsspielraum durch die Ergiebigkeit des Luxushandels unendlich gewesen sei. Nun besteht ja wohl zwischen Wohlstand und Fruchtbarkeit eine gewisse Relation. Wir waren aber bisher geneigt anzunehmen, daß beide Faktoren sich zueinander umgekehrt proportional verhielten, und haben allen Grund zu glauben, daß es auch in der Spätantike nicht anders war. Waren es doch gerade die reichen römischen Senatoren- und Ritterfamilien, die trotz aller gesetzlichen Ermunterungen sich nicht zur stärkeren Reproduktion bequemen wollten. Es ist nicht anzunehmen, daß die reichen jüdischen Familien jener Zeit von jener Tendenz des Reichtums, die Fortpflanzung zu vermindern, eine Ausnahme machten. Die Sache verhält sich vielmehr wohl eher so, daß die starke Vermehrung der antiken Juden in der Diaspora außer Zweifel steht, daß Kautsky aber nur die wenigen reich gewordenen Juden sieht, die sich aus dem Elend der Masse erhoben haben. Diese letztere haben wir uns nach den Schilderungen der Zeitgenossen, u. a. des Horaz, sowohl in Rom wie in Alexandria und Antiochia als eine in schmutzige Ghettos zusammengepferchte elende Menge zu denken, die sich, genau wie im heutigen Russisch-Polen, je schlechter es ihr erging, desto stärker vermehrte, wie dies ja schon ein Jahrtausend früher in Ägypten der Fall gewesen war. „Und je mehr sie der Pharao drückte, desto mehr vermehrten sie sich.“ Ebensowenig halte ich Kautskys mit Sombart geteilte Anschauung, dass die Juden dem ergiebigen Handel nachzogen, für durchweg richtig. Wenn wir aus Analogien ihrer Geschichte aus dem Mittelalter auf die Antike schließen dürfen, so wurden sie vielmehr durch politisch-religiöse Verfolgungen fortwährend aus den für sie ergiebigen in ungünstigere Gegenden gedrückt, sobald die betreffende Bevölkerung den Handel selbst in die Hand nahm und die Juden als lästige Konkurrenten empfand. An ihren neuen Standorten schaffen sich dann die letzteren erst wieder durch Anknüpfung neuer Handelsverbindungen günstige, alsbald beneidete Existenzbedingungen; sie erwerben neuen Reichtum, bis auch dort das gleiche Spiel beginnt und neue Verfolgung einsetzt. Sie folgen also nicht dem Handel, sie führen ihn mit sich und graben sich gerade dadurch den Boden ab, indem sie sich schließlich selbst überflüssig machen.

Wenn Kautsky es versucht, die inneren religiösen Zerklüftungen des jüdischen Volkes während des Altertums auf rein materielle Motive zurückzuführen, so z. B. den Kampf zwischen Pharisäern und Sadduzäern auf den Widerstand der ersteren gegen das Eindringen fremdländischer Produkte, so ist



hier die materialistische Geschichtsauffassung wohl zu Unrecht auf einen rein religiösen Gegensatz angewendet; die Pharisäer waren keine Schutzzöllner, es handelte sich nur um einen Widerstand gegen das Eindringen fremder Sitten und Kulte. Andererseits führt Kautsky doch nicht ohne Feinheit Weltanschauungsfragen auf den unmittelbaren Einfluß der Umwelt zurück, wenn er im Streit der jüdischen Sekten über das Problem des freien Willens die Meinung der klosterartig organisierten Essäer: es gäbe keinen freien Willen, auf ihre gedrückte und gebundene Stellung zurückführt, welche die freie Willensbestimmung des Individuums ausschloß; die der Sadduzäer, der vornehmsten Sekte: der Wille sei frei, auf die herrschende Stellung ihrer Träger, die diesen ein größeres Maß von Willensfreiheit gestattete, und endlich die kompromißartig in der Mitte stehende Meinung der Pharisäer auf ihre soziale Mittelstellung.

Dieselbe Methode, die religiösen Anschauungen restlos als Widerspiegelung der Umwelt darzustellen, wird nunmehr auf das Neue Testament angewandt, das für jene Versuche insofern gar nicht ungeeignet ist, als es kaum eine Stelle enthält, der man nicht eine andere entgegengesetzten Sinnes entgegenstellen kann, so daß infolgedessen der Exegese von jeher ein weiter Tummelplatz geboten war. Kautsky gestattet sich auf diesem Felde Auslegungen und Vermutungen, welche beweisen, daß die Bibelkritik nicht mehr das Monopol der zünftigen Theologen ist. Solche Übergriffe pflegen zwar von den letzteren mit Erbitterung zurückgewiesen zu werden; da indessen die Theologen ihrerseits von den Kirchenvätern über Thomas von Aquino bis zur Gegenwart mit einer gewissen Vorliebe Einritte in wirtschaftliches Gebiet unternehmen, das der religiösen Ethik erschlossen und unterworfen werden soll, müssen wir wohl auch der materialistischen Geschichtsauffassung in umgekehrter Richtung gleiche Rechte einräumen.

Kautskys Grundidee ist nun die, daß es eine ältere nationaljüdische und eine jüngere heidenchristliche Fassung des Neuen Testaments gebe, die später beide ungeschickt kombiniert worden seien, deren unausgeglichener Gegensatz sich aber noch in vielen Widersprüchen und Unstimmigkeiten zwischen der Darstellung der älteren und jüngeren Synoptiker zeige. Vor allem sei, und darin ist ihm sicher zuzustimmen, bezüglich Zeit und Ort der Geburt Christi nicht an Renans elegant parfümiertes Zuckerwasser zu denken. Nicht in einer Idylle, sondern auf vulkanischem Boden sei das Urchristentum erwachsen, mitten zwischen Unruhen, Tumulten und Katastrophen. Ein religiös-politischer Aufstand, ein Schwarmprophet folgte dem andern, bis Titus und Vespasian die Ruhe des Friedhofs herstellten. Von jener Grundstimmung der Empörung sind noch genügende Reste im Neuen Testamente vorhanden, die von ihrer friedlichen Umgebung stark abstechen. Für Kautsky ist der ursprüngliche Christus nichts anderes als einer jener zahlreichen Apostel des Aufstandes gegen die römische Herrschaft, der bei diesem Versuch wie seine Vorgänger und Nachfolger überwunden und getötet wurde, während sein vergrößertes Idealbild in der Erinnerung fortlebte und stets wuchs. Das Reich, das ihm vorschwebte, war durchaus von dieser Welt; durch ungeschickten Überarbeitungen späterer Revisionisten schimmere das natio

jüdische Urbild noch deutlich durch. So, wenn das Kreuz Christi die Inschrift trug: „König der Juden", so sei das eben ursprünglich durchaus wörtlich und unironisch gemeint gewesen. Auch in der Schilderung der letzten Tage Christi kann Kautsky in der Tat Unstimmigkeiten nachweisen, die durch die Annahme ungeschickter Verquickung zweier widersprechender Lesarten eine gewisse Erklärung finden würden. So z. B., wenn Christus als gefeierter Volksmann einen triumphalen Einzug in Jerusalem hält, wenige Tage später aber, weil er angeblich gänzlich unbekannt ist, erst durch den Kuß des Judas den Römern verraten werden muß (S. 388). „Das wäre ungefähr so, als wenn die Berliner Polizei einen Spitzel besoldete, damit er ihr die Person bezeichnet, die Bebel heißt." Interessant sind auch die Abschwächungen revolutionärer Stellen in den jüngeren Evangelien. Im ältesten, dem Lukas-Evangelium, heißt es noch in der Bergpredigt: „Selig sind die Bettler" (πτωχοί) [Luther sagt: die Armen], was im Matthäus-Evangelium revisionistisch in eine Seligpreisung der geistig Armen abgeschwächt wird, ebenso wie aus den körperlich Hungernden geistig Hungernde gemacht werden[1]). Das Christentum konnte aber die jüdisch-nationale Grenze nur dadurch überschreiten, daß es an Stelle der leidenschaftlichen Empörung die Idee des leidenden Gehorsams setzte; alles Rebellische wurde aus dem Idealbild Christi entfernt, entsprechend dem Sklavensinn der Volksmassen des späteren Imperiums. Alle Stellen revolutionären Inhalts werden nach Möglichkeit in ihr Gegenteil verkehrt oder abgeschwächt, oder es wird ihnen, wo das nicht angängig ist, ein transzendentaler Sinn untergeschoben. So ist, „was als Geschichte der Passion des Herrn Jesus Christus auftritt, im Grunde nur ein Zeugnis für die Passionsgeschichte des jüdischen Volkes" (S. 432). Eine kühne und, soviel ich weiß, originelle Konjektur, der aber leider andere zweifellos ebenfalls der ältesten Fassung angehörige Stellen der Evangelien gegenüberstehen, die von vornherein eine asoziale und außerweltliche Stellung des Menschen zur Umwelt empfehlen und ihm nur sein eigenes Heil, das Heil seiner Seele, nicht aber das seines Volkes und seiner Klasse zur Pflicht machten. So die Aufforderung, alles hinter sich zu werfen, sich selbst den engsten Familienbanden zu entreißen, um innerlich ganz frei zu werden und der Sache Christi als neu geborener Mensch beitreten zu können; so die Mahnung, nicht für den kommenden Tag zu sorgen, typische Derwisch-Moral, die einer allgemeinen Durchführung natürlich nicht fähig ist, sondern nur von einer kleinen Zahl Auserwählter und Erleuchteter befolgt werden kann; diese Anklänge an den Buddhismus können kaum zufällige sein. Zu jener Auffassung, die Staat, Gesellschaft und Familie als etwas rein Zufälliges und für das innerste Wesen des Menschen unendlich Gleichgültiges bezeichnet, paßt auch vorzüglich die Stellungnahme Christi zu der Frage der Pharisäer, ob man dem Kaiser Steuer zahlen solle. Sie ist schlangenklug-opportunistisch, indem sie unnötigen Konflikten aus dem Wege geht, gleichzeitig aber ganz ehrlich, indem sie sich mit solchen Lappalien wie der, ob der innerlich erleuchtete Mensch besser

1) Bei Lukas 6, 21: Selig seid ihr, die ihr hier hungert, denn ihr sollt satt werden. (Wörtlich sogar: ihr sollt euch vollessen: χορτασθήσεσθε).

im Nationalstaat oder unter Fremdherrschaft lebe, gar nicht abgibt. Wo man nicht lieben kann, da soll man vorbeigehen, denn der Haß bedingt bereits eine kraftverschwendende Einstellung auf das feindliche Objekt. Ist endlich die Passionsgeschichte Christi nicht frei von krassen Widersprüchen, so tragen doch gerade die Szenen vor Pilatus und das tumultuarische Gerichtsverfahren gegen Christus eine derartige Wirklichkeitsfärbung, daß eine große innere Wahrscheinlichkeit für ihre historische Realität spricht, dafür, daß sie von kleinen Leuten miterlebt und mitgeteilt wurden, die zwar die Dinge aus ihrer Perspektive von unten her vielleicht nicht ganz richtig gesehen haben, die aber doch die Hergänge gemäß ihren Eindrücken und ihrer Überzeugung überliefert haben. Der Ausruf des eleganten Skeptikers und Angehörigen der fremden Herrscherklasse, den die religiösen Dissidien des Knechtsvolkes langweilen und anwidern: „Was ist Wahrheit?" ist so echt, daß Anatole France ihn zum Gegenstand einer seiner historischen Novellen[1], einem Kabinettstück erzählender Kleinkunst, gemacht hat, in der Pilatus, von seinen Ämtern zurückgezogen und ganz seiner Neigung als vornehmer Privatmann lebend, jenes Prozesses sich gar nicht mehr erinnern kann, so wenig Eindruck hat er auf ihn gemacht. Genau so urteilt etwa ein englischer Oberrichter in Indien, der religiöse Schlägereien zwischen Hindus und Mohammedanern zu schlichten hat, selbst himmelweit entfernt von innerem Anteil daran, ob die Hindus ein Schwein in die Moschee haben laufen lassen oder die Mohammedaner ein heiliges Rind geschlachtet haben. Und wenn Kautsky es als unmöglich beanstandet, daß ein im regulären Gerichtsverfahren zum Tode verurteilter Unruhestifter etwa hätte auf Fürbitte des Volkes von der Strafe befreit werden können, wie das Pilatus mit Christus machen wollte und schließlich mit Barrabas tun mußte, so hat Deißmann[2] auf Grund eines Papyrus vom Jahre 85 n. Chr. nachgewiesen, daß gerade jenes Verfahren in der römisch-orientalischen Gerichtspflege gang und gäbe war. Der Statthalter von Ägypten, Septimius Vegetus, ein anderer Pontius Pilatus, sagt in diesem Protokoll einer Gerichtsverhandlung wörtlich zu dem Angeklagten Phibion: „Verdient hättest du, daß du Geißelhiebe erhieltest, ich will dich aber dem Volkshaufen schenken." Das Losbitten des Verurteilten war also gang und gäbe und, wenn auch formell nicht ganz korrekt, vielleicht eine Konzession an die unterworfenen Völker dafür, daß ihnen die peinliche Gerichtspflege entzogen war. Überhaupt wird durch die Ergebnisse neuer Papyrusforschungen die historische Wahrheit des Neuen Testaments oft in überraschender Weise gerade in kleinen Einzelzügen buchstäblich bestätigt, wie z. B. das Gleichnis, daß man in Syrien und Ägypten zwei Sperlinge um die niederste Kupfermünze auf dem Markte kaufte, wörtlich zutrifft[3]).

1) „Le procurateur de Iudée", im Sammelband „L'étui de nacre".

2) In seinem „Licht von Osten. Das Neue Testament und die neu entdeckten Texte der hellenistisch-römischen Welt." Tübingen 1908. S. 193.

3) Ein 1899 in Aigeira entdecktes Fragment des Diokletianischen Maximaltarifs gibt den Höchstpreis der Sperlinge an. Vgl. Deißmann a. a. O. S. 196.

Die weitere Schilderung Kautskys von der Organisation und der erfolgreichen Ausbreitung des Christentums in den Mittelmeerländern lehnt sich stark an die maßgebenden Arbeiten von Hatch an. Für Kautsky ist es natürlich ausgemacht, daß es vor allem das enge Zusammenhalten der Gemeinde in wirtschaftlicher Beziehung, die gegenseitige Hilfe, die nach ihm durchaus ein völliger Kommunismus des Genießens war, gewesen ist, was die erfolgreiche Ausbreitung des neuen Glaubens begünstigte. Von einem Kollektivismus gemeinsamen Produzierens konnte deshalb keine Rede sein, weil in der Folge der Schwerpunkt der Gemeinden vom Lande in die großen Städte verlegt wurde, wo das Proletariat im wesentlichen nur ein Schmarotzerdasein führte und auf Getreidespenden und Klientel angewiesen war. Dieser Annahme würde z. B. Harnack insofern entschieden widersprechen, als seiner wohlbegründeten Meinung nach die Träger des neuen Glaubens keineswegs vorwiegend die alleruntersten Schichten, die Sklaven und die gänzlich besitzlosen Proletarier, waren, sondern vielmehr vor allem der kleine Mittelstand, der größtenteils von seiner Hände Arbeit lebte. Ein gemeinsames Produzieren wäre also materiell durchaus nicht ausgeschlossen gewesen. Wenn es nicht geschah, so lag die Ursache doch wohl eher darin, daß man den Erscheinungen des Wirtschaftslebens keinen allzu großen Wert beimaß. Freilich existiert über die Frage, ob ein wirklicher Kommunismus auch nur des Genießens in den ältesten und älteren christlichen Gemeinden bestanden habe, eine ganze Literatur, deren Ergebnisse, nicht zum wenigsten beeinflußt durch vorgefaßte Meinung und Parteistellung ihrer Träger, weit auseinandergehen. Wenn die Überlieferung für einen derartigen Kommunismus nur sehr schwache Zeugnisse gibt, so sieht Kautsky gerade darin einen weiteren Beweis für die spätere Domestikation des Christentums, für das nachträgliche Bestreben, der Urkirche den „Ludergeruch des Kommunismus zu nehmen" (S. 356). „Je mehr die messianische Erwartung der Zukunft überirdische Formen annahm und politisch konservativ oder indifferent wurde, desto mehr mußte nun die praktische Sorge für die Gegenwart in den Vordergrund kommen. Aber in demselben Maße, wie der revolutionäre Enthusiasmus abnahm, wandelte sich auch der praktische Kommunismus selbst" (S. 434). Diese Auffassung Kautskys enthält einen starken inneren Widerspruch. Denn wenn der Kommunismus ein integrierender Teil des Urchristentums und gerade seine wirtschaftliche Seite gewesen wäre, so hätte doch in dem Maße, als der Chiliasmus, der Glaube an die baldige Wiederkehr Christi, abnahm, die Sorge für den Alltag zunehmen und dadurch der Kommunismus als die wirtschaftliche Seite um so stärker ausgebaut und betont werden müssen. Auffällig ist es auch, daß die gegnerischen Schriftsteller, wie z. B. Lukian, den Christen zwar alle möglichen Schandtaten, kultische Orgien, Ritualmorde und das Tageslicht scheuende staatsgefährliche Verschwörungen vorwerfen, aber keinen Kommunismus des Besitzes und Genießens. Kautskys Erklärung: Kommunismus sei jenem Zeitalter eben nicht als Vorwurf erschienen und deshalb in den Anklageschriften der Gegner nicht erwähnt worden, ist wohl kaum stichhaltig für die Spätantike, die jede engere Gemeinschaftsverbindung unbarmherzig als Verschwörung verfolgte und im Corpus juris gerade das Eigentumsrecht

bis in seine letzten Konsequenzen ausbaute und stärker wie die Person schützte. Jedenfalls, wenn es anfangs so etwas wie einen christlichen Kommunismus gegeben hat, so ist er so schnell wieder verschwunden, daß auf seine werbende Kraft, die Aussicht, sich bei den täglichen Liebesmahlen sattzuessen, der Erfolg des Christentums nicht zurückgeführt werden kann. War man doch im Gegenteil sehr früh darauf bedacht, sozial höherstehende und wohlhabende Leute zu Glaubensgenossen zu bekommen [1]), und schon Jakobus (II, 2–9) eifert um die Mitte des 2. Jahrhunderts in seinem Briefe dagegen, daß man in den Versammlungen die Reichen mehr ehre wie die Armen. In dem Maße, wie dann das Christentum zur Herrschaft gelangt, muß es mit Notwendigkeit sein Programm verändern und erweitern und, je mehr die Hoffnung auf die unmittelbare Wiederkehr Christi abnimmt, desto mehr zu den irdischen Dingen Stellung nehmen und sich ihnen anpassen. Dieser Zwang zur Stellungnahme gegenüber den sozialen Problemen fällt aber nicht in die Rubrik des Sozialistischen, sondern in die weitere des allgemein Soziologischen. Daß die ursprünglich welt- und staatsfeindliche Sekte, nachdem sie die Majorität oder wenigstens die einflußreicheren Teile der Bevölkerung für sich gewonnen, zur Staatskirche wird, ist eine historische Notwendigkeit, die Kautsky mit anderen Kritikern des Christentums diesem schwerlich mit Recht zum Vorwurf macht. Aus Seeck (Untergang der antiken Welt) kann man sehen, wie die schwächer werdende Zentralgewalt, soweit sie nicht ihre Prärogative an eine aufkommende Feudalität verlor oder sogar freiwillig abtrat, wie das Gelzer für Ägypten unter den Byzantinern nachgewiesen hat, mit Vorliebe der elastischen kirchlichen Organisation öffentlich-rechtliche Aufgaben der Rechtsprechung und Verwaltung delegierte und vor allem die Bischöfe zu Trägern richterlicher und Staatsgewalt machte. So kann man in gewissem Sinne die Kirche mit ihrer Episkopalverfassung und ihren Diözesen als ein Stück in die Neuzeit gerettete Antike bezeichnen. Die Bischöfe, die ἐπίσκοποι, sind es auch, die innerhalb der Kirche als die Fiskalverwalter des Kirchengutes gegenüber den Wanderlehrern zu maßgebender Bedeutung gelangen, ebenso etwa wie in modernen Ministerien der Finanzminister durch die überragende Wichtigkeit seiner Stellung oft die erste Rolle spielt. Das sind unbeabsichtigte Entwicklungen, die sich von selbst ergeben. Wachstumserscheinung, durch die starke Entwicklung der großstädtischen Gemeinden bedingt, ist überhaupt die arbeitsteilige Aufspaltung der Gemeinde im Lehr- und Nährstand; während ersterer und vor allem die Klostergeistlichkeit, die in ihren Klosterwirtschaften den Kommunismus des Genießens sogar auf das Produzieren ausdehnt, die älteste Form des Christentums, ein außerordentliches religiöses Virtuosentum, wie Max Weber es nennt, festhält, kann die breite Masse natürlich nur innerhalb der Welt die religiösen Ideale des

1) Origines weist den Vorwurf des Celsus, die Christen wagten sich mit ihrer Propaganda nur an Unmündige, Weiber und Sklaven zu wenden, ausdrücklich mit den Worten zurück, man verachte freilich auch die Unmündigen nicht, die Kirche richte ihren Ruf aber auch an trefflichere Menschen. (Overbeck, Studien zur Geschichte der alten Kirche, Chemnitz 1875.)

Christentums unvollkommen verwirklichen; für sie ist im Staatskirchentum ein gewisses Durchschnittsminimum religiöser Betätigung gegeben, das für die reguläre weltliche Beschäftigung genügend Zeit übrigläßt. Diese Erscheinung findet sich in der Entwicklungsgeschichte aller Religionen, sobald sie größere Ausdehnung gewinnen.

Ähnlich ist auch aus den Zeitläuften heraus die duldende Stellung des Christentums zur Sklaverei zu beurteilen, die Kautsky der Kirche zum schweren Vorwurf macht, die aber durch die Umstände bedingt war. Kiefl hat ja neuerdings¹) diesem Problem der Stellung der Kirche zur Sklaverei unter einem umfassenderen Titel ein ganzes Buch gewidmet, das im Grunde nur die Exegese der einen viel umstrittenen Stelle des Paulusbriefes, 1. Korinther, 7, 21, enthält: ἕκαστος ἐν τῇ κλήσει ᾗ ἐκλήθη, ἐν ταύτῃ μενέτω. Δοῦλος ἐκλήθης; μή σοι μελέτω. ἀλλ' εἰ καὶ δύνασαι ἐλεύθερος γενέσθαι, μᾶλλον χρῆσαι, und die er in dem einzig richtigen Sinne auslegt, daß Knecht Knecht bleiben soll. Seine Exegetik und Apologetik, die nicht vom Gegenwartsempfinden ausgeht, sondern sich in die damalige Zeit zurückversetzt, ist zweifellos berechtigt. Nur unhistorisches und programmatisches Denken kann eine andere als eine duldende und äußerlich anerkennende Stellung des Christentums der Spätantike zur Sklaverei erwarten. Kiefl sagt (S. 290): „Wer von der Kirche verlangt, daß sie, noch bevor die wirtschaftliche Entwicklung das System der freien Lohnarbeit gezeitigt hatte, dasselbe den Völkern hätte vorschreiben sollen, fordert nichts Geringeres, als daß dieselbe, statt Lehrerin der himmlischen Dinge zu sein, zum Berufe irdischer Lebensführung herabsteigen sollte. Dann hätte sie aber dem modernen sozialistischen Vorwurf einen Anlaß geboten, als sei sie selbst das Kind irdischer Not und Sorge, als sei die Religion des Geistes ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung."

Es ist merkwürdig, daß hier gerade ein katholischer Theologe, insofern bedeutend marxistischer als Kautsky, betont: die Kirche könne keine sozialen Wunder wirken, sondern sei selbst an den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung gebunden, dem sie nur mildernd sekundieren könne. So hat sie also „tröstend am Bette des sterbenden Zeitalters gesessen", hat die Herren zur milden Behandlung der auf kirchlichem Gebiet gleichberechtigten Sklaven, letztere zum freiwilligen Gehorsam gegen ihre Herren ermahnt, unter stetem Hinweis auf die Unwesentlichkeit des kurzfristigen irdischen Standes gegenüber dem ewigen Leben²). Anders als derart vermittelnd konnte die Kirche

1) Die Theorien des modernen Sozialismus über den Ursprung des Christentums, Kempten-München 1915.

2) Augustinus sagt nach Overbeck, Studien zur Geschichte der alten Kirche, S. 202, Enarrationes in Psalmum (CXXIV, § 7): „Siehe, nicht freie Männer aus Knechten hat Christus gemacht, sondern gute Knechte aus bösen Knechten. Wieviel schulden die Reichen Christus, da er ihnen das Haus in Ordnung hält!" Auch Brentano, der alle theoretischen Angriffe der Kirchenväter gegen das Privateigentum sorgfältig registriert hat, hat ja an anderer Stelle hervorgehoben, daß die Kirche, selbst Sklavenhalterin auf ihren

nicht handeln, wollte sie nicht wie ein anderer Simson die ganze schon bedenklich in ihren Fugen krachende antike Welt zum vorzeitigen Einsturz bringen und unter ihren Trümmern die eigene kunstvolle Organisation begraben. War ja doch die Sklaverei eine der Säulen und Fundamente der antiken Kultur, die trotz aller stoischen Perorationen von der ursprünglichen Gleichheit der Menschen dem Staat, der Familie und dem Eigentum als gesellschaftlicher Faktor völlig gleichgeachtet und gleichgeordnet war. Alle diese staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Bindungen werden nun von den Kirchenvätern in gleicher Weise nicht etwa prinzipiell anerkannt, sondern nur als schwere, aber notwendige Übel bezeichnet, die vom Sündenfall her über die Menschheit verhängt worden seien und deshalb ohne äußere Auflehnung ertragen werden müßten[1]; so nicht nur die Abhängigkeit des Individuums vom Staat, der im Zeitalter des Konstantin dem Untertanen ja nur noch als ein grenzenloses Übel erscheinen konnte, sondern selbst die der Frau vom Manne in der Ehe. Das Christentum hat sich also im innersten Kern seinen ursprünglichen individualistisch-atomistischen Charakter, den sein Gründer ihm verliehen, bewahrt. Die äußere Anerkennung des bestehenden Zustandes, dem inneren Geiste der christlichen Doktrinen entgegengesetzt, ist nur eine notgedrungene Konzession an die Umstände, deren Notwendigkeit wir uns leicht vergegenwärtigen können: Träger des neuen Glaubens zur Zeit des Augustinus sind vor allem die breiteren kleinen und mittelbürgerlichen Schichten in den Städten. Auf ihnen lastet ein raubgieriger Staat, der unbarmherzig das letzte aus den Untertanen herauspreßt; unter der Schwelle brodelt die Hölle eines korrumpierten Sklaventums, dessen plötzliche Loslassung völligen inneren Umsturz bedeutet hätte; an den Grenzen und vielfach schon im Innern droht ein unkultivierter Feind. Die Kirche als diesseitige Organisation ist also fast in der Lage des am Brunnenrand sich anklammernden Mannes, über ihm das drohende Kamel, unter ihm im Brunnenloch der Drache. In dieser furchtbaren Situation hat die Kirche jenes Lavieren und Paktieren gelernt, mit dem sie noch jetzt ihre Triumphe erringt. Durch ihre Elastizität hat sie nicht nur den Stürmen der Völkerwanderung standgehalten, sondern ist gerade im allgemeinen Zusammenbruch gewachsen. Kautsky sieht in diesem Paktieren des kirchlichen Organismus einen Triumph der materialistischen Geschichtsauffassung (S. 472): „Auch diesmal mußte sich die Ideologie vor der Ökonomie beugen.“ Das ist aber, wie wir gesehen haben, nur halb richtig. Die Kirche hat ihre prinzipiell gegensätzliche Stellung gegenüber Staat und gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen nie gänzlich aufgegeben und in ihrer Doktrin viel von ihrem ursprünglichen Geist und Inhalt beibehalten. Insofern hat Brentano, der mit großer Belesenheit alle Stellen

---

Besitzungen, die Institution der Sklaverei eher geduldet und erhalten als bekämpft hat, in praktischen Fragen also sich gegenüber dieser im späten Altertum und frühesten Mittelalter wichtigsten Eigentumsform (denn Boden ohne menschlichen Besatz war wertlos) anerkennend verhielt.

1) Chrysostomus, Sermo IV, nach Overbeck aaO. S. 198.

der Kirchenväter, die das Eigentum als dem Naturrecht, der ursprünglichen Gleichheit der Menschen und dem Willen Gottes widersprechend verwerfen, gegenüber Troeltsch zweifellos recht. Die betreffenden Stellen sind ganz eindeutig und in ihrer Tendenz gar nicht mißzuverstehen; es muß aber die soziale Akustik jener Rhetorik mitberücksichtigt werden. Es waren Ermahnungen an die Inhaber des ungerechten Mammons, ihren Geldbeutel weit aufzutun und ihren ärmeren Mitbrüdern mitzuteilen, sozial ungefährlich in einer Zeit, in welcher die Besitzlosen die gegen den Besitz gerichteten Diatriben nicht lesen konnten, doppelt nötig aber in einer Epoche sinkenden Reichtums, für welche der Splendor öffentlicher Anerkennung seitens der Polis, der in den besseren Zeiten der Antike zu verschwenderischer Freigebigkeit bewogen hatte, keine Anziehungskraft mehr hatte. An seine Stelle mußte die Hoffnung auf jenseitiges Leben oder für härtere Herzen die Furcht vor ewigen Höllenstrafen treten. Ausgedehnte Wohltätigkeit ist die Versicherungsprämie für das Diesseits und Jenseits. „Machet Euch Freunde mit dem ungerechten Mammon“, lehrt schon Christus selbst[1]).

So ist die praktische Stellungnahme der Kirche, die nicht identisch ist mit den Doktrinen der Kirchenväter, das Produkt eines Kompromisses. Durch die Ideen ihres Gründers hat die christliche Religion Richtung und Stoßkraft erhalten. Äußere Einwirkungen der Umwelt haben dann wohl die ursprüngliche Richtung stark modifiziert, die Grundtendenz ist aber auch unter veränderten Verhältnissen zäh festgehalten worden. System und Organisationen sind wie Organismen, deren äußere Formgestaltung sich der Umgebung anpaßt und mit ihr sich wandelt. Jene Anpassung ist aber erst nach Kampf kompromißartig dem Organismus oder der Organisation abgerungen, die ihr eigenes Gesetz in sich trägt und der sich verändernden Außenwelt gegenüber möglichst lange festhält, da sie nicht nur dem Gesetz innerer Kausalität, sondern nicht minder demjenigen innerer Finalität untersteht. Das Produkt dieser Kämpfe mit der Umgebung ist dann eben jene angepaßte Enderscheinung, die also auf zwei entgegengesetzten Faktoren beruht, dem ursprünglichen Geist der Beharrung und Selbstbehauptung, und der teilweisen Ergebung in die Umwelt. So hat auch das Christentum, innere Stetigkeit im äußeren Wandel zeigend, den jeweiligen Umständen sich ebensowohl angepaßt wie entsprechend seiner ursprünglichen Tendenz widersetzt. Was aus diesem Kampfe sich auf mittlerer Linie herauskristallisiert, das ist die jeweilige Kirche der einzelnen Jahrhunderte, ein Kompromißprodukt zwischen Stetigkeit und Wandel. Das kirchliche Dogma möchte das leugnen und die Kirche als den von den wechselnden Erscheinungen der Umwelt umbrandeten, aber unberührten Felsen hinstellen. Diese Behauptung kann einer historischen Kritik nicht standhalten; noch mehr aber irrt der Marxismus, wenn er den eingeborenen Trieb der Selbstbehauptung der „geprägten Form, die lebend sich entwickelt“, nicht berücksichtigt und mit Eigenleben und Beharrungs-

1) Genau so werden demnächst unsere Zeitungen schreiben, eigentlich gehöre unser gesamtes Vermögen dem Vaterlande, um uns dadurch auf die Abtretung von einem Fünftel desselben vorzubereiten.

trieb begabte Ideengebäude für restlose Produkte der Umgebung erklären will [1]).

Jene opportunistische Stellungnahme zu den Fragen des Eigentums und der Freiheit, welche die Kirche in Anpassung an die vorgefundenen Verhältnisse einnahm, veranlaßt Kautsky im Gegensatz zu Engels, der im Sozialismus eine geradlinige Fortsetzung des wahrhaft verstandenen Christentums sah, trotz scheinbarer Ähnlichkeiten eine scharfe Grenze zwischen beiden Bewegungen zu ziehen. Das Christentum habe erst in veränderter Form als Herrenreligion durch seine überlegene Organisation gesiegt, nachdem es Inhalt und Kern preisgegeben oder ins Gegenteil verkehrt habe. Und insofern das antike, durch Klientel und Getreidespenden korrumpierte Proletariat mit dem modernen werktätigen nicht zu vergleichen ist, hat Kautsky mit einer Ablehnung des so naheliegenden Vergleichs beider Bewegungen nicht unrecht. Groß ist aber die Analogie zwischen Sozialismus und Christentum gerade da, wo Kautsky sie am energischsten ablehnt, nämlich in der allmählichen Umwandlung und Durchsetzung der ursprünglich proletarisch-kleinbürgerlichen Bewegung, sobald sie Anteil an der Herrschaft gewinnt, mit aristokratischen und bureaukratischen Elementen. Kautsky behauptet natürlich, das werde sich beim Sozialismus nicht wiederholen; das Proletariat werde, wenn es erst einmal die Diktatur erlangt habe, mit einem Schlage ein neues demokratisches Zeitalter heraufführen. Da es sich zur Ausübung der Herrschaft indessen immer bestimmter Organe bedienen muß, die es zwar scheinbar frei wählen kann, die ihm aber in Wirklichkeit von unverantwortlichen Ausschüssen zur Wahl vorgesetzt werden, so hat es wieder eine Bureaukratie über sich, die im Besitze einer außerordentlich straff zentralisierten Regierungsgewalt sogar unumschränkter und absoluter schalten kann, wie alle früheren Regierungen, die auf andere historisch entstandene Interessen Rücksicht nehmen müssen. Problem aller Demokratien!

Daß Kapitalismus sowohl wie Sozialismus, von deren Zusammenwirken Kautsky am Schlusse seines Buches mit wahrem Köhlerglauben ein neues Zeitalter und den künftigen Weltfrieden erhofft, sich völlig unfähig zeigten, den Ausbruch des Weltkriegs zu verhindern, darauf sei nur nebenbei hingewiesen. Die rationalistische Anschauung, daß die wohlverstandenen eigenen Interessen der Völker künftig große Kriege verhindern würden, ist durch die Tatsachen furchtbar widerlegt worden. Andere Fragen, als Freihandel und Schutzzoll, als materielle Beweggründe überhaupt, bedingen die letzten großen Entscheidungen der Weltgeschichte. Die materialistische Auffassung des historischen Geschehens als einziges Erklärungsprinzip ist ein zu enger Gesichtswinkel, typische pars pro toto-Anschauung. Und speziell auf religiöse Probleme bezogen kann sie wohl als Standortslehre wertvolle Aufschlüsse gewähren und durch Aufdeckung der Wechselbeziehungen zwischen Religion und Wirtschaft die Grenzen beider sich gelegentlich stark berührender und

1) Über „Eigenleben der Ideen“ und „Wachstum der geistigen Werte“ vgl. Paul Barth, „Die Philosophie der Geschichte als Soziologie“, Lei[illegible] 1915, S. 709–711.

überdeckender Gebiete feststellen, kann aber nicht von außen her in den innersten Kern des Religionskomplexes eindringen.

Dabei ist das Axiom, von dem der überzeugte fatalistische Marxismus ausgeht, daß die wirtschaftliche Entwicklung ihre immanenten Gesetze in sich selbst trage, so daß man ein außer- oder übermaterielles Prinzip nicht brauche (sozusagen materialisierte Hegelsche Lehre), im Grunde genau so dogmatisch und erfordert das gleiche Maß von Glauben wie die Lehre der Kirche. Zwischen der letzteren und dem dogmatischen Marxismus bestehen deutliche Parallelen, nur auf verschiedenen Gebieten. Bei beiden soll sich der Geist in der Entwicklung selbst manifestieren: das eine Mal in der Kirchengeschichte, welche die von einer höheren, außerweltlichen Instanz bewirkte Geschichte des Reiches Gottes und seiner allmählichen Auswirkung auf Erden ist, das andere Mal in der profanen Wirtschaftsgeschichte, welche die Entwicklungstendenz in sich selbst trägt, von Marx also gewissermaßen vergottet wird. Durch die berühmte Hegelsche Synthese der Antithesen soll sie aus sich heraus automatisch das dritte Reich der Befreiung aller Menschen von wirtschaftlichen Abhängigkeiten herbeiführen, ein materieller Chiliasmus, der dem kirchlichen an Anforderungen an die Glaubensfähigkeit jedenfalls nichts nachgibt. Wir finden aber das Hegelsche Axiom, daß ein Gegensatz unvermittelt in den andern umschlägt, kaum jemals in der Weltgeschichte, sicher aber nie in der Wirtschaftsgeschichte bestätigt; selbst bei den größten Wandlungen bleibt ein starker Rest früherer Verhältnisse zurück. Woran liegt das? Am menschlichen Beharrungsvermögen, daran, daß sich in der Seele des einzelnen und ihrer Gesamtheit, dem esprit public, die Eindrücke der veränderten Umwelt nicht restlos sich widerspiegeln und objektivieren, sondern nur stark subjektiv verändert wiedergegeben werden. Ist doch die einzelne wie die Massenseele bereits eng beschrieben durch die Vergangenheit, durch erworbene und ererbte Anschauungen. So stellt sich uns die letzte Ursache, warum die materialistische Geschichtserklärung auf rein ideologischem Gebiete unzulänglich ist, dar als eine mißbräuchliche Übertragung anorganisch-naturwissenschaftlicher Anschauungen auf geistiges oder kulturwissenschaftliches Gebiet. Auf dem Gebiete der anorganischen Naturwissenschaften herrscht, wenigstens nimmt man das als Axiom an, lückenlose Äquivalenz von Ursache und Wirkung, welche letztere in genau entsprechendem Ausmaß die Ursache widerspiegelt und mit ihrem Wegfall aufhört. In der Welt des Organischen und der von ihm abhängigen geistigen Beziehungen aber gelten andere, kompliziertere Relationen [1]), Summation der Reize, Fortdauer und mitunter sogar stetiges Wachsen

1) Wir pflegen die menschlichen Handlungen mit einer Art von post-festum-Kausalität als determiniert zu bezeichnen. Psychologischer Determinismus ist aber (nach Eisler, Wörterbuch der Philosophie, Bd. I, S. 225) „das Wollen und Handeln als unmittelbares Resultat innerer geistiger Faktoren, von gefühlsbetonten Vorstellungen, vom Ich, vom Charakter, von der Persönlichkeit.“ Auch wenn wir das Ich, das nach Machs konsequent naturwissenschaftlicher Weltanschauung „nicht mehr zu retten ist“, aus dem Spiele lassen, so ist doch [illegible]plex ererbter Charakteranlage und erworbener Gefühle, dem

der Wirkung nach Fortfallen der Ursache, so daß z. B. unter Umständen Ideen, deren erzeugende Ursache längst weggefallen, erst nach langer Inkubationsfrist im Laufe kommender Jahrhunderte unter veränderten Verhältnissen sich ausbreiten und neue Zustände erzeugen können. Jene Zustände dauern dann ihrerseits, nachdem die erzeugenden Ideen längst ihre werbende Kraft verloren haben, fort und das System, unter dem die tragenden Stützen der Ideen, denen es seinen Ursprung verdankt, längst weggeschlagen sind, erhält sich scheinbar freischwebend in der Luft. Oder die ursprünglichen tragenden Ideen sind so transformiert, daß wir ihren Ursprung nur noch historisch zu erfassen vermögen. So ist das, was das soziale Gefüge der Union heute zusammenhält, nur die Nachwirkung längst aufgegebener, überwundener Ideen des achtzehnten Jahrhunderts oder noch weiter zurückliegender puritanischer Grundlagen. Und was ist die opfervolle Hingabe des modernen Staatsbürgers an den abstrakten Staat anderes als transformierte und entpersönlichte Mannentreue? Im schnell entwickelten Japan können wir noch beobachten, wie sie von den einzelnen Feudalherren, den Daimios, auf den Mikado als die Verkörperung des Staates übertragen wurde.

Wir sehen also die Ideen als selbständige Macht wirken und durch ihre Folgeerscheinungen die politische sowohl wie die Wirtschaftsgeschichte beeinflussen. Damit ist keineswegs die Unbrauchbarkeit der materialistischen Geschichtsauffassung zur Feststellung historischer und kultureller Zusammenhänge behauptet. Selbstverständlich beeinflussen die wirtschaftlichen Zustände auf das nachhaltigste das unbewußte Fühlen, damit das bewußte Denken und damit das Handeln; aber eben nicht automatisch, sondern nur modifiziert durch den bereits vorhandenen Bewußtseinsinhalt und durch alle möglichen anderen Faktoren, von denen Barth [1]) vor allem die umgebende Natur, deren Einwirkung auf den Menschen der Marxismus ganz vernachlässigt, mit Recht hervorhebt. Gleich unmöglich ist es also, sowohl aus rein ideologischen, wie auch aus rein materiellen Motiven historisches Geschehen restlos zu erklären [2]) [3]). Jeder Monismus ist hier eine bewußte oder unbewußte Unehrlichkeit,

---

auch der überzeugteste Sensualist nicht die Existenz abstreiten wird, das Medium, welches die unmittelbare Wirkung äußerer Kausalität durch sein Prisma durchpassieren läßt um sie nach Gesetzen, die uns erst sehr unzureichend zugänglich sind, aufzuhalten oder abzulenken, jedenfalls aber zu verändern. Determinismus wäre also psychologisch modifizierte Kausalität.

1) Barth: „Die Philosophie der Geschichte als Soziologie", S. 701.

2) In einer Duplik verwahrt sich Max Weber, der dem religiösen Komplex als wirtschaftsbildendem Faktor zu größerer Anerkennung verholfen hat, energisch gegen die Annahme, er wolle nun eine Wirtschaftsgeschichte aus rein idealistisch-spiritualistischen Gesichtspunkten heraus konstruieren (Archiv für Sozialwissenschaft 1909, S. 271–283).

3) Einen derartigen Parallelismus legt auch von Schulze-Gaevernitz der Schilderung des Aufbaues des englischen Imperiums zu Grunde. (Britischer Imperialismus und englischer Freihandel, Leipzig 1906.) Er nimmt zwei von

welche die eine oder andere Hälfte der Verursachungen nicht sieht oder nicht sehen will. Ein offener Dualismus, der die Polarität der Kausalitäten sieht, als Gegensatz hinnimmt und auf ihre Überbrückung oder sogenannten Auflösung in eine höhere Einheit und wie alle diese Verkleisterungsversuche sonst lauten mögen, von vornherein verzichtet, ist das einzig Mögliche. In einem unzulänglichen Gleichnis könnte die Wechselwirkung von Idee und Umwelt auf das historische Getriebe etwa als ein Zahnrad mit abwechselnd schwarzen und weißen Zacken dargestellt werden. Der eine Zahn treibt immer den anderen, und die Frage, ob ein weißer oder schwarzer Zahn das primum movens war, ist eine ebenso müßige Spekulation wie die Frage, ob das Ei oder die Henne eher da war.

---

einander unabhängig sich vollziehende Entwicklungsreihen an, die in gleicher Richtung, aber jede für sich, an der Ausgestaltung des englischen Weltreichs beteiligt sind. „Ein solcher Beobachter sieht, wie im vorliegenden Falle eine mächtige Gedankenwelt sich selbständig entfaltet und in ihren wesentlichen Zügen bereits feststeht, als sie mit einer ihr zusagenden wirtschaftlichen Entwicklung zusammentrifft. Er sieht, wie die Gedanken nunmehr in die Wirtschaftsbewegung einschlagen und von ihr emporgetragen werden, aber auch auf sie zurückwirken und die Wirtschaftsentwicklung selbst tiefgreifend beeinflussen" (S. 123).

Zur Geschichte der inneren Kolonisation

von

W. Wygodzinski (Bonn a. Rh.).

Die innere Kolonisation ist in Deutschland, abgesehen von der Häuslersiedelung in Mecklenburg, erst seit den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder in Fluß gekommen; die umfangreiche Ansiedelung des absolutistischen Regimes war ohne Nachfolge geblieben. Immerhin waren die Fragen der inneren Kolonisation in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht ganz vergessen. In der Zeit der politischen Erregung der 30er und 40er Jahre diskutierte man sie, meist im Zusammenhang mit der Frage der Auswanderung; in Preußen ergingen auch Regierungsverfügungen weitgehender Art, aber das praktische Resultat beschränkte sich auf die Parzellierung einzelner Domänen, namentlich in Neu-Vorpommern [1]).

Ist das Ergebnis auch äußerst gering, so ist doch diese bisher wenig beachtete Bewegung sozialgeschichtlich nicht ohne Interesse. Die Diskussion war nämlich nicht, wie in den letzten Jahrzehnten, national- und agrarpolitisch, sondern sozialpolitisch begründet; die Ansiedelung galt als eines der möglichen Mittel gegen den „Pauperismus", wie es in der Sprache jener Zeit heißt. An anderer Stelle [2]) habe ich früher erzählt, wie der Landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen, der offizielle und durchaus bürgerlich gesinnte Vertreter der rheinischen Landwirtschaft, die soziale Frage 1849 durch Errichtung einer kommunistischen Landarbeiterkolonie in Röttgen bei Godesberg lösen wollte, der Finanzminister versagte nur die durchaus erforderliche Beihilfe. Der Gedanke ist in diesem Falle möglicherweise von Frankreich nicht unbeeinflußt; aber auch in anderen landwirtschaftlichen Kreisen trat man mit Eifer für innere Kolonisation ein. Auf dem 1848/49 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Kongreß von Abgeordneten der landwirtschaftlichen Vereine aus ganz Deutschland wurde der Antrag gestellt:

„die National-Versammlung und Reichsgewalt zur Vorsorge zu veranlassen, daß bei Behandlung der Auswanderungsfrage die noch im Inlande reichlich vorhandene Gelegenheit zum lohnenden Erwerbe, zur Gewinnung von Grundbesitz und zu Kolonisationen nicht aus dem Auge gelassen, daher auch die einzelnen Regierungen angeregt, insbesondere aber auch die letzteren, soweit

---

1) Vgl. SERING, Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. Leipzig 1893. S. 51.

2) Vgl. WYGODZINSKI, Raiffeisen in SCHMOLLERS Jahrbuch 1899, S. 10[illegible]

sich innerhalb ihrer Staaten noch ausgedehntere kolonisationsfähige Ländereien befinden, zur Einsendung von Karten, Kolonisationsplänen und genauen Schilderungen aufgefordert, diese Materialien gesammelt und durch Vermittlung der Regierungen, landwirtschaftlichen Vereine und sonst zur Kenntnis der deutschen Auswanderungslustigen gebracht, auf gleichem Wege auch die Einleitungen zur Übersiedelung vermittelt werden möchten.“

Wie man sieht, ist hier die Ansiedelung als Ersatz der Auswanderung empfohlen. Das war eine Anschauung, die vom nationalen Standpunkte als grosser Fortschritt zu betrachten war; denn die 40er Jahre sahen in der Auswanderung „sowohl für die Bleibenden wie für die Wegziehenden ein Bedürfnis und ein Glück“, wie kein geringerer als Robert v. Mohl es ausdrückte. Seit dem Hungerjahre 1847 schien das Gespenst der Übervölkerung immer gefahrdrohender. Der (neben zahlreichen anderen Vereinen) 1847 gegründete Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedelung bezeichnete die Auswanderung als Nationalbedürfnis; die Regierungen unterstützten sie in jeder Weise, auch mit beträchtlichen Geldmitteln. So wurden in Baden allein in den Jahren 1840/49 aus Staats- und Gemeindemitteln fast 3 Mill. Gulden für diesen Zweck ausgegeben. Man versuchte die Auswanderung planmäßig in bestimmte Länder vor allem Amerikas zu lenken, um durch Zusammensiedelung größerer Mengen den Auswanderern ihr Deutschtum zu erhalten, selbstverständlich mit minimalem Erfolge [1]).

Der Gedanke, diese abströmenden Massen der Heimat zu erhalten und ihnen doch zugleich die Möglichkeit einer gesicherten und unabhängigen Existenz zu verschaffen, musste sich aufdrängen. Einer der ersten, wenn nicht der erste überhaupt, der unter diesen Gesichtspunkten die innere Kolonisation empfahl, war ein hoher preußischer Beamter, der als Agrarpolitiker wohlbekannte A. Lette. Auf zwei vergessene Abhandlungen von ihm möchte ich hier hinweisen. Die erste ist der „Auszug aus einem an des Herrn Minister des Inneren Exzellenz erstatteten Reiseberichte des Präsidenten Lette über die Bereisung der Provinz Preußen“ (veröffentlicht in den „Annalen der Landwirtschaft in den Königlich Preußischen Staaten“, V. Jahrg., 10. Band. Berlin 1847, S. 1—44); die zweite: „Über innere Kolonisation“, ist in den „Mitteilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“, dessen Präsident er war, in der 5. Lieferung vom 5. Dezember 1849, S. 68—87 erschienen.

Der vom 20. September 1846 datierte Reisebericht spricht in einem besonderen Abschnitt über „Kolonisationen“, denen die Provinz von alters her ihr Entstehen und Aufblühen verdanke. Lette drückt den Wunsch aus, es möge gelingen, in gleich großartigem Maßstab wie unter dem deutschen Orden, dem großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich d. Gr. die Kolonisationen fortzusetzen und zum Besten dieser, in ihrer Entwickelung allerdings zurückgebliebenen Provinz auch nur einen Teil der süd-

1) Über diese Bewegung vgl. Mönckmeier, Die deutsche überseeische Auswanderung. Jena 1912, S. 47 ff., 331 ff., 242 ff.

deutschen und westfälischen Auswanderer zu gewinnen, die hauptsächlich der Umstand über das Meer treibe, daß sie bei den gestiegenen Güterpreisen und der Zerstückelung des Bodens ihren Kindern im Vaterlande kein auskömmliches Los mehr schaffen könnten. Preußen habe des dankbaren Landes noch genug, das jetzt noch immer zu verhältnismäßig sehr niedrigen Preisen zu erwerben sei. LETTE verweist auf zwei Vorgänge der neuen Zeit. Vor ungefähr 20 Jahren seien in der Herrschaft Flatow von dem (um Preußen auch sonst hochverdienten) Staatsminister ROTHER auf den bei den gutsherrlich-bäuerlichen Regulierungen an die Gutsherrschaft abgetretenen Entschädigungsländern 14 Kolonien gegründet worden, in welchen sich auf einem Areal von 13844 Morgen 217 selbständige Ackerwirte und auf einem Areal von 1850 Morgen in den Handwerkerkolonien 243 Handwerker und Tagearbeiter trefflich nährten, neben den jetzt ebenfalls sehr gut situierten Bauern der alten Ortschaften, die nur einen Teil ihres überflüssigen, sonst großenteils unkultivierbaren Landes abgetreten hätten. Noch interessanter ist eine im Herbst 1845 erfolgte Ansiedelung hessen-darmstädtischer Auswanderer, welche die Niederlassung in Preußen der in Amerika vorzogen, in Rothfließ durch die Allensteiner Kreiskorporation. Die Hessen brachten in ihre neue Heimat eine Anzahl technischer Neuerungen (ausgedehnten Kleebau, Bau besserer Gemüsearten, Stallfütterung, gemauerte Miststätten usw.) mit, so daß sie rasch zum Vorbild für die sie erst verspottenden polnischen Nachbarn wurden. Der Erfolg dieser Kolonisation hatte die Kreiskorporation bewogen, weitere 1400 Morgen bei der Separation gewonnenen Landes für den gleichen Zweck zu bestimmen, und zwar war die Absicht, dorthin Kolonisten aus den Gegenden des vorgeschrittenen Flachsbaus im Minden-Ravensbergischen zu ziehen. Als den Urheber und Leiter der Maßnahme bezeichnet LETTE den Landrat VON PEGUILHEN[1]). LETTE befürwortet, diese Kolonisationen in größerem Stile fortzusetzen; Land sei noch reichlich und zwar zu mäßigem Preise zu haben.

Während in diesem Reisebericht die innere Kolonisation immerhin nur gestreift wird, ist sie der einzige Gegenstand der zweiten Abhandlung, in der LETTE die Frage grundsätzlich in seiner Eigenschaft als Präsident des Zentralvereins behandelt. Wie er ausführt, nahm sie das Interesse der Menschen- und Vaterlandsfreunde besonders von zwei Gesichtspunkten aus in Anspruch. Die einen sahen darin ein Hauptmittel zur Überführung des anwachsenden städtischen Proletariats zu landwirtschaftlichen Beschäftigungen; dies teils im besonderen Interesse derer, welche dieser Arbeiterklasse angehören, teils im allgemeinen nationalen Interesse der Landkultur und ihrer Produktionen[2]). Von der anderen Seite erblickte man in der inneren Kolonisation ein kräftiges Gegenmittel gegen die Auswanderung. Die Hoffnungen beider Gruppen von Enthusiasten behandelt LETTE allerdings mit starkem

1) Ob dieser Landrat identisch mit M. v. LAVERGNE-PEGUILHEN ist, konnte ich nicht feststellen. Letzterer war Ostpreuße; seine „Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft" erschienen 1838/1841 in Königsberg.

2) Also ähnliche Gedankengänge wie heute bei der Befürwortung einer „sozialen Kolonisation" im Sinne HANS OSTWALDS.

Skeptizismus, insbesondere verhält er sich gegen die Übersiedelung städtischer Arbeiter auf das Land sehr mißtrauisch. Aber trotzdem behalte die innere Kolonisation eine große Bedeutung: einmal als Mittel zur Mäßigung eines krankhaft gesteigerten Auswanderungswesens. wie als Mittel der Ausgleichung der, wenn auch nur sporadisch in wenigen einzelnen Distrikten, herrschenden gewerblichen und ländlichen Übervölkerung, wie endlich zur Hebung der Landeskultur und in deren Gefolge der allgemeinen Erwerbsquellen und Produktionsverhältnisse der Nation.

Lette skizziert nunmehr die Grundgedanken eines entsprechenden Vorgehens. Er wünscht eine Zentralstelle für innere Kolonisation in Verbindung mit dem Auswanderungsamt; da inzwischen in erster Linie Preußen in Betracht käme, will er eine preußische Zentralstelle, die am geeignetsten mit dem Landwirtschaftsministerium verbunden werde. In einer solchen Zentralstelle würde die Tätigkeit der Vereine einen wichtigen Anhalt und Vermittlungspunkt für ein in den meisten Fällen notwendiges Zusammenwirken mit der Staatsbehörde finden[1]. Zuvörderst habe man sich darüber zu verständigen, in welchen Landesteilen für innere Kolonisation der rechte Ort sei. Er geht dabei davon aus, daß die Kultivierung von Heiden, Mooren, Forsten, Ödland sich zwar ohne zu große Kosten bewirken lasse, aber der Natur der Sache nach zunächst der Bevölkerung der betreffenden Gegenden selbst Beschäftigung, teilweise auch eigenen Grundbesitz oder Erweiterung desselben verschaffe. Er denkt also in erster Linie an die Besiedelung größerer Güter — deren Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit „als Musterwirtschaften, wie zur dauernden oder doch aushelfenden Beschäftigung der ländlichen Handarbeiter er im übrigen nachdrücklich betont —, sei es durch Abverkauf einzelner Stücke, sei es durch Dismembration ganzer Vorwerke und Feldteile. Diese Form der Besiedelung sei überall möglich. Dagegen sei eine völlige Aufteilung von Großgütern dort nicht angängig, wo, wie in der Mark Brandenburg, der Betrieb der Landwirtschaft in lebhafter Entwicklung begriffen, auch an sich wie im Vergleich mit den kleinen bäuerlichen Grundbesitzungen rationeller sei und der Wert dieser Güter deshalb steige. Die Voraussetzungen für eine innere Kolonisation im großen Stile, d. h. die Möglichkeit und leichte Gelegenheit zur Erwerbung ausgedehnter und zusammenhängender kulturfähiger Landflächen gegen niedrige Preise fänden sich in den Provinzen Ost- und Westpreußen, in den nördlichen und östlichen Teilen von Pommern wie im Großherzogtum Posen, teilweise wohl noch in Oberschlesien. In ihnen sei bei dünner Bevölkerung, bei ihren weiten meist kulturfähigen Flächen, die der größeren Verwendung menschlicher Kraft und der Tätigkeit fleißiger Arbeiter entgegensähen, noch Platz für Millionen. Dort gebe es nicht bloß ausgedehnte Privatbesitzungen, die käuflich seien und deren Eigentümer noch immer häufig wechselten, sondern ebenso ausgedehnte Staatsdomänen und Forsten von ausgezeichnetstem, für die Landeskultur geeignetstem Boden

1) Die Forderung nach einer solchen Zentralstelle ist auch in der Gegenwart wiederholt ausgesprochen worden.

und von geringen Erträgen für den Staat; auch kämen dort häufig bereits bestehende bäuerliche Besitzungen zum freiwilligen oder gerichtlichen Verkauf für enorm niedrige Preise, die im Interesse der Kultur besser in die Hände kräftiger und fleißiger Besitzer übergingen.

Die innere Kolonisation dürfe nicht planlos vor sich gehen, sondern es müßten die subjektiven und objektiven Bedingungen der Nahrungsfähigkeit der Anzusiedelnden im Auge behalten werden. Zunächst dürfe das natürliche Grundgesetz für die bürgerliche Gesellschaft nicht unberücksichtigt bleiben, das sich freilich im Laufe der Dinge auch von selbst Geltung verschaffe, welches darin bestehe, daß verschiedene, größere und kleinere Güter, ebenso wie die verschiedenen Berufstätigkeiten (nach den dortigen Entwicklungszuständen Ackerbau, Handwerk und gewöhnliche Handarbeit) in einem richtigen Verhältnis nebeneinander notwendig seien, um die gedeihliche Existenz aller dieser Berufstätigkeiten und Arbeiterklassen gleichmäßig und nachhaltig zu sichern.

Zu den subjektiven Bedingungen des Gedeihens gehörten zunächst die persönlichen Eigenschaften der Ansiedler: Geschicklichkeit für die landwirtschaftliche oder gewerbliche Arbeit, Ausdauer, anhaltender Fleiß, Mäßigkeit und Sparsamkeit; ferner ein gewisser Besitz von Kapital, resp. von Vorräten. Sodann müsse noch darauf gerechnet werden können, daß die Handwerker und Handarbeiter in ihrem neuen Wohnort bald Arbeit und Verdienst erhielten.

Zur Beratung und Anleitung der oft aus ganz anderen Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen kommenden Ansiedlern verlangt Lette die Gewährung eines gewissen Patroziniums, also eines wohlwollenden Schutzes, sei es durch dazu geeignete Beamte, sei es durch Agenten oder Mitglieder des Ansiedelungsvereins.

Endlich erscheine die Mitwirkung der Staats- oder der Provinzialverwaltung wenigstens in einigen Beziehungen teils notwendig, teils nützlich. Notwendig sei in der Regel die Bewilligung der Freiheit von öffentlichen Abgaben und Lasten auf einige Jahre; nützlich die Vermehrung und Verbesserung der Verkehrswege, die Einrichtung eigener Gemeinde-, Schul- und Kirchenverbände und endlich Zuschüsse zur Erleichterung oder Verminderung der Kosten der Zureise und Übersiedelung.

Die Frage, ob der Staat selbst die innere Kolonisation in die Hand nehmen solle, will Lette zur Zeit nicht erörtern. Als Träger der Ansiedelung sei aber auf eigene Assoziationen der Ansiedler in der Gegenwart nicht zu rechnen; auch die Vorbesitzer der zu verkaufenden Güter kämen nicht in Betracht. Wünschenswert sei vielmehr die Bildung von Vereinen oder Aktiengesellschaften für diesen Zweck, bei deren Errichtung wie bei Verfolgung ihrer Zwecke, unbeschadet der Sicherheit und Verzinsung der eingeschossenen Kapitalien, nur höhere und staatswirtschaftliche Ziele und Gesichtspunkte leitend sein dürften. Er empfiehlt deshalb die Bildung eines Vereins für innere Kolonisation in der Form einer Aktiengesellschaft, für dessen Tätigkeit er zunächst ein Kapital von 40—50000 Talern für genügend hält. Diesem Verein weist er fast alle die Aufgaben zu, die jetzt von der Generalkommission oder der Siedelungsgesellschaft durchgeführt werden:

und Erwerb passender größerer Güter. Regelung der Hypotheken- und Servitutenverhältnisse. Einteilung der Pläne, vorausgehende Bestellung der Felder und Saaten. Aufbau der Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Anschaffung von Vorräten und sonstigen Bedürfnissen der Familien und Wirtschaften im großen bis zur nächsten Ernte. Das Eigentum der Grundstücke soll dem Verein vorläufig verbleiben, der Erwerbspreis soll — bei eventueller Bewilligung einiger Freijahre — durch Amortisation allmählich (etwa in 10—25 Jahren), abgeführt werden. Eine Mitwirkung der Landschaften als Kreditvermittler sowie des Staates als Mitglied des Vereins ist vorzusehen.

Wie diese Skizze zeigt, sind in dem Vorschlage Lettes die Grundzüge der späteren inneren Kolonisation in Preußen fast alle vorhanden. Es bleibt im höchsten Grade bedauerlich, daß es die Stimme des Predigers in der Wüste war, die ungehört verhallte. Nur der Staat selbst machte, wie bereits erwähnt, wiederholt den Versuch, eine Anzahl Domänen für diesen Zweck zu verwerten, aber ohne Erfolg[1]. Die Zeit war nicht reif dafür; noch war die Lockung Amerikas zu groß. Erst in den 70er Jahren taucht der Gedanke neu auf. Ein (wohl aus dem Jahre 1872 stammendes) Promemoria Hermann Wageners[2], wahrscheinlich für den Fürsten Bismarck bestimmt, verlangt im Anschluß an Vorschläge Rudolf Meyers und Schumacher-Zarchlins eine Vermehrung der Zahl der grundbesitzenden Arbeiter und sonstiger ländlicher kleiner Grundbesitzer, wiederum mit der Begründung, daß durch die Erleichterung des Erwerbs von Grundeigentum die den Nordosten Deutschlands entvölkernde Auswanderung vermindert werden könne. Die Kolonien seien möglichst zu geschlossenen neuen Gemeinden anzulegen. Träger sollen kreis- oder provinzenweise zu bildende Kolonisationsvereine der Grundbesitzer sein, die sich die erforderlichen Mittel durch unter solidarischer Haftbarkeit auszugebende Kolonisationsrentenbriefe beschaffen. Es ist der Geist von Rodbertus, der aus diesen Vorschlägen spricht. Noch allerdings bedurfte es mehr als eines Jahrzehnts, bis die Regierung sich unter dem Druck politischer Verhältnisse zu einem entsprechenden Vorgehen entschloß.

1) Eine Übersicht dieser Versuche gibt Riemann, Preußens Domänenpolitik von 1808—1909. Saarbrücken 1910, S. 9 ff.

2) Abgedruckt bei R. Meyer, 100 Jahre konservativer Politik und Literatur, Bd. I. Wien u. Leipzig 1895, S. 240 ff.

Marx und Johann Jacoby.

(Eine ergänzende Mitteilung.)

Von

Gustav Mayer (Berlin-Zehlendorf).

Kürzlich veröffentlichte N. RJASANOFF in diesem „Archiv" VII, 446 einen Brief JOHANN JACOBYS an KARL MARX. Da mir das Schreiben von MARX, auf das JACOBY antwortete, zur Verfügung ist, so sei es hier mitgeteilt und auch der kleine Fehler im Abdruck des JACOBYschen Briefes berichtigt, der wohl in Erinnerung an Plötzensee — die Festung Lötzen in den nicht existierenden Ort Plötzen verwandelte. Der Brief von MARX verrät nun auch das Thema, über das JACOBY hätte schreiben sollen. Seine ablehnende Antwort überbrachte ein Herr BORCHARDT (wohl Dr. BORCHARDT?) an MARX.

Obgleich im Alter nur zwölf Jahre auseinander, waren JACOBY und MARX die typischen Vertreter zweier aufeinander folgender Generationen der deutschen Demokratie. Den Gegensatz beleuchtet hinreichend das Wort: „Mit der Freiheit will's nicht mehr gehen!", das MARX, nachdem JACOBY am 20. Januar 1870 seine Rede über „Das Ziel der Arbeiterbewegung" gehalten hatte, an ENGELS schreibt. Über diese Rede und ihre Bedeutung für die Kämpfe in der deutschen Sozialdemokratie, an deren Eisenacher Flügel sich JACOBY dann am 2. April 1872 offiziell anschloß, handelt ganz ausführlich das 15. Kapitel meines Buches über „SCHWEITZER und die Sozialdemokratie". In dem erwähnten Brief an ENGELS vom 27. Januar 1870 berichtet MARX auch, daß Dr. KUGELMANN, sein bekannter treuer Anhänger, bei Kollege JACOBY angefragt habe: weshalb dieser in seiner Rede wohl „allerlei Leute", aber nicht MARX, „der ihm den eigentlichen Inhalt geliefert habe", zitiert hätte. Was JACOBY darauf erwiderte, erfuhr MARX durch KUGELMANN damals gleich. Weil aber JACOBYS Antwort sein Verhältnis zu MARX noch weiter verdeutlichte, ist sie interessant genug, hier einmal abgedruckt zu werden. Auch MARX selbst bezeugte eine leichte Empfindlichkeit darüber, daß der Redner ihn nicht genannt hatte, aber er wollte trotzdem nicht zugeben, daß KUGELMANN ihn einen „Vorgänger" des alten JACOBY nannte: „Ein bloßer Popularisator" — so schrieb er an ENGELS — habe keinen Vorgänger. Bei der Rücksendung der „Jacobyna" bemerkte ENGELS humorvoll: „Wenn es so fortgeht mit den Bekehrungen, so werden wir bald den alten Herrgott aus dem rheinischen Sprichwort verdrängen, nach dem er „wunderliche Kostgänger" hat.

Aber so zulässig es sein mochte, diese persönlichen Berührungen zwischen MARX und JACOBY einmal festzustellen, es muß dennoch gesagt sein, daß JACOBY in der Geschichte der Sozialdemokratie nur eine episodenhafte Rolle zukommt, während seine wirkliche geschichtliche Bedeutung der [illegible] kratischen Bewegung der 40er Jahre angehört.

I. Karl Marx an Jacoby:

4. Februar 1871.
1. Maitland Park Road, Haverstock Hill, NW.
London.

Geehrter Freund! Professor John Morley, Herausgeber der Fortnightly Rewiew, hat mir gestern geschrieben mit der Bitte bei Ihnen anzufragen, ob Sie für die Rewiew einen kurzen Aufsatz liefern wollen (er würde hier ins Englische übersetzt werden) über die deutschen Zustände. Ich werde wahrscheinlich auf Ersuchen des Herrn Morley auch etwas liefern für die Aprilnummer (bis zum 10. März müssen die Beiträge zu dieser Nummer fertig sein). Die Fortnightly hatte in der Februarnummer Aufsätze des suspendierten Republikaners Blind und des Professors Kinkel im Bismarckschen Geist, zu demselben Zwecke, wozu die Spartaner ihren Jungens besoffen gemachte Sklaven exponierten.

In Erwartung baldigen Bescheids Ihrerseits

Ihr freundschaftlich ergebener

Karl Marx.

Jacoby an Dr. L. Kugelmann in Hannover:

Berlin, 24. Januar 1870.

Geehrter Herr Collega! Auf Ihr freundliches Schreiben vom 22. d. M. diene folgendes als Erwiderung:

Ich habe in meiner Rede über das „Ziel der Arbeiterbewegung" — Aristoteles, de Maistre, Owen, Gentz und John Stuart Mill genannt, weil ich Äußerungen dieser Männer wörtlich angeführt habe. In betreff Karl Marx ist dies nicht der Fall gewesen; daher lag kein Grund vor, seiner hier namentlich zu erwähnen. In einer wissenschaftlichen Abhandlung würde ich nicht unterlassen haben, die großen Verdienste hervorzuheben, die Marx sich durch Wort und Tat um die soziale Frage erworben, zumal da gerade seine Schriften die Quelle sind, aus welcher Lassalle u. a. reichlich geschöpft haben; ich würde dazu um so mehr mich veranlaßt gefühlt haben, da ich Marx persönlich kenne und die Trefflichkeit seines neuesten Werkes: „Das Kapital" in vollem Maaße anerkenne. Anders aber verhält sich die Sache in dem vorliegenden Falle, wo es sich lediglich darum handelte, in populärer allgemein verständlicher Darlegung die Bedeutung und das Ziel der Arbeiterbewegung den Zuhörern klar zu machen — ohne allen gelehrten Apparat, also auch ohne über irgend welchen Prioritätsstreit sich auszulassen. Daß aber die Form der Darstellung — und darauf allein kommt es hier an — durchweg die meinige ist, brauche ich Ihnen, der Sie Marx und der anderen Sozialisten Schriften kennen, nicht erst zu sagen.

Übrigens bemerke ich noch, daß Schweitzer mich keineswegs eines „Plagiats an Marx" beschuldigte; Sie werden sich hiervon selbst überzeugen, wenn Sie die in dem eigenen Blatte des Herrn Schweitzer (dem Social-Demokrat) enthaltene Beschreibung jener Versammlung zu lesen der Mühe Wert halten.

Literaturbericht.

G. W. **Plechanow**, Vom Kriege. 2. Aufl. Petersburg 1915.

Das Eintreten des Marxistenführers für Rußland, sein schärfstes Bekämpfen der deutschen Sozialdemokratie wegen ihrer Kundgebung vom 4. VIII. 1914 hatten ihm viele Vorwürfe eingebracht; er beantwortete sie in einem Brief an einen bulgarischen Sozialdemokraten und fügte in der 2. Aufl. eine noch ausführlichere Antwort an einen russischen Genossen hinzu.

Seinen Herzenswunsch einer Niederlage Deutschlands im gegenwärtigen Krieg motiviert der Vater des russischen Marxismus, der sich zugleich für den einzigen konsequenten Bannerträger der Internationale hält, mit folgenden Sophismen. Um zur sozialistischen Wiedergeburt zu gelangen, muß Rußland erst die kapitalistische Stufe unbedingt durchmachen („Eröffnen Sie eine Schenke!" hatten ihm seinerzeit russische Sozialdemokraten daraufhin zugerufen); Deutschlands Sieg würde Rußland ökonomisch zurückwerfen, der Exploitierung durch Deutschland unterwerfen, die Quellen seines Wohlstandes versiegen lassen — daher wünsche ich Rußland den Sieg. Daß damit das alte Regime in Rußland selbst siegen würde, ficht mich wenig an, denn dies könnte nur vorübergehend sein.

Doch handelt es sich P. weniger um Rußland. Die Hauptsache bleibt ihm, den Stab zu brechen über den Opportunismus der deutschen, bereits imperialistisch verseuchten Sozialdemokratie. Ihre Pflicht war unbedingt, falls sie allen ihren Prinzipien, Idealen und Programmen nicht entsagen wollte, dem Kriege den Krieg anzusagen und die Massen dazu aufzustacheln — und sie hat genau das Entgegengesetzte getan; der Sozialpatriotismus hat die Sozialdemokratie überwunden. Und nun kommen die prinzipiellen Erörterungen, ob und inwieweit Sozialpatriotismus berechtigt wäre. In einem Falle sicher, wenn eben das Vaterland überfallen wird, was seinen ökonomischen Ruin brächte, der ja den Arbeitermassen nicht gleichgültig sein kann; der reine Defensivkrieg verpflichtet daher auch die Arbeiter. Aber Deutschland ist der böse imperialistische Angreifer, folglich sind die deutschen Sozialdemokraten Verräter an der internationalen Arbeitersache geworden, weil sie die Massen — und $^1/_3$ des Heeres sind ja Sozialdemokraten — nicht gegen den Krieg aufwiegelten. Aber nicht nur deutschen, auch den Sozialdemokraten der neutralen Länder wäscht P. gehörig den Kopf und möchte ihnen die Abtrünnigkeit vom Marxismus vorwerfen (mit diesem Vorwurf war der Hohepriester des Marxismus stets sehr rasch bei der Hand), weil sie nicht in den unbedingten Verdammungschor gegen Deutschland einstimmen, weil sie selbst neutral bleiben wollen oder weil ihnen die Schuldfrage am Kriege unklar bleibt.

P.s weitschweifige Ausführungen kranken an einem Hauptübel. Er, der nur den Objektivismus in der Methode anerkennt, ist Opfer seines Subjektivismus geworden und sucht nun nach allerlei Syllogismen, um sein Eintreten für Rußland zu bemänteln, statt einfach die Forderungen seines Nationalbewußtseins, seines eigenen Sozialpatriotismus allein gelten zu lassen. Nichts fällt leichter zu diesem Zweck, als den Tatbestand zu verfälschen und Deutschland die ausschließliche Angreiferrolle zuzuschieben. Daß sein Rußland diesen Krieg gewollt, vorbereitet und durch seine Mobilisation Deutschland zur Kriegserklärung gezwungen hat, das wird wohlweislich unterschlagen und es wird immer nur von dem Überfall Frankreichs (das ja den Krieg mit allen erdenklichen Mitteln vorbereitete und in ihn sofort hineinsprang) und Belgiens (mit seiner nur allzu verdächtigen Neutralität) gefaselt. Und wenn P. sich auf „unsern unvergeßlichen" TSCHERNYSCHEWSKIJ beruft, daß „alles abhänge von den Umständen, von Zeit und Ort", so kehren wir gerade gegen ihn dieses Axiom und nennen ihn selbst die „böse Parodie eines Marxisten", was er seinen Gegnern zuruft. „Ich stehe nicht in Diensten der Haifische des deutschen Imperialismus, ich bin noch nicht in den Bund zur Befreiung der Ukraine eingetreten", heißt es wörtlich S. 71; dafür weicht er (ebds.) der Forderung: „Nicht gegen die Deutschen unser Land verteidigen, sondern Revolution sollten wir jetzt machen," vorsichtig aus, fertigt sie mit der kühlen Bemerkung ab, nur unglückliche Kriege lösten Revolutionen aus! Dafür benennt er die deutschen Sozialdemokraten Streikbrecher, weil sie aus ihrem Imperialismus heraus, zu ihrem Nutzen egoistisch gegen die solidarischen Interessen der Internationale vorgingen, und wünscht ihnen völlige Niederlage. Ganz aus der Fassung bringt ihn die laue Haltung der neutralen Sozialdemokraten und er hilft sich nur mit dem Zugeständnis: „Der Krieg hat ja nicht die Grundlagen des internationalen Sozialismus beseitigt; er hat nur gezeigt, wie weit die Selbsterziehung des Weltproletariats zurückgeblieben ist. Nur wer diese Selbsterziehung bereits als vollendet ansah, kann in seinen Utopien schwankend werden. Wer nicht Utopist noch Subjektivist ist, wird sich sagen: was bisher die Sozialdemokratie leistete, hat tiefe Spuren hinterlassen, hat aber nicht ausgereicht, den Krieg zu verhüten, noch das Proletariat der neutralen Länder auf den regelrechten taktischen Weg zu führen. Wir müssen unsere Anstrengungen verzehnfachen und sie planmäßiger als bisher machen; unser Endziel ist entfernter von uns als wir dachten, aber es bleibt erreichbar." Diesen Endworten merkt man eine gewisse Enttäuschung trotz aller Ableugnungsversuche wohl an. Wir möchten nur fragen, ob durch diese leidenschaftliche, ganz ungerechte Einseitigkeit und Voreingenommenheit, wie sie P. auf jeder Seite seiner Schrift beweist, die Erreichung seines Endzieles nicht noch viel weiter hinausgeschoben wird? Wenn P. den Umfall eines HERVÉ mit Freuden begrüßt, ihm seine alten „Fehler" nicht vorhalten will, so beweist sein erbittertes Bekämpfen der deutschen Sozialdemokraten, eines FRANK, SÜDEKUM u. a., nur die Haltlosigkeit seines angeblichen „Objektivismus", der sich zu einer wirklich objektiven Betrachtung nicht aufzuschwingen vermochte.

Der streitbarste Gegner jeglichen Revisionismus erkennt in ihm die erste Fehlerquelle: Sehet, dahin hat er euch geführt. Der unverbesserliche Doktrinär, der Marxist quand même hat sich aber diesmal die Ideologie der Bourgeoisie, das right or wrong my country, ohne weiteres angeeignet. Als es sich nur um Buren gegen Engländer handelte, fiel es nicht schwer, objektiv zu sein; als aber das eigene Volk in Frage kam, ist ebenso bei französischen und englischen, wie bei russischen Sozialisten (nur die italienischen machen einigermaßen eine Ausnahme) aller Objektivismus spurlos verschwunden und keinerlei sophistische Deduktionen noch doktrinäre Mäntelchen können den Abfall von der Losung: Krieg dem Kriege! verbergen. Kein Wunder daher, daß P. auch den italienischen Sozialisten (TURATI) eine schlimme Note erteilt (S. 82 Anm.); daß sein Kassandraruf: Finis Poloniae (bei einem Siege der deutschen „Haifische" — den Terminus braucht er öfters) sich genau in sein Gegenteil verwandelt hat und daran ändert nichts, daß er gegen die Übertreibungen z. B. eines ARTH. DIX („Der Weltwirtschaftskrieg") mit Recht sich wendet, als ob dessen Standpunkt auch der der deutschen Sozialdemokratie wäre. So scheiden sich, trotz langjährigen innigsten Zusammenstehens, die Wege der russischen und der deutschen Sozialisten; die gepriesene Gemeinsamkeit hat der ersten schweren Prüfung keinen Augenblick standhalten können. Und darum ist die Schrift P.s von solcher Bedeutung. Es hat sich ohne weiteres ergeben, daß die Sozialdemokratie keinerlei Kriege verhüten kann — es ist nur Einbildung von ihr, daß sie es war, die zu keinem Kriege wegen Marokko es hat kommen lassen. So wie jedoch ein Krieg ausbricht, wird er automatisch zu einem Verteidigungskrieg und diesen ficht der Sozialdemokrat, mag er sonst noch so sehr Marxist sein, auf der Seite seines Vaterlandes aus. Wohl verwahrt er sich gegen jeden Gedanken eines Eroberungskrieges, nur ändert dieser rein theoretische Vorbehalt nichts an seiner praktischen Stellung. Wir sehen es überall, in Frankreich und England wie in Rußland und Deutschland: das Klassenbewußtsein tritt gegen das patriotische vollkommen zurück, denn das patriotische deckt sich mit dem eigenen, wir wollen sagen, mit dem egoistischen Interesse und nur eine verschwindende Minorität von Doktrinären wird sich dagegen sträuben. Dafür liefert uns P. selbst, wider seinen Willen, den besten Beweis. Nicht Objektivismus, nur Sympathien und Antipathien, etwas rein Subjektives somit, schrieben ihm seine Stellungnahme gegen die deutsche Sozialdemokratie vor; jegliches Solidaritätsbewußtsein ist einfach verschwunden; die Wege sondern sich säuberlich.

Berlin, im März 1917. A. BRÜCKNER.

A. N. PYPIN, Rußkoje Massonstwo (Die russische Freimaurerei im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts). Petrograd 1916. VII—571 S.

Die vorliegende, von G. W. WERNADSKI besorgte, posthume Sammlung einiger Essais P.s über die russische Freimaurerei enthält neben bereits vor

Jahren in Zeitungen und Zeitschriften erschienenen Arbeiten manche noch ungedruckte Materialien aus dem handschriftlichen Nachlass. Sie ist um so mehr zu begrüßen, als es sich dabei wirklich um ein so gut wie gänzlich unbekanntes Gebiet der russischen Geistesgeschichte handelt. Die wenigen, die nach P. der nämlichen Frage ihre Aufmerksamkeit schenkten (es seien u. a. E. I. TARASOW, T. P. SOKOLOWSKAJA und P. P. PEKARSKI genannt), haben seine Studien nicht nur nicht entbehrlich gemacht, sondern mitunter nicht einmal erreicht, wenn sie gleich verschiedentliche neue Tatsachen ans Licht gebracht haben mögen.

Der unbestreitbare Wert der P.schen Arbeit liegt eben darin, daß sie sich über das landläufige bibliographisch-archäologische Niveau der Genannten zu erheben sucht. In der Freimaurerei Rußlands sieht P. mit Recht vor allem eine gesellschaftliche Erscheinung, die in ihrer Entwicklung aufzufassen ist und deren Zusammenhang einen — im HEGELschem Sinne — vernünftigen Verlauf aufweist. Gewiß, die Ausführung selbst straft mitunter diese wohlgemeinten Absichten P.s Lügen und kann auch bei größtem Entgegenkommen nicht gutgeheißen werden. Aber ihre Blößen liegen so offen, daß sie eben deshalb eigentlich gar nicht stören. Und es sind nicht einmal individuelle Gebresten P.s. Seine Methode ist jener rationalistische Positivismus, der in Rußland namentlich in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts — also zu P.s Lehr- und Lernzeit — gang und gäbe war und als dessen vornehmlichste Vorbilder BUCKLE, HUXLEY und LEWIS genannt werden können (allenfalls noch A. COMTE, denn GUIZOT und THIERRY blieben gerade in methodologischer Hinsicht gar nicht oder nur schlecht verstanden). Man durfte daher von vornherein darauf gefaßt sein, daß P. es sich nicht nehmen lassen würde, die Verirrungen der Freimaurerei besonders breit abzuhandeln, um auf ihrem Hintergrund die leuchtenden Lehren der Vernunft — mit einem heutzutage etwas lächerlich wirkenden Eifer — abzuheben. Unangenehm ist nur, daß ihm dabei gar nicht selten das Mißgeschick passiert, die armen Freimaurer so gründlich zu „widerlegen“ und die wissenschaftliche Wertlosigkeit ihrer Lehren so augenfällig zu „beweisen“, daß es ihm dann schwer fällt, das Allgemeingültige ihres Wirkens so überzeugend darzutun, wie es sein gesunder historischer Instinkt recht gern möchte. Daß P. nebenbei seine Kenntnisse der westeuropäischen Freimaurerei ausschließlich aus zweiter Hand (in erster Linie von SCHLOSSER und in einschlägigen Enzyklopädien) schöpft, hat weniger zu bedeuten: sein Thema kann das sehr gut vertragen.

So bleibt also, wenn man diese offensichtlichen Fehler von der Rechnung abzieht, immer noch ein Aktivposten übrig. Die Kraft der Tatsachen spricht in P.s Arbeit so beredt, daß man manche unglückliche Zwischenbemerkung ohne weiteres übersehen darf.

Wie P. mit Recht hervorhebt, bedeutete die Freimaurerei die erste autonome Lebensäußerung der russischen Gesellschaft. Bis dahin war es ausschließlich der Staat, oder besser: die autokratische Gewalt, die die Prärogative des selbständigen Denkens in Anspruch nahm. Seit des großen PETERS eisenbeschlagenem Reformknüppel wurde dieses Geschäft so gründlich

von Amts wegen besorgt, daß man an dem Aufkeimen persönlicher Meinungen und Gefühle verzweifeln konnte. Daß der mystische Schimmer der Freimaurerei unter sotanen Verhältnissen geradezu wie promethisches Feuer erscheinen mußte, ist nicht weiter verwunderlich.

Wie kam die Freimaurerei nach Rußland? Die Vermutung, Peter selbst habe sie von seinen Europareisen heimgebracht, ist, wie P. überzeugend nachweist, kaum stichhaltig und jedenfalls nicht überprüfbar. Als feststehend kann man hingegen betrachten, daß die ersten Freimaurerlogen von englischen und deutschen Kaufleuten, zunächst einfach zu eigenem Gebrauch, gegründet worden sind. (Vgl. S. 190, 265, 130.) Ebenso sicher ist es andererseits, daß auch unter den aus Frankreich zugewanderten Artisten und Handwerkern sich mancher Freimaurer befand. (Vgl. z. B. S. 140.) Man wird schließlich mit der weiteren Annahme kaum fehlgehen, daß die Gründung der Logen nicht selten mit den zahlreichen diplomatischen und Spionageintrigen der Zeit verknüpft war, wie sie denn auch sonst jeglichem sonstigen politischen Nebenspiel Vorschub geleistet zu haben scheint. (Vgl. z. B. die Instruktion des schwedischen Thronfolgers an Wiebel vom 5. V. 1818, S. 429 ff., bes. S. 441.) Wie beschaffen immer jedoch die ursprünglichen Absichten der Gründer gewesen sein mögen, einmal auf russischen Boden verpflanzt, nahmen die Dinge ihren eigenen Lauf. Die Freimaurerei — mit ihrem schrullenhaften Mystizismus, mit ihrer abenteuerlichen Scharlatanerie — bekam gerade in den damaligen russischen Verhältnissen eine ganz sonderbare und unerwartete Bedeutung. Die Entwicklung des russischen Geisteslebens mußte zu jener Zeit sich überhaupt nur auf einige auserwählte Persönlichkeiten beschränken. Jede Möglichkeit einer schwunghaften Ausbreitung, jeder Einfluß auf breitere Massen blieben ihr von vornherein versagt. Somit mußte sich diese Bewegung des Geistes — wie immer, wenn es sich um einzelne Individualitäten handelt — aufs Moralische werfen und zunächst einen inneren Läuterungsprozeß durchmachen, bevor sich die Möglichkeit einer Objektivierung auftun konnte. Nun bedeutete gerade die Freimaurerei ein sehr bequemes Mittel, diesem inneren seelischen Drang zu entsprechen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die besten Vertreter der russischen Intelligenz im 18. Jahrhundert freudig und hingebungsvoll zu diesem Mittel greifen. Was sie dabei anzog, waren nicht so sehr die merkwürdigen Kultusformen des Freimaurertums, als vielmehr sein humanistischer Gehalt. Diese Seite der Freimaurerei kam ja überhaupt überall dort sehr stark zum Ausdruck, wo das politische Leben noch unentwickelt blieb und die intellektuelle Aktion noch kein öffentliches Betätigungsfeld hatte. Konnte doch selbst Lessing in seinen „Gesprächen für Freimaurer“ (1778) den Versuch unternehmen, die Freimaurerei als eine Verbrüderung der Menschheit darzustellen, deren vornehmste Pflicht es sei, der allgemeinen Glückseligkeit zu dienen. Dieser philanthropische Charakter der Freimaurerei weckte auch in den Vertretern der russischen Intelligenz lauten Widerhall. N. I. Nowikow (1744—1818) war der eigentliche Repräsentant dieser Richtung. Mit ihm beginnt die Reihe der russischen Reformatoren. Er kennzeichnet das Wesen der Freimaurerei ganz

LESSINGschem Sinne, gründet Volksschulen und Unterstützungskassen, zunächst in Moskau, dann in einigen Provinzstädten, wohin es den Moskauer Freimaurern Emissäre auszusenden gelang, und hat sich auch um die Gründung der Moskauer Universität wie um die Errichtung der ersten Buchdruckerei in Moskau verdient gemacht. Der Kreis, der sich um NOWIKOW scharte, bestand aus vielen außerordentlich bemerkenswerten Persönlichkeiten. Zu nennen ist vor allem S. I. GAMALEIJA. Was P. über diesen merkwürdigen Menschen mitteilt, wirft ein sehr bezeichnendes Licht auf die gesellschaftliche Rolle der damaligen Freimaurerei. „GAMALEIJA war ein richtiger Geldhasser, erzählt P. (S. 314). Sein Diener bestahl ihn einmal und lief davon. Als man ihn dann festnahm, sagte GAMALEIJA: ‚Es ist mir wohl nicht beschieden, Leute (d. h. Leibeigene) zu haben; so gebe ich dich denn frei. Behalte das Geld, das du mir genommen hast und geh' mit Gott.' Einmal nachts von Dieben angefallen, gab er ihnen ruhig Börse und Uhr, zu Hause aber verrichtete er ein Gebet, die Diebe mögen mit dem gestohlenen Gut rechtschaffene Leute werden." Ein anderer Fall ist noch bezeichnender. Man wollte ihm für seine Dienste 300 Seelen (d. h. Leibeigene) schenken. Er aber schlug das Anerbieten mit dem Bemerken ab, daß er nicht wisse, wie mit der eigenen Seele umzugehen, und daher nicht noch für 300 fremde die Verantwortung übernehmen wolle." Wir sehen hier offenbar schon die Anfangsstadien jener Geistesrichtung, die später in L. N. TOLSTOI ihren vollkommenen Ausdruck finden sollte. Es ist der erste Protest gegen das sklavenhälterische Rußland, der sozusagen zunächst ins Innere geht, weil er außerstande ist, sich nach außenhin auszuwirken. So entsteht erstmals jene Gestalt des „büßenden Edelmannes", die in der sozialen Geschichte Rußlands eine so eigenartige, anderwärts nahezu beispiellose Rolle spielt.

„Das Schicksal der ersten russischen Freimaurer war grausam. KATHARINA II. hat die innere Spitze dieser Bewegung sehr gut begriffen und mit Gegengiften nicht gespart. Diese Gegengifte waren zu jener Zeit sehr handgreiflicher Natur. Graf PROSAROWSKY, der mit unbeschränkten Vollmachten nach Moskau ging, um eine Untersuchung gegen NOWIKOW und seinen Kreis zu eröffnen, machte kurzen Prozeß. Alles, was diese ins Leben gerufen hatten, philanthropische und Bildungsarbeit, wohltätige Schulen, Stipendien, unentgeltliche Medikamentenabgabe, Buchhandel und unentgeltliche Bücherverteilung usw., wurde ohne weiteres als ein Verbrechen behandelt. NOWIKOWS Hilfstätigkeit während der Hungersnot wurde von PROSAROWSKY als unerlaubter Betrieb und selbst die Beschenkung von Armen als Aufruhr betrachtet." (S. 314.) NOWIKOW mußte in die Verbannung; die letzten zwanzig Jahre seines Lebens verbrachte er auf seinem Gut, stumm, verbittert und, wie es scheint, immer mehr und mehr geistig zusammenbrechend. Es war das erste Schicksal dieser Art, der erste Namen im Martyrolog der russischen Befreiungskämpfe. Sehr bald aber sollten ihm andere folgen und am 14. Dezember 1825 nahm die Geistesbewegung schon greifbarere Formen an.

Die Dekabristen haben erstmals das Postulat der politischen Freiheit

zum Parteiprogramm der russischen Intelligenz erhoben. Ihre Vorläufer jedoch, die im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts die Freimaurerei zum Ausgangspunkt freiheitlicher Anläufe machten, vermieden es ängstlich, auch nur den Anschein eines politischen Interesses zu erwecken. Wie ein roter Faden zieht durch alle ihre Kundgebungen die eingeschüchterte Betonung ihres vollständigen Apolitizismus: sehr begreiflich, wenn man die damalige Stellung des einzelnen zur autokratischen Gewalt und ihr Kräfteverhältnis sich vorstellt. War es ja gerade dieser ostentative Apolitizismus, der allein der Freimaurerei auf russischem Boden einigen historischen Atem verlieh, und dasselbe, was sie im Westen zum Werkzeug der geistigen Reaktion machte, machte sie im Osten zu einem willkommenen Mittel geistiger Erweckung.

Es ist außerordentlich charakteristisch, daß die erste selbständige soziale Bewegung innerhalb der russischen Intelligenz in dem Streite zwischen Aufklärung und Pietismus, zwischen den Enzyklopädisten und den Illuminaten, theoretisch sich vollständig auf den Boden der letzteren stellte und die gottlose Vernunft ebenso sehr verabscheute, wie sie die göttliche Mystik verherrlichte. Denn das Gebot der Vernunft, welches das bürgerliche Zeitalter einleitete und die französische Revolution von 1789 praktisch zu erfüllen suchte, konnte nur als Ausdruck entwickelter Klassenverhältnisse zur Geltung gelangen. Die Bewegung des westlichen Bürgertums war insofern „vernünftig", als sie die Bewegung der Nation, d. h. der Massen, darstellte. Aber je weiter gegen Osten, um so kleiner wurde der Machtbereich der Vernunft; je kürzer der Aktionsradius der sozialen Bewegung wurde, desto unwilliger wendeten sich ihre Träger vom Rationalismus ab und fielen um so freudiger dem Wunderglauben an die Kraft des Gefühls anheim. In Russland erreichte dieser Entwicklungslauf seinen Höhepunkt. Dort wurden die Rollen vollständig vertauscht. Während die ersten unabhängigen Stimmen aus dem Inneren der Gesellschaft einen pietistischen, mystisch-asketischen Klang hatten, ließ die staatliche Gewalt im Gegenteil ihre Segel vom Wehen der Aufklärungsstürme anschwellen. Während Nowikow für den Martinismus Propaganda machte, liebäugelte Katharina mit Diderot und bekämpfte ihre widerspenstigen Untertanen nach allen Regeln der enzyklopädistischen Vernunftschlüsse. Sie durfte dies mit um so größerer Sicherheit tun, als ihre „Vernunft" in der Tat durchaus „wirklich" war und sich gegebenenfalls mit Mitteln von unbestreitbarer Realität durchsetzen konnte. Aber bezeichnend für die praktische Wirkung des russischen Pietismus ist der Umstand, daß man ihn von Anfang an in Verbindung mit der französischen Revolution bringen wollte. Bitter beklagt sich zum Beispiel einer der Zöglinge des Moskauer Martinistenkreises, Newsorow, den man zur Ausbildung ins Ausland schickte, darüber, daß „in Rußland einige böse Zungen das Gerücht verbreiten, er sei in Paris als Vertreter der Russen an der französischen Nationalversammlung beteiligt gewesen und habe die Franzosen zu ihren revolutionären Unternehmungen beglückwünscht". (S. 321/22.)

1792 wurden Newsorow selbst und einige seiner Freunde ver-

nach Petersburg gebracht und als Jakobiner prozessiert — eine Bezeichnung, die den russischen Freimaurern noch lange Zeit anhaftete. Es nützte ihnen wenig, wenn sie geradezu verzweifelt darauf hinwiesen, wie sehr sich ihre Lehre von jener Philosophie unterschiede, die an der französischen Revolution teilnahm. Die aufgeklärte Monarchie hatte für revolutionäre Praxis von alters her ein sichereres Gefühl als für theoretische Konstruktionen und fühlte rein instinktmäßig heraus, daß soziale Bewegungen neben einem ideologischen Überbau auch noch einen machtpolitischen Kern haben, auf den es ausschließlich ankommt.

Die angezeigte Untersuchung verdiente es, im Hinblick auf ihr reichhaltiges Tatsachenmaterial, auch dem westeuropäischen Publikum zugänglich gemacht zu werden. Wie ja der soziale Gehalt der Freimaurerei überhaupt noch einer eingehenderen Beleuchtung wartet. Ihre soziale Rolle in der Geistesgeschichte des 18. (und teilweise auch des 19.) Jahrhunderts bedarf in mancher Hinsicht der Klarstellung.

Zürich im März 1917. Oskar Blum.

Joseph Schumpeter, Vergangenheit und Zukunft der Sozialwissenschaften („Schriften d. soz. wiss. akad. Vereins Czernowitz" VII). Leipzig, Duncker u. Humblot 1915. 140 S. (3 Mk.)

— Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte (Grundriß d. Sozialökonomik, I. Abt.: Wirtschaft u. Wirtschaftswissenschaft, Tübingen, Siebeck 1914, S. 19—124).

Othmar Spann, Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre auf dogmengeschichtlicher Grundlage („Wissenschaft u. Bildung" 95) 2. Aufl. Leipzig, Quelle u. Meyer, 1916. 156 S. (1.25 M.)

In seinen beiden angezeigten Arbeiten stellt der Grazer Professor Sch. bei Beurteilung der verschiedenen wissenschaftlichen Ideenrichtungen die Methodenfrage in den Vordergrund. Ausschlaggebend erscheint ihm, ob und was die behandelten Autoren oder -Gruppen auf dem Gebiete der — von Sch. allein als theoretische Forschung anerkannten — abstrakten Analysiermethode geleistet haben. Das erklärt auch Sch.s vielfach einseitiges Urteil über die wissenschaftlichen Schulen und Systeme, wie auch die Unterwertung aller nicht rein abstrakten Denkarbeit.

Besonders prägnant tritt dies in der erstgenannten Schrift zutage, die sich im Rahmen einer flüssigen, an feinen Bemerkungen reichen Plauderei über Stellung und Behandlung der „Sozialwissenschaften" innerhalb der Wissenschaft und ihrer Geschichte im allgemeinen bewegt. Sie läßt daher auch eine eigentlich methodische, wenn auch noch so knappe Einführung in die Geschichte und Entwickelung der „Sozialwissenschaften" (von eingehender Darstellung ihrer naturrechtlichen Ausgangspunkte abgesehen) vermissen, so wünschenswert eine solche als Grundlage aller weiteren Auseinandersetzungen über ihre Gegenwart und Zukunft wäre. Sie überläßt es ferner ganz dem

Leser, sich selbst ein Urteil über den Begriffsinhalt des vieldeutigen Wortes „Sozialwissenschaft" zu bilden, — trotzdem doch dieser Begriff und damit die Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes irgendeiner Umschreibung bedürften. Statt eine solche zu bieten, beginnt vielmehr SCH. wie immer — mit einer Negation seines Untersuchungsobjekts. Da die Sozialwissenschaft, erklärt er, kein organisches Ganzes bilde, dessen einzelne Teile sich einem einheitlichen Plane einfügen, so gebe es im Grunde keine „Sozialwissenschaft", sondern nur „Sozialwissenschaften", deren Kreise sich vielfach schneiden. Damit ist aber der Klarstellung in keiner Richtung gedient. Es gibt heute zweifellos eine „Gesellschaftslehre", Soziologie, oder „Sozialwissenschaft" im engsten Sinne als beginnende selbständige Wissenschaft, es gibt „Sozialwissenschaften" in einem weiteren, eventuell auch die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften umfassenden Sinne und endlich mit verschiedenen Differenzierungen in einem weitesten, wechselweise von SCH. angewendeten Sinne einer „Universalsozialwissenschaft" (einschl. Ethik, Psychologie, bezw. Philosophie, Geschichte usf.) oder „Kulturtheorie". (S. 67, 135, passim.) Je nach dem Inhalt bestimmt sich auch das Maß der Anforderungen, das an die „Sozialwissenschaften", namentlich in der Erörterung ihrer gegenwärtigen Behandlung und ihrer Zukunft gestellt werden kann.

Das Charakteristische und zugleich Wesentliche in SCH.s Ausführungen ist die dominierende Stellung und nachhaltige Wirkung, die er der Doktrin des 18. Jahrhunderts, speziell des Naturrechtes für die späteren Sozialwissenschaften oder überhaupt für die wissenschaftliche Arbeit der Folgezeit bis zur Gegenwart zuschreibt. „Die Sozialwissenschaften entstanden eigentlich erst im 18. Jahrhundert." Begreiflicherweise, weil erst damals jener wirtschaftliche Umwälzungsprozeß vordringender Geldwirtschaft und beginnender Industrialisierung einsetzt. Damit wurde die Gesellschaft selbst zum Problem und neben die Naturwissenschaften oder die „Naturphilosophie" trat eine „Moralphilosophie". „Das war die heroische Zeit der Sozialwissenschaften." Daß es sich aber bei diesen Neubildungen zunächst eigentlich noch gar nicht um „Sozialwissenschaften" in irgendeinem Sinne handelte, zeigt der Ursprung und nur allmählich gelöste Zusammenhang mit Theologie und Metaphysik, den der Verf. eingehend schildert. Gewiß war das Überwuchern der Metaphysik, namentlich in den Anfängen der Entwickelung, der Fortbildung sozialwissenschaftlicher Arbeit schädlich. Aber SCH. geht wohl viel zu weit, wenn er jeden Einfluß derselben als stete „Störung und Kräfteverlust" der Sozialwissenschaften, als Grund ihrer auch heute so langsamen Entwickelung ansieht und behauptet, den Sozialwissenschaften schadete der HEGELianismus sehr, denn „auf diesem Neubruch wurde HEGEL ernst genommen" und von ihm aus drangen „Auffassungsweisen und Behauptungen in das sozialwissenschaftliche Arbeiten ein, die eine stete Abwehr forderten". Noch heute müsse der sozialwissenschaftliche Arbeiter sein Werk vollenden, wie die Arbeiter an der biblischen Stadtmauer: „mit einer Hand nur, während die andere das Schwert hält." (S. 25.) So groß ist und war die Gefahr wohl nie. Und besser täten di[illegible]

„sozialwissenschaftlichen Arbeiter“, das Schwert der „Abwehr“ wegzulegen, das nur die Arbeit behindert, und duldsam auch anderen als den eigenen wissenschaftlichen Auffassungen Raum zu geben. Die Sozialwissenschaft hat, wie SCH. selbst betont, in Psychologie und Ethik unentbehrliche Grundlagen, sie kann also metaphysischen Einflüssen nicht vollständig entrückt bleiben.

Doch das Bild, das uns hier vom Naturrecht des 18. Jahrhunderts entworfen wird, gibt wohl nicht getreu seine damaligen Züge wieder. Vor allem war die teleologische Zielsetzung und die Feststellung natürlicher, auf dem Wege der Abstraktion abgeleiteter Idealzustände auf dem Gebiete der Rechts- und Gesellschaftsordnung ein wesentliches Element der Auffassung, von dem auch die analytisch-abstrakte Forschungsarbeit seiner Vertreter, soweit eine solche vorlag, zweckbeherrscht war. Man kann ferner gewiß nicht im Sinne der damaligen Auffassung das Naturrecht ausschließlich als Produkt der Erkenntnis ansehen, „daß das Recht aus den sozialen Notwendigkeiten geboren und durch sie zu verstehen ist“. (S. 37.) Anderseits ist es doch richtig und ein bedeutsamstes Verdienst der „Naturrechtslehre“, daß das Recht als natürliches und zugleich soziales Phänomen (HUGO GROTIUS) erkannt wurde, dank ihr die Tatsache der sozialen Wechselbeziehung, das Phänomen „Gesellschaft“, Gegenstand wissenschaftlicher Bearbeitung ward und sodann in die Wirtschaftswissenschaften überging. Richtig ist auch, daß — wie SCH. (S. 47) betont — im Naturrecht (neben Psychologie, Ethik und Geschichtstheorie) eine der Quellen unserer heutigen „Soziologie“ gelegen ist, wenn man auch deshalb das „Naturrecht“ noch nicht als „Universal-Sozialwissenschaft“ bezeichnen kann. (S. 67.)

Aber die Verherrlichung der Naturrechtsphilosophie des 18. Jahrhunderts als nachmals verkannte Grundlage aller weiteren wissenschaftlichen Entwickelung hat — zumal in der erstzit. Schrift SCH.s — nicht so sehr ihren Grund im Charakter des Naturrechts als beginnender Gesellschaftswissenschaft, sondern in der von seinen Vertretern besonders häufig angewendeten abstrakten Analysiermethode, die SCH. eben als allein berechtigt und allein erfolgverheißend erscheint. So erklärt sich auch sein etwas merkwürdig klingender Satz: „So wurde denn die Nationalökonomie aus dem Naturrecht geboren“, und durch dieses erst zur Wissenschaft. (S. 48.) Das geht sicherlich zu weit. Nur mittelbar, vermittelst der — allerdings für die klassische Lehre grundlegenden — wirtschaftspolitischen Ideenrichtung des Physiokratismus wirkten die naturrechtlichen Einflüsse. Der Satz: „SMITH hat dann das meiste zusammengefaßt und die Wealth of Nations (1776) bezeichnet den Markstein, an welchem die originelle Entwickelung der Ökonomie innerhalb des Naturrechts ihren Höhepunkt und ihr Ende erreicht . . .“, spricht wohl deutlich für die einseitige, dem Beweiszwecke des Verf. angepaßte Darstellung des Naturrechts und dessen wissenschaftlicher Bedeutung. Es fehlt hier eben vollständig das geschichtliche Verständnis für die Bedingtheit aller „Geistesrichtungen“ durch die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge, die es bewirken, daß auch die Entwickelung der Wissenschaft sich nicht fern von den positiven Lebens-

vorgängen in unbeirrter abstrakter Forschertätigkeit allein vollzieht, sondern daß diese nur im Dienste jener stehen und ihre Entwickelung nur ein Produkt tausendfältig mitspielender Einflüsse des Lebens sein kann. Der Ausgangspunkt SCH.s erklärt dessen Meditationen darüber, daß „die begonnenen Wege des Naturrechts nicht fortgesetzt wurden", und daß daher die Geschichte der Wissenschaft voll Enttäuschungen für jeden sei, „der in frohem Glauben an streng logischen Fortschritt an sie herantritt". So fehlt denn in SCH.s Darstellung die Geschlossenheit jener Entwickelungskette, die vom Naturrecht über Physiokratismus, klassische Nationalökonomie usf. und die notwendigen Reaktionen gegen die Einseitigkeiten jeder wissenschaftlichen „Schule" oder „Geistesrichtung" zum heutigen Stande der „Sozialwissenschaften" führt, da es SCH. nur auf die Hervorhebung des Gegensatzes zwischen der analytisch-abstrakten Methode in Naturrechtsdoktrin und klassischem Individualismus zu der späteren Reaktion gegen sie ankommt.

Der Verf. nennt drei Beispiele für die „unbegründete" radikale Abkehr von der individualistischen Richtung und der Analyse des 18. Jahrhunderts: den Schotten CARLYLE, AUGUST COMTE [1]) und — die historische Schule in Deutschland. Am schlechtesten kommt bei ihm die letztere weg, obwohl ihr Kampf nicht gegen die Anwendung theoretischer Analyse schlechtweg, sondern — wenigstens bei den hauptsächlichen Vertretern — nur gegen die Übertreibungen der vorangegangenen Zeit, gegen die einseitig spekulative Forschungsweise und die Verkennung aller historischen Relativität gerichtet war. Bei SCH. aber wird die Naturrechtsphilosophie des 18. Jahrhunderts zum Paradefeld, auf dem er seine Attacken gegen die „historische Kritik" und die Verkümmerung der theoretischen Forschung im Gefolge der Arbeitsweise der historischen Schule reitet. (S. 75 ff., 80.) Allerdings muss er selbst (a. a. O.) zugeben, daß im Anschluß an die letztere reiche positive Arbeit geleistet wurde. Aber das alles, meint er, sei nur „Material" für den abstrakt-theoretischen Forscher und die historische Detailforschung sei lediglich „Hilfswissenschaft" der sozialen Disziplinen geblieben. Sind aber wirklich ernstliche Gründe vorhanden, den tatsächlichen Werdegang der wissenschaftlichen Entwickelung in deutschen Landen deshalb zu bedauern, weil er nicht in der Fortbildung der vielfach überlebten Theorien des

1) Von CARLYLES stark idealistischen Aussprüchen meint SCHUMPETER (S. 71/72): „Er sagt es mit starkem Temperament und mit Prophetengeste — und siehe da, die Welt klatschte Beifall! Und heute noch kann man so die billigsten Lorbeeren ernten." Das ist vollkommen zutreffend, kann aber überhaupt von jeder phrasenhaften Übertreibung auf wissenschaftlichem Gebiete gesagt werden.

Das gewählte Beispiel AUG. COMTES (Cours de philosophie positive) zeigt, daß es sich SCH. bei seiner Beurteilung nur um die Methode der isolierenden Abstraktion gehandelt hat, denn nur sie verwarf COMTE, während er im übrigen gerade eine naturwissenschaftliche Auffassung und Behandlung der sozialen Probleme und ihre exakte Formulierung vertrat.

18. Jahrhunderts sich erschöpft hat, sondern vielmehr in natürlicher Reaktion gegen deren Einseitigkeit seine stärksten und besten Kräfte gewann? Sollte nur von der „historischen Schule" nicht gelten, was SCH. (S. 102 f.) sehr richtig selbst betont, „daß nämlich aus den Reaktionen gegen die notwendigen Einseitigkeiten jedes solchen Programms (einer wissenschaftlichen Geistesrichtung) sich automatisch eine viel allseitigere und folgerichtigere Entwickelung, als der einzelne jemals sich ausdenken könnte, ergebe"? Bekanntlich verdankt speziell die nationalökonomische Wissenschaft der historischen Richtung die endliche Berücksichtigung der ethischen Seite des Wirtschaftslebens, die Besinnung auf die positiven praktischen Aufgaben auch der Wirtschaftstheorie, die stärkere Betonung der geschichtlichen und sozialen Zusammenhänge als unabstrahierbare Grundlage auch der theoretischen Arbeit. Unter dem Einfluß der historischen Forschung hat gerade in Deutschland die sozialreformatorische Richtung, die moderne Sozialpolitik und vor allem der wissenschaftliche Sozialismus (RODBERTUS, MARX) ein reiches Eigenleben geführt und zu sozialer Befruchtung auch der übrigen nationalökonomischen Richtungen gerade im Sinne unserer „Sozialwissenschaften" wesentlich beigetragen. Aber bezeichnenderweise findet all das in der SCH.schen Untersuchung über „Vergangenheit und Zukunft der Sozialwissenschaften" überhaupt keine Erörterung, in seiner zweiten, über die „Dogmen- und Methodengeschichte" aber nur hinsichtlich der erwähnten Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, soweit sie zur Klassizität in Beziehung stehen. Aber auch die rein theoretische Richtung (so die österreichische Grenznutzentheorie) hat sich in der neueren Zeit gerade infolge jener erfahrungsgemäßen Reaktion gegen die allzu einseitige Betonung des Historismus speziell auf deutsch-österreichischem Boden entwickelt und von da einen Siegeslauf in die Welt angetreten. Wozu also die bewegliche Klage SCH.s am Schlusse bei Erörterung der Zukunftsaussichten „sozialwissenschaftlicher" Forschung, daß „auf dem Wege (der Ausgestaltung der Theorie mit Hilfe der analytisch-abstrakten Isoliermethode) uns Engländer, Italiener und Amerikaner weit, weit voraus und daß wir in Gefahr sind, hoffnungslos zurückzubleiben". (S. 126.) SCH. weist dann des näheren in erster Linie auf die Werke der Engländer JEVONS und MARSHALL, des Franzosen Léon WALRAS, der PARETOschule in Italien, der Schüler von CLARK in Amerika hin, sowie auf seine, SCH.s eigene Anlehnung an die englisch-amerikanische Schule. SCH. glaubt hierin eine neue Phase der Wissenschaft zu sehen. Hier verfällt er aber wohl in denselben Fehler, den er an den übrigen wissenschaftlichen Richtungen, teilweise mit Recht, so streng gerügt hat, in den Fehler nämlich einseitiger Hervorhebung einer Methode und eines Elementes wissenschaftlich-theoretischer Arbeit, nämlich der isolierenden Abstraktion, der gegenüber alles andere nur Hilfsmittel sei. Das sticht seltsam von einem sehr richtigen, aber leider in anderem Zusammenhange gebrachten Erkenntnissatz SCH.s ab: „Immer deutlicher muß die Unmöglichkeit dauernder Herrschaft einer Methode und die Relativität des Wertes und der Bedeutung einer jeden werden." (S. 107.) Daß bei einseitiger Anwendung nur der analytischen Methode wieder andere

wichtige Erkenntniswege, so aller, die mit dem Entwickelungsvorgange zusammenhängen, verschüttet werden, läßt SCH. trotzdem völlig unbeachtet. Doch freilich auf die „Idee der Entwickelung" und die literarische Behandlung dieses Lebenselementes aller „Sozialwissenschaft" ist er sehr schlecht zu sprechen. Kaum weiß er unerfreulichere Lektüre (S. 185), und: „Den großen Lehrern des Naturrechtes ist es schlecht gegangen vor dem Gericht der Nachfolger — wie soll es uns gehen, wenn wir dergleichen treiben?"

Wie auf anderen Gebieten, so liegt wohl auch auf dem der Wissenschaft der richtige Weg in der Mitte. Erst die Vereinigung beider Methoden, der Analyse und deduktiven Abstraktion, mit der der historischen und sozialen Zusammenhänge bewußten genetisch-induktiven, der Zug nach dem Besonderen und nach dem Generellen, scheinen eine hoffnungsvolle Bahn für die Zukunft zu eröffnen. Dagegen wird mit den Schlagworten „Analyse" und „Tatsachensammlung" (S. 105) der innere Gegensatz und die gemeinsame Berechtigung dieser beiden gleich unentbehrlichen Methoden nur unzutreffend ausgedrückt. So dürfte sich wohl auch der Aspekt, mit dem SCH. seine erstangezeigte Schrift schließt, in einem anderen Sinne erfüllen, als es ihm vorschwebt: Unsere Epoche sei eine solche „konstruktiver Lust", nicht „kritischer Sammlung", und gehe auf die „Analyse des Kulturphänomens" aus. „Und eine Epoche, die dem 18. Jahrhundert in vielem gleicht, kündigt sich an." „Es liegt nur an uns, die «Epoche der Kulturtheorie» so groß zu machen wie die des Naturrechtes." (S. 135.) Daß dieser Vergleich mit einer der Geschichte angehörenden und zeitlich relativ auch großen Entwickelungsepoche der Wissenschaft nur von dem Gedanken — an eine damals bereits angewendete und bis zur Einseitigkeit gediehene Abstraktionsmethode getragen und darum wohl ganz verunglückt ist, bedarf keiner näheren Erörterung. Mit den Arbeitsmitteln und Erfahrungen einer weiteren mehr als hundertjährigen Entwickelung wird unsere wissenschaftliche Zukunft, soferne ihre Vertreter Einseitigkeit und vor allem unfruchtbaren Methodenstreit meiden, wohl auch über die Errungenschaften des 18. Jahrhunderts hinausgehen [1].

---

1) Auf zahlreiche andere von SCH. aufgeworfene und nur zu rasch beantwortete Fragen kann hier nicht eingegangen werden. So spricht SCH. von einer „philosophischen und politischen Invasion" ins Gebiet der wissenschaftlichen Lehre. (S. 111.) Die philosophische Grundlegung kann für die heutige Forschung auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften nur von Nutzen sein, mit letzterer aber meint SCH. die vielerörterte Frage über die Zulässigkeit des Werturteiles, also teleologischer Betrachtung. Auch da geht ein Postulat vollständiger Exklusivität viel zu weit.

SCH. lehrt ferner „die Loslösung der Wissenschaft von den praktischen Fragen des Alltags". Soweit es sich hierbei um Fragen oder richtiger Schlagworte der Tagespolitik handelt, ist dieses Desinteressement begründet. Im übrigen aber scheint mir der Zug der Zeit nach einer ganz anderen Richtung, nach allmählicher Durchdringung der „praktischen", d. h. die Welt und ihre Lebensvorgänge angehenden positiven und aktuellen Rechts- und

Nähere Darstellung im Rahmen einer dogmengeschichtlichen Untersuchung finden die bisher erörterten Grundgedanken SCH.s in seiner zweitangezeigten Arbeit. In ihr greift er freilich aus der Gesamtentwickelung nur einige, wenn auch wichtige Teile heraus. Ein Kapitel über die „Entwickelung der Sozialökonomik zur Wissenschaft“ leitet die Darstellung mit einer knappen Übersicht über die ältesten Zeiten einschließlich des 16. und 17. Jahrhunderts ein (Moralphilosophie als die eine, „Vulgärökonomie“ d. h. die Behandlung praktischer Wirtschaftsfragen in England, bezw. „Staatswirthschaftslehre“ und Kameralistik in Deutschland als die zweite Quelle der Sozialökonomik). Es folgt u. d. T. „Die Entdeckung des wirtschaftlichen Kreislaufes“ die Besprechung der auf naturrechtlichem Boden erwachsenen Physiokratie mit Einschluß von TURGOT und SMITH. Sodann werden dargestellt „Das klassische System und seine Ausläufer“ und „Die historische Schule und die Grenznutzentheorie“. Weder der Merkantilismus, noch der wissenschaftliche Sozialismus finden als geschlossene Gruppe oder Ideenrichtung abgesonderte Behandlung. Hinsichtlich des Merkantilismus geschieht es deshalb, weil ihm weder der Charakter einer wissenschaftlichen „Schule“, noch einer wissenschaftlichen Theorie zukomme.

Nun ist die merkantilistische Lehre gewiß nicht in dem Maße wie z. B. der Physiokratismus als geschlossene Schule aufgetreten. Sie hat aber doch gerade auf dem deutschen und österreichischen Boden lange geherrscht und in der Ausarbeitung der Begriffe von der nationalen Handelspolitik, auf dem Gebiete des Geldwesens, der Zahlungsbilanz usf. wichtige Erkenntnisgrundlagen auch für die Theorie, namentlich die spätere Schutzzolltheorie geschaffen. Übrigens hat sie, wie SCH. selbst sehr richtig feststellt, teilweise auch wertvolle analytische Vorarbeit geleistet und war gerade die spätere kritische Betrachtung ihrer Leistungen eine vielfach ungerechte. Dieser Umstand aber fordert wohl auch eine andere Behandlung in einer Dogmengeschichte, als sie SCH. bietet. — Was sodann den wissenschaftlichen Sozialismus anbelangt, so werden seine beiden Schöpfer und Hauptvertreter, RODBERTUS und MARX, und nur sie, mit ihren hauptsächlichen Lehren im Kapitel vom „klassischen System und seinen Ausläufern“ besprochen und zwar — in die RICARDO-Schule eingereiht. (S. 55, 60 u. a. a. O.) Trotz der bestehenden wichtigen Zusammenhänge auf dem Gebiete der — eingehend dargestellten — Wert- bezw. Preis- und Lohntheorie, ist es doch wohl systematisch und dogmenkritisch nicht gerechtfertigt.

Wirtschaftsfragen auch nach wissenschaftlichem Gesichtspunkte zu gehen. Und darin erblicke ich zwar nicht den alleinigen und auch nicht den Hauptzweck, aber doch einen der Zwecke jeder Wissenschaft, daß deren Vertreter dem Volke und Staate als geistige Führer das an Belehrung und Forscherarbeit bieten, worauf die Gesamtheit mit vollem Rechte einen Anspruch hat. Die „unbeirrte“ analytische Geistesarbeit hat hierfür geeignete Grundlagen zu schaffen, doch ohne Exklusivität im Forschungsbereich sowie der Methode und ohne Ausschluß des von der Mitwelt erwarteten und benötigten wissenschaftlichen „Werturteiles“.



diese beiden Schriftsteller und speziell MARX in das auf ganz anderen wirtschaftspolitischen Grundlagen ruhende klassische System schlechtweg einzureihen, da es sich doch nur um gemeinsame Ausgangspunkte gehandelt hat, die bei MARX eine durchaus originäre, einem neuen Gedankenkreise angehörende und zur Lehre der Klassiker vielfach gegensätzliche (so auch RODBERTUS) Ausgestaltung erfahren haben. Auch hier wieder finden wir die den Tatsachen widersprechende grundsätzliche Vernachlässigung der den einzelnen theoretischen Leistungen zugrunde liegenden wirtschaftspolitischen Ideengänge (individualistische, wirtschaftsliberale Doktrin, kollektivistische bezw. soziale aus der Reaktion gegen erstere hervorgegangene Ideenrichtung) und die ausschließliche Einordnung nach theoretischen Zusammenhängen.

Für die englischen Klassiker, insbes. die RICARDO-Schule, sucht SCH. gegenüber der heute vielfach vorherrschenden Meinung, daß sie durchwegs die Interessen des industriellen Bürgertumes und der Börsenwelt vertreten hätten, den Nachweis zu erbringen, daß der wesentliche Gehalt ihrer Werke neutraler bezw analytischer Art ist, aus der sich Konklusionen in der einen wie anderen Richtung (z. B. CAREY Schutzzöllner, BASTIAT Freihändler) ableiten lassen. Richtig ist, daß die Konklusionen der Klassiker selbst aus ihrer abstrakten Lehre keine eindeutigen waren. Nicht weniger jedoch auch, daß ihr gemeinsamer Ausgangspunkt das individualistische Grundprinzip des wirtschaftlichen Selbstinteresses war und daß sie, von Ausnahmen abgesehen, für die Problemlösung im Sinne des im damaligen England herrschenden Industrialismus und Kapitalismus gearbeitet haben. Daran vermag auch die spätere „Neutralisierung" seitens des wissenschaftlichen Analytikers nichts zu ändern[1]).

Von den zur Gegenwart führenden Strömungen werden nur die historische Schule und die Grenznutzentheorie einschließlich der mathematischen Richtung behandelt. Die wissenschaftliche Sozialpolitik dagegen gehört nach SCH. nicht in die von ihm geschriebene Dogmengeschichte. Er begnügt sich daher, bloß ihren Einfluß auf die wissenschaftliche Arbeit der modernen Nationalökonomie im allgemeinen kurz anzudeuten. (S. 98.) Hier schreibt SCH. rein wissenschaftlich und dogmenkritisch und nicht bloß als Essayist. Und da muß anerkannt werden, daß seine Darstellung, insbes. der essentiellen Grundlagen und Gedankengänge sowohl der historischen wie der als Reaktion gegen sie neuerdings wieder hervorgetretenen theoretischen Richtung, durchaus objektiv, wenn auch vom ausschließlichen Gesichtspunkte des analytischen Theoretikers, bemüht ist, jeder dieser Ideenrichtungen und ihren positiven Leistungen Gerechtigkeit angedeihen zu lassen und ihre bleibenden Werte aufzudecken. Besonders interessant und auch dankenswert ist das Bestreben, jene Momente in den entgegengesetzten Anschauungskreisen hervorzuheben, die zeigen, wie nahe sich oft Vertreter von Richtungen, die

1) Hier wie a. a. O., wo es sich um die Würdigung der ausländischen Leistungen handelt, wird die Darstellung SCH.s durch seine umfassende Kenntnis insbesondere der englischen und amerikanischen Literatur, deren Denkrichtung und Arbeitsmethode er nahesteht, wesentlich gefördert.

man als prinzipiell feindliche zu betrachten pflegt, tatsächlich stehen, sobald es sich um die nähere Diskussion ihrer Grundsätze handelt. Gerade darum aber scheint mir der stark polemische Ton von SCH.s erster Schrift um so bedauerlicher, als sie einerseits schon ihrem Rahmen nach alles näheren wissenschaftlichen Beweismaterials entbehren muß, andererseits aber im Gegensatze zu der auf rein wissenschaftliche Kreise beschränkten „Dogmen- und Methodengeschichte" für eine breitere Öffentlichkeit bestimmt ist und vor dieser die tatsächlich schon längst stark zurückgetretenen wissenschaftlichen Gegensätze, zumal zwischen „historischer" und „theoretischer" Arbeit, streitbar in den Vordergrund hebt. Wie läßt sich da so manches skeptische, ja einseitige Urteil über „Gegenwart" oder „Zukunft der Sozialwissenschaften" mit der Klärung und Läuterung der Gegensätze im Lichte wirklich dogmenkritischer Arbeit vereinbaren [1])?

SPANNS in II. Aufl. erschienene Schrift über die „Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre auf dogmengeschichtlicher Grundlage" stellt sich zur Aufgabe, die nationalökonomischen Grundprobleme in der wechselnden Beleuchtung historischer Entwickelung übersichtlich vorzuführen. Dies geschieht in Form einer Kritik der hauptsächlichen Theorien und Systeme, wobei mit der Besprechung der letzteren sehr zweckmäßig auch jeweils die Darstellung jener Grundbegriffe und Probleme verbunden wird, mit der sich die betreffende Theorie hauptsächlich befaßt hat. So z. B. Merkantilismus (Kritik in Verbindung mit der heutigen Lehre vom Geld und der Handelsbilanz): Naturrecht (mit Einführung in das Grundproblem der Gesellschaftslehre); JOHN LAW (mit Lehre vom Kredit); das physiokratische System (mit Produktivitäts- und Güterlehre) usf. Dank dieser Darstellungsweise treten sowohl die einzelnen Grundprobleme als deren verschiedene Lösungen durch die hauptsächlichen Theorien in genetischem Zusammenhange hervor, was bei einer rein systematischen Darstellung nie in gleichem Maße möglich wäre. Außerdem wird so der Leser zu freiem Nachdenken und zu eigenem Urteil über den positiven Gehalt der einzelnen Theorien angeregt. Während die übrigen Partien des ausgezeichnet angelegten Büchleins für den Zweck allgemeiner wissenschaftlicher Einführung im großen und ganzen vollständig ausreichend erscheinen, kann leider das gleiche von dem die Entwickelung des Sozialismus betreffenden viel zu knappen Kapitel nicht gesagt werden. Der vom Verf. in der Einleitung genannte Grund (weil die sozialistischen Systeme mit Ausnahme derjenigen von MARX und RODBERTUS hauptsächlich die Verteilungserscheinungen behandeln) kann wohl nicht als stichhaltig bezeichnet werden. Denn auch in der SMITHschen und RICARDOschen Theorie

1) Auf zahlreiche sachliche Einwendungen, so z. B. gegen die Trennung und isolierte Betrachtung des analytischen Gehaltes der physiokratischen oder klassischen Lehre von der zugrundeliegenden individualistischen Wirtschaftsauffassung oder gegen die Ausführungen über die „gefühlsmäßige Verständnislosigkeit", mit welcher die doch in Deutschland nicht assimilierungsfähige, weil den Wirtschaftszuständen fremde englische Lehre aufgenommen wurde, kann hier nicht näher eingegangen werden.

handelt es sich vielfach um Verteilungsprobleme (siehe S. 88). Gerade eine geschlossene und prägnante Darstellung wenigstens der wichtigsten Grundzüge aus der Geschichte des Sozialismus, bezw. der sozialistischen Theorie wäre zum Verständnis speziell des gegenwärtigen Standes der nationalökonomischen Lehre ebenso zweckdienlich gewesen, wie ihr Niederschlag in der gegenwärtigen wissenschaftlichen „Sozialpolitik" hierdurch an Verständnis und Fundierung wesentlich gewonnen hätte. Vielleicht ergibt sich in einer späteren Auflage des verdienstvollen Werkchens die Gelegenheit, auch diesen Abschnitt auszugestalten. Unter den vorhandenen gemeinverständlichen Darstellungen der Volkswirtschaftstheorien kann aber auch so schon SPANNS Arbeit als eine der besten wärmstens empfohlen werden.

Wien. EMANUEL H. VOGEL.

GUSTAVUS MYERS, Geschichte der großen amerikanischen Vermögen. 2 Bde. (Mit einer Einleitung von MAX SCHIPPEL.) Berlin, S. Fischer 1916. XL u. 800 S. (15, geb. 18 M.)

Die deutsche Ausgabe der „History of Great American Fortunes" wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur zweifellos einen bemerkenswerten Platz einnehmen. Sie macht nun auch dem des Englischen unkundigen Leser ein Werk zugänglich, das für die Beurteilung der sozialen Verhältnisse Amerikas von grundlegender Bedeutung sein dürfte. Es ist eine rücksichtslose und darum inhaltreiche Schilderung dessen, was ist, um eine Lieblingswendung LASSALLES zu gebrauchen. Sie ist um so mehr zu begrüßen, als man sich hierzulande hinsichtlich Amerikas immer noch den mannigfaltigsten Illusionen und Selbsttäuschungen hinzugeben pflegt. Das Land der Freiheit und Demokratie schlechthin, wie es den Wortführern der bürgerlichen Emanzipation erschien; das Land „der unbegrenzten Möglichkeiten", wie es der spätere sensationslüsterne Journalismus taufte: so lebt Amerika in der kontinentalen Phantasie fort, ohne daß diese Phantasie sich die Mühe geben möchte, den Wandlungen der Realität nachzusinnen [1]). Selbst die Zeitungsschreiber, die aus besonderen Anlässen der Stunde gehalten sind, über Amerika den Stab zu brechen, entledigen sich ihres Auftrags nicht so sehr zum Nutzen unserer Kenntnisse über die amerikanische Wirklichkeit, als vielmehr im Sinne absprechender Urteile über einzelne, mißliebig gewordene Politiker [2]).

1) Als jüngstes Beispiel solchen Journalismus mag hier das Büchlein von Leo JOLLES (LAUDON), „Im Reiche des Geldes", Berlin u. Leipzig 1915, Erwähnung finden.

2) Allerdings brachte die allerletzte Zeit eine entschiedene Wandlung in die Betrachtungsweise des politischen Lebens in U. S. A. Vgl. vor allem OSTROGORSKI, La démocratie et les partis politiques. Paris, Calman-Lévy Editeurs. Nouvelle Edition 1912. S. 428, 452, 590—598 u. passim. Vgl. auch H. DELBRÜCK, Regierung und Volkswille. Berlin, Georg Stillke 1914. S. 46—48, 127, 188 u. a. m. Allein: man begnügte sich mit dem Hinweise

G. M.'s Arbeit, die, wie es zunächst den Anschein erweckt, gleichfalls von einzelnen Persönlichkeiten handelt und in deren Ansehung mitunter die schärfste pamphletarische Lauge nicht verschmäht, gibt nichtsdestoweniger das objektive Bild eines Systems wieder, worin Personen letzten Endes nur als Exponenten einer von ihrem Willen unabhängigen Ordnung der Dinge figurieren. In diesem Sinne will der Verf. selbst sein Werk verstanden wissen. „Alle, alle — sagt er —, Kapitalisten und Bewohner der Armenquartiere, Sträflinge und Multimillionäre, sind Geschöpfe des Systems, das ... Habgier und Laster, Armut und Verbrechen erzeugt — erschreckende Tatsachen, die durch keinen eigentlichen Fehler der menschlichen Natur hervorgerufen werden, sondern durch die Triebkräfte, die Anreize und Resultate jenes Systems." (S. 791.) Es ist dies ein an und für sich einfaches und geradezu abschreckend eintöniges System: die kapitalistische Produktionsweise in nacktester Gestalt. Durch nichts gehemmt, entwickelte sich der Kapitalismus in Amerika als das brutalste „struggle of life", bei dem der Mensch zum bloßen Anhängsel der Maschine, der Geist zur kommerziellen Gerissenheit und der Geldwert zum Medium aller individuellen Beziehungen wurden. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die Geschichte Amerikas in gänzlich anderem Lichte, als es jene apologetischen Geschichtschreiber glauben lassen möchten, denen M. mit Fug und Recht nicht hold ist. M. deckt den Klassencharakter dieser Geschichte auf. „Von Anfang an — bemerkt er — war die Regierung der Vereinigten Staaten das, was als ein Regime des Besitzes bezeichnet werden kann." (S. 223.) Und nur als solches hat sich die amerikanische Gesellschaft durch alle jene Begebenheiten behauptet, die im Lichte unseres althergebrachten Radikalismus und Demokratismus besonders glorreich zu sein scheinen. So die Revolution von 1775—76. M. bezeichnet sie als eine „Bewegung der inländischen Besitzinteressen, die über ihr Schicksal selbst bestimmen wollten, ohne Einmischung der kommerziellen Klassen Großbritaniens". (S. 224.) Und erläuternd fügt er hinzu: „Die volltönenden Grundsätze der Unabhängigkeitserklärung lassen sich gut lesen, aber sie waren nicht für die Arbeiter gedacht. Die vielgerühmte Unabhängigkeit war die Freiheit des Kapitalisten, zu tun, was ihm beliebte." (S. 225.) Nicht anders der Bürgerkrieg von 1861—65. Formal für und wider die Sklaverei ausgefochten, war er in Wirklichkeit jedes höheren Idealismus bar. „Die Kapitalisten des Nordens hatten ein viel wirksameres Sklavereisystem als die des Südens, dessen wirtschaftliches Übergewicht das der Sklavenhaltung zerstören sollte." (S. 227.) Diese Streiflichter zur sozialen Geschichte Amerikas zeugen von historischer Schulung, als deren Quelle man, wohl ohne fehlzugehen, die materialistische Geschichtsauffassung bezeichnen darf.

Was das unmittelbare Thema M.s anbelangt, d. h. den Werdegang der „großen amerikanischen Vermögen", oder, um es mit seinen eigenen Worten

---

auf verschiedentliche „Auswüchse" des Demokratismus und schien sie für Erscheinungen mehr neueren Datums zu halten. Im übrigen gelten nach wie vor Reminiszenzen der alten, noch von LAFAYETTE, SAINT-SIMON u. a. entfachten Bewunderung.

auszudrücken, die „Erzählung der Mittel, durch welche Eigentum erworben und große Vermögen in Besitz genommen worden sind" (S. 790), so ist die algebraische Formel aller dabei in Betracht kommenden Erscheinungen nichts anderes, als eine posthume Rehabilitierung des PROUDHONschen: „La propriété c'est le vol." Ob es sich um Bodenspekulationen oder Warenschiebungen, Eisenbahngründungen oder Stahlfabrikation handelt, ob ASTOR oder FIELD, VANDERBILT oder CARNEGIE agieren: überall dieselbe schier endlose Kette von Betrug, Erpressung, Gewalttat. Einige Kapitelüberschriften des M.schen Buches mögen hier als Beispiel angeführt werden: Geschenke von 14 Mill. Morgen — Bis zum Bankrott ausgeraubt — Ungeheuer große Unterstützungsgelder gestohlen — Holländische Kapitalisten betrogen — Anrufung der Gerichte — Die gesetzgebenden Körperschaften erwachen — Die gestohlenen Millionen auf Wucher ausgeliehen — Die Pacific-Postsubsidien — Eine Million Dollar für Bestechungen — Die Beraubung ganzer Eisenbahnnetze — Erpressung und Raub — Gerichtliches Possenspiel — Ein ganzer Schweif von Bestechungen ... „So geht es fort, man möchte rasend werden!" Die Personennamen tun da wahrlich nichts zur Sache. Es ist, wie HUME einmal sagte: Wer eine grüne Wiese gesehen hat, der sah alle grünen Wiesen.

So liegt denn auch die eigentliche Stärke der M.schen Monographie keineswegs in dem wuchtigen Anklagematerial gegen die Sammler und Mehrer des Dollars, das mit wirklich bewundernswürdigem Fleiß zusammengetragen ist. Hierin schöpft sie bloß ihren agitatorischen Atem. Besonders willkommen und lehrreich wird die Arbeit M.s erst dadurch, daß sie neben ihrem eigentlichen Thema noch verschiedentliche Aufschlüsse über die Geschicke der amerikanischen Arbeiterbewegung einherlaufen läßt. Denn diese letztere ist auf dem Kontinente fast ebensowenig bekannt, wie die amerikanische Geschichte überhaupt. Namentlich in einer Hinsicht verursachte sie dem westeuropäischen Beobachter Kopfzerbrechen. Sie kam erst verhältnismäßig spät auf, blieb fast ausschließlich in gewerkschaftlichen Bahnen stecken, m. e. W. entbehrte in jeder Beziehung ausgesprochen proletarischen Charakters. Und dies alles bei höchster Entwickelung des industriellen Lebens, unter kapitalistischen Voraussetzungen, deren Reife als mustergültig bezeichnet werden könnte. Die Frage: Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?, wie sie in seiner bekannten Art WERNER SOMBART 1906 formulierte, zwang sich unter diesen Umständen nahezu von selbst auf.

Zur Aufklärung wird man in der Regel auf den ehemaligen ungeheueren Bodenreichtum Amerikas verwiesen. Dieser habe, heißt es, gewissermaßen einen ständigen Reservefonds gebildet, auf den sich die Hoffnung der industriellen Bevölkerung richtete. Immer winkte ihr die Möglichkeit, im schlimmsten Falle den Kohlenstaub von den Schuhen abzuschütteln und ein neues Leben — als Farmer, Bauer oder Viehzüchter — zu beginnen. So hat auch SOMBART die Sachlage dargestellt und vor ihm MORRIS HILLQUIT in seiner „History of Socialism in the United States" (New York 1903). Die Vorbedingungen für die Entwickelung eines klassenbewußten Proletariats in Amerika seien — meint HILLQUIT — in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts noch nicht vorhanden gewesen.

„Zu einer Zeit, wo die Länder Europas fast jeden Quadratfuß Grund und Boden und alle ihre natürlichen Hilfsmittel nahezu erschöpft hatten, besaß die westliche Halbkugel unbegrenzte Strecken fruchtbaren Bodens, die auf den ersten Ankömmling warteten . . . Lohnarbeit war unter diesen Umständen im allgemeinen mehr ein vorübergehender Zustand als eine dauernde Einrichtung. In der Regel brauchte der Arbeiter nur kurze Zeit, um sich genügend Geld für den Erwerb einer Farm oder den Ankauf der sehr einfachen und billigen Handwerkszeuge und die Gründung eines Geschäfts auf eigene Rechnung zu ersparen [1]."

Soweit HILLQUIT. Sein Gedankengang, wie das ganze Argument, leuchten sozusagen auf den ersten Blick ein. Jene Hoffnung auf ökonomische Selbständigkeit mußte die amerikanischen Arbeiter in der Tat ihre industriellen Miseren in einem viel rosigeren Lichte sehen lassen, als vermutlich andernfalls. Noch mehr! Diese Beweisführung kann sogar geographisch erweitert werden. Dieselbe Hoffnung winkte ja selbst bis auf Europa hinüber und übte auch hier eine nicht zu unterschätzende Wirkung aus. Die europäische Entwickelung ist von der überseeischen Auswanderungsmöglichkeit ebenfalls nicht unbeeinflußt geblieben. Auch hier wirkte sie dämpfend und sozial anästhesierend. Was z. B. RICHARD WAGNER von AUGUST RÖCKEL erzählt, ist sicherlich für die geistige Entwickelung jener Epoche symptomatisch: „Es ging dem armen Menschen schlecht genug. Schon längst hatte er jede Hoffnung aufgegeben, in seiner musikalischen Laufbahn sich zu einigem Wohlstand aufzuschwingen . . . So schleppte er sich elendiglich im Schuldenmachen dahin, und ersah seit längerer Zeit keine Hilfe für seine Lage, als durch eine Auswanderung nach Amerika, wo er, als Farmer selbst vom Naturzustand beginnend, durch seiner Hände Arbeit und seinen erfindungsreichen Kopf . . . sich und den Seinigen eine bürgerliche Zukunft gründen zu können vermeinte" [2]).

Es liegt auf der Hand, daß diese magnetische Anziehungskraft der urbaren Scholle in Amerika selbst unvergleichlich zwingender wirken mußte. Sie individualisierte die arbeitenden Klassen und stemmte sich somit der sozialisierenden Tendenz des Industrialismus erfolgreich entgegen.

Aber — und hier fassen wir die andere Seite der Frage ins Auge — die Bedeutung dieses Faktors einmal zugegeben, müssen wir uns gleichwohl hüten, ihm unbeschränkte und alles erklärende Geltung zuzusprechen. Schon an sich ist der Gedanke, daß einzig jene fernher wirkende Hoffnung — die Zukunftsmusik der Natur sozusagen — eine ganze Klasse von der sozialnotwendigen Bahn ihrer Entwickelung ablenken konnte, geeignet, Widerspruch zu erregen. Denn es liegt ihm eigentlich jene alte Vorstellung zugrunde, die unter Klasse einfach ein mechanisches Konglomerat von Individuen verstand und die Klassenentwickelung als eine Art Summierung der vielen ein-

1) a. a. O. Deutsche Übersetzung von K. MÜLLER-WERNBERG, Stuttgart, Dietz 1906. S. 140—181, passim. Vgl. auch JESSIE WALLACE HUGHAN, American Socialism of the present Day, 1912.

2) R. WAGNER, Mein Leben. München 1914. II. 196—197 passim.

zelnen Laufbahnen, die darin mitbegriffen sind, darzustellen versuchte. Es leuchtet ein, daß der einzelne um so williger sich dem süßen Traum einer stets möglichen Selbständigkeit hingab, je weniger seine Klasse bedeutete, ihm eine sichere Zukunft zu erringen vermochte. Daß aber auch diese Klasse als Ganzes, also als selbständige soziologische Kategorie, aus ebendemselben Grunde zu keiner bewußten Stellungnahme zur kapitalistischen Ausbeutung gelangen konnte, das leuchtet nicht mehr so ohne weiteres ein. Viel näher liegt wohl eine andere Hypothese: daß irgendwelche Kräfte im Spiele sein mußten, die die Arbeiterklasse schon im Rahmen desselben Wirtschaftskörpers, dem sie als solche angehörte, zur autonomen Aktionsentfaltung nicht gelangen ließen — und daß somit jedem einzelnen Individuum dieser Klasse der Austritt aus dem Wirtschaftsverband und die Gründung einer Existenz auf eigene Faust gewissermaßen nahegelegt wurde. In dieser Fassung müßte das Problem zunächst mit der Beschaffenheit des amerikanischen Kapitalismus in Verbindung gebracht werden und dann erst käme — als zweite, auslösende Determinante — die Unverhältnismäßigkeit zwischen der räumlichen Beschränktheit dieses Kapitalismus und dem verlockenden Bodenreichtum Amerikas hinzu.

Empirische Tatsachen bestätigen diese abstrakte Schlußfolgerung sehr überzeugend. Bemerkenswert ist z. B., daß die U. S. A. schon seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts alle Voraussetzungen einer klassenbewußten Arbeiterbewegung — sofern bloß die industrielle Entwickelung hierbei in Betracht gezogen wird — in nicht gewöhnlichem Maße aufwiesen. Die Kontraste zwischen nackter Armut und wachsender Profitjägerei sprangen ins Auge. Die Ausbeutung war enorm. Eine ständige Arbeiterarmee wuchs von Jahr zu Jahr. An heftigen Unruhen, Streiks, Zusammenstößen mangelte es ebenfalls nicht. Kurz, die rein objektiven Bedingungen der amerikanischen Industrie waren der Bildung einer sozialistischen Arbeiterpartei keinesfalls ungünstig. Für ihren Zusammenbruch wird man kaum lediglich die ländliche Abzugsmöglichkeit verantwortlich machen dürfen.

Und dann noch eines: Selbst heute, wo die amerikanische Industrie nach dem übereinstimmenden Urteil aller Beobachter bis zur völligen Reife gediehen ist und wo der alte Traum ruraler Selbständigkeit längst aufgehört hat, die Gemüter zu betören, selbst heute noch wandelt die amerikanische Arbeiterbewegung vorwiegend auf ökonomischen Bahnen und ist von einer konsequent sozialistischen Zielstrebigkeit vorläufig noch weit entfernt; wenigstens was das Gros des amerikanischen Proletariats anbelangt.

An Hand der M.schen Darstellung ist es nunmehr möglich, diesem Problem ganz neue Gesichtspunkte abzugewinnen. Es scheint in der Tat, daß der Entwickelungsgang der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten letzten Endes viel mehr von der sozialen Struktur des amerikanischen Kapitalismus abhängig war, als es der Hinweis auf die Lockungen des westlichen Naturreichtums vermuten läßt. Das grundlegendste und viel zu wenig beachtete Merkmal der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte besteht wohl darin, daß sie sich ohne jeden sozialen Gegensatz zum Feudalismus entwickelt hatte; daß mit anderen Worten die kapitalistische Entwickelung soz[illegible]

aus sich selbst zur Entfaltung gelangte, ohne erst die soziale Widerstandskraft der feudalen Produktionsweise überwinden und die politischen Fesseln des ancien régime sprengen zu müssen. Während in Europa die Emanzipation des Bürgertums einen langen Entwickelungsprozeß durchmachte, sah sich das amerikanische Bürgertum von vornherein in eine vollständig hemmungslose soziale Umgebung versetzt. Die bürgerliche Herrschaft kam dort als primäre Tatsache zur Welt; die Bourgeoisie lernte nur eine einzige „Sturm- und Drangperiode“ kennen: die der ursprünglichen Akkumulation. Für das Proletariat gewann diese Tatsache eine geradezu verhängnisvolle Bedeutung. In der alten Welt scharte der Emanzipationskampf des Bürgertums notgedrungen auch die arbeitenden Massen um das demokratische Banner. Um der Feudalität gleichfalls eine materielle Gewalt entgegenstellen zu können, mußte das westeuropäische Bürgertum auch dem Arbeiter Waffen in die Hand drücken — selbst auf die Gefahr hin, daß er sie später gegen die bürgerliche Ordnung richten werde. Man wählte eben aus zwei Übeln das kleinere und fernere. Die Einwirkung der bürgerlichen Ideologien auf die sozialistische Entwickelung der westeuropäischen Länder ist daher gar nicht abzuleugnen. Ebenso wie die Totengräber des Feudalismus teilweise dem alten Adel entstammten, sandte auch das Bürgertum seine eigenen Sprößlinge in die Reihen der Arbeiter hinaus, um eine Saat zu säen, deren künftige Wirkungen sich kaum absehen ließen.

Das soziale Leben Amerikas kennt keine Spur von alledem. Das herrschende Bürgertum fühlte sich dort nur als Herrscher — ohne jemals den revolutionären Unterton des Zur-Herrschaft-Gelangens empfunden zu haben. Daher legte es keinen Wert auf irgendwelche ideologische Verschönerung seiner Herrschaft. Diese war ihm als vorweg gegebene Tatsache keiner weiteren Rechtfertigung oder Begründung bedürftig. Sein Verhältnis zur Arbeiterklasse war lediglich das des Ausbeuters. Jene vorübergehende, aber nichtsdestoweniger folgenschwere Waffengenossenschaft, die in Europa der Gegensatz zum Kapitalismus erzeugte, kam hier überhaupt nicht in Betracht, und infolgedessen fiel auch jede Rücksicht auf geistige Schulung und politische Aufrüttelung des arbeitenden Volkes fort. Das amerikanische Proletariat mußte diese Eigentümlichkeit seiner vaterländischen Geschichte schwer büßen. Von vornherein hatte es die ganze Übermacht der Kapitalisten gegen sich, mußte sich eines Gegners erwehren, der bereits die vorteilhaftesten Positionen bezogen hatte — noch ehe der Kampf begann. Daß unter diesen Umständen die sozialpolitische Entwickelung des amerikanischen Proletariats geradezu verkümmern mußte, bedarf keiner breitspurigen Auseinandersetzungen. Hier mußte eine Lücke zwischen objektiven und subjektiven Voraussetzungen erfolgreicher sozialistischen Aktionsentfaltungen entstehen, und zwar ausschließlich zugunsten der machtpolitischen Stellung der Besitzenden.

Was G. M. über die Bildung der großen amerikanischen Vermögen berichtet, bekräftigt diesen Gedankengang vollinhaltlich. Mit Recht bezeichnet er die Lage der besitzlosen Klassen in Amerika als eine Art Sklaverei. Das Rechtsgut der Freiheit kommt hier lediglich als nomineller Unterschied in Betracht. Im Grund genommen war der Staat doch nur eine gegenseitige

Versicherungsanstalt der Kapitalisten. „Je mehr Macht und Reichtum der kapitalistischen Klasse sich vergrößerten, — schreibt M. — um so offenkundiger wurde die Regierung ultrakapitalistisch.“ (S. 239.) Darin hat sich offenbar bis auf den heutigen Tag so gut wie nichts geändert: „Die Regierung der Vereinigten Staaten ist, als Gesamtheit und nicht in unwichtigen Ausnahmen betrachtet, heute eine ausgesprochenere kapitalistische Regierung als je zuvor.“ (S. 240.) Bezeichnend für die ganze Sachlage ist der Umstand, daß jegliche Auflehnung der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter schon von Rechts wegen als Verbrechen judiziert wurde. „Die ganze Macht des Gesetzes mit Polizei, Militär und Richtern wurde (gegen die Arbeiter) mobilgemacht und trieb sie entweder an ihre Arbeit zurück oder steckte sie ins Gefängnis.“ (S. 227.) Das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital war also in Wirklichkeit kein Rechts-, sondern ausschließlich ein Machtverhältnis. Und diese unverhüllte, sklavenhälterische Form der kapitalistischen Klassenherrschaft war in erster Linie eben die Folge der autochthonen Entwickelung des Bürgertums in Amerika[1]).

Nicht weniger schwer wiegt noch eine andere Erscheinung. Statt im revolutionären Entscheidungskampf zwischen Feudalismus und Kapitalismus die ersten sozialpolitischen Atemzüge zu holen, mußte die amerikanische Arbeiterschaft gleich von Anbeginn an den erbitterten Fehden zwischen verschiedenen Schichten des amerikanischen Bürgertums selbst teilnehmen. In ihrer instinktiven Auflehnung gegen den Kapitalismus fand sie dabei einen unerwarteten Bundesgenossen im Kleinbürgertum und mußte nun — in Ermangelung eines Besseren — mit ihm fürlieb nehmen. Wenn die erdrückende Übermacht des Gegners im amerikanischen Proletariate eine gewisse Mutlosigkeit zeitigte und dessen politische Selbständigkeit ungemein erschwerte, so

1) Vgl. S. 243: „Die Arbeiter . . ., denen der Reichtum geraubt wurde (?), wurden von dem Gesetz in dem Augenblick, wo sie verarmten, als Verbrecher betrachtet. Wenn sie obdachlos waren und ohne ersichtliche (?) Subsistenzmittel, wurden sie als Vagabunden verhaftet. Teilweise (?) wurden sie ins Gefängnis gesteckt oder zu Zwangsarbeit verurteilt. Wenn sie es unternahmen, Massenversammlungen abzuhalten, um die Regierung zur Inangriffnahme einer Anzahl von öffentlichen Arbeiten zu veranlassen, durch welche die Arbeitslosen beschäftigt würden, wurden ihre Versammlungen aufgehoben und die Versammelten auf brutale Weise auseinandergetrieben, wie es im Tomplins-Square in New York 1873, in Washington 1892 und in Chicago und im Union-Square in New York 1908 geschah.“ Die kapitalistische Demokratie stellte sich den Arbeitern gegenüber auf den Standpunkt absolutistischer Despotien, weil sie selbst, um zu entstehen, keine Despotie niederzukämpfen hatte. Gegen das Übergewicht dieses mit allen modernen Machtmitteln ausgestatteten Kapitalistenstaates mußte die Arbeiterklasse ins Hintertreffen geraten. Die politische Fortgeschrittenheit der Vereinigten Staaten war für das Proletariat seltsamerweise eine Quelle dauernder sozialer Rückständigkeit — weil sie, wie gesagt, nicht aus einem revolutionären Kampf gegen den Feudalismus hervorgegangen ist.

wirkte dieser zweifelhafte Verbündete sowohl geistig als auch moralisch verheerend. Ein derartiges Bündnis war ja an und für sich widernatürlich. Der Kampf des Kleingewerbes gegen kapitalistische „Auswüchse" steht im Zeichen sozialer Reaktion und ist schon deshalb das strikte Gegenteil des proletarischen Emanzipationskampfes, der die revolutionären Tendenzen des Kapitalismus par excellence repräsentiert. Sehr gut schildert M. diese Seite der Frage: „Der Mittelstand, d. h. die kleinen Geschäftsleute und Fabrikanten, hielt hartnäckig an den überlieferten Prinzipien fest. Sein einziger Begriff von Industrie waren die Methoden des Jahres 1825. Er wollte nicht einsehen, daß die Zentralisation der Industrie unvermeidlich war und einen Fortschritt bedeutete. Er jammerte über den Verfall seiner eigenen Macht und versuchte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, die Zwecke (?) der Trusts zu durchkreuzen. Dieser Mittelstand hatte bestochen, betrogen und die Arbeiter ausgenützt . . . Er hatte . . . eine große Anzahl von Arbeitern auf seiner Seite, die nur die anfänglichen Fehler und nicht alle die guten Seiten sahen, welche die wissenschaftliche Organisation und Zentralisation der Industrie mit sich brachten." (S. 241.) Aber dieses unnatürliche Bündnis war von dem Augenblick an unabwendbar, wo das Proletariat die Fruchtlosigkeit eines Kampfes Mann gegen Mann mit der Kapitalistenklasse zu fühlen begann. Das nämliche war ja auch in Europa der Fall. Auch hier entsprang die Waffenbrüderschaft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft der Einsicht in die Unzulänglichkeit ihrer isolierten Kräfte. Auch hier brachte sie dem Proletariate mancherlei Enttäuschungen. Allein die Bourgeoisie konnte, weil sie um jeden Preis die kapitalistische Entwickelung vorwärtstreiben mußte, nicht umhin, auch der Arbeiterschaft Ellenbogenfreiheit zu gewähren. Das ökonomische Fundament war ihnen wenigstens eine Zeitlang gemeinsam. Beim Kleinbürgertum fehlt auch diese objektive Gemeinschaftlichkeit der Ausgangspunkte. So zeitigte das Bündnis mit ihm bei der amerikanischen Arbeiterschaft nicht nur vorübergehende Enttäuschungen, sondern auch, was viel wichtiger ist, bleibende Verwirrung des Selbstbewußtseins.

Soviel zur Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Werfen wir nunmehr noch einen Blick auf ihre Gegenwart. Eins scheint hier vor allem ausschlaggebend zu sein. M. hebt es gebührend hervor; nämlich ein neues, „in nebelhafter Bildung begriffenes Proletariat". „Dieses besondere, wachsende Proletariat ist das 'gebildete' oder 'geistige' Proletariat." (S. 762.) In ihm bereitet die Geschichte dem amerikanischen Arbeiter — dem ländlichen wie dem industriellen — endlich jenen Bundesgenossen, dessen er schon längst bedurfte. M. weist auf die fermentierende Rolle dieser neuen proletarischen Schicht sehr überzeugend hin. Mit gutem Fuge sieht er in ihr gleichsam ein Trittbrett für die zu erwartenden Hochsprünge der amerikanischen Arbeiterbewegung. In der Industrie wie in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten fanden im Laufe der letzten Jahrzehnte Umwälzungen statt, die den Boden für sozialistische Agitation nach allen Richtungen durchackerten. In der Stadt hat das kapitalistische Magnatentum alle kleinbürgerlichen Illusionen zuschanden gemacht und die Arbeiter in der Tat vor das Dilemma gestellt: Kämpfen oder untergehen. Auf dem Lande brachte die

maschinelle Entwickelung gleichfalls bahnbrechende Wandelungen mit sich und rief neue proletarische Massen ins Leben, deren Schicksal mit demjenigen des städtischen Proletariats unabweislich verbunden ist. Trügen nicht alle Zeichen, so steht Amerika am Vorabend heißer sozialer Kämpfe. Die eigenartige soziale Struktur des amerikanischen Kapitalismus, unter deren Schutz das kapitalistische Magnatentum beispiellos üppig sich zu entfalten vermochte, scheint schließlich doch durch das eherne Gesetz kapitalistischer Entwickelung wettgemacht zu werden, daß früher oder später auch das Denken jener einzigen Klasse, die noch imstande ist, die gegenwärtige Produktionsweise auf eine höhere Organisationsstufe zu erheben, in Einklang mit ihrem Sein bringt.

Zum Schlusse einige Worte über die Übersetzung. Sie ist im ganzen zufriedenstellend. Das englische Original haben wir zurzeit nicht bei der Hand und es läßt sich daher nicht feststellen, ob mehrfache Unbeholfenheiten und Schwerfälligkeiten des Ausdrucks (vgl. z. B. S. 75, 171, 185, 248 u. a. m.) bloß dem Verlangen nach größtmöglichster Buchstabentreue entspringen, oder aber auch die Gedanken des M.s entstellen. Hingegen ist der Terminus: gewerbliches Proletariat, den die ungenannt gebliebenen Übersetzer gerne gebrauchen, jedenfalls dort nicht am Platze, wo es sich um hochgespannte industrielle Entwickelung handelt.

Was die „Einleitung" von SCHIPPEL anbelangt, so darf sie getrost übergangen werden. Wenn er der schmeichelhaften Bemerkung Raum gibt, daß im alten Europa „der hervorstechendste Reichtum vor allem viel weniger (als in Amerika) mit Schmutz und Korruption besudelt erscheint" (S. XXXIX), so geschieht dies wohl weniger aus wissenschaftlicher Überzeugung, als vielmehr im Hinblick auf die burgfriedlichen Zeitläufte.

Zürich, im Dezember 1916. OSCAR BLUM.

ROMAIN ROLLAND, Vie de Tolstoi. Quatrieme edition. Paris, Hachette 1913, 215 S.

Die Frage, ob TOLSTOI ein Sozialist gewesen, würde sich vor etwa hundert Jahren ziemlich leicht haben entscheiden lassen. Er haßte die herrschende Moral und die kapitalistische Wirtschaftsordnung, bekämpfte das Privateigentum, erstrebte die Menschheitsverbrüderung: alle diese Merkmale würden genügen, um ihm einen Ehrenplatz neben SAINT SIMON, FOURIER, OWEN, LEROUX u. a. m. zu sichern. Aber leider habent sua fata nicht nur Broschüren, sondern mitunter auch Ideen. Das menschliche Denken ist im weiten Bereich unaufhörlicher Entwickelung und fortwährender Veränderung das verhältnismäßig Kontinuierlichste: es wiederholt sich selbst mit einer gewissen periodischen Stetigkeit. Nur die wechselnden Geschicke der Umgebung, in welcher dieser Prozeß vor sich geht, verleihen ihm jedesmal eine neue Bedeutung. Es ist dies wie mit den mannigfaltigen Schilderungen eines Prismenglases, das verschieden gefärbte Lichtstrahlen durchläßt, nicht ohne dabei auch die eigene Farbe anscheinend zu wechseln. So auch TOLSTOI.

Er kam um ein Menschenalter zu spät. Dieselben Denkelemente, die aus ihm — zur rechten Zeit — einen der wirkungsvollsten Vorläufer des modernen Sozialismus gemacht hätten, sind — in veränderten Zeit- und Ortsverhältnissen — zur Schranke seines sozialistischen Wirkens geworden. So, daß ein Denker und Künstler, der wie kein anderer (seit J. J. ROUSSEAU) die fluchwürdige Beschränktheit des kapitalistischen Zeitalters zu stigmatisieren verstand, der wie kein anderer unter ihrem abtötenden Einfluß leiden mußte, nichtsdestoweniger zum unbewußten Werkzeug ebenderselben Beschränktheit werden konnte.

ROMAIN ROLLAND behandelt in der obigen Schrift den Sozialismus TOLSTOIS nur nebenbei, und auch da nicht vom entwickelungsgeschichtlichen, sondern vielmehr vom individual-psychologischen Standpunkte aus. Ihm sind TOLSTOIS sozialistische (oder besser: utopistisch-antibourgeoise) Einfühlungen nur insofern von Belang, als sie das künstlerische Gesamtbild von TOLSTOIS Schaffen und Wirken vervollständigen. Wie diese gottbegnadete Natur in jahrelangem Ringen mit der Nichtigkeit des zwecklosen Daseins, mit den Erniedrigungen des bürgerlichen Erwerbslebens, mit dem trostlosen Einerlei der merkantilistischen Erfolge keine Befriedigung finden konnte, und wie sie sich schließlich — weltentrückt — in inneren Qualen aufrieb und aufzehrte dieses alles zeigt R. R. sehr eindringlich und nicht ohne kongeniale Intuition. Er empfindet diese Fragen offenbar wie ein Künstler, der selber viel unter der erbarmungslosen Fuchtel des bürgerlichen Erwerbslebens gelitten hat, und man begreift daher sehr gut, warum es ihn reizen mußte, TOLSTOIS Lebens- und Leidensgeschichte mit innerlicher (wenngleich knapper) Linienführung nachzuzeichnen.

Allerdings verliert die Darstellung R. R.s gerade dadurch, d. h. gerade durch diese künstlerische Innerlichkeit, sehr viel, um nicht zu sagen: alles an historischer Bodenständigkeit. Die soziale Wurzelhaftigkeit mangelt ihr ganz entschieden. In ihrem Rahmen erscheint TOLSTOI lediglich als heroisches Individuum. Aber alles, was zur Epoche, zur Generation, zum M i l i e u im allgemeinen gehört, wird in dieser Problemfassung glatt übergangen.

Doch wie seltsam: dieser Umstand, den man zunächst als etwas schlechthin Mangelhaftes registrieren zu können glaubt, erweist sich beim aufmerksameren Zusehen als Quelle neuer und überraschender Einblicke in das Wesen nicht nur TOLSTOIS, sondern der modernen Kunst überhaupt. Es zeigt sich, daß das wahrhaft Große in unserem Geistesleben ein Abglanz seiner Feindseligkeit gegenüber dem materiellen Bau unserer Gesellschaft ist; daß echte Kunst und ehrliches Schaffen mit Naturnotwendigkeit zu sozialistischen Idealen hinüberleiten, — mögen diese Ideale als individuelle Notbehelfe der Seele von der immanenten Geschichtsentwickelung auch noch so sehr abweichen; kurz, daß die Lebenskraft der bürgerlichen Kultur dem ahnungsvollen Vorgeschmack der kommenden Gesellschaftsordnung entstammt. Die p o s i t i v s t e n Leistungen des gegenwärtigen Zeitalters, um ein von FICHTE gerne gebrauchtes Wort anzuwenden, sind seine A u t o n e g a t i o n e n. In dieser Hinsicht ist die Monographie R. R.s wirklich recht instruktiv, schon deshalb,

weil sie weniger einem vorwegnehmenden parti pris entspringt, als einem rein nachfühlenden Elan.

Was das Sachliche selbst anbelangt, d. h. den nüchternen Befund der theoretischen und historischen Tatsachen, so glaube ich nicht, daß R. R. ihm durchgängig gerecht geworden ist. Hier wird schon das Fehlen jeglicher Scheidung der verschiedenartigen Elemente TOLSTOIscher Weltanschauung zum unüberwindlichen Hindernis objektiver Treue. TOLSTOI ist vor allem sowohl als Denker wie auch als Dichter die personifizierte Verbindung durchaus disparater Ideengänge: er vereint religiöse Milde mit rücksichtslosestem Anarchismus; er bekämpft den Sozialismus wie ein Liberaler, um nachher dem Liberalismus mit sozialistischen Argumenten an den Leib zu rücken; er predigt Widerstandslosigkeit gegenüber dem „Bösen“ und ist in seinem eigenen Leben ein flammendes Symbol der Widerstandskraft des Guten. Diese innere (und auch äußerliche, mitunter selbst in oberflächlichen Kleinigkeiten sich manifestierende) Gegensätzlichkeit im Wesen TOLSTOIS bildet die eigentliche Schwierigkeit für jeden Geschichtschreiber seines Lebens und Wirkens. MERESCHKOWSKYS gedankenreiche Arbeit über TOLSTOI und DOSTOJEWSKY (die — weil nicht übersetzt — R. R. unbekannt bleiben mußte) gibt davon einen sehr präzisen Begriff: in jeder Hinsicht, sowohl im Guten wie im Schlechten.

R. R. hingegen verliert — im Bestreben, die Entwickelung TOLSTOIS als spontan-einheitliche Reaktion gegen die Einwirkungen der „irrationalen“ Gesellschaftsordnung darzustellen — jedes Unterscheidungsvermögen in Ansehung der antagonistischen Stadien dieser Entwickelung. Er vergißt, daß unter Umständen auch die Umkehrung des bekannten Ausspruchs recht haben kann: la critique est difficile . . .

Dazu kommt noch ein anderes in Betracht. R. R. zeigt, wie wir bereits bemerkt haben, außerordentlich einleuchtend, welch tiefe Spuren die sozialistische Einfühlung in TOLSTOIS Lebenswerke hinterlassen hatte. Trotzdem spricht R. R. in jenen Kapiteln, die die sozialen Ideen TOLSTOIS speziell behandeln, die Meinung aus, daß TOLSTOI den Sozialismus eigentlich haßte und in seinem eventuellen Siege die furchtbarste Geißel der Menschheit voraussah. Was für eine Bewandtnis hatte es damit? Wie ist dieser offensichtliche Widerspruch zu erklären? Nun, es will mir scheinen, daß R. R. zunächst einen höchst wichtigen Umstand außer acht ließ: daß TOLSTOI vor allem die politische Seite des Sozialismus verabscheute und diese seine Seite mit dem Sozialismus überhaupt verwechselte. Hinc illae irae. Das absolut un- und apolitische Denken TOLSTOIS konnte sich mit den politischen Aspirationen und parteilichen Gestaltungen des modernen Sozialismus durchaus nicht befreunden. TOLSTOI sah darin eines unter vielen Erzeugnissen desselben Geistes, der die heutige liberal-demokratische Kultur beherrscht. Bis zu welchem Grade und ob überhaupt TOLSTOI hierbei recht hatte, mag dahingestellt bleiben. Bedeutsam ist allein die willkürliche Gleichsetzung des parteipolitischen Sozialismus mit dem Sozialismus als kulturphilosophischem Ziel, von der TOLSTOI ausging und die um so weniger berechtigt zu sein scheint, als ja TOLSTOI selbst diesem Ziele zustrebte. Und hier streifen wir

das andere Problem, welches R. R. ebenfalls achtlos beiseite schiebt. Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß die moderne Gesellschaft verschiedene Wege und — Umwege sozialistischer Zielstrebigkeit kennt. Man erkennt diese Tatsache am deutlichsten im Bereiche der schönen Künste. Die Kunst lebt heutzutage vom Bürgertum, muß also seinen machtpolitischen Interessen Rechnung tragen und ist als Trägerin dieser Rechnung seine willfährige Dienerin. Aber die Kunst ist zugleich der Ausdruck gewisser unbewußter seelischer und geistiger Stimmungen, die den Mechanismus des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu begleiten pflegen. Und in dieser ihrer Eigenschaft schöpft die Kunst sozusagen mit beiden Händen aus jener, seit Jahrzehnten angesammelten Sehnsucht der bürgerlichen Gesellschaft nach dem Sozialismus, die in ihm den einzigen Erlöser aus ihrer ewigen Qual und ständigen Zerwürfnissen mit sich selbst instinktiv ahnt. Das ist der Zwiespalt der ganzen Kunst unserer Epoche: „Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust, die eine will sich von der anderen trennen!" Und dies ist der Widerspruch, an dem auch TOLSTOI zugrunde ging.

Diese Richtigstellungen vorausgesetzt, verdient die Studie R. R.s Anerkennung. Sie ist ein wertvoller Beitrag zur Geistesgeschichte unserer Zeit. Dem künftigen Historiker jener mannigfaltigen Nuancierungen der sozialistischen Idee, die sich im Laufe des XIX. Jahrhunderts bemerkbar machten, wird sie manchen wertvollen Fingerzeig bieten.

Zürich, im Januar 1917. OSCAR BLUM.

A. SOUCHON, La crise de la main d'oeuvre agricole en France. Paris, Arthur Rousseau 1914. gr. 8°. 553 S.

Die Landarbeiterfrage hat in Frankreich, genau wie in den anderen westeuropäischen und den großen amerikanischen Staaten, ein doppeltes Gesicht. Sie ist auf der einen Seite die Frage nach den Lebensbedingungen und der Lage der Landarbeiter, auf der anderen aber die Frage der Beschaffung von Arbeitskraft, also eine Frage des landwirtschaftlichen Betriebs. Das letztere unterscheidet sie charakteristisch von der industriellen Arbeiterfrage, hinsichtlich welcher vielmehr in den gleichen Ländern durchaus die „soziale" und nicht die Betriebseite in den Vordergrund tritt. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass die Lage der Landarbeiter nicht die gleiche Aufmerksamkeit gefunden hat wie die der Betriebsinhaber. Nur dort, wo die Arbeiterschaft sich zu organisieren verstand, wie namentlich in Italien, hat sich die Problemstellung geändert. Auch in Frankreich sind Ansätze zu einer Landarbeiterbewegung vorhanden, die allerdings noch nicht entfernt die Bedeutung erlangt haben wie bei der „lateinischen Schwesternation". Immerhin ist die vorstehend angezeigte neueste und m. W. umfangreichste Darstellung der Landarbeiterfrage in Frankreich auch nach dieser Seite eingestellt.

Allerdings ist der Ausgangspunkt der, man möchte fast sagen naturgemäße, nämlich die Entvölkerung des Landes. Die Abwanderung vom Lande ist freilich keine neue Erscheinung; das 14., das 17., das 18. Jahr-

hundert zeigen in Frankreich ganz ähnliche Krisen; das 19. Jahrhundert ist aber mehr als alle anderen das der „villes tentaculaires". Wie in Deutschland, handelt es sich bei dieser Landflucht nicht um ein Verschwinden der Besitzer, sondern der Arbeiter. Die französischen Sozialisten haben hierzu bemerkt, daß in Wirklichkeit zugleich eine „bäuerliche Proletarisierung" eingetreten sei, daß Tausende der kleinen Eigentümer, Pächter und Halbpächter sich als Enterbte betrachten. S. geht auf diese Frage nicht weiter ein, da er den Kernpunkt in der Abwanderung der Landarbeiter sieht. Nur insofern besteht ein Zusammenhang, als ein nicht unbeträchtlicher Teil der von der Statistik nicht mehr erfaßten Landarbeiter nicht abgewandert, sondern in die Klasse der kleinen Grundbesitzer aufgerückt ist.

Der Arbeitermangel, dessen statistische Analyse wir übergehen, wird auszugleichen versucht z. T. durch die in Frankreich seit alters her sehr umfangreichen Binnenwanderungen, z. T. durch Heranziehung von Fremdarbeitern. Es ist ein recht buntes Völkergemisch, das schon vor dem Kriege das Feld Frankreichs bestellen half: Belgier im Norden, Italiener und Spanier im Süden, Luxemburger, Schweizer und sogar auch Deutsche im Osten. Die größte Rolle dabei spielten die Belgier; in den letzten Jahren gab es auch eine polnische Frage. 1907 waren die ersten Polen nach Ostfrankreich gekommen; seitdem hatte man die bekannten politischen Verhältnisse benutzt, um namentlich galizische Polen, die vorher nach Deutschland gingen, nach Frankreich zu ziehen. Es ist wertvoll, daß der französische Gelehrte selbst Zeugnis dafür ablegt, warum der Strom recht bald nachließ, nämlich weil die Polen sich mit Recht über schlechte Behandlung durch ihre französischen Arbeitgeber beklagen konnten (S. 55), die die ihnen näherstehenden Belgier durchaus vorzogen. Dieser Fehlschlag führte dazu, sich nach anderen Quellen umzusehen; im Arrondissement von Aix-en-Province hatte man sich schon Kabylen als Erntehilfe geholt, allerdings unter lebhaftem Protest der Lokalbevölkerung. Während des Krieges haben sich die Franzosen bekanntlich Tonkinesen kommen lassen; möglich, dass dies ein dauernder Anfang der Kuliwirtschaft ist. Die Binnenwanderungen haben nach S. ökonomisch nur Vorteile, moralisch aber große Bedenken. Noch zwiespältiger steht er zu der Frage der Fremdarbeiter. Die Saisonzuwanderung, insbesondere der Belgier, schätzt er durchaus; ohne ihre Hilfe wäre der intensive Landwirtschaftsbetrieb überhaupt nicht aufrechtzuerhalten und damit auch die Arbeitgelegenheit für den einheimischen Arbeiter geschmälert. Anders mit der Einwanderung. Er traut dem französischen Volke nicht die Kraft der Assimilation zu; es sei zu befürchten, dass — bei der sinkenden Generationskraft der Franzosen — die fremden „Infiltrationen" den Süden italienisen und spanisch, den Norden flämisch, vielleicht sogar den Osten deutsch machen würden. Es ist bemerkenswert, daß er von diesem Gesichtspunkt aus zu einer ausgesprochenen Zustimmung zu der Polenpolitik der preußischen Regierung kommt (S. 78).

Die Maschine hat nach S. freilich den Erfolg, fehlende Handarbeit zu ersetzen. Aber sie wirkt weiter: sie verdrängt auch Handarbeit, die willig geleistet wird, führt einen größeren Teil des Bodenertrags dem Kapital zu

Zins zu. Daher in zahlreichen Gegenden Frankreichs bereits viele Fälle der Sabotage gegen landwirtschaftliche Maschinen!

Neben die Landflucht tritt, wie schon erwähnt, als Charakteristikum der Landarbeiterfrage in Frankreich der Agrarsozialismus oder Syndikalismus. Die Syndikatsbewegung auf dem Lande ist verhältnismäßig jung; sie setzte erst vor etwa anderthalb Jahrzehnten ein. Eine Ausnahme machen nur die Holzhauer des Centre, in den Wäldern der Nièvre, des Cher und nördlich des Allier, wo bereits im Jahre 1892 Ausstände organisiert und während der Ausstände Syndikate gebildet wurden. Diese Syndikate verschwanden jedoch bald, z. T. gerade infolge ihrer über Erwartungen großen Erfolge. Erst im Jahre 1902 erfolgte eine Neubelebung auf Veranlassung der C(onfédération) G(énérale) du T(ravail); zurzeit bestehen 170 Holzhauersyndikate, zumeist in Mittelfrankreich. Sie bemühen sich um Regelung der Arbeitbedingungen, die in diesem Falle durch Zwischenschieben der Holzhändler zwischen Waldbesitzer und Arbeiter recht kompliziert sind. Eine starke Gegenbewegung der Arbeitgeber, die sich insbesondere in dem Syndicat du Centre und dem Syndicat des propriétaires du Nivernais vereinigt haben, hat die Bedeutung der Arbeitersyndikate stark herabgedrückt. Besondere Syndikatsbildungen erfolgten bei den feuillardiers (Fassreifenmachern) und den résiniers (Harzsammlern). Seit 1903 findet sich eine syndikalistische, mit Ausständen und Verhandlungen arbeitende Bewegung unter den Weinbergsarbeitern Südfrankreichs, die nach anfänglichen Erfolgen stark abgeflaut ist, z. T. auch, weil sich seitdem die Gesamtlage des Weinbaus und damit auch die der Weinbergsarbeiter verbessert hatte. Wieder aufgelöst haben sich die Syndikate der Halbpächter des Bourbonnais, der 1907 bis 1910 bestehenden Verbände der Syndikate der Landarbeiter in der Umgegend von Paris. Erfolgreicher sind die Syndikate der Gartenarbeiter, bei denen die Syndikatsbewegung schon bis zum Jahre 1877 zurückzuverfolgen ist.

Die Syndikate sind in Federationen zusammengeschlossen; seit Jahren besteht die Absicht, diese wiederum zu einer Union Fédérative Terrienne zusammenzuschliessen. Aber die Aussichten dazu sind schwach. Die Interessen der einzelnen Gruppen sind recht verschieden; in den meisten Gegenden Frankreichs gibt es weder landwirtschaftliche Syndikate noch Streiks; unter den nominell 60724 Mitgliedern der bestehenden Syndikate (2,22 % der Gesamtziffer der Landarbeiter) sind viele „Papiersoldaten“, der Rest recht leistungschwach. Trotz dieser geringen Erfolge beurteilt S. die Lage für die Unternehmer recht bedenklich. Die Agitation des Syndikalismus habe vielfach schon dahin gewirkt, dass Neo-Malthusianismus und „le demi-sabotage par moindre effort“, die Halbsabotage durch möglichst geringe Arbeitleistung, sich verbreiten; auch die „zerstörende Sabotage“ ist keine Seltenheit mehr. Mit Rücksicht auf die besondere Gefährlichkeit von Sabotage und Streik in der Landwirtschaft wünscht S. diese anders angesehen als in der Industrie.

In einem dritten Kapitel untersucht er das Leben der Landarbeiter. Der wichtigste Punkt ist ihm dabei die Lohnfrage. Die Naturallöhnung tritt zurück, selbst für das Gesinde. Die Barlöhnung, und zwar der Zeitlohn, ist die herrschende Form; doch dringt der Akkordlohn vor. Charakteristisch

unter den Ausnahmen der letzteren Entwickelung ist, dass die kleinen mitarbeitenden Bauern ihren Arbeitern gegenüber den Zeitlohn vorziehen, weil sie unter ihrer persönlichen Aufsicht auch in dieser Form das Maximum an Arbeitleistung aus den Arbeitern herausziehen (S. 331); ein interessanter Beitrag zur Psychologie des französischen Bauern! Andere Formen (Prämiensysteme, Gewinnbeteiligung) sind versucht worden, aber mit dem üblichen geringen Erfolg. Die Löhne sind selbstverständlich gewachsen; die Feststellung leidet unter den bekannten Schwierigkeiten der Erfassung des Wertes des Naturallohns. Nach S.s Meinung ist das Wachstum stärker als das des Unternehmergewinns und der Eigentümerrente. Die Ursache sucht er ausschließlich in der Konkurrenz der Industrie, nicht etwa in der Syndikatsbewegung. So scheint ihm die materielle Lage der Landarbeiter nicht allzu schlecht; allerdings ergäbe erst eine Vergleichung der Reallöhne städtischer und ländlicher Arbeiter ein wirkliches Bild. S. gibt in diesem Punkte eine Fülle interessanten Materials, aus dem sich jedoch mit Sicherheit nur ergibt, dass die Ausgaben für die Wohnungen auf dem Lande geringer sind als in der Stadt, während im übrigen bloß eine Durchschnittswahrscheinlichkeit für eine relativ bessere Versorgung des Landarbeiters spricht. Die Frage der Arbeitlosigkeit hält er — abgesehen von einigen Gebirgsgegenden — für unwesentlich. Im Sommer kann auf dem Lande überhaupt nicht davon die Rede sein. Aber auch in den Wintermonaten sorge schon das Interesse der Arbeitgeber dafür, daß die Arbeiter nicht verdienstlos seien. Eine besondere Bedeutung mißt er — mit ausdrücklicher Ablehnung des entgegengesetzten Standpunktes KAUTSKYS — den Resten der alten und einigen neu geschaffenen Hausindustrien für die Einkommensverhältnisse der französischen Landbevölkerung zu.

Sehr geringe Erfolge schreibt S. der sozialen Gesetzgebung zu. Das Gesetz vom 12. Juli 1909 über das „bien de famille insaisissable" blieb trotz aller Bemühungen der Regierung wirkungslos; das Gesetz RIBOT vom 10. April 1908 mit seinen Folgegesetzen hat den Erwerb eines eigenen kleinen Hauses erleichtert, blieb aber ebenfalls wirkungslos bezüglich seiner zweiten Absicht der Förderung der inneren Kolonisation. In bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung fasst S. sein Urteil dahin zusammen, daß sie vor den Landarbeitern Halt mache.

Er hält den Staatssozialismus so wenig für fähig, die Probleme der Landarbeiterfrage zu lösen, wie den Kollektivismus und den Liberalismus. Am meisten hofft er von einem friedlichen Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern in „Syndicats Mixtes", die in der Tat schon einige schöne Erfolge aufzuweisen haben.

Bonn a. Rh. W. WYGODZINSKI.

FRIEDRICH NAUMANN, Mitteleuropa. Georg Reimer, 1915, gr. 8°, 297 S. (3 M.).



NAUMANN legt uns mit seinem Werke „Mitteleuropa" eine Schrift vor, die sich die Aufgabe stellt, den Zusammenschluß der mitteleuropäischen

Völker zu erleichtern. N. gehört zu den ersten Vertretern dieses Gedankens und hat in seinem Buche die Möglichkeit einer solchen Vereinigung nach allen Seiten hin beleuchtet. Der Ausgangspunkt für seine Auseinandersetzung ist der Krieg und die Folgen, die er zeitigen muß. nämlich einen möglichst innigen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten herbeizuführen. Er meint, eine solche Vereinigung wäre gar nicht so etwas Neuartiges, wie es uns zuerst anmute, denn in dem alten Römischen Reich Deutscher Nation fände sich schon etwas Ähnliches vor. (?) Dann behandelt N. das Verhältnis von Konfessionen und Nationalitäten in dem zu bildenden Mitteleuropa, ferner die wirtschaftliche Eigenart. die künftigen kriegswirtschaftlichen Probleme. die Stellung des neuen Bundes zur Weltwirtschaft und schließt mit Zoll- und Verfassungsfragen. Das Buch ist von einer seltenen Reichhaltigkeit, gut und eindringlich geschrieben. Es ist aber ein politisches Buch und hat eine dementsprechende Aufnahme gefunden. Alle diejenigen, die ablehnend zu der ganzen Frage sich verhalten, haben sich anfechtbarer Teile des Buches bemächtigt, jene noch stark unterstrichen, um dadurch Buch und Idee zu Fall zu bringen. Andere wieder, die in dem Buch ein Sprachrohr ihrer eigenen Anschauungen finden — und das ist die erdrückende Mehrheit —, wissen nicht Rühmens genug zu berichten. Versucht man sine ira et studio zu N.s neuestem Werk „Mitteleuropa" Stellung zu nehmen, so wäre etwa folgendes hervorzuheben: N. gibt mit seinem Werk keine wissenschaftliche Arbeit und will dies auch gar nicht. Die Arbeit steht deshalb außerhalb des Rahmens wissenschaftlicher Kritik. Was N. uns bietet, ist eine politische Werbeschrift, getragen von der tiefen Überzeugung, daß weder Deutschland noch Österreich-Ungarn, weder als reine Staats- noch Wirtschaftsmacht imstande sind, sich für die Zukunft zu behaupten. Der Wille zum Leben zwingt die beiden Staaten zueinander. Das ist die Prämisse all seiner Ausführungen, und seine Ausführungen selbst heben dies immer wieder unter stets wechselnder Gestaltung hervor und versuchen den Angehörigen beider Staaten vor Augen zu führen, daß schon heute die Vorbedingungen zu einer solchen Vereinigung durchaus günstig sind, die Opfer gar nicht als zu groß und die Schwierigkeiten als nicht unüberwindbar angesehen werden können. Man darf sagen, fast keine Seite des politischen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bleibt in N.s Buch unberührt. Überallhin werden wir durch seine Argumentation getragen. Widerstände werden hinweggeräumt und breite offene Straßen liegen zum Beschreiten vor unseren Augen, wo uns unwegsames Gelände zu sein schien. N.s „Mitteleuropa" ist eine ganz eigenartige Leistung, die dem zünftigen Gelehrtentum leicht entrückt wird, weil es von diesem mit falschem Maß gemessen wird. In „Mitteleuropa" spricht ein weit über dem Durchschnitt stehender Agitator großen Stils zu uns, dessen reiches Wissen und feines politisches Fühlen in dem Dienst einer großen zukunftsreichen Idee steht. Und wenn man an dieser Werbeschrift etwas aussetzen will, so ist es das, daß sie vielleicht zu reichhaltig ist, daß sie vom Leser zu viel Wissen beansprucht, daß sie manche gewagte Geschichtskonstruktion enthält, die ohne Schaden für das Buch hätte wegfallen können. Könnte sich N. dazu überwinden, die überzeugen-

den und werbenden Gedanken stärker herauszuarbeiten, historische, ökonomische und kulturelle Exkurse mehr zu unterdrücken und sie darstellerisch in den Hintergrund zu stellen, so würde er den Völkern Europas ein Volksbuch schenken, das mit Nutz und Frommen auch von Mittelgebildeten gelesen würde. Die werbende Kraft dieses Buches würde dadurch sehr gewinnen, denn Mitteleuropa ist eine Angelegenheit der Gesamtheit, die man hierfür gewinnen muß, ist nicht die Angelegenheit einer verhältnismäßig kleinen Elite. Mitteleuropa muß aus dem Willen der Gesamtheit geboren werden, und die Staatsmänner müssen von diesem Willen getragen — vielleicht von diesem Willen bezwungen werden.

Greifswald. WALDEMAR MITSCHERLICH.

Max Adlers[a] Neugestaltung des Marxismus.

Von

Oskar Blum (Zürich)[b].

Vorbemerkung.

Es wird sich erst im Verlaufe der folgenden Untersuchung, an die nicht ohne mehrfache Überlegung gegangen ist, zeigen können, ob ihre polemische Absicht gerechtfertigt sei, oder aber ob sie die Erinnerung an das französische Wort heraufbeschwören wird: le jeu ne vaut pas la chandelle. Immerhin seien einige einleitende Worte gestattet, ehe wir zur Sache selbst übergehen. Die Arbeiten A.s, auf die hier Bezug genommen werden soll[1]), fanden — obgleich sie nunmehr einen Zeitraum von drei Lustren umfassen[2]) — bis zur Stunde keine gebührende Beachtung.

---

a) Im folgenden stets abgekürzt durch A.

b) Die Abhandlung befindet sich seit dem 15. Oktober 1916 im Besitze der Redaktion. In Abwesenheit des nach dem Ausbruch der russischen Revolution in seine Heimat zurückgekehrten Verfassers mußte die Korrektur von mir besorgt werden. — Carl Grünberg.

1) Es sind dies die folgenden Schriften: „Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft", in „Marx-Studien", hrsg. von Max Adler und Rudolf Hilferding. I. Bd. Wien 1904, S. 195—433; Marx als Denker, zum 25. Todesjahre von Karl Marx, Berlin 1908; Marxistische Probleme, Beiträge zur Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung und Dialektik. („Internat. Bibliothek" 53.) Stuttgart, J. H. W. Dietz 1913, VIII—316 S.; Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus. („Internat. Bibliothek" 56.) Ebda. 1914, VII—248 S.

2) A.s literarische Tätigkeit begann m. W. mit dem Aufsatz: „Zur Revision des Parteiprogramms" in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" 22. und 24. Oktober 1901. (Vgl. Marx-Stud. I, 233 f.)

Sieht man von einigen liebevoll-überschwenglichen Belobungen der bürgerlichen Kritik ab, so kommt man zur Überzeugung, daß jene Kreise, die seine theoretische Propaganda in erster Linie angeht, ihnen mit einer gewissen verlegenen Nichtbeachtung entgegenkamen [3]). Teils sind A.s Ansichten als beiläufige Äußerungen irgendeines beiläufigen „MARX-Ergänzers" hingenommen, teils als durchaus harmlose Versuche betrachtet worden, denen keine besondere Bedeutung zukomme. Diesem Verhalten mangelte es m. E. an historischer Perspektive. Mir will es im Gegenteil scheinen, daß die literarische Wirksamkeit A.s den Schlüssel zu einer ganzen Periode der sozialistischen Entwicklung bietet. Sie ist der theoretische Abschluß und Ausklang der Ära des Revisionismus. In ihr manifestierte sich sowohl die jähe Wendung als auch die sachte Umbiegung, die dem wissenschaftlichen Sozialismus zu Anfang unseres Jahrhunderts widerfuhr. A. kam als Retter in der Not gerade in dem Augenblick, da der Revisionismus in seiner ersten, etwas ungeschlachten Form bereits unhaltbar wurde und seine Fortentwicklung gewisse Abrundungen und Umgruppierungen des ursprünglichen Systems erheischte. Von nun an hieß die Parole, nicht mehr mit jener plumpen Trivialität vorzugehen, die ohne viel Federlesens MARX durch ADOLF WAGNER zu „ersetzen" bereit war, sondern zu einer gewissen „Synthese" zu gelangen. A. konnte das als Epigone am besten besorgen. Er war durch keine opportunistische Traditionen der revisionistischen „Urzeit" gebunden, so daß die älteren Verfechter der „Revision" des Marxismus A.s Namen gewissermaßen als Prunkstück ihres Personalbestandes anführen können [4]). Im übrigen wurde er selbst vom schärferen Luftzug, den die Arbeiterbewegung im Anfang dieses Jahrhunderts mitbrachte, erfaßt und sah sehr wohl die dringende Notwendigkeit ein, einige der kampferprobten Waffen des marxistischen Sozialismus wenigstens der Form nach beizubehalten. — Das sind so die hauptsächlichsten Umstände, die sein theoretisches Wirken bemerkenswert machen. An ihm achtlos

3) Eine Ausnahme muß hier immerhin erwähnt werden: ANTON PANNEKOEKS sehr gelungene Kritik der ersten Arbeit A.s über „Kausalität u. Teleologie". „Die Neue Zeit" 23/II, 468 ff.

4) Vgl. KARL VORLÄNDER, KANT und MARX. Ein Beitrag zur Philosophie des Sozialismus. Tübingen 1911, S. 250.



vorübergehen, hieße nicht nur einen wertvollen Fingerzeig zur Beurteilung der abgelaufenen Periode der Geschichte des Sozialismus übersehen, sondern auch manchen Ausblick in die Zukunft sich rauben.

I. Die Krise des Marxismus.

§ 1. A.s Anfänge sind am ehesten zu begreifen, wenn man seine Stellung innerhalb der sogenannten „Krise des Marxismus", aus der er ja selbst hervorgegangen ist, kennen lernt. Es ist nämlich höchst bedeutsam, wie sehr sie ihm als rein logische Angelegenheit erschien, als der Ausfluß jener spontanen „Selbstbewegung des Geistes", die einstens HEGEL lehrte. Ihr Verlauf stellte sich ihm ungefähr so dar. Die moderne Wissenschaft — vor allem die Philosophie — sei zu einer Reihe von Ergebnissen gelangt, die der ältere Marxismus nicht voraussehen und daher auch nicht berücksichtigen konnte; daraus erwuchs ihm die Aufgabe, sich mit den neuen „Geistesmassen" auseinanderzusetzen und gewissermaßen eine Purifikation des eigenen Gehalts vorzunehmen. „Ich halte es für kein zufälliges Zusammentreffen," schrieb A. 1904, „daß die ersten Revisionsartikel BERNSTEINS in der ‚Neuen Zeit' sich zeitlich an das epochemachende Buch RUD. STAMMLERS ‚Wirtschaft und Recht' anschlossen, mit dem die bewußte erkenntnistheoretische Erfassung der dem Marxismus im besonderen, der Sozialtheorie im allgemeinen zugrunde liegenden noetischen Probleme ihren ersten systematischen Vorstoß in den Bereich der Sozialwissenschaften tat. . . . So war die ‚Krise des Marxismus' im Grunde n i c h t s a n d e r e s als das zündende Sich-ausgleichen und In-Beizehung-setzen zweier hochgespannter und bis dahin fast gänzlich isolierter Geistesmassen, eines theoretischen Systems einerseits und einer kritischen Problemstellung andrerseits"[5]). Es fällt auf, wie in dieser Darstellung des bezeichnendsten Abschnittes der Geistesgeschichte des modernen Sozialismus das schlechthin Wichtigste fehlt, dasjenige, worin seine eigentlichsten Triebkräfte zu suchen sind: der soziale Hintergrund. Die sich hier geradezu von selbst aufdrängende „kritische" Frage:

5) Kausalität u. Teleologie, S. 207—208. (Hier wie überall, wo ein gegenteiliger Hinweis fehlt, von m i r gesperrt.)

Wie wurde der Zusammenstoß der beiden „Geistesmassen" und ihr nachfolgendes In-einander-gleiten überhaupt möglich? wird mit keinem einzigen Wort berührt. Alles wird A. unter der Hand zu rein begrifflichen, lediglich ideologischen Auseinandersetzungen, die sich schließlich in eitel Lust und Wohlgefallen auflösen. „All das theoretische Anstürmen — meint er weiter — (kam davon), daß draußen, wo lange selbst der Name von MARX und ENGELS unbekannt war, ihre Lehren eingedrungen waren, Gedankenverbindungen gezeitigt, Umformungen hervorgerufen, Widerspruch erregt, kurz, kräftigstes Leben erweckt hatten, welches, wie alles junge Leben, dem Erzeuger das Dasein beengte, ob es gleich noch lange nicht seiner Führung entwachsen war [6])."

Dieses Idyll entbehrt wahrhaftig nicht einer gewissen patriarchalischen Anmut! Leider ist es nur einem folgenschweren Mißverständnis entsprungen und bedeutet eine regelrechte Umstülpung der Wirklichkeit. Jene „Gedankenverbindungen" und „Umformungen", auf die A. nicht ohne Rührung anspielte, waren weit davon entfernt, als „junges Leben" gelten zu können. Es waren vielmehr verzweifelte Akte der Notwehr, verübt von „Geistesmassen", die über die erste „rosige Jugend" schon längst hinaus waren! Wer heute die ganze Epoche, die um die Mitte von 1890 einsetzte, sich zu vergegenwärtigen sucht, wird ihren klassenpolitisch bestimmten und bedingten Charakter gar nicht übersehen können. Es galt den Ansturm einer neuen Weltanschauung einzudämmen und zurückzuschlagen, die immer mehr ihre machtvolle Bedrohlichkeit offenbarte und immer weitere Volkskreise in ihre Fluten mitriß [7]). Wenn überhaupt, so war gerade hier der soziale „Unterbau" ideologischer Gebilde so klar und anschaulich sichtbar, daß man ihn geradezu mit Händen greifen könnte. Was A. als streng theoretische Ideenfiliation darzustellen versucht, kann und darf nur als der Ausdruck ganz bestimmter sozialer Interessen jener Zeit verstanden werden.

6) Kausalität u. Teleologie, S. 208.

7) Der Sozialismus kam diesem Bestreben selbst auf halbem Wege entgegen, wie dies in dem Aufsatz „Der Sozialismus als Ware" (in diesem „Archiv" VI, 269 ff.) kurz angedeutet wurde. Dort ist auch der parteipolitische Hintergrund der Umwandlung im Hauptsächlichsten skizziert.

§ 2. Inhaltlich stand dieses sogenannte „junge Leben“ ganz und gar im Zeichen des selbstbewußten Rückgreifens auf ältere Werte. Das war ja eben vielleicht das Bezeichnendste an der kritischen Revisionsära, daß ihr kein neuer Geist entstand, kein neues Erfassen der seit MARX sich unaufhörlich entwickelnden Wirklichkeit gelang, sondern daß sie ganz simpel und bescheiden auf längst überholte theoretische Systeme zurückging. Den Umstand, daß dieses Rückgreifen schließlich bei KANT Halt machte, wird man erst recht nicht als Zufälligkeit betrachten dürfen. Dies ist im Gegenteil ein neuer Beweis der tiefgehenden sozialen Wurzelhaftigkeit der revisionistischen Umbiegung des Marxismus. Weshalb der Feldzug gegen die MARXsche Weltanschauung in KANT immerhin den sichersten Verbündeten fand und wie es überhaupt zu Akkommodierungsversuchen zwischen KANT und MARX kommen konnte — das alles bildet ein sehr instruktives Kapitel in der Geschichte des neuzeitlichen Sozialismus. Allerdings ist in jener ganzen Bewegung auf KANT zurück zweierlei zu unterscheiden. Der Sachverhalt darf beileibe nicht so plump aufgefaßt werden, als ob man mit bewußter Absicht darauf ausging, die Sozialisten mit KANTS Hilfe zu düpieren [8]). Die Entwicklung des Kantianismus selbst, wie er seit 1880 in Form des Neukritizismus, dank HERMANN COHENS großzügiger Grundlegung, die Geisteswissenschaften in Deutschland immer mehr zu beherrschen anfing, mußte früher oder später sozusagen von selbst zu sozialistisch gefärbten Schlußfolgerungen kommen.

8) Es ist daher nicht ohne scheinbare Berechtigung, wenn K. VORLÄNDER (a. a. O. S. 159) sich über G. PLECHANOWS polemische Wendung: „Der Neukantianismus ist für die herrschende Klasse gerade deswegen in die Mode gekommen, weil er ihr eine geistige Waffe im Kampfe ums Dasein liefert.“ („Die Neue Zeit“ 17/I, 145), lustig macht. PLECHANOWS Bemerkung gleicht hier in der Tat der Ausdrucksweise jenes vulgären Atheismus, der die Entstehung der Religionen auf bewußten Betrug zurückführt. Allein, daß VORLÄNDER selbst den Sachverhalt gründlich verkennt, beweist sein eigener Ausruf: „Zu einer Zeit, in der bedeutende KANTianer sich dem Sozialismus, bedeutende theoretische Vorkämpfer des Sozialismus sich den KANTischen Anschauungen nähern, erblickt (PLECHANOW) in dem kritischen Idealisten den Philosophen der Bourgeosie!“ Es erübrigt sich, diese ahnungslose Verwunderung näher zu beleuchten. Nur das Recht, PLECHANOWS Darstellung zu korrigieren, muß ihr rundweg abgesprochen werden.

Das brachte schon die Zeit mit sich. Warum sollte denn gerade die Philosophie jenem Zug zum Sozialismus fernbleiben, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts fast sämtliche Gebiete des Geisteslebens so überaus stark zu beeinflussen begann? Keine einzige wissenschaftliche Disziplin konnte sich auf die Dauer den Einwirkungen des sozialen Imperativs der Epoche entziehen. Überall, in Religion und Pädagogik, in Kunst und Naturwissenschaften, entstand das Bedürfnis mehr oder weniger grundlegender Gesellschaftskritik. Überall machte sich eine gewisse sozialistische „Einfühlung" bemerkbar. Ich habe an anderem Ort diese Geistesrichtung Sozialismus auf Umwegen genannt[9]), und es kann nicht bestritten werden, daß hierin nicht nur das nackte Bedürfnis des Bürgertums, die proletarische Emanzipationsbewegung niederzuhalten, sich manifestierte, sondern nicht zuletzt auch seine eigene verhaltene Sehnsucht nach dem Sozialismus als dem einzigen Ausweg aus jenen Mißständen der kapitalistischen Produktionsweise, die jede, auch die machtvollste Bourgeoisie von Zeit zu Zeit am eigenen Leibe zu spüren bekommt. Die Philosophie mußte diesen Entwicklungslauf ebenfalls mitmachen[10]). Der Umweg zum Sozialismus, den sie dabei wählte, führte sie zu Kant. Das war kein Zufall — da der gerade Weg bekanntlich über Hegel geht. Es braucht hier nicht ausgeführt zu werden, wie sehr die Opposition zu Hegel das philosophische Denken des modernen und speziell des neudeutschen Bürgertums beherrschte. Da der wissenschaftliche Sozialismus, d. i. die Ideologie des Proletariats, mit beabsichtigter Keckheit an Hegels Methode die eigene Weltbetrachtung knüpfte, ward es gewissermaßen zu einem Gebot des Anstands, Hegels Namen in Acht und Bann zu tun. Daß man ihn zu Marx' Zeiten wie einen „toten Hund" zu behandeln pflegte, ist aus dem Vorwort zum „Kapital" hinlänglich bekannt. Seither hat sich nichts gebessert. Ist auch die äußerliche Reverenz nicht mehr gut zu vermeiden, so ist die

---

9) Vgl. Soziologische Pathologie, im „Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpolit." Bd. 42/I (1916), 237.

10) „Zwei Seelen wohnen — ach! — in meiner Brust," kann das Bürgertum mit Faust ausrufen. Diese zwiefache seelische Abgestimmtheit ist für die gegenwärtige Kultur und auch für die Geschichte des neueren Sozialismus von grundlegender Bedeutung.

inhaltliche „Überwindung“ HEGELS um so dünkelhafter und selbstgefälliger geworden.

Nun ist aber die KANTische Philosophie gerade dasjenige Denkmittel, das im Kampf gegen HEGEL noch am ehesten Erfolge verspricht. Sie sind ja in mehr denn einer Beziehung Antipoden. Das hat SCHOPENHAUER zuerst mit großem Verständnis erkannt, wie auch den ganzen Gegensatz überaus scharf herausgearbeitet. Die seitherigen Rufe: „Zurück auf KANT!“ bekundeten daher ein sehr gesundes theoretisches Orientierungsvermögen des bürgerlichen Denkens. Welchen sozialen Sinn dieser wiedererweckte Kantianismus verbarg, lässt sich unschwer erkennen. Ein Beispiel möge dies in aller Kürze veranschaulichen. In HEINRICH RICKERTS bekanntem Werk über die „Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung“, die in mancher Hinsicht den Höhepunkt des Neukritizismus markierte, werden mit besonderer Genugtuung SCHULZE-GÄVERNITZ’ Worte zitiert: „Ein barer Unsinn wäre eine allgemeine ‚Geschichte der Zukunft‘. Diese hängt ab von Männern, welche sie machen werden. Insbesondere wird das Auf und Nieder unserer wirtschaftlichn Entwicklung abhängen von der Gewissenhaftigkeit und Weitsicht derjenigen Männer, welche die politische Geschichte Deutschlands lenken [10a]).“ Und dazu gibt RICKERT den Kommentar: „Diese Worte wiegen um so schwerer, als sie von einem Manne ausgehen, der früher wenigstens nicht ganz abgeneigt war, an historische Gesetze zu glauben und die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung vorauszusagen [11]).“ In der geschichtlichen Lage, aus der heraus dieser Gedankengang entstand, bedeutete er so viel, als daß es nicht notwendig sei, mit besonderer Beunruhigung der Zukunft entgegenzusehen, denn es gäbe ja doch keine geschichtliche Notwendigkeit — und alles hänge von Männern ab, die die politische Geschichte „lenken“ werden. So fand das Bürgertum in KANT schließlich jenes Stimulans, das angesichts der steigenden Flut der sozialistischen Arbeiterbewegung zu einer gewissen inneren Sammlung verhelfen konnte.

10a) Vgl. „Die Zeit“ vom 10. Oktober 1901.

11) Vgl. RICKERT, Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung 1902, S. 526 f.

Diese praktisch-politische Wendung des Kantianismus sagt selbstverständlich noch nichts über seine theoretische Fundamentierung aus. Allein unleugbar kann das Verständnis jeglicher ideologischer Entwicklung nur gewinnen, wenn man diese Entwicklung unter dem Gesichtspunkt ihrer sozialen Verwendbarkeit betrachtet. Um dies einzusehen, bedarf es nicht einmal der Marxschen Schulung[12]). Die ehrliche Selbstbesinnung des menschlichen Denkens hat seit jeher die eigene soziale Wurzelhaftigkeit gespürt. Der Briefwechsel Spinozas enthält beispielsweise so viele direkte, unzweideutige Hinweise auf den gesellschaftlich bedingten Ursprung seiner philosophischen Meditationen, daß es wirklich sehr interessant wäre, diese bedeutsamen Winke einmal systematisch ausgenützt zu sehen[13]). So wird man wohl auch die sozial ungemein mehr interessierte und engagierte Gegenwart nicht als rein im Wolkenkuckucksheim der Idee lebend betrachten dürfen, sondern hin und wieder ihren prosaischen Wurzeln nachgehen müssen.

§ 3. Auch A. hätte das sicherlich nicht bereut. Im Gegenteil: als er sich den kostspieligen Luxus leistete, nachzuweisen, daß man in Marxens Geiste Kant treuere Gefolgschaft leisten kann, als es die Rickert, Windelband e tutti quanti tun, wäre ihm manche Anstrengung und dem Leser manche Enttäuschung erspart geblieben, wenn er sich nicht gleich von vornherein in ausschließlich begriffsmäßige Betrachtung der Wirklichkeit verrannt hätte. Indes: hierin fand der Abschluß der Krise des Marxismus und zugleich einer ganzen Geschichtsphase mit objektiver Notwendigkeit seinen Ausdruck. Es bedurfte anscheinend vollkommener Unbefangenheit, damit nach vielen Irrungen und Wirrungen sich die

12) Obzwar diese Schulung manchem Geschichtschreiber der Philosophie von hohem Nutzen sein könnte. Die Art, wie Marx z. B. Descartes' Denkmethode mit einigen scharfen Seitenlichtern erhellt, ist wirklich meisterhaft und wiegt wohl manch dickbändiges Kauderwelsch auf. (Vgl. Das Kapital [Volksausg.], I, 334, Anm. 111.)

13) Auch Schopenhauer hat in dem bekannten Schreiben an Rosenkranz vom 24. August 1837 eine Erklärung der Abweichungen der zweiten Ausgabe der „Kritik der reinen Vernunft“ gegeben, die ebenfalls ein klassisches Belegstück nüchterner Geschichtschreibung liefert. Vgl. Kants Sämtl. Werke von Rosenkranz und Schubert II, S. XI und XIV. (Zit. in der Kehrbachschen Ausgabe der Krit. d. rein. Vern., S. IV—V.)

Gestalt jenes „MARXismus“ herausschälte, auf die der Revisionismus seit Jahr und Tag hinarbeitete.

Der objektive Kreislauf des KANTianismus war vollendet, nachdem seine Anpassungsfähigkeit die letzte Feuerprobe durchzumachen versuchte. Dies geschah, als die Verbindung von KANT und MARX auf die Tagesordnung gestellt wurde. Zuerst in jener offenherzigen Art, die in der bezeichnenden Fragestellung BERNSTEINS sich äußerte: ob denn der wissenschaftliche Sozialismus überhaupt möglich sei, und deren praktische Postulate vom Hineinwachsen „der ganzen Sauerei“‘, um mit ENGELS zu sprechen, in die sozialistische Gesellschaft ausgingen. Aber diese erste, offenherzige Art ist eben in ihrem ursprünglichen Eifer etwas zu weit gegangen. Das hat man sehr bald herausgefühlt. Nicht ohne Malice, aber trotzdem mit Recht, wollte daher A. BERNSTEIN nur als „ersten Vermittler“ bei der Begegnung der beiden „Geistesmassen“ gelten lassen, „wodurch ihm“, wie A. höflich hinzufügte, „nie das große Verdienst benommen werden kann, eben dieser Vermittler gewesen zu sein“ [14]). Die Darstellung, die die Penetrationserscheinungen mit größerem Geschick zum Ausdruck bringen sollte, konnte ans Werk gehen, erst nachdem der Pulverdampf der ersten Schlachten sich verflüchtigt hatte. Wir wollen jetzt sehen, zu welchen Resultaten sie führte, und ob der „Vollbringer“ glücklicher gewesen ist als der „Vermittler“.

II. Marxifizierter Kantianismus.

§ 4. Die historische Stellung IMMANUEL KANTS ist überaus scharf umgrenzt: das deutsche Bürgertum fand in ihm den ersten grundlegenden Ideologen. MARX hat einmal darauf hingewiesen, daß die KANTische Philosophie „mit Recht als die deutsche Theorie der französischen Revolution zu betrachten“ sei [15]). Es war dies ein Gedanke HEGELS, den er damit wiederholte. In seinen „Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie“ hat HEGEL mit derartiger Meisterschaft die soziale Wurzelhaftigkeit des KANTianismus aufgedeckt, daß wir der Versuchung nicht wider-

14) Vgl. MARX-Stud. I, 208.
15) Ges. Schriften, hrsg. von MEHRING I, 271.

stehen können, die betreffende Stelle herzusetzen — um so mehr, als es sich dabei um eines der bezeichnendsten Belegstücke für MARX' Abhängigkeit von dem großen Idealisten handelt. „ROUSSEAU hat in der Freiheit schon das Absolute hingestellt — schreibt HEGEL —, KANT hat dasselbe Prinzip aufgestellt, nur mehr nach der theoretischen Seite; Frankreich faßt dies nach der Seite des Willens auf. Die Franzosen sagen: il a la tête près du bonnet; sie haben den Sinn der Wirklichkeit, des Handelns, Fertigwerdens — die Vorstellung geht unmittelbar in Handlung über. So haben sich die Menschen praktisch an die Wirklichkeit gewendet. . . . In Deutschland hat dasselbe Prinzip das Interesse des Bewußtseins für sich genommen; aber es ist theoretischerweise ausgebildet worden. W i r haben allerhand Rumor im Kopfe und auf dem Kopfe; dabei läßt der deutsche Kopf eher seine Schlafmütze ganz ruhig sitzen und operiert innerhalb seiner. Das letzte Resultat der KANTischen Philosophie ist die Aufklärung [16]."

Diese Worte kennzeichnen die geschichtliche Rolle der KANTischen Philosophie aufs beste. Man wird diesem „Alleszermalmer" nie gerecht werden können, wenn man die Zeit, in der er entstand, nicht als den historisch gegebenen Hintergrund seines Wirkens zu betrachten lernt. In dieser Beziehung sündigen diejenigen, die in KANT ganz einfach d e n Demiurgen des neuen Zeitalters sehen möchten, fast ebensosehr, wenn nicht mehr noch, wie jene, die ihn in Bausch und Bogen verwerfen. So ist — namentlich in der letzten Zeit — die sonderbare Frage aufgeworfen und allen Ernstes abgehandelt worden, welche Stellung KANT wohl dem Sozialismus gegenüber angenommen haben würde, und ob er im stillen womöglich nicht selber ein Sozialist gewesen. Einige

16) a. a. O. HEGELS Werke XV (Berlin 1836), 552—553. — VORLÄNDER (a. a. O. S. 41 und 275) bringt den obigen Ausspruch MARX' mit einer anderen Äußerung HEGEL's in Verbindung: er beruft sich auf HEGELS Philosophie der Geschichte (RECLAM, S. 548 ff.). Allein die von uns angeführte Stelle ist die bei weitem bezeichnendste. Sie scheint MARX überhaupt öfters vorgeschwebt zu haben, so zum Beispiel in seiner „Kritik der HEGELschen Rechtsphilosophie". In „Sankt Max" gibt MARX eine weitere Darstellung der KANTischen Philosophie, die gleichfalls als Musterbeispiel glänzender materialistischer Geschichtsbetrachtung gelten kann. (Vgl. BERNSTEINS „Dokumente des Sozialismus" III, 170 ff.) Auch dort ist eine deutliche Beziehung auf HEGELS eben zit. Worte bemerkbar.

Sätze seiner Tugendlehre, die berühmte Rechtfertigung des Platonischen Staates haben genügt, um ein willkommenes Kanevas für derartige Ermittelungen abzugeben. Solches konnte jedoch nur mit scheinbarer Berechtigung geschehen, indem das Hauptsächlichste verschwiegen wurde. Gerade dasjenige in Kants Philosophie, was man unter Umständen als sozialistische Ansätze feiern könnte, ist für die Kantische Philosophie als solche nicht im mindesten bezeichnend. Diese Ansätze sind bestenfalls nur als unterschiedloses Merkmal der ganzen Epoche erwähnenswert. Gewiß hat das bürgerliche Denken zu Beginn seiner Laufbahn, weil es ja die Totalität der kapitalistischen Produktionsweise gegen den Feudalismus zu verteidigen hatte, auch die naturnotwendige Gegensätzlichkeit des Kapitalismus widerspiegeln müssen. Das Bewußtsein, oder vielmehr die unbestimmte Ahnung dieser Gegensätzlichkeit zwang es, die Idealform seines Strebens so zu gestalten, daß jene Gegensätzlichkeit darin nicht mehr vorkomme. Dieser Umstand ermöglicht z. B. noch heute, manche praktische Postulate des klassischen Idealismus mit den Bestrebungen des proletarischen Emanzipationskampfes, der doch ebenfalls gegen die antagonistische Struktur des Kapitalismus gerichtet ist, in formalen Einklang zu bringen.

Die Sehnsucht nach dem Sozialismus entstand mit dem ersten Atemzug der bürgerlichen Gesellschaft und ihre eigenen Ideologen waren es, die ihr die ursprüngliche Fassung geben mußten. (Wir haben ja bereits oben gesehen, daß dieselbe Erscheinung sich auch heutzutage beobachten läßt: wie immer die Bedürfnisse der praktischen Wirklichkeit und die sozialen Selbsterhaltungstriebe der Bourgeoisie jenen jugendlichen Idealismus auch entstellt haben mögen, ein leiser Hauch bleibt dennoch zurück! Und in ihm, der doch ursprünglich die Negation ihrer selbst gewesen, findet die bürgerliche Gesellschaft nach wie vor den einzigen und letzten Ansporn ihrer geistigen Aktivität. Das klingt vielleicht paradox, ist aber nichtsdestoweniger eine unbestreitbare Tatsache. Grillparzer hat ihre psychologische Vorbedingung einmal in sehr hübsche Worte gefaßt: „Gäb's einen Bösewicht, müßt' er sich sagen so offen nur allein: Du bist ein Schurk! — Wer hielt sie aus, die eigene Verachtung?“)

KANT machte keine Ausnahme von der allgemeingültigen Regel. Ebenso wie die französischen Aufklärer stand er im Bannkreise jenes gewaltigen Geschichtsabschnitts, da das menschliche Denken plötzlich ein neues Zeitalter der Freiheit und Glückseligkeit aufgehen sah. Das düstere Gewölk mittelalterlicher Despotie, Knechtung, jeglicher Unvernunft zerstreute sich, der junge Tag brach heran. Was Wunder, wenn diese überschwengliche Periode Geister und Herzen beflügelte, für menschliche Hoffnungen Worte und Symbole fand, die nicht vergehen werden, solange die Menschheit nicht aufhört, zu hoffen? Es hieße jedoch den Vorwurf absichtlicher Geschichtsverrückung mutwillig heraufbeschwören, wollte man diese unbestreitbaren Tatsachen ausschließlich zu KANTS Gunsten mit Beschlag belegen. Ja, vielleicht ließe sich eher eine gegenteilige Bemerkung aufrechterhalten: daß KANT so sehr bestrebt war, die französische Praxis in gründliche deutsche Theorie umzusetzen, daß er darob das warm pulsierende Leben beinahe völlig vergaß. Wäre nicht SCHILLER, hätte man wirklich keine geringe Mühe, hinter KANTS professoraler Art eine lebendige Ader zu entdecken.

§ 5. Aber wenn KANT fern der unmittelbaren politischen Praxis stand, so erwuchs ihm gerade daraus die Möglichkeit, ihre theoretische Behandlung auf die höchste Entwicklungsstufe zu bringen. Seine Philosophie bildete in der Tat einen viel wirkungsvolleren und vollständigeren Abschluß der ganzen vorhergehenden philosophischen Geschichte, als diejenige der französischen Ideologen. Der Materialismus ROBINETS, HOLBACHS, HELVETIUS', DE LA METTRIES und der Enzyklopedisten hatte überhaupt keine Zeit für die umfassende und allseitige Klärung seines Standpunktes: er hatte mit unmittelbaren praktischen Aufgaben die Hände voll zu tun. Er stak noch zu sehr in allen Widersprüchen und Unbeholfenheiten des englischen Empirismus und Sensualismus einerseits, hatte andrerseits noch keine Fühlung mit dem großartigen Psycho-Intellektualismus LEIBNIZ' nehmen können, und gelänge ihm nicht ein bewußtes Rückgreifen auf SPINOZA, so würde man ihm schwerlich einen besonderen Platz in der Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderts einräumen dürfen. Ganz anders KANT. Auch er prüfte seine epochemachenden Gedankengänge an

der englischen Erfahrungphilosophie. Allein sein Verhältnis zu ihr wurde mit Überlegung kritisch und abwägend. Noch mehr, das theoretische Verdienst KANTS lag eben in nichts anderem, als in dem konsequent durchgeführten Versuche, aller Widersprüche und Unbeholfenheiten des menschlichen Denkens, wie sie sich im Verlaufe seiner bisherigen Geschichte manifestiert hatten, Herr zu werden. Zu wiederholten Malen sprach er es selber aus. Ja, sein Blick für die Unzulänglichkeiten alles vorherigen Weltbetrachtens war bereits so sehr geschärft, daß er in ihm viel weniger eine notwendig bedingte Systementwicklung denn eine Anhäufung von Irrtümern und Mißverständnissen zu sehen geneigt war. Sein Verhältnis zur Geschichte der Philosophie glich hierin auffallenderweise dem Verhältnis der Utopisten zum Gesamtverlauf der menschlichen Geschichte[17]). Ebenso wie diese suchte KANT ein neues Prinzip zu entdecken, vermittels dessen es möglich würde, das Geschäft des Denkens endlich auf sicherem Boden fortzusetzen.

Die methodologische Schwäche seiner Vorgänger hat KANT in wahrhaft genialer Weise erkannt. Er sah, daß die Philosophie durch starres Festhalten irgendeines, alles andere ausschließenden Satzes zugrunde gerichtet wurde. Die Widersprüche, in die sie sich fortwährend verwickelte, betrachtete er als die unausbleibliche Folge ihrer Unfähigkeit, die Bewegung des Geistes zu erfassen, und ihres Bestrebens, die antagonistische, d. i. gegensätzliche Form dieser Bewegung vermittels des einfachen Nichtbeachtens irgendeines der beiden „Momente" der Gegensetzung aus der Welt zu schaffen, ohne Rücksicht darauf, daß diese Momente durchaus gleichberechtigt sind und eines das andere schlechthin bedingen. So erhebt er z. B. gegen LEIBNIZ und LOCKE folgenden Vorwurf: „Anstatt im Verstande und in der Sinnlichkeit zwei ganz verschiedene Quellen

17) Vgl. Krit. d. rein. Vern., ed. KEHRBACH, S. 383 ff. „Unglücklicherweise für die Spekulation . . . siehet sich die Vernunft, mitten unter ihren größten Erwartungen, in einem Gedränge von Gründen und Gegengründen so befangen, . . . daß ihr nichts anderes übrigbleibt, als über den Ursprung dieser Veruneinigung der Natur mit sich selbst nachzusinnen, ob nicht etwa ein bloßer Mißverstand daran schuld sei."

von Vorstellungen zu suchen, die aber nur in Verknüpfung von Dingen objektivgültig urteilen können, hielt sich ein jeder dieser großen Männer nur an eine von beiden, die sich ihrer Meinung nach auf die Dinge an sich selbst bezöge, indessen daß die andere nichts tat, als die Vorstellungen der ersteren zu verwirren oder zu ordnen [18]). Nicht anders urteilt er über seine sonstigen Vorläufer. Überall ist es dasselbe unbeholfene Auf-die-Spitze-treiben eines einzigen Prinzips, das er rügt. Überall dementsprechend dieselbe festgeronnene Einseitigkeit des Standpunktes, derselbe rohe, unbiegsame Dogmatismus, der schließlich, bei HUME, notgedrungen in haltlosen Skeptizismus ausartet.

KANT nimmt demgegenüber die methodologische Seite der Probleme auf, um an ihr die Möglichkeit klarer Erfassung der Bewegungserscheinungen des Geistes zu begründen. Er nennt sein Hauptwerk einen Traktat von der Methode, nicht ein System der Wissenschaft selbst [19]). Hierin war auch das Geniale seiner Fragestellung — und hierin ist zugleich sein viel innigeres Verwandtschaftsverhältnis zu HEGEL begründet, als man es gemeiniglich — selbst in den Kreisen des orthodoxen KANTianismus — anzunehmen pflegt.

Alle Probleme, an deren Lösungsversuchen die vorkantische Philosophie kläglich scheiterte, faßt KANT in ihrer Reziprozität auf, indem er sie als zwei Momente derselben (dialektischen!) Entwicklung auffaßt. Wie sind anscheinend grundsätzlich widersprechende, gegenseitig sich ausschließende Bestimmungen zu denken, „ohne daß hiebei ein Widerspruch vorgeht?" [20]): das war der Ausgangspunkt, die klar und bündig ausgesprochene Absicht der Kritik der reinen Vernunft. Daher bildet ihre zweite Abteilung, Die transzendentale Dialektik, ihren bemerkenswertesten Teil. Dort behandelt KANT die dialektischen Schlüsse und die Paralogismen der reinen Vernunft. Er zeigt, wie hilflos das Denken im Widerstreite seiner entgegengesetzten Bestimmungen hin und her schwankt, so daß letzten Endes nur das praktische Interesse über sein Tun und Lassen entschei-

18) Ebenda S. 246.
19) Ebenda S. 21.
20) Ebenda S. 24; vgl. auch S. 60, 111—112.

den muß: sich selbst überantwortet, käme es aus der Sackgasse der Antinomien gar nicht heraus. „Zuletzt verschwindet alles spekulative Interesse vor dem praktischen und er (d. h. der Philosoph) bildet sich ein, das einzusehen und zu wissen, was anzunehmen oder zu glauben ihn seine Besorgnisse oder Hoffnungen antreiben [21])." Etwas weiter unten spricht sich KANT über diese Hilflosigkeit der dogmatischen Methode angesichts des dialektischen Scheines noch deutlicher aus, und diese Stelle ist für das Verständnis seiner Philosophie von so hohem Werte, daß sie nicht übergangen werden darf. Wir lesen da: „Könnte sich ein Mensch von allem Interesse lossagen und die Behauptungen der Vernunft gleichgültig gegen alle Folgen, bloß nach dem Gehalte ihrer Gründe in Betrachtung ziehen, so würde ein solcher, gesetzt, daß er keinen Ausweg wüßte, anders aus dem Gedränge zu kommen, als daß er sich zu einer oder der anderen der strittigen Lehren bekenne, in einem unaufhörlich schwankenden Zustande sein. . . . Wenn es nun aber zum Tun und Handeln käme, so würde dieses Spiel der bloß spekulativen Vernunft, wie Schattenbilder eines Traumes, verschwinden und er würde seine Prinzipien bloß nach dem praktischen Interesse richten [22])." Das war ein großartiger Gedankenwurf. Vergleicht man diese Betrachtungen mit dem theoretischen Nachlaß der gesamten vorkantischen Philosophie, so kann man nicht umhin, die bahnbrechende Bedeutung der KANTischen Behandlungsart der Probleme zu bemerken. Mit Recht verglich er selbst sein philosophisches Verfahren mit der KOPERNIKanischen Revolution der Lehre von den Bewegungen der Himmelskörper. Zum erstenmal kam hier das Denken aus der dumpfen Luft der mittelalterlichen Metaphysik, des scholastischen Brütens in die lichten Räume lebendiger Wirklichkeit, erprobte seine praktische Verwendbarkeit und wurde sich seiner eigenen Bestimmung bewußt. „Das Wahrhafte der KANTischen Philosophie ist, daß das Denken konkret in sich, sich selbst bestimmend aufgefaßt wird; so ist die Freiheit anerkannt [23])."

Die Freiheit ist Bewegung: so befreite sich die KANTische

21) Ebenda S. 390.
22) Ebenda S. 390—391, 396—397.
23) HEGEL, Werke XV, 552.

Philosophie, indem sie das Wirken des Denkens in seiner Beweglichkeit zu bestimmen versuchte. Es waren dies allerdings bloß die ersten, zum Teil noch recht unsicheren Versuche. Kant versteht unter Dialektik wesentlich nichts anderes als die Sophisten. Sie ist ihm immer noch die Lehre vom trügerischen Schein, von der gefährlichen Selbsttäuschung des Denkens. Allein sie wird ihm trotzdem zu einer der wirksamsten Waffen im Kampfe um die Richtigstellung der Kenntnisse von unserer Erfahrungsart. Mit ihr konfrontiert er die fruchtlosen Bemühungen der dogmatischen Metaphysik. Ihren Witz macht er zum Prüfstein seiner eigenen Methode.

§ 6. Selbst in der noch unentwickelten Form des logischen Kunstgriffs übte somit die Dialektik einen entscheidenden Einfluß auf Kant aus, und die vornehmlichste Aufgabe seiner Philosophie ging dahin, der eisernen Umklammerung dieses Griffes zu entrinnen. Allein wie? Kant versuchte sein Heil in einer eigenartigen Hypothese. Ihre Brauchbarkeit sollte sich eben darin bewähren, daß ihre Anwendung die dialektischen Trugschlüsse der reinen Vernunft, die strikte Gegensätzlichkeit, bei der die beiden Teile der Antinomie gleiches Recht behalten, unmöglich machen mußte. Wenn die Dogmatiker die antithetischen Satzungen des Denkens und Seins teilweise — je nach dem respektiven Standpunkt — einfach unterdrückten und nur den übriggebliebenen Teil gelten ließen, so wollte Kants Kritik die Antithesen wieder versöhnen — aber um den Preis ihrer völligen Entfremdung. Der Sinn und die Bedeutung der kritischen Methode sind damit getreulich charakterisiert. Es gibt zweierlei Welten, lehrt sie, die in mir, d. i. im Subjekt der Erkenntnis, verknüpft sind: die intellegible (noumenale) und die empirische (phänomenale). Was uns als Antagonismus erscheint, nimmt den Ursprung aus diesen beiden, grundverschiedenen Welten. Daher ist dieser Antagonismus, im Lichte der Kritik der reinen Vernunft betrachtet, bloß ein scheinbarer. In Wirklichkeit, d. h. transzendental, nicht unter dem Gesichtspunkte der Erfahrung, sondern vom Standpunkte der Möglichkeit jeglicher Erfahrung aus, gehen These und Antithese, deren Zuwidersein ja das Wesen der Bewegung des Geistes ausmacht,

einfach aneinander vorbei, weil sie sich, wie zwei Züge, gewissermaßen auf verschiedenen Gleisen bewegen. So wird plötzlich, inmitten der ärgsten dialektischen Verwirrung, helles, harmonisches Licht. Nun kann man alles das, was sich scheinbar gar nicht miteinander vereinigen läßt, denken, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu geraten. „Wenn die Kritik nicht geirrt, da sie das Objekt in zweierlei Bedeutung nehmen lehrt, . . . so wird ebenderselbe Wille in der Erscheinung als dem Naturgesetze notwendig gemäß und sofern nicht frei, und doch anderseits, als einem Dinge an sich selbst angehörig, jenem nicht unterworfen, mithin als frei gedacht, ohne daß hierbei ein Widerspruch vorgeht[24]." Und ferner: „Das Gebiet der Natur unter der einen, und das des Freiheitsbegriffs unter der anderen Gesetzgebung sind gegen allen gegenseitigen Einfluß durch die große Kluft, welche das Übersinnliche von den Erscheinungen trennt, gänzlich abgesondert: der Freiheitsbegriff bestimmt nichts in Ansehung der theoretischen Erkenntnis der Natur; der Naturbegriff ebensowohl nichts in Ansehung der praktischen Gesetze der Freiheit: und es ist insofern nicht möglich, eine Brücke von einem Gebiete zum anderen hinüberzuschlagen[25])."

So wurde in der Tat augenblickliche Ruhe geschaffen. Das Denken konnte nunmehr einträchtig sich weiterbewegen, nachdem nachgewiesen war, daß seine Streitfragen einer Täuschung entspringen, und daß die Größen, oder, nach KANT: die Werte, um die der Streit wogte, inkommensurabel seien.

So lautete nämlich das Ergebnis jener Erkenntniskritik, die den zentralen Begriff der KANTischen Philosophie bildet. Mit ihrer Hilfe hoffte KANT den Fangarmen der Dialektik zu entrinnen. Das Erkennen, wie es die dogmatische Philosophie trieb, brachte die Vernunft zu ewigem Widerstreit mit sich selbst. Wie wäre es nun, frug KANT — und hier setzte seine Kritik der Erkenntnis an —, wenn man das Erkennen selbst zu erkennen versuchte, um vielleicht aus seiner Beschaffenheit den Ursprung aller Mißverständnisse zu ergründen? Diese Absicht: die Er-

24) Krit. d. rein. Vern. S. 24.

25) Krit. d. Urteilskraft, hrsg. von KEHRBACH, S. 35 f.

kenntnis, noch bevor man etwas erkannt hat, der Prüfung zu unterwerfen, hat HEGEL mit dem Beginnen jenes Scholastikers verglichen, der nicht eher ins Wasser gehen wollte, als bis er schwimmen gelernt haben würde. Die ganze Wendung, die KANT hiermit seiner Philosophie gab, schien ihm ungereimt [26]). Allein, sofort setzt HEGEL, was zuerst wie ein Widerspruch anmutet, hinzu: „Indem KANT so das Erkennen der Betrachtung unterwirft, so ist dies ein großer, wichtiger Schritt [27]).“ In der Tat: es mußte zuerst der subjektive Ausweg aus der Sackgasse der dogmatischen Spekulation versucht werden, ehe ihre objektive Überwindung möglich war. KANT dreht den Spieß um: „Bisher nahm man an, alle unsere Erkenntnis müsse sich nach den Gegenständen richten; . . . man versuche es daher einmal, ob wir in den Aufgaben der Metaphysik nicht besser fortkommen, daß wir annehmen, die Gegenstände müssen sich nach unserer Erkenntnis richten [28]).“ D. h.: man habe acht, ob nicht das Wesen der menschlichen Erkenntnis so beschaffen sei, daß eben diese seine Beschaffenheit uns von vornherein das Rätsel seiner Gültigkeit klarlegt und die Bedeutung seiner anscheinenden Gegensätzlichkeit erklärt. Nun meint KANT, daß das Merkmal unserer Erkenntnis seine Subjektivität sei. „Wenngleich alle unsere Erkenntnis mit der Erfahrung anhebt, so entspringt sie

26) „Es ist, als ob man mit Spießen und Stangen auf die Wahrheit losgehen könnte. Vor der Wahrheit erkennt das Erkennen nichts Wahres; es geht ihm dann wie den Juden, der Geist geht mitten hindurch. Das Erkenntnisvermögen untersuchen, heißt: es erkennen. Die Forderung ist also diese: man soll das Erkenntnisvermögen erkennen, ehe man erkennt; es ist dasselbe wie mit dem Schwimmenwollen, ehe man ins Wasser geht. Die Untersuchung des Erkenntnisvermögens ist selbst erkennend, kann nicht zu dem kommen, zu was es kommen will, weil es selbst dies ist, — nicht zu sich kommen, weil es bei sich ist.“ (HEGEL, Werke XV, 555 bis 556.) Diese ganze Stelle ist von MICHELET, der die Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie herausgab, wie es scheint, nur in rohen Umrissen nach Kollegienheften verschiedener Provenienz rekonstruiert worden. Man merkt Lücken und Unebenheiten. HEGEL kommt auch in seiner Enzyklopädie auf denselben Gegenstand zu sprechen. Dort ist die Darstellung viel kraftvoller.

27) Ebenda S. 256.

28) Krit. d. rein. Vern. S. 17.

darum doch nicht eben alle aus der Erfahrung[29]).“ Jene allgemeingültigen Formen, in denen wir die Welt erkennen: Raum und Zeit sind uns nicht in der Erfahrung gegeben, sondern sind unsere subjektive Zutat zu jeglicher Erfahrung, oder, besser gesagt, sind jene Vorbedingung, ohne die keine Erfahrungsakte überhaupt möglich seien. Die Welt der Erscheinungen, mit der wir es zu tun haben, ist mithin von den Gesetzen unseres Erkenntnisvermögens abhängig. Wir erkennen die Welt nur so, wie wir sie erkennen können. Es ist nicht schlechthin die Eigenschaft der Welt, erkannt zu werden: denn, gesetzt, es gäbe kein menschliches Erkenntnisvermögen, so ließe sich auch nicht über die Beschaffenheit der Welt aussagen. Was wir von der Welt erkennen, verdanken wir einzig und allein unseren Erkenntnisinstrumenten.

Soweit schreitet das Räsonnement auf dem einmal gewählten Wege mit einer gewissen Hemmungslosigkeit fort. Hier aber steht es plötzlich vor einem Abgrund: es entsteht unversehens die Frage, ob denn die Welt nicht ein bloßes Truggebilde sei, eine merkwürdige Schöpfung unserer Phantasie. Wir hätten ja nach den soeben auseinandergesetzten Prinzipien zwar immer ein Subjekt der Erkenntnis, aber ihr Objekt müßte uns ein ewiges Rätsel bleiben. Die ganze subtile Unterscheidungskunst Kants, die von Anschauungsformen oder „Begriffen“ des Raums und der Zeit spricht, die „mit“ der Erfahrung kommen und trotzdem „vor“ ihr da sind; die mit „leeren“ Erkenntnisformen operiert, in die, gleichsam wie in eine Flasche, der Inhalt der Erkenntnis hineingelangt — diese Unterscheidungskunst wäre nicht imstande, über jenes Rätsel hinwegzutäuschen, wenn Kant nicht gerade hier seine wirkungsvollsten Pfeile im Köcher hätte. Er macht aus der Not eine Tugend. Gerade deshalb — argumentiert er —, weil die Erkenntniskritik zu Resultaten führt, die ungereimt wären, wollten wir sie ganz getreulich, ohne jede weitere Prüfung akzeptieren, gerade weil sie zeigt, daß die Welt, die wir erkennen, nichts, als eine den Regeln der subjektiven Erkenntnisart unterworfene Erscheinung ist, und dies doch offenbar unmöglich

29) Ebenda S. 647.

se.), da man dann ja annehmen müßte, „daß Erscheinung ohne etwas wäre, was da erscheint“ [30]), gerade deshalb müsse gefolgert werden, daß hinter dieser uns erscheinenden Welt ihre eigentliche Ursache stecke, die wir nicht erkennen können, nichtsdestoweniger aber denken müssen: das Ding an sich. Die Gewandtheit, mit der KANT hier aus der Verteidigung zum Angriff übergeht, ist meisterhaft. Er reduziert die Welt auf unseren alleinigen Erfahrungsinhalt, macht jene Folgerung, die SCHOPENHAUER später aus seiner Philosophie zog: „Die Dinge sind nur, sofern wir sind,“ fast unumgänglich, um triumphierend zu fragen: Wer kann bei solchen Ungereimtheiten verbleiben? Die Welt ist ja doch die objektive Voraussetzung unserer Erfahrung. Aber sie ist es eben als Ding an sich. Erkennen kann ich sie nicht. Hingegen muß ich sie mir als seiend denken. Gleichzeitig muß ich zu ihr noch alle jene Bestimmungen hinzudenken, für die ich sonst in der Welt, die ich erfahre, keinen Platz habe. Und dies mit um so größerer Berechtigung, als man sich ja auch die Dinge an sich bloß denken müsse, ohne sie jemals erfahren zu können. Mithin dürften also alle jene Befunde des Denkens, die mit einem erfahrungsmäßigen Inhalt in Widerspruch geraten (Gott, Freiheit, Unsterblichkeit usw.), in die intellegible Welt der Dinge an sich versetzt und als dort seiend gedacht werden. Nun stand das ganze Gebäude vollendet da. Nun erst erhellte die Bedeutung der KANTischen Erkenntniskritik und ließ sich die Absicht, die ihr zugrunde lag, feststellen. Die berühmten Worte KANTS: „Ich mußte das Wissen aufheben, um zum Glauben Platz zu bekommen,“ erhalten erst in diesem Zusammenhange ihren vollinhaltlichen Sinn. Zugleich zeigt sich, daß das nicht weniger berühmte und so oft mißverstandene Ding an sich den Zentralbegriff KANTischer Philosophie bildet.

§ 7. Auf den ersten Blick kann es allerdings scheinen, als ob KANT gerade in Ansehung dieses Begriffs mit einem gewissen Leichtsinn vorgegangen sei. Die Art, wie er ihn begründet, grenzt mitunter an offensichtliche Willkür. So z. B. wenn er das Ding an sich definiert: „Das Objekt, worauf ich die Erscheinung überhaupt beziehe, ist der transzendentale Gegenstand, d. i. der

30) Ebenda S. 23.

gänzlich unbestimmte Gedanke von etwas überhaupt[31]). An einer anderen Stelle, die für das Verständnis der Lehre vom Ding an sich die wichtigste zu sein scheint, heißt es ferner: „Die nichtsinnliche Ursache (der) Vorstellungen ist uns gänzlich unbekannt. . . . Indessen können wir die bloß intelligible Ursache der Erscheinungen überhaupt, das transzendentale Objekt nennen, bloß damit wir etwas haben, was der sinnlichen als einer Rezeptivität entspricht[32]). Fast will man hier den Eindruck gewinnen, als ob man es mit einem beinahe überflüssigen Anhängsel zu tun habe, mit der eigentlichen Methode KANTS keineswegs unauflöslich verknüpft. So haben schon die ersten Kritiker KANTS gerade an diesem Teil seiner Lehre den meisten Anstoß genommen. Aber auch diejenigen, die auf seinen Spuren zu wandeln vermeinen, ließen im Laufe der Zeit das Ding an sich kläglich im Stiche. Die neuesten Interpretierkünste des Kritizismus haben es einfach für einen — Grenzbegriff erklärt, ohne daß dabei allerdings viel an Klarheit oder Verständlichkeit gewonnen wäre. Nichtsdestoweniger wird man weder den vorschnellen Kritikern und noch viel weniger den spitzfindigen Interpreten unbedingt Glauben schenken dürfen. Die unsichere Fundamentierung dieses Abschnitts der KANTschen Philosophie, auf welche jene selbstgefällig hinweisen und welche die letzteren ohne Widerrede zugeben und den ganzen Abschnitt sogar glauben fallen lassen zu können, ohne dabei irgendwelchen nennenswerten Schaden für das KANTische System zu bewirken — diese Fundamentierung ist gerade wegen ihrer zu offen liegenden Unsicherheit der Brennpunkt des Systems. Daß KANT selbst diese Achillesferse übersehen haben sollte, ist wohl sehr unwahrscheinlich. Hier darf man schon mit COHEN sagen: „Wenn KANT so offenliegende Fehler begangen hat, so verlohnt es sich nicht der Mühe, ihn gründlich und mit Hingabe durchzuarbeiten[33]).“ Und in der Tat, gerade

31) Ebenda S. 234.

32) Ebenda S. 403. Vgl. auch S. 232—33, 492 ff.

33) Vgl. COHEN, KANTS Theorie der reinen Erfahrung. II. Aufl. Berlin 1885. Vorrede zur I. Aufl., S. IX. COHEN möchte allerdings mit diesem Hinweis jede Kritik KANTS mundtot machen. Berechtigterweise kann man aber diese Worte nur gegen jene Kritik anwenden, die sich ihr Sache zu leicht macht.

die [illegible] Ungeschicklichkeit, mit der zum Ding an sich Zuflucht genommen wird, ist ein sicherer Fingerzeig dafür, daß es sich schlechthin nicht umgehen ließ! Der Einfall selbst: ehe man erkennt, die Natur der Erkenntnis zu erkennen, der so sehr an die Quadratur des Kreises erinnert, war gegen jenen dogmatischen Wahn gerichtet, der da glaubt, wir könnten die Welt so erkennen, wie sie wirklich, d. i. unabhängig von unserer Erkenntnis ist. Schon die ersten, grundlegenden Formen, in denen wir sie erkennen, gehören ihr nicht an, sondern sind die Schranken unseres eigenen Erkenntnisvermögens. Keine Erfahrung bringt die „Begriffe" Raum, Zeit, Kausalität mit sich. Im Gegenteil, damit die Erfahrung überhaupt stattfinden könne, muß sie von vornherein den fundamentalen, normativen Geboten des menschlichen Denkens Folge leisten, zu denen jene Begriffe gehören. Und doch kann die Welt nicht bloß Erzeugnis unseres Denkens sein! Also ist sie eine Wirklichkeit an sich, die so wie sie ist, niemals eine Wirklichkeit für uns werden kann. Erkennen wir die Dinge an sich, dann läßt sich die Bewegung unseres Denkens überhaupt nicht erfassen; dann sind alle seine Gegensätzlichkeiten: Freiheit und Notwendigkeit, Natur und Gott, ursächliche Bedingtheit und zwecksetzende Zielstrebigkeit, das Reich der empirischen Entwicklung und die Gebote des absoluten moralischen Sollens schlechthin antithetisch und nichts vermag sie zu versöhnen. Haben wir jedoch das Instrument unserer Erkenntnis zerlegt und infolgedessen eingesehen, daß die Welt der Erscheinungen zwar im Raume und in der Zeit einheitlich verläuft, nichtsdestoweniger aber — weil Raum und Zeit eben unserem Erkenntnisvermögen angehören — eine Welt der Dinge an sich voraussetzt, so wird diese andere Welt, deren Sein bloß ein Gesetz des Denkens ist, gleichzeitig die Rechtfertigung aller anderen intellegiblen Gesetzgebung. Das Denken des Ding an sich war für Kant nur ein Zwangmittel des Denkens, das die normativen Befugnisse der Vernunft klarlegen sollte. Nichts ist leichter, als dem Begriff des Dings an sich die krassesten Widersprüche nachzuweisen. Der billigen Einwände, daß er doch etwas aussage, worüber, wie Kant selbst zugibt, keine Erfahrung bestehen könne, oder, wie schon Jacoby bemerkte und wie seither

beständig wiederholt wurde[34]), daß er die Dinge an sich gleichsam als Ursachen der Erscheinungen hinstelle, obwohl die Kategorie der Kausalität nach KANT nur den Erscheinungen zukomme, ist genug gemacht worden. Damit hat es aber wenig auf sich. Das Ding an sich ist eben die intellegible Ursache der Erscheinungen, der ihre sinnlichen Ursachen bloß korrespondieren. Damit wird eigentlich nicht so sehr das Ding an sich gemeint, wie das abstrakte Recht des Denkens, über die Erfahrung hinauszugehen, um neben dem kausal bedingten Müsser der Natur das absolute Sollen des Geistes zu proklamieren.

§ 8. Es war unumgänglich, diese äußerst knappe Übersicht der Gedankenwelt des Königsberger Philosophen in unsere Darstellung aufzunehmen. Man wird in den Schriften der heutigen An- und Nachbeter KANTS nach einer zusammenfassenden Würdigung seiner Ansichten vergebens suchen. Es sind meistenteils einzelne Teilpartien seiner Lehre, die ohne jegliche Rücksicht auf ihr Wechselverhältnis im Gesamtbau des wirklichen KANTianismus einfach herausgelöst, mit eigenen Zutaten bereichert und dergestalt nur zu oft in Verbindung mit ganz heterogenen Denkelementen gebracht werden. So ließ man nach und nach alles, oder fast alles fallen, was den realen, historischen KANT kennzeichnet: das Ding an sich, die praktische Philosophie, die Dialektik, kurz, das ganze System, um schließlich bloß bei der Methode haltzumachen, bei KANTS Erkenntniskritik[35]).

Um auf MAX ADLER zurückzukommen, so hält er sich in der Hauptsache ebenfalls nur an diese Kritik. Sie macht er zum Ausgangspunkt seiner Bemühungen um die Neugestaltung des

34) Vgl. z. B. N. BERDIAJEFF, F. A. LANGE und die kritische Philosophie in ihren Beziehungen zum Sozialismus, in „Die Neue Zeit" 18/II, 167. — Avis für VORLÄNDER: BERDIAJEFF selbst hat seither im Schoße der kritischen Philosophie und sehr unkritischen Versöhnung mit der bürgerlichen Politik die wohlverdiente Ruhe gefunden — „zu einer Zeit, als bedeutende KANTianer sich dem Sozialismus näherten."

35) In diesem Sinne ist der geistreiche Versuch VAIHINGERS zu verstehen, den KANTianismus in die Philosophie des Als ob aufzulösen, d. h. der „fiktiven" Denkmittel (oder der Denkfiktionen), die nur jene Annahmen gelten lasse, welche die menschliche Praxis ermöglichen. Nur wäre zu bemerken, daß damit der Neukantianismus gerade jenem Skeptizismus in die Arme läuft, dem KANT selbst um jeden Preis entrinnen wollte.

Marxismus. Hierin wäre allerdings an und für sich, abstrakt gesprochen, nichts Ungewöhnliches. Man kann unter Umständen die Methode eines Philosophen akzeptieren und sein übriges System verwerfen. Machten doch Marx und Engels nichts anderes mit der Hegelschen Philosophie. „Bei allen Philosophen," bemerkt Engels sehr richtig, „ist grade das ‚System' das Vergängliche, und zwar grade deshalb, weil es aus einem unvergänglichen Bedürfnis des Menschengeistes hervorgeht: dem Bedürfnis der Überwindung aller Widersprüche[36])."

Indes, wenn das System bei allen Philosophen das Vergängliche ist, so ist durchaus nicht bei allen Systemen die Methode das Entwicklungsfähige. Schon deshalb nicht, weil nicht in allen Systemen die Methode eine selbständige Bedeutung beanspruchen darf, wie dies z. B. bei Hegel der Fall ist. Ehe man die Methode eines Philosophen übernimmt und sein System beiseiteschiebt, müssen daher die Umstände, unter denen solches allein entschuldigt werden kann, genauest untersucht, d. h. die Stellung der Methode innerhalb des Systems überprüft werden. Aber gerade diesen einzigen Weg, der ihr Vorhaben rechtfertigen könnte, meiden die eifrigen Verfechter der Verquickung des Kantianismus mit dem Marxismus! Von einer gründlichen Analyse des Kantianismus keine Spur! Das eventuell vorhandene kritische Vermögen wird schlecht und recht einzig an Marx allein geübt. Für Kant gilt einfach das schlechthinige, nicht urteilende, sondern vorurteilende Postulat der hohen Nützlichkeit, Brauchbarkeit, Fruchtbarkeit usw. seiner Theorie der Erkenntnis. Und eben weil weder auf die Deutung, die Kant selbst dieser Theorie gab, noch auf die Absicht, die er mit ihr verknüpfte, geachtet wird, entsteht gleich von vornherein ein folgenschweres und auf die Dauer immer verhängnisvolleres Mißverständnis.

Selbstverständlich gehört eine „Theorie der Erkenntnis" mit in jede Wissenschaft überhaupt und in die Sozialwissenschaften insbesondere. Die Schwierigkeit beginnt im Augenblick, in dem wir fragen, was denn unter „Theorie der Erkenntnis" zu verstehen ist. Denn keine andere philosophische Disziplin — nicht zuletzt dank den Bemühungen der Neukantianer! — ist so rasch

36) Vgl. Engels, Ludwig Feuerbach. V. Aufl. Stuttgart 1910, S. 7.

zu einem Schlagwort stigmatisiert worden, wie gerade die „Erkenntnistheorie". Buchstäblich über Nacht hielt sie ihren Einzug ins Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaft und artete sehr bald in eine wirkliche Zauberformel aus, mit deren Hilfe man der schwierigsten und verwickeltsten Fragen der Sozialforschung sozusagen im Handumdrehen Herr zu werden glaubte. Hier hat sich die Geschichte der offiziellen HEGELschen Schule, welche, wie ENGELS einst schrieb, „von der Dialektik des Meisters nur die Manipulation der allereinfachsten Kenntnisse" sich angeignete, getreulich wiederholt: „Die ganze Hinterlassenschaft HEGELS beschränkte sich für sie auf eine pure Schablone, mit deren Hilfe jedes Thema zurechtkonstruiert wurde, und auf ein Register von Wörtern und Wendungen, die keinen anderen Zweck mehr hatten, als sich zur rechten Zeit einzustellen, wo Gedanken und positive Kenntnisse fehlten [37])."

Mit „Konstruktionen" gab sich die erkenntniskritische Schule allerdings nicht ab. In dieser Hinsicht stand ihr Verständnis der historischen Entwicklung noch weit hinter dem der Epigonen HEGELS. Was aber Schablone und Wortregister betrifft, so wird sie sich neben diesen letzteren immer zeigen können. Aber Schablone gegen Schablone, verdient die HEGELsche immer noch den Vorzug! Denn mit der KANTischen Fragestellung: Wie ist die Erkenntnis möglich?, auf die die heutigen Erkenntniskritiker so ungeheuer stolz sind, hat HEGEL jedenfalls gründlich aufgeräumt. Die Grenzen, die er der Erkenntnistheorie steckte, behalten nach wie vor ihre unverbrüchliche Gültigkeit. Die Theorie der Erkenntnis ist eben das Erkennen. Dies ist die endgültige Lösung, die das so lange mißverstandene Problem in der HEGELschen Philosophie erhielt. Von dem Moment an, da man sowohl die Natur-, als auch die menschliche Geschichte vom Standpunkte der Entwicklung aufzufassen begann, verwandelte sich die Theorie der Erkenntnis in eine Geschichte des Erkennens. Damit fiel das ganze, um diese Theorie aufgeführte idealistische Baugerüst; sie konnte von nun an in der Tat eine Wissenschaft werden. „Fragt man . . ., was denn Denken

37) Vgl. ENGELS' Besprechung von MARX, Zur Kritik d. polit. Ökonomie (1859). Neudruck in „Die Neue Zeit" 34/II, 10.

und Bewußtsein sind, und woher sie stammen, so findet man, daß es Produkte des menschlichen Hirns (seien), und daß der Mensch selbst ein Naturprodukt (ist), das sich mit und in seiner Umgebung entwickelt hat, wobei es sich dann von selbst versteht, daß die Erzeugnisse des menschlichen Hirns, die in letzter Instanz ja auch Naturprodukte sind, dem übrigen Naturzusammenhang nicht widersprechen, sondern entsprechen [38].“ Man sieht, steht einmal der Mensch im Zusammenhang mit der Natur, wird er einmal als ihr notwendiger Bestandteil betrachtet, erkennt man erst in seinem Denken das Produkt der Naturgeschichte, so erweist sich jede Theorie der Erkenntnis, die nach ihrer Möglichkeit fragt — einer Möglichkeit, die unabhängig von der Erkenntnisgeschichte dargetan werden soll —, wirklich und wahrhaftig als ein „Schwimmen-Wollen, ehe man ins Wasser geht“. Die Frage Kants nach der Möglichkeit der Erfahrung war, sofern sie dem „Bedürfnis der Überwindung aller Widersprüche“ entsprang, im Zusammenhang seines philosphischen Systems durchaus berechtigt und, wie wir oben gesehen haben, bahnbrechend. Aber diese Frage ist bereits ihrerseits als ein Widerspruch ebenfalls überwunden. Sie von neuem aufwerfen, sie krampfhaft festhalten, heißt, das Denken gewaltsam zurücktreiben. Ein gut Stück mittelalterlicher Scholastik wird damit neu belebt — wenn es gleich unbewußt ironischerweise auch mit der Berufung auf jenen Denker geschieht, der wie kein anderer die kritischen Waffen gegen jegliche Scholastik schärfte! Zu welch wirklich trostlosen Wortspielen dies führt, bemerkt man, wenn man hört, daß A. den letzten Schluß der „Transzendentalphilosophie“ wie folgt zusammenfaßt: „Für sie sind Gesetzmäßigkeit des Naturgeschehens und Naturerkennens Wechselbegriffe. Die Frage, wie Naturerkenntnis möglich sei, beantwortet sie nicht anders, als wie Natur als dessen Objekt möglich sei [39]).“ Das sind tiefsinnige Schrullen! Die Frage, wie Natur-

38) Vgl. Engels, Eugen Dührings Umwälzung d. Wissenschaft. VIII. Aufl. Stuttgart 1910, S. 22. (Die eingeklammerten Hilfszeitworte fehlen im Original: ein Druckfehler, der, wie es scheint, unbesehen aus einer Auflage in die andere übernommen wird.)

39) Marx-Stud. I., 417.

erkenntnis „möglich" sei, beantwortet die „Philosophie", d. i. das Denken; nicht anders, als dadurch, daß es die Natur erkennt.

Der Neukritizismus hängt der Hoffnung nach, daß es möglich sei, Kants erkenntnistheoretische Ansichten aus dem Totalbau seiner Gedanken herauszulösen. Bei dieser Gelegenheit zeigt sich jedoch, daß gerade diese Ansichten den Stempel ihrer Epoche tragen. Und — wie immer diese Behauptung dem an ständige Wiederholung derselben Entdeckungen des „Neu"kantianismus gewöhnten Ohre auch klingen mag: fast ist es heute leichter, das ganze System Kants zu retten, als bloß seine Methode für die moderne Wissenschaft brauchbar zu machen.

§ 9. A. rettet Kant — indem er ihn marxifiziert. Dieser Dienst kam wirklich zur gelegenen Zeit. Der Neukantianismus, der gegen 1890 so ziemlich allerorten das Haupt erhob und außerordentlich anspruchsvoll tat, mußte verhältnismäßig recht bald, um die Wende unseres Jahrhunderts beiläufig, die Segel streichen. Theoretisch artete er in logischen Formalismus aus, praktisch in blassen Opportunismus, und unheilvolles Gewölk begann bereits an seinem Himmel sich zu sammeln. Rasch mußte daher Kant noch mit Marx' Hilfe an besonders verfänglichen Stellen geflickt werden, ehe man mit ihm an eine einigermaßen erfolgversprechende Marx-Begründung gehen durfte.

Die Promotoren des Neukritizismus wußten genau, warum sie sich an Kants Erkenntniskritik festklammerten. Sie war das letzte Auskunftsmittel gegen den Siegeszug des historischen Materialismus. Es galt, dem Gedanken von der Möglichkeit wissenschaftlicher Vorausbestimmung des sozialen Geschichtsverlaufs entgegenzutreten. Zu diesem Behufe wurde die „kritische" Frage nach der Möglichkeit der Sozialwissenschaft aufgeworfen. Und man wollte den Anschein erwecken, als ob es sich um dieselbe Fragestellung wie bei Kant handle: Wie ist die Erfahrung möglich? — nur ins Sozialwissenschaftliche übersetzt. Die Ähnlichkeit war aber, genauer betrachtet, eine bloß formale. Und A., der an diese Frage anknüpfte, hatte zum voraus gewonnenes Spiel, als er nachzuweisen versuchte, daß diese sozial-skeptische Wendung des Neukritizismus eigentlich eine Abirrung von den Kant-

ischen Prinzipien bedeutete. Es bedarf keiner besonderen Anstrengung, um einzusehen, daß es dasselbe Erkenntnisvermögen ist, das sowohl die Natur- als auch die Gesellschaftserscheinungen erkennt. Wenn die Neukritizisten einen grundlegenden Unterschied zu entdecken glaubten, indem sie im geisteswissenschaftlichen Erkennen ein Werturteile fällendes Sollen nachzuweisen versuchten, das sich von der naturwissenschaftlichen Erfahrung wesentlich unterscheide —, so war dies allerdings ein Hinausgehen über KANT, das ebensowenig dem Wortlaut wie dem Sinn seiner Lehre entspricht. Als KANT die Möglichkeit der Erfahrung zu begründen suchte, war es ihm keineswegs um irgendeine besondere Erfahrungsart zu tun, sondern um ihren Totalverlauf, um die Erfahrung überhaupt. Darauf stützte A. seine Zurückweisung der soziologischen Schlußfolgerungen des offiziellen Neukritizismus. Er hat den ganz unzweifelhaften Umstand hervorgehoben, daß es dasselbe Erkennen ist, das die Natur ebensowohl wie die Gesellschaft erfaßt. Die KANTische Erkenntnistheorie sei daher auch für die Sozialwissenschaft ohne jegliche Zuhilfenahme eines werdenden Sollens brauchbar.

Dieser Gedankengang war, solange man im Rahmen der Schule blieb, gewiss sehr verdienstvoll und, vom Standpunkt der Schule, sogar dankenswert. Denn es ist nicht abzuleugnen, daß A. durchaus berechtigt war, die „kritische“ Soziologie auf die Originalgestalt KANTischer Erkenntniskritik zu verweisen, von der sie durch allerlei tiefsinnige Auslegekünste allmählich vollständig abgekommen war. Allein das Schwierigste war damit noch nicht überwunden: der Nachweis nämlich, dass auch die Originalgestalt der KANTischen Erkenntniskritik mit dem gegenwärtigen Standpunkt der Sozialwissenschaften sich vereinigen lasse. Man war glücklich so weit, dass man zum Ausgangspunkt des Neukritizismus, zu KANT, zurückkehren konnte und mit ihm sagen durfte: es sind dieselben Formen des Denkens, denen sich die natürliche wie die kulturliche Welt fügt. Indes, immer noch waren es Formen des Denkens, immer noch das menschliche Bewußtsein, das die objektive Welt „aufbaute“. Damit wurden alle Fragezeichen, die diese Theorie von Anfang an bestürmten, neuerdings lebendig. Schon sah man im Hinter-

grund die gefürchtete Gestalt des Solipsismus sich aufrichten. Die Situation war in der Tat verwickelt. Hier mußte nun MARX helfen. Ein Anhaltspunkt zumindest wurde ihm immerhin geboten. Man stellte den Satz auf, daß das menschliche Bewußtsein eigentlich nicht das Bewußtsein des Menschen sei — sondern Bewußtsein überhaupt. Dieses Bewußtsein überhaupt hatte zunächst eine besonders undankbare Aufgabe auszuführen: die Begründung des transzendentalen Seins. Doch an dieser Stelle muß man wohl A. selbst sprechen lassen. Der Leser kann dann nebst noch feststellen, mit welch stupender Gelehrsamkeit alle diese Fragen seinerzeit behandelt wurden. „Der auf den ersten Blick so abgrundtief dräuende Begriff des ‚Bewußtsein überhaupt', schreibt A., ist auf transzendentaler Grundlage nichts anderes, als die kritische Besinnung, daß auch die Ichheit alles Erkennens noch Bewußtseinsform ist, daß somit das letzte, womit die Erkenntniskritik sich wird bescheiden müssen, nicht das individuelle Bewusstsein, sondern eben ‚Bewußtsein überhaupt' ist. . . . Das Einzel-Ich ist dann nur die Erscheinungsweise, in welcher ‚Bewußtsein überhaupt' erlebbar ist.... Eine metaphisische Verkennung dieses Begriffs, so als ob er ein formloses, unpersönliches, allbefassendes Welt-Ich bedeuten wolle, ist gänzlich ausgeschlossen, sobald man nur achthat, daß er eben gar nichts anderes besagt, als wie ich das empirische Ich denken muß, wenn ich nun auch diese räumlich, zeitlich und indivduell gefärbte Ichvorstellung gleicherweise zu den Formen des Bewußtseins rechnen muß, wie Raum, Zeit und Kategorien, — nämlich als ein ‚Bewußtsein überhaupt', das nun gar nicht mehr als Substanz zur Erfassung kommt, sondern nur als Denkbestimmung [40])."

Diese Probe dürfte genügen! Vor einem Menschenalter begann der MARXismus damit, daß er sich gegen den scholastischen Zopf der idealistischen Philosophie auflehnte, ihre Zunftsprache durch verständige Rede ersetzte und ihre absoluten „Denkbestimmungen" als einfache Abstraktion des naturgeschichtlichen Geschehens aufdeckte. War es nun wirklich ein normaler Entwicklungsgang, der ihn hinterdrein zur posthumen Rehabili-

40) Ebenda S. 364 f.

tierung ebenderselben Zopfes, ebenderselben Zunftsprache, ebenderselben „Denkbestimmungen“ als prästabilierter Formen des Bewußtseins führte? Keineswegs! Sofern man von dem praktischen Hintergrund dieser Entwicklung absieht, kann man wirklich von einem theoretischen Mißverständnis sprechen.

Allerdings „muß“ ich das „empirische Ich“ nur als eine Erscheinungsform des „Bewußtseins überhaupt“ denken — aber bloß so lange, bis ich jene Erkenntniskritik aufrechterhalten will, welche Bewusstseinsformen zur Vorbedingung der „Möglichkeit“ des Erfahrungsinhalts macht: geradeso, wie ich mir das Ding an sich hinzudenken „muss“, um doch einen Träger eben jenes Erfahrungsinhalts zu haben. Verständigerweise folgt aber daraus nur, daß die ganze „Kritik“ unhaltbar ist, weil sie nicht anders als mit Hilfe des metaphysisch verklausulierten und idealistisch verabsolutierten Hintergedankens vom sozialen Sein zu halten ist, der mit souveräner Selbstverständlichkeit die Form von „Denknotwendigkeit“ annehmen möchte.

Aber an so etwas denkt A. gar nicht! Wozu ist man denn „Marxist“? Nun muß Marx helfen. A. wagt den Versuch, „die schwierige Lehre vom Bewußtsein überhaupt gerade durch die Denkweise von Marx dem Verständnis zugänglicher zu machen“ [41]). Gesagt, getan; um so mehr als es mit spielender Leichtigkeit zu gehen scheint. Man denke: in der Lehre vom Bewußtsein überhaupt finden wir den Ort, „in welchem der Grundbegriff aller wissenschaftlichen Untersuchung über gesellschaftliche Erscheinungen, nämlich der des sozialen Verbundenseins der Menschen, seine erkenntniskritische Begründung erhält“ [42]). Hier kann man die ganze Verfahrungsweise dieser merkwürdigen Erkenntnis„kritik“ mit Händen greifen. Zuerst wird vom wirklichen Verlauf der naturgeschichtlichen Entwicklung stillschweigend abstrahiert und dann diese Abstraktion für die „erkenntniskritische Begründung“ eben jenes Verlaufes erklärt! Wehe, wenn man auf den profanen und ganz „materialistischen“ Usprung der Abstraktion aufmerksam macht: das ist „unkritischer“ Psychologismus. Hoheitsvoll wird erklärt,

41) Ebenda S. 869—870.
42) Ebenda S. 870.

daß man nicht die „Geschichte“ des Denkens im Auge habe, sondern seine allgemeingültigen „Formen“. Als ob diese Formen nicht gleichfalls ein Produkt seiner Geschichte wären! Der bekannte KANTische Kunstgriff, der die Formen des Denkens (Raum, Zeit, Kategorien) zwar nie und nimmer „ohne“ Erfahrung bestehen läßt, sie aber nichtsdestoweniger „vor“ alle mögliche Erfahrung setzt, kehrt wieder. Nur daß seine rein verbale „Möglichkeit“ diesmal noch unverhohlener in Erscheinung tritt. Man kann in der Tat diese angebliche Denknotwendigkeit gar nicht denken, sondern nur in Worte kleiden, nachdem man den Inhalt und den Sinn sorgsam herausdestilliert hat.

Nicht genug daran aber, der Haupttrick (man verzeihe das Wort, allein kein anderes entspricht so genau dem Sachverhalt) besteht im folgenden. Es wird gezeigt, daß MARX selbst im „Kapital“ bereits Erkenntniskritik getrieben habe — ganz im Sinne KANTS. Dies kann man auf die einfachste Weise von der Welt „beweisen“. Es genügt, MARX’ ökonomische Analyse ins Scholastische zu übersetzen. Wenn MARX den dialektischen Idealismus HEGELS „auf die Füße“, d. h. auf materialistischen Boden stellte, so bringt ihn A. seelenruhig wieder in den Kopfstand. „Der Begriff des Wertes als des Trägers des Tauschwertes, schreibt er, richtiger als der begrifflichen Grundlage des Tauschwertes, ist eine spezifische Leistung des MARXschen Denkens. . . . Damit tritt . . . der Begriff des Wertes im gleichen gedanklichen Charakter an die Seite desjenigen von Bewußtsein überhaupt. Es ist dieselbe Funktion für die Begreifbarkeit des ökonomischen Verkehrs und Warenaustausches, welche dieser MARXsche Begriff logisch erfüllt, wie sie der KANTsche für die Möglichkeit des geistigen Verkehrs und Gedankenaustausches transzendental besorgt[43]).“

Leider stolpert schon die Formulierung dieses MARX-KANTischen Parallelismus. Während der „Begriff des Wertes“ nur deshalb die Begreiflichkeit des Warenaustausches fördert, weil er auf eine objektive wirtschaftliche Erscheinung (oder besser, auf ein objektives Wirtschaftsverhältnis) Bezug nimmt,

43) Ebenda S. 377—79.

[illegible] Begriff [illegible] Erkenntnis [illegible] Funktion [illegible] Funktion des [illegible] Funktion [illegible] allein [illegible] herausnehmen „muß“. [illegible] nicht [illegible] Bewußtsein überhaupt [illegible] des [illegible] Stück [illegible] seiner „Anleitung“ [illegible]

[illegible] Schluß aus. „Unser [illegible] anderen Sinne [illegible] Einsicht darauf, daß [illegible] Mit- und Aufeinanderwirken [illegible] Die inhaltliche Wahrheit [illegible] Denknotwendigkeiten des Einzelbewußtseins [illegible] logische Voraussetzung, sondern sie wäre [illegible] soziales Produkt undenkbar, wenn nicht in der Eigenart des menschlichen Denkens, bei all seiner Bewährung als Einzelbewußtsein gleichzeitig Erscheinung des Bewußtseins überhaupt zu sein, jener transzendentale Grund gelegen wäre, welcher das Auf- und Miteinanderwirken der Menschen im Produktionsprozesse der Wahrheitserkenntnis erst möglich macht[44]).“

„Einerseits“ wird also MARX hoch in Ehren gehalten: die inhaltliche Wahrheit ist ein Produkt des historischen Zusammenlebens der Menschen; „andrerseits“ kommt aber auch KANT zu Wort: die transzendentale **Möglichkeit** dieses Zusammenlebens ist im Bewußtsein überhaupt begründet! Hier kann man mit wirklicher Berechtigung sagen, wahrlich, etwas weniger des Guten wäre mehr gewesen.

Was bedeutet denn das: Eigenart des menschlichen Denkens.

44) Ebenda S. 879—880.

bei aller Besonderheit auch noch Erscheinung des Bewußtseins überhaupt zu sein? Offenbar so viel, daß das menschliche Denken nicht in einem einzelnen Kopfe, sondern eben in den Köpfen der Menschen sich vollzieht. Gewiß, das ist eine „Eigenart“. Denn man erwäge: jeder Mensch könnte doch sozusagen auf eigene Faust „denken“. Wie wäre dann „der Produktionsprozeß der Wahrheit“ „möglich“? Man „muß“ zugeben: dann wäre dieser Prozeß in der Tat unmöglich. Man drehe indessen diese tiefsinnigen Betrachtungen soviel man will — nie und nimmer wird man in ihnen irgendwelche „Transzendenz“ entdecken können. Die merkwürdige „Eigenart“ ist weiter nichts als eine bestimmte Daseinsweise der organisierten Materie, die schlechthin hingenommen werden muß. In diesem Sinne ist jene „Eigenart“ des Menschen allerdings die „Voraussetzung“ seiner Geschichte. Aber in diesem Sinne setzt das Dasein der Menschen überhaupt ihre Geschichte „voraus“! Wo keine Menschen da sind, gibt es auch keine menschliche Geschichte. . . .

Nascitur ridiculus mus. Das Ergebnis der Erkenntnis„kritik“ — wenn man das Transzendentalgewebe, das es umspinnt, behutsam entfernt — erweist sich als Gemeinplatz. Und seine hypostasierte Abstraktion ist eben das „Bewußtsein überhaupt“. Man kann sich des Lächelns nicht erwehren, wenn man sieht, wie treuherzig A. das magere und schwankende Resultat seiner kritischen Begründung der Sozialwissenschaft dadurch bodenständiger zu machen sucht, daß er von einem „Produktionsprozeß der Wahrheit“ spricht. Proudhon hielt große Stücke auf die Hegelsche Dialektik. Aber er hat sie nie begriffen. Darum erschien sie ihm in sophistizierter Gestalt. A. versteht den Kantianismus nur zu gut. Darum marxifiziert er ihn.

§ 10. „Waren die Beziehungen des Sozialismus zur erkenntnistheoretischen Seite der Kantschen Philosophie zwar . . . von grundlegender Bedeutung, aber doch nicht auf der Oberfläche zu finden, so ist die unmittelbare Bedeutung seiner Geschichtsphilosophie für den Marxschen Standpunkt schon wiederholt hervorgehoben worden[45].“ In der Tat: wie es scheint,

45) Wegweiser, S. 53. (Von A. gesperrt.)

gebührt hier Conrad Schmidt der Vortritt[46]). Wenn A. nun seinerseits wiederum auf Kants geschichtsphilosophische Ansichten zurückgreift, so verdient seine Darstellung vor allem deswegen Hervorhebung, weil sie die Licht- und Schattenseiten des üblichen Verfahrens besonders instruktiv zu vereinigen weiß. Die hervorstechendste Eigenschaft dieses Verfahrens ist, daß diejenigen, die es mit Vorliebe anwenden, ihre Wünsche zur alleinigen Richtschnur ihrer Gedanken machen. Die einfachsten Gebote der wissenschaftlichen Kritik werden in Ansehung dieses Teils der Kantischen Lehren vollständig vergessen, seine Ansichten aus dem historischen Zusammenhang, in dem sie entstanden, gerissen und die „Untersuchung" auf ein paar sinnlos angeführte Zitate beschränkt. Dies alles mit wahrhaft beschämender Leichtgläubigkeit.

Namentlich die „Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbügerlicher Hinsicht" Kants üben besonderen Reiz auf die neuesten Entdecker des Marx-Kantischen Parallelismus aus. Es wird behauptet, daß hier „einige der Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung bereits mit wundervoller Klarheit zum Ausdruck gebracht" sind[47]); daß „die Kantschen Gedanken die Geschichtsauffassung von Marx geradezu ergänzen, indem sie auf die von Marx weniger behandelte innere, sozialpsychische Seite dieses Problems eingehen"[48]). Und — statt jeder weiteren Begründung muß man mit dem Hinweis fürliebnehmen, daß Kant versucht habe, „die Geschichte als einen Prozeß, d. h. als eine gesetzmäßig fortschreitende Entwicklung" aufzufassen[49]). „Die Art, wie Kant diesen Fortschritt sich durchsetzen sieht, behauptet A., macht das eigentlich Große und Fortwirkende seiner Geschichtstheorie aus. Denn dieser Fortschritt ist nicht etwa das Resultat . . . der menschlichen Ideale . . ., sondern vielmehr ein notwendiges und blindes Resul-

46) Vgl. Schmidt, Über die geschichtsphilosophischen Ansichten Kants, in „Sozialist. Monatshefte" 1903/II, 683 ff.

47) Wegweiser, S. 54.

48) Ebenda S. 54—55.

49) Ebenda S. 53—54; vgl. Schmidt a. a. O. S. 684.

tat gerade der unedlen Instinkte der Menschheit, aller ihrer nackten Erhaltungstriebe und auf das eigene Interesse gerichteten Leidenschaften" [50]). So operiert das marxifizierte Denken! KANT negierte die menschlichen Ideale in der Geschichte, ergo war er Materialist. In Wirklichkeit ist gerade dieser Gedanke KANTS, der nach A. seine „eigentliche" Größe versinnbildlicht, ein Gemeingut der ganzen Aufklärungsphilosophie. Wenn überhaupt, so war KANT in diesem Punkte erst recht der folgsame Wiederholer ihrer Maximen. Die Aufklärer waren es, die den Egoismus („nackter Erhaltungstrieb"!) des Menschen als die Triebkraft seiner sozialen Geschichte betrachtet wissen wollten. Sie waren es, die die Bedeutung der „Ideale" schlankweg in Abrede stellten [51]). Sie waren es schließlich, die der Gesetzmäßigkeit des Geschichtsverlaufes nachzugehen trachteten und die menschliche Entwicklung im Rahmen der gesamten Naturentwicklung begreifen wollten. So, um nur die geläufigsten Beispiele zu nennen, MONTESQUIEU [52]) (Esprit des Lois, 1748) und CONDORCET (Exquisse d'un tableau du progrès de l'esprit humain, 1795). Allerdings transponierte KANT diese Gedankengänge stark in teleologische — ebenso wie HERDER sie stark ins Theologische transponiert hatte. Was jedoch die Grundtendenz seiner Geschichtsphilosophie anbelangt, so liegt ihre vollständige Übereinstimmung mit den Anschauungen der ganzen Epoche trotzdem auf der Hand. Man kann diese Geschichtsphilosophie also nur insofern zur Vorgängerin der materialistischen Geschichtsauffassung stempeln, als man die Geschichtsphilosophie des 18. Jahrhunderts über-

50) Wegweiser, S. 55.

51) Es erübrigt sich, für diese bekannte Tatsache Beweise zu häufen. Schon HEGEL, bei dem die Heutigen noch manches lernen könnten, machte darauf aufmerksam, daß „HELVETIUS sich zu zeigen bemühte, daß alles, was wir als Tugend benennen, überhaupt alle Tätigkeit, Gesetze, Rechtliches zu seinem Grunde nur Selbstliebe, Eigennutz habe und darein sich auflöse" (Gesch. d. Phil. III, 525.) Auch PLECHANOW hat in seinen „Beiträgen z. Geschichte d. Materialismus" diese Frage sehr eingehend beleuchtet.

52) „Ce qui caractérise la force de cet ouvrage", bemerkte A. COMTE (Philosophie positive, ed. E. RIGOLAGE, III, 69/70) über „Esprit des lois", „c'est la tendance de l'auteur à concevoir les phénomènes politiques comme assujettis à des lois naturelles."

haupt in einem derartigen Verwandtschaftsverhältnis betrachtet wissen will. Aber unter keinen Umständen darf man das historische Bild zugunsten Kants verschieben und den Sachverhalt so darstellen, als ob die Kopie für die Nachfolger wichtiger sei wie das Original.

Für Kant, wie für alle Geschichtsphilosophen jener Zeit, war die menschliche Natur der letzte Erklärungsgrund der menschlichen Geschichte. Gegenüber der früheren Betrachtungsweise, die den göttlichen Willen und die Offenbarung zur Grundlage der Geschichtsentwicklung proklamierte, war dies zweifellos ein bedeutender Fortschritt. Und insofern kann man darin die Vorstufe der nachherigen geschichtsphilosophischen Anschauungen erblicken. Aber nur in historischer Perspektive. Eine unmittelbare prinzipielle Identität suchen, heißt das ganze Problem verflachen und die spätere Ideenentwicklung gründlich mißverstehen. Auf welches theoretische Niveau dies hinabführt, mag die folgende erheiternde Episode illustrieren. Die menschliche Natur, sagt Kant, weise einen merkwürdigen Widerspruch auf. „Der Mensch hat die Neigung, sich zu vergesellschaften. . . . Er hat aber noch einen großen Hang, sich zu vereinzelnen (isolieren)." Dieser Widerspruch sei nun „das Mittel, dessen sich die Natur bedient, die Entwicklung aller ihrer Anlagen zustande zu bringen"[53]). Wie gesagt, das war die Methode der damaligen Geschichtsphilosophie. Die Beschaffenheit der menschlichen Natur sollte die Entwicklung der sozialen Menschheitsgeschichte verständlich machen. Dies kommentiert nun A. folgendermaßen: „Diese ganze großartige Gedankenfolge . . . zeigt eine außerordentliche und auf den ersten Blick frappierende Verwandtschaft mit den Grundgedanken (!) der materialistischen Geschichtsauffassung. . . . Wenn die Dialektik bei Marx zeigt, wie die gesellschaftliche Entwicklung dadurch zustande kommt, daß jeweils die Formen erreichter Stufen der ökonomischen Produktionsweise in Widerspruch geraten mit den in ihnen entfalteten Produktionskräften, so ist dies an sich mystisch scheinende (?) Leben ökonomischer Kategorien durch den Kantschen Antagonismus zurückgeführt bis auf eine sozialpsychische Keim-

53) Kant, Ideen usw.

zelle in der gesellig-ungeselligen Natur des individuellen Geisteslebens[54])." Das klingt, wie wenn man sagte: Wenn MARX zeigt, daß der Klassenkampf die lebendige Triebkraft der Geschichte der Menschheit bildet, so ist dies „an sich mystisch scheinende Leben" der soziologischen Kategorien durch HELVETIUS bis auf eine sozialpsychische „Keimzelle" zurückgeführt in der egoistischen Natur des Menschen. Und dieses wäre sogar viel ernsthafter. Denn der menschliche Egoismus (als Selbsterhaltungstrieb!) ist doch eine primäre Eigenschaft des Menschen als eines Lebewesens überhaupt. Während der KANTische „Antagonismus" der menschlichen Natur, der die Gesellschaft der Menschen erklären soll, selbst einer Erklärung aus der menschlichen Gesellschaft bedarf. Diese „Keimzelle" ist ihm sicherlich nicht angeboren. Die ungesellig-gesellige „Natur" des Menschen ist eine instinktive, triebhafte Reaktion des Menschen gegen die Widersprüche seines sozialen Daseins. Inwiefern diese Erkenntnis die materialistische Geschichtsauffassung „ergänzt", das wissen die Götter und — ADLER.

§ 11. „Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie." So lauten die Schlußworte der ENGELSschen Abhandlung über LUDWIG FEUERBACH. Denn: „Nur bei der Arbeiterklasse besteht noch der deutsche theoretische Sinn unbekümmert fort." D. h., nur die deutsche Arbeiterklasse, bei der „keine Rücksichten auf die Karriere, auf Profitmacherei . . ., auf gnädige Protektion von oben" mitreden, kann die theoretische Entwicklung jener Probleme, die der klassischen deutschen Philosophie am Herzen nagen, vollenden[55]). Aber unter ihrem eigenen Gesichtspunkt. Sie beerbt die deutsche Philosophie, indem sie sie aufhebt. Ihr Verhältnis zu dieser Philosophie gleicht keineswegs wahlloser Übernahme aller ihrer Bestandteile. Dadurch hätte sie ja gegen den Geist eben derselben Philosophie gesündigt. Vergessen wir nicht, daß

---

54) Wegweiser, S. 60 f.

55) Seither hat sich allerdings so manches geändert, daß man heute nicht ohne Wehmut diese Worte ENGELS' zitiert. Sie sind in einer Periode entstanden, da der Sozialismus noch kein Erwerbszweig geworden war. Nun er es ist, wird man bei ihm, wie überall auf dem Warenmarkt der Ideen, jene „Rücksichten auf Karriere" usw leicht warnehmen können.

schon in HEGEL und noch mehr in FEUERBACH die philosophische Entwicklung Deutschlands ihren „Abschluß" fand. A. übersetzt hier den Sachverhalt wiederum ins rein Begriffsmäßige, und erzählt, ENGELS habe „den wissenschaftlichen Sozialismus den Erben der klassischen deutschen Philosophie" genannt[56]), womit „ENGELS weiter reiche", als er selbst meinte. weil „der Sozialismus die Erkenntniskritik KANTS voraussetze"[57]).

Aber schon wieder ist es bloßer Wortklang, an den A. sich hält. In Wirklichkeit kann der wissenschaftliche Sozialismus — ebendeshalb, weil die deutsche Arbeiterklasse die Erbin der deutschen Philosophie ist — die Entwicklung dieser Philosophie nicht mehr zurückschrauben. Nec quae preteriit iterum revocabitur unda. Welches Zeugnis er übrigens damit gerade seinem „theoretischen Sinn" ausgestellt haben würde, glauben wir bereits jetzt schon vermuten zu können. Und doch sind wir erst auf halbem Wege!

III. Kantianisierter Marxismus.

§ 12. Nunmehr wollen wir die A.sche Interpretierung des MARXismus, wie er sie vom Gesichtspunkt der erkenntniskritischen Methode durchführt, prüfen. Nachdem KANT mit MARX' Hilfe dem Sozialismus nähergebracht wurde, wird der Sozialismus seinerseits dem KANTianismus nähergerückt. Diese gegenseitige Penetration geschieht, wie übrigens nicht anders zu erwarten war, auf dem einzigen Gebiete, das der Mühe lohnt, auf dem der materialistischen Geschichtsauffassung, die bekanntlich, um ein Wort LASSALLES zu gebrauchen, der Felsen ist, auf dem der ganze Bau des wissenschaftlichen Sozialismus ruht.

56) Wegweiser, S. 77.

57) Ebenda. Im Vorwort zu Marxist. Probl. (S. VIII) beklagt sich A. über jene böswillige Kritik, die zu prüfen pflegt, ob „ein Zitat aus (den Schriften MARX' und ENGELS') auch von ihnen so gemeint sein konnte, wie der Autor meint, der sie zitiert". Indessen wird das bei wissenschaftlichen Arbeiten schwer zu vermeiden sein. Ganz abgesehen davon, daß wir es hier ebenfalls mit einer Art Erkenntnis k r i t i k zu tun haben — und nicht einmal mit der überflüssigsten.

Die Kritik, der die materialistische Geschichtsauffassung seit ihrer erstmaligen Formulierung sich ausgesetzt sah, kennt man zur Genüge. Sie ist leider auch A. nicht verborgen geblieben und hat, wie es scheint, auf ihn tiefen Eindruck gemacht. Er beschloß, sie endgültig aus der Welt zu schaffen. Und das Vorhaben gelang — wie sonderbar dies auch klingen mag — wider Erwarten gut. Es ist zuzugeben, daß A. allen Kritikern der materialistischen Geschichtsauffassung für ewige Zeiten den Boden unter den Füßen unsicher gemacht hat. Nämlich im buchstäblichen Sinne, in dem er diese Auffassung in eine idealistische verwandelte! Mangels des Objekts muß dann natürlich auch die Kritik verstummen!

Prüfen wir dieses Verfahren etwas näher. Die materialistische Gschichtsauffassung ist bekanntlich eine weitere Ausbildung oder, wenn man will, ein soziologischer Spezialfall der materialistischen Naturauffassung. Sie ist die entwickeltste Form der materialistischen Philosophie. Daher wurde sie von der Mehrzahl ihrer Gegner auch mit denselben methodologischen Argumenten bekämpft, mit denen man seit jeher mit dem Materialismus fertig zu werden hoffte. Um sie zu verteidigen, muß man hinwiederum dem Materialismus nicht ahnungslos oder gar feindlich gegenüberstehen. Damit ist die A.sche „Verteidigung" des historischen Materialismus zum voraus gekennzeichnet. Als Kantianer kann er den Materialismus selbstverständlich nicht gelten lassen, wir werden weiter unten sehen, daß und wie er ihn bekämpft; als guter Marxist will er die Geschichtsauffassung Marx' nicht preisgeben, um so mehr, als sie bereits Kant selbst inauguriert habe. So folgt alles Weitere gewissermaßen von selbst. Hier sein Schema in wenige Worte zusammengefaßt. Die Tatsache, daß es sich erwiesenermaßen immer um Menschen handelt, sobald von menschlicher Geschichte gesprochen wird, gilt als Ausgangspunkt. Dann erscheint alles Geschichtliche mit einem Male als etwas — Menschliches. Dieses ist aber, nach dem Grundsatz aller idealistischen Philosophien, also auch der Kantischen, vor allem etwas Psychisches. Nun ist nicht mehr schwer zu schließen, daß auch alles Gesellschaftliche psychischer Natur sei. Auch das „sogenannte" Materielle.

Wenn Marx und Engels ausdrücklich von materialistischer Geschichtsauffassung sprachen, so tut dies nichts zur Sache. Denn sie haben stillschweigend vorausgesetzt, daß das Materielle in der Geschichte „etwas durchaus anderes, als die Materie der Naturwissenschaft" sei [58]). „Dieses Materielle ist nichts Sachliches mehr, sondern etwas Menschliches und als solches notwendig bereits etwas Geistiges [59])." Dieser Umstand führt notwendig zu einer neuen, „erkenntniskritischen" Erfassung des sozialen Daseins überhaupt. A. formuliert diese Seite der Frage wie folgt: „Das soziale Leben, die Gesellschaft erscheint nur zu oft als eine Wesenheit für sich, entweder als ein geheimnisvolles Bindemittel zwischen den Menschen, oder noch öfter als eine Macht über ihnen. In Wirklichkeit aber scheint ihm, daß wir das soziale Leben nirgends anders suchen können, also wo es allein real gegeben ist: und das ist nur im Einzelmenschen der Fall." Und, um der „kritischen" Interpretation des historischen Materialismus die Krone aufzusetzen, schreibt A.: „Der Mensch ist sozial, nicht weil er in Gesellschaft lebt, sondern er kann in der Gesellschaft leben, weil er schon unmittelbar in seinem Selbstbewußtsein sozial ist, d. h. auf die Wesensgleichheit des Psychischen mit seinen Artgenossen bezogen ist [60])." Hier kehrt also das von nun an berühmte „Bewußtsein überhaupt" wieder, um diesmal der materialistischen Geschichtsauffassung einen Gegendienst zu erweisen, nachdem es sich selbst als eine verschämte Abstraktion von ihr eingeführt hat. Und wieder können wir das bekannte Vexierspiel bewundern: die Formen der Erfahrung kommen zwar nur mit der Erfahrung zur Geltung, sind aber trotzdem schon vor ihr da. So auch in diesem Falle: zwar wird der Mensch erst in der Gesellschaft ein vergesellschafteter Mensch, aber dies werde seinerseits durch die psychische Artgenossenschaft, durch das soziale Selbstbewußtsein ermöglicht [61])!

58) Vgl. Marxist. Probl., S. 4.

59) Ebenda S. 4.

60) Ebenda S. 5 f.

61) Selbst ein sonst so gewissenhafter und verdienstvoller Forscher wie F. Müller-Lyer ist imstande, sobald ihm eine „Ergänzung" des historischen



Es lohnt nicht der Mühe, diese Gedankengänge auf ihr Verwandtschaftsverhältnis mit dem MARXISMUS hin zu prüfen. Es erhellt auf den ersten Blick, daß man es hier mit zwei diametral entgegengesetzten Weltanschauungen zu tun hat. Der idealistische Apriorismus der KANTischen Erkenntniskritik führt, wie wir sehen, mit einer gewissen „mechanischen" Notwendigkeit zum subjektivistischen Apriorismus in der Soziologie. Ebenso wie PROUDHON die ökonomischen Kategorien „einfach" aus den Bedürfnissen ableitet, erblickt A. in der „Verständigung" den Ursprung der gesellschaftlichen Kategorien. Nur die Wesensgleichheit des Psychischen in den Menschen „macht die primitive Verständigung, die Keimwurzel alles Sozialen, überhaupt möglich", meint er [62]). Aber er täuscht sich. Dieses Räsonnement geht unbewußt von derselben Robinsonade aus, zu der die klassische politische Ökonomie bei besonders verwickelten Fragen ihre Zuflucht nahm. A. geht von der Vorstellung eines vereinzelten Wesens aus, das bereits psychisch vergesellschaftet sei („Bewußtsein überhaupt"!) und somit die Möglichkeit habe, sich mit seinen Artgenossen zu „verständigen". Aber

---

Materialismus winkt, die ältesten Ladenhüter für gebrauchsfähig zu erklären. So erhebt er z. B. folgenden Einwand gegen MARX: „Die Wirtschaft ist keine metaphysische Entität, die vorausschreitet und die übrigen soziologischen Funktionen hinter sich dreinzieht, sondern der Mensch hat genau ebenso aus seinem mit besonderen Spannkräften geladenen Zentralorgan die Wirtschaft entwickelt, wie er auch die übrige Kultur gemäß seiner eingeborenen Eigenart in die Höhe geführt hat." (Die Phasen der Kultur, II. Aufl., München 1915, S. 212.) Die Vorstellung, daß der Mensch die Wirtschaft „aus (?) einem mit besonderen Spannkräften geladenen Zentralorgan (?)" entwickelt, ist an und für sich schon etwas auffallend. Viel wichtiger aber ist, daß das ganze Räsonnement MÜLLER-LYERS einen Schlag ins Wasser bedeutet. Daß der Mensch — als eine ganz bestimmte, also auch mit ausgeprägten Eigenschaften ausgestattete Form der organisierten Materie — inmitten der sozialen Entwicklung steht und ihre unmittelbare Antriebkraft darstellt, wußte MARX wahrscheinlich ebensogut wie MÜLLER-LYER. Aber diese Seite der Frage bedarf wirklich keinerlei langatmiger Beweisführung. Das Problem beginnt erst bei der Frage: worin denn die Gesetzmäßigkeit des menschlichen Wirkens in der Geschichte bestehe? Und da geht es nicht mehr an, diese Gesetzmäßigkeit wiederum durch einen Appell an die spezifisch menschlichen Eigenschaften des Menschen zu erklären. Es ist hier derselbe circulus vitiosus, aus dem auch A. nicht herauskommen kann.

62) Marxist. Probleme S. 6.

diese Vorstellung, die dem naiven Gemüt allerdings ohne weiteres einleuchten mag, leidet an einem fühlbaren Mangel. Sie nimmt gerade dasjenige, was das eigentliche Problem ausmacht, als bereits erwiesen an. Nachdem die psychische „Möglichkeit" der Verständigung vorausgesetzt wird, ist die reale Verständigung allerdings nur ein Kinderspiel. Aber woher kommt diese Möglichkeit? Was verursacht, oder zumindest bedingt die psychische Wesenseinheit jener Lebewesen, die die menschliche Gesellschaft bilden? Man kann sagen: so ist einmal die Natur des Menschen. Aber das hat keine andere Bedeutung, als daß es unmöglich ist, diese Natur zu erklären. Dies ist auch zum Teil der Fall, solange wir strikt im Bereich der Soziologie verbleiben. Denn diese operiert eben mit dem bereits vergesellschafteten Menschen. Gehen wir indes auf das Gebiet der Naturwissenschaften über, so nähern wir uns einer befriedigenderen Lösung des Problems. Wir werden dann annehmen müssen, daß die psychische Organisation der Menschen, wie aller anderen Lebewesen, infolge eines langen, wechselvollen Anpassungsprozesses entstanden ist, bei dem der Kampf ums Dasein die entscheidende auslösende Rolle spielte und der schließlich eine bestimmte Art: den zukünftigen „Menschen", in annähernd gleiche Milieuverhältnisse brachte, in annähernd gleiche Ernährungsbedingungen stellte und so schließlich jene physische und psychische Gleichartigkeit hervorgerufen hat, die den Beginn der sozialen Geschichte der Menschheit bedeutete. Unter allen Umständen war also zuerst die objektive Grundlage der Gesellschaft (ihr „Sein") gegeben und dann erst das psychologische Bindemittel (ihr „Denken").

Aber selbst unter der Voraussetzung A.s, also selbst dann, wenn es die psychische Natur des Menschen ist, die sein Zusammensein mit Artgenossen ermöglicht, hängt die Beweisführung A.s in der Luft. Denn auch in diesem Falle wäre die Gesellschaft etwas mehr als ein nur „geistiges" Gebilde. Das kommt davon, daß der Kernsatz der A.schen Betrachtung direkt falsch ist. Die Gesellschaft, welchen Ursprung immer man ihr auch beimessen mag, ist nie und nimmer im Einzelmenschen „real" gegeben. Vor allem ist sie doch ein

Verhältnis zweier Individuen zueinander. Die Gesellschaft ist stets ein Ich und ein Du. Wie immer das Ich auch beschaffen sein mag, so sagt diese seine Beschaffenheit noch nichts über die Natur seines Verhältnisses zum anderen Ich aus, zu dem Du. Und die Frage lautet: Läßt sich dieses Verhältnis auf ausschließlich geistige Beziehungen zurückführen? Worin besteht seine Eigenart und Realität?

Die materialistische Geschichtsauffassung versucht diese Frage zu lösen, indem sie das soziale Sein der Menschen vor allem an ihre materiellen Daseinsbedingungen knüpft. A. irrt entschieden, wenn er meint, daß es sich hierbei um etwas ganz anderes handelt, als um die Materie der Naturwissenschaften. Im Gegenteil, Marx hat mit genialer Meisterschaft gezeigt, auf welche Weise und kraft welcher Zusammenhänge gerade diese Materie, d. h. die meßbare, wägbare, sichtbare, greifbare Natur zu einem Bestandteil der menschlichen Gesellschaft, zu ihrer materiellen Determinante wird. Das soziale Verhältnis der Menschen zueinander hat nicht nur in dem Sinne die Natur (die Materie der Naturwissenschaft!) zur Grundlage, daß diese den Boden abgibt, auf dem jenes sich entwickelt, sondern noch in einem anderen, viel wichtigeren Sinne, daß sie das Medium darstellt, das die sozialen Beziehungen der Menschen zu- und aufeinander vermittelt. Das soziale Leben ist ein Verhältnis von Ich und Du; zugleich ist es jedoch auch ihr beiderseitiges Verhältnis zur Natur. „Indem (der Mensch) auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur[63]).“ Damit ist ein tiefer und grundlegender soziologischer Tatbestand erstmalig präzis formuliert. Die Natur ist es, die gleich von vornherein jenes materielle Mehr ausmacht, das zu den psychischen Bestandteilen des sozialen Ganzen hinzukommt. Die Gesellschaft ist nicht nur der vergesellschaftete Mensch, sondern auch die vergesellschaftete Natur. Diese wirklich bahnbrechende Erkenntnis Marx' berührt A. mit keinem Wort!

§ 13. Gewiß, die Gesellschaft schwebt nicht „über“ den Menschen, sie ist eben das System ihrer Beziehungen zueinander.

63) Das Kapital, III. Abschn. 5. Kap. passim.

Allein, diese Beziehungen knüpfen sich an bestimmte materielle Knotenpunkte, wenn man so sagen darf, ohne deren Vorhandensein der Bestand der Gesellschaft schlechterdings undenkbar wäre. Die „Dinge“ an und für sich bilden selbstverständlich noch keine „Gesellschaft“. Aber die Art, wie sich menschliche Beziehungen um die Dinge knüpfen, ist für die Organisationsform jeder Gesellschaftsform in hohem Maße bedeutsam. Und diese Art hängt eben zu einem gewissen Teil von den Dingen selbst ab. „Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten [64])“: damit gehören diese beiden dinglichen Ausdrücke der Produktionsweise zum jeweiligen Sozialbau und bilden ebenso seine materielle Basis, wie die entsprechenden Interessen, Arbeitsformen, Denkgewohnheiten usw. sein ideelles Korrelat bilden.

Für A. ist die Gesellschaft etwas durchaus Geistiges. Wir haben nunmehr gesehen, wie unhaltbar sich diese Ansicht bei näherer Analyse erweist. A. selbst kann sie aber nur dadurch halten, daß er die Gesellschaft von vornherein entzweischneidet und ihre materielle Form dem lebendigen psychischen Inhalt entgegenstellt. Leicht wäre es demgegenüber zu zeigen, daß A. hierbei gerade dem Übel huldigt, das er selbst ängstlichst vermeiden möchte: dem Dualismus von Materie und Geist, bei dem jede Möglichkeit gegenseitiger Beeinflussung a priori ausgeschlossen zu sein scheint. Wenn A. sich bemüht, „die Abhängigkeit des Ideellen vom Materiellen“ so zu erklären, daß „keine Schwierigkeit mehr“ entsteht, und daher den Sachverhalt so darzustellen, als ob es sich „dabei nur um die Abhängigkeit einer Art des Pyschischen von einer anderen“ handle [65]), so hat er überhaupt kein Recht, die materielle Welt — und sei es zu welchen Zwecken immer! — in seiner Geschichtsauffassung erscheinen zu lassen. Sie erscheint bei ihm aber trotzdem. „Der Grad der erreichten Natur- und Gesellschaftsbeherrschung, sagt er, bestimmt den Verwirklichungsgrad der Idee. Die ökonomischen Verhältnisse stellen die Bewegungsfreiheit des Ideellen

---

64) MARX, Das Elend der Philosophie (1847). Kap. II, § 1, 2. Bemerkung.

65) Marxist. Probl., S. 5.

her[66])." Dadurch wird das Problem nicht um ein Haar weniger schwierig, sondern erst recht unentwirrbar. Denn woher nimmt diese Kausalbeziehung zwischen der „Idee" und dem „Grad der Naturbeherrschung" ihr Gültigkeitsrecht? Wodurch darf dieser „Grad" zu einer Schranke des Ideellen werden? Aus der Kategorie der bloßen Dinghaftigkeit, in die A. ihn ja selbst verbannt, gibt es kein Zurück mehr in das bunte Reich der geistigen Bewegung. Hier ist das Dilemma der prästabilierten Harmonie, vor das A. die Materialisten stellen möchte, in Wirklichkeit der einzige Rettungsanker seiner eigenen Konzeption. Aber es ist zwecklos, bei diesen unleugbaren Widersprüchen noch länger zu verweilen. Man begreift dergleichen und findet sich mit ihrer Unvermeidlichkeit ab. Ja, man ist schon geneigt, sie als der Übel kleinstes mit in den Kauf zu nehmen, wenn man — geradezu mit Entsetzen — konstatieren muß, daß der ganze erkenntnis„kritische" Anlauf überhaupt mit einer unsäglichen Trivialität endet. „Es ist gewiß wahr — sagt A., seine idealistisch-materialistische Auslegung der materialistischen Geschichtsauffassung abschließend —, daß jede Gesellschaft im Grunde sich nur solche Aufgaben stellt, die sie lösen kann. . . . Aber daß sie überhaupt Aufgaben hat, das erwächst ihr nicht aus den ökonomischen Verhältnissen. . . . Erst im unlöslichen Zusammenhang der ökonomischen Struktur mit einer ganz bestimmten formal-psychischen Natur des Menschen, deren historische Erscheinungsweise sie eigentlich ist, erschließt sich nun auch die Notwendigkeit in der Gestaltung und Entwicklung des ideologischen Überbaues[67])." Damit sind wir wiederum glücklich dort angelangt, wo wir waren: der Mensch macht seine Geschichte. Gäbe es keine Menschen, so gäbe es auch keine Aufgaben für die menschliche Gesellschaft. Denn daß die ökonomische Struktur „als solche" keine Ideen hervorbringen kann, kann anstandslos zugegeben werden. Weniger einleuchtend ist jedoch die parenthetische Einschaltung, daß die ökonomische Struktur „eigentlich" nur die Erscheinungsweise der formalpsychischen „Natur" des Menschen sei, und man möchte fragen,

---

66) Ebenda S. 14—15.

67) Ebenda S. 15.

wie solches z. B. bei der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft verstanden werden will. Darauf würden wir wahrscheinlich den erkenntnis„kritischen“ Verweis erhalten, daß es sich nicht um eine bestimmte ökonomische Struktur handelt, sondern um ökonomische Struktur überhaupt.

§ 14. A. ist das Opfer jener Verkennung der materialistischen Philosophie, die in Deutschland der unglücklichen Episode BÜCHNER-MOLESCHOTT auf dem Fuße folgte und besonders stark in den neukantianischen Kreisen grassierte. HEGEL war der letzte Idealist, dem das Wesen des Materialismus nicht fremd geblieben ist — weil er selbst gewissermaßen ein dialektisch umgekehrter Materialist gewesen. Seither hat sich alles gründlich verändert. Die Art, wie der Materialismus in neuesten Lehrbüchern der Philosophie und selbst in F. A. LANGES „Geschichte des Materialismus“ abgehandelt wird, ist hierfür ein beredtes Zeugnis. Aber wer den Materialismus nicht versteht, wird auch die materialistische Geschichtsauffassung nicht begreifen können. A. kam zu seiner „kritischen“ Interpretation, deren Vorzüge wir soeben kennengelernt haben, dadurch, daß er zum voraus jeden Anschluß an den Materialismus vermeiden wollte und, als Anhänger der KANTischen Philosophie, auch meiden mußte. Aber es scheint, daß ihn in dieser Frage gleich von Anfang an mehr ein V o r urteil denn ein selbständiges Urteil leitete. Schon in seiner ersten philosophischen Arbeit ist — wenngleich nur in Kürze — der Versuch geschehen, sich mit dem Materialismus auseinanderzusetzen. Und dort ist bereits der Grund zu allen nachfolgenden Mißverständnissen gelegt.

A. erhebt gegen den Materialismus den — allerdings nicht ganz neuen — Vorwurf, daß es von seinem Standpunkte aus unmöglich sei, den Geist aus der Materie zu „erklären“, oder „abzuleiten“, denselben Einwand also, den man auch der materialistischen Geschichtsauffassung mit Vorliebe entgegenhält. Sie könne die menschlichen „Ideen“ aus der sozialen Materie nicht „erklären“, denn die ökonomischen Verhältnisse „an sich“ vermögen ja nicht zu denken. Die Welt des Materialismus, meint nun auch A., ist „die tote, starre, in unendlich sinn- und qualitätloser Bewegung kleinster Teile sich verlierende Welt“,

in welcher das warm pulsierende Leben ewig sich fremd und unbehaglich ‚unerklärt' fühlen wird" [68]). Jedes Wort ist hier ein Schreckgespenst. Es ist nur ein Glück, daß Gespenster bei Tagesanbruch zu verschwinden pflegen. Auch die von A. heraufbeschworenen sind nicht langlebiger. Die obige Beweisführung macht den Materialismus für fremde Sünden verantwortlich. Der Maßstab, mit dem sie ihn mißt, ist in Wirklichkeit der idealistischen Philosophie entnommen und kann überhaupt nur in deren Bereich Geltung beanspruchen. Denn es ist nur eine eingebildete Schwierigkeit, unter der man den Materialismus etwas voreilig zusammenbrechen läßt. Erst nachdem man vorausgesetzt hat, daß Geist und Materie grundsätzlich verschieden seien, erscheint die „Ableitung" des Geistes von der Materie unerklärlich und unmöglich. Aber gerade diese Voraussetzung, die eine stillschweigende petitio principii aller idealistischen Systeme bildet, wird vom Materialismus von Haus aus verneint. Der Geist ist ihm ebenso gegeben, wie die Materie. Die Aufgabe ist nicht: eines vom andern abzuleiten, sondern: das Gesetz ihrer Verbindung aufzudecken. Das hat Engels in der Schrift über Ludwig Feuerbach bereits mit aller erdenklichen Klarheit und Eindringlichkeit dargetan und es ist nur der zähen Obstination der heutigen fachphilosophischen Schulung zu verdanken, wenn selbst in marxistischen Kreisen über die vorliegende Frage konfuseste Vorstellungen herrschen. „Diejenigen, die die Ursprünglichkeit des Geistes gegenüber der Natur behaupten, bilden das Lager des Idealismus. Die anderen, die die Natur als das Ursprüngliche sahen, gehören zu den verschiedenen Schulen des Materialismus." So Engels [69]). Und der erste unbefangene Blick in die Geschichte der Philosophie lehrt, daß er vollständig im Recht ist. Den Geist erklären, heißt das Bestehende erklären: diese Anmaßung wiesen die Materialisten stets weit von sich weg. Immer durften sie mit Saint-Simon sagen: „Ce n'est point de la métapysique que nous voulons faire, nous voulons au contraire la combattre." Der „Grund" alles Existierenden ist lediglich seine Existenz. Für den Mate-

68) Marx-Stud. I, 305.
69) Ludwig Feuerbach, S. 14.

rialismus handelt es sich ausschließlich um das Kausalverhältnis zwischen Geist und Materie und dieses glaubt er auf die Weise definieren zu können, daß die letztere als durchgängige Erscheinungsbedingung des Geistes gelten müsse. In diesem Kausalverhältnis ist an sich nichts Rätselhaftes. Hat man sich es einmal abgewöhnt, die Erscheinungen des Geistes durch theologische Brillen zu betrachten, so wird man in ihrem Verbundensein mit der Materie nichts Mysteriöseres erblicken, als in den Erscheinungen des Lebens überhaupt, die gleichfalls an materielle Vorgänge geheftet sind. Jede Lebensäußerung, die eine bestimmte Organisationsform des Materiellen begleitet, muß der idealistischen Betrachtungsweise ebenso unerklärlich erscheinen, wie es ihr die geistigen Phänomene sind. Es ist schlechthin unfaßlich, wieso z. B. A., der sich doch das „Bewußtsein überhaupt" mit einer gewissen Selbstverständlichkeit „denken" kann, gleichzeitig ausspricht: „das Geistige eine Eigenschaft der Materie zu nennen, (sei) ein bloßes Wort, dem alle Begriffe fehlen"[70]). Wäre der Ideengang A.s nicht eine modernisierte Aufwärmung ehemaliger spiritualistischer Mißverständnisse, so könnte man rein vermuten, daß FEUERBACH seine ganze Beweisführung absichtlich antizipierte und in alle Winde zerstreute, als er in der XVII. Vorlesung über das Wesen der Religion vor Heidelberger Arbeitern und Studenten ausführte: „Der Hauptgrund, warum der Mensch die Welt aus Gott, aus einem Geiste ableitet, ist, weil er sich nicht aus der Welt oder Natur seinen Geist erklären kann. Woher ist denn der Geist? rufen die Theisten den Atheisten entgegen. Geist kann ja nur aus Geist kommen[71])." Heute sind es die Neu-KANTianer, die in „erkenntniskritischer" Form das nämliche rufen. „Aber — sprach FEUERBACH weiter — diese Schwierigkeit der Ableitung des Geistes aus der Natur kommt nur daher, daß man sich auf der einen Seite von der Natur eine zu despektierliche, auf der andern vom Geiste eine zu hohe, vornehme Vorstellung macht. Wenn man aus dem Geiste nicht mehr Wesens macht, als sich

70) Vgl. Marxist. Probl. S. 68.

71) FEUERBACH, Werke, herausgegeben von BOLIN u. JODL, Stuttgart 1904, VIII.

gehört, wenn man ihn nicht zu einem abstrakten, vom Menschen abgesonderten Wesen macht, so wird man seine Entwicklung aus der Natur nicht unbegreiflich finden. Der Geist entwickelt sich ja mit dem Leibe, mit den Sinnen, mit dem Menschen überhaupt; er ist gebunden an die Sinne, an den Kopf, an körperliche Organe überhaupt; soll etwa das körperliche Organ, der Kopf, d. h. der Schädel und das Hirn, aus der Natur, der Geist aber im Kopf, d. h. die Tätigkeit des Hirns aus einem Wesen von ganz anderer Gattung als die Natur ist, abgeleitet werden? Welche Halbheit, welcher Zwiespalt, welche Verkehrtheit! Woher der Schädel, woher das Hirn, daher auch der Geist; wenn das Hirn, wenn der Schädel aus der Natur, ein Produkt der Natur ist, so ist es auch der Geist. Auch die geistige Tätigkeit ist eine körperliche, eine Kopfarbeit; sie unterscheidet sich von den anderen Tätigkeiten nur dadurch, daß sie die Tätigkeit eines anderen Organs . . . eben des Kopfes ist [72])."

Dies war jene „Erkenntnistheorie", aus der MARX und ENGELS hervorgingen [73]). Und nun bedenke man, wie wildfremd

72) Ebenda. — Diese Worte erhellen zugleich endgültig FEUERBACHS Verhältnis zum Materialismus. Wenn A., um den philosophischen Entwicklungsgang MARX' vom Materialismus ganz, oder wenigstens teilweise reinzuwaschen, auch in Ansehung FEUERBACHS dieselbe Operation vornimmt und ihn einmal „höchstens" als positivistischen Sensualisten gelten läßt (vgl. MARX-Stud. I, 305), ein anderes Mal sogar für KANT mit Beschlag belegt (vgl. Wegweiser, S. 156 ff., bes. 163 ff.), dann wiederum einfach als einen Humanisten apostrophiert (vgl. Marxist. Probl. S. 69 ff.), so gelingt ihm das alles nur unter offensichtlicher Vergewaltigung der geschichtlichen wie der theoretischen Sachlage.

73) FEUERBACHS Einfluß scheint bei MARX tiefer und nachhaltiger gewesen zu sein, als bei ENGELS. Die philosophische Fundamentierung des „Kapitals" zeugt — neben HEGELS methodologischer Schulung — von diesem Einfluß auf Schritt und Tritt. Auch das kritische Verhältnis MARX' zu HEGEL stand unter dem ursprünglichen Zeichen der FEUERBACHschen Philosophie. Die berühmten Randglossen zu FEUERBACH, die als Beilage der ENGELSschen Schrift folgen, sind bloß eine konsequente Fortsetzung des FEUERBACHianismus. Sie zeugen keineswegs von bloß kritischer Beziehung auf ihn, sondern vielmehr von restloser Übernahme seines Ausgangspunkts. In dieser Hinsicht sind die MARXschen Randglossen sogar weit aufschlußreicher als die Abhandlung seines Freundes. Selbst die grundlegende Vorrede von:

A. dem ganzen Problem gegenübersteht, wenn er seine kritischen Waffengänge gegen den Materialismus mit der folgenden Definition einleitet: „Was ist der Materialismus? Eine Antwort auf die Frage nach dem Wesen der Welt, nach ihrem Sinn (!) an sich (!!), kurz, eine ontologische und deshalb von vornherein metaphysische Auffassung[74]).“ Der Abstand zwischen der Gedankenwelt des MARXismus und der geistigen Einstellung der späteren, durch idealistische Schulen gegangenen Generationen tritt uns hier unverhüllt entgegen. Die Kontroversen gleichen in der Tat einem Dialog in zwei verschiedenen Sprachen. Das Wichtigste wird blindlings übergangen: daß der Materialismus gleichfalls eine ausgesprochen kritische Erkenntnistheorie darstellt, — nur daß es eben für ihn nichts

---

„Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (1859) mit dem Hinweis auf das Sein, das das Denken bestimme, ist ein unmittelbares soziologisches Seitenstück zu FEUERBACH.

74) Marxist. Probl. S. 66. — Schon die französischen Materialisten haben im bewußten Gegensatz zum englischen Empirismus — und namentlich zu LOCKE — das Unvermögen des Denkens, das Wesen der Welt an sich zu erkennen hervorgehoben. So z. B. ROBINET: „Il y a un Dieu, c. à d. une cause des phénomènes dont l'ensemble est la Nature. Quel est il? Nous l'ignorons et nous sommes destinés à l'ignorer toujours, dans quel ordre de choses nous soyons placés, parceque nous manquerons toujours d'un moyen de le connaître parfaitement. L'on pourrait encore mettre sur la porte de nos temples l'inscription qu'on lisait sur l'autel que l'Aréopage lui fit dresser: Deo ignoto.“ (De la Nature, 3me ed., Amsterdam 1766, t. I, P. I. Chap. 3, S. 16). Man vergleiche damit KANT, Krit. d. rein. Vern. S. 232: „Alle unsere Vorstellungen werden in der Tat durch den Verstand auf irgendein Objekt bezogen . . . Dieses bedeutet aber ein Etwas = x, wovon wir gar nichts wissen.“ Den französischen Materialisten gebührt auch der Ruhm, die philosophische Spekulation auf die phänomenale Welt verwiesen zu haben und der dogmatischen Metaphysik mit kritischer Fragestellung zum erstenmal an den Leib gerückt zu sein. In diesem Sinne gingen sie KANT vor. PLECHANOW hat dies (in den „Beiträgen z. Gesch. d. Material.“ und neuerdings in den „Grundproblemen d. Marxismus“, Stuttgart 1910) überzeugend dargetan. Wenn A. über PLECHANOWS „einige Zitate aus den Schriften französischer Materialisten“ mit der Bemerkung hinweggehen zu können glaubt, daß „diese Stellen doch nur beweisen, wie schwer die konsequente Durchführung einer materialistischen Metaphysik ist“ („Marxist. Probl.“, S. 67), so ist das eines der Auskunftsmittel, die in der SCHOPENHAUERschen Eristik so meisterhaft analysiert sind. Das an gewisse Ideenverbindungen gewöhnte Denken will einfach seine Ruh' haben!

anderes, als die Entwicklungsgeschichte des Geistes selbst ist. Die Klippen, die er dabei zu umschiffen hat, sind genau die gleichen, welche die Entwicklungsgeschichte der Natur überhaupt bedrohen, sofern sie nicht imstande ist, ihre Theorien oder, wenn man will, ihre Hypothesen experimentell zu erhärten. „Können wir glauben, daß die natürliche Zuchtwahl einerseits ein Organ von geringer Bedeutung hervorbrachte, wie den Schweif der Giraffe, welcher als Fliegenwedel dient, andrerseits wieder ein Organ, so wundervoll wie das Auge[75]) ?“ Und doch wird uns dieser Gedanken nicht mehr befremden, sobald wir uns gewöhnen, die Natur als einen Prozeß zu betrachten. „Man lasse diesen Prozeß Millionen von Jahren dauern und während jeden Jahres an Millionen von Einzelwesen verschiedener Arten fortsetzen“ — und man wird in der Entstehung des Auges nichts Wunderbareres erblicken, als in der Entstehung des Giraffenschweifes; und in der Entstehung des denkenden Kopfes nichts Mystischeres, als in der Entstehung des sehenden Auges. Es gibt überhaupt nur einen Weg, um die schlechthinige Disparität des Geistes und der Materie durchzusetzen, nämlich: die vollständige, prinzipale Scheidung von Empfindung und Denken. Beschreitet man ihn, so ist man wenigstens konsequent. Aber dann höre man auch auf, dem Materialismus metaphysische Intentionen zuzuschreiben. Solange Empfindung und Denken dieselbe Quelle haben, verschiedene Stufen einer und derselben Entwicklung darstellen, bleibt die Empfindlichkeit der Materie nicht weniger „unerklärlich“ als ihre Geistigkeit. Und solange der Materialismus seine Erkenntnistheorie auf dieser Gleichartigkeit von Denken und Empfinden stützt, ist und bleibt er die einzige konsequente Antimetaphysik.

§ 15. Der raumbedrängte philosophische Exkurs führt uns zur materialistischen Geschichtsauffassung zurück. Denn nun zeigt sich die Berührungslinie der materialistischen Erkenntnistheorie mit dem Hauptbereich des wissenschaftlichen Sozialismus. Ist das Denken vom gesellschaftlichen Sein bedingt, so

75) Vgl. Darwin, Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl. Deutsch von D. Haek (Reclam), S. 228, 339.

ist das nur die Weiterentwicklung desselben Prozesses, der das natürliche Sein (d. h. das Sein der Natur) zur Grundlage der Geistigkeit „überhaupt" macht.

Es ist das im Verlauf der materiellen Naturentwicklung entstandene Denken, das auch in der sozialen Geschichte der Menschheit als ein Instrument der Natur- und Gesellschaftsbeherrschung tätig wird. Der Streit um die philosophischen Grundlagen des MARXismus ist daher keineswegs eine müßige „akademische" Kontroverse, wenn anders wir nicht im Sumpfboden des Eklektizismus stecken bleiben wollen. Aber das ist es ja gerade! A.s Kampf gegen die materialistische Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus läuft auf nichts anderes hinaus. Er endet mit der Anpreisung des Eklektizismus.

Gerade weil der Sozialismus Wissenschaft sein will, brauche er sich mit der Philosophie überhaupt nicht unlöslich verbinden, meint A. Jedes philosophische System sei schließlich brauchbar — es hänge alles von der „gedanklichen Arbeit" des einzelnen ab[76]). Das dürfte bei dem heutigen Stand der „gedanklichen Arbeit" nicht üble Resultate zeitigen! Gewiß, selbst A. kann auf die Dauer nicht leugnen, daß die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus in mancher Hinsicht zum Materialismus hinneigten. Allein dies sei, meint er, „bei ENGELS und MARX bloß persönlicher Standpunkt" gewesen, der „für sie mit ihrem theoretischen Denken notwendig verbunden war"[77]), für die Heutigen jedoch, die es mit der Erkenntnis„kritik" so weit gebracht haben, nicht mehr maßgebend sein müsse. Er bringt es sogar fertig, die philosophische Entwicklung HEGELS etwas milder zu beurteilen, weil KANTS Philosophie „ihm noch nicht bis zu jener Höhe des Denkens vorgedrungen war"[78]), auf die sie ein WINDELBAND, ein RICKERT, oder ein — ADLER nachträglich gebracht haben. So daß es sich schließlich herausstellt, daß der wissenschaftliche Sozialismus „ebensogut mit der einen, wie mit der anderen Weltanschauung" verbunden werden kann, „ebensogut

76) Marxist. Probl. S. 63.

77) Ebenda S. 81—82, passim. (Sperrdruck von A.).

78) MARX als Denker, S. 14.

mit einer materialistischen, wie mit einer spiritualistischen, ebensogut mit einem System des Pantheismus oder des Atheismus" [79]). „Die Lehre von der Gesetzmäßigkeit in der Geschichte und in Anwendung derselben die Lehre von dem Wesen (?) der ökonomischen Kategorien und der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft — das ist der Marxismus [80])." Wohlgemerkt: nach A.! Und nun begreifen wir allerdings, weshalb ihm es sozusagen nichts ausmacht, ob der Marxismus „mit der einen oder mit der anderen" Philosophie verbunden wird. Denn die Gesetzmäßigkeit in der Geschichte — wenn man von einer bestimmten Art der Gesetzmäßigkeit absieht — läßt sich an sich mit jeder philosophischen Weltanschauung mehr oder weniger „vereinigen". Dasselbe gilt auch von der Lehre vom Wesen ökonomischer Kategorien, wenn man diese Kategorien aus dem Gesamtprozeß des Naturgeschehens herauslöst. Selbst mit dem Solipsismus läßt sie sich — allerdings mit einigen Unebenheiten, aber was tut es? — „vereinigen".

§ 16. Aber leider ist das Bessere der Feind des Guten. Die A.sche Beweisführung leidet an einem unbehebbaren Grundübel. Sie konstruiert eine prinzipielle Disparität zwischen Wissenschaft und Philosophie. Je bereitwilliger sie dem Marxismus das Prädikat strenger Wissenschaftlichkeit zuzubilligen geneigt ist, um so sicherer glaubt sie für seine Anhänger das Recht auf philosophische Extratouren beanspruchen zu dürfen. Die Philosophie wird somit — wie die Religion — zur Privatsache. Ja, noch mehr: sie wird, ebenfalls wie die Religion, im Grunde genommen zu einer Angelegenheit des Glaubens. Das ist nun selbstverständlich eine heillos verwirrte Konzeption. Die Wissenschaft des Marxismus hat das Wespennest subjektivistisch-utopistischer Soziologie keineswegs zu dem Zwecke ausgeräuchert, damit sich an ihrer Stelle Überreste ehemaliger philosophischer Selbstherrlichkeit festsetzen. Im Gegenteil, diese Wissenschaft entstand selbst im Auflösungsprozesse der außerhalb der Wissenschaft stehenden, ihre Tätigkeit gleichsam bevormundenden

79) Marxist. Probl. S. 63.
80) Ebenda S. 62—63.

Philosophie. Die Denkrichtung, als deren folgerichtigster Ausdruck der Marxismus gelten möchte, bedeutete eben das Aufgehen der Philosophie in der Wissenschaft. Jener unheilvolle Dualismus zwischen Wissen und Glauben, zwischen exakter Forschung und Philosophie, den man als Nachwehen theologischer Denkweise bezeichnen kann, fand in der Ideenwelt des wissenschaftlichen Sozialismus seine entschlossenste Gegnerin. In diesem Sinne schrieb ENGELS in der Streitschrift gegen EUGEN DÜHRING (S. 11) die seither so oft zitierten Worte: „Sobald an jede einzelne Wissenschaft die Forderung herantritt, über ihre Stellung im Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntnis von den Dingen sich klarzumachen, ist jede besondere Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang überflüssig. Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbständig bestehen bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen — die formelle Logik und die Dialektik. Alles andere geht auf in positive Wissenschaft von der Natur und Geschichte.“ Es ist das derselbe Gedankengang, den FEUERBACH epigrammatisch kurz in den Satz prägte: „Meine Philosophie ist — keine Philosophie.“

Gleichzeitig tritt aber noch ein anderes hinzu. Hand in Hand mit der theoretischen Überwindung der Philosophie geht ihre praktische Überholung. Die klassische Philosophie war dort, wo sie konservativ wirkte, ein Denkinstrument der herrschenden Klassen. Mit ihrer revolutionären Seite repräsentierte sie hingegen die Denkweise der aufstrebenden Klassen, sofern diese noch nicht die materielle Macht in Händen hatten und ihre Sache daher auf die Macht des Geistes stellen mußten. Seitdem der Befreiungsprozeß der Gesellschaft die Massen ergriffen hat, wurde die idealistische Bildersprache der Philosophie überflüssig. Fortan sollte sie durch die materialistische Tat ersetzt werden. Diesen und keinen anderen Gedanken formuliert MARX' zweite These über FEUERBACH: „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, d. h. die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens bewei-



sen[81])." Und nicht anders mit der ersten jugendlichen Begeisterung 1844 in der Abhandlung „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" mit den Worten: „Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen. Die Philosophie kann nicht verwirklicht werden ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie[82])." Aber in demselben Augenblick, da die Philosophie im Proletariat ihre materielle Waffe findet, hört auch ihr philosophisches Sonderdasein auf: die Wissenschaft von der Gesellschaft „verwirklicht" sie ebenso auf dem theoretischen Gebiet, wie der proletarische Kampf sie auf dem praktischen verwirklichen muß.

Selbstverständlich hat dies nichts mit der Abschaffung der Philosophie zu tun. Mit Recht bemerkt A., daß die Marx-Engelsche Auffassung der Philosophie „auf ihre Weiter- und Höherbildung zielt"[83]). Aber ebendeshalb ist es ganz falsch, eine Diskrepanz zwischen Wissenschaft und Philosophie anzunehmen und dem Marxismus philosophische Neutralität zuzuschreiben. Stellt er ja eben eine soziologische Höher- und Weiterbildung der Philosophie dar. Allerdings einer ganz bestimmten Philosophie, der materialistischen. Wie immer dies den heutigen philosophischen Moden auch trotzen mag, so wird man immerhin die persönliche Vorliebe nicht zur Richtschnur theoretischer Analyse machen dürfen. Die Scheidewand zwischen Marxismus und Philosophie, welche A. errichten möchte, ist ein Spinngewebe. Hinter ihm versteckt sich das Unvermögen, Marx' Gedankenwelt schöpferisch zu erfassen, und die Unlust, sich von der herrschenden „Professorenphilosophie", wie Schopenhauer zu sagen pflegte, zu emanzipieren. Man muß wahrhaftig befürchten, daß Plechanows sarkastische Prophezeiung einst buchstäblich in Erfüllung geht. „Vorläufig ist noch kein Versuch unternommen worden — sagt er —, Marx durch Thomas von Aquino zu ‚ergänzen'. Immerhin ist es nicht un-

81) Vgl. im Anhang zu Engels, „Ludwig Feuerbach", S. 61—62.

82) Ges. Schriften, hrsg. von Mehring, I, 398.

83) Marx als Denker, S. 77.

möglich, daß sich in der katholischen Welt ein Denker findet, der dieser Großtat fähig sein wird[84])." A. würde dies wohl „prinzipiell" für „ebenso" ausführbar halten, wie „jede andere" philosophische „Ergänzung".

§ 17. Von seinem erkenntniskritischen Standpunkte aus betrachtet, läuft das Weltgeschehen in doppelter Reihenfolge ab: als kausal bedingter Naturprozeß und als werdendes, zielstrebendes Wollen. Die eine wie die andere Reihe sind im urteilenden Menschen verbunden, der die Welt in Formen seines Erkenntnisvermögens (Raum, Zeit, Kategorien) empfängt. Diese Auffassung widerspricht entschiedenst nicht nur dem historischen Materialismus, sondern der Naturgeschichte überhaupt. Sie ist blanker Subjektivismus. Die Entwicklung des Weltalls, in deren Rahmen der Mensch doch immerhin als verhältnismäßig spätes Produkt auftritt, läßt sich mit dieser subjektivistischen Annahme durchaus nicht vereinigen. Darüber hilft auch A.s Einwand nicht hinweg, daß „wir von einer Entwicklung vor dem Denken doch nur durch unser Denken wissen"[85]). Die Entstehung eines Organs wird dadurch, daß ihre Geschichte uns von diesem Organ selbst vermittelt wird, keineswegs weniger überzeugend. Auch handelt es sich gar nicht darum, ob der Geist bestimmte Funktionsformen sein eigen nennt, sondern darum, ob diese Formen eben nur Formen des Geistes sind[86]).

84) Grundprobl. d. Marxismus, S. 8.

85) Marxist. Probl., S. 45.

86) Eben weil FEUERBACH auf entwicklungsgeschichtlichem Boden stand, war seine Erkenntnistheorie das strikte Gegenteil der KANTischen. Man lese z. B. in der XIII. Vorlesung über das Wesen der Religion nach: „Der Mensch (bildet) in Gemäßheit oder im Einklang mit der Natur der Tätigkeit, wodurch er abstrahiert, allgemeine Begriffe, aber im Widerspruche mit der Natur der wirklichen Dinge (setzt er) die allgemeinen Begriffe, Vorstellungen oder Anschauungen von Raum und Zeit, wie sie KANT nennt, den sinnlichen Dingen voraus als Bedingungen . . ., ohne zu bedenken, daß in Wirklichkeit gerade der umgekehrte Fall gilt, daß nicht die Dinge Raum und Zeit, sondern im Gegenteil Raum und Zeit die Dinge voraussetzen." Das ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß sobald irgendein Philosophieprofessor die freundliche Ermahnung, auf KANT zurückzugehen, in die Welt hinausschickt, sich sofort eine ansehnliche Zahl marxistischer „Theoretiker" findet, deren Bedürfnis nach philosophischer „Begründung" des Marxismus dadurch angenehm

Wie immer aber wir die Stellung des Menschen in der Natur auch betrachten mögen, das „Geheimnis" der menschlichen Aktivität in der Geschichte ist jedenfalls außerhalb ihres zielstrebenden Charakters zu suchen. Der menschliche Wille, das Vermögen, Ziele zu setzen, die Leidenschaftlichkeit des Menschen etc. gehören einfach zu den selbstverständlichen Voraussetzungen der Geschichte, — ebenso wie die Eigenschaft: des Bodens Früchte zu tragen; der Jahreszeiten, für einen bestimmten Kreislauf der pflanzlichen Entwicklung zu „sorgen"; des Tieres, Nahrung zu verlangen, zu den Voraussetzungen der Naturgeschichte überhaupt gehört. Es war nur eine Folge stetig zunehmender Verflachung der Kritik, wenn ENGELS sich veranlaßt sah, diese banalen Selbstverständlichkeiten — namentlich in späteren Jahren — des öfteren zu wiederholen und der „ignava ratio" der „vulgarisierenden Hausierer" entgegenzuhalten. Wenn heute diese aus der Polemik der Stunde geborenen Stellen mit einer gewissen Behaglichkeit angeführt werden zum „Beweis" dessen, daß die Marxisten keine „Fatalisten" seien, so mag das ja immerhin als neuerliche Konzession an dieselbe ignava ratio gelten, aber man darf darob den Leitfaden der materialistischen Geschichtsauffassung nicht aus der Hand lassen, d. h. die ständige Besinnung auf die materiellen Bedingungen und Kräfte, die sowohl hinter dem menschlichen Wollen, als auch hinter dem bewußten Handeln der Menschen agieren. Wenn FEUERBACH unter Natur den Inbegriff aller sinnlichen Kräfte, Dinge und Wesen verstand, die der Mensch als nicht menschliche von sich unterscheidet, so versteht der historische Materialismus unter der materiellen Basis der sozialen Entwicklung jenes Ineinandergehen menschlicher Produktionsverhältnisse und technischer Naturbeherrschung, die der Mensch gleichfalls von sich, seinem Wollen und Fühlen unterscheidet. Diese Idee, oder vielmehr dieses Postulat der materialistischen Forschungsmethode verflacht sofort in nichtssagende Banalitäten, sobald wir seine genaue Prägung in eklektizistische Scheidemünze verwandeln. Weder tiefsinnige Betrachtungen darüber, daß die Ge-

gestillt wird. Was sie, versteht sich, nicht im geringsten hindert, „gute Marxisten" zu bleiben.

schichte doch durch menschliche Köpfe gehe und ihrer daher bedürfe, noch die gnädige Anerkennung der Rolle der ökonomischen „Verhältnisse“, die das Betätigungsfeld menschlicher Aktivität gleichsam umzäunen, treffen den Kern der Frage. Das eine ist ebenso steril, wie das andere altbekannt und lange vor Marx formuliert. Eine Vulgarisation schlimmster Sorte ist es daher, wenn A. — wahrscheinlich um die Kritiker zu entwaffnen — folgende Ehrenrettung der materialistischen Geschichtsauffassung vornimmt: „Das Zurückgreifen aus der spiritualistischen Sublimierung auf die empirischen Erscheinungsformen des sozialen Daseins, — das ist der ganze Materialismus der materialistischen Geschichtsauffassung[87]).“ Als ob es nie einen Thierry, einen Guizot, einen Michelet, einen Louis Blanc gegeben hätte! Als ob nicht schon diese wußten, wie wichtig es sei, auf die „empirischen Erscheinungsformen des sozialen Daseins“ zurückzugreifen! Ja, selbst Hegel mit seinen gewaltsamen, beinahe sprichwörtlichen geschichtsphilosophischen Konstruktionen hat die empirischen Erscheinungsformen des absoluten Geistes nicht nur nicht vernachlässigt, sondern stets zu strengster Achtsamkeit eingeschärft. Und nun wird wohl dieser allgemeine, geradezu spontane Zug der ganzen neueren Historiographie als besonderes Merkmal der speziell marxistischen Stellungnahme gelten müssen? Und warum? Weil sich auf diese Weise gewisse innere Widersprüche gewisser „kritischer“ Ideenverknüpfungen besser überkleistern lassen?

§ 18. Mitunter (namentlich dort, wo er sich vom Thema tragen läßt) gelingen A. wirklich treffende Charakteristiken Marxscher Denkweise, die dann die Fragen blitzartig beleuchten und ihrer Nachwirkung sicher sein können. So wenn er z. B. sagt: „In der Theorie sind wir nicht Beurteiler oder Konstrukteure, sondern nur gleichsam Mitwisser und interessierte Vollstrecker des geschichtlichen Prozesses der Menschheit geworden[88]).“ Nur daß leider diese glücklichen Anläufe regelmäßig in einer Sackgasse enden. Was soll man sagen, wenn A. fast unmittelbar an die zitierten Worte die folgenden reiht: „Das

87) Marx als Denker, S. 57.
88) Ebenda S. 85.



Sein auf dem Gebiete der geistigen Natur ist kein materieller Zustand mehr, auch keine bloß physische Kraftwirkung, sondern überhaupt gar nicht anders begrifflich zu fassen, wie als geistiges Wirken, als Denken, Wollen und Handeln[89]).“ Damit kommen wir fürwahr nicht weit! Daß die g e i s t i g e Natur kein b l o ß materieller Zustand mehr ist, liegt bereits im verbalen Sinn der Phrase, ebenso wie daß die g e i s t i g e Natur vor allem g e i s t i g e s Wirken bedeute. Die entscheidende Frage lautet vielmehr: ob soziales Sein n u r geistiger Natur sei, d. h. ob es sich restlos im „Denken, Wollen und Handeln“ auflösen lasse. Wir sind dieser Frage bereits einmal oben begegnet. Diesmal sei noch das Folgende hinzugefügt.

Soll die zutreffende Erkenntnis, daß wir „gleichsam interessierte Vollstrecker des geschichtlichen Prozesses der Menschheit seien“, irgendwelchen realen Sinn haben, so ist dieser Prozeß gar nicht anders zu begreifen, denn als eine Summe mehrerer Komponenten, zu denen „wir“ mit unserem Denken, Wollen und Handeln gleichfalls gehören, in deren Totalität wir jedoch aus eben diesem Grunde aufgehen. Was ist z. B. der moderne Großbetrieb, der doch für den geschichtlichen Prozeß, den wir mitmachen müssen, so bedeutungsvoll geworden ist? Zu einem wichtigen Teil ist er der Ausdruck bestimmter, rein materieller, „sachlicher“ Produktionsverhältnisse: umfangreicher Fabrikräume, hochentwickelter Verkehrsmittel, grandioser Maschinentechnik. Nichts von alledem ist imstande, ohne menschliche Beihilfe weiterzuschreiten — allein der Mensch, der Hilfe und Aushilfe leistet, wird selbst zum Bestandteil dieser toten, geistlosen Mächte. Sie formen nicht nur sein Denken und Wollen: auch sein Handeln bekommt eine ihnen entsprechende Prägung.

Überhaupt: betrachtet man die Geschichte des menschlichen Gemeinschaftslebens nicht unter dem Gesichtspunkt des einzelnen Individuums, sondern, was zunächst einzig richtig sein dürfte, der Massenwirkungen, so wird man sich der zwingenden Erkenntnis gar nicht verschließen können, daß im sozialen Gewebe merkwürdigerweise geistige und materielle Fäden kreuz und quer durcheinanderlaufen, so daß eine Scheidung nur in der begriff-

89) Ebenda S. 87.

lichen Analyse gelingen kann. Diese Fäden ziehen alle durch das menschliche Hirn, oder, um ein angemesseneres Bild zu wählen, widerspiegeln sich alle im menschlichen Kopfe. Nur daß nicht das soziale Sein dadurch vergeistigt wird, sondern im Gegenteil der menschliche Kopf materialisiert. D. h. unter Umständen wird die Kopfarbeit zu einer eigenartigen Fortsetzung des blinden Mechanismus der materiellen Gesellschaftskräfte, zu einer Produktionskraft neben vielen anderen.

Anders allerdings erscheint der Sachverhalt, wenn man das Individuum als das letzte Agens des sozialen Geschehens in den Betrachtungskreis mitbezieht. Der einzelne mit seinem Wohl und Wehe, dieses komplizierte soziale Molekül, wird mit dem weitmaschigen Netz der soziologischen Forschung überhaupt nicht eingefangen werden können! Eines der verbreitetsten Mißverständnisse, mit denen jede soziologische Theorie, nicht nur der Marxismus, zu kämpfen hat, beruht auf der Verwechslung zweier durchaus divergierender Gesichtspunkte: der Richtungslinien der historischen Massenproduktion einerseits und des individuellen Kleinbetriebs anderseits. (Wenn man diese, vielleicht etwas bizarre Terminologie erlauben will.) Es spielt hier unbewußt jene Vorstellung vom gesellschaftlichen Leben mit, welche die Gesellschaft als einfaches Aggregat gleichwertiger Zellen denkt und in jeder einzelnen Zelle eine Miniatur des Ganzen erblickt.

Das Individuelle, sofern es nicht in der Psychologie aufgeht, wird zum Gegenstand der historischen Hilfswissenschaften, vor allem der biographischen. Namentlich für die Soziologie kommt das einzelne Individuum ebenfalls in einer ihrer Hilfswissenschaften in Betracht: in der Politik, d. h. in der angewandten Soziologie. Damit nähert sie sich zugleich einer gänzlich neuen Problemstellung: der ethischen. Man könnte im Gegensatz zur Soziologie die Ethik Individuologie nennen. Die Soziologie untersucht die materielle Beziehung der Individuen aufeinander, sowie das Ungewollte ihrer Wirkungsweise, während die Ethik das Individuum selbst dort absondert, wo sie es schließlich doch nur auf Artgenossen anweist. So wird das

ethische Problem in der Tat zum letzten Prüfstein nicht nur der materialistischen Geschichtsauffassung allein, sondern des Materialismus überhaupt.

IV. Sozialismus und Ethik.

§ 19. Jegliche Analyse der Wechselbeziehungen zwischen der sozialistischen Theorie und den Geboten der ethischen (oder praktischen) Philosophie stieß eine Zeitlang — namentlich in den Kreisen des „orthodoxen“ Marxismus — auf ein gewisses Befremden. Man wollte sich mit ihr überhaupt nicht beschäftigen. Darin wirkten zunächst unliebsame historische Reminiszenzen mit. Die ersten, längst — wenn auch nicht restlos — überwundenen Formen des utopischen Sozialismus standen bekanntlich im Zeichen religiöser Weltbeglückung und betrachteten die zukünftige Gesellschaftsordnung mehr als ethisches Postulat denn als Ergebnis wissenschaftlicher Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. Das Ethische war darin überhaupt mehr als das Gefühlsmäßige vertreten, welche Gleichsetzung manchenorts noch bis heute geläufig geblieben ist. Daraus erklärt sich auch die Unlust der Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, die ethischen Fragen gründlich abzuhandeln: man verpönte sie, weil sie anfänglich in äußerst verdächtiger Aufmachung erschien. Später, als die Periode der „Kritik“ einsetzte, kam dieses alte Rüstzeug des ethischen Sozialismus neuerdings zum Vorschein und das ethische Problem erschien wieder in ausschließlich polemischem Licht. Die Verfechter des historischen Materialismus begnügten sich lediglich mit der Abwehr der feindlichen Angriffe, ohne sich der gegnerischen Waffen selbst bemächtigen zu wollen. So ward das Gebiet der Ethik immer mehr zum Tummelplatz kritischer Streifzüge, konnte jedoch ebendeshalb keine selbständige Bedeutung erlangen. Erst in der allerletzten Zeit schien sich hierin einiges zu ändern. So könnte namentlich Kautskys Schrift „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“ (1906) als der Beginn einer derartigen Wendung betrachtet werden.

Kautskys Verdienst bestand m. E. nicht so sehr in den Resultaten wie in seiner Fragestellung. Was jene betrifft, so ist hier

nicht der Ort zu ihrer eingehenden Erörterung. Hingegen ist die Fragestellung für uns insofern von Belang, als sie den ersten Versuch darstellt, das Verhältnis der materialistischen Geschichtsauffassung zur Ethik in ein richtiges Licht zu rücken. Kautsky hat nämlich den Spieß umgedreht. Anstatt in Ethik den Sozialismus zu begründen, unternahm er es, zu zeigen, wie der wissenschaftliche Sozialismus selbst die Ethik ergründet, d. h. erklärt. Das bedeutet die reinliche Scheidung zweier grundsätzlich verschiedener Auffassungsarten. Die ethischen Probleme, die zu den ältesten Überlieferungen des menschlichen Geistes gehören und in mancher Hinsicht seine rückständigsten Verirrungen widerspiegeln, warten in der Tat schon längst einer gründlichen wissenschaftlichen Behandlung. Die Methode des Geschichtsmaterialismus wird sich hier wahrscheinlich ebenso fruchtbar bewähren, wie öfters schon auf anderen Gebieten des Wissens.

Anders verhält es sich mit der ethischen Begründung des Sozialismus. Was sie bisher gezeitigt hat, zählt außerordentlich wenig an wirklichen Erfolgen, um so mehr jedoch an verwirrenden Mißverständnissen. Dafür liefert, neben vielen anderen, auch A. ein überzeugendes Beispiel. Auch ihm ist mit einer historisch-materialistischen Untersuchung der Grundprobleme der Ethik nicht gedient. Er bekennt sich zu dem Standpunkt oder vielmehr zu den Resultaten „Cohens und der Neukritizisten, welche die Ethik als Grundlage des Sozialismus erklären[90]).“ Allein, gerade seine Darstellung führt zum unabweisbaren Schluß, daß die sog. Begründung des Sozialismus in der Ethik weiter nichts ist als die moralische Selbstverteidigung jener sozialen Schichten, die für den Sozialismus einstehen, wenn er gleich auch nicht in ihrem direkten materiellen Interesse liegt. Hier ist der springende Punkt der ethischen Bewegung innerhalb des Sozialismus: sie ist die Ideologie der Überläufer aus dem Bürgertum. Das bedeutet natürlich keinen Vorwurf gegen diese Bewegung. Allein es ist notwendig, ihren sozialen Ursprung zu erkennen, um auch ihre theoretische Tragweite begreifen zu können. Was sich als eine „Erweiterung“ des Sozia-

90) Vgl. Marxist. Probl., S. 142.



lismus gibt, ist in Wirklichkeit eine Zustutzung seines Gehalts für den Gebrauch jener einzelnen, die ihm ursprünglich als der Ideologie einer fremden Klasse gegenüberstehen.

A. zeigt dies sehr anschaulich. So wenn er die grundlegende Form des ethischen Urteils: das Sollen im Gegensatz zu seinem jeweiligen Inhalt hervorhebt und im Anschluß daran schreibt: „Eine Ethik des Egoismus, sei sie nun Utilitarismus oder Eudämonismus, Ethik des Gemeinwohls oder Evolutionismus, sie kann auf die Frage nach dem sittlichen Ideal keine Antwort geben. Denn was immer sie bezeichnen mag, es ist das Ideal vielleicht von Hinz oder Kunz, hundertfach, ja millionenfach genommen. Aber warum es deshalb auch mein Ideal sein soll, bleibt ganz dahingestellt[91]).“ Dieser Auffassung fehlt vollständig das Verständnis dafür, daß die zwingende Form des ethischen Urteils („Du sollst!“) ihm aus seinem zwingenden Inhalt zufließt. Erst wo ein fremder Inhalt in schlechthinige ethische Form gegossen werden soll, entsteht die Frage, ob dieser Inhalt auch von einzelnen gebilligt werden kann, d. h. ob das Sollen auch subjektive Geltung habe. M. a. W.: wenn das moralische Gewissen einer Klasse ihre eigenen Ziele nicht mehr widerstandslos akzeptiert, beginnen ihre Vertreter nach neuen Idealen Umschau zu halten. So war es seinerzeit mit den Intellektuellen des ancien régime, so ist es heutzutage mit den bürgerlichen Intellektuellen. In allen derartigen Fällen bedeutet die moralische Billigung nichts anderes, als eben die Rechtfertigung des Übergangs aus einem sozialen Lager ins andere. Wo es sich jedoch um die sittlichen Ziele der eigenen Klasse handelt, verflüchtigt sich das Problem gänzlich. Hier entsteht nicht einmal die Frage: weshalb muß denn dieses Ziel auch das meinige sein? Was vom fremden Klassenstandpunkt in erster Linie als moralisches Gebot erscheint, wird unter dem Gesichtspunkt der eigenen Klassenzugehörigkeit zu objektiver Notwendigkeit schlechthin. Die eigenartige Form des ethischen Urteils ist daher keineswegs ein lediglich logisches Merkmal. Sie drückt den Zwiespalt des

91) Ebenda S. 112. (Gesperrt von A.)

Individuums innerhalb einer antagonistisch zerrissenen Gesellschaft aus. Das Sollen der Ethik ist dem einzelnen nur der bewußte Ausdruck des Nicht-anders-könnens der Gesellschaft.

§ 20. Unter anderem beruft sich A. auf Otto Bauer. Dieser habe „sehr treffend bemerkt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Sozialismus den einzelnen nicht notwendig ebenso zum Kämpfer für ihn macht, hier müsse noch vielfach die sittliche Billigung dieser Notwendigkeit durch den einzelnen hinzutreten, und dies ist das Werk der ethischen Überzeugung". Hierzu macht A. die wichtige Anmerkung, daß „die sittliche Billigung allein" die geschichtliche Notwendigkeit des Sozialismus nicht „bewirken" könne[92]). Also so viel hat man seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes immerhin gelernt! Es ist aber trotzdem nicht viel. Dies war eben das Bahnbrechende der wissenschaftlichen Auffassung der Geschichtentwicklung zum Sozialismus, daß sie die sittliche Billigung als etwas durchaus Notwendiges und im Verlaufe der sozialen Klassenkämpfe unabweislich Entstehendes zu betrachten begann. Nicht so darf das Zusammenwirken materieller und ideeller Momente in der sozialistischen Arbeiterbewegung geschildert werden, als ob „zuerst" die Erkenntnis von der Notwendigkeit entstünde und dann die moralische Entrüstung „hinzu"käme. Dasselbe, was theoretisch als Erkenntnis begriffen wird, äußert sich impulsiv in der Form der ethischen Entrüstung. Aber solange es sich um den eigenen Klassenkampf handelt, bedarf die Erkenntnis gar keiner ethischen Rechtfertigung, wie ja auch die Entrüstung, der sie sich voluntaristisch bedient, keine rein-ethische Kategorie bildet. Das sittliche Ideal, das die Arbeiterklasse auf ihr Banner schreibt, ist *für sie selbst* überhaupt keine Angelegenheit der Moral. Jene objektive Notwendigkeit, die den Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktionsweise zur Sozialisierung der Produktionsmittel treibt, verwandelt sich bei der Klasse, in deren unmittelbarem Interesse diese Sozialisierung liegt, in eine subjektive Notwendigkeit, jenen Entwicklungsgang aktiv zu unterstützen. Für jedes einzelne Individuum dieser Klasse entsteht die Frage nach der moralischen Billigung ebensowenig, wie für

92) Ebenda S. 146.

die Insassen einer umgekippten Schaluppe, ob man gen Ufer schwimmen soll. Wohl aber entsteht ein solches Problem für den, der vom Ufer aus überlegt, ob den Ertrinkenden mit Einsetzung des eigenen Lebens zu helfen sei.

A. ist, wie es scheint, durch eine Bemerkung KAUTSKYS irregeleitet worden. Dieser beschreibt die Entstehung neuer sittlicher Ideale in den aufstrebenden und ausgebeuteten Klassen und sagt wörtlich wie folgt: „Je mehr sie sich ihres Gegensatzes zur herrschenden gesellschaftlichen Ordnung bewußt werden, desto stärker wächst auch ihre sittliche Empörung, desto mehr setzen sie der alten Moral eine neue entgegen. So entsteht in den aufsteigenden Klassen ein sittliches Ideal, das immer kühner wird, je mehr diese Klassen an Kraft gewinnen[93]).“ Diese Worte geben A. Gelegenheit zu der tiefsinnigen Frage: „Entsteht das sittliche Ideal aus dem bewußt gewordenen Klassengegensatz? Nein! KAUTSKY selbst sagt es uns: es entsteht aus der sittlichen Empörung über diesen Zustand. Aber woher die sittliche Empörung? Doch offenbar aus dem mehr oder weniger deutlichen Bewußtsein, daß dieser Zustand schlecht ist, daß er dem nicht entspricht, was nach Meinung dieser Klasse sein s o l l, kurz, was ihr sittliches Ideal ist. Nicht die sittliche Empörung schafft das sittliche Ideal, sondern sie entspringt aus ihm. Und so stehen wir wieder am Anfang: woher dieses sittliche Ideal[94])?“ Auf diese Weise kommen „w i r“ in der Tat nicht weit! Wenn das sittliche „Ideal“ der unterdrückten Klasse darin besteht, daß sie die Unterdrückung als einen Zustand empfindet, der nicht „sein soll“, so ist dieses „Ideal“ — e b e n s o w i e d i e U n t e r d r ü c k u n g s e l b s t — allerdings „vor“ der sittlichen Empörung vorhanden. Die Negation der Unterdrückung jedoch hat für den Unterdrückten gar keinen ethischen „W e r t“. Sie ist einfach eine L e b e n s ä u ß e r u n g, wie z. B. das Streben des Hungernden nach Nahrung. KAUTSKYS Ausdrucksweise kann nur insofern Anlaß zu Mißverständnissen geben, als er zu betonen vergißt, daß das „sittliche Ideal“, das aus der Empörung der unterdrückten Klasse entsteht, sehr wohl eine

93) Vgl. Ethik und materialistische Geschichtsauffassung, S. 135.
94) Ebenda S. 130.

ethische Bedeutung für die ganze Gesellschaft haben kann, für die unterdrückte Klasse selbst jedoch in erster Linie als soziales — unter Umständen auch als machtpolitisches — Ziel in Betracht kommt. Es ist dies wie mit jener Behauptung, auf die ENGELS bei der Abfassung seiner Schrift über die Lage der arbeitenden Klasse in England (1845) großes Gewicht legte: „daß der Kommunismus nicht eine bloße Parteidoktrin der Arbeiterklasse ist, sondern eine Theorie, deren Endziel ist die Befreiung der gesamten Gesellschaft[95]).“ In reiferen Jahren hat ENGELS diese Behauptung zu den „Spuren der deutschen klassischen Philosophie“ gezählt und von ihr gesagt, sie sei „in abstraktem Sinn richtig, aber in der Praxis meist schlimmer als nutzlos“[96]).

Das gleiche gilt mutatis mutandis vom sittlichen Ideal. Das Ideal der Unterdrückten ist sittlich, weil es sich gegen die Unterdrückung richtet. Aber den Unterdrückten bleibt ja überhaupt kein anderes Ideal übrig. Die objektive Sittlichkeit ist für sie eine einfache Notwendigkeit. Die Abschaffung der Unterdrückung kann für die Gesellschaft als Ganzes — sofern es sich um ihre Weiterentwicklung handelt — eine moralische Tat bedeuten, aber für diejenigen, die selbst unter dem Drucke leiden, ist sie eine Tat der Selbsterhaltung und Selbstbejahung. Die moralische Handlung setzt stets die Möglichkeit einer Wahl zwischen Gut und Böse voraus. Aber gerade diese Möglichkeit fehlt den „interessierten Vollstreckern“ der geschichtlichen Urteile.

Selbstverständlich darf dabei das sittliche Ideal, d. h. der moralische Wert der sozialen Kämpfe nicht mit ihrem sittlichen Ziel oder moralischen Gehalt verwechselt werden. Eine Klasse kann der Menschheit neue Moral bringen, ohne daß ihre Handlung selbst dadurch eine ethisch wertvolle wird: weil sie eben nicht anders kann.

§ 22. Bis zu welchem Grade Behauptungen, die „in abstraktem Sinn“ richtig sein mögen, in der Praxis schlimmer als nutzlos werden können, beweist der folgende Satz A.s: „Wäre nicht

95) Vgl. ENGELS, Die Lage usw., S. 297 ff.

96) Ebenda. Vorwort z. neuen deutschen Ausg. (1892), S. XII.

das sittliche Ideal, warum sollte das Proletariat am Ende nicht mit einem System des Industriefeudalismus zufrieden sein, wenn — was ja nicht ausgeschlossen ist — es in ihm besseren Lohn als jetzt, eine reinliche Wohnung, eine kürzere Arbeitszeit und ausreichendere Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität fände[97]) ?" Man hat, scheint's seit dem Erscheinen des kommunistischen Manifestes doch gar nichts gelernt! Böte das „sittliche Ideal' wirklich die einzige Gewähr gegen den Industriesozialismus, so stände es fürwahr schlecht um die Hoffnungen der klassenbewußten Arbeiterschaft mit all ihrem sittlichen Idealismus! Die Wortführer des Staatssozialismus würden mit diesem Hindernis bald fertig! Unglücklicherweise haben sie es aber noch mit den Entwicklungsgesetzen selbst zu tun, — und diese lassen sich nicht nach Belieben lenken und ablenken. Der ethische Sozialismus entpuppt sich mit einemmal als — gut gesinnter Revisionismus. Er hält den Kapitalismus ebenfalls für fähig, verschiedene Flickversuche auszuhalten, will dem aber die Machtsprüche seines „sittlichen Ideals" entgegenstemmen. Das ist zweifellos sehr löblich. Aber in der Geschichte der sozialistischen Theorien bedeutet diese umgekehrte BERNSTEINiade in der Tat ein Zurückgehen nicht nur auf KANT, sondern geradezu auf SAINT-SIMON oder OWEN. Der Fehler A.s liegt wieder in der Anwendung eines individualistischen Maßstabs dort, wo es sich um K l a s s e n bewegungen und -probleme handelt. Und dies ist seinerseits dadurch bedingt, daß A. an die ethische „Begründung" des Sozialismus gehen zu können glaubte, ohne vorerst die Ethik mit Hilfe der materialistischen Geschichtsauffassung zu untersuchen. Der Ausgangspunkt des Neukantianismus verwehrte ihm von vornherein jedes Verständnis für den wirklichen, d. i. den realen Sinn des Problems. Er blieb auch hier auf dem Boden der Erkenntniskritik stehen und kam deshalb über das rein Formale nicht hinaus. Aber hier mußte es sich bitterer rächen, denn überall. Der Versuch A.s, im Ethischen eine besondere logische Urteilsform nachzuweisen, beweist eben, wie wenig „kritisch" diese ganze erkenntnis„kritische" Richtung in Wahrheit ist. A. definiert die Aufgaben der Ethik als der prak-

97) Marxist. Probl., S. 134.

tischen Philosophie, d. h. als der Lehre vom moralischen Tun wie folgt: „Wollen wir (den) ethischen Gesichtspunkt selbst verstehen, d. h. uns begreiflich machen, worin jene seltsame Auffassungsart begründet ist, die trotz der Kausalgebundenheit alles Geschehens und Wollens doch diesem ganzen Kräftespiel mit einer Forderung gegenübertritt, nach welcher es unter Umständen ganz anders sein soll, als es nun einmal tatsächlich ist, um gebilligt werden zu können, wollen wir Aufschluß erhalten, woher diese Forderung, wie sehr auch immer inhaltlich verschieden und wechselnd nach Ort und Zeit, doch immer und überall Anspruch auf Allgemeingültigkeit bei denjenigen mit sich führt, die sie gerade erheben, dann versagt mit der Kausalerklärung, der alles dieses ja bewußt entgegentritt, auch die materialistische Geschichtsauffassung. Denn diese sind keine Fragen der Wissenschaft mehr, es sind vielmehr Vorfragen ihrer selbst in ihrer sozialen Aufgabe, die zu lösen Kritik der Vernunft, hier der praktischen, vonnöten ist[98]." Es lohnte sich wohl, bei dieser Vorstellung der „Vorfragen der Wissenschaft", die nicht mehr zur Wissenschaft gehören, etwas länger zu verweilen, aber das würde zu sehr auf ein Nebengleis ablenken. Der Hauptpunkt, der hier in Betracht kommt, besteht einzig in der Frage: ob das ethische Urteil seiner Natur nach wirklich eine besondere „seltsame" logische Form aufweise. Sehen wir für einen Augenblick davon ganz ab, daß es in Wirklichkeit schlechthin unmöglich sein wird, ethische Urteile (ebenso wie alle anderen) von allem Inhalt zu entblößen und bloß ihre reine Form festzuhalten. Wir wollen mit A. fragen: Was verleiht den ethischen Urteilen, die doch in erster Linie einen billigenden Charakter haben, Anspruch auf Allgemeingültigkeit? Die Antwort darauf liegt m. E. recht nahe. Gerade wenn man sich nur an die Form des moralischen Urteilens hält, entdeckt man, daß diese anscheinend so „seltsame" Form dem theoretischen Urteil sozusagen entlehnt ist. Oder um es anders auszudrücken: die ethischen Urteile sind offenbar aus einer formalen Analogie mit den theoretischen entstanden. Der Anspruch auf Allgemeingültigkeit, den die ethische Erkenntnis erhebt, ist

98) Ebenda S. 136—137. (Gesperrt von A.)

nichts anderes, als eine Begleiterscheinung der schlechthinigen Tendenz, der Erkenntnis, allgemeingültig aufzutreten. Die unpersönliche Form des Wissens wird infolgedessen selbst dort festgehalten, wo es sich ausschließlich um persönliche Stellungnahme zu den Ergebnissen des Wissens, also um die Praxis handelt. Sieht man näher zu, so bemerkt man, daß die Verwunderung über die allgemeingültig sein sollende Form des ethischen Urteils eigentlich seinem Inhalt gilt. Es ist diese Diskrepanz zwischen der unbeschränkten Form des Geltendmachens moralischer Ansprüche und dem beschränkten Inhalt, welche die Betrachtung irreführt und stutzig macht. Daher wird beim moralischen Urteilen nicht seine logische Form, wohl aber seine psychische Substanz relevant. Was die Erkenntnis„kritik“ darüber aussagen kann, ist nebensächlich. „Wir haben es — schreibt A. — in der Ethik nicht mit einem Sein oder Geschehen der Dinge zu tun, auch nicht mit einem Sein oder Geschehen des Guten, sondern mit einer rätselhaften Anforderung, die über dieses Sein und Geschehen hinausgeht und verlangt, daß es in einer ganz bestimmten Weise erfolgen soll, damit es als gut bezeichnet werden kann[99]).“ Diese Anforderung hätte aber gar nichts „Rätselhaftes“, sobald man annehmen könnte, daß das Gute eine durchgängige Eigenschaft alles Seins und Geschehens bilde. Nur unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß jene Anforderung eine subjektive Beziehung zum objektiven Tatbestand erheben möchte, macht ihre „Rätselhaftigkeit“ aus. Wenn A. das Sollen als die spezifische Eigenart des Ethischen bezeichnet und hinzufügt, daß es sich dabei „nicht etwa (um) ein bestimmtes Sollen, sondern (um) Sollen als Form“ handelt, so übersieht er das Wichtigste: daß die Form des Sollens dem ethischen Urteil aus seinem Inhalt zufließt, daß also, mit anderen Worten, nicht im Sollen die Eigenart des Ethischen begründet ist, sondern umgekehrt: die ethische Eigenart im Sollen ihre formale Bestätigung findet. Ebenso wie das theoretische, folgt auch das ethische Urteil auf die Erfahrung. Das erstere sagt: dies ist so; das zweite: dies soll so sein. Woher dieser Unterschied? Aus zwei verschiedenen Erfahrungsreihen: einer

99) Ebenda S. 109.

regelmäßig wiederkehrenden und regelrecht ablaufenden, und der anderen: nur unter gewissen Bedingungen auftretenden. Die Form des Sollens ist dabei nichts anderes also als das Streben eines bestimmten (und begrenzten) Erfahrungsinhalts nach der Erkenntnis der eigenen Gesetzmäßigkeit, welche nicht eher ruhen kann, als bis das zufällige Da-Sein in ein notwendiges Sein übergeht. So ist denn auch das ethische Urteil keineswegs eine „Anforderung", die über das Sein und Geschehen überhaupt, sondern nur über das individuelle Sein hinausgeht. Das Merkmal des ethisch Wertvollen ist, daß das Individuum eine allgemeingültige Erkenntnis zu der seinigen macht und im Einklang mit ihr handelt. Damit fällt aber dieses Merkmal bei historischen Massenaktionen von vornherein weg. Sie sind weder sittlich, noch unmoralisch: man hat sie eben als schlechthiniges Sein hinzunehmen.

§ 23. Hier wollen wir jedoch unsere Betrachtungen abbrechen. Es kann nicht die Aufgabe dieser Blätter sein, das Problem der Ethik vom Standpunkte des dialektischen Materialismus zu beleuchten. Dies wäre in einem polemischen Zusammenhang überflüssig. Es galt nur, die ethische „Begründung" des Sozialismus, wie sie der Neukritizismus und namentlich A. betreiben, einer summarischen Prüfung zu unterwerfen. Wir hoffen, überzeugend genug angedeutet zu haben, daß diese Begründung keineswegs als integrierender Bestandteil des wissenschaftlichen Sozialismus betrachtet werden kann, der doch als der theoretische Ausdruck bestimmter (d. i. proletarischer) Klasseninteressen gelten will, sondern daß sie vielmehr einen Versuch darstellt, diese Interessen einer ihr fremden Gesellschaftsschicht annehmbar zu machen. Der ethische Sozialismus ist — selbst in der Gestalt, die ihm A. verleiht — vor allem ein Sozialismus für Intellektuelle. Der Umstand, daß er sich der Ideologie einer bestimmten sozialen Gruppe anpaßt, macht seine Existenzberechtigung aus. Allein, dies zugegeben, wird man trotzdem nicht vergessen dürfen, daß man es dabei mit einer Geistesrichtung zu tun hat, deren Anspruch, als eine Ergänzung des marxistischen Sozialismus aufzutreten, keineswegs begründet werden kann

Damit ist die Übersicht der wichtigsten theoretischen „Neuerungen“, die A. dem Marxismus aufpfropfen wollte, im großen und ganzen abgeschlossen. Was für eine Bewandtnis es mit der von ihm beabsichtigten „Bereicherung“ des Marxismus mit den Ergebnissen der neueren bürgerlichen Philosophie hat, läßt sich nunmehr genau übersehen. Und so wird es wohl. jetzt, am Schlusse unserer Darstellung, nicht mehr unhöflich sein, wenn wir einer witzigen Bemerkung A. W. v. Schlegels Raum geben, die eigentlich als Motto dieser Studie hätte gewählt werden sollen: „‚Ich will einem Narren niemals trauen,‘ sagt ein sehr gescheiter Narr beim Shakespeare, ‚bis ich sein Gehirn sehe.‘ Man möchte diese Bedingung des Zutrauens gewissen Philosophen zumuten; was gilt's, man fände Papiermaché, aus Kantischen Schriften verfertigt?“

Zu den Grundrententheorien von Rodbertus und Marx.

Von

L. von Bortkiewicz (Berlin).

Gegen *meine* in diesem „Archiv" I, 1—40, 391—434 veröffentlichte Arbeit „Die Rodbertussche Grundrententheorie und die Marxsche Lehre von der absoluten Grundrente" sind in einer Studie von Philipp Spitz über das „Problem der allgemeinen Grundrente bei Ricardo, Rodbertus und Marx" (Jahrb. f. Nationalökon. u. Statist., III. F., 51. Bd., 1916) Einwände erhoben worden, die ich nicht unwidersprochen lassen möchte.

Spitz äußert sich (S. 604) über meine Stellung zu Rodbertus wie folgt: „Bortkiewicz kommt zum Resultate, ‚daß das Operieren mit dem ursprünglichen Wertgesetz unter Nichtbeachtung des Gesetzes der Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne die Achillesferse der Rodbertusschen Grundrententheorie ist, und daß es sich, sobald man diesen ihren wundesten Punkt erkannt hat, kaum noch verlohnt, ihre sonstigen Lücken und Schwächen einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen'. Der hierin steckende richtige Gedanke ist ungenau zum Ausdruck gebracht." Es gebe nämlich zu Mißverständnissen und Zweideutigkeiten Anlaß, wenn in bezug auf Rodbertus von Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne ohne nähere Angabe darüber, wie er sich die allgemeine Profitrate konstruiert denkt, gesprochen würde. Mein „Wort von der Achillesferse der Rodbertusschen Grundrententheorie" sei „nur verständlich vom Standpunkte einer allgemeinen Profitrate, die mit einer Durchschnittsprofitrate identisch ist". „Diese Achillesferse", heißt es weiter bei Spitz (S. 605), „hat schon Marx von seiner Durchschnittsprofitrate aus erspäht. Er sagt ganz im Sinne Bortkiewicz': ‚Da Rodbertus schon die Profitrate unterstellt, was er ‚Kapitalgewinnsatz' benennt, ist die Voraussetzung falsch, daß sich die Waren im Verhältnis ihrer

Werte verkaufen.' Es ist in der Tat unmöglich, daß die Produkte zum Arbeitswerte verkauft werden, und daß auf gleiche Kapitalien gleiche Profite gemäß einer Durchschnittsprofitrate entfallen, weil der Verkauf zum Werte notwendig ungleiche Profitraten und umgekehrt die Durchschnittsprofitrate den regelmäßigen Verkauf gerade nicht zum Werte, sondern über und unter dem Werte bedingt, wie das bei Marx auch der Fall ist. Marxens soeben zitierter Satz ist aber auch nur dann verständlich, wenn man unter dem Rodbertusschen Kapitalgewinnsatz eine Durchschnittsprofitrate im Marxschen Sinne versteht. Aber Rodbertus hat eben keine Durchschnittsprofitrate. Gerade deshalb steht der Verkauf zum Wert bei ihm nicht in Widerspruch zur ‚Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne' oder zum ‚vorausgesetzten Kapitalgewinnsatz'. Zwischen der allgemeinen Profitrate und der Werttheorie Rodbertus' besteht kein Widerspruch. Es ist also verfehlt, die Achillesferse der Rodbertusschen Grundrententheorie in die Beziehung zwischen der Rodbertusschen allgemeinen Profitrate (gleich industrielle Profitrate) und seiner Werttheorie zu verlegen, sondern sie liegt einseitig in der allgemeinen Profitrate."

Zur Abwehr dieser Angriffe sei zunächst bemerkt, daß ich mich als Kritiker der Rodbertusschen Grundrententheorie, im Gegensatz zu meinen Vorgängern, nicht damit begnügt habe, den Widerspruch zwischen dem ursprünglichen Wertgesetz und dem Gesetz der Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne gegen Rodbertus hervorzukehren. Ich habe vielmehr darauf aufmerksam gemacht, daß Rodbertus selbst sich dieses Widerspruchs bewußt war, aber aus verschiedenen, teils formellen, teils materiellen, Gründen es dennoch für angezeigt hielt, die Grundrente auf dem ursprünglichen Wertgesetz beruhen zu lassen, und es galt für mich demgemäß, diese Gründe zu prüfen und zu widerlegen. Hierauf geht Spitz mit keiner Silbe ein; er wirft mich statt dessen mit meinen Vorgängern zusammen und ruft so beim Leser, der meine Arbeit nicht kennt, den Eindruck hervor, daß ich mich auf eine bloße Wiedergabe des althergebrachten Einwands gegen die Rodbertussche Grundrententheorie beschränkt hätte.

Was sodann den Umstand anlangt, daß Rodbertus den

„Kapitalgewinnsatz", mit welchem er bei Ableitung der Grundrente rechnet, in der „Fabrikation" entstehen läßt oder — wie es Spitz ausdrückt — die „allgemeine Profitrate" der „industriellen Profitrate" gleichsetzt, so habe ich dies meinen Lesern nicht vorenthalten (S. 3). Aber ich kann schlechterdings nicht einsehen, wieso die industrielle Provenienz des Kapitalgewinnsatzes, mit welchem Rodbertus operiert, den Widerspruch zwischen seiner Wertlehre (d. h. dem ursprünglichen Wertgesetz, demzufolge sich die Güter im Verhältnis zu ihrer Kostenarbeit austauschen) und dem Gesetz der Gleichmäßigkeit der Kapitalgewinne aufheben soll. Was hat denn Spitz an der von mir (S. 7—9) wiedergegebenen Schippel-Zunsschen Beweisführung auszusetzen?

Darüber bringen auch diejenigen Erörterungen keine Aufklärung, die bei Spitz der zitierten Stelle unmittelbar nachfolgen (S. 605—607) und dazu bestimmt sind, die Meinung zu begründen, daß der eigentliche Fehler der Grundrententheorie von Rodbertus in seiner „allgemeinen Profitrate" liege. „Es läßt sich leicht zeigen", führt Spitz aus, „daß Rodbertus' Ansicht von der allgemeinen Profitrate sich nur durchführen ließ vermittels des absolut fehlenden landwirtschaftlichen Materialwertes. Zwischen dem fehlenden Materialwert und der allgemeinen Profitrate Rodbertus' besteht ein logisch notwendiger Zusammenhang, der ebenso sehr zwischen ihm und der Rodbertusschen Grundrente fehlt." Im Anschluß hieran rechnet Spitz an der Hand von Zahlenbeispielen aus, was sich bei einem gegebenen Verhältnis der im Rodbertusschen Sinne aufgefaßten „Rente" zum Lohn herausstellen würde, wenn der Wert der „Maschinerie" in der Landwirtschaft und in der Industrie der gleiche und der „Materialwert" 1. in den beiden Produktionssphären gleichgroß oder 2. in der Landwirtschaft größer als in der Industrie wäre. Die Grundrente würde im ersten Fall verschwinden und im zweiten Fall in ihr Gegenteil, d. h. in einen industriellen Überprofit umschlagen. „Rodbertus' Lehre vom Profit", folgert Spitz (S. 606), „hebt sich dann, zu Ende gedacht, von selbst auf Damit dies nicht eintreten kann, läßt Rodbertus den Materialwert in der Landwirtschaft absolut fehlen." Und weiter unten (S. 606) heißt es dann noch: „Der absolut fehlende Material-

wert verbürgt die Dauerhaftigkeit der Rodbertusschen allgemeinen Profitrate und der Grundrente; der relativ gegenüber dem industriellen Materialwert fehlende landwirtschaftliche Materialwert berührt lediglich diese Dauerhaftigkeit. Er berührt nicht die Existenz der Grundrente direkt, sondern indirekt über die allgemeine industrielle Profitrate als Mittelglied.“

Daß letzterer Ausspruch mit dem vorhin wörtlich wiedergegebenen Passus, wo ein logisch notwendiger Zusammenhang zwischen dem fehlenden Materialwert in der Landwirtschaft und der Grundrente schlechthin negiert wird, ganz im Einklang stände, kann ich nicht finden. Ob zwischen zwei Tatbeständen kein Zusammenhang oder ein indirekter Zusammenhang besteht, ist doch, möchte man meinen, nicht ein und dasselbe. Auch hat keiner von den Kritikern der Rodbertusschen Grundrententheorie daran gezweifelt, daß sich nach dieser Theorie als Folge des fehlenden (bzw. relativ schwach vertretenen) landwirtschaftlichen Materialwertes die Grundrente nicht anders herleiten läßt, als auf der Grundlage einer bestimmten Profitrate. Ebensowenig ist man vor Spitz darüber im unklaren gewesen, daß man durch Anwendung der Rodbertusschen Rechnungsweise auf den Fall, wo in der Landwirtschaft der Materialwert gleichstark oder stärker als in der Industrie vertreten ist, keine Grundrente bzw. das Gegenteil einer solchen, d. h. einen Extraprofit zugunsten der Industrie erhalten würde. Es ist fürwahr nicht nötig gewesen, dieses Altbekannte und Unwidersprochene durch Zahlenbeispiele zu belegen. Neu und anfechtbar ist aber die Folgerung, die Spitz hieraus gezogen hat: daß nämlich hiermit die Rodbertussche Lehre vom Profit, d. h. die Auffassung, die Profitrate bilde sich im Schoß der Industrie, erledigt wäre. Denn es ist schlechterdings nicht einzusehen, weshalb es für diese Auffassung gefährlicher sein soll, wenn sie zu einer negativen, als wenn sie zu einer positiven Grundrente führt. Abgesehen davon, darf sich die Kritik nicht darüber hinwegsetzen daß für Rodbertus das Fehlen des Materialwertes in der Landwirtschaft etwas unmittelbar Gegebenes ist, von dem seine ganze Deduktion den Ausgang nimmt. Es bedeutet daher, nebenbei bemerkt, kein „Zu Ende Denken“, sondern eine schiefe Darstellung der Rodbertusschen Lehre, wenn es bei Spitz heißt

Rodbertus lasse den Materialwert in der Landwirtschaft absolut fehlen, um zu verhüten, daß die Grundrente in ihr Gegenteil umschlägt. Über die Unhaltbarkeit der Rodbertusschen These von dem fehlenden landwirtschaftlichen Materialwert sind alle Kritiker einer Meinung. Es kommt aber, was ebenfalls von der Kritik längst eingesehen worden ist und jetzt von Spitz zum Überfluß breitgetreten wird (S. 599—601), für das Endergebnis des Rodbertusschen Räsonnements nicht darauf an, daß der Materialwert in der Landwirtschaft fehle; es genügt vielmehr die Annahme, daß er an der landwirtschaftlichen Produktion einen kleineren Anteil hat als an der industriellen. Dieser Annahme gegenüber kann man nun als Kritiker der Rodbertusschen Grundrententheorie eine doppelte Haltung einnehmen: entweder man forscht danach, inwiefern sie den Tatsachen entspricht, oder man läßt sie gelten, um sich einer Prüfung der anderen Voraussetzungen der Rodbertusschen Argumentation zuzuwenden. Auf letzteren Standpunkt haben sich Schippel u. a. gestellt, und ich selbst bin ihnen in dieser Beziehung gefolgt. Im Rahmen einer so angelegten Kritik hat die Eventualität, daß der Materialwert in der Landwirtschaft gleichstark oder stärker als in der Industrie vertreten sei, offenbar gar keinen Platz, und darum befindet sich Spitz im Irrtum, wenn er glaubt, mit einer Betrachtung dieser Eventualität gleichsam eine Lücke in der bisherigen Kritik der Rodbertusschen Grundrententheorie ausgefüllt zu haben.

Aus meiner Kritik der Marxschen Lehre von der absoluten Grundrente greift Spitz zwei Betrachtungen heraus, von denen sich die eine auf den Fall bezieht, wo die absolute Grundrente hinter der Differenz zwischen dem Wert und dem Produktionspreis der Bodenerzeugnisse zurückbleibt, und die andere den Fall betrifft, wo die absolute Grundrente über diese Differenz hinausgeht. Ich hatte hinsichtlich des ersten Falles bemerkt, daß, indem ihn Marx als etwas durchaus Normales hinstellt, er seiner Theorie die Spitze abbreche und in bezug auf den zweiten Fall die Art und Weise, wie sich Marx mit ihm abzufinden sucht, schon deshalb für verfehlt erklärt, weil sie in die unhaltbare These von der historischen Priorität der Werte gegenüber den Produktionspreisen einmünde.

Spitz leitet seine Polemik damit ein, daß er diese beiden Fälle zusammenzieht. „Bortkiewicz meint — sagt er (S. 616) —, Marx breche seiner Theorie die Spitze ab, wenn die absolute Grundrente ‚beliebig gekürzt' oder dadurch ausgedehnt werden könne, ‚daß das Grundeigentum die Macht besitzt, der Unterwerfung der Bodenprodukte unter die allgemeinen Regeln der kapitalistischen Preisbildung Widerstand zu leisten'. Bortkiewicz fragt: ‚Was verleiht dem Wert im Marxschen Sinne die Fähigkeit, hier als Schranke zu wirken? Warum reicht die Macht des Grundeigentums nur gerade bis zu diesem Punkt?'" In dieser Wiedergabe müssen die zitierten Sätze, was meinem Kritiker offenbar entgangen ist, beim Leser den Eindruck krassester Unlogik erwecken: ich soll da in einem Atem von Kürzung und Ausdehnung der — als Überschuß des Wertes der Bodenprodukte über ihren Produktionspreis gedachten — absoluten Grundrente bei Marx sprechen und ihm zugleich den Gedanken imputieren, daß die Grundrente an jenem Überschuß ihre obere Grenze finde. In Wirklichkeit bezieht sich meine Behauptung, daß Marx seiner Theorie die Spitze abbreche, ausschließlich auf den Fall der Kürzung der Grundrente. Nichts liegt nämlich Marx ferner, als diesen Fall mit dem entgegengesetzten Fall, wo eine Ausdehnung der Grundrente in dem soeben angegebenen Sinne stattfindet, in eine Reihe zu stellen. Betrachtet er doch diesen zweiten Fall im Unterschied vom ersten als „Ausnahme" und den Betrag, um welchen hier die Grundrente erhöht wird, von der Differentialrente abgesehen, als Monopolrente, die dadurch bedingt werde, daß die Bodenprodukte einen Monopolpreis erzielen. Auch bei Industrieprodukten kann sich nach Marx der Marktpreis ausnahmsweise über den Produktionspreis erheben, woraus den betreffenden Kapitalisten Extragewinne monopolartigen Charakters erwachsen. Sieht man aber davon ab, wie es bei Marx auf derjenigen Stufe der theoretischen Untersuchung, auf welcher man die Industrieprodukte sich zu ihren Produktionspreisen verkaufen läßt, bewußterweise geschieht, so wäre es in höchstem Grade inkonsequent, wollte man gleichzeitig bei den Bodenprodukten die Möglichkeiten einer monopolistischen Preisbildung in Betracht ziehen.

Gerade diese Inkonsequenz begeht Spitz, wenn er, an das

angeführte Zitat aus meinem Aufsatz anknüpfend, behauptet, meine Fragen seien „unberechtigt“, weil Marx zufolge „bei günstigen Marktverhältnissen“ der Preis der Bodenprodukte über den Wert emporgetrieben werden könne (S. 616). Gleich darauf bemerkt Spitz selbst, daß man es in diesem Fall mit einer auf einem Monopolpreis beruhenden Monopolrente zu tun habe. Es bleibt also dabei, daß nach Marx in einem Zustand, wo in sämtlichen Produktionssphären die Konkurrenz waltet und demgemäß die Industrieprodukte zu ihren Produktionspreisen abgesetzt werden, die Bodenerzeugnisse (unter einer gewissen Voraussetzung, betreffend die organische Zusammensetzung des agrikolen Kapitals) einen Preis erzielen, der über ihrem Produktionspreis, aber nicht über ihrem Werte steht. Somit war meine Frage, warum das Grundeigentum, wenn es den Gesetzen der kapitalistischen Preisbildung Trotz zu bieten vermöge, an die Schranke des Wertes gebunden sei, nicht gegenstandslos.

Ja, noch mehr: in der Fragestellung habe ich mich mit Marx selbst eins gewußt. Seine Antwort aber, daß der Wert das ursprünglich Gegebene sei, und daß die Grundeigentümer, soweit sie nicht als Monopolisten auftreten, nur ein Herabsinken des Wertes auf das Niveau des Produktionspreises zu verhindern imstande seien, habe ich verworfen; diese Antwort, meinte ich, könne schon aus dem Grunde nicht befriedigen, weil die theoretische Operation der Umwandlung der Werte in Produktionspreise kein Gegenstück in der historischen Wirklichkeit habe. Hierzu bemerkt Spitz ironisch (S. 616): „Bortkiewicz wendet nun seinen Blick nicht nur auf die Spitze, sondern auch mit mehr Recht auf den Pfeiler der Marxschen Theorie, der ihre Spitze trägt: das Verhältnis des Produktionspreises zum Wert“ und fährt also fort (S. 616—617): „Hier verweist Bortkiewicz auf eine Reihe Autoren (Lexis, Böhm-Bawerk, Sombart usw.), die sich trotz aller Verschiedenheit ihrer sonstigen Ansichten ‚in der glatten Ablehnung der These von der geschichtlichen Priorität der Werte gegenüber den Produktionspreisen einig‘ seien. Aus dieser autoritären Prämisse schließt Bortkiewicz: ‚Marx hat also nicht die Spur eines Beweises dafür erbracht, daß dem von ihm konstruierten Begriff der absoluten Grundrente im Sinne eines Überschusses des Wertes über den Produktionspreis

der Bodenerzeugnisse irgend etwas Reales in dem Prozeß der Preisbildung entspricht'. Man wird aber damit nur dann übereinstimmen können, wenn man zwischen Band III und I des ‚Kapital' einen logischen Widerspruch sieht. In der Tat ist eine Kritik der absoluten Grundrente gleichbedeutend mit einer Kritik des Produktionspreises. Diese Materie ist bekannt unter dem kritischen Markenzeichen: ‚Widerspruch zwischen dem III. und I. Bande des Kapitals'. Es sei darum auf dieses Thema näher eingegangen, weil ja in ihm nichts anderes (?) gesagt wird, als daß die Theorie von der absoluten Grundrente auf einem logischen Widerspruch in der Sphäre des Preisproblems aufgebaut ist."

Ich hätte also in meiner Kritik der Marxschen Grundrententheorie Spitz zufolge, statt mir über den entscheidenden Punkt, nämlich über das Verhältnis zwischen Wert und Produktionspreis bei Marx, eine selbständige Meinung zu bilden, es vorgezogen, mich in dieser Beziehung auf ein paar Autoritäten zu verlassen. Darin soll, nebenbei bemerkt, das „Autoritäre" auf meiner Seite liegen — als ob derjenige, der sich auf Autoritäten beruft, nicht eher das gerade Gegenteil von „autoritär" wäre! In Wirklichkeit habe ich mich seinerzeit im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" XXIII u. XXV und in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie u. Statistik", 3. F., Bd. 34, mit dem Verhältnis zwischen Wert und Produktionspreis bei Marx und mit der damit zusammenhängenden Frage des Widerspruchs zwischen dem I. u. III. Band des „Kapital" eingehender als irgend jemand befaßt. Darum kann ich auch den von Spitz ausgerechnet gegen mich — durchsichtig genug — gemachten Vorwurf, einer Erörterung dieser Frage aus dem Wege gegangen zu sein, getrost auf sich beruhen lassen. Dazu kommt, rein sachlich betrachtet, daß Spitz mit seiner Auffassung von dem logischen Zusammenhang, der zwischen der Stellung zu der Frage jenes Widerspruchs und der Beurteilung der Marxschen Theorie der absoluten Grundrente bestehen soll, unrecht hat. Man braucht keineswegs der Meinung zu sein, daß sich der I. und III. Band des „Kapital" widersprechen, ja, man braucht nicht einmal die von Marx gegebene Ableitung der Produktionspreise aus den Werten für

fehlerhaft zu halten, um zu einer Ablehnung seiner Lehre von der absoluten Grundrente zu gelangen. Denn der Prüfstein dieser Lehre ist nicht, ob Marx, als er den I. Band des „Kapital" niederschrieb, bereits die Umwandlung der Werte in Produktionspreise in Aussicht hatte, auch nicht, ob er im III. Bande diese Umwandlung kunstgerecht ausgeführt hat, sondern ob es ihm gelungen ist, diejenigen Kräfte nachzuweisen, welche es bewirken sollen, daß die als Überschuß des Wertes über den Produktionspreis gedachte absolute Grundrente erstens irgendwann in die Erscheinung tritt und zweitens sich in der Folgezeit ganz oder teilweise behauptet. Solch einen Nachweis vermisse ich bei Marx nach wie vor — auch nachdem ich von den Ausführungen Kenntnis genommen habe, die Spitz der Frage „Wert und Produktionspreis" gewidmet hat (S. 617—627).

An diesen Ausführungen fällt es auf, daß da die Marxsche These von der „Gleichheit der Preissumme aller Waren mit ihrer Wertsumme" als wahr unterstellt wird (S. 618, 619, 622, 624), obwohl sie nachgewiesenermaßen falsch ist. Es ist für Spitz außerdem charakteristisch, daß er das Problem von dem Verhältnis des Produktionspreises zum Wert bei Marx nach bekannten Mustern aufs philosophische Gebiet hinüberzuspielen trachtet (S. 617, 621, 625, 626). Auf die spezielle Frage der Preisbildung in der Landwirtschaft geht Spitz im Laufe dieser Darlegungen nicht ein. Er hält es, unbeschadet einer „Kritik des Marxschen Wertstandpunktes selbst" (S. 626), offenbar deswegen für gestattet, anzunehmen, wie es Marx tat, daß die Bodenerzeugnisse ursprünglich zu ihrem Wert verkauft wurden (wodurch eben in der Voraussetzung einer relativ niedrigen organischen Zusammensetzung des Kapitals in der Landwirtschaft die absolute Grundrente zustande kommt), weil es der „vorkapitalistischen Einheit von Arbeitskraft und Produktionsmittel in einer Person" überhaupt „entspricht", daß sich die Austauschverhältnisse der Waren nach ihren Werten richten (S. 621). Mit solch einer Paraphrase der bekannten Ausführungen von Marx selbst darüber, daß die Werte der Waren auch historisch als das prius der Produktionspreise zu betrachten seien (Kapital III 156), ist es jedoch nicht getan. Am wenigsten sind damit meine „Autoritäten", die es in Abrede stellen, daß an der Schwelle

des Kapitalismus der Wert im Marxschen Sinne für die Austauschverhältnisse der Produkte maßgebend gewesen sei, widerlegt.

Aber selbst wenn die Marxsche These „Am Anfang war der Wert“ zuträfe, wäre auf diese Weise nur die Entstehung, nicht aber, was bei weitem wichtiger ist, das Fortbestehen der absoluten Grundrente erklärt. Hierfür kann nur die Sonderstellung, die Marx der Grundbesitzerklasse im kapitalistischen Konkurrenzsystem zuweist, in Frage kommen. Ich hatte Marx gegenüber zu zeigen versucht, daß, sofern man sich die Grundbesitzer als vom Erwerbstrieb geleitet und untereinander in Wettbewerb stehend vorstellt, es in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft für keinerlei absolute Grundrente, d. h. für keine Grundrente, die nicht Differentialrente wäre, Raum gibt. Spitz berührt diesen Teil meiner Kritik gar nicht und geht auch sonst in seinen Ausführungen über „Wert und Produktionspreis“ auf die Stellung der Grundbesitzerklasse mit keinem Worte ein. Schon deshalb ist es, seiner eigenen Ansicht entgegen, ausgeschlossen, daß er gerade mit diesen Ausführungen das Problem der absoluten Grundrente bei Marx einer Lösung nähergebracht hätte. So finde ich denn auch bei Spitz nicht nur keine Widerlegung, sondern ebensowenig eine Ergänzung der von mir an der Marxschen Grundrententheorie geübten Kritik.

Aus den Parteien- und Klassenkämpfen in der ungarischen Revolution von 1848.

Von

† Erwin Szabó (Budapest)*).

I. Die radikale Presse und die Elemente der Ordnung.

Weder die Gliederung der Klassen, noch die seelische Bereitschaft der Rechtlosen und der Unterdrückten konnten im Ungarn von 1848 eine radikale Änderung oder gar einen Umsturz der sozialen und politischen Ordnung motiviert oder für die Dauer möglich erscheinen lassen. Wo war die Klasse, deren Interesse denen der Herrschenden nicht nur entgegengesetzt war, sondern die auch aus dem Bewußtsein dieses Gegensatzes heraus sich zur staatlichen Betätigung ihrer Eigenart vorbereitet und organisiert hätte? Das Bürgertum war es nicht und die Bauernschaft noch weniger. Die Aufgabe der ungarischen Revolution konnte in nichts anderem bestehen, als in der Wegräumung derjenigen Ausdrucksformen einer seit Jahrhunderten konsolidierten wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, welche durch die Entwicklung der Dinge überholt, dem weiteren Gedeihen dieses Regimes selbst im Wege standen. Die Kräfte, die allein zu schwach waren, die Machtverhältnisse zu ändern, mußten dem sozialen Beharrungsgesetze wohl auch bald weichen.

Eine Zeitlang schien es allerdings, als ob neue Mächte die Geschicke Ungarns leiten sollten. Die neuen bürgerlichen Freiheiten zauberten in wenigen Tagen ein politisches Leben hervor, das den Beobachter leicht über seine wirklichen Triebkräfte täuschen konnte. Wie Pilze nach dem Regen wuchsen neue Zeitungen aus dem Boden, neue politische Klubs bildeten sich

*) Aus einer in Vorbereitung begriffenen umfassenden Untersuchung über die ungarische 1848er Revolution.

in Pest und in der Provinz, in der äußeren Hülle der Nationalgarde entstanden allenthalben neue Organisationen; Volksversammlung folgte auf Volksversammlung und es regnete Resolutionen und Petitionen; neue Kräfte schienen sich in das alte Gefüge der ungarischen Politik einzuschieben.

Am lautesten ging es in Pest zu, wo der größte Teil der neuen Preßorgane herauskam. Alle Augenblicke wurde das Erscheinen eines neuen Blattes angekündigt. 1847 erschienen in ganz Ungarn insgesamt 65 periodische Schriften; im Revolutionsjahr 1848/49 nicht weniger als 152[1]). Jedes suchte das andere an Radikalismus zu überbieten und von den älteren Blättern wagte es kaum eines, der neuen Ordnung der Dinge offen Opposition zu machen. Wie auf dem Reichstag, so war auch in der Presse und in der öffentlichen Meinung der Konservativismus anscheinend vollkommen weggefegt.

Tatsächlich ließ sich der Radikalismus vieler Pester Zeitungen im Tone schwerlich überbieten. Es waren aber nur wenige, die auch grundsätzlich radikaler waren, als die neue Regierung selbst, deren Kritik ihre Spalten füllte; und noch geringer war die Zahl derer, die die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen des eigenen Radikalismus erkannt und vor ihnen nicht Halt gemacht hätten.

Jeder, der die Geschichte dieser Tage unbefangen und gründlich prüft, wird wieder einmal feststellen können, daß die Dynastie binnen wenigen Jahren zum zweiten Male eine nie wiederkehrende Situation unbenützt ließ, in der sie sich an die Spitze einer national-sozialen Bewegung hätte stellen können, ohne das politische Gefüge der Monarchie auch nur im geringsten stärker lockern zu müssen, als sie es später, nach ungeheuern Opfern, notgedrungen tun mußte.

Wer die Verhandlungen des Preßburger Reichstages und deren Vorgeschichte, die Persönlichkeiten und die Äußerungen der führenden Männer, die Zusammensetzung des neuen ungarischen Ministeriums kennt und sich durch oberflächliche Erscheinungen

---

1) SZINNYEI JÓZSEF Hirlapirodalmunk a 19. században (Unsere Zeitungsliteratur im 19. Jahrhdt.). Vasárnapi Ujság, 1865, S. 675. — Seit dieser Zeit ist eine ganze Reihe 1865 unbekannter Blätter zutage gefördert worden.

nicht täuschen läßt, der wird an dem tief-dynastischen Empfinden der Führer und der Massen, selbst in den Tagen der größten Aufregung, ebensowenig zweifeln können, wie er auch den nationalen Radikalismus bloß als eine taktische Überforderung erkennen wird, hinter der sich der sehnlichste Wunsch nach demselben juste-milieu hervordrängt, der in allen sozialpolitischen Fragen nur zu offen zutage trat. Am Tage der höchstgespannten Erwartungen, am 14. März, sandte Graf BATTHYÁNY zwei Freunde zu DEÁK, um ihn zur Annahme eines Abgeordnetenmandates zu bewegen. In dem Begleitschreiben hieß es: „In Wien floß Bürgerblut für die Konstitution. METTERNICHS absolutistische Regierung ist gestürzt, APPONYI hat abgedankt. Unter solch' außerordentlich wichtigen Umständen ist es unsere ernste Absicht, unsere Verfassung und den Thron zu festigen, indem wir uns des Volkes annehmen. Deswegen brauchen wir Dich . . . [2])." Auf diesen Ton waren alle öffentlichen und intimen Äußerungen der führenden Männer, selbst KOSSUTHS, gestimmt. Die Politik des Wiener Hofes war dagegen nicht auf die Handlungen des Reichstags, sondern auf den Ton des Pester Radikalismus eingestellt. Aber auch die der Stände. Denn so wie der Reichstag in der Reformgesetzgebung keinen Schritt weiter ging, als mit der äußersten Schonung der traditionellen Stellung des Adels bei Wahrung des liberalen Scheines vereinbar war, so gab er aus eigenen Stücken auch nicht den geringsten Bruchteil seines politischen Einflusses preis. Nichts wäre leichter gewesen, als ein Kompromiß auf der ganzen Linie zwischen Reichstag und Hof. Scheute sich doch der neue ungarische Justizminister FRANZ DEÁK nicht, diesen gemäßigten Reichstag, in dem damals bereits die allergemäßigtesten Elemente die Oberhand gewonnen hatten, am 3. April in einem vertraulichen Gespräch für „betrunken" zu erklären [3]). Andererseits fand der neue österreichische Minister des Innern Baron PILLERSDORF „alle Wünsche des ungarischen Reichstages bis nun (8. April) recht gemäßigt" und „wünschte nur, daß die bald zusammentretenden österreichischen Volksvertreter nicht übertriebener

2) DEÁK: Besrédei (Reden). II. Bpest 1886, S. 19.

3) SZÖGYÉNY-MARICH, L. Emlékiratai (Memoiren) I, 1836—1848. Bpest 1903, S. 64.

sein mögen und nicht mehr fordern als die Ungarn[4]). Und hatten andere in Wien etwa Angst vor der übertriebenen ungarischen Demokratie, so wußte Kossuth die Stände schon am 2. April damit zu beruhigen, daß „das Volk, wenn es mit Rechten ausgestattet wird, auch bei uns ebenso die Adeligen wählen werde, wie es in Rom die Patrizier gewählt hatte, und (daß) der Adel seinen Einfluß noch lange behalten könne, wenn er nicht in Gegensatz mit dem Volk gebracht werde“[5]). Auf dieser Basis hätte man sich wohl begegnen können. Nicht der eigene Wille, ausschließlich die Unvernunft der Hofpolitik war daran schuld, daß die ungarische Politik wieder einmal in die Arme des nationalen Radikalismus getrieben wurde. Dadurch, daß man der neuen Regierung so begegnete, als ob sie sich mit der radikalen Presse und der Pester Gasse identifizierte, ist sie schließlich richtig in deren Fahrwasser gedrängt worden.

Das wäre allerdings kaum möglich gewesen, hätte sich der Pester Radikalismus durch tiefe prinzipielle und soziale oder wirtschaftliche Gegensätze und Bestrebungen von der herrschenden Richtung unterschieden. Das war aber nicht der Fall.

Gewiß fehlte es auch in der ungarischen Revolution nicht an Stimmen, die ihre aus der französischen Revolutionsgeschichte und dem französischen Sozialismus geschöpften revolutionären und demokratischen Ideale von einer demokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht trennen wollten, für die die politische Freiheit nicht vollständig war ohne soziale Gleichheit. Die große Mehrheit stand aber den sozialistischen Ideen, wie sie damals etwa in Frankreich oder England, zum Teile auch in Deutschland bekannt und zu Parteiprogrammen erhoben waren, fremd gegenüber; für sie gab es neben dem politischen kein soziales Problem, keines wenigstens, das seine Lösung nicht in der politischen Demokratie gefunden hätte.

Vor der Revolution war es ein beliebtes Schlagwort der Konservativen gewesen, die Reformer als Kommunisten hinzustellen und damit jede demokratische Bewegung zu stigmatisieren[6]).

4) Ebenda S. 74.

5) Pesti Hirlap, Nr. 24, 9. April 1848.

6) Vgl. z. B. Kiss Antal, Szózat a néphez. (Aufruf an das Volk.) Pozsony 1848. S. 2.

Als in den ersten Märztagen die sozialen Gegensätze schärfer aufeinanderstießen, da vollzog sich in sehr kurzer Zeit die Scheidung zwischen den wenigen, die auch ein soziales Problem erkannten, und der Mehrheit des Radikalismus, für die die nationale Frage alles andere überragte.

Das führende Organ des Pester Radikalismus war das Blättchen Március Tizenötödige (Der 15. März), sein Herausgeber ALBERT PÁLFFY, einer von der Märzjugend, sein ständiges Losungswort: „Weg mit der Táblabiró-Politik". Es machte die entschiedenste Opposition gegen den Reichstag und das Ministerium, dem es Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber Österreich vorwarf, verlangte „im Namen von 160 000 Seelen" den Primat für den Pester Sicherheitsausschuß, protestierte gegen die „Gesetzfabrikation" in Preßburg, wo „die Táblabiró" sich mit den Adeligen verbinden[7]), und verlangte vom Ministerium das Bekenntnis zum Radikalismus „im europäischen Sinne", d. h. zum Radikalismus, der „keine historischen Rechte kennt, sondern ausschließlich darauf sieht, was für das Land nützlich . . . ist, vor dem alles tabula rasa ist . . ."[8]). Tatsächlich kannte es dem Ministerium und Wien gegenüber keine Mäßigung, und wurde dadurch bald eine wirkliche Macht[9]). Aber es war nur in dieser Richtung wirklich radikal. Wenn es sich auch den Gemäßigten gegenüber, die den Märztagen den revolutionären Charakter absprechen wollten[10]), offen zur Revolution bekannte, so hatte es sich doch schon im Programmartikel in seiner ersten Nummer vom 19. März, also kaum drei Tage nach der siegreichen Revolution, der es den Namen entlehnte, die Losung der Gemäßigten zu eigen gemacht: neben der revolutionären Parole: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — die Parole der Gegenrevolution: „Ordnung, Friede". In derselben ersten Nummer gab es schon der Furcht vor den Mißbräuchen" der Bauern Ausdruck, und am nächsten Tag schloß es sich dem plötzlich aufgeblühten Schlagwort von

7) Nr. 10, 28. März 1848.

8) Nr. 28, 17. April 1848.

9) PULSZKY, Életem ès korom. (Mein Leben u. meine Zeit.) Bpest 1880, II, S. 91.

10) Vgl. z. B. PETŐFIS Brief an ARANY, vom 21. März 1848, SZÉCHENYIS Äußerungen usw.

dem „Opfermut“ des Adels an und hielt es für „wünschenswert, das Landvolk darüber aufzuklären, damit es in der Verteidigung des Vaterlandes zu uns halte“. Am 22. März erklärte es sich gegen das allgemeine Wahlrecht, obwohl dieses „ein Lieblingsprinzip der Radikalen“ war. All’ das in der ersten Woche der Revolution! Man kann sagen, daß in diesen Bekenntnissen unbewußt die grundlegende Tendenz des Pester Radikalismus zum Ausdruck kam, dieselbe Tendenz, die sich bis zum 1. Juni zu der Erklärung durchgerungen hat: „Das Ministerium dachte, daß das Parlament die Frucht wäre; wir dagegen betrachten auch unsere parlamentarische Regierung nur als Mittel der nationalen Unabhängigkeit“. Wo der politische Gedanke dem nationalen in diesem Maße untergeordnet war, dort konnte der soziale Gedanke überhaupt nicht zur Geltung kommen.

Nicht anders, als in der gleichzeitigen Revolution in Wien, wo ebenfalls der Kapitalismus und das Fabriksproletariat noch ganz unausgereift waren, hatten auch in Pest die ersten praktischen Regungen und Differenzierungstendenzen der Arbeiter und der Bauern die spärlichen Keime der sozialistischen Ideenwelt bei der Intelligenz in den Hintergrund gedrängt und statt des Klassenstandpunktes, der in den früheren Kämpfen dem Adel gegenüber geltend gemacht wurde, die Klassensolidarität, bezw. die nationale Interessengemeinschaft gegenüber den die neue Freiheit bedrohenden Feinden zur herrschenden Theorie erhoben. Die verhältnismäßig noch niedrigere Entwicklungsstufe der bürgerlichen und proletarischen Bevölkerungsklassen in Ungarn war schuld daran, daß die soziale Färbung der Harmonietheorie und ihre Praxis hier noch blasser ausfiel, als in den Hauptstädten des nahen Westens.

So unentwickelt das Proletariat in Wien auch war und so wenig seine denkenden Führer der vorherrschenden demokratischen Ideologie eigene Theorien entgegenzusetzen hatten, so übten sie doch durch ihre relative Zahl und Bildung einen Druck aus, der manche soziale Idee und manchen gutgemeinten Reformvorschlag ausreifen ließ. Jedenfalls waren sie ein Element, mit dem die Demokraten im positiven Sinne zu rechnen hatten und rechnen konnten. Wer waren dagegen die bewußten Träger der Demokratie (oder des „Radikalismus im europäischen Sinne“) in Ungarn?

Neben einigen Schriftstellern, Advokaten und sonstigen Intellektuellen — die Jugend: Studenten und Juraten; angehende Beamte also, oder Söhne von Adeligen, angehende Gutsbesitzer. Ein Fabriksproletariat gab es überhaupt nicht und die Bauern mißtrauten dem Herrenvolk ohne Unterschied; für sie waren alle Parteien gleich.

In den ersten Tagen des revolutionären Taumels tobte sich die radikale Begeisterung frei aus. Versammlungen, Reden, Verbrüderungsszenen, Abschaffung der Titel, rote Kokarden [11]), Republikanismus, Gleichheit erhitzten die Gemüter. Die Stimmung wird durch den englischen Generalkonsul Blackwell in seinem Bericht vom 23. März an Viscount Ponsonby treffend gezeichnet: „Die Pester Republikaner, erzählt er, verhandeln sogar über die Einberufung einer Gesetzgebung, oder richtiger gesagt eines Nationalkonvents in Pest, mit der Begründung, daß die gegenwärtige Gesetzgebung keine volkstümliche Versammlung sei; daß ihre Verhandlungen (seit der Ernennung des Grafen Batthyányi), zu schleppend, daß die vorgeschlagenen Maßregeln nicht genug entschieden seien! Mit einem Wort, all' das bedeutet, daß sie die Republik errichten wollen, oder zumindest eine Monarchie mit republikanischen Institutionen. Sie sind dabei, eine äußerst mächtige Nationalgarde zu organisieren, mit Artillerie. Szemere und Eötvös sind in ihren Augen Konservative; selbst Kossuth, heißt es, beginnt in Pest seine Popularität zu verlieren" [12]).

11) Es konnte auch hier nicht fehlen, daß die Anzettelung der Revolution den Juden zugeschrieben wurde, obwohl ihre Teilnahme, wie aus der Namensliste der Mitglieder des Sicherheitsausschusses und auch sonst ersichtlich ist, gerade in Ungarn verschwindend gering, fast Null war. Vgl. die durch gar keine Tatsachen gestützten Ausfälle von Joh. Janotycki v. Adlerstein. Federzeichnungen. Skizzen d. sozialen u. polit. Zustände in Ungarn. Wien 1850. — Auch der Erzherzogpalatin machte sich in einem Telegramm vom 2. April an den ungar. Hofvizekanzler zum Träger dieser falschen Beschuldigung: „. . . In Pest gibt es noch Massen, die noch nicht zufrieden, die rote Kokarde ausgesteckt; meist Juden; mehrere wurden tüchtig durchgeprügelt." Szögyény-Marich a. a. O. I, 218. — Vgl. demgegenüber die authentische Erklärung des ersten Bataillons der Nationalgarde „Gleichheit". — Március Tizenötödike, Nr. 19, 6. April 1848. — Auf die Pester Juden paßte das Spottwort besser, daß sie sich „dem Ministerium gegenüber nach dem Geheiß des Evangeliums aufführen: Wer mit Steinen nach dir wirft, den bewerfe mit Brot". Ebenda, Nr. 56, 19. Mai 1848.

12) Correspondence rel. to the affairs of Hungary 1848—49. London 1849, S. 52/53.

Das war buchstäblich der Fall. Wenngleich wenige so weit gingen wie PETÖFI, der einer neuen „ungeheuern" Revolution das Wort redete, „wo es unsere erste Sache sein wird, einen riesigen Galgen zu errichten, darauf neun Männer[13]), so war das Ansehen der einstigen populären Führer der Opposition doch stark geschwächt. Ja selbst KOSSUTH mußte es sich gefallen lassen, daß man von ihm schrieb: „. . . Wenn er es weiter so treibt, macht er sich unmöglich[14])." So trifft denn auch ein späterer Bericht des englischen Generalkonsuls, vom 25. April, zu, in dem der Gegensatz zwischen dem Ministerium und den Pester Radikalen folgendermaßen charakterisiert wird:

„Die gegenwärtigen Minister sind von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt, die ungarische Krone dem Hause Habsburg zu erhalten, aber es kann nicht geleugnet werden, daß zumindest in Pest ein starker demokratischer Geist überwiegt und daß eine sehr mächtige Partei froh wäre, das Königtum abzuschaffen, so wie sie im Prinzip (virtually) den Adel bereits abgeschafft haben. Diese betrachten die pragmatische Sanktion, der die österreichischen Minister eine so große Bedeutung zumessen, als verfallenes, wertloses Dokument.

Unter den geringeren Zeichen des Republikanismus mag der Verruf der Titel erwähnt werden[15])."

Doch hielt diese Stimmung nicht lange vor. Mitte April übersiedelte das Ministerium nach Pest, und sein erstes war, die Auflösung des Sicherheitsausschusses zu veranlassen. Es folgte die Organisierung der neuen Ministerialbureaus und die Anstellung von Hunderten von neuen Beamten. Die radikalen Blätter eiferten lebhaft gegen die unnütze Vermehrung der Beamtenstellen und die übertriebenen Gehälter, noch lebhafter aber gegen die Beibehaltung der Männer des alten Regimes, der „Pecsovics" wie sie mit ihrem Spottnamen hießen. Sie erzwangen die Ernennung eines großen Teiles der eigenen Anhänger, allerdings ausnahmslos in recht subalterne Stellungen.

Einer der populärsten und radikalsten Führer der Jugend,

13) D. h. die neun Minister. Brief an ARANY, 16. August 1848.
14) Március Tizenötödike, Nr. 22, 9. April.
15) Correspondence, etc. S. 64.

PAUL VASVÁRI, enthüllte die Ursachen der Abflauung des Radikalismus ganz offen.

„Wenn ihr fragt, was die Märzjugend jetzt tut, kann ich es erzählen. Ein Teil ist in die Bureaus gegangen und nimmt an der Regierung teil. Der zweite Teil kehrte zu dem früheren Beruf zurück und wartet der besseren Zeiten. Der dritte Teil ging unter die Kriegsfreiwilligen . . . — Der vierte Teil zerstreute sich im ganzen Land. Diese verkünden die Worte der Gerechtigkeit. Lauter Apostel der Freiheit[16].“

Vier Wochen später saß auch VASVÁRI im Finanzministerium. Er wollte erst Universitätsprofessor werden, aber der Unterrichtsminister, Baron EÖTVÖS, schlug ihm und der petitionierenden Universitätsjugend die Bitte ab; daraufhin wurde er Ministerialsekretär.

Noch mehr aber als Amt und Berufsarbeit wirkte die feindliche Stimmung aller anderen Klassen abkühlend auf den Radikalismus. Gleich in den ersten Tagen machten sich die gemäßigten Elemente daran, ihn zurückzudämmen. — So heißt es in den LÓNYAYschen Aufzeichnungen vom 23. März, „TREFORT, HAJNIK und mehrere sagten, daß es schon jetzt notwendig wäre, sich in die Bewegung zu mengen, damit sie keine schädliche Richtung einschlage . . . KLAUZÁL sagte, wir möchten die sofortige Übersiedlung des Reichstages verlangen, weil er sonst nicht mehr Herr der Bewegung bleiben könne; die Hauptagitatoren, JÓKAI, PETÖFI, TRINYI, IRÁNJI, VASVÁRI wiegeln gegen den Reichstag auf, sowohl ihn, als auch TRYÁRY koste es große Mühe, die Bewegung zurückzuhalten . . .[17].“ Schon durch die Arbeiterbewegungen in Pest stutzig gemacht, wurde die Pester Jugend andererseits durch die Enttäuschung, die ihr das Verhalten des städtischen Bürgertums bereitete, in ihrem Schwunge gelähmt. Sie schwärmte von bürgerlicher Freiheit — und die Bürger veranstalteten Judenpogrome; sie erwartete vom Bürgertum, daß es die Verkünder der bürgerlichen Gleichheit zu seinen Führern und Vertretern wählen werde — statt dessen hieß es allenthalben in den Städten: „Weg mit den Schriftstellern, weg

16) Die Märzjugend. Életképek, Nr. 24, 4. Juni 1848, S. 705/07.

17) LÓNYAY, Menyhért naplója. (Tagebuch.) Budapesti Szemle, LXXXV, 1896, S. 45/47.

mit den Advokaten!"[18]); sie predigte Krieg und Revolution — die Pester Bürger schrien nach Frieden, und verlangten Ruhe für ihr Geschäft, und die Vertreibung der Jugend aus den Städten[19]). Noch weniger Anklang fand der republikanische Radikalismus in der Provinz. Die Verbreitung der radikalen Blätter selbst war sehr beschränkt. Március Tizenötödike hatte die größte Auflage; es wurde Ende 1848 in 733 Exemplaren versendet. Ein anderes Blatt, ZERFFYS Reform, hatte 110 Abonnenten, davon in der Provinz im ganzen 87. Nach seiner Vereinigung mit dem „Radicallap" stieg die Abonnentenzahl auf 225. Das deutsche radikale Blatt, „Die Opposition", brachte es auf 275 Exemplare. Demgegenüber waren die Auflagen der gemäßigten Blätter verhältnismäßig hoch. Vom „Pesti Hirlap" wurden 2554, von Kossuth Hirlapja 4214, von dem Organ des Ministerpräsidenten, der Pester Zeitung, 2811 Exemplare mit der Post befördert[20]). Es fiel diesen Blättern, allen voran Pesti Hirlap, nicht schwer, die radikale Presse durch konsequente Angriffe und Lächerlichmachung zu diskreditieren und die Provinzjugend gegen sie aufzubringen. Ließen sich in den ersten Tagen auch die Provinzen fortreißen[21]), so fordert kaum zwei Monate nach den begeisterten Märztagen das Komitat Heves

18) BIRÁNYI ÁKOS, Irányeszmék pest-városi tisztujitáshoz. (Leitende Ideen zur Pester Beamtenwahl.) Pest 1848, S. 14.

19) JÓKAI in Életképek, Nr. 22, 18. Mai 1848, S. 657/60. Im selben Sinne berichtet der Präsident des ungar. Stadthaltereirats, Graf FRANZ ZICHY, am 30. März nach Wien: „Das Bürgertum ist sehr unzufrieden und jeder Druck, den die Jugend auf es übt und der sein Vermögen und seine ganze Existenz zu bedrohen beginnt, läßt es die Wendung der gegenwärtigen Zustände ernstlich wünschen. Aber da es feig ist, erwarte ich vom bürgerlichen Element dennoch keine ersprießliche Reaktion. Sie trauen sich höchstens an die Juden heran, weil sie bei diesen noch weniger Mut voraussetzen." SZÖGYÉNY-MARICH a. a. O. I, 236. Doch waren die Bürgerlichen nicht die einzigen, die für das Erwerbsleben fürchteten. Vergleiche den weiter unten zit. Ausfall des Organs des Bundes der Landwirte Magyar Gazda, Nr. 37, 27. April 1848, S. 411/12.

20) SZINNYEI a. a. O. S. 540, 551/52, 564, 575, 630.

21) Vgl. z. B. die Beschlüsse des „Volkes der Stadt Steinamanger" (Szombathely) vom 17. März 1848. Allgemeine und vollkommene Abschaffung der feudalen Verhältnisse, unabhängiges Gemeindesystem, volle Rechtsgleichheit, unmittelbare Volksvertretung usw. „Tek. Vármegye. A kornak intö szózata..." In der Sammlung des ungar. Nationalmuseums.

die anderen Munizipien zum Protest gegen die Pester Jugend auf, gegen die Herrschaft dieses „Proletarierklubs", dieser „paar unruhigen Literaten und Rebellen", dieser „Skribler", die, offenbar im Solde des Russen oder Wiens, es wagen, das Ministerium zu kritisieren [22]). Und noch anders läßt sich einige Tage früher das Kasino derselben Stadt Steinamanger, die im Anfang unter den radikalsten war, an die Adresse des Március Tizenötödike aus: „. . . . Wir wollen keine giftmischende Banditen-Artikel . . . Ihr seid entweder vollkommene Delirierte oder die bestochenen Landsknechte des Metternichschen geschlagenen Heeres! . . . Diese Schulbuben, elende Bastarde, durchgefallene Schlingel wollen eine öffentliche Meinung vorspiegeln? Die wollen Pest und durch Pest das Vaterland sein . . .?" [23])

Es trat offen zutage, daß die Märzjugend die Fühlung mit den anderen Teilen der Nation verloren hatte, daß sie weiter gegangen war, als die Nation zu folgen gewillt war. Und so ist es nur allzu erklärlich, daß bei den ersten ernsten Alarmnachrichten aus den Grenzgebieten die schwankende Schar der Radikalen sich zum Programm des ausschließlichen Nationalismus bekehrte, daß der Ruf „Das Vaterland ist in Gefahr!" zum Signal der Einigung wurde, unter dem sich Freunde und Feinde des Ministeriums zusammenfanden. „Solche Worte — schrieb VASVÁRI — befehlen eine sofortige Einigung. In der Zeit der Gefahr darf die Kraft der Nation nicht zerrissen sein. Als Frankreich in der großen Revolution vom äußeren Feind bedroht wurde, da verschmolzen alle guten Patrioten und erfüllten ihre Pflicht . . . Denn über allen Parteifragen steht das erhabene Wort: Nationaleinheit" [24]).

Klein an Zahl und gering an Kraft war die Gruppe jener Demokraten, die, nicht weniger glühende Patrioten als die Prediger der nationalen Einheit, diese als ebenso dringend anerkannte Einheit durch die Erfüllung der demokratischen Forderungen, durch die Wegräumung aller Reste des Feudalismus herstellen wollten. Ihre Organe waren die obenerwähnten Népelem und Radicallap, ihre Führer die beiden Brüder

22) Március Tizenötödike, Nr. 56, 19. Mai 1848.
23) Bpesti hiradó, Nr. 849, 30. Mai 1848.
24) Életképek, Nr. 25, 4. Juni 1848, S. 706/7.

MADARÁSZ; in dem Gleichheitsklub gaben sie sich eine Organisation, die angeblich mehr als 1000 Mitglieder hatte, darunter etwa 30 Abgeordnete[25]). Aber weder die Verbreitung ihrer Presse, noch ihr Auftreten im Parlament, noch auch die tatsächliche Gestaltung der Dinge gestatten die Annahme, daß die übergroße Mehrzahl der Mitglieder mehr gewesen wäre als stumme Mitläufer.

Das Programm des Gleichheitsklubs wurde von PETÖFI entworfen, einem der wenigen, der bis zu seinem Heldentode keinen Augenblick in seinem demokratischen Radikalismus wankend wurde. Da, wie gesagt, nur sehr wenige da waren, die den Forderungen des Programms Geltung zu verschaffen suchten, so daß die Gesetzgebung der Nationalversammlung kaum von ihnen beeinflußt wurde, so bildet dieses Programm einen guten Maßstab zur Wertung der demokratischen Ergebnisse der Revolution. Es heißt darin:

„Die am 15. März verkündeten großen Worte sind verklungen. Die Ideen der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind nicht zur Wirklichkeit geworden. Vielmehr erheben die besonderen Kasten ihr Haupt von Tag zu Tag noch kühner. Die am 15. März in Pest erfochtene Preßfreiheit wurde durch die tyrannischen Preßgesetze der Preßburger Adelsversammlung zu Falle gebracht . . . Das am 15. März in Pest erklärte Prinzip der bürgerlichen Gleichheit wurde von der Versammlung der Preßburger Adeligen durch Erhaltung der verschiedenen Klassenkategorien paralysiert. Die Grundprinzipien der Neugestaltung des gebildeten Europa, welche die französische Nation in ihrer Februarrevolution erklärt hatte, und wir uns in der Pester Ideenrevolution zu eigen gemacht haben . . ., sind bei uns also bloße Worte, keine Wirklichkeit. Da die Klassenherrschaft bis zu dem heutigen Tag besteht, vegetiert das Volk in fortwährendem politischen Proletariertum.

Wir Gefertigten glauben, daß Ungarns Hauptstadt nicht deshalb die Fahne der Revolution am 15. März ausgesteckt hat, damit diese Ideen nicht zur Wirklichkeit reifen sollen, und alles

25) MÉSZÁROS KÁROLY, Kossuth levelei a magyar szabadságharc karvezéreivel 1848—49 ben (K.s Briefwechsel mit den Kommandanten des ungar. Freiheitskrieges). Ungvár 1862, S. 14.

in den früheren Zustand zurückgestoßen werde. Wir sind überzeugt, daß wie von nun an jeder Staat, so auch der ungarische nur so eine Zukunft haben wird, wenn das Volk im reinen, unbefleckten Sinne des Wortes in den Besitz jener Rechte gesetzt wird, welche ihm durch göttliche und natürliche Gesetze gebühren, von welchen es bis auf den heutigen Tag ausgeschlossen ist . . . Deshalb haben wir uns vereinigt, um . . . durch gesetzliche Mittel . . . die Verwirklichung der Prinzipien der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu betreiben. Wir haben uns vereinigt zur Erkämpfung der wahren und unbedingten, jeder Kaution baren Preßfreiheit. — Wir haben uns vereinigt zur Erringung der durch gar keine Kategorien, gar keinen Zensus vereitelten Volksrechte . . . Wir haben uns vereinigt zur Erstürmung und Niederwerfung der die Klassenscheidewände zwischen Menschen und Menschen, Bürger und Bürger erhaltenden Vorurteile. — Wir haben uns vereinigt zur Ausschaltung der auf den Sprachunterschieden beruhenden Animositäten, weshalb unsere Gesellschaft jeden Staatsbürger, welcher Zunge immer, gerne zu ihrem Mitglied zählt . . .[26])"

Auffallend in diesem Programm der „reinen Demokratie" ist das Fehlen der Stellungnahme zur Frage des Republikanismus. War doch die Benennung „rote Republikaner" für den linken Flügel der Demokratie auch in Ungarn gang und gäbe. Es steht außer Zweifel, daß ein Teil der führenden Mitglieder des Gleichheitsklubs aufrichtig republikanisch gesinnt war. Aber die allgemeine Entrüstung, die Petőfis Ende März erschienenes Gedicht „An die Könige" — dessen Refrain der Ausruf: „Es gibt keine geliebten Könige mehr", dessen Leitmotiv der Gedanke war, „daß das Königtum, wie eine am Baume verfaulte Frucht zu Boden fallen und untergehen müsse — im ganzen Land hervorgerufen hatte, mahnte zur Vorsicht. Bei der Annäherung der Wahlbewegung sehen wir vorerst Március Tizenötödike am 20. Mai erklären, daß „diese Ideen bei uns reine Doktrinen sind", über die hinauszugehen sehr gefährlich wäre, weil „bei unserem Volk der Royalismus geradezu eine Religion ist". Nicht lange

26) Programmja az Egyenlöségi Klub név alatt alakulandó társulatnak Pest, 26 jun., 1848. (Programm der unter dem Namen Gleichheitsklub zu bildenden Gesellschaft.) In der Sammlung des ungar. Nationalmuseums.

darauf verweisen auch die erklärten Organe der radikalen Partei den Republikanismus in das Reich der Doktrinen. „Die Frage, — schreibt zum Beispiel die Reform vom 11. Juni — ob wir eine Monarchie haben wollen oder eine Republik, existiert u. E. bei uns gar nicht, so sehr haben wir uns einerseits an die Monarchie gewöhnt, andererseits sind wir von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Prinzipiell ist die Republik allerdings besser." — Diese Erklärung bildet die Antwort auf den Vorwurf, welchen Radicallap vom 7. Juni gegen die Reform erhoben hatte, daß sie den Radikalismus mit dem Republikanismus identifiziere. Ja, selbst PETÖFI sah sich genötigt, als er bei den Wahlen kandidierte, bei Wahrung seines prinzipiellen Standpunktes die Lebensberechtigung der Monarchie in Ungarn anzuerkennen[27]). Das hat ihm allerdings nichts genützt und er konnte schon am 1. Juli, unbekümmert um die persönlichen Folgen, seinem Freunde ARANY schreiben, in drei Jahre werde es anders. „Jetzt heißt es: Der ist ein Republikaner, weg mit ihm! — bei den neuen Wahlen wird es heißen: Der ist kein Republikaner, also weg mit ihm!"

Es sollte anders kommen. Die im Herbst erfolgte Auflösung der Nationalversammlung und die Übertragung des Oberbefehls über Ungarn an JELAČIČ ließ die republikanische Flamme hell auflodern und schon am 11. Oktober erschien das erste Blatt (Köztársasági lapok, von ÁKOS BIRÁNYI), das sich bereits im Titel republikanisch nannte. Wie dann die Ereignisse zum offenen Abfall von der Dynastie führten und die Blätter — nach-

27) Seine Erklärung ist sowohl für die allgemeine Stimmung, als auch für seine ehrliche Naivetät bezeichnend. „Was mein an die Könige adressiertes Gedicht anbelangt — schreibt er u. a. —, das die Hauptursache meiner Unpopularität ist, so war es das erste öffentliche Wort des Republikanismus in Ungarn, und es irren sich diejenigen unendlich, die glauben, daß es auch das letzte war. Die Monarchie geht in Europa ihrem Ende zu; der allmächtige Gott selbst kann sie nicht mehr retten. Wenn eine Idee weltverbreitet wird, kann man eher die Welt vernichten, als diese Idee aus ihr austreiben; dieser Art ist jetzt die Idee der Republik.

Aber die Monarchie hat bei uns noch eine Zukunft, ja wir brauchen sie jetzt geradezu unbedingt, deshalb habe ich die Republik nicht ausgerufen, habe ich nicht zum Aufruhr gereizt, sondern ich habe die Idee bloß angeregt, damit wir uns an sie gewöhnen. Mehr zu tun wäre sinnlos gewesen, so viel zu tun zwang mich die Vaterlands- und Menschenliebe" . . . Életképek, Nr. 26, 11. Juni, S. 239.

dem die revolutionäre Regierung durch den Mund ihres Ministerpräsidenten SZEMERE sich am 2. Mai 1849 offiziell für „republikanisch“ erklärt hatte[28]) — nun offen schreiben konnten. „Die demokratische Republik mit allen ihren Konsequenzen ist das Programm unseres Strebens, ist die Aufgabe unseres Kampfes“, das ist allgemein bekannt, gehört aber mehr zur Geschichte der politischen Taktik, als der politischen Überzeugungen[29]).

Jedenfalls war der Republikanismus in den ersten Monaten der Revolution das offiziell verpönte Bekenntnis einer kleinen Minderheit, die sich öffentlich kaum hervorwagte. Und so vorsichtig sie in dieser Richtung war, so entschieden verwahrte sie sich gegen jeden Versuch, die „reine“ Demokratie auf die Bahn der „sozialen“ verschieben zu lassen.

Es war auch bei der sozialen Struktur des Landes kaum zu erwarten, daß der ungarische Radikalismus selbst in seiner äußersten Zuspitzung jenes Entwicklungsstadium des „negativen“ Republikanismus der französischen Revolutionsperiode überhole, das nach LORENZ STEIN „noch nichts ist, als die bloße Königslosigkeit. Er weiß sehr klar, was er nicht will; er ist sehr unklar über das, war er will“ [30]). Für seine positive Entwicklung fehlten alle Vorbedingungen, in erster Reihe die Möglichkeit der Anlehnung an das industrielle Proletariat. In Paris und in Berlin, ja selbst in Wien mußte der Republikanismus die sozialen Konsequenzen seiner Theorien ziehen; in Pest konnte er sich auf die

28) SZEMERE BERTALAN, Szépirodalmi dolgozatok és szonoklatok a forradalom elött és után. (Belletristische Aufsätze und Reden vor und nach der Revolution.) Bpest 1873, S. 289.

29) Bezeichnend für diese späte Frucht des Republikanismus ist die Erklärung im Programm von HORARIKS Der vierzehnte April, dem wir auch das obige Zitat entnehmen: „Nur ein Mann lebt in Ungarn, gegen den wir nie ein Wort des Tadels, nie ein Wort des Mißtrauens fallen lassen werden . . . LUDWIG KOSSUTH.“

Und wenn sich dieser Mann plötzlich die verfluchte Krone aufs Haupt setzte, so würden wir weinen, daß er ein Sterblicher, aber wir würden dem Volke zurufen: „Läutet die Glocken Eurer Kirchen und fallet nieder auf die Knie, denn Dieser ist Euer Heiland.“ (Nr. 1, 1. Juni 1849.) — Auch eine Art „Republik mit dem Großherzog an der Spitze“.

30) LORENZ STEIN, Die industrielle Gesellschaft. Der Sozialismus und Kommunismus Frankreichs 1830—48. II. Ausg. Leipzig 1855, S. 349.

„reine“ Theorie beschränken, weil jeder Druck von unten fehlte [31]), hingegen der Kommunismus nach bewährtem Muster auch hier von den Reaktionären als Popanz benutzt wurde, um die Fortschrittlichen von der Demokratie fernzuhalten.

Deshalb beeilten sich alle republikanischen Blätter, jede Gemeinschaft mit dem Kommunismus von vornherein abzulehnen. „Die Gleichheit der Menschen suchen wir — sckreibt Reform in ihrer ersten Nummer vom 6. April, — nicht in der territorialen Gleichheit ihrer Güter(!), sondern in jener rechtmäßigen und gleichen Rücksicht, die wir jedem Menschen als Menschen schuldig sind.“ Ebenso Radicallap in seinem Abonnementsaufruf: „In privatrechtlicher Hinsicht widersprechen wir dem Kommunismus und achten das Eigentum, als Grundstein der menschlichen Gesellschaft . . . [31]).“ „Weshalb fürchtet ihr euch vor der Republik?“, fragen die Republikanischen Blätter (Nr. 6). „Nicht die Gütergemeinschaft wollen wir. Ganz im Gegenteil — im Königtum haben es die Drohnen gut.“ Nicht anders ist der Ton nach der Unabhängigkeitserklärung: „Wir verstehen unter der Gleichheit keine Anarchie, noch den Kommunismus. Wir deuten die große Idee, wie folgt: Keine Vorschrift soll in der gesellschaftlichen Ordnung die Bewegung zum Aufstieg der Individuen hindern.“ In der ungarischen Republik soll „von den großen Ideen der auf die möglichst breiteste Basis gestellten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausgehend die Herrschaft der Oligarchen sowohl, als der einzelnen Kasten unmöglich gemacht werden und das Volk der einzige und ausschließliche Herr seiner selbst sein“ [32]). Am weitesten in der Betonung des

31) Ich habe in einer Besprechung der Schrift M. Révész, Geschichte der ungarländischen Arbeiterbewegung (in diesem „Archiv“ V, 299) auf Grund der Darstellung dieses Verf. des „Pester Kommunistenklub“ Erwähnung getan Diese Angabe muß richtiggestellt werden: Ein solcher Klub scheint nicht bestanden zu haben. Die einzige Erwähnung des Kommunismus in Verbindung mit Arbeitern habe ich in einem Pester deutschen Blatt gefunden, nämlich die Nachricht über eine „unlängst stattgefundene Hausdurchsuchung bei einem Schuhmachergesellen Schmidt nach kommunistischen Büchern“. („Der Ungar“, Nr. 63, 16. März 1848.) Sonst war weder in der zeitgenössischen Literatur, noch im Archiv der Stadt Pest irgendeine Spur dieser Verbindung zu entdecken, deren Existenz übrigens auch den Zeitumständen nach sehr unwahrscheinlich ist.

32) Szabadság, Egyenlöség, Testvériség („Freiheit, Gleichheit,

„reinen" Republikanismus geht auch in dieser Frage der bereits erwähnte JOHANN HORÁRIK, der sich in seinem Eifer zur Behauptung versteigt, daß es in Ungarn „fast lauter" Grundbesitzer gebe. und daß die es nicht seien, keineswegs kümmerlich genug lebten, um kommunistische Tendenzen „denkbar" zu machen [33]).

Hatte dieser Federfechter des zur Herrschaft gelangten politischen Republikanismus in seiner Folgerung auch recht, so kann andererseits doch festgestellt werden, daß einzelne Mitstreiter der Periode des „kämpfenden" Republikanismus bei aller Ablehnung des Kommunismus mehr soziales Verständnis bewiesen haben.

Für den ganzen vormärzlichen Sozialismus von Europa ist die Unklarheit der Ideen und Theorien bezeichnend. Er war keineswegs in dem Maße eine der arbeitenden Klasse — einer Klasse — eigentümliche Ideologie, wie etwa in den Revolutionskämpfen oder heutigen Tages. Viele nannten sich Sozialisten. die nichts anderes waren, als Philanthropen; und viele Demokraten machten sich einzelne sozialistische Forderungen zu eigen. Die größte Zugkraft übte um diese Zeit das Schlagwort von der „Organisation der Arbeit" aus, das auch LEDRU-ROLLIN in das

Brüderlichkeit"), hrsg. von EMERICH KOCSISS, Nr. 3, 27. April 1849. — Dann Nr. 4.

33) Seine Ablehnung des Kommunismus gehört auch sonst zu dem bezeichnendsten: „Es ist überflüssig — heißt es — unsere Gesinnung über die neuesten sozialen Auswüchse auszusprechen, doch aus Rücksicht auf die Verdächtigung des Kommunismus, mit der die Monarchisten alles beschmutzen, was die Fahne der Republik trägt, werden wir einige Worte darüber sagen. In Ungarn halten wir die Absicht der Einführung des Kommunismus für noch lächerlicher als die Furcht vor demselben. Der unermeßliche Bodenreichtum dieses Landes macht noch für Jahrhunderte ein anspruchsvolles Proletariat unmöglich, und bei den Erfahrungen der europäischen Staatsgesellschaften, die unseren Gesetzgebern bei Organisierung des neuen Freistaates zugute kommen, dürfte ein eigentliches mächtiges Proletariat noch längere Zeit ungeboren bleiben. In Ungarn gibt es fast lauter Grundbesitzer, und die es nicht sind, leben doch keineswegs kümmerlich genug, um kommunistische Tendenzen im großen denkbar zu machen. — Was uns betrifft, so anerkennen wir die Heiligkeit des Eigentums als das erste Gesetz, als Grundlage des Staatsbestandes, und wenn wir auch manchmal im Kampfe für das Prinzip der Brüderlichkeit den engherzigen Reichtum angreifen werden, so ist uns das wahre Wohl der Nation doch zu teuer, daß wir nicht mit allen Kräften gegen die zerstörende Tendenz des Kommunismus ankämpfen sollten." Der Vierzehnte April, Nr. 1, 1. Juni 1849, S. 2.

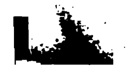
Programm seiner Réforme aufgenommen hatte. Es scheint, daß dieses französische Programm der sozialen Demokratie auf manche ungarische Demokraten eingewirkt hat. Auch diese lehnen den Kommunismus und die soziale Revolution ab, bekennen sich aber zum Sozialismus, bezw. zur „Organisation der Arbeit".

Die Veranlassung zu dieser Nuancierung wurde vorerst durch die Mairevolte in Paris geboten. Március Tizenötödike konnte es nicht unterlassen, gegen diese „Schändlichkeit" der Blanc, Albert und Barbès zu protestieren; um so mehr, als ihr Verhalten den Glauben des Schreibers an ihre Ideen erschüttert hat. „Wir halten — schreibt Csernátoni — die Lösung der Frage der Arbeitsorganisation für keine Chimäre, obwohl wir diesbezüglich mit uns ebensowenig im reinen sind wie die Urheber der Idee. Wir halten . . . den Versuch für großartig und nicht für eine unpraktikable Übertreibung." Nun haben wir uns getäuscht. Der Kampf für die Idee diente ihren Urhebern nur als Vorwand, um sich in dem besitzlosen, arbeitenden Volk eine ungeheure physische Kraft zu sichern, durch diese die Macht zu erobern „und selbst die Unterdrücker des Volkes zu sein, über dessen unterdrückten Zustand sie falsche Tränen geweint haben" [34]).

Das naive Bekenntnis der Unklarheit der eigenen Vorstellungen über die „nicht unpraktikable" Idee mochte wohl auch für andere Demokraten zutreffen; es fanden sich aber in der Gefolgschaft auch solche, die jeden Sozialismus perhorreszierten. Darauf deutet ein Leitartikel der Radicallap vom 16. Juni 1848.

„Obwohl wir — heißt es darin — in unserem Programm erklärt haben, Gegner des Kommunismus zu sein und nur den Sozialismus zu unterstützen, fanden sich doch mehrere, die auch der Name des letzteren erschreckt hat . . ." Die Frage muß also geklärt werden. Was ist der Kommunismus? Proudhon, der jüngste der systematischen Kommunisten, hat ihn durch den Ausspruch, Eigentum ist Diebstahl, definiert. Kommunismus ist die Gütergemeinschaft. Wir aber wollen die Gleichheit nur im gesetzlichen Sinne, d. h nur Gleichheit vor dem Gesetze, und machen uns Dumas' Wort zu eigen, der auf die

34) Nr. 63, 27. Mai 1848, S. 251/2.



Frage, was der Kommunismus sei, antwortete: Diebstahl! Wir haben um so weniger Grund, über den Kommunismus zu reden, als „er vom ungarischen Verstand mit der gebührenden Verachtung empfangen wurde, so daß bisher niemand offen sich zu ihm zu bekennen gewagt hat". Der Sozialismus hingegen strebt nichts anderes an, als die freie Assoziierung für bestimmte Zwecke[35]), wodurch die Bedürfnisse der Associés leichter und billiger befriedigt werden können. Er hat nichts zu tun mit der neuen Idee des Rechts auf Arbeit, mit den kostspieligen nationalen Arbeitshäusern usw. Der Staat kann nicht verpflichtet werden, jedermann Arbeit zu verschaffen, sondern „er hat die Pflicht, jede Verfügung abzuschaffen, durch welche einer an der Arbeit gehindert wird", z. B. das Verbot des freien Stellenwechsels. Und der Artikel schließt mit folgender Erklärung: „Das ist unsere Grundansicht vom Kommunismus und Sozialismus, und deshalb ersuchen wir alle Herren Einsender, ihre Aufsätze dem anzupassen, widrigenfalls ihnen kein Einlaß gewährt werden wird."

Wir haben absichtlich diese Äußerung angeführt, und nicht die zwei Tage früher an derselben Stelle erschienenen klaren und folgerichtig aufgebauten Ausführungen des Sekretärs des Gleichheitsklubs, Karl Mészáros, in denen er die Entwicklung der nationalen Idee über den Liberalismus zum Sozialismus verfolgt und nach dem Beispiele Frankreichs nationale Arbeitshäuser — „als Damm gegen den Proletarismus", die Erhöhung der Arbeitslöhne[36]) und eine gerechte gesetzliche Regelung des Gesindewesens fordert. Denn als autoritative Erklärung widerspiegeln jene Worte nicht bloß die Unklarheit, in der der Wunsch nach sozialer Ausgestaltung der Demokratie sich mit der Furcht vor sozialrevolutionären Entgleisungen vermengte, sondern widerlegen auch den Vorwurf der Reaktionäre, als ob selbst die radikalsten führenden Vertreter der ungarischen Demokratie mit dem Kommunismus jemals gemeinsame Sache gemacht hätten. Wie wir gesehen haben, ist gerade das Gegenteil der Behauptung des

35) Ebenso heißt es in der zit. Abonnementseinladung: „. . . Ansonsten unterscheiden wir davon die Genossenschaftsidee-Assoziation."

36) „Himmelschreiend ist der die menschiche Mühe gering achtende Arbeitslohn, den unsere Taglöhner bekommen." Ebenda.

bereits erwähnten Pamphletisten [37]) wahr. „Der Gleichheit wurde nur mit dem kommunistischen Wahlspruche: Eigentum ist Diebstahl! gehuldigt“

Aber auch das ist aus den schwankenden, auf Schritt und Tritt sich widersprechenden Erklärungen zu ersehen, daß allen diesen radikalen Bewegungen jede reale gesellschaftliche Grundlage fehlte, daß der ganze ungarische Radikalismus ein in der Luft schwebendes Geistesgebilde war, hinter dem keine selbstbewußte Klasse stand, deren Willen zur Macht im Staate er repräsentiert hätte. Alle seine Blätter zusammen hatten nicht so viel Einfluß, als ein einziges in der französischen Revolution.

Die einzige Klasse, auf die er sich hätte stützen können, war die Bauernschaft. Aber sowenig sich die Preßburger Stände bezüglich der Gefühle derselben gegenüber allem Herrenvolk einer Täuschung hingaben, so wenig dachten die Radikalen auch nur einen Moment daran, daß sie sich deren Gefolgschaft sichern könnten. Ja, es scheint sogar, als ob dem Bauer gegenüber Adel und Intelligenz, Oppositionelle und Radikale von demselben Gefühl der Furcht und des Mißtrauens geleitet worden wären. Nicht anders als die gemäßigten Blätter, gibt Március Tizenötödike gleich in der ersten Nummer der Befürchtung vor den „Mißbräuchen“ der Bauern Ausdruck und gleich am nächsten Tag stimmt es in die neue Parole ein, daß die Bauernbefreiung das Verdienst der Aristokratie sei, worauf das Volk aufmerksam gemacht werden sollte. Ebenso die Reform in ihrem ersten, einleitenden Artikel: „Vergesset nie die Großmut unseres Adels. Das rufe ich in eure Ohren. ich, sein unversöhnlicher Feind!“

Auch später fehlt es nicht an bangen Mahnungen und pessimistischen Beurteilungen. „Welcher Art ist die Volksseele? — fragt Március Tizenötödike am 31. Mai. Die hochwürdigen Herren haben sich aus des Bauern Ernte den Zehent herausgeholt, aber nicht den zehnten Teil seines Verstandes haben sie ihm gelassen.“ In Übereinstimmung mit den gemäßigten Blättern lassen sie den Ruf nach dem aufklärenden Bauernblatt erschallen, denn „das arme Volk versteht den Begriff der Freiheit und Gleichheit nicht . . . Es läßt sich durch teuflische Wühler auf-

37) Joh. Janotyckh v. Adlerstein, a. a. O., I, S. XXVI.

hetzen und tut, wozu es nach seinem beschränkten Verstande die Freiheit zu haben vermeint . . ." [38]).

Die im Monate Juni stattgefundenen Wahlen zur Nationalversammlung sollten die pessimistischen Voraussichten betreffend die politische Haltung der Bauernschaft bestätigen. Von allen Radikalen, die sich kandidieren ließen, wurden mit verschwindenden Ausnahmen nur Adelige gewählt, die, wie z. B. JOSEF MADARÁSZ, erbangesessenen adeligen Familien angehörten. Die zwei populärsten Dichter der Nation hingegen, PETÖFI und ARANY, mußten bitter erfahren, wie gering der Ausstrahlungsradius literarischen Ruhmes in Ungarn damals war. PETÖFI kandidierte in seiner Vaterstadt und mußte sich vor den aufgebrachten Wählern, bei denen er als russischer Spion, Republikaner, Kommunist angeschwärzt wurde, mit Gefährdung seines Lebens flüchten. ARANY wieder, damals Gemeindenotär in Szalonta, wo er als Kandidat auftrat, schreibt am 27. Juni an PETÖFI: „Das arme Volk dachte, es dürfte und könnte denjenigen wählen, den es liebt, dem es vertraut . . . Ich habe die Stimmenwerbung der göttlichen Vorsehung und dem guten Gewissen überlassen, aber nun sehe ich, daß die heutzutage sehr schlechte 'Kortesche' sind . . . Die Notäre schämten sich, daß einer ihresgleichen Abgeordneter werden sollte . . . Die Dorfrichter mußten jedem 5 fl. Strafe androhen, wenn er nicht zur Wahl ginge, ja man ging so weit, die angeblich überzähligen Fuhrwerke von den öffentlichen Komitatsbauarbeiten zum Transport der Wähler zu benützen . . ." usw. Und er setzt hinzu: „Wenn ich diesen Beginn der Volksvertretung bedenke, bedenke, daß noch immer Autoritäten über des blöden Volkes Überzeugung verfügen, muß ich bei Gott traurig werden."

Die beiden großen Dichter wurden auch durch die trüben persönlichen Erfahrungen in ihrer demokratischen Überzeugung und dem Vertrauen in die Sache des Volkes nicht wankend gemacht [39]); doch sie gehörten ja kraft ihrer Abstammung und ihrer gesamten Geistesverfassung zu demselben. Die Tatsache blieb bestehen: die Massen standen vollkommen außerhalb der poli-

---

38) Reform, Nr. 12, 14. Mai.

39) Vgl. z. B. PETÖFIS Brief an ARANY, vom 6. Juli 1848; ARANY an PETÖFI, 12. August.

tischen Bewegungen und der Revolution, sie waren nur passive Teilnehmer an denselben.

Die Politiker ihrerseits standen außerhalb der Volksklassen, die Demokraten und Radikalen nicht minder, ja sogar in noch höherem Maße, als die adeligen Vertreter. Und deshalb darf man dem Umstande, daß dem Gleichheitsklub 30 Abgeordnete angehörten, oder der Behauptung, daß die republikanisch gesinnte Linke der Nationalversammlung 39 Mitglieder gezählt haben soll[40]), keine übermäßige Bedeutung beimessen. Sehen wir von 3—4 Abgeordneten ab[41]), so waren es im Grunde nur persönliche, nicht prinzipielle Gegensätze, durch die die Parteien getrennt waren, und letzten Endes handelte es sich bei allen, die sich über das persönliche Interesse überhaupt erheben konnten — Konstitutionellen, Reformern, Demokraten und Republikanern — weniger um Liberalismus und Demokratie, als um die Nationalität, den Sieg der ungarischen nationalen Idee.

Das ward in den Märztagen den in Preßburg tagenden Ständen allerdings nicht klar bewußt. Wie sie das Volk fürchteten, so auch den Pester Radikalismus, über dessen Kraft und Einfluß sie sich anfänglich täuschen ließen. Die ersten Schritte des neuen Ministerpräsidenten, des Grafen L. Batthyány, und die gesamte Tätigkeit des Reichstages waren durch diese Gefühle bestimmt.

Es muß zugegeben werden, daß die Lage der neuen nationalen Regierung keineswegs leicht war. Durch ihre Entstehung wurzelte sie in der Revolution und hatte dem Radikalismus Rechnung zu tragen, wenn sie nicht gänzlich der alten konservativen Partei verfallen wollte, die insgeheim an der Rückbildung der nationalen Errungenschaften, also auch des unabhängigen nationalen Ministeriums, arbeitete. Andererseits hatte sie mit der

---

40) Arthur Frey, L. Kossuth u. Ungarns neueste Geschichte. Bd. III. Mannheim 1849, S. 14.

41) „Wir wollen uns keinen Illusionen hingeben — schreibt Március Tizenötödike —. Wir wissen im vorhinein, daß die rein radikale Partei in dieser Versammlung in einer ungeheuer großen Minorität bleiben wird.“ Nr. 67, 1. Juni 1848, S. 267. — „Eine Schweinerei, was diese Menschen im ganzen Lande treiben, Schweinerei! Es wird ja genug brave Jungen im Reichstag geben, aber die eifrigsten und uneigennützigsten Freunde des Volkes bleiben fast ganz aus.“ Petőfi an Arany, 1. Juli.

adeligen Gegenrevolution, die sich allenthalben im Lande regte, zu rechnen. Noch war der erste Freudenrausch nicht verflogen, noch waren die Spalten der Pester Blätter mit Einsendungen über die Märzfeiern in der Provinz gefüllt, und schon kam die Ernüchterung. Nicht nur in allgemeinen Urteilen, wie das des englischen Generalkonsuls, der am 22. März berichtet: „The only persons the liberals have to fear are the so-called half-spurred nobles, who must necessarily be disfranchised, and who will moreover have to pay taxes. This is the real cause of their great anxiety to bring the Diet to a close, being afraid that the Conservatives will make use of these discontented nobles, and get resolutions passed at the county congregations, condemning their proceedings[42])"; oder in dem Bericht vom 24. März des Erzherzogpalatins nach Wien, worin es heißt: „Der Adel ist an vielen Orten bereits aufgestanden, um sich faktisch Recht zu verschaffen[43]);" sondern auch in konkreten Beschlüssen und durch konkrete Gegenbewegungen. Aus dem Komitat Sáros wird vom 24. März geschrieben: „Namentlich wirkten jene Artikel der herabgelangten Gesetzentwürfe, welche die Urbarialleistungen sofort abschaffen, überraschend, ich könnte sagen niederschlagend auf die größere Menge." Sonst aber eitel Jubel[44]). Am nächsten Tag aus Szepes: Gegen die sofortige Aufhebung wird petitioniert. Sonst aber werden die Reformen freudig begrüßt[45]). Vom 29. aus Bars: Die Verkündung der Bauernbefreiung wurde überstürzt[46]). Vom 31. aus Mármaros: „Von den Komitatsständen zeigte das Gesicht keines, der über 24 Jahre, Heiterkeit[47])." Von Anfang April aus Stuhlweißenburg: „In Martonvásár haben die Edelleute feierlich gegen jede Schmälerung ihrer Rechte protestiert und schicken sich in Massen an, unserer Stadt einen bewaffneten Besuch zu machen. Dasselbe hört man auch von anderen Ort-

42) A. a. O. S. 52. — Ähnlich Pesti Hirlap: „Nicht wenige Deputierte trauen sich schon wegen des bisher Geschehenen in ihre Komitate nicht zurück." Nr. 20, 5. April.

43) SZÖGYÉNY-MARICH a. a. O. S. 218.

44) Pesti Hirlap, Nr. 25, 10. April, S. 319.

45) Ebenda Nr. 26, 11. April S. 319.

46) Magyar Gazda, Nr. 31, 7. April.

47) Pesti Hirlap, Nr. 29, 14. April, S. 330.

schaften, wo dieses niedere aristokratische Element vorherrscht[48]). „ „Reisende und Privatbriefe aus dem Bácser Komitat melden, daß auch dort der niedere Adel in Massen aufgestanden sei, gegen seine Landtagsablegaten die furchtbarsten Drohungen ausstoße und erkläre: er wolle seine althergebrachten Rechte bis zum letzten Blutstropfen verteidigen . . .[49]).“ Am 15. April sieht sich Baron WESSELÉNYI bemüßigt, „ein Wort an die Siebenbürger Patrioten zu richten“. — „Es heißt, — schreibt er — daß in Siebenbürgen vielerorts noch überlegt wird, ob man die Bauernschaft mit bloßer Überredung beruhigen und befriedigen könnte . . .[50]).“ Die Aufzählung ähnlicher Fälle könnte noch lange fortgesetzt werden.

Nicht minder zahlreich sind die Nachrichten über die Mißbräuche der Komitatsbeamten, über die Mißachtung der neuen Gesetze, die Erzwingung der abgeschafften Leistungen, über Prügel sowie Verhinderung der Verkündung und Erklärung der neuen Freiheiten usw.[51]). Mehr noch als die „guten alten Táblabiró's“ sich über die Rundschreiben der Ministerien mit ihren „ich ordne an“, „ich verfüge“, ärgerten, an die sie bei der früheren unbeschränkten Autonomie der Komitate nicht gewöhnt waren[52]), widersetzten sich die untergeordneten Organe der neuen Ordnung. ARANY schreibt darüber am 22. April an PETÖFI: „Hier will sich die gestürzte Aristo . . . oder eher οὐδενokratie (Nullokratie) . . . mit dem Gang der Dinge um keinen Preis versöhnen, und deswegen gibt's Konfusion über Konfusion in der Verwaltung.“ Und die allgemeine Verwirrung entlockt dem Vizegespan des Biharer Komitats den herzlichen Stoßseufzer, den er an den Rand eines Stadthaltereierlasses vermerkt: „Es ist leicht dort oben und post festum zu klügeln, doch ach schwer ist es hier in Bihar die Komitatsverwaltung zu leiten[53]).“

---

48) Der Ungar, Nr. 83, 7. April, S. 661.

49) Ebenda Nr. 84, 8. April, S. 668.

50) Pesti Hirlap, Nr. 30, 15. April, S. 333.

51) Vgl. namentlich: MUNKÁSOK UJSÁGA (Arbeiterzeitung); ferner OLÁH Gy: Békésóarmegye 1848—49. I. Gyula 1889, S. 77/78 u. passim.

52) MÉSZÁROS a. a. O. S. 2/3.

53) HEGYESI MÁRTON, Biharvármegye 1848—49 ben. (Das Kom. Bihar in 1848—49.) Nagyvárad 1885, S. 254.

Der Biharer Vizegespan irrte sich in einem: „oben“ war es auch nicht leicht. Allein die Zusammensetzung des Ministeriums barg schon die Quelle großer Schwierigkeiten in sich. Es war ein richtiges Koalitionsministerium, in dem neben Vertretern aller Schattierungen der Opposition Gemäßigtkonservative wie Széchenyi, und ein Hochtory, Fürst Paul Eszterházy, beisammensaßen, den man zum Minister gemacht hatte, „um der Welt einen Beweis zu liefern, daß die ungarische Bewegung nicht diejenige der Mittelstände und der Proletarier, sondern eine der Gesamtnation sei“ [54]). Aber selbst diese allen Ministern gemeinsame Tendenz konnte die prinzipiellen Gegensätze nicht überbrücken, noch weniger die persönlichen. Zwischen dem Ministerpräsidenten und Kossuth bestand schon seit einiger Zeit kein inniges Verhältnis und die Mißstimmung steigerte sich zur Spannung, seitdem der letztere am 8. März beantragt hatte, die Adresse mit den Reformforderungen mit Umgehung des Magnatenhauses an den Thron gelangen zu lassen, wodurch sich Graf Batthyány sowohl in seinem Selbstgefühl als Führer der Opposition des Magnatenhauses, als auch in seinem Legalitätsempfinden gekränkt fühlte [55]). Für das Verhältnis zwischen Kossuth und Széchenyi waren — jedenfalls übertriebene, geradezu abenteuerliche — Gerüchte bezeichnend [56]). Batthyánys Bestreben war, wie in den Fragen des Verhältnisses zu Österreich, so auch in den inneren Fragen einen Mittelweg zu finden zwischen den gegensätzlichen Strömungen des Reichstages und der öffentlichen Meinung, „zwischen dem alt-aristokratischen System und der neuen demokratischen

54) Kászonyi (Pseudonym), Ungarns vier Zeitalter. Erlebnisse und Lebensansichten eines Mitspielers. Leipzig 1868, 27/28.

55) M. Horváth, 25 Jahre, aus Ungarns Geschichte, 1823—48. Übers. v. J. Novelli. Leipzig 1867, II, 527.

56) Über die prinzipiellen und persönlichen Gegensätze innerhalb des Kabinetts vgl. auch Szeremlei, Magyarország krónikája, 1848—49. (Ungarns Kronik.) Bd. I. Pest 1868, S. 47/48; ferner Kemény Zsigmond, Forradalom után (Nach der Revolution). Bpest 1908, S. 143/47, Madarász József, Emlékirataim 1831—81. (Erinnerungen.) Bpest 1883, S. 1151: „Welches Gedränge entgegengesetzter Richtungen! Batthyány, Aristokratischer kubinscky, Kossuth, Demokratischer Opportunist, Széchenyi, konservativer Pecsovics, dann Szemere, Centralisator, der Feind der Komitate, Deák, der durch die Ereignisse erschreckt ist“ usw.

Richtung, einen solchen Mittelweg, welcher zwar die Entwicklung des zweiten nicht verhindere, nichtsdestoweniger aber imstande sei, jene Klassen, welche der Umgestaltung ihre Jahrhunderte alten Rechte und Vorteile aufzuopfern bemüßigt waren, zu besänftigen und zu versöhnen," eine Politik der Mäßigung, welche einerseits in der Richtung der Umgestaltung fortschreiten und deren Entwicklung sichern, anderseits jedoch auch „die Versöhnung mit der Aristokratie, das vertrauensvolle Einverständnis mit dem Hofe und der österreichischen Regierung ermöglichen werde" [57]).

Zum publizistischen Organ dieser Politik der Sammlung, der Konzentration, des justemilieu, der Ordnung wurde Pesti Hirlap auserkoren, das auch in den heißesten Märztagen kühlen Kopf bewahrt hatte und auch jetzt in mehr Exemplaren verbreitet war, als alle anderen Blätter zusammengenommen.

In der Anfangszeit hatte das Blatt vornehmlich mit der adeligen Reaktion zu tun, die auf ihre „Großmut" pochend, die Rückbildung der demokratischen Errungenschaften mit allem Eifer betrieb. Wiederholt mußte es dem neuen Schlagwort der Reaktion von dem „Opfermut" entgegentreten. Als ein konservatives Organ den Mut fand, für die Aufrechterhaltung der Steuerfreiheit des niederen Adels eine Lanze zu brechen, bekam es eine energische Abfertigung. „Die Nationalzeitung scheint nicht zu wissen — heißt es im Leitartikel vom 30. März — daß die großen Reformen, welche die Nation jetzt erkämpft hat, nicht Konzessionen der Großmut des Adels sind, sondern die Erfolge jener demokratischen Bewegung, die aus Paris ausgehend ganz Europa erschüttert hatte. Falls der Adel ein Opfer gebracht hat, so hat er es nicht auf dem Altar des Vaterlandes dargereicht, sondern im eigenen Interesse, als Sühnopfer dem rächenden Genius der Volksrechte." Und noch am 10. April mußte es selbst dem neuen Minister, Széchenyi, entgegentreten, als dieser im Reichstag davon sprach, daß „der großmütige ungarische Adel das Volk in die Verschanzungen der Rechte einließ". Dazu bemerkt die Redaktion: „Unseres Wissens ist das Volk . . . selbst in die Verschanzungen eingebrochen. Diese fortwährende Selbstbe-

57) Horváth-Novelli a. a. O. S. 563/64.

räucherung des Adels klingt recht übel." Doch als die Bedrängnisse des Ministeriums sich häuften, die Wiener Intriguen erstarkten, die Unruhen in Pest und im ganzen Lande sich verbreiteten, da trat die Parole: Einigung! hervor. Nun hieß es — am 13. Mai —: „Jede Partei sieht ein, daß die Gesetzgebung nicht anders handeln konnte. Es genügt uns, den Kampf der Nationen zu kämpfen. Was würde aus uns werden, wenn wir auch mit dem Kampf der Klassen zu kämpfen hätten." Nun wandte sich Pesti Hirlap in erster Reihe gegen die radikalen Unruhestifter. „Die Revolution, das Wort im europäischen Sinne genommen, ist zurzeit bei uns beendigt. Was von nun an geschehen kann, das wird entweder das Werk der friedlichen Ordnung, Befestigung, Ausbildung und Vervollkommnung sein, oder blutiger Krieg . . . Mögen sie sehen, daß sie nicht der Reaktion dienen . . . [58])." Március Tizenötödike antwortet scharf: „. . . In der ganzen Welt gibt es eine gewisse pseudo-revolutionäre Partei, die, nachdem sie über die Leichen anderer zur Macht gelangt ist, täglich predigt: Bürger, die Revolution ist beendet So handelte auch die Juliregierung . . . Was uns betrifft, wir glauben, es läßt sich auf der ganzen Welt keine elendere und bis zum Ekel selbstsüchtigere Politik denken, als jener, die durch Revolution zur Macht gelangt, am nächsten Morgen diejenigen, welche am Tage des Kampfes sich in der vordersten Reihe schlugen, nun eine unruhestiftende, bekrittelnde und ärgerliche Parteischleppe nennen." Darauf Pesti Hirlap am nächsten Tag, 18. Mai: „Überall im Lande die Spuren der Auflösung. Die Ideen über das Eigentum haben sich in den Köpfen unseres Volkes ganz verkehrt. Die Klassen, Landesteile und Rassen stehen in leidenschaftlichem Kampf gegeneinander, wo wir eben das Gegenteil, die Ausgleichung der Interessen, hoffen zu dürfen glaubten . . . Gefahr von außen und Gefahr innen im Vaterland . . ." Es sei an der Zeit, das Land über die wirkliche Stimmung der Hauptstadt aufzuklären. „Wo ist die Partei, welche diese Blätter vertreten, wo in der Hauptstadt, wo in der Provinz? Pest wünscht Ordnung . . . Und in der Provinz — ihr würdet kaum glauben, wie indigniert man über den fortwährenden Lärm ist." Dieser habe nur einen Zweck: Abonnentenfang!

58) Ebenda Nr. 58, 17. Mai.

In jenen Tagen übernahm Baron SZIGMUND KEMÉNY die Leitung des Blattes, als dessen Hauptaufgabe er die Unterstützung der parlamentarischen Regierung und die Verteidigung der März-errungenschaften bezeichnete, und zwar „im Geiste der Demokratie, d. h. der Ausgleichung der Interressen". Es kann nicht zweifelhaft sein, auf welche Seite die neuorientierte Regierungsdemokratie hinneigte.

In seinen ersten Proklamationen mißt das neue Ministerium beiden Teilen noch mit gleichen Maß. In dem Rundschreiben des Ministerpräsidenten vom 22. März, in dem er von der allgemeinen Steuerpflicht und der Bauernbefreiung Mitteilung macht, heißt es u. a.: „Bei dem Adel und den Grundbesitzern kann jenes Ereignis . . . Aufregung verursachen, dieses bei den bisherigen Steuerträgern übertriebenen Übermut, somit könnten beide zu Unordnung führen und diese wieder zu Zusammenstößen. Das ist es, was mit aller Kraft vermieden werden muß. Die Ordnung und der Friede müssen mit Vernunft und mit Gewalt aufrechterhalten werden . . . [59])." Es folgen die Unruhen in Pest, die Demonstrationen und Volksversammlungen, die Judenkrawalle, die Angriffe gegen Wien und das Ministerium, die Bauernunruhen, die alle Energie des Ministeriums in Anspruch nahmen [60]).

59) Mitgeteilt bei HEGYESI a. a. O. S. 256/59.

60) Vgl. darüber den Bericht des englischen Generalkonsuls vom 25. April: „The Ministers have displayed great energy in preserving order. The Committee of Public Safety is dissolved. The young gentlemen of the University have resumed their studies. The tumultuous popular assemblies which were held almost daily, in one of the large squares of this city, have been put to a stop by a Ministerial proclamation enjoining those who call a public meeting, to give twenty-four hours' notice to the proper authorities, and to state in writing the specific object for which the meeting is to be held. Should this object not to be deemed strit ly constitutional, the authorities are empowered to prevent the meeting taking place. The promoters of a meeting are also in some degree made responsible for the proceedings, and persons who address the meeting are liable to an action at law for making use of inflammatory language, or discussing questions foreign to the purpose for which the meeting was called. This peremptory measure was adopted after the news arrived of the energetic steps taken by Her Majesty's Government respecting the Chartist meeting on Kennington Common; and I am happy to say has produced the most salutary effect." Correspondence etc., S. 63.

Und schon am 2. Mai greift auch der Minister des Innern, der „Republikaner" Szemere, zum bewährten Beschwichtigungsmittel, zum Schlagwort von der Großmut. In einem Rundschreiben an alle Komitate erklärt er die 48er Gesetzgebung nicht wegen der Reformen für „ewig erinnerungswert", sondern dadurch, „daß der Grundbesitzer, auf sein Eigenes verzichtend, darauf, was bei ihm Reichtum, Überfluß, aber doch sein Eigentum war, dem Frieden, der nationalen Einheit . . . als Opfer dargebracht hat . . . Die Gutsherren übergaben dem Volk, was in den Händen des Volkes war. Sie übergaben es freiwillig, aus Patriotismus, im Interesse der Kraft des Vaterlandes und des Volkes . . . Die Glorie der Initiative gebührt den Gutsherren . . . [61])." Desgleichen fordert wenige Tage darauf der Kultusminister, Baron Eötvös, die Oberhirten aller Konfessionen auf, von allen Kanzeln verkünden zu lassen und dem Volke zu erklären: „daß nie und nirgends eine Ständeversammlung getan hat, was jüngst die ungarische, als sie jede gemeinsame Last auf die Schultern nahm, als sie die Urbarialverhältnisse abschaffte, als sie an den Platz der Stände, somit ihrer selbst, das Volk setzte . . . [62])." Und wieder war es Kossuth, der den tönendsten Ausdruck für die neue Politik fand, der mit seinem gewohnten Überschwang, ja geradezu begeistert in seinem neuen, eigenen Organ die neue Parole von der Ordnung und der Einheit hinausschmetterte. Da heißt es:

„Doch wir brauchen Ordnung, Mitbürger! Ordnung, die der Freiheit treu; wir brauchen Ordnung, unter deren Schutz wir uns in den neuen Verhältnissen befestigen; wir brauchen Ordnung, unter deren balsamischen Fingern die für das Wohl des Vaterlandes einzelnen geschlagenen Wunden verheilen; wir brauchen Ordnung, die das Ehrenwort der Nation einlöst, die reiche Früchte tragen soll im Garten der Gemeinfreiheit; wir brauchen Ordnung, die die Person, das Vermögen und die persönliche Ehre sichere . . .: wir brauchen Ordnung, unter deren Schutz dem Landmann,

61) Pap Dénes, Okmánytár Magyarország függetlenségi harcának történetéhez (Dokumentensamml. z. Gesch. d. ungar. Freiheitskampfes). Bd. I. Pest 1868. S. 68. — Eine äußerst lückenhafte Sammlung, doch der des obenerwähnten Janotyckh (Archiv d. ungar. Minist. u. Landesverteidigungsausschusses. 3 Bde. Altenburg 1851) vorzuziehen.

62) Ebenda S. 87/8.

der freigewordene, durch freie Hände bebaute Boden reichere Garben trage, dem Handwerker reicherer Gewinn sich biete . . .; wir brauchen Ordnung, damit der Besitz dem Taglöhner Arbeit geben könne, dessen ehrliches Herz in den Tagen der Freiheit erhöhten Verdienst heischt; wir brauchen Ordnung, durch deren Hilfe diejenigen, die das Vertrauen der Nation an die verantwortungsvolle Regierung berufen hat . . . die ihnen aufgetragene riesige Aufgabe bewältigen können . . ." usw. usw.[63]).

Ordnung war das Losungswort und das Hauptprogramm der Revolution und der Demokratie aller Schattierungen, mit Ausnahme der wenigen Jungen, geworden. Vergessen waren die Zeiten, wo es von den Konservativen hieß: „Sie wollen immer Ordnung und wieder nur Ordnung[64])." Der Hauptfeind, gegen den nun alle Kräfte aufgeboten wurden, ist der innere Störenfried geworden, die Kritiker des Ministeriums; und die Abneigung gegen die Radikalen war so stark geworden, daß man begann, die Bedeutung des 15. März in jeder Weise zu schmälern, daß es gerade zum unterscheidenden Markmal wurde, ob einer den 15. März anerkannte, oder das Verdienst der Umgestaltung KOSSUTH und dem Reichstag zuschrieb[65]). Die Gegner der Jugend bildeten die übergroße Mehrheit; sie besaßen die Macht in der Verwaltung und im ganzen Lande; und die am 4. Juli in der

63) Előfizetési hirdetés Kossuth Hirlapjára (Abonnementsaufruf auf „Kossuths Zeitung"). Pest, 17. Mai 1848. (Im ungar. Nationalmuseum.)

64) Baron KEMENY im Pesti Hirlap, Nr. 959, 1. Oktober 1847.

65) Bei einem Festessen zur Feier der Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn explodierte dieser Gegensatz in charakteristischer Weise. Auf ein, der Jugend gespendetes Lob brach der anwesende alte Vorkämpfer der Reformen, Baron WESSELÉNYI, aufgeregt los: „Die sind arg getäuscht worden, die da glauben, die Freiheit wäre am 15. März erzwungen worden, die die Pester winzigen Helden, die Pester Jugend für den Hauptfaktor ihrer Erkämpfung halten. Ich datiere den Tag der Freiheit vom 3. März, von der Zeit, wo durch das energische Dazwischentreten meines Freundes KOSSUTH die Adresse verfertigt wurde; und so fiel den Pester winzigen Helden keine andere Rolle zu, als das in Preßburg verfaßte Lied hier in Pest nachzusingen . . ." Ein anderer Gast warf dazwischen: „Wären die italienischen, französischen und Wiener Ereignisse nicht dazwischengetreten, so hätte sich KOSSUTH geduckt wie ein Hase." Worauf der Baron: „Das ist eine Lüge, wie heißt der Zwischenrufer, zwischen uns soll Leben und Tod entscheiden, Pistolen her! . . ." Radicallap, Nr. 16, 19. Juni 1848, S. 62.

Stadt der langen Verheißung, in Pest, zusammentretende Nationalversammlung hatte nichts zu tun, als in den Spuren der Alten wandelnd, das Werk der Preßburger Stände zu vollenden.

II. Die Arbeiterbewegungen.

So sehr man sich in Preßburg den Anschein gab, als ob die äußeren Ereignisse die Gesetzgebung nicht beeinflußten, und so sehr man die Pester Gasse und den Sicherheitsausschuß herabzusetzen und zu verkleinern bestrebt war: die Furcht vor Pest und der unbequemen Nebenregierung des Ausschusses zitterte bis zum letzten Tag in den Beratungen und in vertraulichen Äußerungen nach und verschwand erst allmählich, nach der Mitte April erfolgten Auflösung des Ausschusses und nachdem die meisten übriggebliebenen Teilnehmer in Amt und Würden aufgerückt waren.

Das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit, die Furcht vor der Anarchie war besonders stark, solange die Sache des verantwortlichen Ministeriums nicht endgültig unter Dach gebracht, bezw. der Widerstand des Hofes nicht gebrochen war. „Der Zustand des Landes ist besorgniserregend — schreibt DEÁK am 28. März an seinen Schwager —, dort oben vermag man sich nicht an die neue Ordnung der Dinge zu gewöhnen, und eine jede Angelegenheit stößt auf mehr Schwierigkeiten als in diesen Augenblicken ratsam; anderseits muß man in Pest jede Stunde vor dem Ausbruch eines leidenschaftlichen und das Vaterland gefährdenden Aufruhres zittern. In diesem Moment ist niemand fähig, die nächste Zukunft auch nur zu ahnen. Unser Land befand sich vielleicht niemals in größerer Gefahr. Ob uns Russen unterdrücken werden oder wieder Österreich, oder vielleicht die schrecklichste Anarchie, Gott mag es wissen! . . .[66]).

Nichtsdestoweniger ließ man sich die wenigen Tage, während deren das Schicksal des Gesetzentwurfes in Wien schwebte, die Hilfe der Pester Gasse gefallen und bediente sich der dort zu neuer Kraft erwachten Bewegung, die sich zu leidenschaftlichen Ausbrüchen steigerte, als Druck gegen Wien. In dem Augenblick aber, da am 29. März die Genehmigung des Gesetzes herab-

66) DEÁK, Bescédai (Reden). Bpest 1886, II, 29.

langte, wurden die neuangeknüpften Beziehungen mit Pest wieder und neuerdings in voller Öffentlichkeit abgebrochen. Bei dieser Gelegenheit war es, daß KOSSUTH den berühmten Ausspruch tat: „er, der einfache Bürger, wäre durch einige Stunden in der Lage gewesen, daß seine Hand entscheidend über das Los des österreichischen Thrones beschlossen hätte . . ." — den Ausspruch, der ihn endgültig um jede Möglichkeit des Vertrauens seitens der Dynastie brachte, obwohl er begleitet war von einer Abschwörung jedes revolutionären Gedankens, wie sie nicht entschiedener und allen Mächten und allen Elementen der Ordnung mundgerechter geschehen konnte. „Doch ich empfinde es tief — fuhr er fort — daß, wenn jemand so niederträchtig sein könnte, die Gelegenheit zu suchen, um die Brandfackel des Bürgerkrieges in diese Nation zu schleudern, er eine derart ungeheure Verantwortung auf sich laden würde, welche durch die strengste Strafe, durch alle Leiden der Hölle nicht gebührend gestraft wäre; denn man kann sich keine verfluchtere, abscheulichere Sünde denken, als mit Bürgerblut und der Ruhe eines Volkes zu spielen . . .[67])."

Diese verkappte Anspielung auf die Möglichkeit einer blutigen Revolution, die einzig vom Willen KOSSUTHS abhinge, war um so weniger angebracht, als um diese Zeit die Abwiegler und die gemäßigteren Elemente auch im Ausschusse die Oberhand gewonnen hatten, ohne andererseits weitere Gesellschaftskreise unter ihren Einfluß gebracht zu haben. Vielmehr waren bereits alle, sowohl die Führer als auch die radikale Presse, eifrig dabei, Dämme aufzurichten gegen die Ausbreitung des aufrührerischen Geistes auf das Landvolk, die einzig mögliche Stütze einer Revolution.

In allen anderen Revolutionen des Jahres 1848 spielten neben der Intelligenz das Bürgertum und das industrielle Proletariat die Hauptrolle. In Ungarn erwies sich das spärliche Bürgertum eher als Hindernis denn als Träger der Umwälzung; und daß die Arbeiterschaft möglichst abseits von jeder Bewegung gehalten werde, dafür sorgten die eigentlichen Führer von dem ersten Tage an.

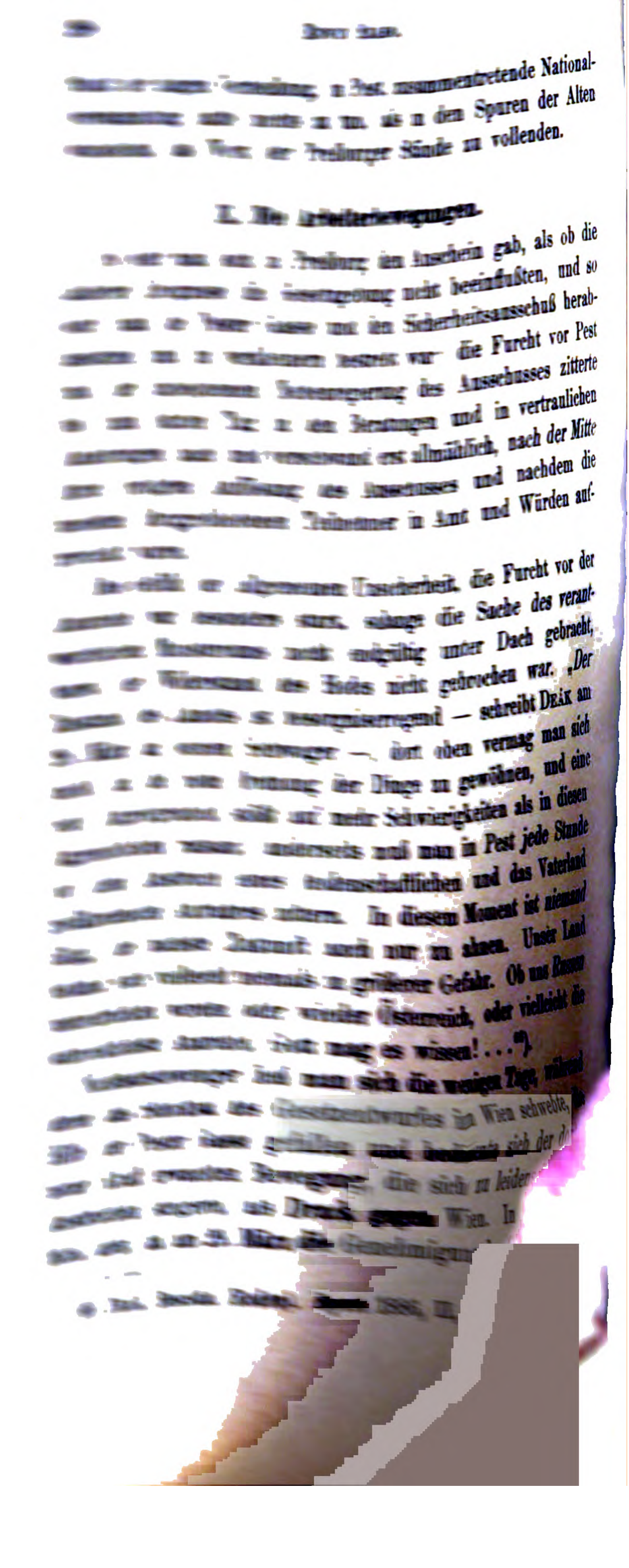
---

67) Bezirkssitzung vom 31. März. Pesti Hirlap, Nr. 18, 3. April, S. 290.

nicht der Or
die Fragestell
Versuch darst
auffassung zu
hat nämlich de
mus zu begrün
schaftliche So
erklärt. Das
sätzlich versch
bleme, die zu
Geistes gehöre
Verirrungen w
gründlichen w
Geschichtsmate
fruchtbar bewä
Wissens.

Anders ver
des Sozialismus
lich wenig an
wirrenden Miß
ren, auch A. ei
historisch-mater
der Ethik nich
oder vielmehr
zisten, welche
ren [90]).“ Alle
weisbaren Schl
der Ethik weit
jener sozialen S
er gleich auch n
Hier ist der sp
halb des Soziali
dem Bürgertum
diese Bewegung
sprung zu erke
greifen zu könn

90) Vgl. Marxi



langte, wurden die neuangeknüpften Beziehungen mit Pest wieder und neuerdings in voller Öffentlichkeit abgebrochen. Bei dieser Gelegenheit war es, daß KOSSUTH den berühmten Ausspruch tat: „er, der einfache Bürger, wäre durch einige Stunden in der Lage gewesen, daß seine Hand entscheidend über das Los des österreichischen Thrones beschlossen hätte . . ." — den Ausspruch, der ihn endgültig um jede Möglichkeit des Vertrauens seitens der Dynastie brachte, obwohl er begleitet war von einer Abschwörung jedes revolutionären Gedankens, wie sie nicht entschiedener und allen Mächten und allen Elementen der Ordnung mundgerechter geschehen konnte. „Doch ich empfinde es tief — fuhr er fort — daß, wenn jemand so niederträchtig sein könnte, die Gelegenheit zu suchen, um die Brandfackel des Bürgerkrieges in diese Nation zu schleudern, er eine derart ungeheure Verantwortung auf sich laden würde, welche durch die strengste Strafe, durch alle Leiden der Hölle nicht gebührend gestraft wäre; denn man kann sich keine verfluchtere, abscheulichere Sünde denken, als mit Bürgerblut und der Ruhe eines Volkes zu spielen . . .[67])."

Diese verkappte Anspielung auf die Möglichkeit einer blutigen Revolution, die einzig vom Willen KOSSUTHS abhinge, war um so weniger angebracht, als um diese Zeit die Abwiegler und die gemäßigteren Elemente auch im Ausschusse die Oberhand gewonnen hatten, ohne andererseits weitere Gesellschaftskreise unter ihren Einfluß gebracht zu haben. Vielmehr waren bereits alle, sowohl die Führer als auch die radikale Presse, eifrig dabei, Dämme aufzurichten gegen die Ausbreitung des aufrührerischen Geistes auf das Landvolk, die einzi[illegible]liche Stütze einer Revolution.

In allen anderen Revolutione[illegible]es 184[illegible] neben der Intelligenz das Bürgertum [illegible] indus[illegible]etariat die Hauptrolle. In Ungarn er[illegible] das sp[illegible]gertum eher als Hindernis denn als [illegible]er Um[illegible] die Arbeiterschaft möglichst [illegible]n jede[illegible] werde, dafür sorgten die [illegible]n Fü[illegible] Tage an.

67) Bezirkssitzung vom [illegible]

Wir besitzen allerdings kein einziges Zeugnis dafür, daß sich in der zünftlerischen Arbeiterschaft von Pest auch nur ein Funke autochthonen freiheitlichen Geistes entzündet hätte. Ja, es bedurfte mehrerer Wochen, bis sich einzelne Kategorien zu solidarischen Handlungen für die engsten Fachinteressen durchgerungen hatten; und verschwindend gering war die Zahl jener, die sich durch die Freiheitsideen der Zeit beeinflußt zeigten.

In den ersten Tagen der Demonstrationen und Versammlungen trug die Arbeiterschaft — oder, wie es in den zeitgenössischen Blättern mit Vorliebe hieß: die „Gewerbs-Jugend“ (denn es war ja alles Jugend, was da mittat) — nur mit ihrer physischen Gegenwart zur Bewegung bei. Keine Nachricht darüber, daß auch nur ein einziger Vertreter dieser Klasse versucht hätte — was in Paris und Berlin, und selbst in Wien selbstverständlich war —, irgendwie in die geistige Leitung einzugreifen und selbst in vollkommener Harmonie mit den bürgerlichen Elementen bloß die Tatsache der Existenz des Proletariats als aktiven Teilnehmers der Revolution in das öffentliche Bewußtsein hineinzutragen. Die proletarischen Teilnehmer der Pester Märzbewegungen waren tatsächlich bloße Mitläufer, nichts mehr. Andererseits vermieden — wie wir gesehen haben — die Radikalen nicht nur alles, um die Arbeiter über den Weg durch die sozialen Interessen zu freiheitlicher Gesinnung zu führen, sondern sie ließen die Gemäßigten ruhig gewähren, als sie die Proletarier auf die verschiedenste Weise aus der Bewegung hinauszudrängen, bezw. von ihr fernzuhalten suchten.

Die erste Gelegenheit dazu bot sich bei der Bildung der Pester Nationalgarde. Am 15. März wurde die Bevölkerung von dem eben gebildeten Ausschuß aufgefordert, „ein jeder ruhige und ehrliche Mensch“ [68]) solle sich in die Listen eintragen lassen, um bewaffnet werden zu können. In den folgenden Tagen wurde der Ausschuß selbst täglich durch ganze Reihen neuer Namen ergänzt, meist von Politikern, Schriftstellern, Bürgern, aber durch keinen Arbeiter, und das Bestreben ging offenbar danach, sich auch weiter ohne sie zu behelfen. Am 17. werden die Meister

68) Biranyi Akos, Pesti forradalom; az eredeti választmányi jegyzékek segédforrása mellett (Pester Revolution; nach den Originalprotokollen des Ausschusses). Pest 1848, S. 29.

aufgefordert, ihre Gesellen mit Arbeit zu versorgen, und der Stadthauptmann angewiesen, „das arbeitslose vagierende Volk unter strenger polizeilicher Aufsicht zu halten“, sowie zu berichten, wieviel Arbeiter durch städtische öffentliche Arbeiten beschäftigt werden könnten[69]). Der revolutionäre Ausschuß nimmt der Arbeiterfrage gegenüber eine Haltung ein, als ob er und nicht der konservative Führer — allerdings volle vier Wochen früher, lange vor Beginn der Revolution — das Rezept empfohlen hätte: „Arbeit und Polizei sind das einzige Heilmittel des Proletariats“. Am 18. endlich wird im Ausschuß beantragt, daß die Handwerksgesellen als nicht ständige Einwohner in die Garde nicht aufgenommen werden mögen; beschlossen wurde, daß nur einheimische und nur gegen Bürgschaft eines „gut beleumundeten“ Gardisten zugelassen werden sollen.

Dafür, daß die Arbeiter ja nicht zu ständigen Einwohnern würden, sorgten in der Folge vereint Polizei und Nationalgarde. Einzelne radikale Blätter berichten mit besonderer Genugtuung über die massenhaften Abschiebungen der „Landstreicher“, d. h. jedenfalls der Arbeitslosen. Vorerst lesen wir über die Entfernung von 200 Landstreichern; einige Tage später: die Nationalgarde habe 846 Vagabunden verhaftet und davon 711 „Fremde“ abgeschoben. Daß dadurch die in Pest ohnehin geringe Arbeiterschaft geradezu dezimiert wurde, bedarf keines Beweises; doch als sich jemand fand, der dagegen protestierte, wurde er von dem liberalen Ungar — dem wir diese Angaben entnehmen[70]) — schroff abgefertigt.

In den Reihen der radikalen Jugend fand sich in jenen Tagen keiner, der, wenn auch nicht aus prinzipiellen Erwägungen, so doch aus revolutionärem Instinkt, gegen diese Behandlung der arbeitenden Klassen Einspruch erhoben hätte. Aus dem Ausland und zwar wieder aus Paris kam die erste revolutionäre Kundgebung ungarischer Arbeiter.

In allen großen Industriestädten des Westens fanden sich um diese Zeit Gruppen von ungarischen Handwerksgesellen, die sich dem Druck der heimischen Zunftverfassung, den niedrigen

---

69) Ebenda S. 46.
70) Nr. 75, 88, 90.

Löhnen[71]) und der schlechten Behandlung durch Auswanderung entzogen hatten. Es ist erwiesen, daß sie in diesen Städten als gute Arbeiter geschätzt wurden. Daß sie auch von den Geistesbewegungen ihrer Zeit nicht unberührt blieben, ersehen wir aus Táncsics' Memoiren, der auf seiner Auslandsreise im Jahre 1846 es nirgends unterlassen hatte, ihre Versammlungslokale aufzusuchen. In Paris schlossen sie sich auf seine Anregung sogar zu einem Verein zusammen, dessen erste Tat war, das Manuskript der von ihm besorgten ungarischen Übersetzung von Lammenais' „Paroles d'un croyant" zum Zwecke der Herausgabe um 40 Franken zu erwerben. In London bestand bereits ein Verein, der ihn zu einem Vortrag einlud. Über diesen schreibt Táncsics, er wäre vom Geiste des reinen Patriotismus und der „Interessen und natürlichen Rechte der großen Klasse der Arbeiter" beseelt gewesen. Der Grundgedanke sei gewesen: wer nicht arbeite, solle auch nicht essen. Den Arbeitenden gehöre das Vaterland, denn nur diejenigen könnten es verteidigen, die an Arbeit gewöhnt seien und arbeiten könnten. Der Vortrag gefiel derart, daß auch die Londoner das Manuskript um zwei Pfund Sterling an sich brachten[72]).

Wohl von diesem Pariser Verein der ungarischen Arbeiter ging die Anregung zu der demonstrativen Begrüßung der provisorischen Regierung aus, über die in der Nummer vom 29. März des Pesti Hirlap von dem Führer der Deputation selbst ausführlich berichtet wird. Aber das Lob, welches in diesem begeisterten Bericht den ungarischen Arbeitern, im Gegensatz zu den im Ausland bekannten ungarischen Magnaten, gespendet wird, änderte an den Benehmen gegenüber den Arbeitern in der Heimat gar nichts. Vergebens verglich derselbe Berichterstatter — der Schriftsteller Ludwig Dobsa — in einer späteren Broschüre die soziale und politische Stellung der französischen Arbeiterschaft mit derjenigen der ungarischen. „Das Bestreben der provisorischen Regierung — schreibt er, allerdings noch vor den Junitagen — geht hauptsächlich danach, die Lage der Ar-

71) „In Paris verdient er im Mittel 25—40 francs wöchentlich, in der Heimat täglich 8 Papiergroschen, 1 Kreuzer." Dobsa Lajos, Az 1848, évi francia forradalom (Die franz. Revol. v. 1848). Pest 1848, S. 59.

72) Táncsics, Életpályám (Mein Lebensweg). Bpest 1885, II, S. 9, 17.

beiterklasse zu erleichtern. Frankreich verdankt seine Blüte den Arbeitern . . . Die provisorische Regierung sieht das ein, und wenn ihre erste Fürsorge dieser Klasse gilt, tut sie nichts anderes, als den Gesetzen der Gerechtigkeit und Billigkeit zu gehorchen. In Frankreich ist der Arbeiter der erste Mensch und deshalb blüht Frankreich derart . . . Auch wir möchten die gute Arbeit haben, aber wir sorgen nicht für den, der sie leistet. Wir schwatzen bunte Reden über den Aufschwung des Vaterlandes, aber wir gehen um den heißen Brei nur herum. Im Ausland ist die Zahl der guten ungarischen Arbeiter Legion, die dort so glücklich sind, als nur sein kann, wen sein hartes Los in ein fremdes Land, unter ein Volk mit fremden Gewohnheiten und Gefühlen getrieben hat; und diese Menschen verschlingen mit Heishunger jede Spalte der heimatlichen Zeitung und lesen jede ihrer Zeilen und überlegen jeden Buchstaben und erwarten sehnsuchtsvoll den Erlöser aus dieser Verbannung . . . Sie warten, wann endlich die Zeitungsnummer kommt, die nicht nur in Utopien, sondern in Taten den Fortschritt der Nation beweisen würde!? Wann, wenn nichts anderes, zumindest der Hauptskandal, die Zünfte, abgeschafft werden? Und sie warten. Und es erreicht sie die Nachricht von der Freiheit der Presse und die unglückseligen Träumer fallen sich mit Freudentränen in die Arme. Es kommt die zweite Nummer, die dritte, sie sehen die zwölf Punkte — und die Toren suchen blitzenden Auges den sie interessierenden Punkt unter den zwölfen und da sie vergeblich suchen, warten sie weiter. Die Zeitung ist voll ministerieller Ernennungen, aber über die Verbesserung der Lage der Arbeiter steht gar nichts. — So vergeht ein Tag nach dem andern, und die törichten Leichtgläubigen warten heute noch[73]) . . ."

Früher noch, am 21. März erschien, in Preßburg anläßlich der ersten Judenkrawalle ein Flugblatt[74]), die „im Namen des armen hungernden Volkes" „panem et circenses" verlangte. Das Stadtvolk hätte von der Urbarialablösung nichts, es brauche Brot und Arbeit; nicht polizeiliche Verfügungen, sondern die Abschaffung des Elends und des Hungers wären die Sicherungen gegen die

73) Dobsa a. a. O. S. 57/58.

74) Sebök Endre, Anabad magyar nemset Répoiselöihez . . . (An die Vertreter der freien ungar. Nation.) Poszony 1848.

Unruhen. Die Mahnung verklang vollkommen fruchtlos. Das Verhalten der radikalen Presse gegenüber der Arbeiterfrage war durchaus theoretisch. Zu den konkreten Fragen nahm sie überhaupt nicht oder nur zufällig Stellung. Wohl bemühte sie sich anläßlich der Judenverfolgungen, die Verantwortung dafür von den Gesellen ab- und ausschließlich auf die neidischen Meister, die sich angeblich an den jüdischen Störern rächen wollten, zu wälzen. Das geschah aber eher, um die reaktionären Strömungen schwächer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit waren. Auch wiederholte Volksversammlungsbeschlüsse über Herabsetzung der Mietzinse fanden meist sympathischen Anklang. Ja, selbst die eigentlich wirtschaftlichen Bewegungen wurden wohlwollend registriert, wenn man überhaupt Kenntnis von ihnen nahm. In der Mehrzahl der Fälle war selbst das nicht der Fall und nur zufällig wird in einem oder dem andern Blatt einer Arbeiterbewegung Erwähnung getan. Wären nicht manche, die Forderungen einzelner Branchen enthaltende Flugblätter und Maueranschläge erhalten geblieben, wir wüßten über diese Seite der Revolution fast gar nichts [74]). Sonderbarerweise sind auch im Archiv der Stadt Pest keine diesbezüglichen Aktenstücke zu finden.

So waren denn die Arbeiter in Pest ganz auf sich selbst angewiesen; und dem entspricht auch das geistige Niveau ihrer Regungen und Bewegungen. Von theoretischen Gesichtspunkten, allgemeinen Ideen kaum eine Spur. In meist unbeholfener Sprache werden ganz spezifische Wünsche vorgebracht, die selten über die drei grundlegenden Forderungen: Abkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und anständige Behandlung hinausgehen. Die weitestgehenden allgemeinen Forderungen beziehen sich auf die Abstellung der Mißstände im Zunftwesen. Erst später versteigt sich eine Volksversammlung, der dann die Schüler der höheren Gewerbeschule folgen, zur Forderung der Gewerbefreiheit.

So gehen denn die Arbeiter in dem einzigen prinzipiellen zeitgemäßen Problem der Industrieorganisation nicht über den Standpunkt der unter Kossuths Einfluß stehenden Vereinigung zur Förderung des Gewerbes, des „Industrievereins" hinaus, der sich in seinem amtlichen Organ wiederholt für die Aufrechterhaltung der Zünfte eingesetzt hatte [75]). Dementsprechend wurde

75) Vgl. Hetilap, 1845, Nr. 20 u. 21; 1846, Nr. 29 usw.

auch von den besonderen Freiheitsrechten der Arbeiter, in erster Reihe von der Koalitionsfreiheit, nicht gesprochen. Besaßen doch gewissermaßen auch die Gesellen in den Innungen und Gesellenheimen ihre Fachorganisationen.

Dagegen war der Boden für Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durch den allgemeinen Geist der Unbotmäßigkeit wohl genügend vorbereitet, obzwar die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht gerade günstig gewesen sein mochte. Die in vielen Gegenden des Landes herrschende Hungersnot hat die vielen, später abgeschobenen „Landstreicher“ in die Stadt getrieben, die jedenfalls auf die Löhne drückten. Am 17. März schreibt der Ungar, der billige Arbeitslohn werde die Baulust anfachen. Nichtsdestoweniger lesen wir schon zwei Tage später über eine „kleine Emeute“ der beim Sandführen beschäftigten Taglöhner. Sie setzen auch die Erhöhung des Akkordlohnes für die Fuhre von 10 auf 11 Kreuzer durch[76]). Bis Anfang April scheinen dann die Gewerbestreitigkeiten geruht zu haben, um dann anscheinend eine Branche nach der andern zu ergreifen. Am 8. April (Nr. 84) wird über die Schmiedegesellen berichtet, daß sie die Herabsetzung der Arbeitszeit verlangen, und zwar von 5 Uhr früh bis 7 Uhr abends, die Ausdehnung der Frühstückszeit von ³/₄ auf 1 Stunde und die Abstellung des Duzens. Auch die Seiler fordern das letztere. Obwohl diese Forderungen bewilligt zu sein scheinen, lesen wir in Nr. 87 vom 12., daß die Schlosser wieder nicht arbeiteten, sondern von Werkstatt zu Werkstatt ziehend die andern aufreizten; am Abend wäre dann wieder Ruhe eingetreten.

Ebenfalls am 12. erschien eine „Aufforderung an sämtliche Kollegen in den Hotels, Gasthäuser und Dampfschiffe in Pesth“, in dem, „beseelt durch die gerechten Forderungen der Wiener Kellner“, die Abstellung der „allgemein gemißbilligten Umstände“ verlangt wird; und zwar als erste Punkte: 1. die Ladbrüder, die mit der Bewegung nicht einverstanden sind, sollen abdanken; 2. im Spital sollen Separatzimmer zur Verfügung gestellt und die nachlässige und brutale Behandlung geändert werden; 3. Obervorsteher Pischinger soll abdanken; die Oberkellner sollen mehr Garantien bekommen; Gratisfrühstück usw. Zugleich werden die Gesellen zu einer Versammlung einberufen.

76) Der Ungar, Nr. 66, 19. März 1848.

Um dieselbe Zeit erscheint ein anderer Aufruf, in dem „das Pest-Ofener Kaffeehaus-Personal“ dreißig Wünsche aufstellt, u. a. nach: 1. Abschaffung des Du-Worts; 2. einem ordentlichen Herbergslokal; 3. der Nichtzulassung von Individuen anderer Professionen; 8. nach Erholungsstunden „einzurichten nach dem Geschäftsgang, für jeden wöchentlich einmal“; 11. freundlicher Behandlung, genießbarer Kost, besseren Schlafstätten; 17. nach ausschließlicher Vermittlung durch das „Mittel“; 29. „bei einem Begräbnis soll ein jeder von den Herren Kaffeesiedern verpflichtet sein, wenigstens einen Burschen zu schicken“; Versammlung am 17.[77]).

Dieser 15. und der darauf folgende Sonn- und Montag scheinen die kritischen Tage in der Pester Arbeiterbewegung gewesen zu sein. In diesen Tagen ging die Übersiedlung der Ministerien von Preßburg nach Pest und die offizielle Auflösung des Ausschusses vor sich, und die Arbeiter vieler Branchen scheinen die Erfüllung offenbar gemachter Versprechungen gefordert zu haben. Samstag, am 15. April, in der letzten Sitzung des Ausschusses kamen diese Forderungen zur Sprache. „Am besagten Tage — heißt es im Bericht des Pesti Hirlap vom 19. April — beschäftigte sich sowohl der städtische, als auch der Komitatsausschuß mit einer sehr ernsten Angelegenheit, die damit zu drohen schien, daß die friedliche politische zur sozialen Revolution einzelner Klassen entarten könnte. Es wurde vorgebracht, daß unter den Handwerkergesellen solche Bewegungen in Vorbereitung wären. Manche stünden wohl nur auf dem Boden der gesetzlichen Petition und verlangten die Abschaffung der Zünfte, die Gewerbefreiheit usw. Aber es gäbe leidenschaftliche Menschen unter ihnen, die . . . angeblich sich direkt die Gewalt, die Vertreibung der Juden, das Verbrennen der Zunftladen zum Ziel gesetzt und dafür den nächsten Montag bestimmt hätten. Die Zahl dieser wird von manchen auf 4000 geschätzt.“

Für die kritische Stimmung ist es bezeichnend, daß offenbar in diesen Ausschußberatungen die Arbeiterschaft erstmals selbst zu Worte kam. „Ein Handwerker — heißt es im Bericht des Ungar vom 19. — der sich aus der Masse der Metiergenossen erhob, mit denen der Saal angefüllt war, nahm in gereiztem

77) Beide Aufrufe in der Sammlung kleiner Drucksachen des ungar. Nationalmuseums.

Tone das Wort und legte die Beschwerden der arbeitenden Klasse in schreienden Farben dar. Er erwähnte besonders den Druck, den die Zünfte ausüben. Nach vielem Elend und 13—14jährigem Wandern könne man noch immer nicht das Meisterrecht erlangen . . .“ In der weiteren Diskussion erklärte sich der Vorsitzende, PAUL NYÁRY, für die Beibehaltung, zugleich aber auch für zeitgemäße Reform der Zünfte. Er anerkannte, „daß die Arbeiterfrage wirklich in diesem Augenblick eine prinzipale Stellung in Ungarn einnimmt“, verwies aber auf den Unterschied zwischen England, wo die Maschinenarbeit vorherrsche, und Ungarn, wo alles noch auf dem Handbetrieb beruhe. Andere Redner trachteten die Arbeiter mit der Versicherung zu beruhigen, daß das Gesetz, das den Juden die gewerbliche Tätigkeit außerhalb der Zünfte gestattet, für die christlichen Gesellen ebenfalls zu gelten habe, worauf die Beschwerdeführer konkrete Fälle anführten, in denen die assoziierten Gesellen aus ihren Läden vertrieben und zu harten Strafen verurteilt wurden. Wohl bestünden Antipathien gegen die Juden, doch seien diese im Zunftsystem begründet, usw.

Am darauffolgenden Sonntagmorgen erließ der Ausschuß einen vom Bürgermeister gefertigten Aufruf, der „die Mißbräuche im Zunftwesen“ anerkannte und die Einsetzung einer Kommission unter dem Präsidium NYÁRYS ankündigt, die dem Minister Vorschläge erstatten soll. „Besitzet daher Selbstbeherrschung genug — heißt es dann weiter —, um noch so lange, bis Euren Beschwerden gründlich Abhilfe geleistet werden kann, ruhig zu bleiben und zu arbeiten. Denn eurer Sache wird nicht durch zwecklose Tumulte, sondern einzig und allein auf gesetzlichem Wege, nach ihrer Gesetzlichkeit abgeholfen werden . . . Die Euch zur Störung der Ordnung verleiten möchten . . . sind Eure Feinde, sind Feinde des Vaterlandes.“

Die Arbeiterschaft wollte sich jedoch nicht länger mit Versprechungen zufriedengeben. In einer am selben Sonntag veranstalteteten Volksversammlung werden in erster Reihe Lohnforderungen gestellt. Die Gegenversammlung der Zunftmeister antwortete ablehnend. Daraufhin erschienen die Arbeiter Montag nicht zur Arbeit. Abermals erließ der Bürgermeister einen Aufruf[78]), in dem es heißt: „Patrioten! mit Bedauern mußten wir

78) Beide Aufrufe im Nationalmuseum.

erfahren, daß einige unter Euch von Werkstatt zu Werkstatt ziehend, ihre Kameraden selbst mittelst Drohungen von der Arbeit abzuhalten bemüht sind . . . Darin also besteht jene glorreiche Freiheit . . ., daß wir weder selbst arbeiten, noch andere arbeiten lassen? . . . Wer einen andern zu irgend etwas zwingt, begeht . . . Tyrannei! . . ." Es folgt wieder eine Mahnung zur Ruhe und Ordnung und die Verweisung auf den gesetzlichen Weg.

Nichtsdestoweniger erscheinen am selben Tag Maueranschläge, die der Bewegung einen noch ernsteren Charakter verleihen. „Brot dem Volke!", heißt es nun im Tone der Revolution. „Dunkle Individuen betreten die Rednerkanzel — schreibt ein Zeitgenosse. Der eine verkündet der immer wachsenden Menge irgendwelche Teilungsprinzipien; er wird unter lautem Beifall von einem andern abgelöst, der die Verweigerung der Mietzinszahlung beantragt. Seine Argumente werden von der zum Meere angewachsenen Menge mit stürmischem Beifall gebilligt"[79]). In der darauffolgenden Sitzung der Innungsvorstände erklären diese, sie könnten die hohen Forderungen der Gesellen wegen der Konkurrenz der jüdischen Meister nicht erfüllen[80]). Sie verlangen ihrerseits die Entfernung der Juden aus der Stadt, statt Abschaffung der Zünfte deren Reform, schließlich Abdankung des Magistrats[81]).

Am selben Tage beschließen die Schüler der Gewerbezeichenschule eine Petition an den Handelsminister, die in neun Punkten die Forderungen der gewerblichen Jugend enthält. Dies ist die erste klare, prinzipielle und systematische Zusammenstellung der Arbeiterforderungen, aber auch die erste, an deren Abfassung nicht nur rein proletarische Elemente, sondern u. a. anscheinend auch führende Mitglieder des Gewerbevereins und Lehrer der Schule beteiligt waren. In dieser Petiton werden die folgenden Forderungen aufgestellt:

1. Abschaffung der Zünfte. — 2. Befähigungsnachweis durch autonome Körperschaften. — 3. Freies Siedlungsrecht. — 4. Freiheit des Arbeitsvertrags. „Der Meister soll nicht mehr der Despot seiner Gesellen oder Gehilfen sein dürfen, sondern bloß der

---

79) Degré Alajos, Visszaemlékezéseim (Erinnerungen). Bpest 1883, S. 11.

80) Hetilap, Nr. 31, 18. April, S. 491.

81) Der Ungar, Nr. 94, 20. April, S. 747.

Meister; seine Gehilfen nicht Sklaven und Untertanen, sondern wirkliche Gehilfen und durch Vertrag gebundene Genossen." 5. Gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit derart, daß dem Gehilfen für seine geistige Ausbildung Zeit übrigbleibe und das Vertragsverhältnis nicht zum Herrschaftsverhältnis werde. — 6. Feststellung eines billigen Lohnes. — 7. Kündigungsfrist. — 8. Abstellung der willkürlichen Lohnabzüge. — 9. Heranziehung der Gehilfen in die Verwaltung der Ausbildungs- und Wohlfahrtsinstitutionen.

Diese Punkte wurden einer, ebenfalls am 17. abgehaltenen Arbeiterversammlung vorgelegt und von dieser unter Hinzufügung weiterer Erklärungen „zur Beruhigung unserer selbst und des städtischen Publikums" auch angenommen, und am 19. April in Druck herausgegeben. Die Zusätze enthalten die Versicherung, daß der Zweck der Bewegung nicht die Störung der Ordnung, sondern die friedliche Umgestaltung sei; daß zu diesem Zwecke eine Arbeiterkommission aus der eigenen Mitte entsendet wurde, die allein berechtigt sei, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen; und so wie sie zur Beruhigung der aufrührerischen Elemente wirken wollten, betrachteten sie auch die Meister nicht als Feinde, sondern forderten sie auf, einträchtig an der Umgestaltung mitzuarbeiten [82]).

Noch am selben Tage erließ diese Kommission einen zweiten Aufruf an die Arbeiterschaft, worin auf die Einleitung der friedlichen Verhandlungen verwiesen und vor Ansammlungen gewarnt wird; die Arbeiter werden gebeten, die Arbeit wiederaufzunehmen [83]).

Doch zu spät hat die Intelligenz in die Arbeiterbewegung eingegriffen. Die Autorität der neuen Kommission reichte nicht aus, um weitere Ruhestörungen zu verhindern. In einer anderen Versammlung wird „mit Rücksicht auf den seit dem 15. März gesunkenen Erwerb" die Erlassung des nächstfälligen Mietzinses gefordert [84]). Am Abend rotteten sich mit Knütteln und Beilen (?) bewaffnete Gesellen zusammen, die bald einen allgemeinen Angriff gegen die Juden und Hausherren begannen. Es mußte

82) Im Nationalmuseum.
83) Hetilap, Nr. 32, 21. April, S. 501.
84) Pesti Hirlap, Nr. 36, 21. April.

Alarm geblasen werden, Militär und die Nationalgarde rückten aus, es gab Verwundete und viele Verhaftungen.

So waren es denn die Arbeiter, die in dem neuen konstitutionellen freien Regime den ersten blutigen Konflikt verursachten. Die Folge war eine Verordnung des Gesamtministeriums vom 20. April, die das bisher ganz freie Versammlungsrecht strengen Einschränkungen unterzog. Die „gemeinen Wühler", welche die „skandalösen" Störungen der öffentlichen Ordnung und der persönlichen und Eigentumssicherheit unter Missbrauch der Versammlungsfreiheit hervorgerufen haben, werden straf- und vermögensrechtlich haftbar gemacht; alle weiteren „zwecklosen" Ansammlungen sollen mit Waffengewalt verhindert werden; endlich wird für die Volksversammlungen die Anmeldepflicht statuiert.

Diese Ereignisse konnten auch nicht ohne Rückschlag auf die Haltung der Presse bleiben. Während die radikalen Blätter jede Solidarität mit dem Proletariat ablehnten, verlangten die gemässigten Reformen. Pesti Hirlap vom 21. April beantragte, daß in die zu schaffenden Handels- und Gewerbekammern die Vertretungen der Arbeiter einbezogen werden, und wendete sich scharf gegen das Organ des Gewerbevereins, dem es anrät, sich lieber mit solchen Fragen zu beschäftigen. In der nächsten Nummer werden bewegliche Klagen gegen die Zügellosigkeit der Presse und der Agitation laut. Aber obwohl den Pester Unruhen viel gewaltsamere Judenverfolgungen in Pressburg und in anderen Städten folgten, wurde von weiteren Einschränkungen der politischen Freiheiten abgesehen.

Wenn auch ohne Störungen der öffentlichen Ruhe, hörten die Lohnbewegungen doch nicht auf. Am 27. wird von einer Versammlung der Handlungsgehilfen berichtet, deren Petition an das Ministerium die Forderung der Sonntagsruhe von 10 Uhr an verlangt, „damit auch ihnen ein Tag wöchentlich eingeräumt werde, an dem sie ihrer geistigen Vervollkommnung obliegen und gemeinsam ihre Interessen besprechen können". Am 28. beschließen die Friseure eine Petition im Interesse der besseren Verwaltung der Hilfskassen, der Krankenfürsorge im Spital und eines gerechten Lohnes, der das Alter berücksichtigt. Am 6. Mai wird über die Bewegung der Bäcker- und Müllergesellen, am 11. über die der Schneider- und Schustergesellen und den Streik der Pflasterer-

gehilfen, am 12. über die der Schlosser und der Brauknechte berichtet[85]) usw.

Unterdessen bereitete sich in dem Berufszweig, der sich in diesen Tagen allein guter Konjunktur erfreuen mochte, bei den Buchdruckern und Setzern, die erste modern anmutende Bewegung vor. Jedenfalls bildeten die Setzer, unter denen die Zahl der Ausländer recht groß war, die gebildetste Arbeiterschicht. Sie stellten sich vorerst auf legalen Boden, indem sie eine, vom 30. April datierte Petition an das Ministerium richteten[86]). Trotz mancher zünftlerischer Züge bildet dieses Schriftstück das erste Dokument der ungarischen Arbeiterbewegung, aus dem der Geist der neuen Zeit, die Ideen der Demokratie und die Erkenntnis der Veränderungen im Industriesystem sprechen. Im Gegensatz zu allen anderen Branchen, deren Bewegungen und Forderungen jeder allgemeinen Begründung entbehren und sich innerhalb der engsten Schranken der beruflichen Interessen hielten, beriefen sich die Setzer einleitend auf das Prinzip der Gleichheit, kraft dessen sie gleiches Recht mit den Prinzipalen beanspruchen, innerhalb der gesetzlichen Grenzen den gebührenden Lohn zu verlangen. „Denn uns Arbeitern verdanken die Druckerei-Eigentümer all' ihren Gewinn, und weil alles Schöne und Gute, was das Herz edelt, die Geister aufklärt, durch unsere Hände geht und auch an uns haften bleibt.“ Deshalb seien sie befugt, die Verbesserung ihrer Löhne nicht nur zu erbitten, sondern auch zu fordern, weil sie nichts Übermäßiges, sondern nur Billiges verlangen. Die Eigentümer hätten sich aber unter dem Schutze desselben Despotismus, der die Presse selbst zum Schweigen verurteilt hatte, ihren Gründen bisher hartnäckig verschlossen. Und doch müßten sie wissen, daß alle andern Arbeiter mehr Aussicht hätten, einmal selbständig zu werden, während „wir mit seltenen Ausnahmen zu ewiger Untertänigkeit verdammt sind“; daß sie deshalb für das Alter zu sorgen hätten und dabei auch für höhere Bildung als viele andere Arbeiter; daß die deutschen, französischen, österreichischen Besitzer die Forderungen ihrer Arbeiter erfüllt hätten, „obwohl die dortigen Eigentümer einen

85) Der Ungar, Nr. 100, S. 799; Nr. 102, S. 816; Nr. 108, S. 863; Nr. 112, S. 895; Nr. 113, S. 903.

86) Mitgeteilt in Munkások Ujsága, Nr. 6, 7. Mai, S. 88/91.

geringeren Gewinn haben, als bei uns". Denn aus den beigeschlossenen Dokumenten sei zu erkennen, „daß sie auch 100–300 % Nutzen machen". Deshalb verlangen sie:

1. Die Annahme des beiliegenden Tarifes; 2. ein gerechtes Verhältnis zwischen Schnell- und Handpressen und ein Verbot des Betriebes der ersteren bei Arbeitsmangel; 3. Einstellung der alten Arbeiter zu leichteren Arbeiten; 4. 10 stündige Arbeitszeit; 5. zur Vermeidung aller Streitigkeiten die Anerkennung von je zwei Vertrauensmännern der Arbeiter in jeder Werkstätte. Zum Schluß wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Erfüllung dieser geringen Forderungen das freundliche Verhältnis zu den Prinzipalen um so eher herstellen werde, als die geringen Opfer durch den erhöhten Fleiß, den sie selbst erzwingen wollten, wettgemacht würden. Sollte aber binnen 14 Tagen die Sache nicht geregelt werden, so „würden sie dorthin gehen, wo sie gebührend bezahlt werden".

Die Lohnbewegung der Setzer war wohl die einzige, von der nicht nur fast die gesamte Presse Kenntnis nahm, sondern für die sie auch Partei ergriff. Trotzdem ließen Regierung und Prinzipale die gestellte Frist verstreichen und erst als die Arbeiter am 14. Tag tatsächlich mit der Arbeitseinstellung drohten, trat am 13. Mai eine gemischte Kommission aus Vertretern des Ministeriums, des Magistrats, der Prinzipale und der Arbeiter — darunter Táncsics — zusammen, aus deren Verhandlungen nach einem Tag und einer Nacht der erste ungarische Tarifvertrag zustande kam[87]).

Allem Anschein nach dauerten während der legalen Bewegung der Setzer die Ruhestörungen der zünftlerischen Arbeiter fort. Wohl versuchten es die Behörden auch noch mit Strafandrohungen. Am 9. Mai erließ der Minister des Innern eine Verordnung an den Pester Magistrat, worin gegen die nächtlichen Ruhestörer, die „hinterlistigen Wühler", die „durch eingelernte Fragen und Antworten" und „Terrorismus" aufhetzen, die Aufbietung der Garde, im Notfalle des Militärs anbefohlen wurde. Am selben 13., an dem die Schlichtungskommission zusammentrat, erging

87) Vgl. Novitzky N. László, Egyesült erővel; a magyar könyvnyomdászok ötvenévi szakszervezeti tevékenységének története (Gesch. d. 50jähr. gewerksch. Tätigkeit d. ungar. Buchdrucker). Bpest 1912, S. 35/40.

der Befehl, die ausländischen Gesellen, falls sie nicht über entsprechende Zeugnisse verfügten, und auch die arbeitsscheuen Inländer abzuschieben[88]). Zugleich aber wurde der Magistrat verhalten, darüber zu wachen, „daß die Handwerksgesellen bloß deshalb, weil sie um die Verbesserung ihrer Lage bittlich eingekommen sind, weder aus den Werkstätten entfernt, noch ohne Arbeit gelassen werden".

Dieser Erlaß bedeutet eine Wandlung der Regierungspolitik gegenüber den Arbeiterbewegungen, eine Änderung, die schon einige Tage früher eingeleitet wurde. Im amtlichen Pesti Hirlap erschien nämlich bereits am 5. Mai eine Verordnung des Handelsministers, „in Angelegenheit der Klagen der Budapester Zunftjugend", die geradezu als Aufforderung an die Gesamtheit der Arbeiter gelten konnte, ihre Beschwerden vorzubringen. Der Stadtbehörde wird darin aufgetragen, die Zunftvorsteher unverzüglich einzuberufen, und auch jene, „deren Jugend bis heute keine Petition eingereicht hat, ebenfalls dahin zu instruieren, von ihren Gehilfen deren etwaige Klagen binnen zwei Tagen einzuverlangen". Alle Klagen und die entsprechenden Äußerungen der Zünfte sollten durch den Magistrat unverzüglich vorgelegt werden. Doch lesen wir über die am 10. im Stadthause abgehaltene Sitzung, betreffend die Zerwürfnisse zwischen Meistern und Gesellen, daß sie einen stürmischen Verlauf nahm und daß manchen Innungen Saumseligkeit vorgeworfen wurde[89]). In einer weiteren Verordnung vom 13. Mai wurde das Einlangen der meisten Äußerungen konstatiert und zum Ausgleich der beiderseitigen Interessen eine Einigungskommission aus 24 Meistern, 6 Gesellen, 16 ersten Gesellen und 4 Ministerialbeamten aufgestellt, mit dem Beisatz, daß wenn sie keine friedliche Einigung erzielte, der Minister selbst Verfügungen treffen werde.

Nun begannen auch die Blätter sich mit der Zunftfrage zu beschäftigen. Am 6. Mai widmete Pesti Hirlap den Zunftübeln einen ausführlichen Artikel und verlangte die Abschaffung der Naturalverpflegung, den freien Arbeitsvertrag, 12stündige Arbeitszeit (unberechnet 1 Stunde Mittagspause), doch keine Minimallohnfeststellung. Die radikalen Blätter gingen weiter und forderten ge-

88) Beide im Archiv der Stadt Pest: Rend. 2, cs. 95, sz. 1848.
89) Der Ungar, Nr. 114, 13. Mai, S. 911.

radezu die Abschaffung der Zünfte[90]). Doch auch die Bewegungen hören nicht auf, wie wir aus weiteren Berichten des Ungar ersehen. Darauf deutet auch eine Verordnung des Ministers des Innern vom 10. Juni „an die Gewerbsmänner“, worin sie an die früheren Verordnungen erinnert und auf den gesetzlichen Weg verwiesen werden; „Zusammenrottungen, Gewalttaten, Zwang sind strengstens verboten[91]).“ Auch aus der Provinz kommen Nachrichten über Arbeiterbewegungen, so vom 11. April aus Preßburg, am 18. Mai aus Klausenburg usw.[92]). Schon früher beginnen die Berichte über die Unruhen unter den Bergarbeitern sich zu häufen. Bereits am 29. April wird ein bevollmächtigter Regierungskommissär in die oberungarischen Städte entsandt, „da die Bergarbeiter durch geheime Verbindungen zum Ungehorsam und zu Angriffen gegen die persönliche und Eigentumssicherheit aufgereizt werden“[93]). Am 10. Mai veröffentlicht Pesti Hirlap die Zuschrift eines höheren Bergbaubeamten aus Südungarn über die Mißbräuche der Gewerke gegenüber den Arbeitern; zur Beruhigung der 20000 „verarmten, verbitterten und im höchsten Grade aufgeregten“ Arbeiter wird die Verbesserung der Löhne, die Abstellung der Mißbräuche in den Knappschaftskassen, endlich die Heranziehung der Arbeiter zu den am 15. Mai in Pest abzuhaltenden Beratungen mit den Bergwerksbesitzern dringend angeraten. Ähnliche Wünsche werden in derselben Nummern aus Felsöbánya (Ostungarn) mitgeteilt[94]). In der nächsten Nummer vom 11. Mai gibt ein Korrespondent aus Sohl (Zólyom) der Befürchtung Ausdruck, die ob ihrer niedrigen Löhne „sehr unzufriedenen“ Bergarbeiter würden der slavistischen Agitation zum Opfer fallen. Weitere Berichte vom 18. aus Siebenbürgen, vom 25. aus Oberungarn folgten.

Inzwischen hatte sich auch der politische Horizont drohend umwölkt. Die Serben in Südungarn waren in Aufruhr und die

90) Reform, Nr. 15; Radicallap, Nr. 10 u. 11; usw.

91) Im Nationalmuseum.

92) Budapesti Hiradó, Nr. 811 u. 813; Pesti Hirlap, Nr. 59.

93) Ebenda Nr. 47, 4. Mai.

94) Der Schlußsatz der ersten Zuschrift ist für die Stimmung äußerst bezeichnend. „Man munkelt, daß die Verwaltung der Polizei unter den Bergleuten Komitatsbeamten anvertraut werden soll, — vor diesen besteht ein derartiges Grauen, daß der erste Versuch aufreizend wirken und die traurigsten Folgen haben würde.“

Organisation der Landwehr und der Nationalgarde wurde im ganzen Lande mit fieberhafter Eile betrieben. Der Sammelruf: Das Vaterland ist in Gefahr! ertönte immer lauter. Nun begann man auch um die Gunst der städtischen Proletarier zu werben. Noch am 18. März wurden sie bekanntlich nur gegen Gutstehung eines zuverlässigen Bürgers zur Garde zugelassen. Nun wurden sie, wie alle andern Gesellschaftsklassen, geradezu angeworben. Am 22. Mai erschien ein Aufruf des Bürgermeisters „An die Gewerbsgesellen", in dem denen, die eintreten, versprochen wird, daß sie „nach drei Jahren in den Schoß der Stadt zurückkehrend, ihr Gewerbe als Meister, ohne Meisterstück oder ohne Entrichtung der Taxe frei antreten und fortsetzen können"[95]). Das war eine andere Sprache und eine andere Politik als noch kurz zuvor. Und einige Tage später erschien auch die Verordnung des Handelsministers über die Abänderung der Zunftregeln, die manchen gerechten Wunsch der Arbeiterschaft erfüllte.

Diese vom 9. Juni datierte Verordnung rührte nicht an die Einrichtung der Zünfte und gestattete nur unwesentliche Erleichterungen des freien Gewerbebetriebes, ohne sich auf die Grundlage der Gewerbefreiheit zu stellen. Auch die beiderseitigen Rechte und Pflichten der Meister und ihrer Gehilfen und Lehrlinge wurden in dem Geiste weitergebildet, der die Verpflichtungen der ersteren im Interesse ihrer Angestellten aus dem zünftlerischen Unterordnungsverhältnis schöpfte, nichtsdestoweniger aber der Gewalt der Meister auch neue Schranken zog[96]).

95) Im Nationalmuseum.

96) Obenan steht die Fürsorge für die Lehrlinge (§§ 1—9), die außer dem Verbot ihrer Verwendung zu Dienstbotenarbeiten, der „charakterverwildernden" körperlichen Strafen, der Gebühren und Festlichkeiten bei der Gesellenerklärung u. dgl. m. die wichtige Verfügung enthält, daß sie nur zu Arbeiten verwendet werden dürfen, die ihre Körperkraft nicht übersteigen. Die Arbeitszeit der Lehrlinge unter 14 Jahren wird mit 9, die der älteren mit 11 Stunden festgestellt. Endlich wird die Höchstdauer der Lehrlingszeit auf 3 Jahre herabgesetzt.

Für die Gehilfen (10—73) wird der freie Arbeitsvertrag und die vollkommene Unbeschränktheit der Verdingung und Arbeitsvermittlung eingeführt. Es wird (12—13) der freien Vereinbarung überlassen, ob sie Kost und Logis beim Meister nehmen wollen. Bejahendenfalls hat dieser gesunde Unterkunft (ebenso Werkstätten) beizustellen (14—15). Auch der Arbeitslohn wird der freien Vereinbarung vorbehalten (17) und jede Verabredung der Gehilfen zur

Es muß festgestellt werden, daß die neue Zunftordnung in mancher Hinsicht einen Rückschritt gegenüber dem ersten ungarischen Arbeiterschutzgesetz, dem Gesetzesartikel XVII: 1840 über die Rechtsverhältnisse der Fabriken bedeutete. Hatte dieser das geschützte Alter mit dem 16. Lebensjahr enden lassen und für diese Jugendlichen die Arbeitszeit auf 9 Stunden, doch mit Unterbrechung von 1 Stunde festgestellt (§ 6), so schützte die modifizierte Zunftordnung die Lehrlinge nur bis zum 14. Jahre und schrieb auch keine Ruhepause vor. Auch von der Sonntagsruhe war keine Rede und das Selbstbestimmungsrecht der Gehilfen erlitt wesentliche Beschränkungen. Es mag aber in Betracht gezogen werden, daß der Arbeiterschutz im Kleingewerbe seit jeher und bis auf den heutigen Tag hinter dem im Fabriksgewerbe zurückblieb; und daß im Vergleich zur früheren Zunftordnung die neue wesentliche Verbesserungen aufwies. Jedenfalls hat sie auf die Arbeiterschaft beruhigend gewirkt. Wenigstens scheinen

---

Beeinflussung des Lohnes und der Auszahlungsmethoden oder Boykottierung der Lohndrücker „streng verboten" (18). Die Arbeitszeit wird mit 11 Stunden — unberechnet die Ruhepausen — maximiert (22); § 23 schafft das Duzen ab. Die folgenden §§ regeln die Fragen der Herberge (27—39), der Spitalskasse (40—50), des Meisterstückes und der Meistertaxe (51—73), die unter keinen Umständen 10 Gulden überschreiten dürfe, während auch alle anderen bisher üblichen Gebühren strengstens beseitigt werden.

Die Störer werden verpflichtet, die neuen leichten Bedingungen zu ergreifen und das Meisterrecht binnen einem halben Jahre zu erwerben. Sollten sie das unterlassen, so bedürfen sie zur Weiterführung ihres Gewerbes einer besonderen Konzession, ebenso wie die Gehilfen, die in der Zukunft das Meisterrecht nicht erlangen wollten. Obwohl die konzessionierten Gewerbetreibenden alle Zunftlasten zu tragen hätten, so dürften sie sich nicht Meister nennen, Lehrlinge überhaupt nicht, Gehilfen nur in beschränkter Zahl und auch keinen offenen Laden halten (74—83).

Die letzten §§ (84—107) regeln die Rechtsverhältnisse der Zünfte. Über die Verwaltung der Zunftlade wacht eine aus 4—10 Meistern und 3 Gehilfen bestehende gemeinsame Kommission; eine unter dem Vorsitz des Zunftmeisters aus je 3 Vertretern gebildete Schlichtungskommission (91—96) soll in allen Streitigkeiten entscheiden. In der Zunftversammlung (97—104) dürften alle Gehilfen erscheinen, doch seien alle Meister und Konzessionisten stimmberechtigt, von den Gehilfen hingegen nur die 4—10 gewählten Mitglieder der Spitalskommission. Die Gehilfenversammlungen (105—106) dürfen nur mit Kenntnis des Zunftmeisters und in Gegenwart des Herbergvaters und zweier anderer Meister abgehalten werden.

von dieser Zeit an die Arbeiterunruhen gänzlich aufgehört zu haben. Wozu allerdings auch die am 12. Juni erfolgte Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt Pest wesentlich beigetragen haben mochte. Damit schied das städtische Proletariat aus der weiteren Geschichte der Revolution als aktiver Teilnehmer auch endgültig aus, um das Feld den größeren, mächtigeren und auch weitaus entscheidenderen Klassengenossen, den Bauern, zu überlassen.

Eine Episode des Marxismus.

Von

Franz Mehring (Berlin-Steglitz).

Die Biographie von KARL MARX, die ich vor einigen Monaten veröffentlicht habe, hat in der Lesewelt eine sehr günstige Aufnahme gefunden, und auch die Kritik, soweit ich sie gelesen habe, ist glimpflich genug mit ihr verfahren. Insoweit habe ich nicht den geringsten Anlaß zu einer Antikritik, doch möchte ich mir einige erläuternde Bemerkungen zu einem Punkt von allgemeinem Interesse erlauben, der gerade von sozialistischer Seite gegen mich ins Feld geführt worden ist.

Es soll hier nicht weitläufig untersucht werden, ob und inwieweit es mit der Armseligkeit, Dürftigkeit und Farblosigkeit des deutschen Lebens seit den Tagen des Dreißigjährigen Krieges bis tief ins neunzehnte Jahrhundert hinein zusammenhängt, daß die Deutschen auf dem Gebiete der Biographie nie besondere Lorbeeren geerntet haben. Ich will hier nicht die herzbrechenden Klagen wiederholen, die CARLYLE in der Geschichte des preußischen Königs FRIEDRICH über die Unfähigkeit der Deutschen erhebt, ihren Größen literarische Denkmale zu errichten, aber selbst TREITSCHKE bekannte noch vor wenigen Jahrzehnten, daß die deutsche Literatur auffallend arm an guten Biographien sei. Das hat sich seitdem gebessert, doch ist das erwachende biographische Interesse wesentlich Männern der Tat, Feldherren, Staatsmännern, großen Industriellen usw., zugute gekommen; die schönste deutsche Biographie ist vielleicht das Lebensbild, das MAX LEHMANN von SCHARNHORST entworfen hat.

Am schlimmsten stand und steht es noch immer mit den Biographien der großen deutschen Denker. Nicht als ob über sie nicht Tausende und Abertausende von Büchern erschienen sind und erscheinen; darin hat SCHILLERS Wort immer noch seine Geltung: wenn die Könige baun, haben die Kärrner zu tun. Aber je gründlicher die Lehre eines namhaften Denkers ausgeschlachtet wird, um so kümmerlicher pflegt es um die Darstellung seines Lebens zu stehen. Das bekannteste Beispiel dieser Art ist KANT, von dem wir immer noch nicht eine genügende Biographie besitzen. Wenn ich gut unterrichtet bin, wird KARL VORLÄNDER demnächst die allzulange gestundete Schuld einlösen, aber immerhin sind 115 Jahre seit KANTS Tode verflossen, ehe eine so selbstverständliche Pflicht erfüllt wurde. Man will wohl gar dies Mißverhältnis dadurch entschuldigen oder selbst verklären, daß man fragt, was denn die gemeine Wirklichkeit der Dinge mit der erhabenen Gedankenwelt zu tun habe, worin die Philosophen lebten und webten. Als ob je ein noch so großer Denker gelebt hätte, dessen geistige Leistungen nicht mehr oder minder von seiner Umwelt beeinflußt worden wären! Wenn KANT sich zu rühmen pflegte, er habe, wenn jemand an seine Tür klopfte, mit ruhigem Gewissen Herein! rufen können, da er immer gewiß gewesen sei, daß kein Gläubiger draußen

gestanden habe, so kann man diesen klassischen Ausdruck eines entsetzlichen Philistertums doch nicht als einen, über alle irdischen Dinge erhabenen Weisheitsspruch begrüßen. Wären ein paar tausend Bände weniger über Kants Philosophie und statt ihrer eine lesbare Biographie des Mannes erschienen, so wäre es für seinen Nachruhm und die Wirksamkeit seiner Gedanken nur vorteilhaft gewesen. Ähnlich bei vielen anderen Philosophen, von denen Fichte auf der richtigen Spur war, als er sagte: Was einer für eine Philosophie bekennt, hängt davon ab, was er für ein Mensch ist.

Zweck jeder Biographie ist, den Menschen, den sie schildert — soweit es mit den Mitteln literarischer Darstellung möglich ist —, der Nachwelt wieder so lebendig zu machen, wie er sich ehedem unter seinen Zeitgenossen bewegt hat. Dazu gehört natürlich nicht nur die Schilderung seines öffentlichen Wirkens, sondern dazu gehören auch seine persönlichen und privaten Verhältnisse, innerhalb deren er gelebt hat, samt allem Kleinkram, der sich daranhängen mag. Jedoch nur auf das öffentliche Wirken beschränkt, so liegt die Sache bei Marx so, daß er zugleich ein Mann der Tat und ein Mann des Gedankens war, daß Politik und Wissenschaft in ihm so innig verschmolzen, daß sich eins vom andern gar nicht trennen läßt. Nur soviel darf man sagen, daß der revolutionäre Kämpfer das Urelement seines Wesens war und die wissenschaftliche Forschung dessen schärfste und unwiderstehlichste Waffe. So sagt Engels in seiner Grabrede auf Marx, der Mann der Wissenschaft, so Großes er geleistet habe, sei noch lange nicht der halbe Mann gewesen. Vor allem sei Marx Revolutionär gewesen; und sein wirklicher Lebensberuf habe darin bestanden, mitzuwirken am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und damit an der Befreiung des modernen Proletariats, dem er zuerst das Bewußtsein seiner eigenen Lage und der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben habe. Konnte Marx praktisch im Interesse des Proletariats handeln, so schob er seine wissenschaftliche Arbeit willig beiseite, so daß er trotz seiner beispiellosen Arbeitskraft und Arbeitslust sein wissenschaftliches Werk nur als einen riesenhaften Torso hinterlassen hat.

Ohne die stete Wechselwirkung zwischen Politik und Wissenschaft zu berücksichtigen, muß jedes Lebensbild, das von Marx entworfen wird, zum Zerrbilde werden, und in diesem Kernpunkt danebengehauen zu haben, ist der Vorwurf, den die Neue Zeit gegen mein Buch erhebt. Sie entwirft zunächst ein Bild von der erbaulichen Konfusion, „der bunten Reihe der seltsamsten Widersprüche“, die in der „deutschen Parteimehrheit“ über Marx herrscht, ein Bild, dessen Richtigkeit zu bestreiten ich nicht berufen bin, wenn ich es auch nicht zu bewundern vermag. Die Neue Zeit findet diesen Zustand jedoch „durchaus begreiflich“; sei er doch nur ein Beweis für die Kraft, womit Marxens Geist sich als revolutionäres Ferment „in unserem geistigen Ringen“ durchsetze, so daß wir noch immer keinen festen Abstand zu ihm und damit auch keine eigentliche historische Perspektive zu gewinnen vermöchten. Dieser Gärungsprozeß sei auch keineswegs schon abgeschlossen, auf einzelnen Gebieten marxistischer Theoretik habe er vielmehr erst eingesetzt. Indessen sei eine baldige Klärung, wenn sie auch vorläufig nur auf einzelnen Teilgebieten möglich sein könne, doch ganz wünschenswert. Des-

halb habe man meiner Biographie mit ungeduldiger Erwartung entgegengesehen, aber diese Erwartung sei getäuscht worden.

„Mehring schildert in seinem Werke nur den Lebenslauf unseres Altmeisters als Politikers, revolutionären Kämpfers und Journalisten. Die wissenschaftliche Bedeutung Marxens tritt völlig in den Hintergrund. Zwar wird verschiedentlich diese Bedeutung erwähnt, aber sie zeigt sich gewissermaßen nur am fernen Horizont als effektvolle Sternschnuppe; zu einer klaren Veranschaulichung und Begründung gelangt sie nicht." Dieser Behauptung gegenüber kann ich nur kurz darauf verweisen, wovon sich jeder Leser schon durch einfaches Anblättern meines Buches überzeugen kann, daß ich die politische Entwicklung Marxens in stetem Zusammenhange mit seiner wissenschaftlichen Entwicklung geschildert habe, daß ich die Doktorschrift, die Aufsätze in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, die Heilige Familie, die Streitschrift gegen Proudhon, die Schrift von 1859 ebenso ausführlich, wenn nicht noch ausführlicher besprochen habe, als die Artikel in der Rheinischen Zeitung, dem Vorwärts, der Neuen Rheinischen Zeitung oder die Streitschrift gegen Vogt.

Aber ich soll es ja selbst zugegeben haben, daß ich „im wesentlichen" mich auf den politischen Lebenslauf Marxens beschränkt habe. Das ist mir nicht im Traum eingefallen. Ich habe im Vorwort die Nachsicht des Lesers dafür erbeten, daß ich bei den Grenzen, die meinem Buche gesteckt waren, mich vielfach kürzer hätte fassen müssen, als meinen Wünschen entsprochen hätte, und daß unter diesem äußeren Zwange besonders die Analyse der wissenschaftlichen Schriften gelitten hätte. Für sachkundige Kritiker glaubte ich dadurch deutlich genug angedeutet zu haben, was ich darunter verstand, nämlich Probleme, wie sie zumeist erst aus den nachgelassenen Schriften von Marx aufgetaucht sind: die Kontroverse mit Rodbertus über die Grundrente, die Prüfung der „supradelikaten" Untersuchungen Ricardos, und der Ricardianer über den Mehrwert und ähnliches. Ich verkenne weder das Interesse und die Wichtigkeit dieser Probleme, noch bestreite ich die Notwendigkeit ihrer Erörterung in einer drei- oder vierbändigen, für gelehrte Kreise bestimmten Biographie, aber in dem verhältnismäßig engen Rahmen einer in erster Reihe für Arbeiterkreise bestimmten Darstellung mußten sie zurücktreten hinter die Schilderung der epochemachenden Tätigkeit, die Marx für die Internationale entwickelt hat.

Was die Neue Zeit von mir verlangt, ist die Rückkehr zu der alten üblen Methode, große Denker zu traktieren, die ich eben zu kennzeichnen versucht habe, und die Fichte einmal mit den Worten streift, daß der deutsche Leser, ehe er ein Buch lese, erst ein Buch über dieses Buch lesen wolle. Was Marx in seiner konkreten Art klar und kurz gesagt hat, soll sein Biograph in langstieligen Erörterungen breittreten. So hat Marx stets abgelehnt die Theorie des Klassenkampfs entdeckt zu haben; was er als sein geistiges Eigentum an dieser Theorie beanspruchte, war nur der Nachweis, daß die Existenz der Klassen an bestimmte historische Entwicklungskämpfe der Produktion gebunden sei, daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führe, und daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Auf-

hebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bilde. Das zitiere ich wörtlich, werde nun aber getadelt, ich hätte die marxistische Klassenkampftheorie auf einer knappen halben Druckseite abgetan; ich hätte darlegen müssen, wie sich die Theorie des Klassenkampfes durch DAVID HUME, ADAM FERGUSON und Gott weiß wen entwickelt hätte. Aber wozu diese gelehrten und keineswegs unbekannten Weitläufigkeiten in einer MARXbiographie, wenn MARX selbst erklärt, daß er die Theorie so übernommen habe, wie sie von den französischen Historikern der vierziger Jahre vertreten worden sei, und dann seinen eigenen Beitrag zu ihr in erschöpfender Weise angibt?

Noch herberen Tadel erfahre ich wegen der für einen „sozialistischen Historiker recht sonderbaren Tatsache“, daß ich die materialistische Geschichtsauffassung nur „flüchtig“ berührt haben soll. Das heißt: genau so „flüchtig“ wie MARX selbst, dessen Ausführungen darüber ich abermals wörtlich wiedergegeben habe, namentlich auch — so oft sie auch schon nachgedruckt worden ist — die klassische Stelle aus der Vorrede von der Schrift von 1859. Mein Verbrechen besteht darin, daß ich nicht meinen eigenen Senf dazugegeben habe. Als ob es eine besondere Kunst wäre, einige Seiten oder auch Druckbogen mehr oder minder geistreicher Bemerkungen über den historischen Materialismus zusammenzuraspeln! Ich habe mich schon vor bald dreißig Jahren auf diesem Gebiete versucht, in einer Abhandlung, die von zwei namhaften Seiten als musterhaft erklärt wurde: von FRIEDRICH ENGELS, der mir bestätigte, daß ich die Sache so verstünde, wie er und MARX sie gemeint hätten, und von Herrn WERNER SOMBART, der feierlich versicherte, ich hätte klassisch nachgewiesen, wie der historische Materialismus nicht aufgefaßt werden dürfe. Seitdem halte ich mich zu den Leuten, die die historisch-materialistische Methode in ihren Schriften zu handhaben versuchen, nicht aber zu denen, die nur in Ewigkeit darüber zu orakeln nicht müde werden. Darin folge ich dem Vorbilde, das MARX gegeben hat, und bin gewiß, in seinem Geiste zu handeln.

Hätte ich einen triftigen Anlaß zu der Vermutung, daß die Kritik der Neuen Zeit von persönlichem Übelwollen diktiert sei, so würde ich bei der sachlichen Hinfälligkeit ihrer Einwände kein Wort darüber verlieren. Aber ein solcher Anlaß liegt nicht vor: die Neue Zeit lobt auch manches an meinem Buche. Ihre Tendenz, den Marxismus als wogendes Nebelmeer zu schildern, aus dem kaum die Kuppen der Berge erkennbar hervortreten, ist durchaus ehrlich und hat ihre besonderen Gründe. ROBERT WILBRANDT nennt sie treffend das Abschieben des Marxismus auf das tote Gleis der theoretischen Nationalökonomie [1]).

Die Schrift WILBRANDTS ist etwa gleichzeitig mit meiner Biographie erschienen, und sie erfüllt in gewissem Sinne die Ansprüche, deren Nichtbeachtung die Neue Zeit mir vorwirft. Von ihren 135 Seiten widmet sie nur 11 dem Leben MARXens, dagegen seinem historischen Materialismus 16, seiner Theorie des Klassenkampfes 25 usw. Glücklicherweise ist WILBRANDT

1) R. WILBRANDT, Karl Marx, Versuche einer Einführung. Leipzig-Berlin, Teubner, 1918. 135 S. (Mk. 1.25.)

aber kein abstrus-tiefsinniger Begriffshaspler, sondern ein Schriftsteller von einem Temperament, wie es sich bei deutschen Gelehrten nicht allzu häufig findet; er schreibt so frisch und munter, daß man ihm gern folgt, auch wenn und soweit man ihm widersprechen muß. Einen solchen Widerspruch muß ein Marxist oft genug erheben, was sich schon aus der Verschiedenheit der Standpunkte ergibt. WILBRANDT will der bürgerlichen Lesewelt die überragende Größe des Mannes verständlich machen, aber bei aller Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit dieses Bemühens, woran kein Zweifel gestattet ist, steht er doch selbst auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und muß deshalb seine bestimmten Vorbehalte gegen MARX machen.

Er wirft ihm namentlich vor, der Arbeiterklasse kein praktisches System des Sozialismus gegeben zu haben. Die Schuld daran sieht er in der Theorie des Klassenkampfs, die MARX aufgestellt habe und die WILBRANDT übrigens trotz seiner 25 Seiten gar nicht mitteilt. Durch den proletarischen Klassenkampf habe MARX den Begriff des Sozialismus eingeengt und verkürzt, und zwar in dreifacher Beziehung. Erstens habe das Proletariat bei dem Unterfangen, aus eigener Kraft die bürgerliche in die sozialistische Gesellschaft umzuwälzen, zu viel auf die eigenen Hörner genommen; über kurz oder lang trete der Zeitpunkt ein, wo es sich nach Bündnissen mit anderen Parteien oder der Regierung umsehen müsse (Revisionismus) und dann das reine Prinzip preisgebe. Damit hänge die „Vaterlandslosigkeit" zusammen, die der Arbeiterklasse die Herzen entfremdet habe und schließlich gar nicht zu ihrem Wesen gehöre, wie der Ausbruch des Weltkrieges gezeigt habe. Endlich enge der Klassenkampf den Sozialismus auf die Politik ein und verschmähe die praktisch aufbauende Arbeit, wofür sich WILBRANDT namentlich auf das englische Beispiel bezieht (Bau und Siedlungsgenossenschaften, Gartenstädte, Berufsvereine, auch auf die „Pioniere von Rochdale" altehrwürdigen Gedenkens und ähnliches mehr).

Will man einmal auf diesen Gedankengang eingehen — denn der Klassenkampf gehört zum modernen Proletariat, wie die Seele zum Leibe; er hat existiert, solange es ein solches Proletariat gibt, und es gehört keine besondere Prophetengabe dazu, vorherzusagen, daß er nach dem Weltkriege in bisher nie geahnter Heftigkeit auflodern wird —, so nennt WILBRANDT die „dritte gewaltsame Einengung" wohl nur deshalb den „wundesten Punkt" des Systems, weil er selbst auf diesem Gebiete mit Vorliebe tätig ist. Daß der proletarische Klassenkampf alle praktischen Versuche, die Qualen der bürgerlichen Gesellschaft zu lindern, auch wo sie nicht allein die arbeitenden Klassen treffen, stets gefördert hat, ist ja allgemein bekannt. Ebensowenig ist der proletarische Klassenkampf je an den periodischen Anfällen von „Revisionismus" gescheitert. In dem zweiten Punkt kann sich WILBRANDT freilich auf den Zusammenbruch der Internationalen beim Ausbruch des Weltkriegs berufen, aber hier, wo seine Position verhältnismäßig am stärksten ist, ist seine Beweisführung am schwächsten. Er operiert mit so altbewährten Zitaten, wie: Ans Vaterland, das teure, schließ' dich an usw., und er verschmäht selbst nicht die Räubergeschichte des Herrn SPARGO, wonach MARX während der Pariser Kommune durch LOTHAR BUCHER über BISMARCKS Pläne unter-

richtet worden sei und sie brühwarm den Communards mitgeteilt habe, um diese zum Kampf gegen Preußen anzuleiten. Wenn dann WILBRANDT wieder, um MARX zu entschuldigen, angibt, daß dieser ein glühender Anwalt des deutschen Einheitsgedankens gewesen sein „solle“, so hat MARX doch wirklich klar und oft genug seine Stellung zu diesem Gedanken ausgesprochen, so daß man nicht auf Gerüchte darüber angewiesen ist. Im übrigen ist die Internationale beim Ausbruch des Weltkrieges nicht zum ersten, sondern zum zweiten Male zusammengebrochen; aber wenn sie nach ihrem ersten Verschwinden 17 Jahre gebraucht hat, um sich wieder aufzurichten, so hat es diesmal kaum 4 Jahre gebraucht, um ihre Vorhut in der russischen Revolution wieder erstehen zu lassen, gewaltiger und riesenhafter als jemals früher.

Gleichwohl behauptet WILBRANDT nicht, daß MARX „politisch“ völlig abgetan sei. „MARX sinkt politisch. Wissenschaftlich und menschlich steigt er empor.“ Er sei als Erzieher auf dem Wege vom Proletariat aufs Katheder, zu seinem ursprünglichsten Beruf. „Nach dem Tode Professor für Professoren und — man erschrecke! — auch für Studenten, wird er auf diesem Umwege auch politisch wirken, ja vielleicht mit noch größerem Erfolg. Denn welcher von unseren Staatsmännern hat die Arbeiterfrage verstanden? Welcher die Sozialdemokratie? Das Studium des Kerns dieser Dinge, im Kapital, wird auch zu der Persönlichkeit führen und zeigen: ein Mann! Sein Vorbild, die revolutionäre Kühnheit, wie nur wenige ganz Wahrhaftige sie haben, wird eine neue Jugend nicht verderben. Solche Männer brauchen wir.“ Wozu nur zu bemerken wäre: siehe die Lex ARONS!

Recht hat WILBRANDT aber darin, daß den Marxisten, die den Praktiker MARX verleugnen und nicht gleich den ganzen „Altmeister“ zum alten Eisen werfen wollen, nichts übrigbleibt, als den Marxismus aufs tote Gleis der theoretischen Nationalökonomie zu schieben. WILBRANDT beruft sich namentlich auf die „treffende Beobachtung“ MAX ADLERS: „Das kennzeichnet heute in augenfälligster Weise jeden marxistischen Politiker, daß er sich in erster Linie als Theoretiker fühlt, daß seine prinzipielle Stellung zu den Aufgaben der Politik vor allem die der theoretischen Kritik ist.“ Nur sollte WILBRANDT diese „treffende Beobachtung“ nicht auf die „übrigen Marxisten“ ausdehnen. Sie gilt nicht einmal für den kleinen Kreis der, wie WILBRANDT sie nennt, „Wiener-Jung-Marxisten“; GUSTAV ECKSTEIN, der zu ihnen gehörte, hat sich in seiner letzten, erst nach seinem Tode erschienenen Schrift sehr wenig mit der Theorie abgegeben; sein letztes Wort ist vielmehr: Klassenkampf des Proletariats. Nur in der „deutschen Parteimehrheit“ und, wie es scheint, auch in der österreichischen Sozialdemokratie tritt die „augenfälligste“ Erscheinung MAX ADLERS hervor; die „übrigen Marxisten“ halten an dem ganzen MARX fest, der eben vom Scheitel bis zur Sohle, in Theorie wie in Praxis in der russischen Revolution lebendiger wirkt als je.

Doch es mag genug sein, diese Episode des Marxismus flüchtig zu signalisieren. Eine Zukunft hat sie nicht und kann sie nicht haben. Es lohnt sich von ihr nur Notiz zu nehmen, um der Verwirrung zu steuern, die sie zeitweise freilich anrichten kann.

Drei kleine Schriften über Marx[1]).

Besprochen von

Karl Kautsky (Berlin-Charlottenburg)[2]).

M. Beer, KARL MARX, Eine Monographie. Berlin, Verl. f. Sozialwissenschaft 1918. 108 S. (Mk. 4.—.)

Hermann Müller, KARL MARX und die Gewerkschaften. Ebenda 1918. 106 S. (Mk. 2.—.)

R. Wilbrandt, KARL MARX. Versuch einer Einführung. („Natur und Geisteswelt“ 621). Leipzig, Teubner 1918. 135 S. (Mk. 1.20.)

KARL MARX' hundertster Geburtstag hat unter anderem drei kleine Schriften veranlaßt, von denen jede sich bemüht, M. und seine Lehre breiteren Schichten näherzubringen. Die eine stammt aus dem Lager des jüngeren Kathedersozialismus, eine der beiden andern hat ein deutscher Gewerkschaftsbeamter verfaßt, die dritte ein Journalist, Mitarbeiter von PARVUS und HEILMANN.

Die letztere legt den Schwerpunkt auf die Biographie, der Gewerkschafter sucht die M.sche Ökonomie mit besonderer Beziehung auf die Gewerkschaften zu popularisieren. Professor WILBRANDT endlich unternimmt es, nach einem kurzen Abriß des M.schen Lebens uns in den ganzen Bereich der M.schen Philosophie, Geschichtsauffassung, Ökonomie eindringen zu lassen.

Gutes durfte man von BEER erwarten, dem Verfasser der „Geschichte des Sozialismus in England“, der seit Jahrzehnten in M.schem Geiste zu arbeiten sucht. Doch gerade seine Arbeit befriedigt am wenigsten, schon deswegen, weil sie den Eindruck großer Flüchtigkeit macht. Das zeigte uns bereits sein Stil, der uns Sätze bietet, wie den folgenden:

„RICARDO schrieb während und unmittelbar nach den Napoleonischen Kriegen, die den im gegenwärtigen Weltkrieg hervorgerufenen Preis- und Lohnbewegungen ähnlich waren.“

Er will offenbar sagen, daß jene Kriege Preis- und Lohnbewegungen hervorriefen, die denen des heutigen Weltkrieges ähnlich waren.

Ist solche Flüchtigkeit an sich schon schlimm, so wird sie noch schlimmer, wenn sie sich paart mit einem völligen Vergessen des Besten, was man je von M. gelernt.

BEER will M. kritisch gegenübertreten. Wer das versucht, muß sich vor allem größter Genauigkeit des Denkens und des Ausdrucks befleißen. Was BEER uns als Kritik bietet, sind aufs Geratewohl hingeworfene Ein-

1) Im folgenden mit M. abgekürzt.

2) Die Abhandlung befindet sich seit Anfang August 1918 in den Händen der Redaktion. C. G.

wände, wie sie bisher nur von der verständnislosesten Vulgärökonomie vorgebracht wurden. So sagt er z. B. auf S. 98:

„M. übersieht, daß das Wachsen des konstanten Kapitals nicht ohne Beschäftigung von Arbeitern vor sich geht. Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe absorbieren Millionen von Arbeitern; insbesondere ist dies in den Bergwerksbetrieben der Fall (Kohle, Eisen, Kupfer usw.), die einen sehr bedeutenden Prozentsatz variablen Kapitals anwenden."

Hätte es BEER nicht so eilig gehabt mit der Kritik und hätte er sich genau überlegt, was er schrieb, dann wäre es ihm nicht passiert, das Wachsen des konstanten Kapitals zu verwechseln mit seiner Produktion. Die Produktion des konstanten Kapitals erheischt sicher Arbeiter. Wo hätte M. das übersehen? Aber unter dem Wachsen des konstanten Kapitals versteht M. nicht die Produzierung seiner stofflichen Bestandteile, sondern eine Verschiebung des Anteils, den das variable und das konstante Kapital am Gesamtkapital darstellen. So betrachtet bedeutet das Wachsen des konstanten Kapitals von vornherein Abnahme des variablen Kapitals. Dabei können beide absolut wachsen, wenn die Gesamtmasse des Kapitals entsprechend rasch zunimmt. Ob das konstante Kapital auf Kosten des variablen tatsächlich wächst, das ist eine Frage, zu deren Lösung die Erkenntnis noch nichts beiträgt, daß das konstante Kapital ebenso wie das variable ein Produkt von Arbeit ist.

Doch BEER ist mit seiner Entdeckung des einen „Übersehens" von M. nicht zufrieden. Er fügt ihr gleich eine zweite hinzu:

„Dann übersieht M., daß, wenn der Wert des Lohnes sinkt, auch der Wert der Mehrarbeit sinkt; das Verhältnis ändert sich also nicht."

Auch hier wieder beruht die Kritik nur auf Schlamperei im Denken und Darstellen des Kritikers. Was soll denn der „Wert des Lohnes" sein, der sinkt? Der Geldbetrag des Lohnes kann sinken, oder der Wert der Arbeitskraft, aber der Wert des Lohnes? Was ist der Lohn anderes als eine Wertsumme? Will BEER etwa auch vom Wert des Preises sprechen?

Und nun gar der Wert der Mehrarbeit! Ist das der Wert, den die Mehrarbeit produziert? Aber warum soll der sinken, wenn die Bezahlung des Arbeiters sinkt? Oder ist es der Wert, den die Mehrarbeit hat? Aber sie hat ja keinen, ist keine Ware, die auf dem Markte gehandelt wird! Es bleibt dunkel, was BEER mit seiner Entdeckung uns zeigen wollte.

Ähnlichen Kalibers ist die BEERsche Kritik an der M.schen Werttheorie, von der er meint, daß sie „eher die Bedeutung eines politischen und sozialen Schlachtrufs, als die einer ökonomischen Wahrheit hat" (S. 195), also, weniger pathetisch ausgedrückt, daß sie eine bloße agitatorische Phrase ohne realen Inhalt ist. Bewiesen wird das einfach dadurch, daß sich BEER, nach berühmten Mustern, absolut unfähig zeigt, Produkt und Wert auseinanderzuhalten. Er kann sich nicht beruhigen dabei, daß „Denker, die durch chemische Erfindungen und Entdeckungen die Ergiebigkeit des Bodens verdoppeln etc., durch all dieses Arbeiten und Schaffen, das oft unmeßbare Mengen intensivster Geistesanstrengung erfordert, keine Werte erzeugen sollen!" (S. 106.)

Das Ausrufungszeichen, womit Beer schließt, dürfte mehr ethischer als ökonomischer Natur sein. Er scheint es für eine Schande zu halten, keine Werte zu erzeugen. Aber man kann sehr nützliche Arbeit in der Gesellschaft verrichten und doch keine Werte erzeugen. Die Arbeit des Entdeckers vermehrt in hohem Grade die Menge der Produkte, der Gebrauchswerte in der Gesellschaft, nicht aber die Menge ihrer Werte. Schon Ricardo hat in seinen „Principles of political economy" ein sehr schönes Kapitel über Wert und Reichtum, in dem er unter anderem darauf hinweist, daß die Arbeit der Erfinder, Entdecker, Organisatoren in einer Gesellschaft den Reichtum verdoppeln oder verdreifachen kann, ohne das geringste zu der in ihr produzierten Wertmenge hinzuzufügen. Diese Arbeit äußert sich eben nicht in der Vermehrung der Werte, sondern in dem Sinken des Wertes und Preises des einzelnen Produkts.

Es ist nicht sehr erfreulich, wenn man der Arbeit eines alten Marxisten über M., der sich berufen fühlt, diesen kritisch abzuurteilen, mit einem Hinweis auf die Elemente des ökonomischen Wissens begegnen muß. Das Verständnis der wissenschaftlichen Leistungen von M. wird durch die Beersche Schrift nicht gefördert, sondern gefährdet.

* *

Sorgfältiger gearbeitet ist die zweitgenannte Schrift. Müller hat ein reiches Material von M.schen Äußerungen über die Wichtigkeit der Gewerkschaften zusammengetragen und recht gut geordnet. Nur ist die Sammlung einseitig. M. hat sich nicht bloß darüber ausgesprochen, daß Gewerkschaften da sein müßten, sondern auch diesen besondere Aufgaben zugewiesen, eine besondere Taktik für sie verlangt. Darin unterscheidet sich z. B. seine Einschätzung der Gewerkschaften von der Brentanos. Müller zieht diese Seite kaum in Betracht und so bekommt der Leser den Eindruck, als wäre den Gewerkschaften gegenüber der Unterschied zwischen Brentano und M. nicht sehr erheblich. M. wird förmlich dem Brentanoschen Standpunkt dienstbar gemacht.

In der Internationale hatte M. mit den englischen Gewerkschaftsführern die heftigsten Kämpfe zu führen. Auf dem Haager Kongreß von 1872 erhob er schwere Anklagen gegen sie wegen ihrer Abhängigkeit von bürgerlichen Politikern. Davon schreibt Müller kein Wort.

Das vielzitierte Gespräch, das M. im September 1869 mit Hamann hatte, dem Hauptkassierer der deutschen Metallarbeitergewerkschaft (abgedr. i. Volksstaat vom 27. XI. 1869) deutet Müller im Sinne „striktester Neutralität der Gewerkschaften" (S. 71). M. sagte dort nämlich, daß die Gewerkschaften „niemals mit einem politischen Vereine in Zusammenhang gebracht oder von ihm abhängig gemacht werden dürfen". Jedoch in gleichem Atem erklärte er: „die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus".

In einem Vortrag, den er am 26. VI. 1865 im Generalrat der Internationale hielt (hrsg. von Bernstein u. d. T. „Lohn, Preis und Profit"), wies er ausdrücklich den Gewerkschaften die Aufgabe zu, „ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation der arbeitenden Klassen.

das heißt, die endgültige Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen", also den Sozialismus durchzusetzen, was nach M.scher Auffassung die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraussetzt. M. forderte also von den Gewerkschaften nur, daß sie von keiner politischen Partei organisatorisch abhängig werden, nicht aber, daß sie den politischen Kämpfen mit absoluter Gleichgültigkeit gegenüberstehen sollten. Im Gegenteil, sie sollten selbst eingreifen, im Sinne des Sozialismus, also nicht in „striktester Neutralität", sondern im striktesten Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien.

Übrigens sprach M. HAMANN gegenüber Erwartungen über die Gewerkschaften aus, die sich nicht erfüllen sollten. MÜLLER mahnt uns immer wieder, die Erfahrungen zu beachten, die wir seit den 60er Jahren gesammelt, und zu erkennen, in welchen Punkten M. durch die Entwicklung überholt sei, er selbst aber wiederholt eine Auffassung von M., die sich als nicht begründet herausgestellt hat. M. meint:

„In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da tagtäglich der Kampf vor Augen geführt wird . . . Wird die materielle Lage des Arbeiters gebessert, dann kann er sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen. Frau und Kinder brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Geist mehr bilden, seinen Körper mehr pflegen, er wird dann Sozialist, ohne daß er es ahnt."

Das ist auch eine Theorie des unmerklichen Hineinwachsens in den Sozialismus. Doch sie ist für den einzelnen Arbeiter nicht minder verfehlt, wie für die ganze Gesellschaft. Gerade damals, als M. so sprach, begann die Abwanderung der englischen Gewerkschaften ins liberale Lager, verblaßten die letzten Erinnerungen an den Chartismus, wurden die Gewerkschaften in England die stärksten Bollwerke gegen den Sozialismus.

Dieser ist eine Sache der Erkenntnis, des Verständnisses der modernen Produktionsweise. Darin beruht ja die ungeheure Bedeutung der M.schen Lehre für den Sozialismus, daß sie dies Verständnis in so hohem Maße gefördert hat. Natürlich bedarf dies Verständnis eines günstigen sozialen Bodens, soll es ein Verständnis der Massen werden, nicht auf einzelne theoretisch gerichtete Köpfe beschränkt bleiben. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß durch den politischen Kampf das Interesse und Verständnis für große, gesellschaftliche Ziele weit mehr gefördert wird, als durch die gewerkschaftliche Kleinarbeit, die oft eine förmliche Verachtung aller Theorie, aller wissenschaftlichen Erkenntnis züchtet, eine Atmosphäre, in der jeglicher sozialistische Gedanke ersticken muß.

Auch MÜLLER behandelt M. vom Standpunkt des Praktikers, dem es mehr darum zu tun ist, den Einfluß, den M. im Proletariat gewonnen hat, für die Gewerkschaften auszunützen, als die M.schen Theorien zu erkennen. Er meint:

„Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus, sagte M. zu HAMANN. Er hat aber auch hinzugefügt, wie er das verstanden wissen wollte. Nicht dadurch, daß, wie es in Deutschland leider immer wieder angestrebt wird, die Gewerkschaften in die oft allzusehr nur talmudistischen Streitig-

keiten verwickelt werden, in denen sich die Partei gefällt, sondern indem sie die Lage der Arbeiter heben." (S. 72.)

In Wirklichkeit hat sich M. in seinem Gespräch mit Hamann mit keinem Wort dagegen gewendet, daß die Gewerkschafter theoretische Streitfragen erörtern, die Müller geringschätzig als „talmudistische" bezeichnet. In einer Fußnote zählt dieser zu solchen Fragen den großen Kampf, den Bernstein und ich vor bald zwei Jahrzehnten ausfochten. Wem von uns beiden man da recht geben mag, niemand wird bestreiten können, daß es sich bei diesen „talmudistischen Streitigkeiten" um die Grundauffassungen unserer Theorie, des Marxismus, handelte und daß der damalige Streit nicht zwischen zwei Personen ausgefochten wurde, sondern alle denkenden Köpfe der proletarischen Internationale aufs tiefste erregte. Das unwissende Knotentum aller Länder fühlte sich dadurch freilich höchst unangenehm berührt, weil der Streit seine behagliche Denkfaulheit unangenehm störte.

Dabei kann aber Müller nicht umhin, die Streitfragen, die er von oben herab als „talmudistische" abtut, am Schlusse seiner Schrift selbst wieder aufzuwerfen, allerdings in einer Weise, die bezeugt, daß die früheren Diskussionen spurlos an ihm abgeglitten sind.

Er rollt wieder einmal die Frage der Verelendung auf, verwickelt sich aber zwischen absoluter und relativer Verelendung und bloßer Tendenz zur Verelendung in ein Labyrinth, aus dem er schließlich keinen Ausweg mehr weiß. Natürlich kommt er auch auf die „Zusammenbruchstheorie" zu sprechen. Er wird nicht müde, zu behaupten, daß M. erwartete, in einer großen Krise werde die kapitalistische Gesellschaft zusammenbrechen, „wobei die absolute Verelendung des Proletariats gewissermaßen den Sprengstoff bildet, durch den die kapitalistische Gesellschaft in die Luft geschleudert wird." (S. 94.)

Doch während er sonst sehr freigebig mit Zitaten ist, verrät er mit keiner Silbe, wo M. angekündigt hat, die kapitalistische Produktionsweise werde in einer großen Krise ihr Ende finden. Diese Produktionsweise kann gar nicht ihr Ende finden, welches Elend immer sie erzeugen mag, solange nicht die Elemente da sind, um an ihre Stelle die sozialistische Produktionsweise zu setzen. Von der Reife und Kraft des Proletariats, das sich der politischen Macht bemächtigt, nicht vom ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus in einer Krisis erwartete M. das Kommen des Sozialismus.

Die M.kritik Müllers unterscheidet sich vom „Talmudismus" dadurch, daß sie M. in entscheidenden Punkten gründlich mißversteht. Für Müller freilich spielt die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat nicht dieselbe Rolle, wie für M., denn er sieht im militaristischen Staat Elemente, die sich auf Seite des Proletariats stellen werden.

Zum Schlusse weist er darauf hin, daß nach dem Kriege die Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit mit voller Macht entbrennen werden. Das ist natürlich auch unsere Auffassung. Doch fügt Müller hinzu:

„Dem kann aber der Staat nicht tatenlos zusehen. Die Verwüstungen, die der Krieg unter den Menschenleben und der Volksgesundheit angerichtet hat, zwingen ihn, im Interesse der Selbsterhaltung Bevölkerungspolitik im großen Stile zu treiben. Er kann nicht gleichgültig beiseitestehen, wenn

das, was der Krieg übriggelassen hat, vom Kapital verwüstet werden soll. Er wird gezwungen sein, sich in ganz anderem Maße als bisher auf die Seite der wirtschaftlich Schwachen zu stellen, wenn er nicht von den Nachbarn überrannt werden will.“ (S. 105.)

Das soll „nicht nur den Weg zum Sozialismus verbreitern und abkürzen“, sondern „auch den Willen stärken, zum Sozialismus kommen zu wollen“. Also nicht von der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat erwartet unser Gewerkschafter den Sozialismus, sondern vielmehr von dem Rekrutenbedürfnis des Militarismus.

Müller hat recht. Seit M.s Tode sind große Wandlungen eingetreten, auch im deutschen Proletariat. Mit M. hätten die Müllerschen Auffassungen, die von einem erheblichen Teil der deutschen Gewerkschaftswelt und auch der Sozialdemokratie geteilt werden, nichts zu tun.

* * *

Am sorgfältigsten gearbeitet ist die Wilbrandtsche Arbeit über M. Sie ist auch die inhaltsreichste. Sie gibt neben einem kurzen Lebensabriß eine Darstellung des gesamten geistigen Schaffens von M. Wenn in der Beerschen Schrift zwei Drittel von der Biographie in Anspruch genommen werden, so in der Wilbrandtschen nur 10 S. Mit Recht erscheint hier die geistige Leistung bedeutend wichtiger, als der äußerliche Lebensgang.

Bei aller Kürze gibt die biographische Skizze alle wesentlichen Momente des M.schen Lebens wieder. Sie ist sehr gelungen und mit ebensoviel Wärme wie Verständnis geschrieben. Leider ist aber Wilbrandts Wohlgefallen an M. mehr ethischer und ästhetischer, als wissenschaftlicher Art. Es gibt kaum einen M.schen Grundsatz, den Wilbrandt nicht lebhaft bestritte. Und das erschwert ihm sehr die Darstellung der wissenschaftlichen Leistungen von M. Es mußte nicht so sein, denn man kann ja auch als Gegner die Auffassungen eines Denkers klar und richtig wiedergeben. Um das zu erreichen, mußte jedoch die Methode der Darstellung eine andere sein, als die von Wilbrandt gewählte.

Er gibt nicht bloß ein Referat über M.ens Lehre, sondern gleich auch ihre Kritik; u. zw. überwiegt diese. Nun wäre es von vornherein schwer, in einen so engen Raum die Wiedergabe eines so ungeheuren Gedankenbaus wie des M.schen zu pressen. Die Aufgabe wird noch mehr erschwert, wenn das Raumbedürfnis der Kritik den spärlichen Raum, der für die Darstellung bleibt, auf vielleicht ein Drittel des Büchleins zusammendrängt. Noch schwieriger, als durch diesen rein äußerlichen Umstand wird die Darstellung jedoch dadurch, daß Wilbrandt nicht zuerst die M.schen Ideen in ihrem Zusammenhange darstellt, um daran eine zusammenhängende Kritik anzuschließen. Vielmehr sind Kritik und Darstellung fest ineinander verwoben, so daß der Leser nicht die mindeste Möglichkeit bekommt, die M.sche Lehre als Ganzes auf sich wirken zu lassen. Er bekommt die einzelnen Teile in die Hand, getrennt durch lange kritische Ausführungen, über denen man das einigende Band vergißt. Diese Darstellungsweise mag dort am Platze sein, wo man sich an ein Publikum wendet, das den Gegenstand bereits kennt. Für eine Einführung ist sie so ungeeignet, als möglich.

Die Sache wird nicht besser dadurch, daß WILBRANDT M. nicht einfach so auffaßt, wie dieser sich gibt, sondern alles mögliche in ihn hineingeheimnist. So findet er, M. habe nicht *eine* Weltanschauung gehabt, sondern gleichzeitig *drei* — alle Weltanschauungen, die überhaupt möglich sind:

„War es doch ein undurchführbares Beginnen, lediglich als Naturforscher der menschlichen Welt gegenüberstehen zu wollen, war es doch eine unerträgliche Einengung und Verstümmelung des Marxschen Geistes, über das Feuer im eignen Innern die Decke rein verstandesmäßiger Betrachtung zu legen; war es doch unmöglich, diese Weltanschauung des erkennenden Verstandes durchzuführen, ohne in Konflikt zu geraten mit den beiden andern Weltanschauungsmöglichkeiten, die von M. ebenso einseitig bis in die letzten Konsequenzen durchgeführt worden waren: mit der liebevollen Versenkung in die Entwicklung, in ihre Werte und ihre unentbehrlichen Hilfsmittel, sowie mit der stolzen, aufrechten Würde des bewußt gewordenen Menschentums." (S. 43.)

Um drei verschiedene Weltanschauungen gleichzeitig bei M. zu entdecken, muß man das Wort Weltanschauung etwas eigenartig fassen. Gibt es denn andere Weltanschauungen als solche „des erkennenden Verstandes"? Ist denn eine Weltanschauung etwas anderes, als die Zusammenfassung der einzelnen erkannten Zusammenhänge der Welt in einen Gesamtzusammenhang?

WILBRANDT scheint freilich das ganze geistige Leben der Menschen, nicht nur ihre Gedanken, sondern auch alle ihre Gefühle und Triebe aus ihrer Weltanschauung abzuleiten. Diese wäre dann nicht der Gipfel, sondern der Ausgangspunkt des geistigen Lebens der Menschen. Ist dieses ausschließliches Produkt ihrer Weltanschauung, dann allerdings findet man bei jedem Menschen gleichzeitig verschiedene Weltanschauungen. Diese Zwiespältigkeit erklärt sich jedoch viel einfacher dadurch, daß der Mensch nicht bloß ein denkendes Wesen ist, sondern auch ein handelndes, nicht bloß Theoretiker, sondern auch Praktiker. Als Arbeiter, als Kämpfer hat er ganz andere Aufgaben, wie als Denker und Forscher. In seiner täglichen Praxis bewegen ihn Leidenschaften, Triebe und Instinkte, sowohl egoistischer wie altruistischer und ethischer Art, die mit klarem Erkennen nichts zu tun haben, die teils angeboren sind, teils durch das Leben entwickelt werden und dann wohl auch auf die Weltanschauung einwirken, jedoch nur zu geringem Teil rückwirkend von dieser beeinflußt werden.

Kein Mensch kann sich ihnen entziehen, auch der wissenschaftliche Forscher vermag nicht ausschließlich Forscher zu sein, die Wirkungen der Praxis des Alltags machen sich auch bei ihm geltend. Das tritt namentlich ein bei den sog. Geisteswissenschaften. Darin vor allem unterscheiden sie sich von den Naturwissenschaften.

Die Geisteswissenschaften sind in Wahrheit Gesellschaftswissenschaften. Die einzige wirkliche Wissenschaft vom Geist, die Psychologie, gehört zu den Naturwissenschaften. Was man zu den Geisteswissenschaften rechnet, sei es politische Ökonomie oder Ethnologie oder Geschichte, behandelt gesellschaftliche Beziehungen von Menschen zueinander, die ebenso kausal be-

stimmt und in ihrer Gesetzmäßigkeit zu erforschen sind, wie die Zusammenhänge in der übrigen Welt, in der Natur.

Aber freilich, bei den Gesellschaftswissenschaften bekommen wir es mit Menschen zu tun, nur mit vorgestellten Menschen, deren Beziehungen aber in vielem jenen menschlichen Beziehungen ähneln, die uns in unserer täglichen Praxis beschäftigen und oft leidenschaftlich erregen. Vielfach geben diese Kämpfe des Alltags den Anstoß zu unserer Erforschung der Gesellschaft, oft sind sie sogar direkt der Gegenstand der Forschung selbst.

Das führt in jene Wissenschaften Werturteile aller Art ein, die der Naturwissenschaft fernbleiben. Das bildet sicher einen gewaltigen Unterschied zwischen beiden. Doch diese Werturteile gehören auch in der Gesellschaftswissenschaft nicht zum Wesen der Wissenschaft, sondern stellen einen Fremdkörper dar, der von außen in sie eindringt. Sie gehören nicht zu wissenschaftlicher Forschung, sondern bilden eine Fehlerquelle. Je mehr es gelingt, sie auszuschließen, je unbefangener der Forscher, desto wissenschaftlich einwandfreier wird das Ergebnis seines Forschens sein.

Anderseits aber bietet in der Gesellschafts- wie in jeder andern Wissenschaft die bloße Anschauung nur dürftige Resultate. Viele Erkenntnisse können nur gewonnen werden durch die Praxis, viele nur sichergestellt werden durch sie. Dem Soziologen ist das Hilfsmittel der Naturwissenschaft versagt, das Experiment. Um so wichtiger wird es für ihn, daß er teilnimmt, wenn auch nicht gerade als Agitator und Organisator, an politischen und sozialen Kämpfen. Dadurch wird seine Fähigkeit, soziale Verhältnisse zu verstehen, bedeutend gehoben, seine Unbefangenheit jedoch ebensosehr vermindert.

Hier liegt der Unterschied zwischen Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften. Hier liegt der Faktor, der es so schwer macht, die Geisteswissenschaften nach der Art der Naturwissenschaften zu behandeln. Für die Geschichte, insofern sie Geschichte von Individuen ist, liegt eine andere Schwierigkeit darin, daß wissenschaftliche Erkenntnis notwendiger Zusammenhänge nur für Massenerscheinungen, nicht für individuelle Vorkommnisse möglich ist. Doch diese Frage zu erörtern, würde uns hier zu weit führen, obwohl sie für das Verständnis der materialistischen Geschichtsauffassung wichtig ist.

Wenn wir bei M. finden, daß seine machtvollen ethischen Leidenschaften, sein tiefes Empfinden für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten, sein grimmiger Haß gegen jegliche Gemeinheit in seinen sozialwissenschaftlichen Arbeiten immer wieder durchbrechen, so gehört das sicher nicht zu naturwissenschaftlicher Betrachtungsweise, aber es beweist doch nicht, daß M. von zwei oder gar drei Weltanschauungen gleichzeitig erfüllt, sondern daß er ein ganzer Mann war, nicht bloß Denker, sondern auch Kämpfer. Gerade seine Weltanschauung aber war es, die in ihm die Leidenschaft des Erkennens zur stärksten machte und ihr alle andern unterordnete. Denn nach dieser Anschauung ist der stärkste Wille, die heißeste moralische Entrüstung ohnmächtig, wo sie in Gegensatz treten zu den Gesetzen der Natur oder der Gesellschaft, ist es daher unsere dringendste Aufgabe, diese Gesetze zu erkennen, unbeirrt durch unser Wollen und unser ethisches Empfinden

Darauf beruht nicht zum mindesten die Tiefe von M.s wissenschaftlicher Erkenntnis und die mächtige Wirkung, die er auf die gesamte Wissenschaft ausgeübt hat und auch heute noch, ja, heute mehr als je ausübt. Man mißversteht M. vollkommen, wenn man in die Ergebnisse seiner Forschungen ethische Urteile oder agitatorische Bedürfnisse hineindeutet. Leider weiß sich Wilbrandt von diesem weitverbreiteten Irrtum nicht freizuhalten.

An einer Stelle des „Elend der Philosophie" zitiert M. den englischen Sozialisten Bray, um zu zeigen, daß dieser „die Illusion des biedern Bürgers zum Ideal erhebt". (S. 56.) In dem dort mitgeteilten Passus spricht Bray u. a. davon, daß es notwendig sei, „die Ökonomen auf ihrem eigenen Gebiet mit ihren eigenen Waffen anzugreifen". Dadurch würde man sie in die Enge treiben. Erstaunlicherweise sieht Wilbrandt in diesem Satze Brays den Schlüssel zu manchen M.schen Ausführungen. Als ob M. sich zu Bray bekannt hätte. Die Braysche Auffassung sei ein Kunstgriff, den M. übernehme und mit Vorliebe handhabe: „Die Konsequenzen aufzuzeigen, die sich ergeben, wenn man die herrschende Lehre übernimmt. Dieser Kunstgriff läßt M. in einem heute fast unerträglich hohen Maß scheinbar kritiklos die klassische Nationalökonomie übernehmen." (S. 88.) Und Wilbrandt spricht dann von „Bray, dessen Methode von M. übernommen, seiner Kritik einverleibt und gehandhabt wird, wie eine neue, ihm in die Hand gewachsene Waffe". (S. 88.)

Es ist mir bei eifrigstem Bemühen nicht möglich gewesen, herauszufinden, aus welchen Äußerungen von M. zu entnehmen sein soll, daß er sich der Brayschen Methode bedient und wo er diese dahin aufgefaßt hat, daß es gelte, die klassische Ökonomie kritiklos zu übernehmen, bloß zu dem Zweck, zu zeigen, welch' scheußliches Bild der heutigen Gesellschaftsordnung dabei herauskommt.

Denn darum handelt es sich bei dieser Methode: „Darum ist das Wertgesetz, als das von der herrschenden Lehre eben dieser Wissenschaft aufgestellte Gesetz die geeignete Handhabe für M., um wieder, gemäß Brays Rezept, sie mit ihren eigenen Waffen, auf ihrem eigenen Felde vernichtend zu schlagen. Denn dieses Wertgesetz ist für M., streng durchgeführt, dasselbe, das, bei konsequenter Anwendung auf das Proletariat, dessen Schicksal in unnachahmlich haßerfüllter, vor Empörung zitternder und doch ganz normal erscheinender Form als notwendige Folge der heutigen tauschwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung zur Darstellung bringt. Das ist der Grund, warum M. jene sonderbar verzwickte, seiner nicht ganz würdige Denkfigur an der Schwelle des Eingangs zu seinem Werke anbringt: Es ist der Drudenfuß, man kommt hinein, doch nicht wieder zurück." (S. 104.)

Also die Werttheorie ist für M. nicht das Ergebnis seiner Erforschung des kapitalistischen Produktionsprozesses, sondern ihre Akzeptierung ist nur ein Kunstgriff, um zeigen zu können, daß vom Boden der bürgerlichen Ökonomie selbst aus das Elend des Proletariats in der heutigen Gesellschaft als unvermeidlich erscheine. Zu diesem Zwecke scheut M. sogar vor „jener unwürdigen Denkfigur" nicht zurück!

Wäre das alles richtig, dann hätten wir in M. tatsächlich nur „einen

Taschenspieler mit Gedankenkunststücken“ zu sehen, was doch Wilbrandt selbst für ‚psychologisch unmöglich‘ erklärt. (S. 103.) Und gleich darauf gibt er selbst zu, es sei richtig, „daß, all die M.schen Vorbedingungen gegeben, der Austausch sich auf die Dauer, von Schwankungen der Marktpreise abgesehen, nach dem „Wertgesetz“ regelt, das den Austausch von Äquivalenten oder gleichen Arbeitsmengen als das den Durchschnitt Bildende bezeichnet.“ (S. 103.)

Warum also M. ein Verfahren unterschieben, das nicht nur seiner, das jeden ernsthaften Forschers unwürdig gewesen wäre?

Wilbrandt vermißt in der M.schen Wertlehre eines: „sie ist nicht falsch, sondern unvollständig“ (S. 102), d. h., sie gilt nicht für jegliche Produktionsweise. Sie gilt nur unter der Voraussetzung der freien Konkurrenz. Man schaffe diese ab und das Wertgesetz ist abgeschafft und damit nach Wilbrandts Auffassung die Notwendigkeit des proletarischen Elends. Die Abschaffung der freien Konkurrenz bedeutet aber keineswegs schon Sozialismus.

Die M.sche Werttheorie, sagt Wilbrandt, gilt nicht für das Monopol. Sehr richtig. Nun betrachtet man die heutigen Unternehmerverbände auch schon als Monopole, die das Wertgesetz aufheben. So liegt jedoch die Sache nicht. Gerade diese „Monopole“ hat M. kraft seiner auf dem Wertgesetz aufgebauten Theorie vorausgesehen, sie entspringen mit derselben Notwendigkeit aus ihm, wie die Tendenz zur Verelendung des Proletariats. Doch sie heben die Konkurrenz nicht auf, sie schränken nur manche ihrer Formen ein. Sie hoben sie, bis jetzt wenigstens, noch nicht auf für den Weltmarkt. Dessen Einfluß kann sich aber auch der innere Markt, trotz aller Schutzzölle, nie ganz entziehen. Die Unternehmerverbände vermögen indes auch nicht das Streben nach Ausgleichung der Profitraten zu überwinden, das sich immer wieder in den verschiedensten Formen durchsetzt, und damit auch das Wertgesetz, das hinter den Produktionspreisen steht, immer wieder zur Geltung bringt. Freilich, wenn es gelänge, ein dauerndes internationales Monopol sämtlicher Produktionszweige zu schaffen, dann wäre das Wertgesetz überwunden, aber auch die Produktionsweise aufgehoben, deren Bewegungsgesetze es regelt.

Was Wilbrandt als Fehler der M.schen Werttheorie bezeichnet, daß sie nicht unter allen Umständen paßt, bildet ihren Vorzug. Sie will nur eine bestimmte Produktionsweise erklären. Eine Werttheorie, die absieht von den Bedingungen der Warenproduktion und bedingungslose Geltung beansprucht, erklärt nicht die Warenproduktion, aber auch keine andere Produktionsweise, weil jede ihre besonderen Bedingungen hat und nur durch deren Erforschung zu begreifen ist. Eine allgemeine Ökonomie, die für alle Zeiten und Länder gilt, könnte nur ein paar nichtssagende Gemeinplätze umfassen.

Die Darstellung der M.schen Werttheorie durch Wilbrandt ist weder klar noch glücklich. Dies zu zeigen, würde eine Abhandlung für sich erfordern. Nur ein Beispiel sei angeführt, das mich persönlich betrifft.

Wilbrandt wirft mir vor, ich sei mit daran schuld, wenn die M.kritiker einen Widerspruch finden zwischen dem I. Band des „Kapital“, in [illegible]

Werte der Waren durch die auf sie verwendete Arbeit bestimmt werden, und dem III., in dem anerkannt wird, daß die Produktionspreise der Waren dauernd über oder unter ihren Werten stehen können: „Die Herstellungskosten zugegeben, erhebt sich . . . der Einwand: in den Arbeitskosten, von denen das Wertgesetz spricht, fehlt ja der Kapitalgewinn, in den heutigen Preisen ein notwendiger Bestandteil! Fußnote, Hinweise, schon in Band I haben nicht gehindert, daß selbst die Anhänger, wie KAUTSKY, eine sich festsetzende, ja nie wieder auszurottende falsche Vorstellung beigebracht bekamen.“ (S. 104.)

Leider zeigt WILBRANDT nicht näher, worin diese falsche Vorstellung bestand. Wohl aber läßt seine eigene Ausdrucksweise auf eine falsche Vorstellung schließen. Das Wertgesetz spricht nirgends von den „Arbeitskosten“, sondern von dem „Arbeitsaufwand“, den die Produktion der Ware erheischt. Die Kosten der Arbeit, das ist doch nichts anderes, als der Arbeitslohn, und der bestimmt nicht den Wert der Ware. Wenigstens nicht nach M., und um dessen Theorie handelt es sich ja hier. In dem Arbeitsaufwand wieder fehlt nicht der Kapitalgewinn, denn jener Aufwand schafft nicht bloß den Wert, der den verausgabten Arbeitslohn ersetzt, sondern auch den Mehrwert. WILBRANDT wird doch nicht der Ansicht sein, der „Kapitalgewinn“ stecke nicht in dem durch die „Arbeitskosten“ produzierten Werte darin, sondern bilde einen Aufschlag auf diesen Wert!?

Das bedeutete allerdings eine völlige Umstoßung des Wertgesetzes, aber zur Festsetzung dieser falschen Vorstellung habe ich nicht das mindeste beigetragen.

Nicht minder unklar, wie die Darstellung des Wertgesetzes, ist bei WILBRANDT die Darstellung des historischen Materialismus.

Er setzt z. B. das Klasseninteresse gleich dem Privatinteresse. Der Klassenkampf ist ihm ein Kampf um Privatinteressen:

„So wird für M. zum stärksten Faktor, was die bitterste Enttäuschung für ihn war: das Privatinteresse. Dieser ‘verworfene Materialismus’, wie der erste Aufschrei seines verletzten Idealismus es nennt, wird nun realistisch erfaßt als zuverlässige Triebkraft . . . So ergibt die Einsicht, daß immer wieder Privatintessen der Klassen dahinterstecken, für M. nicht die Stimmung der Resignation, sondern ein neues Mittel . . . Nicht was teleologisch notwendig gewollt werden muß, weil für alle gut, sondern was psychologisch notwendig gewollt werden muß, aus massenhaft gleich gerichtetem Selbst- oder Klasseninteresse, was also bei den meisten viel eher wirksam werden kann, wird nun seine Stütze.“ (S. 64.)

Das Klasseninteresse ist also nach WILBRANDT nichts als das massenhafte Vorkommen gleichgerichteter Privatinteressen, der Klassenkampf ein Kampf zahlreicher Individuen für das eigene Interesse. Dabei wäre sicher alles soziale Empfinden, alle Ethik ausgeschaltet.

In Wirklichkeit ist das Klasseninteresse nicht Privatinteresse, sondern eine Art des Gemeininteresses.

Schon im 19. Jahrhundert unterschied man unter den Motiven des menschlichen Handelns die egoistischen und die sympathischen oder altruistischen.



Darwin zeigte dann anfangs der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts, daß die letzteren Motive aus der gesellschaftlichen Natur des Menschen stammen, da er nur in Gesellschaft sich behaupten kann, und ebenso darauf angewiesen ist, wie auf seine Selbsterhaltung, auf die Erhaltung der Gemeinschaft, in der er lebt, bedacht zu sein. Daher seine sozialen Triebe, die Wurzeln der Ethik, die unter Umständen mächtiger werden können, als der Trieb nach Selbsterhaltung.

Bei dieser Erkenntnis blieb man jedoch stehen, man untersuchte nicht weiter, welcher Art die Gemeinschaft sei, für die das Individuum ethisch empfindet. Staat, Gesellschaft, Menschheit oder einfach „der Nächste“ wurden da unterschiedslos einander gleichgestellt. Doch nur in den Anfängen der Menschheitsgeschichte lebt der Mensch in einer einzigen Gemeinschaft, der Horde. Je mehr die ökonomische Entwicklung vorangeht, desto mehr dehnt sich einerseits der Bereich der Menschen aus, die in dauernden gesellschaftslichen Beziehungen zueinander stehen, die Gesellschaft wird in der Zeit des Weltverkehrs immer mehr identisch mit der gesamten Menschheit. Anderseits spaltet sich die Gesellschaft immer mehr in zahlreiche Gemeinschaften und das Individuum gehört nicht bloß einer, sondern mehreren von ihnen an, Staat, Gemeinde, Kirche, Nationalität, Partei usw. Diejenige unter diesen Gemeinschaften, die in der Klassengesellschaft das Individuum am mächtigsten ergreift und beeinflußt, ist die Klasse. Sie bestimmt am meisten den Charakter des Menschen, seine Ziele, seine Liebe und seinen Haß, sie bestimmt auch seine Auffassung von den übrigen Gemeinschaften, in denen er lebt, also die ganze Art seines sozialen Lebens.

Das herausgefunden zu haben, ist eine der größten Taten von M. und Engels; sie haben damit die ganze Geschichtsforschung wie die Politik auf eine neue Basis gestellt. Dafür wird aber der Blick völlig verschleiert, wenn man im Klasseninteresse lediglich eine Sammlung gleichgerichteter Privatinteresse sieht, etwa gleich dem Interesse von Aktionären an einer Aktiengesellschaft.

Natürlich kann das Privatinteresse mit dem Klasseninteresse zusammenfallen, sowie jenes ja auch mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse zusammenfallen kann. In der Tat haben die materialistischen Philosophen des 18. Jahrhunderts, die als das einzige Motiv des menschlichen Handelns den Egoismus betrachteten, die sozialen Triebe dadurch zu erklären gesucht, daß sie diese als „erleuchteten“ Egoismus vom kurzsichtigen unterschieden. Der erleuchtete zeige, daß man durch Förderung der Gesellschaft sich selbst nütze.

Doch daraus läßt sich die Selbstaufopferung des Individuums um gesellschaftlicher Interessen willen nicht erklären. Und Beispiele gleicher Selbstaufopferung zeigen uns auch viele Klassenkämpfe. Sie bezeugen uns, daß das Klasseninteresse in derselben Weise wie jedes andere Gemeinschaftsinteresse verschieden ist vom Privatinteresse.

Wilbrandt dagegen setzt das Klassehinteresse als Privatinteresse in Gegensatz zum Gemeinschaftsinteresse. Er sagt: „Der Klassenkampf ist zu eng für den Sozialismus! Dieser ist nicht nur Klasseninteresse; er ist Gesamtheitssache.“ (S. 77.)

Aber was ist der Klasse gegenüber die „Gesamtheit“? Eine bloße Ab-

straktion. Als Klasseninteresse ist der Sozialismus nur proletarisches Klasseninteresse. Alle anderen Klassen stehen als Klassen in Gegensatz zu ihm, trotzdem er „Gesamtheitssache“ ist. Was nützt die Gesamtheitssache, die nicht von der Gesamtheit zu ihrer Sache gemacht wird?

Daß aber der Sozialismus seinem Wesen nach Gesamtheitssache ist, haben M. und Engels nie bestritten. Letzterer sagte schon in seiner „Lage der arbeitenden Klassen in England“ (S. 353): „Der Kommunismus erkennt, solange der Zwiespalt (zwischen Bourgeosie und Proletariat) besteht, die Erbitterung des Proletariats gegen seine Unterdrücker allerdings als eine Notwendigkeit, als den bedeutendsten Hebel der anfangenden Arbeiterbewegung an, aber er geht über diese Erbitterung hinaus, weil er eben eine Sache der Menschheit, nicht bloß der Arbeiter ist. . . Je mehr also die englischen Arbeiter sozialistische Ideen in sich aufnehmen, desto mehr wird ihre jetzige Erbitterung überflüssig, die es doch, wenn sie so gewaltsam bleibt, wie sie jetzt ist, zu nichts bringen würde; desto mehr werden ihre Schritte gegen die Bourgeosie an Wildheit und Roheit verlieren.“

Die Anerkennung der „Gesamtheitssache“ als Ziel steht also durchaus nicht im Widerspruch zum Klassenkampf als Mittel.

Wie das Wesen des Klasseninteresses verkennt Wilbrandt auch das Wesen dessen, was M. unter selbsttätiger Entwicklung versteht. Er faßt diese auf als eine Entwicklung, die sich ganz fatalistisch ohne menschliches Zutun vollzieht. So erklärt er die M.sche materialistische Geschichtsauffassung und ihre Anwendung auf den Sozialismus aus der Ohnmacht der Arbeiterbewegung: „Die Situation, aus der heraus M. dachte, als er in London sein großes Hauptwerk schrieb, seine Situation war die eines alternden, machtlosen Verbannten, der sein Heer erst zu schaffen hat, ehe gekämpft werden kann. Das Proletariat war ein ohnmächtiger Spielball gesellschaftlicher Zusammenhänge und Mächte . . . Das ist zum Teil noch so, aber es ist doch bereits anders geworden . . . Nicht mehr das Ausspähen nach einer gütigen selbsttätigen Entwicklungstendenz, sondern eigenes Handeln, nicht mehr allein das Erkennen dessen, was geschieht und geschehen wird, sondern vor allem dessen, was zu tun ist, das ist nun durch die veränderte Sachlage erfordert.“ (S. 44, 45.)

Wilbrandt nimmt also an, daß die Entwicklungstendenz im M.schen Sinne absieht vom „eigenen Handeln“, daß sie annimmt, die Zukunft werde von selbst kommen! Hat man jemals M. sonderbarer verkannt?

Die „selbsttätige Entwicklung“ ist natürlich nichts anderes als die Wirkung des Tuns der Menschen. Die selbsttätige Entwicklung des Kapitalismus setzt Kapitalisten und Proletarier voraus, die leben wollen. Das können sie unter den gegebenen Verhältnissen nur, wenn sie Geld verdienen. Sie müssen verdienen wollen. Aber wie sie das zu erreichen suchen, steht ebenfalls nicht in ihrem Belieben. Die einen müssen trachten, Profite zu machen, die andern, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen. Dabei kommen sie naturnotwendig in Konflikt miteinander.

Doch bei diesen einfachen Konflikten bleibt es nicht. Es gibt neben den Klassen der Kapitalisten und Lohnarbeiter noch andere Klassen im eigenen

Lande, die leben und Geld verdienen wollen, und die gleichen Klassen in andern Ländern. Ihr Verdienen hängt ab nicht bloß von ihren momentanen Geschäften, sondern auch von ihrem Einfluß im Staat. Der Kampf um den Staat und noch mehr der mit andern Staaten ist schon eine kompliziertere Sache, als der bloße Kampf um Profit und Lohn. Und noch mehr wird die Sache kompliziert, wenn man nicht die augenblicklichen Interessen, sondern die Aussichten der Zukunft in Betracht zieht. Alle diese Faktoren erregen das Wollen der Menschen der verschiedenen Klassen und Parteien in der mannigfachsten Weise und aus dem Zusammenstoß dieser unzähligen verschiedenen und gegensätzlichen Willen ersteht das Resultat, die Entwicklung.

Es wäre also lächerlich, sie als vom Wollen und Handeln der Menschen unabhängig hinzustellen. Das hat M. nie gemeint. Was er zeigte, war einmal die Bedingtheit des sozialen Wollens der einzelnen und der Klassen durch die ökonomischen Bedingungen, in die sie hineingestellt sind, und die Bedingtheit des Ergebnisses ihres Wollens und Handelns. In dem Hervorheben dieser Bedingtheit, darin unterscheidet sich die M sche „materialistische" Auffassung von der idealistischen, die die Freiheit und die Allmacht des Willens behauptet und vermeint, man könne alles, wenn man es nur kräftig und entschieden genug wolle. Eine Auffassung, die praktisch auch manchen Marxisten leitet, der sie theoretisch verwirft.

M. zeigt, daß das, was die einzelnen, die Parteien, die Klassen bei ihren Kämpfen, durch ihre Maßregeln und Einrichtungen herbeiführen wollen, oft sehr verschieden ist von dem, was tatsächlich dabei herauskommt und sich behauptet. In letzter Linie sind es die ökonomischen Notwendigkeiten, die sich durchsetzen.

Das betont M. nicht, um an stelle des Wollens und Handelns das Warten auf eine „gütige selbsttätige Entwicklungstendenz" zu setzen, sondern um das Wollen und Handeln auf die Linie der notwendigen Entwicklungstendenz zu konzentrieren, um damit das Wollen und Handeln kraftvoller und erfolgreicher zu machen.

In der Gesellschaft wie in der Natur setzen sich die notwendigen Entwicklungstendenzen in der Regel unter ungeheurer Verschwendung an Kraft und Stoff durch. Wo der Mensch die notwendigen Zusammenhänge erkennt, vermag er der Verschwendung zu steuern, die gegebenen Kräfte und Stoffe wirksamer auszunützen. Das ist es, was M. für die heutige Gesellschaft und insbesondere für den proletarischen Befreiungskampf getan hat und was weiter zu tun, eine der wichtigsten Aufgabe seiner Schüler ist. Der Marxismus in diesem Sinne wird durch die wachsende Macht des Proletariats nicht überflüssig, sondern vielmehr erst recht dringend notwendig. Je kraftvoller es in die Entwicklung einzugreifen vermag, desto wichtiger wird es, daß es die ökonomische Bedingtheit seines Tuns erkennt, die jeweiligen Bedingungen seines Handelns genau untersucht und sich nicht von dem Glauben an die Allmacht seines Willens berücken läßt. Desto notwendiger aber auch, daß es über dem augenblicklich Erreichbaren nicht das viel größere, später Erreichbare vergißt und in jedem Moment seines praktischen Handelns darauf bedacht ist, nur solche praktische Erfolge zu erzielen, die den Weg zur Zukunft nicht versperren, sondern vielmehr verbreitern.

[illegible] seit seinen Anfängen [illegible] die [illegible] des „[illegible]" [illegible] gegen [illegible] die [illegible] und [illegible] wenn nur [illegible] gegen [illegible] in jedem Moment zu [illegible] war [illegible] ohne sich [illegible] zu [illegible] der Zukunft [illegible] Sache kompromittieren.

[illegible] M. ist zu seiner Auffassung gelangt, weil er die [illegible] und [illegible] Verbündeter und das Proletariat [illegible] jetzt aber aus dem [illegible] der Taten gekommen. Das klingt ja so, als wäre Wilbrandt unter die Bolschewiki gegangen. Doch braucht uns seine bolschewistische [illegible] nicht zu erschrecken.

Die Taten, zu denen das Proletariat jetzt die Kraft erlangt hat, bestehen für ihn nicht in der Besitzergreifung der politischen Macht. „Der Klassenkampf ist zu eng für den Sozialismus, die Politik ist zu eng, die [illegible] ist zu eng." (S. [illegible]) Nicht durch Klassenkampf, nicht durch die Eroberung der politischen Macht soll der Sozialismus errungen werden, sondern durch „unmittelbar praktische Arbeit". Als „Methoden, die sozialistische Idee in die Tat umzusetzen", nennt uns Wilbrandt: „Die Pioniere von Rochdale, als die Erfinder der erfolgreichen Technik einer Organisation der Konsumenten, mit dem Erfolg einer weltumspannenden, die Zukunft bauenden Verwirklichung des Sozialismus, und die Bau- und Siedlungsgenossenschaften, die Gartenstädte, die Berufsvereine, die Gegenseitigkeitsversicherung, die Ausdehnung der Gemeindetätigkeit und der Gemeinwirtschaft überhaupt — eine Welt von grundlegender Praxis, die von Politik, Revolution und Diktatur des Proletariats so fern wie dem Sozialismus nahe ist: der englische praktische Sozialismus" (S. [illegible]).

Die englischen Arbeiter selbst sind anderer Ansicht. Je mehr sie auf diesem unpolitischen Wege dem „Sozialismus näher" kommen, desto mehr erstarkt unter ihnen der Gedanke der Eroberung der politischen Macht durch eine Arbeiterpartei.

Übrigens, gehört zu diesem „praktischen englischen Sozialismus" nicht auch das Erstarken der Gewerkschaften, die Ausdehnung des Arbeiterschutzes? Und gab es diesen „praktischen Sozialismus" nicht schon zu der Zeit, als der „[illegible] Verkannte" sein Hauptwerk schrieb? Wann erfüllten die Genossenschaften, die Gewerkschaften, die Verfechter des Arbeiterschutzes die Welt mehr mit ihren Kämpfen, Errungenschaften, Aussichten, als gerade damals? Und hat nicht M. das, was Großes und Zukunftsreiches in diesen Bestrebungen war, eher zu würdigen verstanden, als ein anderer?[1]

In jenen Jahren bewies der „englische praktische Sozialismus" im [illegible] Sinne die Kraft, die Arbeiter dem Liberalismus zuzuführen. Er hat sie [illegible] verloren. Wilbrandt sieht aber gerade jetzt in dieser Art Sozialismus das Mittel, durch große Taten den [illegible] auf die [illegible] Entwicklung [illegible] Marxismus zu überwinden![2] Er scheint [illegible] zu [illegible], wie er M. selbst verkannt.

Was Wilbrandt [illegible] an M. auszusetzen hat, und es ist ungeheuer [illegible]

viel, überrascht nach dem hier Ausgeführten nicht mehr. Es alles zu erartern, würde ein dickes Buch füllen. Nur ein paar Kleinigkeiten seien noch zitiert. So heißt es auf S. 120: „Was M. fehlt, ist KANT: er ist zuchtlos. So verirrt sich seine Neigung zur Kritik, er läßt ihr die Zügel schießen, ohne Selbstkritik. So in seiner Unterschätzung NAPOLEONS III., Preußens und der Hohenzollern."

M. ist für WILBRANDT kein Organisator, kein Praktiker, kein politischer Taktiker, er hat nicht geleistet, „was die praktischen Arbeiterführer, wie LASSALLE und LEGIEN geleistet haben" (S. 125). Die Leitung der Internationale scheint keine organisatorische und taktische Leistung darzustellen.

Daß WILBRANDT an M.ens Vaterlandslosigkeit Anstoß nimmt, wird nicht weiter verwundern. Bemerkenswert ist aber seine Konstatierung: „So hat es zweimal, wenn auch nicht wörtlich, so doch in tieferer Wahrheit, einen Abfall von M. gegeben: den Revisionismus und die Haltung der Mehrheit im Weltkrieg. Das erste verwandelt, das zweite spaltet die Partei." Dafür darf sie aber auch der Dankespflicht des Staates sicher sein: „Die Staatsgewalt, vom Proletariat nicht faktisch, doch moralisch erobert und aktiv mit in die Hand genommen, eröffnet den Ausblick auf ein vielleicht den Krieg überdauerndes neues, von M. nicht erträumtes Verhältnis: der Staat das Vaterhaus derer, die in der freien Volkswirtschaft alles verloren."

Dieses selbe Verhältnis, das M. „nicht erträumt" hat, „erträumt" die Richtung, der die beiden andern Verfasser der hier besprochenen Schriften über M. angehören. Sie begegnen sich mit WILBRANDT auf dem gleichen Boden, dem Wunsch, den MARXismus dadurch zu korrigieren, daß sie die Hebung und Befriedigung des Proletariats zu erreichen suchen nicht auf dem Wege der Eroberung der Staatsgewalt, sondern der Gewinnung des Vertrauens der heutigen Inhaber der Staatsgewalt. Auf die Gewinnung dieses Vertrauens soll die ganze Haltung der Führer und Freunde des Proletariats theoretisch und praktisch gerichtet sein.

Diese Richtung war M. nicht unbekannt. Sie kam während seines Aufenthalts in England unter den dortigen Gewerkschaften auf. Sie war es, die ihm im Bunde mit dem Bakunismus in der Internationale den Krieg erklärte und diese sprengte.

Mit Recht erkennt WILBRANDT, daß seine wissenschaftliche Auffassung der Gesellschaft unvereinbar ist mit der M.schen; er steht darin über den BEER und MÜLLER, die bei allen Vorbehalten auf M.schem Boden zu stehen meinen. Er wie sie müssen von ihrem Standpunkt aus an M. Kritik üben. Das ist selbstverständlich ihr gutes Recht. Doch sie sind ja diesmal ausgezogen, nicht um M. zu kritisieren, sondern um seine Lehren darzustellen. Und das ist leider keinem von ihnen gelungen.

Wir konstatieren das mit Bedauern, denn wenigstens von BEER und WILBRANDT haben wir nach ihren bisherigen Leistungen größeres Verständnis für die M.schen Lehren erwartet.

Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus [1]).

Besprochen von

Alfons Dopsch (Wien).

Das bekannte Buch des Berliner Nationalökonomen ist in der vorliegenden 2. Auflage ein völlig neues Werk geworden. Nicht nur seinem Umfange nach, der bereits in den 2, bezw. richtiger gesagt 3 Bänden, welche bis jetzt erschienen sind, 2000 Seiten übersteigt — ein dritter, bezw. vierter Band soll noch nachfolgen —, auch Inhalt und Auffassung des Stoffes sind großenteils verändert. „Von dem früheren Text — sagt der Verf. selbst — ist kaum ein Zehntel wieder verwendet und auch dieser Bruchteil des alten Textes findet sich zumeist in ganz neue Gedankengefüge eingeordnet." I. (Vorwort S. XIII.)

Die 1. Auflage hatte, wie bekannt, viel Anfechtung erfahren, besonders auch auf seiten der Historiker. S. gibt (ebda. S. XX) jenen Kritikern recht, die behauptet hatten, daß sein Werk in der Fassung der 1. Auflage „ein schlechtes und verfehltes Buch" sei. Er erkennt die nahezu einmütige Ablehnung, welche die historische Darstellung dort nicht nur durch die Historiker gefunden hat, jetzt ausdrücklich als berechtigt an. „Die 1. Auflage hat böse Schnitzer im einzelnen enthalten und mußte mit ihrer ganzen wilden und ungestümen Art die an peinliche Akribie gewöhnten und in einer strengen Schule aufgewachsenen Historiker zum Widerspruch und zur Ablehnung herausfordern." S. hofft, daß „ein erheblicher Teil jener Fehler, die die erste Auflage enthielt, in dieser 2. beseitigt ist".

Auch in der methodischen Behandlung des Stoffes hat S. nunmehr mit steter Trennung des theoretischen und empirischen Teils bei der Behandlung jedes einzelnen Problems eine Neuerung durchgeführt, um den nach seinem eigenen Geständnis „vielleicht schlimmsten Fehler" der 1. Auflage nach Möglichkeit zu vermeiden, das ist die unzulässige Vermischung der theoretischen und der empirisch-realistischen Betrachtungsweise. (Ebda. S. XV.)

Man sieht, der Autor selbst führt das neue Werk mit einer gründlichen Absage an die 1. Auflage ein. Aber nicht nur an diese! Auch die seither erschienenen weiteren Schriften hat der überaus produktive Gelehrte jetzt selbst desavouiert, oder ihnen doch mindestens dadurch, daß er sie allesamt nur als „Teilstudien" hinstellt, den ursprünglich doch nicht eingeschränkten Anspruch auf allgemeine Gültigkeit nunmehr rundweg versagt.

1) Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus. 2. neu gearb. Aufl. München und Leipzig, Duncker und Humblot. Gr. 8° I. Bd. XXVI u. 916 S. 1916. II. Bd. 1. u. 2. Hälfte X u. 1155 S. 1917 (60 Mk., geb. 78 Mk.).

Was hatte S. nicht alles nacheinander als Grund für die Entstehung des modernen Kapitalismus vorgebracht: bald die Edelmetallproduktion, bald die Juden, bald den Luxus, endlich den Krieg! Das hatte mit Recht wohl Kopfschütteln erregt und den Vorwurf begründel, man könnte alles mögliche, noch vieles andere auch dafür verantwortlich machen. S. sucht sich nun mit der Erklärung zu helfen, er habe „mit bewußter Willkür“ stets nur eine Seite der kapitalistischen Entwicklung hervorgehoben; er habe „mit dieser Scheinwerfermethode“ nichts anderes hezweckt, als jedesmal den Blick des Beschauers auf eine Seite des Problems einzustellen, damit er genötigt wäre, „sich eine Zeitlang intensiv mit diesem Teilproblem zu beschäftigen“. Eine Einseitigkeit, die naturgemäß auch eine starke Überschätzung der jeweils als Hauptsache betrachteten Ursachen im Gefolge haben mußte.

Tatsächlich hat er selbst offenbar erst allmählich die Empfindung gewonnen, die er jetzt als tiefsten Eindruck beim Leser hervorrufen möchte (Vorw. XIV), daß ein ungeheurer Reichtum von Problemen in der Überschrift seines Werkes eingeschlossen ist. Er will also jetzt „alle diese einzelgesponnenen Fäden zu einem Gewebe zusammenfassen“ und zeigen, „daß nicht etwa nur die von ihm schon gewürdigten, sondern noch viel mehr Mächte an dem Aufbau des modernen Kapitalismus beteiligt gewesen sind“. So weitet sich die Aufgabe des neuen Werkes ins ungemessene aus. Der Verf. selbst gibt ihm den Untertitel: „Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart“. Eine allgemeine Wirtschaftsgeschichte also, unbegrenzt nach Zeit und Raum! Dies ist gewiß ein achtungswürdiges, großes Unternehmen, das ihm an sich schon das Interesse weitester Kreise sichert. Das wertvoll ist schon durch die Problemstellung selbst, durch die Zusammenfassung aller Teilergebnisse der Forschung unter einem einheitlichen Gesichtspunkte, mag er nun so oder so benannt sein.

Allerdings verspricht S. hier mehr, als das Werk dann selbst wirklich bietet. Denn „die Anfänge“ des europäischen Wirtschaftslebens werden tatsächlich darin nicht behandelt, da er seine Darstellung doch sofort auf die Zeit von 800 ab einschränkt. So bleibt gerade die meist umstrittene ältere Zeit, in der die Wurzeln des europäischen Wirtschaftslebens gelegt wurden, völlig beiseite. Augenscheinlich hat S. ebenda auch stark abweichende Vorstellungen von dem Grad der Entwicklung, wie er zuletzt an der Hand der Quellen festgestellt worden ist, denn er spricht wiederholt noch von der Karolingerzeit als einer Periode primitiver Zustände und vertritt die Anschauung, daß „das Wirtschaftsleben der Völker, die Europa seit der Völkerwanderung in Besitz genommen hatten, von da an erst aus eigener Wurzel neu zu wachsen beginne“ (I, 22). Tatsächlich war die Entwicklung eben damals zu sehr bestimmten Formen bereits gediehen. Und S. hat ja im Verlaufe seiner Darstellung selbst später die Bemerkung gemacht, daß „die Gesamtstruktur der frühmittelalterlichen Agrarverfassung doch in ihren Grundzügen bis ins 18. und in manchen Ländern bis tief ins 19. Jahrhundert hinein dieselbe blieb; daß man in Europa auf dem Lande im Jahre 1800 nicht viel anderes gelebt hat als im Jahre 800“ (II, 650).

Keinesfalls durfte in einer „historisch-systematischen Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen an" diese grundlegende ältere Entwicklungsperiode fehlen.

Zur Ordnung des gesamten „ungeheuerlich großen Stoffes" verwendet S. den Begriff des Wirtschaftssystems. Er unterscheidet drei solche Wirtschaftssysteme: die Eigenwirtschaft (in zweifacher Gestalt: als bäuerliche und grundherrliche); das Handwerk; den Kapitalismus. Ihnen entsprechen nach S. drei Wirtschaftsepochen, die in dem letzten Jahrtausend aufeinander in Europa gefolgt sind. Er meint, daß in empirisch umgrenzbaren Zeiträumen die Herrschaft eines Wirtschaftsprinzips und des ihm entsprechenden Wirtschaftssystems so gut wie unbeschränkt gewesen sei und die neuen Wirtschaftsprinzipien im Rahmen des herrschenden Wirtschaftssystems allmählich nach Anerkennung ringen mußten, bis sie dann schließlich das gesamte Wirtschaftsleben nach ihrem Geiste formten und bestimmten.

S. ist somit Evolutionist im Sinne der älteren Wirtschaftshistoriker und Soziologen, die an das bekannte Stufenleitersystem MORGANS glaubten und die ungeheure Vielheit der bewegenden Motive aller Wirtschaft stets auf ein leitendes Prinzip zurückführen wollten, nach welchem fest abscheidbare Epochen der Entwicklung unterschieden werden könnten.

Um es gleich vorwegzunehmen, so widerlegt S. neues Werk selbst am schlagendsten die Richtigkeit solcher Auffassung. Denn es kommt zu dem Ergebnis, daß nicht nur in der Agrarwirtschaft, sondern auch im Gewerbe die alten Grundzüge der Verfassung bis in die neueste Zeit hinein sich erhalten haben; er konstatiert insbesondere für den Kapitalismus auch, daß er nach einer Lebensdauer von mindestens dreihundert, ja von seinen ersten Anfängen in Europa von fünf- und sechshundert Jahren, an dem Zustande des europäischen Wirtschaftslebens sowie des gesamten Kulturdaseins ganz erstaunlich wenig geändert und ebensowenig an schöpferischen Leistungen in Europa selbst vollbracht habe (II. 1111).

Ich glaube, gerade der Wirtschaftshistoriker, der sich des ungeheuren Reichtums an Triebkräften der Gesamtentwicklung bewußt wird und nicht in Einseitigkeiten oder Überschätzung einzelner Motive verfallen will, wird sich vor solcher Schematisierung hüten müssen. Er wird an ein Nebeneinander verschiedener Systeme denken müssen und auch die alte Vorstellung fallen lassen, als ob alle Neuerung stets in feindlichem Gegensatz zu den bisherigen Zuständen sich habe durchbringen müssen, um dann selbst eine unbegrenzte Herrschaft ihrerseits auszuüben. Vor allem aber sind auch die einzelnen Wirtschaftsprinzipien niemals und nirgends so rein und ausschließlich anzutreffen, daß man danach bestimmte Epochen abgrenzen oder benennen könnte, ohne in schwere historische Widersprüche zu geraten. Sie schließen einander nicht aus, sondern wirken oft gleichzeitig miteinander und ineinander.

S. verspricht uns auch eine grundsätzlich neue Art der wirtschaftsgeschichtlichen Darstellung. „Es ist zum ersten Male der Versuch unternommen, die Wirtschaftsweise zu schildern, während bisher, von

engumgrenzten Monographien abgesehen, alle umfassenden sogenannten Wirtschaftsgeschichten nichts anderes als Geschichten der Wirtschaftsordnungen waren. Weder CUNNINGHAM noch LEVASSEUR, noch INAMA-STERNEGG noch KOWALEWSKI sind etwas wesentlich anderes als Rechtsgeschichten. Dieses Werk will dagegen zeigen, wie sich die Unterhaltungsfürsorge in Wirklichkeit gestaltet, wie sich die wirtschaftlichen Vorgänge in Wirklichkeit abgespielt haben. Was der Bauer und der Grundherr, der Handwerker und der Kaufmann gedacht, gewollt, getan haben, wie ihre Einzelhandlungen sich zu dem wundersamen Gebilde der allgemeinen, gesellschaftlichen Wirtschaft zusammengefügt haben, möchte dieses Werk zur lebendigen Anschauung bringen" (I, 24).

Wir werden aufs höchste gespannt und erwarten demnach vor allem eine starke Berücksichtigung soziologischer Gesichtspunkte. Sehen wir nun zu, wie die Ausführung sich zu diesem neuen Programm und insbesondere zu der Verheißung verhält, daß „diese hier zum ersten Male angewandte Methode" sich als besonders fruchtbar erweisen werde. Das erste Buch behandelt „die vorkapitalistische Wirtschaft" (I, 29—315). Sie umfaßt, ohne daß S. sie chronologisch bestimmter abgrenzen würde, das frühere und hohe Mittelalter. S. versucht, die in ihr herrschende „vorkapitalistische Wirtschaftsgesinnung" zu schildern. Er unterscheidet hiebei zwei Schichten der Bevölkerung: die Herrenschichte und die große Masse des Volkes. Aber er verwendet zur Darstellung ersterer lediglich — THOMAS VON AQUINO und LEON BATTISTA ALBERTI, mit der Behauptung, daß des letzteren Ausführungen über die Lebensführung der Geistlichkeit von Florenz „durchaus als typisch gelten dürfen für alles Leben der Reichen in vorkapitalistischer Zeit". Eine solche Leichtigkeit des Urteils muß in höchstem Maße Bedenken erregen. Noch mehr aber die Art und Weise, wie S. die charakteristischen Eigentümlichkeiten dieser vorkapitalistischen Wirtschaftsgesinnung für die große Masse des Volkes entwickelt. Obwohl er eingangs betont, daß seine Darstellung „ausschließlich auf die Benützung der Quellen angewiesen" sei, hat er hier durchaus aus zweiter und dritter Hand geschöpft. Bezeichnend scheint ihm der gering entwickelte Sinn für das Rechnungsmäßige, der Mangel an kalkulatorischem Sinn. Ebensowenig wie die Geistesenergie — „in stiller Versunkenheit gibt sich der echte Bauer seiner Beschäftigung hin" — ist beim vorkapitalistischen Wirtschaftsmenschen die Willensenergie entwickelt. Das äußert sich im langsamen Tempo der wirtschaftlichen Tätigkeit. Vor allem und zunächst sucht man sich diese soviel als irgend möglich vom Leibe zu halten. Wo man „feiern" kann, tut man es. Keine Spur von einer Liebe zur Wirtschaft oder zur wirtschaftlichen Arbeit. Und bei der Arbeit selbst eilt man sich nicht. Es ist gar kein Interesse vorhanden, daß etwas in sehr kurzer Zeit, oder daß in einer bestimmten Zeit sehr viel erzeugt oder vollbracht werde. Es wird traditionalistisch gewirtschaftet, d. h. so wie man es überkommen hat, so wie man es gelernt hat, so wie man es gewohnt ist. Man blickt bei der Arbeit nicht nach vorn, nach dem Zwecke, sondern schaut nach hinten, nach Vorbildern, Mustern und Erfahrungen.

Diese Schilderung mag für die große Masse des Volkes nicht ganz unrichtig sein. Aber sicherlich könnte man ihr auch für die kapitalistische Zeit weithin Geltung einräumen. Ja, S. selbst hat in einem späteren Bande dies tatsächlich auch getan (vgl. II, 816 und 831). Es hat ja allezeit faule und arbeitsscheue Menschen gegeben. Womit aber begründet S. jenes generalisierende Urteil? „Diese Grundstimmung, sagt er, können wir ohne weiteres aus der bekannten Tatsache ableiten, daß in aller vorkapitalistischen Zeit die Zahl der Feiertage im Jahre enorm groß war." Als einzige Quelle zur Illustration dafür dient eine Übersicht der Feiertage im bayerischen Bergbau während des 16. Jahrhunderts! Wo bleibt da „die Fülle der Gesichte", die S. doch dem Leser vor Augen stellen wollte, um ihn den unermeßlichen Reichtum der Einzelerscheinungen intensiv erleben zu lassen? (Vgl. I, 24.)

Was S. hier vorbringt, ist nichts anderes als eine abstrakte Konstruktion, die deutlich von der Tendenz getragen erscheint, für die vorkapitalistische Zeit ein Gegenstück zu dem aufzustellen, was MAX WEBER über den Geist des Kapitalismus aus der protestantischen Ethik abgeleitet hat (Archiv f. Sozialwiss. XX u. XXI).

Ich will nicht wiederholen, was S. früher schon von anderer Seite entgegengehalten worden ist. Sicherlich hat er (I, 34 f.) diese Einwände nicht entkräftet. Vor allem aber ist er in den späteren Teilen seines Werkes selbst doch zu der Anschauung gelangt, daß der Traditionalismus gerade in bäuerlichen und kleingewerblichen Kreisen auch viel später, ja bis ins 19. Jahrhundert noch fortgedauert hat (vgl. II, 631 u. 681). Anderseits aber hat auch der Rationalismus dem früheren Mittelalter keineswegs gefehlt. Ich verweise nur auf die Kloster- bezw. Mönchsregeln mit ihrer genauen Zeit- und Arbeitseinteilung[1]) und weiters auf die nicht selten geradezu geschäftsmäßig anmutende Berechnung, aus welcher heraus Werke der Caritas zur Sicherung des künftigen Seelenheils gestiftet worden sind. Also eine Einstellung auch des Denkens nach vorwärts, in die Zukunft, getragen von dem Gedanken der Wiedervergeltung des diesseitigen Handelns im Jenseits. Endlich ist auch die stete Kontrolle des eigenen Thuns und Lassens, das sich Rechenschaft geben[2]) dem Katholizismus und Mittelalter keineswegs fremd. Ich erinnere nur an die Verpflichtung zur Ohrenbeichte! Ferner aber hat die neuere biographische Literatur uns Persönlichkeiten geschildert, die durchaus rationalistisch geartet waren. So Rudolf von Habsburg[3]) und sein Sohn Albrecht I., so der viel angefeindete Finanzlandesdirektor des letzteren in der Steiermark, Abt Heinrich II. von Admont[4]), oder Meinhard II.

1) Vgl. dazu auch L. BRENTANO, Die Anfänge des modernen Kapitalismus. Festrede i. d. bayr. Akad. 1913. München 1916 S. 184 ff.

2) Das hat MAX WEBER als besonderen Vorzug des Kalvinismus hervorgehoben.

3) Vgl. OSW. REDLICH, Rudolf von Habsburg (1903) bes. S. 565 ff. und 732 ff.

4) Vgl. meine Ausführungen in d. Mitteil. d. Instit. XVIII, 302 ff. sowie Bl. d. Vereins f. Landeskunde von Niederösterr. 1893, XXVII, 241 ff.

von Tirol[1]), sie alle Erscheinungen des 13. Jahrhunderts! Gerade hier, wo für das Mittelalter noch keine zusammenfassende Untersuchung vorliegt, zeigt sich deutlich, daß S. entweder mit den Quellen selbst wenig vertraut ist, oder es mindestens nicht verstanden hat, sie mit selbständiger Kritik zur Erschließung des Geistes im Wirtschaftsleben nutzbar zu machen.

Die materielle Kultur Europas während des Frühmittelalters führt S. unter dem Titel „Das eigenwirtschaftliche Zeitalter" vor. „Die Kultur war ganz allgemein primitiv und trug rein ländliches Gepräge. Keine Stadt, kein städtisches Leben in dem weiten Reiche des Frankenkaisers." S. ist ein Anhänger der sog. Katastrophentheorie. Auch im Westen, in den blühenden Rheinlanden, seien die Römerstädte fast verschwunden, hinter ihren Mauern hätten auch da, wo noch Überreste vorhanden waren, doch Ackerbauer gesessen. Das platte Land aber sei weithin verödet, ganz dünn besiedelt, von Sumpf und Wald bedeckt gewesen. Das ist die alte, etwa der 1. Auflage von INAMA-STERNEGGS Deutscher Wirtschaftsgeschichte (1879) entsprechende Auffassung. Sie ist heute längst überholt und durch die reichen Neuergebnisse der prähistorischen und frühhistorischen Archäologie, der landeskundlichen und städtegeschichtlichen Einzelforschung völlig widerlegt worden. Ich habe in meinem eben erschienenen Werk über „Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung"[2]) versucht, u. a. auch mit Hilfe dieser neu erschlossenen Quellen die Kontinuität der Kulturentwicklung vom Ausgang der Römerzeit durch die vielberufenen „Stürme der Völkerwanderung" bis auf die Karolingerzeit nachzuweisen. Vor allem war das Werk der Zerstörung sicherlich nicht so groß, als man auf Grund unkritischer Quellenbenützung früher gemeint hat. Es ist von geographischer Seite erwiesen worden, daß Sumpf und Wald viel weniger verbreitet waren, als jene alte Theorie annahm. Das platte Land aber kann keineswegs so dünn besiedelt gewesen sein, da die große Masse der Dorfsiedlungen bereits in vorkarolingische Zeit zurückreicht[3]).

S. teilt seine Schilderung des Wirtschaftslebens in dieser Periode nach zwei verschiedenen Organisationen ein: die Dorfwirtschaft und die Fronhofwirtschaft. Ich bezweifle, daß diese herkömmliche Gliederung nach dem heutigen Stande der Forschung noch als zutreffend gelten darf. Jedenfalls können dadurch leicht ganz irrtümliche Vorstellungen erweckt werden: als ob die freien Bauern nur in geschlossenen Dörfern und die Grundherrschaften auf Fronhöfen gewirtschaftet hätten. Beides ist unzutreffend. Freie Bauern haben auch auf Einzelhöfen gesiedelt und der grundherrschaftliche Betrieb sich sehr häufig auch in Dörfern abgespielt. Der Fronhof stand nicht selten mitten im Dorfe, wo auch unabhängige Bauern zugleich wirtschafteten. Schon hier wird deutlich, wie wenig die alte Bezeichnung „Fronhofwirtschaft" der wirtschaftlichen Konfiguration, wie sie die

1) Vgl. RICH. HEUBERGER, in Zschr. d. Innsbrucker Ferdinandeums III. F. 59, S. 97 ff.

2) Wien, L. Seidel und Sohn. I. Bd. 1918.

3) Vgl. meine Nachweise a. a. O. I, 52 ff. und 106 ff.

neuere Forschung erwiesen hat, adäquat ist. S. schöpft auch hier nicht aus den Quellen, sondern aus zweiter Hand, für die Dorfwirtschaft aus dem stark veralteten Werk von Meitzen, ohne auf die zahlreichen Widersprüche und willkürlichen Konstruktionen desselben aufmerksam zu werden. Er übernimmt daher auch unbesehen die vielverbreitete alte Annahme, daß die bäuerliche Siedlung auf genossenschaftlicher Basis geruht und jede Familie gleichberechtigt an Grund und Boden der Bauerngemeinde gewesen sei. Als Betriebssystem sieht er die Dreifelderwirtschaft an, die das ganze Mittelalter bis in unsere Zeit hinein die bäuerlichen Wirtschaftsführung beeinflussen sollte. Auch diese Vorstellungen sind unhaltbar geworden, seitdem von berufener landwirtschaftlicher Seite gezeigt worden ist, daß die Dreifelderwirtschaft eine grundherrschaftliche Betriebsform ist. Die entscheidenden Arbeiten von W. Fleischmann (Journal f. Landwirtschaft LI. u. LIX. Bd.) scheint S. gar nicht zu kennen. Übrigens war längst vorher schon durch W. Arnold (Deutsche Urzeit) bemerkt worden, daß sie nicht erst am Ende des 8. Jahrhunderts Verbreitung fand, wie hier immer noch angenommen wird (I, 52).

Über die Stellung der Grundherrschaften ist in neuerer Zeit besonders viel publiziert worden. S. kennt diese reichhaltige Spezialliteratur. Aber er holt aus ihr keineswegs das heraus, was den Fortschritt der Forschung gegenüber deren älterem Bestande ausmacht. Er verharrt vielmehr im wesentlichen auf letzterem noch weiter. Obwohl er selbst hier eine sehr wichtige Beobachtung vorbringt, daß die grundherrschaftliche Organisation etwas Urwüchsiges sein müsse, vermag er sich doch nicht von der alten Genossenschaftstheorie zu emanzipieren, nach der sie ein Ableger der ursprünglich gleichberechtigten freien Bauerngemeinden sein soll, aus denen sie erst während der Karolingerzeit sich entwickelt habe.

Auch sonst erscheint S.s Darstellung wenig konsequent durchdacht. Er schließt sich der neueren Forschung insofern an, daß er gegen die sog. grundherrliche Theorie Stellung nimmt, nach welcher die freien Bauern in der Zeit vom 8.—11. Jahrhundert völlig von den Grundherrschaften aufgesaugt worden seien. Trotzdem aber schildert er die Wirtschaft der Grundherrschaften noch durchaus so, wie sie der älteren Auffassung der Fronhofsverfassung entspricht. Man wird heute davon Abstand nehmen müssen, grundherrschaftliche Wirtschaft ohne weiteres mit Fronhofwirtschaft gleichzusetzen. Beide Begriffe decken sich tatsächlich nicht. Erstere weist vielmehr, je nach der wechselnden Größe ihres Objekts, nach der verschiedenen, durch die natürliche Bodenkonfiguration bedingten Zusammensetzung desselben, anderseits der verfassungsrechtlichen Stellung des Wirtschaftssubjekts und seiner Hintersassen eine sehr beträchtliche Mannigfaltigkeit auf. Ebendeshalb durfte auch S. diese Fragen von seiner Darstellung nicht gänzlich ausschließen. Und gerade die Mißachtung, mit welcher er auf die rechtsgeschichtliche Grundierung der bisherigen „Wirtschaftsgeschichten" herabsieht, hat sich an ihm selbst schwer gerächt. Vor allem ist dadurch die Schilderung der sozialen Verhältnisse, denen er nur unzureichende Beachtung schenkt, arg mißraten. Das mindert m. E. auch die Brauchbar-

keit dieses Buches als Nachschlagewerk für allgemeine Fragen der Wirtschaftsgeschichte, für die, glaube ich, die Sozialgeschichte doch ein integrierender Bestandteil bleiben muß. So kommen nicht selten recht schiefe und unpräzise Schilderungen zustande, die gerade die versprochene Klarheit und Durchsichtigkeit der Darstellung vermissen lassen. S. schreibt (I, 57): „Das Getriebe auf einem Fronhofe oder in einem Dorfe des 10. und 11. Jahrhunderts war ganz und gar nicht bestimmt durch den mehr oder weniger freien Rechtsstatus der handelnden Personen. Alles lief bunt durcheinander: von den *ingenui homines* bis zu den *servi*, und ziemlich unabhängig von diesem Unterschiede baute sich das System der Leistungen und Verpflichtungen auf. Saß eine Familie auf einer Scholle, so war es für ihr Leben im Grunde ziemlich gleichgültig, ob sie *ingenua* oder *serva* war, ob *terrae adscripta*, oder ob sie *potebat ire ubi voluerit;* ob sie das Gut als *beneficium*, als *precarium* (!), als *colonia partiaria*, als Erbzinsleihe oder als sonst etwas innehatte.“ S. hätte eine so verschwommene und unrichtige Darstellung unmöglich geben können, wenn er sich die wirtschaftlichen Konsequenzen der verschiedenen Rechtsstellung dieser sozialen Klassen klargemacht hätte. In Wirklichkeit lief keineswegs alles bunt durcheinander. Der Prekarist wird den Fronhof recht selten nur zu Gesichte bekommen haben, anders der zu Teilbau wirtschaftende Hintersasse. Insbesonders war aber ganz und gar nicht gleichgültig, ob einer sein Gut zu *beneficium* innehatte, oder als *colonia partiaria*. Das Benefizium führte zu selbständiger Wirtschaft aus dem engeren Gutsverbande hinaus, während der Kolone beim Teilbau in naher wirtschaftlicher Verbindung mit dem Grundherrn verblieb. Das System der Leistungen und Verpflichtungen vollends war schon gar nicht unabhängig von dem „Rechtsstatus“ der Hintersassen. Ein Erbzinsmann war jedenfalls viel weniger verpflichtet als ein *glebae adscriptus*. Freiheit oder Unfreiheit endlich war gerade für das Leben der hintersässigen Familien von grundlegender Bedeutung. Vorab im Ehe- und Erbrecht, aber auch bei der Erwerbung von Liegenschaften u. a. m. Das sind so bekannte Dinge, daß man sich nur wundern muß, warum S. sie geradezu verdreht, wo er doch andern bei jeder Gelegenheit Unklarheit oder Mißverständnis zum harten Vorwurfe macht ....

Nicht berücksichtigt ist die neuere Literatur über den Bauplan von St. Gallen (820), der nicht aus Italien stammt, sondern aus Südfrankreich.

S. erzählt uns nun, daß mit den Grundherrschaften ein neues Wirtschaftssystem in die Welt kam. Er spricht von „neuen“ Männern, auf die ein großer Teil der Wirtschaftsführung überging. Gleichwohl hält er aber doch dafür, daß das Bedarfsdeckungsprinzip, welches ihm für die bäuerliche (Dorf-)Wirtschaft maßgebend erscheint, auch hier das regulierende Prinzip bleibe. Nach S.s Darstellung sieht es so aus, als ob diese neuen Männer sich lediglich dadurch von den alten Gemeinfreien unterschieden, daß sie nichts wirtschaftlich leisteten: Kriegsdienst und Gottesdienst übten, sonst aber auf der faulen Haut lagen. Die Wirtschaft selbst änderte sich nicht (I, 66). Der Bauer lieferte einen Teil der Produkte an den Herrenhof, wo sie zum „Verzehr (!)“ gelangten.

Tatsächlich hat S. damit gerade den wichtigsten Fortschritt, welchen die Entwicklung und Ausbreitung der Grundherrschaften zuwege brachten, gar nicht erkannt: quantitativ, daß mit der größeren Menge hier zur Verfügung stehender Arbeitskräfte auch größere wirtschaftliche Unternehmungen: Rodungen, Aufführung von zahlreichen Wirtschaftsgebäuden, wie eine Vermehrung der Produktion auch möglich wurden; qualitativ aber eine Amelioration des Betriebes (Dreifelderwirtschaft und Fruchtwechselwirtschaft), Wiesen- und Obstkultur, Düngung etc., was ja INAMA-STERNEGG bereits ausführlich im einzelnen dargelegt hat. Mit der Differenzierung der Arbeit ward die Geschicklichkeit und das individuelle Können der Arbeiter entwickelt und eine Arbeitsteilung möglich, die in der Bauern- oder Dorfwirtschaft so nicht zustande kommen konnte.

S. gerät übrigens auch hier mit seiner eigenen Schilderung in arge Widersprüche, da er später, wo er von der Entfaltung der Tauschwirtschaft im europäischen Mittelalter handelt, selbst doch erklärt, daß die Produktion auf den Grundherrschaften den Bedarf des Konsums weit überstieg und die Überschüsse zum Verkaufe drängten (I, 97). Das Auskunftsmittel, mit dem sich S. über diese Inkongruenzen hinweghelfen will, als habe sich erst mit dem Anwachsen der Grundherrschaften im 11. Jahrhundert ein Auflösungsprozeß vollzogen, trifft tatsächlich nicht zu. Es ist im wesentlichen die alte, von KARL LAMPRECHT[1]) geprägte Theorie von der Umwälzung der Wirtschaftsverfassung des Großgrundbesitzes und dem Aufkommen freier Landnutzungsformen im 12. und 13. Jahrhundert.

Nach S. hätte sich dieser Auflösungsprozeß „fast plötzlich, sprunghaft" vollzogen, so daß das europäische Mittelalter in dem kurzen Zeitraum von ein oder zwei Jahrhunderten aus einer grundsätzlich eigenwirtschaftlichen in eine grundsätzlich tauschwirtschaftliche Organisation überging (I, 103). S. verwendet zur Charakterisierung des herrschenden Wirtschaftssystems an Stelle der früher üblichen Bezeichnungen „naturalwirtschaftlich", „geldwirtschaftlich", nun eigenwirtschaftlich und tauschwirtschaftlich, indem er zutreffend ausführt, daß Gegensätze nicht Eigenwirtschaft und Geldwirtschaft, Naturalwirtschaft und Tauschwirtschaft, sondern nur Eigen- und Tauschwirtschaft, Geld- und Naturalwirtschaft seien (I, 110). Darauf hatte übrigens schon KARL MARX seinerzeit hingewiesen[2]). Damit ist der historischen Wirklichkeit, wie sie durch zahlreiche Quellenzeugnisse schon für die Karolingerzeit belegt erscheint, insofern Rechnung getragen, als das frühe Mittelalter keineswegs mehr als eine Zeit reiner Naturalwirtschaft bezeichnet werden kann, wie dies noch LAMPRECHT getan hat. Ob aber die neue Charakterisierung dieser Frühzeit des Mittelalters, welche S. hier versucht, den erkennbaren Tatbeständen mehr gerecht wird und besser entspricht? Tatsächlich lassen sich alle die drei wirtschaftlichen Erscheinungen, welche nach S. als umgestaltende Maßnahmen der Grundherren zu betrachten sind und jenen sprunghaften Wandel nahezu plötzlich herbeigeführt haben sollen,

1) Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter I. 2, 862 ff.

2) Das Kapital 2[4], 88.

schon zur Karolingerzeit nachweisen: 1. daß Naturalzinse der Bauern in Geldzinse verwandelt; 2. daß das alte Verwaltungssystem der Grundherrschaften in Pachtungen aufgelöst; 3. daß die Bauerngüter freieren Formen der Verpachtung unterworfen werden[1]). Zugleich müssen sehr erhebliche Einschränkungen doch auch für die spätere Zeit, nach dem 13. Jahrhundert, da gemacht werden. Nicht nur Naturalzinse und unfreie Bodenleihen bestehen dann noch weiter, auch das alte Verwaltungssystem, will sagen die Eigenwirtschaft, hat sich bis ins 19. Jahrhundert vielfach erhalten. S. selbst hat im Widerspruche mit der hier gegebenen Schilderung im 2. Bande dieses Werkes dies doch seinerseits konstatiert (II, 623 ff.).

Somit kann auch die Charakterisierung S.s nicht als zutreffend angesehen werden. Sie vermeidet zwar einen Teil der Fehler, welche sich bei der alten (nach Natural- und Geldwirtschaft) herausgestellt haben und diese unmöglich erscheinen lassen, sie verfällt dagegen in andere, da sie, ebenso exklusiv wie jene, keine tauschwirtschaftlichen Vorgänge in jener Zeit kennen will, oder höchstens solche, die zur Bedarfsdeckung selbst gehörten.

Eine so plötzliche und sprunghafte Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens vom 11.—13. Jahrhundert, wie sie S. nach dem Muster Lamprechts annimmt, ist an sich ganz unwahrscheinlich. Ihr widerspricht der zähe Traditionalismus und die Fortdauer der alten Wirtschaftsprinzipien, welche S. doch selbst, wie bemerkt, noch für die Epoche des Frühkapitalismus bis zum 19. Jahrhundert festgestellt hat. Die Übergänge vollzogen sich vielmehr sehr langsam und allmählich. Das Streben der Grundherren, die Erträgnisse von Grund und Boden zu steigern und diese nach freier Wahl, insbesonders auch zur Beschaffung kostbarer Gebrauchsgüter verwenden zu können (S. I, 105), ist ein so natürliches, daß wir es, wie übrigens S. schon früher vorgehalten worden ist, für alle Zeiten voraussetzen dürfen. Es ist sicherlich nicht erst die Folge einer angeblich im 11. und 12. Jahrhundert einsetzenden prächtigeren oder luxuriöseren Lebensführung[2]) gewesen, wie S. die Sache darstellt. Auch die Neubelebung der Edelmetallproduktion kann doch nicht erst ins 10. oder 11. Jahrhundert gesetzt werden. Es lassen sich vielmehr für das 8. und 9. ebenso viele Belege nachweisen[3]), wie S. es für jene Zeit tut.

Diese ganze Darstellung S.s mußte ins Irre geraten, weil die grundlegenden Voraussetzungen, von welchen er ausgeht, nicht mehr dem heutigen Stande der Forschung entsprechen: Daß von der römischen Kaiserzeit an eine starke Rückbildung in eigenwirtschaftliche Zustände eingetreten sei, die zwischen dem 8. und 10. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreicht habe (I, 94); daß es damals keine Städte gegeben, römisches und mittelalterliches Städtewesen nicht im geringsten innerlich verknüpft gewesen seien; daß Handel

---

1) Die Belege dafür finden sich in meiner „Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit“ 2 Bde. (1912/3).

2) Vgl. für die Karolingerzeit mein oben zit. Werk II, 139 ff. und 306 n. 6; 308 n. 2.

3) Ebda. II, 173 ff.

und Verkehr sich unmöglich ins Mittelalter herübergerettet haben könnten (I, 145) — die gegenteilige Annahme bezeichnet S. als „gedankenlose Redensart" —; daß es sonach auch keine wirkliche Tauschwirtschaft, keinen eigentlichen Handel und kein freies Handwerk von Bedeutung gegeben habe.

Die neuere Spezialforschung hat in all diesen Punkten das gerade Gegenteil quellenmäßig belegen können. Die Kontinuität des Wirtschaftslebens stellt sich immer eindringlicher heraus, die große Kulturzäsur, welche die ältere Forschung für jene Frühzeit hat annehmen wollen, war so tatsächlich nicht vorhanden [1]). Gerade die Städte, welche dann seit dem 11. Jahrhundert Hauptträger der „neuen" Entwicklung gewesen sein sollen, am Rhein sowohl wie an der Donau, lassen auch innerlich die Fortdauer wirtschaftlichen Lebens vom 4.—10. Jahrhundert erkennen [2]).

Die mittelalterliche Stadt! In ihr hatte die ältere Theorie ja eines der Hauptfermente der Umgestaltung des Wirtschaftslebens während des sog. Mittelalters erblickt. Auch K. Lamprecht noch. S. beschäftigt sich mit ihr gleichfalls recht ausführlich. Er bekämpft die derzeit überwiegende „Marktrechtstheorie" und macht sich in der ihm eigenen selbstbewußten Art über jene Forscher lustig, welche die Städte aus den Märkten erklären wollen — „Zur Genesis der Städte haben die Märkte nichts, aber auch rein gar nichts beigetragen" (I, 185). Allerdings hat S. hier nur den „ökonomischen" Begriff Stadt im Auge. Aber mir will scheinen, daß er mit dieser Abscheidung eines speziell ökonomischen von dem allgemeinen oder Rechtsbegriffe der Stadt gar nicht glücklich gewesen ist. „Stadt" im ökonomischen Sinne ist nach S. nämlich „eine größere Ansiedlung von Menschen, die für ihren Unterhalt auf die Erzeugnisse fremder landwirtschaftlicher Arbeit angewiesen ist". „Eine Stadt in ökonomischem Sinne kann sehr wohl ein Dorf im administrativen Sinne sein" (I, 128). Was wird aber denn mit der Einführung eines so vagen und unbestimmten Begriffes gewonnen? Es besteht nur die Gefahr, daß damit gegenüber dem bisher üblichen und eindeutig klaren Begriff „Stadt" Verwirrung hervorgerufen wird. S. erklärt geradezu, man könne zweifelhaft sein, ob es überhaupt Städte (im ökonomischen Sinne) während des europäischen Mittelalters gegeben habe (I, 185). Wird da nicht der Historie Gewalt angetan?

S. läßt die Städte langsam, durch einen langen, meist wohl über Jahrhunderte sich erstreckenden Umbildungsprozeß aus den Dörfern organisch erwachsen. Das ist also wesentlich die Landgemeindentheorie. Sie kann keinesfalls heute mehr allgemeine Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen. Für sehr viele und bedeutende Städte trifft sie jedenfalls nicht zu. S. wendet sich insbesonders gegen die Annahme der sog. „Gründungsstädte". Er nennt sie geradezu „abenteuerlich" (I, 188). Gewiß verdient der von ihm betonte Gesichtspunkt, daß „Städte" nicht von einem Landes- oder Grundherrn

1) Die Sondernachweise sind in meinem Buche über „Wirtschaftliche und Soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung I, 91 ff. (1918) zusammengestellt.

2) Ebda. I, 145 ff.



künstlich durch Ansiedlung von Händlern und Handwerkern plötzlich ins Leben gerufen werden konnten an einer beliebigen, wohl gar zuvor öden Stelle des Landes, alle Aufmerksamkeit. Sicherlich konnten sie nur dort zustande kommen, wo gewisse ökonomische Voraussetzungen dafür bereits vorhanden waren. Es mußten die natürlichen Lebensbedingungen für die Ansiedlung gegeben sein. Aber das hat auch die Marktrechtstheorie doch nicht so völlig übersehen, wie S. etwas vorschnell urteilt. Natürlich entstanden Städte nicht bloß, weil Märkte abgehalten oder gar weil Marktprivilegien erteilt worden sind. Sondern dies geschah eben an Plätzen, die sich besonderer Gunst der ökonomischen Position erfreuten, an Flüssen oder vielbegangenen Straßen, an Fundstätten natürlicher Bodenschätze gelegen, oder als Wallfahrtsorte weithin berühmt waren. Überdies hatte die neuere Forschung gerade für das klassische Gebiet der sog. Gründungsstädte, den Osten und insbesondere die Sudetenländer, bereits eine zutreffendere, jener S.s verwandte Auffassung doch gewonnen. S. bezieht sich noch immer auf die längst überholte Literatur, hier auf J. LIPPERTS Sozialgeschichte Böhmens, die er als „ausgezeichnetes Werk" bezeichnet. Kein Historiker wird dies unterschreiben, vielmehr besteht unter den Fachgelehrten wohl nur eine, und zwar die allerungünstigste Meinung über dieses Buch. Das schöne Werk von B. BRETHOLZ, Geschichte Böhmens und Mährens bis zum Aussterben der Přemysliden scheint S. gar nicht zu kennen, obwohl es bereits 1912 erschienen ist. Eine der verdienstvollsten Darlegungen desselben ist nun eben darauf gerichtet, zu zeigen, daß die Ansiedlungen der Deutschen in den Sudetenländern keine künstlichen oder plötzlichen Maßnahmen gewesen sind, welche vom König oder Grundherrn willkürlich erfolgt seien, wie PALACKY einst glauben machen wollte. Was S. positiv über die Motive zur Entstehung der Städte vorbringt, ist zum Teil bisher schon bekannt gewesen, wie das über die Residenzen geistlicher und weltlicher Fürsten Gesagte (I, 149), zum Teil aber auch nicht zutreffend. Natürlich brachte der Umstand, daß ein Fürst seine Residenz in einer Stadt aufschlug, diese in die Höhe. Mitunter war dies aber nicht der erste Anstoß zur Entstehung der Stadt, sondern umgekehrt, der Fürst verlegte seine Residenz ebendorthin, wo bereits eine Stadt zu größerer wirtschaftlicher Bedeutung gelangt war. So residierte der Markgraf von Österreich lange Zeit hindurch an verschiedenen Plätzen (Pöchlarn, Melk, Tulln), bis er schließlich seinen Sitz in Wien nahm.

S. vertritt die Auffassung, daß der „Grundherr überall die Zelle der mittelalterlichen Stadt bildet" (I, 143). Ich will seiner Befürchtung, daß er deshalb als Anhänger der „Hofrechtstheorie" angesehen werden könnte, keineswegs nachkommen. Er verschanzt sich auch hier wieder hinter den ökonomischen Begriff im Gegensatz zu dem verfassungsrechtlichen! Aber ohne Zweifel hat er doch die Bedeutung der Grundherrschaft für die Entstehung der Städte stark überschätzt. Wie kommt es denn, daß so viele Residenzen von Fürsten, ja Königen und Kaisern niemals Städte geworden sind, während nahe benachbarte Orte als solche hohe Bedeutung erlangten? Nicht Aachen, sondern Köln, nicht Ingelheim noch Tribur, sondern M[illegible]

nicht Bodmann, sondern Konstanz, nahezu keiner von den bayrischen Pfalzorten, sondern München und Nürnberg sind Städte geworden.

Daß die zentralistischen Tendenzen der Landesfürsten zuerst Städte von größerem Umfang geschaffen hätten, wie S. (I, 146) meint, ist schon deshalb ganz unzutreffend, weil solche Tendenzen kaum vor dem 13. Jahrhundert nachzuweisen sein dürften, d. h. einer Zeit, da längst große Städte schon bestanden haben. Und die großen Hansastädte? Es ist auffallend, wie wenig die Geschichte der Hansa überhaupt von S. berücksichtigt worden ist. Eine schwere Lücke in seiner Darstellung, deren allgemeine Geltung dadurch sehr nachteilig beeinträchtigt wird.

Hier bringt S. auch seine alte Lieblingstheorie von der Bedeutung der Landrentenagglomeration für die Städtebildung vor: „Es muß im Mittelalter eine Zeit gegeben haben — ich denke, es ist das 10. und 11. Jahrhundert vornehmlich — in der eine plötzliche Zusammenballung ländlicher Grundbesitzer an einzelnen Punkten erfolgte" (I, 152). Diese Punkte seien die Festungen, bezw. Burgen gewesen. Die Burgentheorie ist ja wohl eines der ältesten Requisite der Städtegeschichtsforschung. Nur hat S. leider wiederum die neue Literatur ganz übersehen, die uns belehrt hat, daß dieser Vorgang keineswegs eine Neuerung des ersten Sachsenkönigs Heinrichs gewesen, sondern eine analoge Praxis bereits in der Karolingerzeit geübt worden ist[1]). Ja, nach den neuesten Ergebnissen der Limesforschung ist anzunehmen, daß schon in der spätrömischen Zeit ein prinzipiell ähnliches Verfahren beobachtet worden ist[2]). Und die „Fluchtburgen" der altsächsischen Zeit[3]), waren sie nicht wesentlich doch dasselbe, was uns Widukind an der bekannten, auch von S. wieder aufgegriffenen Stelle berichtet?

Neu ist die Theorie S.s, es sei die rasche Entwicklung der Städte im 11. Jahrhundert „ganz gewiß dem Umstande nicht zum wenigsten zu danken, daß in diesem Jahrhundert fast alle größeren Städte eine rege Bautätigkeit entfalteten" (I, 167). Ob S. da nicht die Folgeerscheinung mit der Ursache verwechselt hat? Er selbst muß sich doch sofort gestehen, daß die bauliche Entwicklung der Stadt vornehmlich den Kirchenfürsten zu danken ist, die in vielen Städten das Regiment führten. Es war also nicht die Bautätigkeit das Motiv zur Entwicklung der Stadt, sondern diese bereits als Bischofstadt vorhanden und wirtschaftlich emporgekommen, als die Prunkliebe des Stadtherrn jene Bautätigkeit veranlaßte.

Den eigentlichen „Schlager" in seinen Ausführungen über das Städtewesen bildet der Versuch S.s, die herrschende Lehre von der Entstehung der Städte durch Handel und Markt direkt auf den Kopf zu stellen. Er

1) Vgl. Rodenberg, in d. Mitteilg. d. Instit. f. österr. Gesch.Forsch. XVII, (1896) 160 ff. bes. 165.

2) Vgl. über die Befestigungen zu Bittburg und Jünkerath Hettner, in Westdeutsch. Zschr. X (1891), sowie Fr. Cramer, in der Eifelfestschrift 1913 S. 224.

3) Vgl. C. Schuchhardt, Atlas vorgeschichtl. Befestigungen in Niedersachsen.

wirft ja der Stadtgeschichtsforschung immer wieder vor, daß sie das große Problem nur rechtshistorisch oder verfassungsgeschichtlich, aber nicht wirtschaftlich behandelt habe. Er erhebt für sich den Anspruch, zu zeigen, „wo die Probleme liegen und wie man ihrer wohl Herr werden könne" (I, 135). Nicht Kaufleute hätten die Städte ins Leben gerufen, sie setzten vielmehr das Vorhandensein einer „Agglomeration" von Konsumenten bereits voraus. Sie konnten eine Stadt nur bilden helfen, weil an diesem Orte schon so viel Grundherren, Renten- und Steuergenießer, ansässig waren, wie vorher an zehn verschiedenen Orten. „Die Städte des Mittelalters sind (ökonomisch) das Werk der Grundrenten- und Steuerbezieher; die Kaufleute existierten nur durch sie" (I, 175).

Diese Argumentation erscheint einleuchtend genug. Aber der Irrtum, den S. hier der Forschung von bisher vorwirft, liegt vielmehr bei ihm selbst. Denn so, wie er die Entstehung der Städte schildert, war eben „der wirkliche Verlauf der Dinge" (vgl. I, 169) nicht. Die Märkte wurden ja keineswegs an einem die übrige Zeit öden oder nichtbesiedelten Orte abgehalten. „Der entscheidende, d. h. für die Städtegeschichte bedeutsame Schritt" ward nicht damit getan, daß „die Marktbesucher eines schönen Tages beschlossen, nicht mehr weiter zu ziehen, vielmehr in ihren *stationes* (Marktbuden) ständig ihre Waren feilzubieten, — die Händler stellt S. nämlich als Nomaden dar, die in Karawanen öde Länder durchquerten, um die verschiedenen Märkte aufzusuchen (I, 170), — ihre Frauen und Kinder nachkommen zu lassen und sich hinter der Bude ein Häuschen zu bauen" (I, 171).

Hier tritt doch in krassester Form zutage, wie nachteilig es ist, wenn die wirtschaftsgeschichtliche Forschung aller rechts- und verfassungsgeschichtlichen Kenntnisse entbehrt.

Gewiß, ein Kreis von Konsumenten mußte vorhanden sein, damit die Kaufleute existieren konnten. Aber dies brauchten doch keineswegs nur Grundherren gewesen zu sein. Es konnten ritterliche Dienstmannen des Stadtherrn, Geistliche und Arme sein, die sich eventuell gegen Lohn zur Arbeit verdingten. Als Konsumenten aber gerade für die Händler sind darüber hinaus noch die Umwohner des Stadtbezirkes auch zu betrachten. Es ist doch nicht so, daß in der älteren Zeit diese ihren Bedarf nur im Wege des Hausierhandels deckten, wie S. die Sache darstellt. Die Städte und Märkte haben schon in der Karolingerzeit auf die Hintersassen der benachbarten Gutshöfe eine starke Anziehungskraft ausgeübt[1]), anderseits begegnen wir auch Verboten, daß Geistliche nicht auf den Märkten und in den Städten herumziehen sollten[2]).

Und ebendamit sind wir nun auf eine zweite wirtschaftliche Funktion der Städte gekommen, die S. hier gar nicht berücksichtigt hat. In ihnen wurde ja nicht bloß die landwirtschaftliche Überschußproduktion des ringsum befindlichen platten Landes abgesetzt und verkauft; sie deckten doch zum Teil auch den Bedarf des letzteren an gewerblichen und Handelsartikeln, die

---

1) Vgl. meine Wirtschaftsentwicklung d. Karolingerzeit II, 34.

2) Ebda. II, 205 n. 4.

der Grundherr und freibäuerliche Wirt aus eigenem entweder nicht zu erzeugen vermochte, oder die er daselbst besser und billiger, weil rascher erwerben konnte.

Damit ergibt sich nun zugleich, daß der „ökonomische“ Stadtbegriff, den S. aufgestellt hat, ganz ungenügend definiert ist, da er einer wichtigen ökonomischen Funktion der Stadt gar nicht gerecht wird. Und überdies! „Eine größere Ansiedlung von Menschen, die für ihren Unterhalt auf die Erzeugnisse fremder landwirtschaftlicher Arbeit angewiesen ist“, kann auch eine Burg oder ein Schloß, ein Kloster oder Stift, ein Bergwerk oder ein Ort mit Heilquellen sein. Sie alle weisen diese passive und negative Eigenschaft auf; keine von ihnen aber ist an sich eine Stadt, weil sie, abgesehen von allem andern, die positive und aktive wirtschaftliche Funktion einer solchen nicht erfüllen, die dieser auch gegenüber ihrer ländlichen Umgebung zukommt. Bücher[1]) u. a. haben diese Bedeutung der Städte ja bereits sehr nachdrücklich hervorgehoben, desto mehr fällt hier die klaffende Lücke in S.s Darstellung auf.

In den Städten, die großenteils schon in der römischen, ja noch älteren Zeit bereits vorhanden waren, kamen also Konsumenten genug zusammen, und zwar nicht nur Grundherren, um für Handel und Gewerbe dauernden Unterhalt zu gewähren. Hier konnte sich das Gewerbe zu einem selbständigen wirtschaftlichen Berufe ausbilden und damit die Möglichkeit steter Differenzierung und technischer Vervollkommnung gewinnen. Nicht in dem Wirtschaftsbetriebe des Dorfes, als Nebenbetätigung bäuerlicher Hintersassen, werden die großen kunstgewerblichen Leistungen des frühen Mittelalters zustande gekommen sein! S. nimmt ja selbst an, daß die gewerbliche Tätigkeit, wie sie als Regel auf den Grundherrschaften geübt wurde, eine primitive gewesen sei (I, 87). Er betont mit Recht, daß große Wirtschaftsbetriebe außer vielleicht auf ein paar königl. Domänen und ganz wenigen großen Klöstern nirgends in Wirklichkeit bestanden[2]).

Stimmen hier S.s Darlegungen mit meiner eigenen Auffassung[3]) wesentlich überein, so überrascht es mich um so mehr, daß er das selbständige Handwerk durchaus aus den gewerblichen Arbeitern der Grundherrschaften hervorgehen läßt (I. 121). Er gerät auch da mit seinen späteren Ausführungen in Widerspruch, wo er über das Wirtschaftssystem des Handwerks zutreffend bemerkt: „Was für den Bauer die hinreichende Größe seines Besitztums ist, ist für den Handwerker der genügende Umfang seines Absatzes; was für jenen der Landbesitz überhaupt, ist für diesen die Eigenschaft des freien und selbständigen Gewerbetreibenden“ (I, 191). Wenn also die wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Handwerk erst in der Stadt recht eigentlich vorhanden waren, warum soll denn dieses nur aus den gewerblichen Arbeitern der Grundherrschaften haben hervorgehen können?

1) Entstehung der Volkswirtschaft 5. Aufl. (1906) S. 116 ff., bes. 120.

2) Hier ist freilich die gegenteilige Ansicht, welche Baist neuestens mir gegenüber vertreten hat (Vjschr. f. Soz. u. Wirtsch.-Gesch. XII, 33 ff.) nicht berücksichtigt worden.

3) Wirtschaftsentwicklung d. Karolingerzeit II, 156 ff.

Was die Betriebsformen der gewerblichen Produktion anlangt, so ist bekannt, daß im Frühmittelalter neben Heimwerk auch Lohnwerk schon vorgekommen ist. S. hat mir als schweren Fehler vorgeworfen, daß ich in meiner „Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit" einen zu gewerblichen Leistungen verpflichteten Hintersassen mit einem Lohnwerker verwechselt habe (I, 54) und daran ein scharf absprechendes Urteil über meine Berechtigung, Wirtschaftsgeschichte zu schreiben, angeschlossen. S. hat damit nur sich und seiner Arbeitsweise ein sehr bedenkliches Zeugnis ausgestellt. Denn von einer Verwechslung meinerseits kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil ich die gewerbliche Tätigkeit der grundherrlichen Zinsleute (a. a. O. I, 158) sehr nachdrücklich von jener der freien Handwerker unterschieden habe (a. a. O. I, 161). Wenn ich auch den gewerblichen Arbeiter auf den Grundherrschaften als Lohnwerker bezeichnete, so geschah dies auf Grund der Ergebnisse der neuesten Literatur, nach welchen diese nicht nur für den Grundherrn, sondern auch selbständig für den Markt produziert haben. Gerade S., der ja die gewerblichen Arbeiter auf den Grundherrschaften allmählich zu selbständigen Handwerkern sich entwickeln läßt, die zuerst nur einen Teil ihrer Arbeitskraft verwenden dürfen, um für das große Publikum gegen Entgelt zu arbeiten (I, 121), sollte um so weniger an meiner Auffassung Anstoß nehmen, als er selbst für „das Zeitalter der handwerksmäßigen Wirtschaft" (will sagen Stadtwirtschaft) angenommen hat, Rohstoff oder Halbfabrikat seien „in herkömmlicher Weise" vom Nachbarbauern aus der Umgebung bezogen (I, 204) und die gewerbliche Arbeit häufig in der Form dessen, was wir als Lohnwerk bezeichnen, ausgeübt worden (I, 224). Waren diese gewerblichen Arbeiter auf den Grundherrschaften vielleicht keine zu gewerblichen Arbeiten verpflichteten Hintersassen?

Den Umfang des Handels im früheren Mittelalter bezeichnet S. als „winzig" (I, 120). Sicherlich ist richtig, daß er, an späteren oder gar an heutigen Verhältnissen gemessen, klein gewesen ist. Aber einmal ist auch der Handel jeder Zeit abhängig von der Größe der gesamten Güterproduktion, so daß also das Wesentliche die zeitgenössische Verhältnisgröße im Rahmen dieser wäre, nicht der Vergleich mit heute; dann aber wäre auch die Häufigkeit des Umsatzes der Waren, die Intensität des Güterumlaufes zu berücksichtigen gewesen. P. Sander hat, indem er diesen Gesichtspunkt richtig betonte, für die Karolingerzeit entgegen meiner Auffassung behauptet, der Handel sei damals nur gering gewesen, weil jene Voraussetzung gefehlt habe [1]. Aber es lassen sich Quellenbelege bereits für das 6. Jahrhundert nachweisen, welche sehr deutlich zeigen, daß ein solcher Mangel tatsächlich nicht bestanden habe. Gregor v. Tours erzählt uns u. a [2], der Bischof von Verdun habe sich, um der Armut seiner Bürger abzuhelfen, an König Theudebert gewendet, auf daß dieser ihnen Geld zum Handelsbetrieb leihe. Sie hätten den Barvorschuß von 7000 Goldschillingen nun derart

1) In Schmollers Jahrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. XXXVII (1913) 2115.

2) Hist. Francor. III, 34 MG. SS. rer. Merov. 1, 137.

gewinnbringend umgesetzt, daß sie ihn nicht nur bald mit den gesetzlichen Zinsen zurückerstatten konnten, sondern auch große Reichtümer erwarben. Die zugleich gemachte Bemerkung, sie hätten ihre Handelsgeschäfte *wie in anderen Städten angelegt*, beweist, daß jener Vorgang nichts Außergewöhnliches war. Die Stelle ist oft zitiert worden und auch in dem Art. „Handel“ von W. STEIN in HOOPS' Reallexikon der germanischen Altertumskunde verwertet. Es kann auffallen, daß S. dieses wichtige neuere Werk, eine wahrhafte Fundgrube für die Wirtschafts- und Kulturgeschichte des frühen Mittelalters, gar nicht benützt hat. Es hätte ihn vor so manchen Irrtümern und der kritiklosen Übernahme älterer Lehrmeinungen oft und oft bewahren können.

Das spätere Mittelalter, das nach S. auf ein Übergangszeitalter, in welchem er die Städte entstehen läßt (S. 91—179), folgt, bezeichnet er als *das Zeitalter der handwerksmäßigen Wirtschaft* (I, 180—315). Auch in diesem fehlt noch der Kapitalismus gänzlich. Die Organisationsform der gewerblichen Arbeit während des Mittelalters war nach S. durchaus die des Handwerks, wie immer er zugeben muß, daß einzelne Gewerbe „schon stark von kapitalistischen Elementen durchsetzt waren“ (S. I, 262). Aber auch die Träger des berufsmäßigen Handels waren, wie die geringe Größe ihres Geschäftsbetriebes vermuten läßt, nichts anderes als handwerksmäßige Existenzen. „Ihr ganzes Denken und Fühlen, ihre soziale Stellung, die Art ihrer Tätigkeit, alles läßt sie den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden ihrer Zeit verwandt erscheinen“ (I, 291). Ihnen lag im Grunde ihres Herzens nichts ferner als ein Gewinnstreben im Sinne modernen Unternehmertums: auch sie wollen nichts anderes, nicht weniger, aber auch nicht mehr, als durch ihrer Hände Arbeit sich recht und schlecht den standesgemäßen Unterhalt verdienen; auch ihre ganze Tätigkeit wird von der Idee der Nahrung beherrscht.

Hier gibt S. im wesentlichen die bereits in der 1. Auflage seines Buches gebotene Darstellung wieder. Ich brauche mich daher nicht ausführlicher damit zu beschäftigen. Und das um so weniger, als die Mängel seiner Argumentation und die Fehler seiner Methode bereits in zahlreichen Kritiken dieser 1. Auflage hervorgehoben worden sind. S. hat in einem auffallend kurzen „Nachtrag zur 2. Auflage“ (S. 309—315) nur einige davon zitiert und sich mit der Behauptung getröstet, die Kritik hätte ihn in keinem einzigen wesentlichen Punkte widerlegt. Es wird ihm aber nichts nützen, also Vogelstraußpolitik zu spielen. Ich verweise u. a. nur auf die eingehende Besprechung, welche G. v. BELOW der 1. Auflage dieses Werkes hat zuteil werden lassen (Histor. Zeitschr. XCI, 432 ff.); für diese gilt doch keineswegs die stark optimistische Annahme S.s, als ob wider seine Theorien nichts Erhebliches vorgebracht werden könne [1]).

1) Vgl. außerdem besonders die Arbeiten von JAK. STRIEDER, Zur Genesis des modernen Kapitalismus, 1904, sowie Studien z. Gesch. kapitalistischer Organisationsformen, 1914, endlich L. BRENTANO a. a. O.

Das zweite Buch des S.schen Werkes schildert „die historischen Grundlagen des modernen Kapitalismus (I, 317—919). Diesem Teil wird in vieler Beziehung das Hauptaugenmerk zuzuwenden sein. S. stellt die Genesis des modernen Kapitalismus jetzt so dar: Er wird durch den neuen Geist geschaffen, der auch im Staate, in der Religion und Technik wirksam erscheint: Machtstreben, Freiheitsstreben, Unternehmungsgeist gepaart mit dem Bürgergeist, d. h. der rechnerischen Exaktheit und kalter Zweckbestimmtheit (I, 329).

Vor allem ist es der moderne Staat, der in den Städten Italiens seinen Ausgang nimmt und mit Ausbildung der absoluten Fürstenmacht eine künstliche Zusammenfassung vieler Menschen („Untertanen") unter den Willen einer Person im Gefolge hat. Sie alle werden dem Staatszwecke dienstbar. Das moderne Fürstentum mußte dann das moderne Massenheer erzeugen, weil dieses allein dem ihm innewohnenden Drang nach Ausdehnung, nach Machtentfaltung gerecht wurde (I, 345). Wie die Wirtschaftsorganisation des Mittelalters (Handel) klein war, so auch dessen Heere. Der wachsende Staat und das absolute Fürstentum führt zu einem riesenhaften Anwachsen stehender Heere, deren Ausrüstung, Bewaffnung und Beköstigung, sowie Bekleidung (Uniformierung!) nunmehr der Staat übernimmt und besorgt.

Der von einem absoluten Fürsten regierte Staat wird nun „egozentrisch" auch in wirtschaftspolitischer Beziehung zusammengefaßt durch den Merkantilismus. Er ist die auf ein größeres Territorium ausgedehnte Wirtschaftspolitik der Stadt. Aus der Güterversorgungspolitik der Städte wurde eine Geldversorgungspolitik der Staaten (I, 366). Der Fürst und der kapitalistische Unternehmer waren in jenen Jahrhunderten natürliche Bundesgenossen infolge gemeinsamer Gegnerschaft wider die mittelalterlich-städtisch-feudalen Gewalten.

Die Gewerbe- und Handelspolitik erscheint durch die merkantilistischen Grundsätze der Privilegierung (Monopolisierung und Prämiierung), der Reglementierung und Unifizierung charakterisiert (372—93).

Eine Ordnung des Geldwesens findet statt, die an Stelle des kleinen Geltungsbereiches und der Unordnung mittelalterlichen Münzwesens ein von den unaufhörlichen Kursschwankungen nicht betroffenes, in seinem Werte beständiges Zahlungsmittel dem kaufmännischen Verkehr verschaffte und damit eine Anpassung an die kapitalistischen Interessen vollzog (Bankogeld) (S. 398—429).

Wie die Politik der absoluten Staaten eine Fortsetzung und Vollendung der Politik mittelalterlicher Städte darstellt, so schafft die Kolonialpolitik ein Gebiet, das der Staat ebenso ausbeuten konnte, wie die Stadt die sie umgebende Landschaft ausgebeutet hatte. Von den Kreuzfahrerstaaten, welche die italienischen Seestädte gründeten, über die Eroberungen der Spanier, Portugiesen und Holländer bis zu der Aufrichtung der französischen und englischen Kolonialreiche erscheinen S. die meisten Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts besonders durch handels- und kolonialpolitische Veranlassungen bestimmt (I, 440).

Aus der Idee von der „Absolutheit" der Fürstengewalt folgt nach S. als einfache Konsequenz die Aufrichtung eines Staatskirchentums, das durch die Reformation zum Ziele geführt wurde (Staat und Kirche I, 446—62). Es trug den Keim zur Intoleranz in sich; sie wird ob der Verschlingung mit den politischen Interessen des Absolutismus im 16. und 17. Jahrhundert zur Verfolgung der Andersgläubigen, welche nicht der Staatsreligion zugehörten, gesteigert. Ihr gegenüber kommt der Toleranzgedanke in den Generalstaaten auf und bricht sich in den englischen Kolonien Nordamerikas Bahn (17. Jahrhundert).

Überblicken wir diese Thesen S.s, so ergibt sich, daß er auch hier wieder die Ergebnisse der neueren historischen Literatur viel zu wenig berücksichtigt hat. Er steht wesentlich auf dem Standpunkt, den J. BURCKHARDTS bekanntes Buch über die Kultur der Renaissance in Italien verkörpert. Er verrät auch hier Auffassungen, die wohl nur aus seiner hochmütigen Verachtung der Rechts- und Verfassungsgeschichte zu erklären sind. Sein Begriff des absoluten Staates, mit dem er in einem fort operiert und auf den er so viel zurückführt, ist überaus unbestimmt. Denn vieles von dem, was er durch den „neuen" Geist und diesen „neuen" Staat erst entstehen läßt, etwa seit dem 16. Jahrhundert, war doch schon durch die Ausbildung der Landesherrlichkeit im 13. Jahrhundert zuerst bedingt und auch verwirklicht. Nicht nur die Zusammenfassung der Bevölkerung zu einheitlicher Dienstbarkeit (Untertanen), sondern gerade auch die Aufrichtung des landesfürstlichen Kirchenregiments geht darauf zurück [1]). Aber noch viel mehr. Auch das Machtstreben, die Ausdehnungs- und Eroberungspolitik der Fürsten, setzt damals schon ein, und zwar nicht nur in Frankreich [2]), sondern auch bei den deutschen Fürsten, wofür die Habsburger seit Rudolf I. ein markantes Beispiel bieten. Ähnlich denn auch die Luxemburger u. a. m.

Hier liegen prinzipiell auch die ersten Anfänge für die neuere Heeresorganisation, da mit dem Aufkommen der Landstände der Landesfürst genötigt war, für seine nicht zur Abwehr feindlicher Angriffe bestimmten militärischen Unternehmungen Söldner zu werben und diese aus eigenen Mitteln auszurüsten, bezw. zu bezahlen [3]). — Wie die großstaatliche Ausdehnungspolitik des 16.—18. Jahrhunderts ihre Vorläufer in der Hausmachtpolitik der Territorialherren des späteren Mittelalters besitzt, so ist auch der neue Geist und Machtwille sowie vieles andere, was S. sonst noch mit diesem absoluten Fürsten und Staat in Zusammenhang bringt, seit dem 13. Jahrhundert bereits im Werden, d. h. mit jenen Vorläufern gegeben gewesen. Wesentliche Berichtigungen gegenüber der älteren Darstellung JAKOB BURCKHARDTS verdanken wir ROBERT DAVIDSOHNS tiefschürfenden Forschungen

1) Das hat u. a. H. v. SRBIK, Die Beziehungen von Staat und Kirche in Österreich während des Mittelalters (in meinen Forschungen z. inner. Gesch. Österr. I) 1904 nachgewiesen.

2) Vgl. F. Kern, Die Anfänge der französischen Ausdehnungspolitik, 1910.

3) Vgl. meinen Aufsatz „Der deutsche Staat des Mittelalters", in Mitteil. d. Inst. f. österr. Gesch.-Forschg. XXXVI, 24 f.

über die älteren italienischen Zustände, besonders jene von Florenz (13. Jahrh.).

Gewiß, die Heere im Mittelalter waren nach heutigen Begriffen klein. Aber die Ziffern, welche S. vorbringt, um das Anwachsen derselben „ins Riesenhafte" zu belegen, gehören erst der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu! Dazwischen aber liegt ein langer, ja recht langer Weg. Auch so manche Heere des 16. Jahrhunderts waren noch mittelalterlich klein. Und dies ist eine der schwersten Versündigungen wider alle Grundgesetze der historischen Methodik, daß S. Quellen des 18. Jahrhunderts in einem fort für die Charakterisierung eines Zeitraums von 3 Jahrhunderten (16.—18.) einheitlich verwendet. Genau genommen kann man von einem „absoluten" Staat und Fürstentum doch erst seit der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts sprechen, seitdem die Macht der Stände gebrochen war. S. stützt seine Darstellung mit Vorliebe auf die reicher fließenden Quellen aus der Zeit des Merkantilismus. Daher stammt auch seine Hauptthese, daß der (absolute) Fürst und das Heer den modernen Kapitalismus geschaffen haben. Insofern ist es nicht ganz unzutreffend, wenn S. von nationalökonomischer Seite geradezu als „Neomerkantilist" bezeichnet worden ist[1]).

In manchen Punkten hat er übrigens in späteren Partien dieses Werkes vieles von dem doch wieder ganz anders dargestellt, was er hier als neu, neuen Geist oder „Revolutionierung" des Hergebrachten — das ist ein Lieblingsausdruck S.s — bezeichnet. So erklärt er gegen MAX WEBER, dem er zuvor bei seinen Ausführungen über den kapitalistischen Geist doch wesentlich gefolgt ist, dann (I, 879), daß „der Handelsgeist nicht mit irgendwelcher Religion als solcher verknüpft ist, daß die ganze Fragestellung, ob ein bestimmtes Religionsbekenntnis eine bestimmte Wirtschaftsgesinnung erzeugt habe", ihm nicht glücklich erscheine (881).

Noch auffälliger ist der Widerspruch, auf den oben schon hingewiesen worden ist, daß S. schließlich, gewissermaßen als Fazit seiner Untersuchungen über den Frühkapitalismus, feststellt, er habe im Wirtschaftsleben gar keine großen Veränderungen hervorgebracht und insbesondere nur geringe schöpferische Leistungen aufzuweisen.

Man wird überhaupt stark in Zweifel ziehen können, ob es wirtschaftsgeschichtlich angeht, die Zeiten vom 16.—18. Jahrhundert unter einem Schlagwort (Frühkapitalismus) einheitlich zu subsumieren. Die Periode des Merkantilismus, etwa von Mitte des 17. bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, ist doch nicht so ganz homogen auf eine Linie mit den vorausgehenden 2 Jahrhunderten zu stellen.

Das frühkapitalistische Zeitalter ist zugleich das Zeitalter der rationellen Technik. (Der Geist der Technik S. 463—79): zahlreiche Erfindungen wurden gemacht, technische Fortschritte gezeitigt. In der Landwirtschaft (Fruchtwechselwirtschaft[2]), Sämaschinen, rationelle Düngung); im Bergbau und

1) Vgl. HEINR. SIEVEKINGS Besprechung des I. Bandes dieses Buches in d. Deutsch. Lit. Ztg. 1917, Nr. 6, Sp. 168.

2) Diese war tatsächlich früher schon bekannt. Vgl. MEYERI Flandricarum rerum tom. IX, p. 33 ff. sowie COLERI, Oeconomia ruralis et domestica IV. 8 (1609).

Hüttenwesen (Erfindung des Eisengusses, Übergang zum Hochofenbetrieb, Amalgamationsprozeß und Metallverarbeitung); ferner in der Textilindustrie (mechanische Weberei, Einführung des Zeugdruckes, Strumpfwirkmaschine). Neue Industrien kommen auf (Schokolade-, Schaumwein-, Gobelinweberei-, Spitzen-, Klavier-, Kutschen-, Schirm-, Lampen-, Spiegelglas-, Porzellan-, Tapeten-Industrie). Besonderen Aufschwung nimmt auch die Kriegstechnik (Feuerwaffen und Festungsbau), anderseits die Meß- und Orientierungs-, sowie die Transporttechnik (Binnenwasserstraßen).

Das sind ja allgemein bekannte Tatsachen; im Einzelfall ließe sich aber doch streiten, ob all diese Fortschritte erst in die Zeit des Kapitalismus gehören. Manches war früher schon da. Entschieden eingehender hätten die Fortschritte der Naturwissenschaften behandelt werden müssen, hat doch einer der gefeiertsten deutschen Gelehrten an einer von S. freilich nicht berücksichtigten Stelle [1]) geradezu die Behauptung zu erhärten gesucht, daß im 17. Jahrhundert mehr und grundlegend wichtigere Fortschritte in der Naturerkenntnis gemacht worden sind als im 19., dem man mit Vorliebe dieses Verdienst vindiziert. Das wäre um so notwendiger gewesen, als ja neuerdings durch H. v. SRBIK [2]) sehr fein dargelegt worden ist, wie sehr dieser Aufschwung der Naturwissenschaften gerade auf den Merkantilismus in der Praxis eingewirkt und die Entstehung neuer Industrien gefördert hat (Royal Society). Auch diese Arbeit von SRBIK hat S. freilich nicht verwertet.

Wie schon in seinen früheren Schriften, so legt S. auch hier wiederum der Edelmetallproduktion eine ganz besondere Wichtigkeit für die Entstehung des modernen Kapitalismus bei. Die Geschichte desselben ist für ihn geradezu die Geschichte der Edelmetallproduktion. Der moderne Kapitalismus wäre, sagt S., überhaupt nicht da ohne die Hebung der Silber- und Goldschätze Amerikas, Afrikas und Australiens (I, 513). Die Bedeutung der Edelmetalle für das Wirtschaftsleben erstreckt sich nach S. auf die Staaten-, die Seelen-, die Vermögens- und Marktbildung. Im Anschlusse daran werden die Zusammenhänge zwischen Edelmetallproduktion und Preisbildung untersucht. Hier konstatiert S., wie ich glaube, zu Recht das negative Ergebnis der bisherigen Forschung. „Wir werden wohl für alle Zeiten auf allgemeine Preisstatistiken verzichten, aber ebenso auch uns endlich von dem Irrwahn befreien müssen, die Kaufkraft des Geldes für eine bestimmte Zeit feststellen, oder gar die Veränderung der Kaufkraft des Geldes im Ablauf der Jahrhunderte in einer Ziffer ausdrücken zu können (I, 555). Nur die Bewegung der Preise, ihre Veränderung im Ablauf der Jahrhunderte lassen sich annähernd feststellen. S. behauptet, daß ein Versuch, den empirischen Nachweis eines Zusammenhangs zwischen dem Verlauf und der Gestaltung der Edelmetallproduktion und dem Verlauf und der Gestaltung der Preise zu erbringen, bisher überhaupt noch nicht unternommen worden

1) WALDEYER, Festrede v. 28. Januar 1897, in Sitz.Ber. d. Kgl. Preuß. Akad. 1. Halbbd. S. 28 ff.

2) Wilhelm v. Schröder, Ein Beitrag z. Gesch. d. Staatswissenschaften, in Sitz.-Ber. d. Wiener Akad. 164, 1 (1910) S. 20 ff.

sei (I, 559). Das ist nicht richtig. Vielmehr hat tatsächlich M. C. LEBER bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen solchen Versuch unternommen [1]. SOMBART scheint diese französische Arbeit nicht zu kennen. Auch W. ROSCHER [2] kann da genannt werden.

Einen besonderen Abschnitt widmet S. der Entstehung des bürgerlichen Reichtums (I, 581—716). Ob es wirklich weitschweifiger theoretischer Betrachtungen bedurfte, um zu dem Ergebnis zu gelangen, daß das Problem der Vermögensbildung — auch eine Theorie über diese ist nach S. bis auf ihn nicht aufgestellt worden — ein historisches Problem sei? (I, 592).

S. schildert nun die einzelnen Arten des Reichtums: vorab den feudalen Reichtum, geschieden nach Großgrundbesitz und öffentlichem Haushalte. Was S. in diesem Kapitel bringt, ist allerdings sehr dürftig und lückenhaft. Recht unsicher meint er, daß die Wertsteigerung von Grund und Boden, welche vom 9.—16. Jahrhundert deutlich wird, den Großgrundbesitzern zum Teil in Gestalt höherer Rente zugute gekommen ist. „Vielleicht auch(!) weist die Entwicklung hier in den verschiedenen Ländern eine verschiedene Richtung auf: insbesondere scheint es fast, als ob in Deutschland zeitweise wenigstens die steigenden Bodenerträgnisse sich nicht in steigende Renten umgesetzt hätten, ja als ob seit dem 13. Jahrhundert in vielen Gegenden Deutschlands die Abgaben der Bauern immer geringer geworden wären, weil sie fixiert wurden und deshalb sanken. In allen den Ländern aber, und das waren die meisten westeuropäischen Staaten, wo es den Grundbesitzern gelingt, die zeitpachtähnlichen Verhältnisse einzuführen, fließen die Mehrerträgnisse des Bodens zum größten Teil den Grundherren zu und steigern deren Einkommen" (I, 595).

Hier hat S. ganz und gar die wirtschaftlichen Folgen der sog. Gutsherrschaft übersehen, welche sich ja gerade im späteren Mittelalter so stark entwickelte, und mit Ausbreitung des Eigenbetriebes, der Hofländerei auf Kosten der bäuerlichen, dem „Bauernlegen" und Anspannung der Fronden den Grundherren auch in Deutschland und Osteuropa — denn die Sudetenländer, Ungarn und Polen haben daran teil — Anteil an dem Steigen der Grundrente sicherte.

Auch im Rahmen der handwerksmäßigen Wirtschaft sind Vermögen angehäuft worden. Diese historisch bekannte Tatsache widerspricht nun ganz und gar S.s Theorie über die handwerksmäßige Wirtschaft, der er vermögenbildende Kraft nicht zugestehen will. S. selbst muß bekennen, daß hier die geschichtliche Wirklichkeit nicht mit den Ergebnissen übereinstimme, zu denen ihn seine theoretischen Erwägungen geführt haben (I, 610). Dieses Zugeständnis ist doppelt wichtig, weil derselbe Widerspruch ja auch sonst in den Ausführungen S.s nicht selten bemerkbar wird. Und eben dies war es ja, was mich veranlaßt hatte, gegen die einseitig theoretischen Konstruk-

1) Essai sur l'appréciation de la fortune privée au moyen âge 2e édit. Paris 1847 p. 4, 24, 31 usw.

2) Vgl. System der Volkswirtschaft I [4], (1861) 259 ff.

tionen einzelner Nationalökonomen Stellung zu nehmen [1]). S. hat mir als schweren Mangel angerechnet, daß ich den von mir bekämpften Theorien BÜCHERS und INAMA-STERNEGGS nicht eine eigene Theorie entgegengestellt habe (I, 54). Es ist aber m. E. ganz und gar nicht Sache des Historikers, Theorien aufzustellen, sondern vielmehr die geschichtliche Wirklichkeit zu ermitteln. Vielleicht vermag S. mit der Zeit gerade von hier aus meinem Standpunkt doch etwas mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, als er es dort zum Teil mißverständlich getan hat.

Bei der Schilderung der Vermögensbildung durch Geldleihe sieht sich S. genötigt, meiner Auffassung von der Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit sehr bedeutende Zugeständnisse zu machen: „Selbst im 9. Jahrhundert, das in seiner ökonomischen Struktur am weitesten entfernt von allen geldwirtschaftlichen und kreditmäßigen Verhältnissen war, in dem sich die Grundsätze der eigenwirtschaftlichen Organisation am tiefsten und am allgemeinsten Geltung verschafft hatten: selbst in diesem geldflüchtigsten aller Jahrhunderte der christlichen Zeitrechnung (!) begegnet uns die Geldleihe als eine keineswegs vereinzelte Erscheinung" (I, 621). Sollte vielleicht gar auch hier ein starker Widerspruch zwischen der von mir nachgewiesenen geschichtlichen Wirklichkeit und der bisherigen Theorie über ein angeblich rein naturalwirtschaftliches (so LAMPRECHT und INAMA-STERNEGG), oder eigenwirtschaftliches (so SOMBART) Zeitalter von damals doch zutage treten? Und die Konsequenzen davon? Vogelstraußpolitik!

Die Geldleihe ist während des ganzen Mittelalters mit dem Warenhandel enge verbunden gewesen (KULISCHER) und hat sicherlich längst vor der sog. Neuzeit zur Bildung großer Vermögen sehr erheblich beigetragen [2]).

Viel eingehender hätte S. dann sich auch mit der Eigenart der Finanzverwaltung beschäftigen müssen, als er dies hier mit ein paar dürftigen Bemerkungen über „Pachtung von Steuereinkünften, Zollgefällen usw." (I, 628 ff.) bloß getan hat. Die ganze Organisation der Finanzverwaltung, welch letztere nicht nur in Italien, Frankreich und England, sondern auch in den deutschen Territorien des späteren Mittelalters an geldkräftige Private, Amtmänner, Landschreiber und Hubmeister sowie Vizedome, verpachtet war [3]), verdiente um so mehr Beachtung für die Entstehung des Kapitalismus, als ja auch in neuerer Zeit noch, gerade in den Tagen des absoluten Staates, die Pacht von Kameraleinnahmsquellen zur Vermeidung weitläufiger Administration und zahlreicher Unterschleife weite Verbreitung fand. Die „Appalt"-Wirtschaft,

1) Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit I, 8 u. 12.

2) Vgl. das Schreiben der westfränkischen Bischöfe an König Ludwig d. D. vom Jahre 858 M.G. Capit. 2, 437 c. 14, dazu meine Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit 2, 273 ff.

3) Vgl. meine Beiträge z. Gesch. d. Finanzverwaltung Österreichs im 13. Jahrhundert, in Mitteil. d. Instit. f. österr. Gesch.-Forsch. XVIII, 233 ff., sowie meinen Aufsatz „Finanzwissenschaft", in Vierteljahrschr. f. Soz.- u. Wirtsch.-Gesch. XIV (1918), 509 ff.

über welche die Arbeiten v. SRBIKS für die Zeit des 17. und 18. Jahrhunderts so interessante Aufklärung geboten haben [1], hat S. gar nicht berührt.

Über die Akkumulation städtischer Grundrenten, welche in der 1. Aufl. von S.s Werk eine so große Rolle gespielt hatte, hat er jetzt nurmehr kurz gehandelt (I, 643–50). Er gibt selbst zu, daß seine „etwas provozierende Behandlung des Gegenstandes und die allzu scharf zugespitzte Problemstellung“ dort verfehlt gewesen sei (I, 649). Aber er tut noch immer so, als ob er zuerst die Wirtschaftsgeschichtler darauf aufmerksam gemacht habe. Das ist eine der vielen Einbildungen S.s. Die Akkumulationstheorie war längst vor S. aufgestellt worden von MALTHUS u. a. bereits, später hat sie besonders KARL MARX wieder vertreten. S. bezeichnet sie jetzt als „ein an sich ja gewiß interessantes, aber im Zusammenhange doch nur nebensächliches Thema“. Man sieht, S. kann dort, wo er abgeblitzt wurde, auch anders.

Welch' empfindlichen Mangel in S.s Werk die auffällige Vernachlässigung der Verwaltungsgeschichte bildet, beweisen außer dem zuvor über die Finanzverwaltung bereits Gesagten gerade die folgenden Kapitel wieder. Kam, wie S. jetzt in seinem neomerkantilistischen Gewande meint, für die Entstehung des Kapitalismus „der unmittelbaren Vermögensbildung“, d. h. jener durch Gelderzeugung (Bergbau auf Edelmetalle, Verhüttung der Erze und Prägung der Metalle) ganz besondere Bedeutung zu, so wäre es wichtig gewesen, zu untersuchen, wie sich der Gewinn davon auf die Regalherren und die privaten Pächter im Verlaufe der Zeiten verteilt hat. S. ist dieser Frage vorsichtig aus dem Wege gegangen, denn das Ergebnis einer solchen Untersuchung hätte schlecht zu seiner ganzen Theorie gepaßt: der Staat erwies sich auch hier m. E. gerade in der sog. Neuzeit als unfähig, die größeren Erfolge der gesteigerten wirtschaftlichen Produktion für sich zu gewinnen. Und daran war, glaube ich, großenteils die Unzulänglichkeit eben der Verwaltungsorganisation doch schuld, mindestens in Deutschland und Österreich. Das, was S. in einem besonderen Kapitel über „Betrug, Diebstahl, Unterschlagung als Vermögensbildner“ (I, 664 ff.) vorbringt, gehört gutenteils eben zu diesem Thema.

Ebenso willkürlich werden dann unter dem Titel „Der Raub“ (I, 668 ff.) sehr verschiedene Motive zusammengemischt: Raubrittertum und Seeräuberei, von der, nebenbei gesagt, S. behauptet, daß auf ihr Englands Seemacht sich aufgebaut hat (I, 675) — die Tributerhebung („Besteuerung“) Amerikas durch dessen Eroberer und — die Aufhebung der Klöster und Einziehung der Kloster- und Kirchengüter durch den Staat!

Eine abgesonderte Behandlung läßt S. noch dem sog. Zwangshandel (zwischen Europäern und Naturvölkern), sowie der Sklavenwirtschaft in den Kolonien zuteil werden. Beides hätte sich unter dem Titel der Kolonialwirtschaft mitnehmen lassen. S. bespricht hier zwar auch die Sklaverei und Hörigkeit in den Levantekolonien, hat aber ganz übersehen, daß auch die

1) Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia (1907) S. XXX ff. S. zitiert konsequent irrig „SBRIK“.

Sklaverei des frühen Mittelalters ganz ähnliche wirtschaftliche Folgewirkungen (Zwangsarbeit, Sklavenhandel u. a.) bereits ebenso erzeugt hatte. Gerade der Sklavenhandel war, wie die germanischen Volksrechte und die besonders gegen die Juden gerichteten Verbote desselben im Frühmittelalter bezeugen, auch damals schon sehr einträglich und eine wichtige Quelle der Vermögensbildung [1]).

Wir bemerken fortgesetzt, wie die geringe Vertrautheit S.s mit den Zuständen des Mittelalters eine starke Überschätzung der sog. Neuzeit bewirkt hat.

Der bürgerliche Reichtum erwächst nach S. außerhalb des kapitalistischen Rahmens, er bildet eine Vorbedingung für die kapitalistische Wirtschaft. Die Umbildung der wirtschaftlichen Organisation wird gezeitigt durch die Neugestaltung des Güterbedarfs. Eine Hauptursache davon ist der Luxus. S. nimmt an, daß die europäischen Völker seit dem Ende des 17. Jahrhunderts einen ungeheuren Ruck in der Richtung des Wohlstandes und vor allem des Wohllebens nach vorwärts tun (I, 728). Aber die Klagen des 18. Jahrhunderts, daß der Luxus niemals früher so groß gewesen sei als damals, sind m. E. kein genügender Beleg dafür. Sie kommen ähnlich auch früher schon vor, so z. B. im 9. Jahrhundert [2]), dann im 14. [3]) und 16. [4]) wieder. Reiche Emporkömmlinge („nouveaux riches"), die mit ihren großen Mitteln ein üppiges Leben führten, hat es eben zu allen Zeiten gegeben. Vor allem ist der Kleiderluxus eine häufige Erscheinung durch die Jahrhunderte hin gewesen. Der Mönch von St. Gallen schildert mit köstlicher Satire die drastischen Maßregeln Karls d. Gr. dagegen [5]). Richtig ist, daß die Entstehung der großen Städte zur Entfaltung des Luxus viel beigetragen habe (S. 737). S. spricht in diesem Zusammenhang auch über die Bedeutung der Mode. Aber daß eine solche im frühen und hohen Mittelalter nicht geherrscht habe, ist eine unrichtige Annahme. Tatsächlich ist „die Tendenz zum Wechsel" damals längst bereits vorhanden gewesen. Die Germanen haben eine solche bereits Ende des 4. Jahrhunderts in Rom selbst bewirkt [6]); zur Zeit Karls d. Gr. hat die neue Mode, kurze englische Mäntel zutragen, sogar handelspolitische Abwehrmaßregeln des Kaisers hervorgerufen [7]) und im 14. Jahrhundert eifert der südostdeutsche Dichter

---

1) Vgl. Br. Hahn, Die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden im fränkisch. und deutschen Reich. Inaug.-Diss. Freiburg i. Br. 1911, bes. S. 23 ff.

2) Vgl. meine Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit II, 140 u. 143 (f. d. Periode Karls d. Gr. und Ludwigs d. D.)

3) Vgl. die Gedichte des sog. Teichners, z. T. hrsg. v. Th. v. Karajan, Denkschr. d. Wiener Akad. VI, spez. S. 167 und 171.

4) Vgl. Arch. f. österr. Gesch. XIII, 242 ff.

5) II, 17 MG. SS. 2, 760, dazu meine Wirtschaftsentwicklung d. Karolingerzeit II, 148.

6) Vgl. mein Buch „Wirtschaftl. und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung I, 101 u. 87.

7) Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit II, 144.

TEICHNER) gegen die neue Mode („verschante Kleid")[1]. Man wird daher S. kaum beistimmen können, wenn er sagt (I, 746): Das eigentliche Zeitalter der Moden beginnt doch recht eigentlich mit Ludwig XIV.

Neben dem Luxus war das Heer maßgebend für den neuen großen Güterbedarf, an Waffen ebensowohl wie an Lebensmitteln und Kleidern (Uniformen). S. hebt richtig hervor, daß die Ausgaben dafür in früherer Zeit eine sehr viel größere Quote der gesamten Staatsausgaben als heute bildeten (758). Das gilt besonders für das Mittelalter. Eben damals war dies ein Hauptgrund mit zur Verschuldung der Fürsten bzw. zur Bereicherung der Klassen, welche die Ausrüstung und Verpflegung selbst besorgten (Adel), wofür ihnen mangels Bargeld Lehen und Pfandgüter zuteil wurden.

Beim Schiffsbedarf soll nach S. im Zeitalter des Frühkapitalismus die starke treibende Kraft das kriegerische Interesse der Staaten gewesen sein, das auf eine Vergrößerung der Kriegsmarine hingedrängt habe. Diese sei dann die Schrittmacherin der Handelsmarine geworden. Sicherlich wird man das Umgekehrte für wahrscheinlicher halten dürfen. Die Geschichte der Hansa hätte auch hier nicht ganz übersehen werden dürfen.

Recht unzulänglich sind derzeit noch unsere Hilfsmittel zur Beurteilung des Massenbedarfs der Großstädte. Infolge der Religionskriege, zu welchen der 30jährige zu rechnen ist, gehen einige zurück. Auch die Veränderungen der Handelswege haben wichtige Folgen gezeitigt: Venedig, Mailand sinken, Madrid, Amsterdam steigen. Etwas sonderbar nimmt sich die Bemerkung S.s über Wien aus, das jetzt neu zur Großstadt emporgestiegen sei. Gehörte Wien nach S. vielleicht im Mittelalter zu den kleineren Städten Deutschlands? Tatsächlich ist Wien gerade in dieser Zeit eher zurückgegangen, da die Türkenkriege und die Gegenreformation es schwer schädigten und Prag starke Konkurrenz machte.

Große Umgestaltungen im Güterbedarf haben natürlich die Kolonien zuwege gebracht. Daß die asiatischen Kulturreiche als Absatzgebiete für europäische Waren am wenigsten in Betracht kamen (779), da sie sowohl ihren Fein- wie ihren Grobbedarf an Gebrauchsgütern seit Jahrhunderten durch eigene Produktion oder Austausch untereinander deckten, ist eine höchst überraschende Entdeckung S.s. War denn nicht das ganze Mittelalter hindurch eben doch Asien das Hauptabsatzgebiet der abendländischen Industrien? Wohin exportierten denn Byzanz, Genua, Pisa und Venedig, ja z. T. auch die deutsche Hansa?

„Ohne geeignete Arbeitskräfte in genügender Menge — kein moderner Kapitalismus." Deshalb bildet die Entstehung eines Lohnarbeiterstandes eine der notwendigsten Bedingungen kapitalistischer Wirtschaft (785). Wie kam er zustande? „Das Arbeiterproblem, sagt S. 788, während der frühkapitalistischen Epoche läßt sich nur verstehen, wenn man sich den seltsamen Widerspruch zum Bewußtsein bringt, der die eigentümliche Gestaltung des Arbeitsmarktes während dieses ganzen Zeitalters recht eigentlich ausmacht: den Widerspruch, daß gleichzeitig ein Überangebot an Arbeits-

1) A. a. O. S. 171 und 172. LASSBERGS Liedersaal 3, 295.

kräften herrscht und vielerorts sich ein Mangel an Arbeitskräften fühlbar macht." Massenelend und Massenbettel auf der einen, Mangel an Arbeitern auf der andern Seite. Hier rührt S. an eines der wichtigsten Probleme für die Entstehung und Ausbildung des modernen Kapitalismus: die sozialen Folgewirkungen desselben. Eben da dürften die Ausführungen S.s wenig befriedigen. Sie gehören zu den schwächsten des ganzen Buches und fallen um so mehr ab, als unwillkürlich der Vergleich mit dessen großem Vorläufer, Karl Marx' Kapital sich aufdrängt. Gewiß kann dieses Werk heute in mehr als einer Beziehung als veraltet bezeichnet werden (so auch S. 787), aber es hat unbedingt einen großen Vorzug vor S.s Darstellung, daß es gerade die sozialgeschichtliche Seite sehr nachdrücklich berücksichtigte. Gewiß wird man sich davor hüten müssen, die Wirkungen einzelner Ereignisse im ganzen zu überschätzen, besonders jener, die in England im Vordergrund standen (Enclosures und Klosteraufhebung). Allein das, was S. selbst zur Sache vorbringt, ist erst recht einseitig und matt. Er polemisiert gegen Marx, daß die gewaltsamen Besitz- oder Einkommenentziehungen die einzigen Wege zur Schaffung eines besitzlosen Proletariates gebildet hätten. Als ebenso bedeutsam stellt S. die allmähliche Verarmung selbständiger bäuerlicher oder gewerblicher Produzenten hin und faßt diese als „ganz natürliche Differenzierungsvorgänge, die aus Bauertum und städtischem Handwerkertum im Laufe der Jahrhunderte lebensunfähige Existenzen ausscheiden" (796). Mit dieser schönen Formel ist das große Problem wohl ebensowenig erledigt, wie mit dem, was S. sonst noch anführt: große Absatzstockungen in den Gewerben, die Aufhebung der Leibeigenschaft, Auflösung der Gefolgschaften, endlich Krieg und Steuerdruck. Es fragt sich doch: ja warum wurden so viele Existenzen gerade jetzt lebensunfähig? Warum treten jetzt immer mehr Absatzstockungen ein? Warum wurden Krieg und Steuerdruck jetzt eben so besonders fühlbar? Sie waren ja auch früher doch vorhanden. Das alles sind doch guten Teils Folgeerscheinungen jener Haupttatsache, welche Karl Marx als eigentlich wirksames Motiv richtig herausgestellt hatte, des Kapitalismus selbst! Sie sind nicht Vorbedingung oder Ursache des Kapitalismus, sondern dessen Nachwirkungen. Hier werden besonders die Lücken in S.s Darstellung fühlbar, von denen oben schon gesprochen worden ist: die Nichtberücksichtigung der „Gutsherrschaft", durch die viele Bauern ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit beraubt und zu Lohnarbeitern herabgedrückt wurden, anderseits aber das Aufkommen der Großunternehmung im Gewerbe und Handel, Verlag und Handelsgesellschaft, welche noch im Mittelalter entstanden. Krieg und Steuerdruck aber müssen dann erst recht als Folgewirkungen des Kapitalismus angesehen werden, wenn die Hauptthese S.s richtig ist, daß die Entstehung der absoluten Großstaaten mit ihren Massenheeren und Machtstreben ihn recht eigentlich begründet haben und die Signatur dieser neuen Zeit bildeten.

Den Mangel an Arbeitskräften hat S. noch weniger erklärt. Erstens kann man gar nicht so schlechthin von einem solchen sprechen, wie er es generalisierend tut. Die Quellen, auf welche er sich stützt, sind durchaus industriegeschichtliche! An Gründen aber bringt er nur vor, daß mangels

entsprechender Verständigungsmittel die Verschiedenheiten des Angebotes(!) an den einzelnen Orten nicht ausgeglichen werden konnten, anderseits aber die besitzlosen Klassen nicht arbeiten wollten. Wie verhält sich dies zu S.s sonstigen Aufstellungen? Er führt doch in eben diesem Werk aus, daß eine Signatur und wesentlichen Fortschritt der frühkapitalistischen Epoche die Ausbildung der Verkehrsmittel und insbesondere des Nachrichtendienstes gebildet habe (siehe unten) und anderseits hat er doch, wie wir eingangs sahen, als Hauptunterschied des kapitalistischen Geistes gegenüber dem vorkapitalistischen den Willen zur und die Lust an der Arbeit hingestellt. Hier aber hören wir mit Staunen: „Nichts anderes als Lazzaronitum ist es, was uns in allen(!) Arbeitern der frühkapitalistischen Epoche begegnet" (I, 807 f.). So krasse Übertreibungen richten sich von selbst.

Es ist sehr begreiflich, daß gerade auf seiten der neuen Industrien Arbeitermangel vorhanden war. Die ländlichen Arbeiter waren infolge des Mangels an Freizügigkeit (Gutsherrschaft!) an die Scholle gebunden, in den Städten aber für die besitzlosen Klassen sonst genügend Arbeitsmöglichkeiten vorhanden. Die Klagen über Indolenz und Faulheit, Arbeitsscheu der Massen stammen größtenteils eben wieder von den industriellen Unternehmern her oder den Vertretern des Merkantilismus und dürfen nicht kritiklos als allgemeingültige Quellen akzeptiert werden.

Endlich aber möchte ich die Gegenüberstellung der Kapitalisten als arbeitsfreudige Fortschrittler zu der Masse des traditionalistisch dahinsumpfenden Volkes nicht gerade für besonders glücklich halten. Wie verträgt sich diese Darstellung S.s denn mit dem, was er selbst über das enorme Luxusbedürfnis und besonders den Eßluxus der nouveaux riches doch kurz zuvor ausgeführt hat? Man darf doch in der Ausbildung des modernen Kapitalismus nicht bloß ein Glück für die Menschheit oder gar die Masse des arbeitenden Volkes sehen wollen und von dessen Begleit- und Folgeerscheinungen immer nur die guten oder das Wirtschaftsleben vergrößernden sehen wollen. Der moderne Kapitalismus bildete nicht nur wirtschaftlich förderlichen Rationalismus aus, sondern zugleich auch groben Materialismus der Gesinnung, harten Egoismus, der sich nicht scheute, die Masse des Volkes zu Arbeitssklaven herabzudrücken. Die Kehrseite des von S. entworfenen Bildes ist doch, daß die Arbeiter infolge der allgemeinen Verteuerung des Lebensunterhaltes viel mehr arbeiten mußten, um den Lebensunterhalt, der früher viel billiger war, fristen zu können. Der kleine Bauer aber und Gewerbsmann verlor die Konkurrenzfähigkeit eben guten Teils auch wegen der technischen Fortschritte, die von dem Kapitalismus eingeführt wurden.

Die „Maßnahmen der staatlichen Arbeiterpolitik" (S. 809 ff.) werden von S. so dargestellt, daß der Staat solche nur unter dem Gesichtspunkt des Staatswohles erlassen habe. Alle Gedanken an das Wohlergehen des einzelnen, alle humanitären Regungen fehlten. Erst in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts fingen sie an, auf die Entschließungen der Regierungen Einfluß zu gewinnen. „Die Menschen des frühkapitalistischen Zeitalters waren ein hartes Geschlecht, das im Kampfe für objektive Ideale sich verzehrte und das seine individuellen Neigungen opferte, um dem höheren

Zwecke zu dienen. „Was das Staatswohl aber erheischte, war klar: die Macht des Staates ruhte in seiner militärischen Kraft; diese aber vor allem war zu erhalten und zu stärken. Aus diesen Grundsätzen war die gesamte merkantilistische Politik geboren.“

Ich glaube nicht, daß S. jemanden, der die Geschichte dieser Zeiten kennt, zu dieser Auffassung bekehren wird. S. hat sich von den Phrasen der Merkantilisten so blenden lassen, daß er die vornehmste Pflicht des Historikers, objektive Kritik zu üben, völlig vergaß. Die erste Belebung des Gewerbes, der Manufakturen und der älteren Handelsbetriebe sollen durch die militärischen Interessen erzeugt worden sein? Deshalb hat der Staat eine unternehmerfreundliche Arbeiterpolitik betrieben? Hier hat S.s früheres Werk über „Krieg und Kapitalismus“ (1913) offenbar nachgewirkt, und der Verfasser ist die dort bewiesene Einseitigkeit auch hier noch nicht los geworden. Die Wirklichkeit verhielt sich viel anders. S. hat am Schlusse des 2. Bandes seiner [illegible] (2. 1068), daß neben dem Königtum und dem alten Adel nun zu einer entscheidenden Mitherrschaft in den modernen Staaten eine neue Macht gelangt: die Geldmacht, die sich in einer geringen Anzahl reich gewordener Bürger verkörperte. In den Händen dieser Leute, sagt er dort, ruhte die Staatsgewalt. Das erklärt, glaube ich, die unternehmerfreundliche Arbeiterpolitik des Staates in der Zeit des Merkantilismus zur Genüge.

Tatsächlich hat der Staat oder, besser gesagt, das Landesfürstentum längst vor dem 18. Jahrhundert, nämlich schon am Anfang des 16., gegen die Ausbeutung des Volkes durch die Grundherrschaften bereits Stellung genommen. Die Verordnungen Ferdinands I. vom Jahr 1525 u. a.[1]) vermochten aber nicht durchzudringen, da die Grundherrschaften im Zeitalter der Ständemacht noch die Verwaltung beherrschten. Die Bauernschutzgesetzgebung erlangt erst in dem Momente praktische Erfolge, als der absolute Staat die Ständemacht zurückdrängte, seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Damals wird sie, wie der bekannte Tractatus de iuribus incorporabilibus (1679) beweist, zu einem Programmpunkt der staatlichen Sozialpolitik[2]). Auch das Naturrecht hat bereits vor dem 18. Jahrhundert Einfluß auf diese gewonnen und „humanitäre“ Regungen gezeitigt[3]). Daß nicht alle Gedanken an das Wohlergehen der einzelnen fehlten, lehrt am besten der bekannte Ausspruch König Heinrichs IV. von Frankreich († 1610), er wünsche, daß auch der gemeine Mann des Sonntags sein Huhn im Topfe haben solle[4]).

---

1) Vgl. G. Friess in Bl. d. Ver. f. Landeskunde v. Nied.-Österr. 1897, 31, 64.

2) Vgl. d. Art. „Untertans- u. Urbarialverhältnisse“ von B. Frh. v. Bieger im Österr. Staatswörterb. v. Mischler und Ulbrich, 2. Aufl. (1905), I, 43 ff.

3) O. Gierke, Joh. Althusius und die Entwicklung der naturrechtl. Staatstheorie, 3. Aufl. 1913, S. 281 ff. Vgl. auch v. Srbik, Wilhelm v. Schröder a. a. O. S. 37.

4) Vgl. dazu auch die Ausführungen W. v. Schröders in dessen „Fürstl. Schatz- und Rentkammer“ vom Jahr 1686 bei v. Srbik a. a. O. S. 94.

Über das „Arbeitshaussystem“, durch das der Staat arbeitsfähige Bettler zur Arbeit erziehen und dem Müßiggang steuern wollte, scheint S. keine besonders günstige Meinung zu hegen (I, 819), obwohl er doch selbst zugeben muß, es habe erzieherisch gewirkt und das fehlende Arbeitermaterial verschafft. S. ist davon überzeugt, daß es sich dabei lediglich um Erzwingung, aber nicht um Erziehung zur Arbeit gehandelt habe (I, 823). „Für die technische Ausbildung des Arbeiters tat man bis ins 19. Jahrhundert hinein gar nichts.“ Das ist eine monströse Übertreibung. Denn das Bestreben der Regierungen, technisch geschulte Arbeiter aus fernen Ländern herbeizuziehen, ist keineswegs nur als „Kampf der Staaten um den gelernten Arbeiter“ aufzufassen, um den Vorrat daran zu vermehren, wie dies S. tut. Es sollte vor allem dazu dienen, fremde Technik einzubürgern und die heimischen Arbeiter technisch zu vervollkommnen. Das bekannte Werk- und Manufakturhaus auf dem Tabor bei Wien, das schon 1675 errichtet wurde und zugleich als praktische Lehranstalt gedacht war, ist u. a. ein schlagender Beweis dafür. Aber auch sonst ist doch viel zur Verbreitung technischer Bildung damals schon geschehen [1]).

Daß das staatliche Arbeitsrecht dieser Zeit „durchaus noch aus demselben Geiste geboren ist, wie die früheren Rechte“ (S. 831), wird für den nicht überraschend sein, der weiß, daß der Merkantilismus ja die Weiterbildung und Übertragung der städtischen Wirtschaftspolitik auf die Territorien gewesen ist. S. hat, meine ich, aber auch da gar zu sehr grau in grau gemalt, wenn er vom Arbeiter behauptet: „selbstverständlich hat er kein Recht, sich mit seinesgleichen zu verständigen, um etwa seine Arbeitsbedingungen zu verbessern“, und weiter: „alles das, was wir heute unter der Einrichtung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zusammenfassen, galt als verpönt“. S. scheint auch hier mit den Quellen wenig vertraut. So ist ihm entgangen, daß die sog. „Polizeiordnungen“ das 16. und 17. Jahrhunderts sehr reiches Material über das Gesinde- und Arbeiterrecht enthalten. Sie würden ihn eines Besseren belehrt haben [2]). Übrigens bieten auch einzelne Darstellungen, wie das bekannte Buch G. v. Schanz’ über die Gesch. der Gesellenverbände, sowie die neue Geschichte der Stadt Wien [3]) manche Hinweise.

Ein besonders wichtiges Problem für die Entstehung des modernen Kapitalismus bildet die Geschichte der Unternehmerschaft (I, 836 ff.). Der Kapitalismus ist das Werk einzelner hervorragender Männer. Jede Annahme einer kollektivistischen Entstehungsweise ist falsch. Die Entstehungsgeschichte des Kapitalismus ist eine Geschichte von Persönlichkeiten; diese Sätze S.s sind klar und deutlich genug. Aber seine Proteusnatur

1) Vgl. H. J. Bidermann, Die technische Bildung im Kaisertum Österreich (1854).

2) Vgl. O. Stobbe, Gesch. d. deutschen Rechtsquellen, II (1864), 200 ff.; 220 f.

3) Hrsg. v. Altertums-Verein in Wien, II/2, 631 ff. (K. Uhlirz), sowie IV, 411 ff., bes. 449 ff. (V. Thiel).

springt sofort auf der nächsten Seite doch schon wieder ins Gegenteil um: Die „kapitalistische Unternehmung ist tatsächlich eine Massenerscheinung". Was war sie also denn eigentlich? Wir haben jedenfalls scharf zu unterscheiden zwischen der schöpferischen Idee, dem Unternehmungsgedanken und dessen Ausführung, der Verwirklichung der Unternehmung selbst. Ersteres war allezeit die Tat des einzelnen, ist subjektives Können, letztere wird erst durch das Zusammenwirken vieler möglich, ist eine kollektivistische Wirtschaftsbetätigung.

S. ist eben hier, da er einen Vergleich zwischen der kapitalistischen Unternehmung und ihrem historischen Vorgänger, der Grundherrschaft, anstellte, auf die Ähnlichkeit beider aufmerksam geworden. „Sicherlich haben beide Wirtschaftsformen sehr viel Gemeinsames. In gewissem Sinne ist die kapitalistische Unternehmung geradezu die Fortsetzung der grundherrschaftlichen Unternehmung. Der Grundherr hebt sich ebenso aus der Schar der bäuerlichen Wirte heraus wie der kapitalistische Unternehmer aus der Masse der gewerblichen und kommerziellen Handwerker." Der Unterschied liegt nach S. nur darin, daß der kapitalistische Unternehmer in viel höherem Maße umstürzlerisch und umbildend wirkte als der grundherrliche. S. gibt selbst zu: der Grundherr hatte auch neue Gebilde aus schöpferischem Geiste aufgebaut. Er meint aber, sein Sinn war doch noch gebunden geblieben an die alten Grundanschauungen der großen Masse. Der Fronhof war nur ein großer Bauernhof. Er war vom Bedarfsdeckungsprinzip beherrscht. Wir haben oben bereits festgestellt, daß eben diese letztere Annahme unhaltbar ist[1]. Auch der Grundherr durchstieß die Schranken der alten Wirtschaftsweise, war zugleich Zerstörer und riß ganze Bevölkerungen aus ihrer gewohnten Daseinsweise heraus, wie der kapitalistische Unternehmer. Er war ebenso Zerstörer wie dieser. Das hat ja gerade KARL MARX sehr eindrucksvoll bereits aufgezeigt[2]. Daher kann man sehr wohl auch von einem Kapitalismus auf seiten der Grundherrschaft sprechen, besonders in der Form der Gutsherrschaft[3]. Daher ist es keineswegs so unmöglich, von einem naturalwirtschaftlichen Kapitalismus zu sprechen, was S. (I, 54) mir als besonders schweren Mangel vorwirft[4]. Auch KARL MARX[5] und W. ROSCHER[6] sowie

1) Vgl. oben S. 338.

2) Das Kapital, I[4], 682 ff.

3) Tatsächlich hat M. SERING jüngst das Rittergut in Ostholstein als kapitalistische Unternehmung charakterisiert. Erbrecht und Agrarverfassung in Schleswig-Holstein, 1908.

4) Man beachte übrigens, daß ich diese Bezeichnung (Boden- oder naturalwirtschaftlicher Kapitalismus) dort eben gebrauchte, wo ich von dessen Folgeerscheinungen sozialer Art handelte; sie waren, sagte ich, ähnliche, wie sie der Geldkapitalismus der Neuzeit gezeitigt hat. Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit 2, 52.

5) Das Kapital, 4. Aufl., I, S. 298 und 681.

6) SOMBART II, 939 polemisiert gegen ROSCHER, weil dieser es als Mangel an Einsicht bezeichnete, daß die Merkantilisten unter Kapital meist das verständen, was wir Geldkapital nennen.

neuestens BRENTANO [1]) haben ja bereits ähnliche Anschauungen vertreten. Ich befinde mich also in guter Gesellschaft.

Für die Ausbildung des kapitalistischen Unternehmertums erscheinen S. bestimmte Bevölkerungsgruppen durch ihre Eigenart vor andern bevorzugt, als „kapitalistisch disponierte Personen“ (I, 840). Zunächst die Fürsten. Ich möchte nicht mit S. glauben, daß sie deshalb in der Entwicklung des Kapitalismus eine besondere Rolle spielten, weil sie in den Vertretern dieser neuen Wirtschaft recht eigentlich die staatserhaltenden und staatsfördernden Kräfte erblickten. Die Hauptsache war m. E. vielmehr der Umstand, daß sie am ehesten imstande waren, die Produktionsmittel zu beherrschen und sich dienstbar zu machen. S. hat dieses Motiv gar nicht berücksichtigt. Wäre diese Vorbedingung nicht vorhanden gewesen, so würden vielleicht so manche von den fürstlichen Unternehmern ihr „Unternehmergenie“ nicht haben betätigen können. Vieles ist wohl auch nicht auf persönliche Initiative dieser Fürsten zurückzuführen, sondern auf ihren Fiskalismus, der sie veranlaßte, auf die damals so häufigen Anregungen von außen („Projektenmacher“) einzugehen und sie zu fördern. Ähnliches gilt auch für die adeligen Grundherren. Was S. über die „Verbürgerlichung“ oder „Entfeudalisierung“ (!) des Adels — wie mögen die Rechtshistoriker über diese Begriffsbildung denken? — dann ausführt, trifft nicht das Wesen der Sache. S. will geradezu die so viel rascheren Fortschritte, welche der Kapitalismus in Frankreich und namentlich in England gegenüber Deutschland gemacht hat, darauf zurückführen, daß sie eine „Verkommerzialisierung“ der Gesinnung im Gefolge gehabt habe. Allein diese letztere ist doch kaum durch das Eindringen von Bürgerlichen in den Adel erst entstanden. Der alte Adel schloß sich, wie bekannt, diesen Parvenus gegenüber sozial sehr stark ab. Die „Verkommerzialisierung“ war im Adel schon während des Mittelalters aufgekommen. Schon für den Ausgang des 13. Jahrhunderts haben wir in SO.-Deutschland ein köstliches Zeugnis dafür in den Satiren des sog. kl. Lucidarius (Seifried Helbling), der die adeligen „Landherren“ verspottet, weil sie Wein feilhalten [2]), bei Hofe sich damit unterhalten, wie eine Kuh besonders milchreich werden könne; daß sie reiche Kornernte gehalten haben, den eingekauften Wein nicht selber trinken, sondern mit Gewinn verkaufen wollen [3]). Er tadelt aber auch die Ritter, welche sich um Käse, Eier, Spanferkel u. dgl. [4]), um den Preis des Weizens kümmern [5]), deren Gesinnung auf Feldbau, Wirtschaft, mannigfaltigen Erwerb und Gewinn [6]) gerichtet ist. Er findet im Heere des Herzogs solche, die ihn um Urlaub bitten, weil sie den Acker bestellen wollen [7]). Dieselbe Quelle bietet zugleich

1) A. a. O. S. 14 Note sowie s. 44 f.
2) Vgl. die Ausgabe von J. SEEMÜLLER (1887) III, 131.
3) Ebda. XV, 87 ff.
4) Ebda. I, 899 ff.
5) Ebda. III, 124 ff.
6) Ebda. VII, 1209.
7) Ebda. I. 820 ff.

Belege dafür, daß damals schon eine Mischung der Stände sich vollzog: der Adelige sich des Geldes wegen eine Gemahlin aus der nächst niedrigen ständischen Stufe wählt · der Ritter eine reiche Bäuerin, der Dienstmann die Tochter eines Ritters, die Gräfin einen reichen Dienstmann, die Fürstin einen mächtigen Grafen [1]).

Nun aber die bürgerlichen Unternehmer. S. gibt hier zu, daß ein großer Teil der handwerksmäßigen *negotiatores* im Laufe der Zeit zu kapitalistischen Unternehmern geworden ist, daß der Fall einer allmählichen, schrittweisen Vergrößerung, bei der unmerklich die eine Wirtschaftsform in die andere übergeht, sicher ein sehr häufiger gewesen ist (I, 868). Sowohl aus Bauern, wie aus dem Bauernhandwerk geht ein großer Teil der Kapitalisten hervor. Das ist ein wichtiger Beweis für die Richtigkeit der von mir eingangs S. gegenüber vertretenen These, daß die von ihm aufgestellten drei Wirtschaftssysteme keineswegs nur nacheinander auftreten und einander ablösen.

Den Unternehmertypus der Gründer führt S. auf die Projektenmacher zurück, die seit dem 16. Jahrhundert in Spanien und dann besonders im Zeitalter des Merkantilismus allüberall auftreten. Andere „Herkunftsstätten des Unternehmertums" sind schließlich noch: die Ketzer, die Fremden und die Juden. S. folgt hier dem Urteil des Engländers W. PETTY (1699), daß die Heterodoxie, nicht die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Glaubensbekenntnis, eine wichtige Pflanzschule des kapitalistischen Unternehmertums gewesen sei. „Von der Anteilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen, mußten die Häretiker ihre ganze Lebenskraft in der Wirtschaft verausgaben (I, 878). S. führt damit das, was MAX WEBER geistvoll über die Begründung des „kapitalistischen Geistes" durch den Protestantismus ausgeführt hat, auf das richtige Maß zurück [2]). Sicherlich hat, worauf zuvor schon L. ELSTER [3]) und besonders BRENTANO [4]) hingewiesen hatten, die Eigenart der protestantischen Ethik u. a. den Rationalismus gefördert. Aber S. betont hier sehr richtig, daß auch viele Hemmungen für dessen Entwicklung gerade im Puritanismus und im Quäkertum sich finden (I, 881).

Nicht so sehr der „neue Geist", den S. im Kapitalismus und Protestantismus gleichmäßig wirksam sieht, war m. E. das Entscheidende, sondern die besondere Rechtsstellung, deren die Ketzer, die nicht zur Staatsreligion Gehörigen, nur teilhaftig waren. Unter diesem Gesichtspunkt reihen sich die Fremden und Juden unmittelbar ein. Auch sie waren ja nicht vollberechtigt,

---

1) Ebda. VIII, 369 ff.

2) Vgl. gegen M. WEBERS Auffassung: F. RACHFAHL, Kalvinismus und Kapitalismus, i. Internat. Wochenschrift f. Wiss., Kunst und Technik 1909, sowie L. BRENTANO, Die Anfänge des modernen Kapitalismus, München 1916, S. 123 ff.

3) Johann Calvin als Staatsmann, Gesetzgeber und Nationalökonom. i. Jahrb. f. Nationalökon. und Statistik XXXI (1878), 163 ff.

4) In seiner Rektoratsrede vom 23. November 1901: Ethik und Volkswirtschaft in der Geschichte, München 1902.

zwar nicht vom öffentlichen Leben völlig ausgeschlossen, wie S. sagt, aber nicht fähig, Grundeigentum oder das Meisterrecht oder akademische Grade sowie gewisse Staatsämter zu erwerben. Ebendeshalb warfen sie sich auf jene wirtschaftlichen Betätigungen, die ihnen offenstanden. Und das waren vor allem die Geldleihe und der Handel, d. h. zwei der wichtigsten Wurzeln des kapitalismus (so auch S. I, 918). Das ist aber nur die eine Seite der Erklärung. Die Juden waren insbesondere auch dadurch für die Ausbildung des kapitalistischen Geistes und des Unternehmertums prädisponiert, weil zugleich bei ihnen viele Hemmungen entfielen, welche dem Christen des Mittelalters die religiöse Moral, der germanische Ehrbegriff und die soziale Zugehörigkeit bereiteten. Sie konnten sich, wie S. ja selbst in seinem Buch über die Juden sehr treffend dargelegt hat, rücksichtslos in der Betätigung rein wirtschaftlichen Gewinnstrebens ergehen und über so manche Schranke hinwegsetzen, welche den Christen im Mittelalter und darüber hinaus ihrerseits einengte (kanonisches Zinsverbot, gerechter Preis, Verbot des turpe lucrum und Wuchers usw.).

Übrigens sind auch von der übertriebenen Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Schöpferkraft, wie sie S. vertrat, sehr erhebliche Abstriche zu machen. Das hat F. RACHFAHL in seiner eingehenden Kritik des genannten Buches von S im einzelnen dargelegt [1]). Vor allem war es doch nicht so, daß überall dort, wo die Juden hinkamen, eben durch sie erst der wirtschaftliche Aufschwung begründet worden ist, und überall dort, wo sie wegzogen, der Verfall eintrat. Vielmehr zogen sie vielfach eben dorthin, wo eine wirtschaftliche Blüte sich bereits bemerkbar gemacht hatte [2]), die ihrem unbestreitbaren Unternehmungsgeist ein ergiebiges und gewinnreiches Betätigungsfeld in Aussicht stellte.

* * *

Der zweite Band des S.schen Werkes schildert „Das europäische Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, vornehmlich im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Er kommt naturgemäß an vielen Stellen auf dieselben Materien zurück, die bei der Darstellung der historischen Grundlagen des modernen Kapitalismus bereits berührt worden sind. Vielleicht hätte durch eine straffere Disposition des Gesamtstoffes manches kürzer gefaßt werden können. Mein Bericht wenigstens kann sich deshalb hier größerer Knappheit befleißen, und dies um so mehr, als einiges oben schon vorweggenommen wurde. Auch gestehe ich gern, daß dieser zweite Band m. E. weniger Anlaß zum Widerspruch bietet. Denn hier hat S., wie zum Teil schon im Verlaufe dieser Besprechung hervorgehoben worden ist, nicht selten über denselben Gegenstand eine zutreffendere und maßvollere Darstellung geboten wie im 1. Bande, zu welcher sich damit freilich auch Widersprüche ergeben.

---

1) Das Judentum und die Genesis des modernen Kapitalismus. Preußische Jahrb. CXLVII (1912), 13 ff.

2) Vgl. insbes. auch BRENTANO, Die Anfänge des modernen Kapitalismus, S. 165.

Die frühkapitalistischen Unternehmer bekunden eine neue Geistesrichtung, welche durch die Vertragstreue charakterisiert ist und in der kaufmännischen Solidität praktisch zum Ausdruck kommt. S. glaubt, daß dieser mit der Ausbreitung des Kapitalismus immer größer geworden sei. Das muß an sich befremden. Die Belege, auf die sich S. dabei stützt (II, 32), beweisen es mit nichten. Im Gegenteil. Daß Leon Battista Alberti (um 1450?) sich berühmt, seine Familie sei durch stete Beobachtung der Vertragstreue groß geworden, lehrt uns vielmehr, glaube ich, wie sehr diese von ihm gepriesene alte Solidität und Einfachheit damals eben bereits zu schwinden begann und der guten alten Zeit angehört hatte.

Ganz dasselbe gilt von der anderen Beobachtung S.s, daß die Wirtschaftssubjekte dieser Epoche ihr Leben nach den Geboten der Religion und Sittlichkeit einrichteten. Die Gottesfurcht ist doch nicht erst jetzt bestimmend für die Wirtschaftsführung geworden (so S. II, 35)? Nichts scheint S. so wichtig für die Beurteilung der Unternehmerpsyche jener Jahrhunderte als der Umstand, daß die Zeit bis tief in das 18. Jahrhundert hinein eine fromme Zeit war. Mit Verlaub, wie stellt sich S. denn das Mittelalter vor? Hat er nicht im ersten Bande selbst als ein Hauptmotiv der Entstehung des Kapitalismus doch gerade die Revolutionierung des alten Geistes auch in der Religion bezeichnet? „Die Idee des ehrenhaften Erwerbs“ ist keineswegs jetzt „neu aufgekommen“, der Kampf gegen das turpe lucrum war ja eines der wichtigsten Ziele der theologischen und juristischen Literatur des Mittelalters gewesen. Ganz ebenso auch die Lehre vom gerechten Preis (iustum pretium). S. hat anscheinend die neueste Literatur hier gar nicht zu Rate gezogen. Hätte er das Buch von F. Schaub [1]) gelesen und verwertet, so würde er in diesen Ideen kaum etwas für den Frühkapitalismus Charakteristisches oder gar Neues gefunden haben. Hier wie auch in seinem Urteil über die „Verpönung der Konkurrenz“ (II, 46) hat S. sich eines auffallenden methodischen Fehlers schuldig gemacht. Der Umstand, daß die mittelalterlichen Grundanschauungen über die Verdammung der Konkurrenz, alles Unterbietens der Preise, aller Methoden der Kundenabtreibung und des Kundenfanges noch immer die Rechts- und Sittenbücher beherrschen (II, 46), beweist keineswegs positiv, daß auch jetzt noch im 16.—18. Jahrhundert dieselben Grundsätze im Wirtschaftsleben selbst praktisch betätigt worden sind. Im Gegenteil zeigt die immer größere Häufigkeit, mit der solche Lehren gepredigt, und die Ausführlichkeit, in der die unerlaubten Hilfsmittel des Verkaufes aufgezählt werden, daß letztere immer stärker fühlbar geworden sind.

S. gerät hier bereits, insbesondere mit den folgenden Darlegungen über den Geschäftsstil (II, 53 ff.), in recht mißliche Widersprüche zu dem, was er im ersten Bande doch behauptet hatte. „Das Gewinnstreben und der Erwerbsgeist waren noch ebensowenig zu vollkommener Reife gelangt wie der ökonomische Rationalismus.“ Wo bleibt denn nun der große Umschwung, der sich doch im Wirtschaftsleben so plötzlich vollzogen haben soll?

---

1) Der Kampf gegen den Zinswucher, ungerechten Preis und unlauteren Handel im Mittelalter, 1905.

Und auch das „Rentnerideal“, daß Leute, die sich in Handel und Produktion ein — bescheidenes — Vermögen erworben hatten, sich in noch guten Jahren zur Ruhe setzten und, wenn irgend möglich, ein Landgut kauften, „um auf ihm ihren Lebensnachmittag in beschaulicher Ruhe zu verbringen“, ein Zustand, den S. gar als „die allgemeine Gepflogenheit“ hinstellt (II, 56), stimmt so gar nicht zu den Gewaltmenschen, die ins Ungemessene nach Gewinn strebten, wie S. sie uns als Vertreter der neuen Zeit doch vorgestellt hatte. Und was sollen wir gar von den weiteren Eigentümlichkeiten des Frühkapitalismus halten, wenn man noch im 18. Jahrhundert nur 2 Stunden des Tags gearbeitet hat (II, 57)? Dagegen würde ja das Mittelalter, für das S. früher das viele Feiern und die langsame Arbeit bezeichnend gefunden hatte, ein wahres Schnelltempo wirtschaftlicher Arbeit darstellen. Denn damals arbeitete man sogar Sonn- und Feiertags, wie die zahlreichen Verbote dieser Festtagsarbeit doch bekunden.

Das Bild des Frühkapitalisten, auf den wir nach S.s Schilderung im ersten Bande so gespannt sein mußten, schrumpft immer mehr zusammen. Nun vernehmen wir gar, daß das Festhalten am Althergebrachten, die „noch immer mehr statische Grundanschauung der Zeit“ alle Geschäftsmaximen, die wir bei den frühkapitalistischen Unternehmern finden, erklärten (II, 62). Also der reinste Traditionalismus! Wir gewinnen immer mehr die Empfindung, daß die kühn aufgetürmte Konstruktion dort hier bereits in arges Wanken gerät. . . .

Die Übereinstimmungen mit den vorausgehenden Zeiten des Mittelalters treten auch in den „Wirtschaftsformen“ sehr nachhaltig zutage. S. hat ein Kapitel (II, 70 ff.) geradezu als „die Erbschaft des Mittelalters“ überschrieben. Nicht nur die alte Fronhofswirtschaft bleibt bis zum Ende der frühkapitalistischen Periode aufrecht — „die Gutswirtschaft ist in wesentlich gleicher Weise gestaltet gewesen im Jahr 1800 wie im Jahr 800“ (II, 72) —, auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften (Dorfgemeinden) bestehen weiter. Und das gleiche gilt wesentlich auch von jenen der gewerblichen Produktion (Handwerkerzünfte und Kaufmannsgilden). Aber selbst die neuen Formen des Gesellschaftshandels, die regulierten Gesellschaften, die Händler- und Anteilsgenossenschaften, sowie die Familiengesellschaften, welche den veränderten Verhältnissen angepaßt sind, bildeten sich aus den mittelalterlichen Händlerzünften heraus oder bewahrten im wesentlichen die Züge der alten Handwerkergenossenschaft (II, 78). Auch die Medici, die Welser und Fugger sind nach S. keine „Firma“ im heutigen Verstande, die Familiengesellschaften keine modernen kapitalistischen Unternehmungen im ökonomischen Sinn gewesen.

Endlich bleiben auch die Gelegenheitsgesellschaften, die mehrere Personen für eine kurze Spanne vereinigten, ihrem alten Typus treu. Die Kommende und die Rogadia, die Sendeve und die Weggelinge des Mittelalters haben, sagt S., gar nichts mit Kapitalismus zu tun. Aber sie waren auf Grundsätzen aufgebaut, die das alte Wirtschaftsleben „revolutionieren“ mußten, denn sie waren aus einem dem Mittelalter fremden Geiste geboren (II, 96). Hier wird besonders ersichtlich, wie wenig S. historisch zu denken

vermag. Denn er konstatiert doch zugleich in einem Atem: „Zwar bediente sich ihrer das Handwerk jahrhundertelang, ohne Schaden zu leiden." Tatsächlich waren „die revolutionären Gedanken", so wie sie S. aufzählt (II, 97), nicht nur bei ihnen, sondern auch noch in anderen Wirtschaftsformen des Mittelalters vorhanden, die S. gar nicht zu kennen scheint. So z. B. in den künstlichen Brüderschaften (affratatio, hermandad, föstbrödralag u. a.), die sich auch vertragsmäßig zur Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben (Rodewerk, Fischerei, Handelsschiffahrt u. a. m.) verbanden und eine beliebige Häufung von Produktionskräften ermöglichten. Sie waren also nicht nur im Handwerk wirksam und sind, wie das Genossenschaftsrecht überhaupt, gerade dem Mittelalter eigen gewesen, ohne das feste Gefüge dieses mittelalterlichen Wirtschaftslebens je gesprengt zu haben.

Das Besondere der kapitalistischen Unternehmung als Vermögensorganisation liegt nach S. in der Verselbständigung des Geschäfts als eines Wirtschaftsorganismus über die einzeln wirtschaftenden Menschen hinaus (II, 101). Ob darin wirklich ein Neues gelegen ist, das die kapitalistische Unternehmung von anderen, vorkapitalistischen Wirtschaftsformen unterscheidet? Würde S. das Mittelalter besser kennen und etwas mehr Rechtshistoriker sein, so würde er das wohl selbst nicht glauben. Er bespricht das Geschäft als Rechtseinheit: die Firma; das Geschäft als Rechnungseinheit: die ratio; das Geschäft als Krediteinheit: die Ditta. Von kapitalistischen Gesellschaftsformen (II, 130 ff.) kommen die offene Handelsgesellschaft und Aktiengesellschaft zwar im 16. Jahrhundert schon vor, sind aber nach S. an Zahl gering, in dieser Zeit noch nicht von irgend welcher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung gewesen (II, 155). Die „gemischten" Vereinigungen, will sagen Stille Gesellschaft, Kommanditgesellschaft und Kommanditgesellschaft auf Aktien, haben nach der Auffassung S.s im Zeitalter des Frühkapitalismus eine größere Bedeutung gehabt als heute (II, 164).

Bei seinen Ausführungen über die **Kapitalsbildung** unterscheidet jetzt S. anders als bei der ersten Auflage die Aufbringung des Kapitals von der Entstehung des bürgerlichen Reichtums. Letztere mußte vorausgehen, da nur wohlhabende (reiche) Leute an der Kapitalbildung damals beteiligt und die Organisationen noch nicht geschaffen waren, um die kleinsten Geldbeträge (verzinsliche Bankdepositen) zur Kapitalbildung heranzuziehen[1]. Die von S. selbst zitierten Berichte über die Banken der Baldi und Peruzzi, sowie des Ambros Hochstätter (II, 168) sprechen entschieden gegen die Richtigkeit seiner Auffassung.

Sehr charakteristisch für die frühkapitalistische Periode, und zwar besonders das merkantilistische Zeitalter, erscheint die Beteiligung des Staates an den wirtschaftlichen Organisationen. Das Kapitel „die **Staatswirtschaftsformen**" (II, 173--181) ist bei S. recht schmal und dürftig ausgefallen. Der Umstand, daß darüber bisher noch nicht im Zusammenhange geschrieben worden ist, bildet dafür kaum eine hinreichende Entschuldigung. Jedenfalls hätte sich darüber vielmehr sagen lassen, zumal in den ver-

---

1) Vgl. dazu auch unten S. 381.

schiedenen Arbeiten v. SKRIKS auch zusammenfassende Bemerkungen sich eingestreut finden.

Bedeutsame Veränderungen hat die frühkapitalistische Periode auf dem Gebiete des Marktes hervorgerufen. Er hat mit dem wachsenden Güterbedarf eine Ausweitung erfahren. Nicht nur eine Vergrößerung einzelner Märkte trat ein, sie erstreckten jetzt zum Teil ihr Absatzgebiet über ganze Territorien (nationale Märkte). Die Art der Nachfrage in frühkapitalistischer Zeit war, sagt S. (II, 190), wesentlich verschieden von der heutigen: sie geht vom letzten Konsumenten aus; er bestimmt sie nach Ausmaß und Art.

Die Darstellung, welche S. über „die Preisbildung" bietet (II, 195 ff.), leidet erheblich darunter, daß er für die vorausgehende Zeit des Mittelalters noch die längst überholten Annahmen v. INAMA-STERNEGGS wiedergibt. S. glaubt, daß die Rationalisierung der Preisbildung erst seit dem 16. Jahrhundert, und zwar von Italien aus, begonnen habe. Sie sei in dieser ganzen frühkapitalistischen Periode noch sehr gering gewesen; der herkömmliche Preis habe eine große Rolle gespielt, die ethischen Vorstellungen vom iustum pretium seien beherrschend gewesen, die Fähigkeit zu einer sachgemäßen Spekulation habe gefehlt. S. hat auch da, scheint es, absichtlich von der neueren Literatur keine Notiz genommen, um diese willkürliche Geschichtskonstruktion aufrechthalten zu können. Er will offenbar das mittelalterliche Wirtschaftsleben recht primitiv darstellen, um dann der sog. Neuzeit alles Mögliche an Erfindungen und Entdeckungen vindizieren zu können. Das ist ein heute sonst schon sehr veralteter Standpunkt, und S. mag sich dagegen sträuben, wie er will, die Zeugnisse der Quellen lassen sich nicht umbringen! Nicht nur die bekannten Klagen der sog. Reformation Kaiser Sigismunds von ca. 1438, die zahlreichen Beschwerden auf den Ausschußlandtagen des 16. Jahrhunderts bezeugen, daß die großen Handelsgesellschaften damals die Preise willkürlich, aus Spekulation, in die Höhe trieben; F. EULENBURG hatte solches bereits für den Ausgang des 13. Jahrhunderts angenommen, da er (Zschr. f. Sozial- u. Wirt.-Gesch. I) das Verbot der „Uniones" in Wien durch König Rudolf von Habsburg als eine Maßnahme auffaßte, die gegen Ringe und Kartelle (Trusts) gerichtet war, wider die willkürliche Preisbestimmung der Lebensmittelhändler.

Die Eigenart der frühkapitalistischen Wirtschaft kommt auch in der Bildung der Konjunktur zum Ausdruck: die Haussebewegung, die Expansionstendenz fehlte ihr nach S. (II, 214) so gut wie völlig. Ob man die wirklich behaupten darf? S. verhehlt sich nicht, daß es auch damals schon „Spekulationszeiten" gegeben habe. Aber er meint, daß diese „ohne alle Wirkung auf den Gang des Wirtschaftslebens" geblieben seien. Von den Lawschen Gründungen wird sich das aber schwer rechtfertigen lassen.

Häufig waren doch auch nach S. die Absatzstockungen und Absatzkrisen. Gerade sie beweisen aber m. E., daß, abgesehen von den durch S. angeführten Ursachen, stellenweise eben das Spekulationsfieber die Schuld daran trug, oder, mit anderen Worten, daß doch auch von Haussebewegungen gesprochen werden kann.

Erhebliche Widersprüche zu seiner früher gegebenen Darstellung weist,

wie eben schon angedeutet wurde, der Abschnitt über das Verkehrswesen auf (II, 229 ff.). Denn während wir dort von großen Umwälzungen auf dem Gebiete der Nautik und Schiffahrt hörten, wird uns hier gezeigt, daß sich die Vervollkommnung der Orientierungsmethoden nur sehr langsam vollzogen habe (II, 240), daß auch auf diesem Gebiete dem 19. Jahrhundert die eigentlich wissenschaftliche und systematische Begründung vorbehalten geblieben sei. Die Hafenanlagen wie der Schiffstypus seien „primitiv" gewesen (II, 243). S. erblickt in Frankreich das klassische Land des Straßenbaues bis ins 19. Jahrhundert hinein. England dagegen ist ihm dasselbe auf dem Gebiete der Wasserstraßen. Ja er hält hier dafür, daß das so viel raschere Tempo der kapitalistischen Entwicklung dort eben darauf zurückzuführen sei (II, 253). Früher wollte er allerdings etwas ganz anderes, die Verbürgerlichung oder „Verkommerzialisierung" des Adels, als Grund dafür betrachtet wissen[1]. Etwa 100 Seiten später erklärt er aber ebenso kategorisch (II, 360): „Das fluß- und kanalreichste Land Europas im 18. Jahrhundert war gewiß Deutschland." Was also sollen wir da als richtig ansehen?

Auch die Schilderung des Personenverkehrs ist mehrfach unsicher und wenig klar. So, was er über den Mangel an Personenschiffen sagt (II, 256), so auch die Behauptung, daß bis ins 16. Jahrhundert im Wagen nur Kranke oder allenfalls Frauen oder Kinder reisten (II, 261). Entschieden übertrieben ist die Darstellung von dem Wagenverkehr auf den Landstraßen zu Beginn des 19. Jahrhunderts: „Auf einigermaßen (!) belebten Straßen muß es hergegangen sein wie heute etwa an Renntagen vor den Toren einer großen Stadt" (II, 263).

Für das Kapitel „Beherbergung und Erquickung" (II, 270 ff.) hätte die neuere Literatur noch so manche Ergänzung zu bieten vermocht. Ich verweise auf Fabri, Evag. Bibl. Stuttg. IV, 447 ff.; R. Röhricht und H. Meisner, Deutsche Pilgerreisen nach dem heiligen Lande 1880, sowie H. Simonsfeld, Ein venetianischer Reisebericht aus dem Jahr 1492 in Zeitschr. f. Kulturgeschichte, N. F. II (1895), 241 ff. Der Schluß aus Goethes „Wanderjahren", daß das Nach-der Karte-Essen — S. nennt es eine „epochale Neuerung" — in die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts falle, ist mindestens vorschnell.

In der Darstellung der Seeschiffahrt ergeben sich gleichfalls Unebenheiten zu dem früher Gesagten. War, wie es dort hieß, die durch die Großstaaten geschaffene Kriegsmarine die Schrittmacherin der Handelsmarine, so ist die Feststellung hier überraschend, es seien die Seeschiffe der Handelsflotte bis in das 19. Jahrhundert hinein nach Art und Größe ungefähr dieselben geblieben, wie sie beim Ausgange des Mittelalters waren (II, 279). Also eine Stabilität ohne ersichtliche Einwirkungen der Kriegsmarine!

Als Regel wird für die ganze frühkapitalistische Epoche hingestellt, daß der Kaufmann eigene Schiffe laufen ließ (II, 287). Zwei Seiten darauf erfahren wir, daß die gewerbsmäßige Reederei weit in das Mittelalter zurückreiche.

1) Siehe oben S. 361.

Das eigentlich Charakteristische der Seeschiffahrt jener Zeit sieht S. im Gegensatze zum Mittelalter und auch unserer Zeit in den großen Gefahren, denen sie ausgesetzt war (II, 302). Man merkt auch hier, daß S. die Verhältnisse des Mittelalters fernliegen. Denn es ist bekannt, wie schon zur Zeit KARLS D. GR. Gilden zu dem ausgesprochenen Zwecke gegründet wurden, um Sicherung gegen Seeraub und Schiffbruch zu gewähren [1]). Auch die künstlichen Verbrüderungen in Katalonien, das sog. Agermanament [2]), hatten im 13. Jahrhundert ähnliche Zwecke. Diese Nachweise wären auch bei den Bemerkungen über „Seeversicherung" (II, 300 ff.) zu berücksichtigen gewesen. Daß die Seefrachten und Seeversicherungsprämien vom 15.–18. Jahrhundert auf mindestens die Hälfte gesunken seien, ist eine völlig unzuverlässige Annahme. Sie ist auch methodisch verfehlt zustandegebracht, denn S. entnimmt das lediglich aus Berechnungen über die venetianischen Staatsgaleeren, welche im 14. Jahrhundert zwischen Venedig und Flandern verkehrten. Sie werden ohne weiteres mit UZZANOS bekannter Pratica della Mercatura in Vergleich gesetzt. Hier müßte nicht nur mehr Material zum Vergleich vorliegen, sondern auch die besonderen Verhältnisse (z. B. ao. Gefahrenzonen, oder besonderer Wert der Ladung, die verschiedene Jahreszeit u. a. m.) erst festgestellt werden, aus welchen sich möglicherweise auch starke Unterschiede ohne weiteres erklären lassen.

Ein wichtiges Kapitel ist das über den Landtransport. Leider geht S. auch hier von unhaltbaren Prämissen aus, da die Annahmen über das Mittelalter den Quellen nicht entsprechen. Sätze wie: „Die Benützung von Wagen und Karren für den Gütertransport hat im Mittelalter sicher die Ausnahme gebildet (II, 326), sind – um mich S.scher Ausdruckweise zu bedienen – wahrhaft grotesk. Schon die altfränkischen Formeln für Zollprivilegien widersprechen dem schlagend [3]). Saumtiere kommen besonders im Gebirge, für Paßübergänge u. dgl. vor. Darauf beziehen sich auch die von S. 327 zitierten Belege! Auch die Bezeichnung der Fuhrfronen als carropera u. a. sind deutliche Beweise für die Häufigkeit, ja Regelmäßigkeit des Frachtenverkehrs auf Wagen und Karren. Bei der Geschichte des Rottfuhrbetriebes (II, 329 ff.) wie auch der Spedition (II, 332 ff.) hätten die Ergänzungen, welche O. STOLZ zu der Arbeit von JOH. MÜLLER beigebracht hat [4]), noch berücksichtigt werden sollen. Stark übertrieben ist auch hier, was S. über die Frequenz der Landstraßen sagt: „Im 18. Jahrhundert drängten

---

1) Vgl. A. MEISTER, Die Anfänge des Gildewesens, in Festgabe für H. GRAUERT, 1910.

2) Vgl. GOLDSCHMIDT, Lex Rhodia und Agermanament, in Zeitschr. f. Handelsrecht XXXV, 321 ff., bes. 342 ff.

3) In einer Urkunde KARLS D. GR., durch die dem Kloster Lorsch u. a. die Anlegung einer Straße erlaubt wird, heißt es bezeichnenderweise: Qualiter viam integram ad carracandum sive itinerandum habere debeant. MG. D. Carol. 114 (777).

4) Zur Gesch. der Organisation des Transportwesens in Tirol im Ma. Vierteljahrschr. f. Soz.- u. Wirt.-Gesch. VIII (1910), 196 ff.

[illegible] auf den [illegible] (I, 189). [illegible] die [illegible], welche [illegible] der [illegible] Transportkosten [illegible]. „Als [illegible] die billigen Massengüter zu Lande nur auf ganz kurze Strecken transportierbar“ (I, 161).

[illegible], welches die Flußschiffahrt [illegible], durch die ganze frühkapitalistische Periode noch die alte [illegible] Organisation auf. [illegible] die Reihefahrt auf den meisten Strömen [illegible] im [illegible] Jahrhundert zur [illegible] Entwicklung gelangte (I, 181) [illegible]. [illegible] und die Binnenschiffahrt [illegible] unter dem Land- und Fluß-Transport [illegible]. [illegible] Auch hier sind die Quellen [illegible] verwertet. Gerade die „Kanäle“ [illegible] Umgestaltungen geschaffen zu (I, 189).

Eingehende Behandlung hätte [illegible] dem „Nachrichtenverkehr“ zuteil werden (II, 282 ff.). Allerdings hat S. auch da wertvolle Ergebnisse der neueren Literatur nicht verwertet, so zur Geschichte der Post die Arbeiten von Wilh. Bauer[2] über deren Anfänge, sowie von Felix Stieve[3], über die Zeiten des 30jährigen Krieges. Auch die Einrichtung und Entwicklung der „Diligencen“, welche im 18. Jahrhundert eine große Bedeutung erlangten, wäre zu erwähnen gewesen.

Über die Schnelligkeit der Briefbeförderung (S. 391) wären gleichfalls noch bessere und genauere Daten zu finden gewesen[4]. Noch weniger vermag das Kapitel „Die Nachrichtenpublikation“ (II, 396 ff.) zu befriedigen. Über die Entstehung der Zeitungen hätte die zitierte Arbeit von Stieve wichtige Aufschlüsse geboten; die berühmten „Fuggerzeitungen“, über welche Sickel (Die Handschriften der K. K. Hofbibliothek in Wien) und Ruchet (Athenaeum français 1852) gehandelt haben, erscheinen überhaupt nicht erwähnt.

Wichtig wurde das Aufkommen der „Geschäftsanzeige“ (II, 401 ff.). Für diesen Kapitel hätten die Ausführungen v. Srbiks über W. v. Schröders sog. „Intelligenzwerk“ wertvolle Ergänzungen geboten[5].

1) Vgl. Lappenberg in Zeitschr. d. Ver. f. Hamburg. Gesch. I, 299.

2) Die Taxische Post und die Beförderung der Briefe Karls V. Mitteil. d. Inst. f. österr. Gesch.-Forschung. XXVII (1906), 436 ff.

3) Über die ältesten halbjähr. Zeitungen oder Meßrelationen. Abhandl. d. bayr. Akad. d. Wiss., Hist. Cl. 16, 177 ff. (1883).

4) Ch. Meyer, Deutsch-venetianische Handelsbeziehungen im Mittelalter. Zeitschr. f. deutsche Kulturgesch. N. F. 2, 84 (1892); H. Bösch, Eilpost im 15. Jahrh. Mitteilg. d. germ. Nat.-Mus. I, 255 (1884/6); A. Schulte, Z. Gesch. d. deutsch. Postwes., Beil. z. Allgem. Zeitg., 1900 Nr. 85, O. Redlich, Mitteil. d. Inst. f. österr. Gesch.-Forsch., 12. Bd. (4 Poststundenpässe a. d. J. 1496–1500), W. Bauer in d. Einl. z. d. Korrespondenz Ferdinands I. I (1912), XXVIII ff., S. 347 ff.

5) Sitzgs.-Ber. d. Wiener Akad. CLXIV, 1, 124 ff.

S. ist der Ansicht, daß Affiche und Annonce dem Geschäftsmanne des 17. und noch mehr des 18. Jahrhunderts in derselben Weise zu Gebote standen, wie dem der Gegenwart, daß er aber davon nicht ebenso Gebrauch machte. „Der Wille, sich ihrer zu bedienen, fehlte noch," und zwar deshalb, weil „die gesamte Wirtschaftsgesinnung noch nicht auf die Idee der individuellen Konkurrenz eingestellt war" (II, 406). Diese Darstellung ist wieder recht schief. S. konstatiert selbst (II, 416), daß die Zeitung in ihren Anfängen alles andere als ein Organ zur Verbreitung merkantiler Kenntnisse und Nachrichten gewesen sei und er kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß die frühkapitalistische Epoche zu Ende gehe, ohne daß sich die Zeitung mit merkantilem Wesen, ohne daß sich das Wirtschaftsleben mit Zeitungswesen durchdrungen hätte. Damit berichtigt sich S. selbst. Das von ihm gebrachte Zitat über die Frankfurter Zeitungen (II, 416) widerlegt auch seine These, als ob die Indolenz der frühkapitalistischen Wirtschaftssubjekte gegenüber der Geschäftsanzeige die Schuld gewesen sei, weshalb die Möglichkeit zur geschäftlichen Publizität noch nicht verwertet wurde. Tatsächlich trifft das gerade Gegenteil zu[1]).

Immer wieder stellt S. die Fortdauer der alten Wirtschaftsformen im einzelnen fest: Auch der Güterumsatz (II, 419 ff.) vollzog sich zum Teil in den alten, vom Mittelalter her üblichen Absatzformen. S. steht, wie wir bereits früher gesehen haben, auf dem unhaltbaren Standpunkt, daß in der vorkapitalistischen Zeit der Warenvertrieb wesentlich durch Hausieren oder periodisch erfolgende Veranstaltungen des Güterabsatzes (Messen, Jahrmärkte) erfolgt sei. Der Hausiererei, meint S. (II, 444), ist die frühkapitalistische Wirtschaftsverfassung besonders günstig gewesen. Wie bekannt, hat aber gerade der Merkantilismus, der doch dieser das Gepräge gibt, sie entschieden bekämpft (Vgl. S. selbst II, 449).

Selbst der Handel dieser Periode ist nach S. (II, 456) „noch durchaus handwerksmäßig — statisch-traditionalistisch — ausgerichtet". S. sieht als Kennzeichen der frühkapitalistischen Epoche an, „daß sich aus der großen Menge von Märkten und Messen allmählich einige herauslösen, die je mehr und mehr den Charakter des Krammarktes abstreifen und sich zu reinen oder fast reinen Großhandelsmärkten, den eigentlichen Messen im deutschen Sinne des Wortes, umbilden (II, 471). Diese „Umbildung" war aber längst im Mittelalter schon vor sich gegangen. Hat S. nie etwas von den berühmten Messen der Champagne gehört, die bereits im 13. Jahrhundert blühten? Ebenso hat sich der Handel in den Hallen nicht erst im Laufe des 18. Jahrhunderts aus einem periodischen in einen immerwährenden umgewandelt (II, 484). Auch dies ist eine der immer wieder zu beobachtenden Unterschätzungen der vorausgehenden Entwicklung. Tatsächlich war dies schon im Mittelalter geschehen. Das Gleiche gilt auch von S.s Thesen über den sog. „Landhandel", eine an sich wenig glückliche Bezeichnung für den direkten Aufkaufhandel im großen (II, 485). Er meint richtig, diese Form des Großhandels, bei der der Händler die Waren beim Erzeuger kauft, setze schon

1) Vgl. Srbik, W. v. Schröder a. a. O. S. 125.

ein größeres Maß von kaufmännischer Initiative und Energie, von ökonomischer Zweckbedachtheit und geschäftlicher Überlegung voraus als der ruhig abwartende Meß- und Markthandel. Er folgert theoretisch, daß er sich erst später verbreitet habe, in den west- und mitteleuropäischen Staaten seit dem 17. und 18. Jahrhundert. In Deutschland setzt die Entwicklung nach S. noch später ein. Die methodische Argumentation S.s erweist sich auch hier als unzutreffend. Denn der Umstand, daß wir vielfach einer marktmäßigen Organisation des Getreidehandels begegnen, beweist tatsächlich nicht, jener Landhandel sei noch nicht ausgebildet gewesen. Das eine schließt das andere nicht aus. Die Kapitulariengesetzgebung der Karolinger wendet sich wiederholt schon gegen die Händler, welche Getreide auf dem Halm kauften[1]. Damals also kommt der „Landhandel" schon vor!

Sehr ungeklärt sind die Ausführungen S.s über den „Niederlagehandel". S. versteht darunter den Handel, bei dem alle Handelstätigkeit um die Warenniederlage des einzelnen Kaufmanns herumlagert, auf der und über deren Inhalt die Kaufverträge abgeschlossen werden. Er bezeichnet ihn als „den Mittel- und Drehpunkt alles Handels" (II, 489). Nichts kennzeichne die Eigenart der Absatzorganisation in der frühkapitalistischen Zeit so sehr als er. S. hat Unglück mit der Aufstellung seiner neuen Typen. Denn dieser Niederlagehandel ist gerade für das Mittelalter so recht bezeichnend, wie immer S. behaupten will, der mittelalterliche Stapelzwang, den einzelne Städte ausübten, habe damit nichts zu tun. Es war in Wirklichkeit damals nicht so, wie S. sich die mittelalterliche „Niederlage" vorstellt, daß sie in gemeinsamen Lagerhäusern aller Kaufleute eines Ortes erfolgte, bis sie zur Meßherrlichkeit erweckt wurde. Dagegen spricht schon u. a. die Tatsache, daß der Stapel zeitlich befristet war, der fremde Kaufmann an dem Orte, der das Niederlagsrecht besaß, nur eine bestimmte Zeit niederzulegen verpflichtet war, so z. B. in Wien 2 Monate[2]. Auch damals schon wanderte die Ware von Niederlage zu Niederlage[3]. S. will daraus schließen, „daß der Warenumsatz in dieser Form eine Stufe seiner Entwicklung erklommen hatte, die er nur erreichen konnte bei einer entsprechenden Steigerung der Warenumsätze" (II, 489). Man sieht, wie auch hier die theoretischen Deduktionen S.s der historischen Wirklichkeit, oder besser gesagt, seine Konstruktionen der historischen Entwicklung ganz und gar nicht entsprechen.

„Gehst du nicht willig, so brauch ich Gewalt!" Nach diesem Rezept wird „der Fernkauf" behandelt. S. wendet sich gegen die Annahme, daß

1) MG. Capit. 1, 132 c. 17 (anno 806).

2) Vgl. den klaren Text des Niederlagsprivileges vom Jahr 1221: Nemo etiam extraneorum mercatorum moretur in civitate cum mercibus suis ultra duos menses nec vendat merces quas adduxit extraneo, sed tantum civi. Tomaschek, Gesch.-Quellen der Stadt Wien I, 13 § 23, sowie die Klage der Stadt Wien vom Jahr 1444 bei Th. Mayer, Der auswärtige Handel des Herzogtums Österreich im MA. (in meinen Forschungen z. inn. Gesch. Österr. VI, 1909, S. 76).

3) Vgl. Luschin v. Ebengreuth, Österr. Reichsgeschichte, S. 246.

die Verbote des Mittelalters, Produkte zu verkaufen, ehe sie erzeugt sind, einen Lieferungshandel bewiesen. „Nichts verkehrter als das. Sie beweisen vielmehr gerade das Gegenteil: daß der Lieferungshandel unbekannt war. Diese Verbote denken nämlich überhaupt nicht an irgendwelche regelmäßigen Handelsgeschäfte, sondern nur an Notverkäufe, die dazu bestimmt waren, das verbotene Darlehen zu verschleiern“ (II, 495). Lieferungshandel, Terminhandel und Zeithandel seien erst im Laufe des 17. Jahrhunderts ausgebildet worden. Wer je den klaren, unzweideutigen Wortlaut jener Verbote gelesen hat, wird deutlich erkennen, daß S. den wirklichen Tatbestand geradezu auf den Kopf gestellt hat. Freilich passen alle diese wirtschaftlichen Erscheinungen nicht zu seiner ganzen Auffassung des Mittelalters. Da sie quellenmäßig belegt sind, ergibt sich die Schlußfolgerung für S.s Konstruktionen und Willkürlichkeiten von selbst....

Er leugnet auch, daß es vor dem 19. Jahrhundert in Europa überhaupt eine Warenbörse gegeben habe (II, 499). Zu dieser abenteuerlichen Behauptung versteigt sich S. deshalb, um die fixe Idee, daß der Handel jener Zeiten traditionalistisch-statisch und der Handkauf die reguläre Form desselben gewesen sei, halten und auch da von einer „Revolutionierung der alten Handelsorganisation“ sprechen zu können, die der Fernkauf bewirkt habe, der in sich ein neues Prinzip verkörpere. „Wirklich grundstürzende Neuerungen der gesamten Wirtschaftsverfassung, eine völlige Wandlung der bisher geltenden Wirtschaftsprinzipien“ sollen durch drei Ereignisse bewirkt worden sein: a) die Bestellung beim Produzenten; b) den Handel nach Probe; c) den Blankoverkauf. Nur der Staat und seine Armee, der eigentliche Revolutionsherd aller Wirtschaft, habe eine solche Neuerung gegenüber der alten statischen Welt erzeugen können (II, 511). In Wirklichkeit waren alle drei Vorbedingungen im Mittelalter schon vorhanden. Für die erste gibt es S. selbst zu (II, 504); für die zweite hat GOLDSCHMIDT Belege aus dem 13. Jahrhundert bereits erbracht, und der Blankoverkauf ist keineswegs nur durch den Staat für seine Armee neu aufgekommen, sondern im mittelalterlichen Privathandel bereits vorhanden, so z. B. die bekannten Paternosterlieferungen für Pilgerfahrten und Kreuzzüge.

Ähnlich wie den Handel hat S. auch das Zahlungswesen der frühkapitalistischen Epoche dargestellt: bis ins 19. Jahrhundert überwiegt der Bargeldverkehr vor dem Kreditverkehr. Auch die Wechseldiskontierung ebenso wie die Indossierung rechnet er ihrem Geiste noch dem Zeitalter des Hochkapitalismus zu, obwohl ihre Anfänge in der frühkapitalistischen Epoche liegen (II, 532). Ich weiß nicht, ob ein derart willkürliches Hinwegsetzen über alle chronologische Zugehörigkeit überhaupt noch als „Wirtschaftsgeschichte“ bezeichnet werden kann. Das Prokrustesbett theoretischer Typenbildung!

So wird ferner die Organisation des Handelsgewerbes zurecht gerichtet. Einerseits Trennung zwischen Großhändler und Detaillisten, anderseits Differenzierung nach Branchen (II, 539). Die moderne Bank gehört eben dem Zeitalter des Hochkapitalismus an „ihrem innersten Wesen nach“

das Hauptgeschäft der Bankiers im Zeitalter des Frühkapitalismus sei das Wechselgeschäft gewesen.

Sehr flüchtig werden die kaufmännischen Vertretungsgewerbe, Faktoren und Makler, behandelt[1]). Auch hier tritt die Tendenz hervor, der älteren Zeit jede an die moderne etwa gemahnende Entwicklung abzusprechen und als „epochales Ereignis" der neueren hinzustellen, was doch schon längst früher sich nachweisen läßt (Kommissionäre und Konsignationshandel).

Die Gesamtorganisation der Händlerschaft (II, 559) weist noch die mittelalterlichen Formen auf (Zünfte). Ebenso waren die Handelsbetriebe größtenteils noch handwerksmäßig kleine Einzelgeschäfte. Der Großhandel, namentlich der auswärtige und Überseehandel, wurde von großen Handelskompagnien betrieben. S. untersucht gar nicht deren historische Entstehung, sondern begnügt sich mit der Behauptung, sie hätten sich mit zwingender Notwendigkeit aus der Gesamtstruktur des frühkapitalistischen Wirtschaftslebens ergeben. „Nur ein verblasener Doktrinarismus hat darüber streiten können, ob sie berechtigt gewesen seien oder nicht." S. kann sich für jene Zeit gar keine andere Form denken, als eben jene große Kompagnien (II, 571). Hier tritt wiederum die stark merkantilistische Richtung S.s deutlich zutage. Er sieht nur gute Seiten an jenen großen Kompagnien. Ja, er kommt zu dem Ergebnis, daß es in der frühkapitalistischen Epoche überhaupt nur einen Kolonialkapitalismus großen Stils gegeben habe, es nur hier dem Kapitalismus gelungen war, die Bande des Traditionalismus zu sprengen. „Nur hier hatte er angefangen, eine völlig neue Welt aufzubauen" (II, 578). Damit schränkt S. freilich seine im ersten Bande gebotene Darstellung über das Aufkommen und die revolutionierende Bedeutung des Kapitalismus seit dem 16. Jahrhundert doch sehr erheblich ein. Und dieser Eindruck wird dann erst recht verschärft durch den zweiten Halbband des zweiten Bandes: Immer wieder in den verschiedenen Kapiteln kommt S. zu dem wesentlichen Ergebnis, daß die alten Formen des Wirtschaftslebens doch fortbestanden hätten, daß keine grundsätzlichen Veränderungen eingetreten seien: so besonders für „die Gütererzeugung"; nicht nur die Landwirtschaft (628 ff.), Ackerbau und Viehzucht (641), die Agrarverfassung und der Wirtschaftsbetrieb behalten ihre alten Formen, auch die Forstwirtschaft verharrt dabei und ebenso schließlich die gewerbliche Produktion des Handwerks (681). Das gleiche wird für die Arbeiterverhältnisse angenommen; S. vertritt die Anschauung, daß die Arbeiter ganz allgemein bis zum 19. Jahrhundert faule, genußsüchtige Trunkenbolde gewesen seien (815 ff.). Desgleichen hat der „Artcharakter der Arbeit" (830 ff.) die Irrationalität bewahrt, die einzelnen Arbeitsverrichtungen sind in den meisten Fällen dieselben, handwerksmäßigen geblieben.

Wo lag also das Neue, Umgestaltende? „Die Revolutionierung" des gesamten Landwirtschaftsbetriebes setzt erst um die Mitte des 18. Jahr-

1) Über die Fuggerfaktoren sagt S. II, 549 nur: „von deren Wirksamkeit uns R. EHRENBERG so viel zu erzählen weiß."

hunderts ein, durch die Besömmerung der Brache" (632). Aber schon JACOBI [1]) und LAMPRECHT [2]) haben erwiesen, daß dieselbe im 13. Jahrhundert tatsächlich bereits vorkam. Bei der Viehwirtschaft erklärt S. (641), es hätten sich jetzt die Stutereien entwickelt, die „von vornherein ein modernes Gepräge trugen". Es ist eine altbekannte Tatsache, daß solche Stutereien in der Karolingerzeit bereits gang und gäbe waren (Capit. de Villis, c. 13 und 15) [3]). Es ist auch nicht richtig, daß sie „bis zum Ende der frühkapitalistischen Epoche eine Sonderangelegenheit der Fürsten und der Reichen blieben und die übrige Viehwirtschaft unberührt ließen. S. sagt geradezu (644): „Sie verdanken dem Luxus der Fürsten und der Notdurft des Krieges ihre Entstehung. Sie interessieren uns deshalb besonders, weil sie eine derjenigen Stellen der Landwirtschaft (im weiteren Sinne) sind, wo der Rationalismus Bresche in den mittelalterlichen Traditionalismus schlägt." Hier sind alle Leitmotive für die Entstehung des modernen Kapitalismus S.s gewissermaßen kondensiert: Die Fürsten, der Krieg, Luxus und Rationalismus! Und eben der Wirtschaftsbetrieb, wo sie angeblich neu, als moderne Erscheinung entgegetreten, die Stutereien, ist eine von denjenigen Einrichtungen, auf welche man in der Karolingerzeit besonderen Wert legte!! Kann die Unhaltbarkeit der grundlegenden Theorie S.s schlagender erwiesen werden?

Ähnlich „grundstürzende" Irrtümer leistet sich S. auch bei der Forstwirtschaft. „Die ersten Ansätze zu einer Verwandlung der Wälder in Forsten, d. h. zu einer rationellen Forstwirtschaft, haben wir in den Forstordnungen zu erblicken, in denen zum erstenmal der Gedanke auftaucht, daß Holz kein freies Gut sei" (646). Sie kämen in Italien am frühesten vor, schon im Mittelalter, ihre Blütezeit sei aber das 16. Jahrhundert, als sie auch in den nordischen Ländern Verbreitung finden. Nun, die Einforstung der Wälder und die hier von S. als neue betrachteten Prinzipien, wurden ebenfalls schon zur Karolingerzeit geübt, worüber die Arbeit von THIMME, Forestis (Archiv f. Urkundenforschung II, 101 ff. (1909) genaue Auskunft vermittelt. S. kennt sie offenbar gar nicht.

Im Stadthandwerk stellt S. als eine wichtige Wandlung die Lostrennung einer selbständigen, lebenslänglichen Gehilfenschaft von den Meistern hin, durch welche das Gefüge des Handwerks in seinem Innersten auseinanderbrechen mußte (692). Dieser Prozeß war aber schon im späteren Mittelalter deutlich im Gange, wie das Buch von G. SCHANZ über die Gesellenverbände klar erweist. Und S. konstatiert zu unserer Beruhigung gleich auf der nächsten Seite doch selbst: „Trotz des allmählichen Überwiegens der Zahl der Unselbständigen . . . dürfen wir annehmen, blieb die Arbeitsverfassung des Handwerks das ganze frühkapitalistische Zeitalter hindurch die alte, patriarchalische."

Als Vorstufe der kapitalistischen Großbetriebe wird der Verlag an-

---

1) Urkundl. Beitr. z. Gesch. d. Besömmerung der Brache, Sitz.-Ber. d. ökon. Ges. d. Kgr. Sachsen 1853.

2) Deutsches Wirtschaftsleben III, 8.

3) Vgl. dazu auch die St. Galler Formel MG. FF. 387 Nr. 16: equaritia.

geschen (708 ff.). Mit Recht. Er tritt aber keineswegs erst seit dem 16. Jahrhundert in Deutschland auf, wie man nach S.s Darstellung annehmen muß, sondern ist im Mittelalter schon vorhanden gewesen. Allerdings ist nach S. der Verlag noch keine kapitalistische Organisation. Diese tritt vielmehr erst ein, wenn der Geldgeber die Leitung der Produktion selbst übernimmt. Aber die Verleger haben doch auch schon im Mittelalter (15. Jahrhundert) auf die Produktion selbst entscheidenden Einfluß genommen, es war nicht so, daß der Handwerker von ihnen nur Geld (oder Gebrauchsgüter) empfing, im übrigen aber seine wirtschaftliche Produktion ganz ohne Rücksicht auf den Verleger selbst bestimmte.

Die Anfänge der Großindustrie schildert S. im Gegensatze zu K. MARX so, daß der gewerbliche Großbetrieb in der europäischen Wirtschaftsgeschichte sich gleichzeitig als Manufaktur und Fabrik entwickelt, daß nicht eine Stufenfolge von ersterer zu letzterer anzunehmen sei (731 ff.) S. überschätzt die Größe und Bedeutung seiner Entdeckung auch hier, wie er die angeblichen Irrtümer seiner wissenschaftlichen Gegner stets aufbauscht und übertreibt.[1]). Die chemische Großindustrie, auf die S. MARX gegenüber besonders Wert legt, ist doch, wie er selbst annimmt, erst im 19. Jahrhundert entstanden. Gerade bei ihr könnte man die ersten Ansätze dazu auch unter dem Begriff der Manufaktur subsumieren, sofern man unter dieser Handarbeit im Gegensatz zur Maschinenarbeit der Fabrik verstehen kann. Zudem erwähnt S. selbst (II, 758), daß in der frühkapitalistischen Periode auch Großbetriebe noch manufakturmäßig organisiert waren, die heute längst in Fabriken umgewandelt sind.

Bei den Kunsthistorikern dürften die Ausführungen S.s über das Baugewerbe starkes Kopfschütteln erregen. Ganz abgesehen davon, daß S. behauptet, es fehlten zurzeit dafür noch alle Vorarbeiten, ist auch die Art und Weise, wie er selbst nun der künftigen Forschung hier wiederum „die Wege weist“, höchlichst überraschend. Bis ins 15. Jahrhundert habe das alte Bauhandwerk allein geherrscht, die größeren Bauten waren von Handwerkergenossenschaften errichtet worden, in diesen war alles Können und Wissen als Gemeinschaftskönnen und Gemeinschaftswissen eingeschlossen gewesen. Die Umwälzung vollzieht sich in Italien im Rinascimento, jetzt tritt (im 16. Jahrhundert!) der Architekt auf, „ein wissenschaftlich gebildeter, frei und eigen schaffender Künstler“ (773).

Solch haarsträubende Vergewaltigung der Kunstgeschichte braucht wohl nicht ernst genommen zu werden. Auch das, was S. über das Kunstgewerbe drucken läßt (783 ff.), ist in mehr als einer Richtung anfechtbar.

Die Neugestaltung des Standorts der Industrien (800 ff.) wird durch die großen Verschiebungstendenzen bewirkt, welche S. in jenen Jahrhunderten beobachtet: 1. eine Immobilisierung (Stabilisierung); 2. die Nationalisierung; 3. die Rustikalisierung. Aber auch im Mittelalter war die gewerbliche Produktion doch nicht so, wie S. es darstellt, „im Umherziehen betrieben“. Die

1) II, 731: „Es ist einer der schwersten und verhängnisvollsten Irrtümer, den MARX begangen hat!“

Störarbeiter kommen auch in der Neuzeit noch vor. Und für die „Rustikulisierung" spielt doch eben die Abhängigkeit von den Produktionsmitteln, den Fund- und Lagerstätten des Rohproduktes, die entscheidende Rolle, was S. hier gar nicht berücksichtigt hat (vgl. II. 905).

Die Ursachen der Neugestaltung des Gewerbewesens, die Gründe für die industrielle Umwälzung will S. anders fassen, als es bisher geschehen. Er polemisiert auch hier gegen Marx, indem er meint, gerade die Ausweitung des räumlichen Absatzgebietes durch die Entdeckungen des 15. Jahrhunderts sei der am allerwenigsten stichhaltige Grund (842). S. gerät aber damit zu seiner eigenen Darstellung doch in argen Widerspruch, da er ja zuvor selbst erklärt hatte, daß die Kolonien die Ausbildung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ganz wesentlich gefördert, den Reichtum der seefahrenden europäischen Länder aufgebaut und eine Neugestaltung des Bedarfs herbeigeführt haben (I, 776 ff.).

Von den beiden Interessengruppen, die den Entwicklungsgang im Zeitalter des Frühkapitalismus bestimmen, die Staatsinteressen und die Erwerbsinteressen, haben die Entstehung der kapitalistischen Industrien nach S. insbesonders die Staatsinteressen zur Entfaltung gebracht (II, 847 ff.). Es ist nach S. „grundverkehrt", den modernen Kapitalismus aus bloß chrematistischen Ursachen ableiten zu wollen. Das moderne Wirtschaftsleben verdankt zu einem guten Teile sein Dasein der rücksichtslosen Durchsetzung des modernen Staatsinteresses. Der Staat selbst beteiligt sich am Wirtschaftsbetriebe. Als Gründe dafür nennt S. Bedarfszwecke des Fürsten und seines Hofes. Zwecke der Landesverteidigung, verwaltungstechnische und volkswirtschaftlich-staatsmännische Erwägungen. Viel zu wenig tritt nach S.s Darstellung der Fiskalismus hervor, der doch gerade für das Zeitalter des Merkantilismus sehr charakteristisch ist. Es mag dies um so mehr überraschen, als S. doch früher, als er die Ausbildung des kapitalistischen Geistes schilderte, eben das Streben nach Erwerb, das Machtstreben auch der Fürsten stark betont hatte.

Ich glaube, daß S. die „industrielle Revolution", welche nach seiner Auffassung (II, 884 ff.) Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzt und vom Zeugdruck ihren Ausgangspunkt nimmt, — bewirkt durch eine Modelaune, die sog „Indiennes" als Kleidungsstücke und Möbelstoffe allen andern vorzuziehen —, stark übertrieben hat. Jedenfalls kann die zugrunde liegende prinzipielle Annahme stark in Zweifel gezogen werden: den Modewechsel konnte das Handwerk nicht vertragen, es fehlte ihm die Beweglichkeit, sich dem Neuen anzupassen. Das Bedürfnis nach Neuheit und Wechsel hat den Übergang zur Großindustrie gefördert (II, 897).

„Vom Staate hat der junge Kapitalismus die lebendigste Förderung erfahren: aber er gab dem Staate selbst reichlich zurück, was er von ihm an Kraft empfangen hatte" (II, 1043). Der Aufbau des modernen Staates erfolgte in wesentlichen Teilen unter Beihilfe der wirtschaftlichen Kräfte, die der Kapitalismus zur Entfaltung gebracht hatte. S. zählt nun im einzelnen all das auf, was im Zeitalter des Frühkapitalismus an wirtschaftlichem Aufschwung und Fortschritten sich ergeben hat und dem Staate schließlich als

ganzen zustatten kam. Mir scheint, dass S. hier, ebenso wie früher bei der Schilderung der Wirksamkeit des Staates für die Entwicklung des Kapitalismus, vieles als bewußte und planmäßige Handlung hingestellt hat, was doch nicht selten bloß unbeabsichtigte Folgewirkung oder tatsächliches Ergebnis der Gesamtentwicklung auf Grund auch anderer Motive gewesen ist. Wie dort der privaten Unternehmung des einzelnen Wirtschaftssubjekts mehr Bedeutung zukommt, so ist hier vieles, was dem Staate zugute kam, nicht Sache des Kapitalismus als solchen, sondern das Gesamtergebnis der Wirtschafts- und sozialen Entwicklung überhaupt.

„Genau so wie die Merkantilisten es erkannt und gelehrt hatten, hat sich der volkswirtschaftliche Prozeß im Zeitalter des Frühkapitalismus abgespielt" (1070). Hier zeigt sich die ganze Einseitigkeit der Schilderung S.s. Ich sagte schon, wie stark er von den Merkantilisten selbst abhängig ist. So hat er auch da bloß die günstigen Seiten und Folgeerscheinungen hervorgekehrt, die ungünstigen aber gar nicht, oder nur in abgemilderter Form erwähnt. Einmal ist schon die Grundthese, auf welche er immer wieder zurückkommt, daß der Kapitalismus dem Fürsten zur Niederringung der städtisch-feudalen Gewalten verholfen habe, nicht uneingeschränkt zutreffend. Durch die Privilegien, welche sich schon seit den Tagen Kaiser Maximilians I. die großen Kaufleute und Händler (Fugger, Welser etc.) von den in ihrer Geldnot auf sie angewiesenen Fürsten durchsetzten, wurde die wirtschaftliche Blüte der Städte vielfach sehr geschädigt [1]. Anderseits geht das Fürstentum im Zeitalter des Merkantilismus ökonomisch Hand in Hand mit dem Adel vor, nicht gegen denselben. Endlich aber ist der Staat ebenso wie vorher schon der Fürst als Privatmann, nun mehr und mehr in Abhängigkeit von dem zur Macht gelangten Kapitalismus gelangt. Das hat doch S. — wenn auch in ganz anderem Zusammenhange — selbst betont, da, wo er über die Umschichtung der Gesellschaft (II, 1085 ff.) handelt (bes. 1099).

Hier macht sich wiederum als klaffende Lücke die Vernachläßigung der Verwaltungsgeschichte stark fühlbar. S. spricht zwar von dem Berufsbeamtentum, das sich durch das Gefüge der alten ständisch gegliederten Gesellschaft schob, und misst ihm weittragende Bedeutung zu, weil es das Gefüge der alten Gesellschaft mit zerstörte und den Aufbau einer neuen vorbereitet (II, 1096 ff.). Aber damit ist das Wesen der Sache nicht getroffen, sondern nur einzelne Lebens- und Wirksamkeitsäußerungen. Wie die landesfürstliche Verwaltungsorganisation vom Territorialstaate her sich entwickelt und im Kampfe mit den Ständen die Interessen der Landesfürsten vertritt und verteidigt, so gewinnt sie mit der Ausbildung des neueren Staates und seiner erweiterten Zwecke den Beruf, das vom Fürsten vertretene Gemeinwohl (= Staatswohl) nach allen Seiten hin wahrzunehmen und wider Angriffe einzelner und besonderer Klassen zu schützen. Wie früher gegen die Ständemacht mußte sie später gegen deren Nachfolger, den neuen Machtkonkurrenten

1) Vgl. als Beispiel Wien, das so am Beginne des 16. Jahrhunderts seine alte (privilegierte) Stellung als Stapelplatz verlor, durch die es groß geworden war. TH. MAYER, Der auswärtige Handel, a. a. O. S. 161.

des Fürstentums, eben den Kapitalismus, sich kehren. Allerdings sind mißbräuchlich, wie oben schon erwähnt wurde [1]), gerade durch die Unfähigkeit des Staates auf diesem Gebiete, sowie widerrechtliche Ausnutzung der Amtsgewalt dem Kapitalismus Genossen und Anteiler hier vielfach erwachsen.

S. nimmt einen grundsätzlichen Unterschied in der sozialen Entwicklung Westeuropas (Frankreich, England) und Deutschlands an. In letzterem sei ein neuer herrschender Stand durch die Vereinigung des alten, bis ins 19. Jahrhundert von der Verbürgerlichung verschont gebliebenen grundbesitzenden Adels mit dem Berufsbeamtentum entstanden. Dort sei neben dem alten Adel der Geldkapitalismus zur Herrschaft gelangt. S. sieht darin geradezu einen wirtschaftlichen Fortschritt; Deutschland bezeichnet er als wirtschaftlich rückständig (1098 f.). Ich glaube nicht, daß S. mit dieser Auffassung viele Anhänger finden wird. Tatsächlich ist das Berufsbeamtentum in Deutschland nicht mit dem alten Adel verschmolzen, sondern hat im Gegensatz zu diesem einen neuen, niederen Adel (Briefadel) gebildet, dessen Interessen zum Teil sehr wesentlich anders gerichtet waren. Ich meinesteils kann darin auch keine Rückständigkeit erblicken, ebensowenig wie ich in dem großen politischen Einfluß des Geldkapitalismus einen Vorzug sehen möchte. Vor allem auch deshalb nicht, weil die große Masse des Volkes dadurch wirtschaftlich und sozial keineswegs gefördert worden ist. Der wohlhabende Mittelstand, die verläßlichste Grundlage des modernen, aufgeklärten Staates, ist dort viel rascher der Auflösung verfallen als in Deutschland.

Auch die Gesamttendenz der sozialen Entwicklung, daß die Höhenlage der obersten Schichte der Steuerpflichtigen unausgesetzt gestiegen sei, und die frühkapitalistische Epoche durch die Entstehung einer verhältnismäßig breiten Schichte von (geld-)reichen Leuten gekennzeichnet werde, die es im Mittelalter überhaupt nicht gegeben habe (II, 1090), bedeutet kaum einen unbedingten Fortschritt. Denn Hand in Hand damit ging, wie S. zuwenig berücksichtigt hat, eine starke Verteuerung des Lebens, sowie die Proletarisierung eines Teiles des bis dahin noch selbständig wirtschaftenden Mittelstandes (Bauern und Handwerker), die doch hauptsächlich durch den Kapitalismus bewirkt worden ist. Auch die beginnende Mechanisierung der Gesellschaft (II, 1076 ff.), sowie die „Entpersönlichung" der Beziehungen, wie S. sagt, die „Taxametrisierung", sind hieher, unter die nachteiligen Folgen der Gesamtentwicklung, zu rechnen. Endlich wurden durch den Kapitalismus, besonders die Fabriken, die physischen Lebensbedingungen der Arbeiter sehr nachteilig beeinflußt, durch die Steigerung der Frauen- und Kinderarbeit die Population geschädigt, so daß die „Umschichtung der Gesellschaft" im ganzen keineswegs gegenüber dem Mittelalter einen sozialen Fortschritt bedeutet. Es wurde im Gegenteile m. E. eben damals eine Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze eingeleitet, die zu einer Krise, zu gewaltsamer Explosion hindrängen mußte, da die neuen Produktionsmittel (Arbeiter) weder politisch entsprechenden Einfluß, noch auch wirtschaftlich

1) Siehe oben S. 353.

einen entsprechenden Anteil an dem großen Aufschwung der Güterproduktion erlangten, der in dieser Epoche, wie S. mit Recht hervorhebt, ganz allgemein zutage tritt. Die Bildung großen Reichtums kam einseitig nur einem relativ kleinen Teil der Bevölkerung zustatten, ohne daß ein wirtschaftlicher Ausgleich zwischen den neuen Großproduzenten und deren Produktionsmitteln (Arbeitern) eingetreten wäre.

Wohl suchte die Bauernschutzgesetzgebung des aufgeklärten Absolutismus im 18. Jahrhundert einem Teil der wirtschaftlich und sozial Bedrängten aufzuhelfen, aber neben den Sklaven der Scholle war unterdessen in den neuen Produktionsstätten der Großindustrie eine zweite Schichte von „Sklaven" groß angewachsen, die ähnlicher sozialpolitischer Fürsorge noch ganz entbehrten – weil eben der Staat unternehmerfreundlich sich verhielt. Es ist deshalb auch unrichtig, wenn S. sagt, die große Masse des Volkes sei damals ungegliedert gewesen (Bauern, Handwerker, Lohnarbeiter). Wie die Bauernaufstände des 16. und 17. Jahrhunderts die Reaktion auf den wirtschaftlichen Druck seitens der großen Grundherrschaften (Gutsherrschaft) gewesen sind, so stand eine analoge Gegenwirkung auf die Ausbildung des modernen Kapitalismus sicher zu erwarten. Sie erfolgte im Zeitalter des Hochkapitalismus, dem der letzte Band von S.s Werk gewidmet sein wird.

Überblickt man das Gesamtwerk in seiner vorliegenden Gestalt, so muß es als Ganzes unsere Bewunderung und Achtung erregen. Mit großem Fleiß ist ein ungeheurer Stoff bewältigt und von einem einheitlichen Gesichtspunkt aus durchgearbeitet worden. Das Buch weist alle Vorzüge S.scher Produktion auf: es ist geistvoll pointiert und anregend geschrieben, die Ergebnisse oft verblüffend formuliert, geht doch der Verfasser mit Vorliebe vom hergebrachten Wege ab, gerne geneigt, das bisher Geleistete zu unterschätzen, zugleich auch selbstbewußt davon überzeugt, daß er erst der Forschung den Weg weise und zeige, wo die Probleme liegen. Jeder, der das Werk aufmerksam durchnimmt, wird sicherlich manche Anregungen daraus gewinnen. Es wird vor allem ohne Zweifel viel Widerspruch erregen und schon dadurch die Forschung befruchten.

Das Ziel freilich, das sich, wie eingangs hervorgehoben wurde, S. gesetzt hat, eine allgemeine Wirtschaftsgeschichte von den Anfängen der europäischen Entwicklung an bis zum 19. Jahrhundert zu schreiben, hat er nicht erreicht[1]). Er selbst bemerkt gegen Ende des zweiten Bandes (II, 904), man könne das frühkapitalistische Wirtschaftsleben nur verstehen, wenn man der Entwicklung bis zu ihren Ursprüngen nachgeht. Diese liegen, sagt er, in den Wäldern des alten Germaniens. „An der Genesis des modernen Kapitalismus sind dessen Zustände nicht minder beteiligt, als irgendein späteres Ereignis, das vielleicht eine sichtbare Einwirkung ausgeübt hat." Und tatsächlich: Faßt man dieses große Problem als Endergebnis der Wirtschaftsentwicklung über-

1) Sehr ablehnend verhielten sich bisher schon die Rezensionen von H. Sieveking in Deutsche Lit.-Ztg. 1917, Feb. 10; G. v. Below in Weltwirtschaftl. Archiv IX (1917), 242 ff.; W. H. Edwards in Götting. Gel. Anzeigen CLXIII (1918), S. 1–41.

haupt auf, dann müßte S. seine Darstellung nach rückwärts wesentlich ausgestalten. Zwei Hauptmotive müßten vor allem einbezogen werden, die S. gar nicht berücksichtigt hat: die Antike, vorab die spätrömische Zeit, in der es, trotz S.s gegenteiliger Behauptung, doch schon einen Kapitalismus gegeben hat[1]), und dann insbesonders die Kirche des Mittelalters, welche nicht nur in der eigenwirtschaftlichen Zeit durch Akkumulation der Grundrente, sowie durch Heranziehung kleiner Wertbeträge (Traditionen) im Sinne moderner Bankdepositen[2]) kapitalistische Wirtschaftsweise ausbildete, sondern auch in der tauschwirtschaftlichen Epoche das Gold von ganz Europa durch die Zehentkollektoren an sich zog (13. Jahrh.) und schließlich durch die Ablaßsteuern im 15. Jahrhundert ungeheure Geldmittel in ihrer Hand vereinigte. Die Kirche hat nicht nur in offener Wirksamkeit große Kriege finanziert und Kolonien geschaffen (Kreuzzüge und Kreuzfahrerstaaten), sondern auch insgeheim den Großbankier für so manche politische Unternehmung gespielt, wenn es galt, ihre überstaatlichen und internationalen Interessen in der europäischen Staatenwelt großzügig zur Geltung zu bringen[3]).

In der Wirtschaftsorganisation der Kirche treffen alle charakteristischen Merkmale, die S. selbst für das Wesen des Kapitalismus als entscheidend erklärt[4]), zusammen.

Vielleicht beschert uns S.s „Scheinwerfermethode" noch zwei weitere Monographien, die sich etwa mit dem antiken Erbe und der Kirche des Mittelalters als Vorläufer des modernen Kapitalismus beschäftigen. Dann würde die dritte Auflage, die wir dem Buche wünschen, vielleicht dem großen Ziele, das es sich gesteckt hat, näher kommen. Eine allgemeine Darstellung des europäischen Wirtschaftslebens von den Anfängen an wird freilich inhaltlich auch noch anderen Ansprüchen nachkommen müssen. Hier sind doch alle Erscheinungen und Vorgänge des Wirtschaftslebens nur auf ein Problem eingestellt, aber nicht allseitig nach ihren verschiedenen Beziehungen ausgerichtet. Man wird von einer Wirtschaftsgeschichte nicht nur fordern dürfen, daß sie die neuere Literatur ernsthafter und gründlicher verwerte, sondern insbesondere auch eine gleichmäßigere, weniger lückenhafte und nicht so eklektische Behandlung des Stoffes gewähre, als dies hier

1) Vgl. G. SALVIOLI, Le capitalisme dans le monde antique, Paris 1906. — Auf diese Lücke hatte schon H. DELBRÜCK bei Besprechung der 1. Auflage hingewiesen, Preuß. Jahrb. CXIII (1903) 338; neuerdings wieder EDWARDS a. a. O. S. 4 und 9. Dazu auch BRENTANO a. a. O. S. 17 ff.

2) Vgl. meine Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit I, 195 f.

3) Von Papst Nikolaus III. erzählt eine jüngere Quelle, er habe dem König Rudolf von Habsburg im Jahr 1277 bei Bankiers von Florenz und Pistoja 200 000 Goldgulden für den Krieg mit Ottokar angewiesen. Die Nachricht ist wenig verbürgt, da sie auf eine späte Quelle zurückgeht (vgl. O. REDLICH, Rudolf von Habsburg S. 750); sie ist aber vielleicht dafür bezeichnend, was für Vorstellungen man damals im 15. Jahrhundert von dem Papsttum doch besaß.

4) Siehe oben S. 347.

ob der stark subjektiven Einseitigkeit der Auffassung und zahlreicher Übertreibungen in der Einschätzung einzelner Motive leider nur geschehen ist. Sie möge weniger willkürlich konstruiert[1]) und mehr getreues Abbild der historischen Wirklichkeit im ganzen sein!

S. hat eine methodologisch wichtige Tatsache hervorgehoben, die für alle Folgezeit Beachtung verdient: daß die Wirtschaftsgeschichte bisher sich in zu starker Abhängigkeit von der Rechts- und Verfassungsgeschichte bewegt habe. Das erklärt sich, glaube ich, aus ihrer Entwicklung, weil sie zunächst von diesen Disziplinen ihren Ausgang genommen hat und lange Zeit überwiegend durch Rechtshistoriker gepflegt worden ist. Eine Emanzipation zu freierer Auffassung wird, wie ich selbst schon wiederholt betont habe, sicherlich gute Folgen zeitigen können. Aber mit der Aufstellung neuer „ökonomischer" Begriffe allein ist es nicht getan. Besonders wenn dieselben so unglücklich formuliert werden, daß sie sich nicht halten lassen, wie S.s ökonomischer Stadtbegriff! Noch weniger aber dürfen die positiven Errungenschaften, welche die Wirtschaftsgeschichte jenen Disziplinen doch unzweifelhaft verdankt, leichthin preisgegeben werden.

Nur das, was S. uns eingangs versprochen, dann aber so wenig gehalten hat, kann den Weg ins Freie ermöglichen: die Feststellung des Wirtschaftslebens, wie es wirklich gewesen ist.

---

1) Auf die grobe Willkür der Konstruktionen S.s haben bei Besprechung der 1. Auflage schon Delbrück (a. a. O. S. 348) und Brentano a. a. O. S. 78, 99 und 160 hingewiesen.

Viktor Adler.

Ein Wort der Erinnerung.

Von

Wilhelm Ellenbogen (Wien).

Individualitäten stellt man sich gemeinhin als Persönlichkeiten aus einem Guß vor, etwa wie die Shakespeareschen oder gar Schillerschen Gestalten. Ihr entscheidendes Merkmal ist die Einseitigkeit ihrer Größe, die sie oft bewußt unterstreichen und übertreiben. Aber man geriete in Verlegenheit, wollte man versuchen, VIKTOR ADLERS Erscheinung so geradlinig zu klassifizieren. Denn welche Seite seines Wesens immer in einem bestimmten Augenblick als die charakteristische erscheinen mochte, im nächsten wurde sie von einer andern überragt. Es ging mit ihm zu wie mit jeder elementaren Natur:

Nun sang er, wie er mußt',
Und wie er mußt', so konnt' ers.

Und dieses Müssen und Können war ein unendlich vielseitiges, weil VIKTOR ADLERS Natur eben außerordentlich kompliziert war, was ihren Aufbau, und geradezu universal, was ihren Umfang betrifft.

Aber man versteht ADLERS Persönlichkeit am besten, wenn man sie von dem Problem der Zeit aus betrachtet, in die er geboren war. Die Zeit macht ihre Männer, d. h. es gibt eine historische Zuchtwahl in dem Sinne, daß zu allen Zeiten Begabungen der allerverschiedensten Sorten leben, nur daß die bestimmten Zeitverhältnisse, wie Wirtschaftsordnung, Zustand der geistigen Entwicklung und der politischen Verfassung, Stand des Volksvermögens, Bevölkerungsverhältnisse usw. in ähnlichem Sinne verschieden auf ihre Entfaltung einwirken, wie die klimatischen, die Nahrungs-, die oro- und hydrographischen Verhältnisse usw. auf die Entwicklung der Tier- und Pflanzenarten. Feldherrngenies wie ALEXANDER, HANNIBAL, NAPOLEON sind nur in Zeiten großer kriegerischer Umwälzungen möglich, in der 400jährigen Ära der pax romana hätte niemand von ihrer Existenz gewußt, obwohl kein Grund einzusehen ist, warum in dieser langen Zeit keine solche Begabung irgendwo gelebt haben sollte. Die Zeit des proletarischen Kampfes um eine Umwälzung der Wirtschaftsordnung und ihrer Herrschaftsverhältnisse ist das befruchtende historische Klima für Männer von Entschlossenheit, Willensstärke, Aufopferungsfähigkeit, Überzeugungstreue, politischem Instinkt, Selbstentäußerung, geschichtlichem Weitblick, für Leute mit der Fähigkeit, Menschen und vor allem Massen zu behandeln, für Köpfe, in denen der Instinkt für die Massenpsychologie wohnt, für Hirne mit kollektivistischem Denken, für harte Seelen mit weichen Herzen, für Feldherrngenies, die Völkerschlachten ohne Blutvergießen zu schlagen verstehen.

Ein solcher Mensch, und zwar der höchste, vollendetste Typus dieser Gattung, war VIKTOR ADLER. Er war die Verkörperung des im proletarischen Emanzipationskampf wirkenden Prinzips, die Gegenwart für die Zukunft hinzugeben, d. h. sich selbst und die gesamte mitlebende Generation als Preis und Instrument der Freiheit und des Glückes künftiger Geschlechter zu opfern. Dazu ist außer der selbstverständlichen Voraussetzung der Überzeugung ein Wille notwendig. Über den aber verfügte er in einem Ausmaße, in einer Härte und einer Unerschütterlichkeit, wie ich ihn bisher noch bei keinem anderen Menschen gefunden habe. Seine Entschlüsse dachte er reiflich durch; aber hatte er einen gefaßt, so war kein Hindernis stark genug, ihn von der Durchführung abzuhalten. Er hatte in den achtziger Jahren, nachdem er zunächst vergeblich versucht hatte, in der Gewerbeinspektion den Interessen der Arbeiterschaft zu dienen (was der verbohrte österreichische Bureaukratismus verhinderte; bei der Beratung der Wahlreform sagte VIKTOR ADLER einmal halb ernst, halb scherzhaft, er habe dafür durch Eintritt in die Politik Revanche genommen), sich entschlossen, in die Arbeiterbewegung einzutreten. Flugs brach er alle gesellschaftlichen Beziehungen und alle Brücken hinter sich ab, verwandte Tag und Nacht auf die Schlichtung des Streites zwischen Gemäßigten und Radikalen und ruhte nicht eher, als bis er den Einigungsparteitag von Hainfeld (1889) zustande gebracht hatte. Die Partei brauchte natürlich ein Blatt. Aber unter dem Ausnahmezustand war jede publizistische Tätigkeit der Arbeiterschaft erstorben. Die Gründung der „Gleichheit" (1885) wurde von manchen Freunden als Wahnwitz erklärt. In radikalen Arbeiterkreisen wurde dieser Gründung mit um so größerem Mißtrauen entgegengesehen, je mehr das Blatt tatsächlich sich durchsetzte. Hatte man doch mit bürgerlichen Führern genug traurige Erfahrungen gemacht. Die Regierung selbst sah dem Beginnen mit überschlauem Lächeln zu. Ein Doktor, ein Bürgerlicher, der unter dem Ausnahmezustand ein Arbeiterblatt herausgibt! Der Kerl fängt es schlau an, um die Arbeiterschaft einzufädeln! Man sah in der Ära der FRANKLS beim Wiener Polizeipräsidium VIKTOR ADLER buchstäblich als eine feinere Sorte Agent provocateur an und rieb sich noch vergnügt die Hände, als die ersten Nummern in besonders scharfer Sprache geschrieben erschienen. Aber die vergnügten Polizeigesichter wurden mit jeder folgenden Nummer länger. Die Sache wurde so bedenklich, daß etwa mit der 5. Nummer der Staatsanwalt mit der Konfiskation energisch eingriff. Inzwischen aber hatte die „Gleichheit" den Boden in der Arbeiterschaft bereits allseitig gewonnen und war nicht mehr davon zu verdrängen.

Stahlhärte des Willens ist allerdings nicht mit Starrsinn zu verwechseln, und die Scheidung zwischen beiden besorgt die allgemeine und insbesondere die politische Intelligenz mit ihrer mäßigenden, die Besonnenheit aufrufenden Kraft. Aber wenn ADLER mit Bezug auf sich so oft das SCHOPENHAUERsche Wort von dem „Primat des Willens über den Intellekt" zitierte, so wollte er damit jene schwächlichen Anwandlungen des Willens durch des Gedankens Blässe gegeißelt wissen, wie sie eben bei allen zaghaften Philisternaturen, die aus lauter Wenn und Aber zusammengesetzt sind, vorkommen. Wie oft haben solche Wenn und Aber versucht, ihm selbst störend entgegenzutreten!

Wie oft saß er Nächte hindurch an seiner Arbeit, mit demselben eisernen Willen, mit dem er seinen schwächlichen Körper zur Unterwerfung unter die Pflicht zwang, auch gleichzeitig ein krankes Familienmitglied betreuend, wie er überhaupt die bitteren Menschlichkeiten dieses Daseins im Übermaß auszukosten hatte. So trat er, wenn es ein Ziel galt, seine Person, wenn sie ihm im Wege zu stehen drohte, förmlich nieder. Mir ist kein Mensch bekannt, der es zuwege gebracht hätte, so restlos vom eigenen Interesse zu abstrahieren. Ist es doch bezeichnend, daß er unter den führenden österreichischen Sozialdemokraten als der letzte, 1903 erst, den Boden des Parlaments betrat, daß keiner so oft durchgefallen ist wie er. Freilich gab ihm diese Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst auch die Legitimation, gegen andere strenge zu sein, er hat die hervorragendsten Männer der Partei gar oft wie Schulbuben heruntergekanzelt, und niemand hat sich seiner Strenge entzogen. Wenn die österreichische Sozialdemokratie so glänzend diszipliniert ist, so ist diese Zucht (bekanntlich bei der Unordentlichkeit, der Schlamperei und dem Leichtsinn des echten Österreichers ein ungeheures Verdienst) das Produkt dieser Adlerschen Strenge gegen sich selbst.

Nur wer einen solchen kristallklaren, zielbewußten Willen hat, vermag die Sache über alles zu stellen, nur der vermag über die Klippen all der kleinen menschlichen Eitelkeiten hinwegzukommen, nur der bringt es zuwege, Schimpf und Hohn, selbst in der Partei, schweigend zu ertragen, wie Viktor Adler. Die Natur seiner politischen Begabung brachte es oft mit sich, daß er, da die anderen seinem weiten Vorausblick nicht so rasch folgen konnten, allein stand und auf das heftigste angegriffen wurde. Er half sich über solche Situationen freilich meist mit einem Scherzwort hinweg, wie als er in einer der vielen Diskussionen über die tschechische Separatistenbewegung wieder einmal beschuldigt wurde, er sei an allem schuld, und er darauf antwortete: „Diese Anschauung hat für mich den Reiz der Neuheit verloren!“ Aber unter vier Augen entrang sich dann doch seiner Brust der Seufzer, daß sich alle an ihm „die Stiefel abwischten“, was dann erst blitzartig die ungeheure Kraft der Selbstüberwindung aufzeigte, mit der er die Kluft zwischen seinem inneren Empfinden und den Erfordernissen der Partei überbrückte. Vielleicht der stärkste Ausdruck seiner aus der Größe seines Willens geborenen Pflichttreue ist aber die Tatsache, daß er es überhaupt in Österreich aushielt. Niemand (und das ist bei einer so tatenfreudigen Natur nur allzu begreiflich) hat einen solchen Ekel vor dem alten fauligen, zerfallenden Österreich, diesem „Sumpf“ gehabt wie er, und doch hat er, dessen Kräfte anderswo tausendmal nutzbringender hätten verwertet werden können, die Zähne aufeinandergebissen, die Verzweiflung niedergekämpft, den Sisyphusstein immer wieder gewälzt, so lange bis — er starb. Freilich als ihn die Schatten des Todes schon umdämmerten, hatte er noch die Genugtuung, ins gelobte Land hinübersehen zu können, den größten Erfolg, die Zerschlagung dieses überlebten Österreich und damit die Anbahnung einer neuen, starken Zeit zu gewahren, die freilich erst recht solche starken Naturen brauchen wird, wie er eine war. Daß er diesen erhabenen Augenblick erleben konnte, hatte er auch nur seinem Willen zu verdanken. Denn es unterliegt für mich

keinem Zweifel, daß sein kranker, morscher und wie Glas zerbrechlicher Körper die künstliche Verlängerung des Lebens, trotzdem es im letzten Jahre schon mehrmals unmittelbar vor dem Erlöschen stand, nur der beispiellosen Energie zuzuschreiben hat, mit der er ihn zwang, Widerstand zu leisten und sich immer wieder zu neuer Arbeit aufzuraffen.

War ADLER schon durch die moralische Größe seines Willens zum Führer bestimmt, so noch mehr durch die Urkraft seiner politischen Begabung, die sich in der meisterhaften Behandlung aller Menschen und Dinge im größten wie im kleinsten zeigte. Mit welcher geradezu künstlerischen Geschicklichkeit hat er die Arbeiterbewegung aus ihrer eigenen Zerfahrenheit und Verworrenheit und aus den Gefahren des Ausnahmezustandes herausgeführt! wobei er gegen die Dummheit, Tücke und Brutalität des Polizeiregimes mit derselben Umsicht zu kämpfen hatte wie gegen die Entzündlichkeit des Temperaments der proletarischen Masse. Das österreichische Proletariat hat die geschlossenste und imposanteste Maifeier zustande gebracht: das war ADLERS Werk. Buchstäblich unter den gähnenden Schlünden der Kanonen, unter drohend umherziehenden Soldatenpatrouillen, unter dem Aufgebot von Infanterie, Kavallerie und Artillerie hat das Proletariat 1890 sein erstes Maifest gefeiert. Und mit Hilfe der gewaltigen moralischen Wirkung dieser Demonstration hat VIKTOR ADLER den Ausnahmezustand überhaupt erschlagen. Eine spätere sorgfältig zu bearbeitende Geschichte jener Zeit — hoffentlich schreibt sie ein Mitlebender — wird die zahlreichen überaus interessanten Details der ADLERschen Fechtergewandtheit aus jener Zeit darzustellen haben und damit ein Arsenal der politischen Taktik von ungeahntem Reichtum erschließen.

Seine größte Meisterschaft entwickelte ADLER im Kampfe um das Wahlrecht. In dieser etwa 14jährigen Kampagne steckt ein förmliches Handbuch der politischen Methoden. Sie begann mit einer Fanfare aus den Reihen der Partei, der gegenüber ADLER sofort mäßigend eingriff, um vor Überschätzungen und Überspanntheiten zu warnen. Er führte die Bewegung in ununterbrochener Steigerung bis zu TAAFFE und BADENI, jede Spur einer günstigen politischen Konjunktur ausnützend, jeden Erfolg festhaltend, dabei aber immer wieder mahnend, daß man nicht alles auf die Wahlrechtskarte setze, nicht alles vom Wahlrecht erwarte, und doch selbst immer, wenn ein günstiger Augenblick kam, mit voller Kraft einsetzend. Er hat den Augenblick, wo die Frucht reif schien, haarscharf erkannt. Mit dem Ausbruch der russischen Revolution von 1905 ließ er die Partei, die er bis dahin sorgfältig zurückgehalten hatte, mit ihrem ganzen brutalen Gewicht auf Hofburg, Regierung und Parlament niedersausen, daß es förmlich krachte. Und alles gab nach, zähneknirschend, fäusteballend, fluchend. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist von lauter Wahlrechtsgegnern gemacht worden: von FRANZ JOSEPH, GAUTSCH, BIENERTH, LUEGER, WOLF. 11 Sozialdemokraten haben ein Parlament von 450 Abgeordneten, darunter 200 unsichere Fremde und etwa 230 entschlossene Feinde des Wahlrechts, zur Schöpfung dieses komplizierten Gesetzgebungswerkes gebracht. Und wie meisterhaft operierte ADLER! Mit großmütiger Geste überließ er den bürgerlichen Abgeordneten

das Gezänk über die Wahlkreiseinteilung. Ruhig ließ er sich jeden der Herren seinen „sicheren" Wahlkreis herausschneidern (bei den Wahlen sind dann die meisten dieser Schneiderkünstler durchgefallen), er ließ sie ihren Grimm und ihre Gegnerschaft daran austoben, sich daran die Zähne ausbeißen. So wurde die Hauptsache, die prinzipielle Frage, gerettet. Freilich muß dabei auch anerkennend des vorzüglichen Unterhändlergeschicks des Ministerpräsidenten BECK gedacht werden. Wollten die Parteien jedoch gar zu bockig werden, so half ADLER über die größten Klippen mit ein bißchen dröhnendem Massenschritt der Arbeiterbataillone hinweg, worauf die bürgerlichen Helden zwar eine Weile über Terrorismus u. dgl. zeterten, aber schließlich doch nachgaben. Kurz, der interessierte und eingeweihte Beobachter hatte Gelegenheit, hier ein wahrhaftes und echtes politisches Genie an der Arbeit zu sehen.

In das Fach der politischen Begabung gehört auch die Fähigkeit, sich die Mitarbeiter auszusuchen. Dieses besondere Talent ist nur selten in der Geschichte anzutreffen, man sagt es PERIKLES, MARIA THERESIA, CROMWELL, WILHELM I. nach, also ganz verschieden gearteten Naturen nach. ADLERS Talent auf diesem Gebiet gemahnt geradezu an die Wünschelrute. Was für einen glänzenden Redaktionsstab hat er in der „Arbeiterzeitung" zusammengestellt! Es ist wohl die beste Zeitungsredaktion in dem ganzen deutschsprechenden Europa und weit darüber hinaus. AUSTERLITZ, den Chefredakteur, wohl den begabtesten deutschen Journalisten, hat er irgend aus dem Bureau einer Kaffirma herausgeholt; LEUTHNER war ein der Gefahr des Verbummelns naher Student, heute ist er einer der geistreichsten, belesensten, blendendsten Schriftsteller. Und ebenso die Politiker, die sein Scharfblick um sich versammelte, die SEITZ, BAUER, RENNER usw. Man sieht hier förmlich plastisch, wie ein solches politisches Genie aufbauend, bereichernd wirkt. So ist VIKTOR ADLERS Geschichte die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung der letzten 35 Jahre geworden. Als er in sie eintrat, war sie nach dem ersten Aufflammen in Trümmer zerfallen. Er sammelte die Trümmer, schuf aus ihnen einen lebenskräftigen Körper — allein schon eine geschichtliche Schöpfertat — und führte sie dabei in unaufhörlichem Aufstieg bis zur Revolution und zur Befreiung.

Bei alledem aber war er durchaus nicht, was man sich gewöhnlich unter einem großen Politiker vorstellt, nämlich ein kalter, erbarmungslos berechnender Schachspieler mit Einzel- und Völkerschicksalen. Das Spezifische, das geschichtlich Einzigartige der ADLERschen Politik war im Gegenteil ihre menschliche Wärme, ihre Durchtränktheit mit dem heißesten menschlichen Empfinden, ihre Bestimmtheit durch das tiefste menschliche Mitleid. BISMARCK hat Politik getrieben, um ein Reich zu gründen, SAVONAROLA, um die Menschen zu sittlicher Reinheit zu erziehen, NAPOLEON, um einen imperialistischen Weltfrieden zu oktroyieren, VIKTOR ADLER aber, um Leidenden zu helfen. ADLERS Mitkämpfern ist es immer wieder aufgefallen, wie deutlich und bestimmt er bei seinen größten politischen Konzeptionen den einzelnen Proletarier vor Augen sah, dessen Los verbessert werden müsse, ob es sich nun um das allgemeine Wahlrecht, das Seuchengesetz oder den

Achtstundentag handelte. Er hat seine erschütterndste Rede im Parlament bei der kleinen Phosphorvorlage gehalten, als er die Wirkungen der Phosphornekrose auf den Zündhölzchenarbeiter darlegte. Als er ein andermal über die Teuerung sprach, waren einige Abgeordnete dem Weinen nahe. Das war eben das Geheimnis seiner ganz kunstlosen, ungeordneten Reden, bei denen er sich so oft beklagte, daß er „schwimme", weil er sich so wenig vorbereite: der tiefe, warme Grundton unendlicher Menschlichkeit, der aus ihm stromgleich hervorquoll, das echte, von Mitleiden überfließende Herz, das unsäglich leidenschaftliche Hilfsbedürfnis, das, wenn es ihn in seiner ganzen menschlichen Unzulänglichkeit im Reden so recht packte, ihn selbst zum Schluchzen brachte wie ein Kind, ihn, den starken, sieghaften, durch das härteste Schicksal unbeugbaren Menschen. Da offenbarte sich eben, daß er zur Sozialdemokratie nicht nur durch die theoretische Erkenntnis der wissenschaftlichen Lehren des Sozialismus, sondern in höherem Grade durch seine warmherzige Natur, durch sein angeborenes Mitgefühl mit der leidenden Kreatur, durch seine leidenschaftliche Hilfsbereitschaft gekommen war. Mit dem sogenannten „Gefühlssozialismus", den er selbst oft genug beißend verspottet hat, hatte das natürlich nichts zu tun, denn der bedeutet nichts als eine verschwommene und verwaschene Abneigung gegen irgendein gesellschaftliches Unrecht, ohne irgendeine theorotische Erkenntnis und ohne irgendeine wirkliche Kraft der Abhilfe.

Wer das Glück hatte, Viktor Adlers Gefährte und Mitarbeiter zu sein, der ordnete sich ihm willig unter, denn er hatte das Gefühl, einer außerordentlichen Persönlichkeit, einem Weisen gegenüberzustehen. Denn Weisheit ist Erkenntnis, getragen von Liebe. Diese Mischung von reifster Einsicht und edelster Güte legte die ganze internationale Sozialdemokratie in ihren Bann, und Troelstra hat dieser allgemeinen Empfindung Ausdruck verliehen, als er bei der Stockholmer Konferenz Adler mit „Ehrfurcht" begrüßte.

Es ist tief zu beklagen, daß Viktor Adlers große Erscheinung mit all ihrer herrlichen Beispielhaftigkeit der Nachwelt nicht greifbar erhalten werden kann. Lebt er auch in seinen Werken, in der mächtig erstarkten Partei, in der vorwärtsgetriebenen Entwicklung der politischen und sozialen Zustände, so sind das doch zu große allgemeine Tatsachen, als daß sie sich dem künftigen Beschauer sinnenfällig vergegenwärtigen ließen wie etwa ein plastisches Kunstwerk oder ein Gedicht, eine Symphonie. Er selbst hat wenig geschrieben, sein Wirken war scheinbar für den Tag berechnet, wenn es auch die ganze Zukunft gestalten half. Aber solche Menschen wird die kommende Zeit brauchen; an seinem Beispiel die Jugend zu erziehen, mit seinem Wesen und Geiste die Erbauer der künftigen Ordnung zu erfüllen, das wäre die Aufgabe der ganzen internationalen Sozialdemokratie. Hoffen wir in diesem Sinne auf die Notwendigkeiten der Zeit, die sich auch künftighin die Männer, die sie braucht, wird schmieden müssen.

Marxanalekten.

Von

Max Nettlau (Berlin).

I. Zu GUSTAV MAYERS Abhandlung: „KARL MARX und der zweite Teil der Posaune".

Die Durchsicht der in der zitierten Abhandlung in diesem Archiv VII, 332/63, besprochenen Schrift: „Hegels Lehre von der Religion und Kunst", sowie die Erwägung des von Dr. MAYER angeführten Briefmaterials ergibt m. E. einige von diesem nicht oder nicht hinreichend gewürdigte Anhaltspunkte, die MARX als Verfasser eines Teils dieses Buches ausschließen.

Das Buch enthält 1. eine „Vorrede": S. 1/66; 2. den von MAYER vermutungsweise MARX zugeschriebenen „Zweiten Abschnitt dieses Werkes, der von der göttlichen Kunst der heiligen Geschichtsschreibung handelt" (Vorrede S. 3), S. 67/227.

„Die Vorrede habe ich jetzt auch ausgearbeitet," schrieb am 26. I. 1842 BRUNO BAUER an MARX (Archiv, 339), welche Ausarbeitung sich augenscheinlich nicht auf die kaum drei Seiten eigentlicher „Vorrede" bezieht, sondern auf die acht Kapitel (S. 5–66), die am Schluß der eben erwähnten wenigen Seiten (S. 4) durch die Worte eingeführt werden: „Als Vorrede folgt übrigens eine Fuge" etc. Diese Kapitel sind über den geraden Seiten des Textes als „Vorrede" bezeichnet, was nur aus äußeren Gründen für das letzte Kapitel (S. 36/66) unterblieb, da hier der verfügbare Raum durch Angaben über Unterabteilungen des Gegenstandes (BRUNO BAUER) absorbiert ist.

Wenn dies also die im Januar 1842 ausgearbeitete Vorrede ist (S. 1–66) und wenn der einzige übrige Inhalt des Buches der zusammenhängende Abschnitt (S. 67–227) von MARX sein soll, dann fragt man sich doch: Was wurde aus BAUERS eigenem Manuskript, das er seinen Briefen zufolge im Dezember 1841, u. zw. bis zum 24. d. M. (Archiv, 338 f.) mit Anbringung „großer Gelehrsamkeit" etc. ausarbeitete?

Von MARX' Manuskript erfahren wir, daß es am 5. März 1842 noch der Reinschrift und teilweise der Korrektur bedurfte (Archiv, 341); daß es am 20. März „total zu reformieren" war (ebda.); daß es am 28. April „beinahe zu einem Buch, herangewachsen" war (ebda. 342); daß ein damals beabsichtigter „Duodezauszug" am 9. Juli augenscheinlich noch nicht beendigt war usw. (ebda. 343).

Von BAUERS Manuskript wissen wir dagegen, daß es (wie der Druck zeigt, mit der „Vorrede") gleich nach dem 26. Januar nach Leipzig geschickt werden sollte (Archiv 339).

Und da sollen wir glauben, daß nicht BAUERS „Vorrede" und BAUERS Manuskript vom Dezember im Druck vorliegen, sondern BAUERS Vorrede und das nach MARX' überreichem Zeugnis nie definitiv abgeschlossene MARXsche Manuskript! („da ... ich ... in allerlei Untersuchungen hineingeraten bin, die noch längere Zeit hinnehmen werden" (Archiv, 342). Ich glaube ohne Übertreibung sagen zu können, daß ein strikter Beweis für BAUER als Verfasser des Buches sich schon hierauf gründen läßt.

Da ist mir denn unverständlich, was MAYER (Archiv 343) mit der Annahme meint, daß die Nichtabsendung von MARX' Manuskript BAUER „genötigt hätte, mit einer Fixigkeit, die angesichts der Kürze der Zeit auch diesem Schnellschreiber nicht zuzutrauen wäre, selbst in die Bresche zu springen". Denn BAUER hatte doch Ende Januar Manuskript (vom Dezember) und Vorrede (vom Januar) augenscheinlich abgeschickt (Archiv 339) — das Buch enthält Vorrede und ein Manuskript. Wenn also MARX' Manuskript nicht eintraf, war doch das von BAUER da. Wie hätte ihm da einfallen können, weil MARX nichts schickte, sein eigenes Manuskript (vom Dezember) zu unterdrücken und ein anderes schnell zu improvisieren, da doch nur ein Manuskript gedruckt wurde?

Der Druck hatte am 8. März bereits begonnen (RUGE, S. 340), und zwar mit dem Satz der Vorrede (S. 1—66). Es bildeten daher BAUERS Bemerkung über die beiden Verfasser (Vorrede, S. 2; Archiv 340 f.) und die von MAYER (ebda. 345) zitierte Stelle: „HEGELS Lehre von der Kunst und Religion gerade haben wir" usw. (Vorwort S. 3), in welcher der „von der göttlichen Kunst der heiligen Geschichtsschreibung" handelnde Teil als „Zweiter Abschnitt dieses Werkes" bezeichnet wird, von Anfang an (Februar oder Anfang März) Teile des ersten Bogens des Buches und entsprachen dem Stand von BAUERS Kenntnis bei Absendung des Manuskripts (Ende Januar), als er auf MARX bestimmt rechnete.

Wenn nun der „Vorrede" (S. 1—66) unmittelbar der „Zweite Abschnitt" folgt (S. 67—227), so bedeutet dies entweder, daß BAUER, sich nachlässig ausdrückend, die lange Vorrede mit den acht Kapiteln als einen ersten Abschnitt hinstellt (und MARX' Beitrag hätte dann den dritten Abschnitt gebildet), oder man druckte eben, da MARX' den ersten Abschnitt bildender Beitrag ausblieb, BAUERS Manuskript gleich nach der Vorrede. Dabei blieb es dann und damit schloß das Buch: und es ist wohl keine zu kühne Vermutung, daß bei dem ohnedies mystifizierenden Inhalt des Buches und dessen vorübergehendem Pamphletcharakter es weder BAUER noch dem Verleger der Mühe wert scheinen mochte, Mühe und Kosten auf den Neudruck des ersten Bogens zu verwenden, nur um die erwähnten, durch MARX' Ausbleiben gegenstandslos gewordenen Stellen (S. 2 und 3) zu eliminieren.

Wenn BAUER in der „Posaune", S. 163 (Archiv 337) für die zweite „Posaune" in Aussicht stellt „HEGELS Haß gegen die religiöse und christliche



Kunst und seine Auflösung aller positiven Staatsgesetze", so entspricht dies, was BAUER betrifft, dem „Zweiten Abschnitt": „HEGELS Haß gegen die heilige Geschichte und die göttliche Kunst der heiligen Geschichtschreibung" (S. 67–227).

MARX schrieb nach seinem Brief an RUGE vom 5. März 1842 (Archiv 341) eine „Abhandlung über christliche Kunst", deren Titel er nach seinem Briefe vom 20. März (ebda.) in „Über Religion und Kunst mit besonderer Beziehung auf die christliche Kunst" umwandelte. Er schrieb ferner eine „Kritik der HEGELschen Rechtsphilosophie" („da sie auch für die Posaune geschrieben war" ebda.). Ursprünglich schlug ihm BAUER in einem von MAYER leider nur resumierten Brief (Archiv 338) vor: „er selbst (BAUER) wollte noch weiter in HEGELS Religionsphilosophie, MARX sollte in der Aesthetik die Verseuchung mit Atheismus konstatieren". Wir sehen m. E. aus dem Leipziger Druck und aus MARX' Briefen an RUGE, wie, von dem gleichen Gegenstand angeregt, der alte Theologe BAUER sich con amore mit den einem radikalen Denker doch wirklich zu unbedeutenden Theologen herumschlug, während MARX seine beiden Gegenstände vertiefte, „in allerlei Untersuchungen hineingeriet" (Archiv 342) und dabei der Posaunenspielerei entwuchs.

„Vorrede" und „Zweiter Abschnitt" zeigen überdies in frappantester Weise dieselben Eigenschaften — denselben Stil, dieselbe Denkweise und dieselben Grenzen des Denkens und der Kenntnisse, möchte man sagen —, dazu die gleiche Virtuosität in Bibelzitaten, die gleiche Verwendung sowohl vielfacher theologischer Literatur wie von Voltairezitaten, so daß das Ganze förmlich nach einem einzigen Verfasser schreit. Daß MARX sich dieser Schrift wegen in den orthodoxen Wust derart hineingelesen hätte, daß er diese Literatur nicht aufs geradewohl, sondern mit Kompetenz exzerpierte, ist nicht so leicht anzunehmen, wie dies von MAYER (S. 360) hingestellt wird. — Als kleines Detail möchte ich erwähnen, daß MARX wohl schon damals so viel revolutionären Takt gehabt haben dürfte, einen so anrüchigen Verfasser wie BARRUEL nicht in Verbindung mit den Freidenkern des XVIII. Jahrhunderts auch nur zu nennen (S. 70, 74), während man sich BAUER ohne derartige Skrupeln vorstellt. — Das Mohrenargument endlich (Archiv 359) überlassen wir wohl den Gläubigen der Baconchiffre, sonst würde die Zahl pseudomarxscher Schriften sich unheimlich vermehren.

Kurz, so sehr die Wiederentdeckung der verschollenen Schrift[1]) BRUNO BAUERS und die Darstellung ihrer Geschichte nach den so glücklich erhaltenen Briefen zu begrüßen sind, so sehr scheint die Hoffnung, in ihr einen Beitrag von MARX feststellen zu können, unbedingt trügerisch zu sein.

---

1) In dem Aufsatz BRUNO BAUER (Öffentliche Charaktere, III) der Grenzboten, 1849, II, S. 308—332, wird die Schrift ohne weiteres im Anschluß an die Besprechung der Posaune, also an der richtigen Stelle, erwähnt (S. 319). Verfasser dieses Aufsatzes ist — wie der Vergleich mehrerer Stellen ergibt (ib., 1848, III, S. 24, 140; 1849, II, S. 330; 1850, IV, S. 574—576; 1851, II, S. 241—251), WALTER ROGGE (Pseudonym R. WALTER).

II. Zu Marx' und Engel's Aufenthalt in London, Ende 1847.

Bakunins letzthin wieder in diesem „Archiv“ VII, 325/26 von Mehring zitierten brieflichen Äußerungen über Marx' Verhältnis zu den deutschen Arbeitern in Brüssel (Ende 1847) können an der Hand des überreichen Materials, das der intime „Briefwechsel zwischen Engels und Marx“ 1913 erschlossen hat, fortan von jedem Leser selbst auf ihre genaue Bedeutung und ihren Wert hin geprüft werden. Diesen Quellen kann ich nur einen bescheidenen Beitrag hinzufügen, der noch dazu von den in jenen Briefen nicht gerade hoch eingeschätzten „Straubingern“ selbst herstammt. Es sind dies Protokolle des späteren Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London über Marx' und Engels' Auftreten in diesem Verein im November und Anfang Dezember 1847. Da diese Zeit auch für die Vorgeschichte des „Manifests der kommunistischen Partei“ ihr Interesse hat, mag diese Quelle hier ausgeschöpft werden, um wenigstens den Beweis zu liefern, daß unerwartetes Neues in ihr nicht verborgen liegt.

Ich kenne von den Protokollen der Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter, deren erstes vom 11. II. 1845 die 5jährige Gründungsfeier erwähnt, nur die vom 11. II. 1845 — 5. I. 1847, die der Sonntagsitzungen vom 26. VII — 27. XII 1846; dann die Protokolle vom 19. X. 1847 — 6. VI., 20. VIII. — 24. XII. 1848, auch vom 19. XI. 1851 — 21. IV. 1852 und 10. V. (teilweise) — 9 VI. 1852; endlich Protokolle der Société démocratique française a Londres vom 1. II. — 27. XII. 1847, einer schon 1839 bestehenden Gruppe, die im März und April 1847 ihre Vereinigung mit der deutschen Gesellschaft diskutierte und im April oder Mai auch durchführte [1]). Leider fehlen also die Protokolle von 1847 bis zum 19. X. In den mir bekannten Teilen wird Weitlings und Krieges Tätigkeit (1845) ausführlich behandelt; sonst

1) Von dieser Gruppe stammt ein „Rapport sur les mesures à prendre ... pour mettre la France dans une voie révolutionaire le lendemain d'une insurrection victorieuse effectuée dans son sein. Lu à la Societé démocratique française à Londres ... 18. XI. 1839 (adopté 14. IX. 1840), Londres 1840, der im Bericht von Girod (de l'Ain) an die Cour des Paris (Attentat Darmès, 15. X. 1840) abgedruckt ist (Paris 1841, 96 S. 4°; 88 S. 8°); auch in Le Droit, 13. V. 1841. 1847 erscheint als Hauptredner Berrier-Fontaine, der einstige Secretär der Société des Droits de l'Homme et du Citoyen, dem man in den Schriften dieser Gesellschaft und den für den Prozeß wegen der Aprilereignisse 1834 herausgegebenen Akten vielfach begegnet, auch 1848 in Paris im Club de la Révolution (von Barbès) (nach Lucas, Les Clubs et les Clubistes, Paris 1851, S. 225), ohne daß er sonst noch wesentlich hervorgetreten zu sein schein scheint. Neben ihm stand Michelot (recte Juin, d'Allas), der im März 1848 in Paris einem Club de la Jeune Montagne präsidierte und im April La Souveraineté du Peuple herausgab, bis er seiner anrüchigen privaten Vergangenheit wegen verhaftet wurde (vgl. z. B. Le Représentant du Peuple, 14, 15. IV. 48; Lucas (a. a. O.) S. 175).

herrscht SCHAPPER vor, neben ihm H. BAUER, auch J. MOLL und PFÄNDER; MARX und sein Kreis sind vor dem 30. XI. 1847 nicht erwähnt.

Im Oktober 1847 finden wir den Verein bei der Diskussion gewisser Paragraphen, die in Frageform mit den Antworten angeführt sind, worauf dann ein Resumé der Diskussion folgt. Die Protokolle sind so primitiv geführt, daß ihnen nicht zu entnehmen ist — wenigstens kann ich die von mir 1907 in London exzerpierten Protokollbücher nicht aufs neue nach mir etwa entgangenen Spuren durchsuchen —, ob diese Fragen und Antworten für die Vereinsdiskussion etwa von SCHAPPER formuliert wurden, oder ob die erhaltenen §§ 15, 18, 19, 20 etwa wirklich dem vom Kongreß im Sommer 1847 den Bundesgemeinden vorgelegten „Ur-Katechismus" wörtlich entstammen, während die Antworten den den Londoner Mitgliedern von den dortigen Hauptpersonen SCHAPPER etc. vorgeschlagenen Standpunkt wiedergeben[1]). Während HESS und ENGELS in Paris im November 1847 den ursprünglichen Entwurf modifizierten[2]), wovon ENGELS' Manuskript in BERNSTEINS Ausgabe erhalten ist, dürfte SCHAPPER, dem wahrscheinlich die Urform der Fragen entstammte, kaum etwas daran geändert haben.

Es liegen also vor:

§ 15. Auf welche Weise glaubt Ihr, daß der Übergang aus der heutigen Gesellschaft in die Gütergemeinschaft zu bewerkstelligen sei? — Die erste Grundbedingung ist die politische Befreiung des Proletariats durch eine demokratische Staatsverfassung. (19. X. 1847.)

§ 18. Wie wollt Ihr die Existenz der Proletarier sicherstellen? — I. Durch eine solche Beschränkung des Privateigentums, die eine allmähliche Verwandlung in gesellschaftliches vorbereitet, z. B. progressive Steuern, Beschränkung des Erbrechts etc. II. Durch Beschäftigung der Arbeiter in Nationalwerkstätten und auf Staatsgütern. III. Durch Erziehung sämtlicher Kinder auf Staatskosten. (26. X.)

§ 19. Wie werdet Ihr es in der Übergangsperiode mit der Erziehung der Kinder einrichten? — Sämtliche Kinder werden von dem Zeitpunkt an, wo sie der ersten mütterlichen Pflichten entbehren können in Staatsanstalten erzogen und unterrichtet. (2. XI.)

§ 20. Wird mit der Aufhebung des Privateigentums nicht zugleich die Weibergemeinschaft proklamiert werden? — Keineswegs. Wir werden uns in das Privatverhältnis zwischen Mann und Frau, und überhaupt in die Familie, nur insoweit einmischen, als die neue gesellschaftliche Ordnung dadurch gestört würde. Im übrigen wissen wir sehr gut, daß das Familienverhältnis im Laufe der Geschichte, nach den Eigentums- und Entwicklungsperioden, Modifikationen erlitten hat und daß

1) Vgl. MEHRING, Karl Marx im Brüsseler Exil (Archiv VII, 317 f.); Briefwechsel I, 78/79, 84; FRIEDRICH ENGELS, Grundsätze des Kommunismus Hsg. von EDUARD BERNSTEIN, Berlin 1914, S. 3/5.

2) Vgl. Briefwechsel I, 78 f.

daher auch die Aufhebung des Privateigentums den bedeutendsten Einfluß darauf haben wird. (23. XI.[1]))

Aus dem Vergleich dieser Fragen mit der 18. und 21. Frage in Engels' Entwurf geht hervor, daß der Londoner Text in irgendeiner Form Engels vorlag. Man vergleiche nur folgende Stellen aus seinen „Grundsätzen des Kommunismus" (S. 24 f.).

„Sie (die Revolution) wird vor allen Dingen eine demokratische Staatsverfassung ... herstellen"; „die Existenz des Proletariats sicherstellender Maßregeln"; „Beschränkung des Privateigentums durch Progressivsteuern, starke Erbschaftssteuern ..."; „Beschäftigung der Proletarier auf den Nationalgütern"; „Erziehung sämtlicher Kinder auf Nationalkosten". Und ähnlich für S. 29–30 und den Londoner § 20. Dieser Zusammenfall im Gedankengang und Wortlaut kann kein zufälliger sein. Aber es bleibt unentschieden, ob die dürftige Londoner Fassung das Original darstellt oder einen für die Vereinsdiskussion gemachten, etwa auch durch die Bequemlichkeit des Schriftführers verkürzten Auszug aus dem Entwurf vom Sommer 1847, dem in diesem Fall Engels auch andere Teile seiner „Grundsätze" entnommen haben kann, wozu ihn die von ihm geschilderten Verhältnisse veranlaßten: sein vermutlicher Wunsch, die Verfasser des ersten Entwurfes nicht zu brüskieren. Doch sah er das Unzureichende dieser Art der Darstellung ein und schlug zuerst Marx die Form eines Manifests vor, dann voraussichtlich der Londoner Zusammenkunft, die sich dieser Auffassung anschloß[2]).

Die Vereinsprotokolle (die der Sonntaggesellschaft fehlen allerdings) erwähnen keine weitere Diskussion. Am 25. I. 1848 schlägt H. Bauer vor: „Was ist die Emanzipation des Proletariats?" Am 29. II. 1848 heißt es: *„Es wird beschlossen, (daß) das Geld für die Druckkosten des Manifests aus der Gesellschaftskasse vorgeschossen werden soll[3])."* Vom 16. IV. ab

1) Die Diskussion über § 20, in der alle Redner im Sinne der Antwort sprechen wollten, wird am 30. XI. vertagt, um Marx, Engels und Tedesco zu hören. Eine weitere Diskussion solcher Paragraphen findet dann nicht mehr statt, was sich eben durch den Beschluß, das Manifest abfassen zu lassen, erklären würde

2) Hierzu wäre noch einzusehen die „Kommunistische Zeitschrift", Probeblatt (London, September 1847), in der die Worte „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" schon vorkommen.

3) „Veröffentlicht im Office der ‚Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter' von J. E. Burghard, 46, Liverpool Street" sagt die erste Ausgabe. Seit 16. VI., resp. 13. VII. 1846 waren zwei Burghard Mitglieder des Vereins; ein Burgkard wird als trésorier central der französischen Gruppe am 5. IV. 1847 genannt (derselbe?). „Die Schriften der Gesellschaft sollen von Burkhardt zurückgezogen werden" heißt es am 6. VI. 1848.

Am 29. II. 1848 betrug die Einnahme 2 £, 30 s, 9 d, die Ausgaben 5 £, 10 s, 3 d; da die Ausgaben in den früheren Wochen 19 s, 5 d; 10 s; 6 s, 5 d; und Null sind, so könnten etwa 5 £ die Druckkosten des Manifests (23 S.) de[illegible]s — möchte ich vermuten — etwa einer Auflage von 1000 Exem[illegible]hen könnte.

werden auf PFÄNDERS Vorschlag die 17 Forderungen der Kommunistischen Partei mit großen Unterbrechungen diskutiert.

* * *

In der Sitzung vom 30. XI. 1847 nun schlug der Präsident (J. MOLL?) vor, die „soziale Diskussion“ (über § 20) zu vertagen *und einige hier anwesende Bürger des Kontinents, Engels, Marx und Tedesco*[1]) *aufzufordern, uns Nachrichten über Bewegungen des Kontinents zu geben. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.*

Bürger Engels nimmt das Wort, hält es jedoch für überflüssig, über die politische Bewegung der Gegenwart zu sprechen, und wählt deshalb die Entdeckung Amerika's zum Gegenstand seiner Besprechung. Sein Vortrag ist ungefähr folgender[2]):

„Bürger! Als vor 350 Jahren Christoph Columbus Amerika entdeckte, hat er sich gewiß nicht gedacht, daß durch seine Entdeckung nicht allein die damals bestehende Gesellschaft in Europa samt ihren Einrichtungen über den Haufen geworfen, sondern auch der Grund zu einer gänzlichen Befreiung aller Völker gelegt würde, und doch stellt es sich immer mehr heraus, daß dies wirklich der Fall ist. Durch die Entdeckung Amerikas wurde ein neuer Weg zur See nach Ostindien gefunden, wodurch sich der damalige europäische Geschäftsverkehr gänzlich umgestaltete; die Folge davon war, daß der italienische und deutsche Handelsverkehr gänzlich ruiniert wurde und andere Länder an die Spitze der Bewegung traten; die westlichen Länder kamen in den Besitz des Handels und dadurch ist England an die Spitze der Bewegung gekommen. Vor der Entdeckung Amerikas waren die Länder selbst in Europa noch sehr getrennt voneinander und der Handel im ganzen genommen gering. Erst nachdem der neue Weg nach Ostindien gefunden war und in Amerika sich ein weites Feld zur Ausbeutung für die handeltreibenden Europäer geöffnet hatte, fing England an, den Handel mehr und mehr zu konzentrieren und sich desselben zu bemächtigen, wodurch die übrigen europäischen Länder gezwungen wurden, sich mehr und mehr aneinander anzuschließen. Von all dem entstand der Großhandel und der sogenannte Weltmarkt wurde eröffnet. Die ungeheuren Schätze, welche die Europäer aus Amerika geholt haben, und der Gewinn, den der Handel überhaupt brachte, hatten den Ruin der alten Aristokratie zur Folge und dadurch entstand die Bourgeoisie. Die Entdeckung von Amerika hängt damit zusammen, daß die Maschinen aufgekommen sind, und dadurch ist der Kampf

---

1) Ein mir sonst nicht Bekannter; er kam mit MARX aus Brüssel (Briefwechsel I, 83, auch 90, 92). Er sprach nach den Reden von ENGELS und MARX zum Thema „Weibergemeinschaft“ (§ 20).

2) Es war mir unmöglich, den Schriftführer festzustellen: dieselben wechseln vielfach (sieben für 1845 und 46, darunter der beste, H. BAUER, in der WEITLINGzeit). ECCARIUS, als Schriftführer sehr nachlässig, war es nicht. Für die vorliegende Sitzung tat der Schriftführer augenscheinlich sein Bestes, ohne daß eben, wie man sieht, ein irgendwie harmonischer Bericht zu erreichen war. Ich unterlasse es, Einzelheiten zu erörtern.

nötig geworden, den wir gegenwärtig kämpfen, der Kampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden."

„Ehe die Maschinen erfunden waren, produzierte fast ein jedes Land so viel als es brauchte und der Handel bestand fast nur in solchen Produkten, die das eine oder das andere Land gar nicht erzeugen konnten; als aber die Maschinen kamen, wurde so viel produziert, daß man auf vielen Plätzen genötigt war, seine Arbeit einzustellen und daß die Leute selbst Maschinenwaren kauften für ihren eigenen Verbrauch, die früher ähnliche Arbeiten mit eigener Hand verfertigt hatten. Die Lage der früheren Arbeiter wurde dadurch gänzlich verändert und die ganze menschliche Gesellschaft, die früher aus 4—6 verschiedenen Klassen bestand, teilte sich in zwei einander feindlich gegenüberstehende Klassen.

„Seitdem sich die Engländer des Welthandels bemächtigt und ihr Manufakturwesen zu einer solchen Höhe gebracht haben, daß sie fast die ganze zivilisierte Welt mit ihren Produkten versehen können, seitdem die Bourgeoisie zur politischen Herrschaft gelangt ist, ist es ihnen auch gelungen, in Asien weitere Fortschritte zu machen, und die Bourgoisie hat sich dort ebenfalls aufgeschwungen; durch das Emporkommen der Maschinen wird der barbarische Zustand anderer Länder fortwährend ruiniert. Wir wissen, daß die Spanier Ostindien auf derselben Stufe der Entwicklung fanden als die Engländer und daß dennoch die Indianer jahrhundertelang immer in derselben Weise fortgelebt haben, d. h. sie haben gegessen, getrunken und vegetiert und so wie der Großvater seinen Acker bearbeitet hat, so hat es der Enkel auch getan, ausgenommen, daß eine Menge Revolutionen stattgefunden haben, die aber nichts anderes als ein Streit der verschiedenen Völkerstämme um das Regiment waren. Seitdem die Engländer da(zu) kamen und ihre Manufakturwaren verbreiteten, wurde den Indianern der Broterwerb aus den Händen gerissen und die Folge davon war, daß sie aus ihrem stabilen Zustand herausgingen. Die Arbeiter von dort wandern schon aus und durch die Vermischung mit anderen Völkern werden sie erst der Zivilisation zugänglich. Die alte indische Aristokratie ist gänzlich ruiniert und die Leute werden dort ebenso gegeneinander gehetzt wie hier."

„Später haben wir gesehen, wie in China, diesem Land, das seit länger als 1000 Jahren der Entwicklung und aller Geschichte Trotz geboten hat, jetzt durch Engländer durch die Maschinen umgeworfen und in die Zivilisation hineingerissen wird."

Österreich, das europäische China, das einzige Land, dessen innere Einrichtungen nicht durch die französische Revolution erschüttert wurden und dem selbst Napoleon nichts anhaben konnte, den Dampf hält es nicht aus: es hat sich dort alles plötzlich verändert durch die Maschinen; die Schutzzölle haben die Maschinen ins Land gebracht. Dadurch hat sich die kleine Bourgeoisie emporgehoben und den hohen Adel gestürzt, dadurch ist Metternich etwas passiert, was er gewiß nie geahnt hat; es wurden ihm auf dem letzten böhmischen Landtag 50000 Gulden Steuern von der Bourgeoisie verweigert. Die Klassen der Gesellschaft sind verändert worden, die kleinen Handwerker werden ruiniert und gezwungen, gewöhnliche Arbeiter zu werden,

wodurch ein Element hineingekommen ist, welches Metternich gefährlich werden kann. In Italien hat sich die Industrie ebenfalls gehoben, die Bourgeoisie sitzt Metternich überall auf dem Nacken, so daß die Regierung in die Klemme gekommen, daß Metternich den Böhmen zugestehen muß, 50000 Gulden Steuern nicht zu bezahlen [1]).“

„*So ist durch die Entdeckung Amerikas die ganze Gesellschaft in zwei Klassen geteilt und ohne die Entstehung des Weltmarktes wäre dies nicht geschehen. Die Arbeiter der ganzen Welt haben überall gleiche Interessen, überall verschwinden die verschiedenen Klassen und die verschiedenen Interessen fallen zusammen. Wenn also in einem Lande eine Revolution ausbricht, so muß sie notwendigerweise auf die übrigen Länder zurückwirken, und erst jetzt kann eine wirkliche Befreiung vor sich gehen* [2]).“

* * *

„*Marx. Aus Belgien habe ich mitzuteilen, daß sich dort eine Arbeitergesellschaft konstitiert hat, die gegenwärtig 105 Mitglieder zählt. Die deutschen Arbeiter in Brüssel, welche früher ganz vereinzelt dastanden, bilden jetzt schon eine Macht und während man sie früher zu nichts aufforderte, hat man dieses Jahr schon einen Abgeordneten des Vereins zur Denkfeier der polnischen Revolution, welche in Brüssel von der Stadt aus gefeiert wird, verlangt, um im Namen dieser Gesellschaft zu sprechen. Sollte die Regierung darauf hinwirken, die Gesellschaft zu unterdrücken, weil sie jedenfalls Einfluß auf die belgischen Arbeiter selbst ausüben muß, so hat die Gesellschaft beschlossen, ihre Bibliothek, welche aus 300 Bänden besteht, und sonstigen Gegenstände der Londoner Gesellschaft zu überlassen* [3]).“

„*Ich werde ferner noch einige Bemerkungen über die Literatur machen Louis Blanc* [4]) *weist jetzt in einem seiner Werke nach, daß in der französischen Revolution in demselben Moment, wo das Proletariat die Bastille, das Bürgergefängnis, erstürmte, die Bourgeoisie Beschlüsse gegen diejenigen faßte, die ihnen den Sieg mit ihrem Blut erkauften. Alle Hauptpersonen der Revolution werden jetzt in ihrem wirklichen Charakter dargestellt, eine Masse Flugschriften werden im Sinn des Proletariats geschrieben, welche einen bedeutenden Einfluß auf die Gesellschaft ausüben. Die Franzosen arbeiten mehr für das Interesse einer Partei als um Gewinn. Vor der Julirevolution*

---

1) Vgl. zu diesem Detail H. TOMAN, Das böhmische Staatsrecht . . (Prag 1872), S. 225, wo auf Der böhmische Landtag im Jahre 1847 (Hamburg 1848) verwiesen wird.

2) In der folgenden Sitzung vom 7. XII. 1847 wird nur ENGELS erwähnt: „*Bürger Engels hält einen Vortrag, in welchem er beweist, daß die Handelskrisen nur durch Überproduktion hervorgerufen werden und daß die Börsen die Hauptbureaus sind, wo Proletarier gemacht werden.*“

3) Vgl. hierzu etwa ENGELS im Briefwechsel I, 64—73.

4) Von dessen Histoire de la Révolution Française war damals der 2. Band erschienen (1847); der Briefwechsel von I, 62 ab, enthält viele Äußerungen über und gegen LOUIS BLANC.

zirkulierten die Flugschriften im Sinne der Bourgeoisie ebenso als jetzt im Sinn des Proletariats.“

„Von allem, was die deutsche Philosophie geleistet hat, ist die Kritik der Religion das wichtigste; jedoch ist diese Kritik nicht aus der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgegangen. Alles, was bisher gegen die christliche Religion geschrieben wurde, beschränkte sich darauf, zu beweisen, daß sie auf falschen Grundsätzen beruhe, wie z. B. [daß] die Schriftsteller einer den anderen benutzt haben: aber, was man bisher noch nicht untersucht hatte, war der praktische Kultus des Christentums. Wir wissen daß das Höchste im Christentum das Menschenopfer ist. Daumer weist nun in einem kürzlich erschienenen Werke[1] *nach, daß die Christen wirklich Menschen geschlachtet und im Abendmahl Menschenfleisch gegessen und Menschenblut getrunken haben. Er erklärt sich hieraus, warum die Römer, die alle Religionssekten duldeten, die Christen verfolgt haben, und warum die Christen später die ganze heidnische Literatur, welche gegen das Christentum gerichtet war, vernichtet haben. Paulus eifert selbst dagegen, daß man Leute zum Abendmahl zulassen solle, die nicht ganz in die Geheimnisse eingeweiht sind. Es ist nun ebenfalls leicht zu erklären, woher z. B. die Reliquien der 11000 Jungfrauen usw. kommen: es gibt ein Aktenstück aus dem Mittelalter wo die Nonnen eines französischen Klosters mit der Äbtissin einen Kontrakt geschlossen haben, daß ohne die Zustimmung aller keine Reliquien mehr gefunden werden dürften. Die Veranlassung dazu gab ein Mönch, der beständig von Köln nach Paris und zurück reiste und immer Reliquien hinterließ*[2]*). Man hat alles, was in dieser Hinsicht geschehen ist, als einen Betrug der Pfaffen angesehen, aber dadurch würde man ihnen eine Gewandtheit, und Klugheit beilegen, die die Zeit, in welcher sie gelebt, bei weitem überstiegen. Das Menschenopfer war ein Heiligtum und hat in Wirklichkeit existiert. Der Protestantismus hat es nur auf den geistigen Menschen übertragen und die Sache etwas gemildert. Deshalb gibt es unter den Protestanten mehr Verrückte als unter irgendeiner anderen Sekte. Durch diese Geschichte, wie sie in Daumer's Werk dargestellt wird, bekommt das Christentum den letzten Stoß; es fragt sich nun, welche Bedeutung hat es für uns. Es gibt uns die Gewißheit, daß die alte Gesellschaft zu Ende geht und daß das Gebäude des Betrugs und der Vorurteile zusammenstürzt.“*

Die Vereinssitzung nahm später einstimmig an, *„das Buch von Daumer, welches Marx erwähnt hat, anzuschaffen.“*

* * *

---

1) GEORG FRIEDRICH DAUMER, Die Geheimnisse des christlichen Altertums. Hamburg, Hoffmann und Campe 1847. 2 Bände. 8°.

2) Dies ist vom Schriftführer konfus wiedergegeben, wie aus DAUMER II, 116—7 und 115—6 ersichtlich ist; der Sinn ist, daß dieser Mönch Personen zur Herstellung von Reliquien tötete (1286—87), während die Urkunde der Äbtissin CLEMENTIA (Köln) von 1188 ist, also mit jener Behauptung nicht in Zusammenhang stehen kann.

Ich bin nicht MARXkenner genug, um festzustellen, ob MARX sich noch anderswo über die „Geheimnisse des christlichen Altertums" des Kaspar Hauser-DAUMER geäußert hat, ein Buch, dessen Grundidee ihn damals, wie man sieht, geradezu faszinierte. Da das Protokoll wohl nur die grellsten Äusserungen festhält, möchte ich einige Sätze aus dem vergessenen Buch anführen, das m. W. den Neudruckern literarischer Kuriositäten noch entgangen ist.

„... und das Christentum, rein historisch und unbefangen betrachtet und erforscht, ist nichts weiter als das Wiederaufleben dieser uralten Barbarei im Kampfe mit der von den Griechen begründeten heidnischen Weltbildung, die von dem Christentum, einem molochistischen Mystizismus und Jesuitismus des Judentums, langsam und listig untergraben ward, um an ihre Stelle ein Zeitalter der drückendsten, grausamsten Priesterherrschaft und der äußersten Verwilderung aller menschlichen Zustände zu setzen." (I, 5—6.)

.... die Zeit und Welt, die auf diesen holden Götterdienst, auf diese edle, affirmative Entwicklung des menschlichen Wesens folgte, war die der Einsiedler, Säulenheiligen, Mönche und Pfaffen, der die Natur hassenden, die menschliche Gesellschaft fliehenden, sich selbst mißhandelnden, alle Welt entzweienden, Mord und Tod predigenden Asketen und Fanatiker, die Zeit der Bußen und Peinigungen des Fleisches, der Glaubensinquisitionen Schaffote, Scheiterhaufen, Bartholomäusnächte, Hexenprozesse, Judenschlachten usw.", einer Zeit, die durch das in diesem Buch zu Enthüllende noch grauenhafter werde — (nämlich die „von Anfang an bis in die letzten Jahrhunderte hinein gebräuchlichen, ganz eigentlichen und förmlichen Menschenopfer.") (I, 7—8.)

.... „in jedem Fall stellt sich Idee und Verehrung der christlichen Gottheit als die eines molochistischen Dämons von allerbösartigstem Charakter heraus". (I, 124.)

„... Alles im Christentum, — soweit man wenigstens echtes, wahres, spezifisches Christentum und nicht etwa nur den Namen des Christentums führendes, in der Tat aber ganz anderes, vielmehr Judentum und Heidentum zu nennendes, vor sich hat — bezieht sich auf martervolle und mörderische Gewaltsamkeiten, auf Blut und Tod, auf Weltverneinung und Selbstzerstörung; alles in ihm ist finster, lebensfeindlich und fürchterlich, ist darauf angelegt, einen wilden, fieberhaften Wahnsinn der Negation zu entzünden, der, wenn seiner alles Maßes entbehrenden Entwicklung und Äußerung keine Schranke gesetzt wird, in faktische Barbarismen der allerextremsten Art notwendig ausschlagen muß." (II, 274, Schluß des Buchs.)

DAUMER schildert später selbst (Meine Konversion ..., Mainz, Kirchheim 1859, S. 100—106), daß sich seine die christliche Molochismushypothese vertretenden Schriften, speziell *„jenes verrufene Buch ... so gut als gar keiner Anerkennung und Benützung zu erfreuen gehabt haben, indem sie selbst von den Parteien, zu denen ich gehörte oder gerechnet wurde und auf deren Beistimmung und Unterstützung ich gezählt hatte, fast nur durchaus antipathisch beiseite geschoben, ignoriert, ja förmlich desavouiert*

worden sind." Als einzigen teilweisen Anhänger nennt er den „Mythologen und Archäologen NORK" (Kohn)[1]. DAUMER behauptet dann, seit 1847 noch erstaunlicheres Material gefunden zu haben, hält auch seine früheren Angaben aufrecht — nur stellt er diese Dinge jetzt außerhalb des regulären Christentums und sieht in ihnen teils noch unüberwundene Reste des Heidentums, teils eigene „auf subjektiver Anschauung und häretischer Auffassung beruhende Ausschweifung". (S. 104.)

Dieser Darstellung ist wohl zu entnehmen, daß MARX' große Sympathie für das Buch keine größere Verbreitung fand und DAUMER unbekannt geblieben sein mochte. Vielleicht entging ihm gar auch, daß der deutsche Kommunist in Paris, der Danziger Arzt HERMANN EWERBECK, einen sehr umfangreichen französischen Auszug der „Geheimnisse" erscheinen ließ in dem auf seine Kosten gedruckten voluminösen Werk: „Qu'estceque la Bible d'après la nouvelle Philosophie allemande (Paris, Ladrange; Garnier frères 1850. VII—664—1 S. 8°), enthaltend gekürzte Übersetzungen von DAUMERS Feuer- und Molochdienst der alten Hebräer, 1842, S. 1—48; desselben Geheimnisse, S. 49/173; Les Sacrifices Humains chez les Hébreux de l'Antiquité, von GHILLANY, 1842, S. 175—329; C. J. LÜTZELBERGER, Jésus, surnommé le Christ, 1842, S. 331—439; ein Resumé von WEITLINGS Evangelium eines armen Sünders, S. 439—481; BRUNO BAUER, Critique de l'Histoire évangelique des Synoptiques, 1841, S. 483—625; Conclusion, von EWERBECK, S. 626—661, darin auf S. 629—660 MARX' Artikel über BRUNO BAUERS Judenfrage aus den Deutsch-Franz. Jahrb., 1844. Dieses und ein ähnliches Buch (Qu'estceque la Religion . . .) blieben jedenfalls gänzlich unbeachtet, während EWERBECK die jesuitische Partei beschuldigt haben soll, sie aufgekauft und vernichtet zu haben[2].

Daß DAUMERS Hypothese einen unkritischen Enthusiasten bezauberte, ist verständlich; sie scheint einen furchtbaren Schlag zu führen und tut dies

1) Mit diesem hatte DAUMER übrigens 1842 einen Plagiarismusstreit, der in den „Deutschen Jahrbüchern" ausgefochten wurde (1842, Nr. 233, 288, 305—306; vgl. auch Nr. 46, DAUMER über seinen „Feuer- und Molochdienst der alten Hebräer . . ." und S. 264.

2) Letzteres nach dem Artikel von H. SEMMIG, Das deutsche Gespenst in Frankreich, in STRODTMANNS „Orion" (Hamburg, Nov., Dez. 1863), S. 860 bis 880, 943—960, der eine unerwartete Fülle von biographischem Material über EWERBECK (1816—4. XI. 1860) enthält, speziell über seine letzten zehn Lebensjahre, die einen traurigen Verfall zeigen. Auch die Lettres d'Auguste Comte . . . à Henry Edger et à M. John Metcalf (Paris, Apostolat positiviste, 1889) enthalten einige Daten; ferner KARL GRÜNS ungedruckte Briefe an PROUDHON, in denen auch ENGELS' Tätigkeit in Paris und MARX' ganzes Wesen in nicht minder lebhafter Weise beleuchtet werden, als diese beiden sich ihrerseits im Briefwechsel über GRÜN und den zwischen allen hin- und hergezerrten EWERBECK äussern. — Die erwähnten Bücher EWERBECKS sind tatsächlich sehr selten, während sein Buch „L'Allemagne et les Allemands" (1851) häufig genug auftaucht.

mit einer Fülle des merkwürdigsten, scharfsinnig in ihrem Sinn gedeuteten Materials. Aber man muß staunen, daß ein Mann wie MARX nicht nach Lektüre einiger Kapitel sich die Frage vorlegte, ob dies nicht das Werk eines Monomanen sei, der alles blindlings seiner fixen Idee einordnet. Ein Freidenker müßte sich unendlich freuen, wenn das alles wahr wäre, aber ist es wahr? MARX muß dies damals angenommen haben; denn er führte diese Hypothese bei den Arbeitern ein, von denen er doch wußte, daß sie zwar ihm glauben würden, aber zu wirklich kritischer Betrachtung des Buchs nicht die Vorkenntnisse besitzen konnten. Akzeptierten aber solche Arbeiter einmal eine von MARX endorsierte Idee, so vertraten sie dieselbe dann, um MARX' eigene Worte zu gebrauchen, mit dem „Kommunistenstolz der Unfehlbarkeit“[1]).

Darum eben scheint mir das wenige hier vorgeführte Material doch das Verständnis von BAKUNINS eingangs erwähnter Kritik von MARX' Verfahren mit den Arbeitern zu fördern. MARX verdirbt die Arbeiter, indem er sie zu Räsonneuren macht, ist ungefähr BAKUNINS Vorwurf. Keiner war Diskussionen weniger abgeneigt als BAKUNIN. aber sie mußten doch beiderseits ähnliche Vorbildung und kritischen Sinn zur Vorbedingung haben. Beides konnten die armen deutschen Handwerker nicht in einem an MARX heranreichenden Grade besitzen. Da erschien wohl BAKUNIN als Ziel der Propaganda die Erweckung des Solidaritätsgefühls und der revolutionären Leidenschaft, während MARX und ENGELS sich zur Aufgabe setzten, alles derartige als phrasenhaften „wahren Sozialismus“ und Revolutionsmacherei etc. blutig zu verhöhnen und Resumés ihrer eigenen komplizierten nationalökonomischen Ideen den Arbeitern vorzulegen, die davon — einige wenige von ihnen — nur die äußersten Umrisse in primitiver, schnell zum Dogma werdender Form erfassen konnten. Diese armen Leute schmückten sich dann mit einigen Federn von MARX und bekämpften alle anderen Sozialisten mit dem „Kommunistenstolz der Unfehlbarkeit“. Es ist ja im Lauf vieler Dezenien gelungen, die Herstellung vov Marxisten außerordentlich zu vervollkommnen, aber wie die ersten aussahen, die sich unmittelbar aus „Straubingern“ entwickeln mußten, zeigt der Briefwechsel auf Schritt und Tritt. Eine dies nicht berücksichtigende Auffassung würde dazu gelangen, ein Evangelium zu konstruieren, statt ein Stück sehr menschlicher Kleingeschichte nach Möglichkeit zu beleuchten.

1) Briefwechsel I, 288 (25. VIII. 1851).

Das Grundgesetz der russischen Sowjetrepublik.

Mitgeteilt von

Carl Grünberg (Wien).

Die Verfassung der Sowjetrepublik ist ein geschichtliches Dokument allerersten Ranges. Das allein schon rechtfertigt und fordert ihre Wiedergabe unter den Urkundlichen Mitteilungen des „Archivs" im Original sowohl wie in — einer von Herrn Dr. L. Petschersky-Wien herrührenden sorgfältigen — Übersetzung. Sie darf aber wohl im gegenwärtigen Augenblick, da auch in Deutschland der Kampf um die Frage: Nationalversammlung oder Rätesystem? entbrannt ist, auf verdoppeltes Interesse zählen; und zwar um so mehr, als sie m. W. in Deutschland bisher vollständig und in authentischer Form nicht reproduziert worden ist.

Das Grundgesetz zerfällt in zwei Teile, deren erster: Die Erklärung der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes, bereits im Januar 1918 vom III. Allrussischen Sowjetkongreß beschlossen worden ist. Der zweite ist ein halbes Jahr jünger und vom V. Sowjetkongreß, am 10. Juli 1918, verabschiedet worden: er enthält die Allgemeinen Verfassungsgrundsätze der Sowjetrepublik.

In der Rede, mit der der Delegierte Georg Steklow auf dem V. Kongreß die Bedeutung des Verfassungsentwurfes darlegte und dessen Annahme empfahl, wies er nachdrücklichst auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen allen bisherigen geschichtlichen Verfassungen und der Sowjetverfassung hin. Jene seien immer und überall, auch im Frankreich der französischen Revolution, bürgerlichen Gepräges und bestimmt gewesen, die Vorrechte der herrschenden besitzenden Klassen gegen die Besitzlosen zu erhalten, zu festigen, zu sichern. Die Sowjetverfassung dagegen stelle einen erstmaligen Versuch dar, „die Bestrebungen der Arbeiter, Bauern und Unterdrückten in staatsrechtliche Form zu gießen und jeglicher politischen und wirtschaftlichen Ungleichheit einmal für allemal ein Ende zu setzen". Das bewaffnete Volk selbst schaffe sich in ihr seine Charte als „Muster eines neuen gesellschaftlichen Aufbaues für alle anderen Völker". — Im Zustande des Überganges vom bürgerlichen Klassenstaat zum Volksstaat, von der kapitalistischen zur kommunistischen Wirtschaftsordnung und dazu geschaffen, um diesen Übergang herbeizuführen, müsse die Sowjetverfassung, innerlich notwendig, als Kampfverfassung in Erscheinung treten, d. h. zur Beseitigung des bourgeoisstaatlichen Gewaltapparats diesem einen proletarischen Gewaltapparat entgegenstellen. Daher die „Diktatur des Proletariats", daher der

„demokratische Zentralismus“, daher das Streben, im Unterschied von der parlamentarischen Ordnung, die alle Macht in die Hände einer kleinen Clique aus den Kreisen der Bourgeoisie lege, sowohl die Legislative wie die Exekutive in einem Zentralorgan, dem Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee, zu konzentrieren, um der Revolution die erforderliche Höchstentfaltung von Kraft und Erfolg zu ermöglichen und zu gewährleisten. Der demokratische Zentralismus erscheine so, im Unterschied vom bourgeoisstaatlichen Zentralismus und in striktem Gegensatz zu ihm, als Selbstwehr der ungeheuren Mehrheit der Bedrückten gegen die bisher herrschende Minderheit der Besitzenden, deren Widerstand und deren Restaurationsanschläge. Wenn also für die Übergangszeit der Diktatur des Proletariats der Bourgeoisie das Wahlrecht genommen werde, so sei das nur eine unvermeidliche Konzequenz aus dem Wesen und Zweck dieser Diktatur — und, nebenbei, nur eine Anwendung dessen auf die Bourgeoisie, was diese Jahrhunderte hindurch gegen die Massen praktiziert habe und sicherlich neuerdings praktizieren würde, wenn sie wieder zur Macht gelangte. Und aus analogen Erwägungen werde der Bourgeoisie auch „das Ehrenrecht (entzogen), die Waffen zur Verteidigung des Vaterlandes zu führen“.

Wie schon hervorgehoben, will die Sowjetverfassung nicht eine bloß nationale, nur auf Großrußland beschränkt, sein; sie tritt mit dem Anspruch auf, internationale Geltung zu erringen, und bringt dies auch dadurch zum Ausdruck, daß sie innerhalb des Gebiets der Sowjetrepublik keinen Unterschied zwischen republiksangehörigen und -fremden Arbeitenden macht und auch den letzteren das — aktive und passive — Wahlrecht einräumt. Ihre Urheber rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß das Proletariat, wo immer sonst es den Kampf um seine Emanzipation werde aufnehmen und wirksam durchführen wollen, die gleichen Wege werde beschreiten müssen, wie die russische Sowjetrepublik, so daß diese den Kristallisationspunkt für eine europäische und darüber hinaus für eine Weltföderation abgeben werde; eine Föderation, die zunächst auf dem Boden des ehemaligen zaristischen Rußland einsetzen und hier wie überall jeder Nation die Möglichkeit sichern werde, ihre nationalen Eigentümlichkeiten und Rechte zu bewahren.

* * *

Grundgesetz der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik. (Beschluss des V. allrussischen Sowjetkongresses, angenommen in der Sitzung vom 10. Juli 1918.)

Die — vom III. allrussischen S.K. im Jänner 1918 angenommene — Erklärung der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes, bildet zu-

Abkürzungen: Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik = R.S.F.S.R. — Russische Sowjet-Republik = R.S.R. — Sowjet-Republik = S.R. — Sowjet-Kongress = S.K. — Allrussisches Exekutiv-Komitee = A.E.K.

sammen mit der — vom V. Kongress beschlossenen — Verfassung der Sowjet-Republik ein einheitliches Grundgesetz der Föderativen Sowjetrepublik.

Dieses Grundgesetz tritt mit dem Augenblick seiner Veröffentlichung in der endgültig beschlossenen Form in den „Nachrichten des Allrussischen Exekutiv-Komitees" in Wirksamkeit. Es ist durch alle Lokalorgane der Sowjetregierung zu veröffentlichen und in allen Sowjetinstitutionen an sichtbarer Stelle anzubringen.

Der V. Kongress beauftragt das Volkskommissariat für Aufklärung, ausnahmelos in sämtlichen Schulen und Lehranstalten der russischen Republik die Grundprinzipien dieser Verfassung sowie deren Auslegung und Erklärung als Unterrichtsgegenstand einzuführen.

I. Abschnitt.

Erklärung der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes.

1. Kapitel.

1. Russland wird als Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Delegierten erklärt. Diesen Sowjets steht die ganze Zentral- und Lokalgewalt zu.

2. Die R.S.R. wird gegründet als freier Bund freier Nationen, als Föderation nationaler Sowjetrepubliken.

2. Kapitel.

3. Der III. Allrussische Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte stellt sich als Grundaufgabe: die Aufhebung jeglicher Ausbeutung von Menschen durch Menschen, die völlige Beseitigung der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, die schonungslose Unterdrückung der Ausbeuter, die Einführung der sozialistischen Organisation der Gesellschaft und den Sieg des Sozialismus in allen Ländern, und beschliesst ferner:

a) In Verwirklichung der Sozialisierung des Grundes und Bodens wird das Privateigentum am letzteren aufgehoben, aller Grund und Boden als Eigentum des ganzen Volkes erklärt und den arbeitenden Klassen ohne Entgelt zu Nutzniessung nach den Grundsätzen gleichen Rechtes überlassen.

b) Alle Wälder, der Untergrund und Gewässer von allgemein staatlicher Bedeutung sowohl als auch das ganze tote und lebendige Inventar der Muster-Landwirtschaften und Agrikultur-Unternehmungen werden zu Nationaleigentum erklärt.

c) Als erster Schritt zum völligen Übergange von Fabriken, Bergwerken, Eisenbahnen und anderen Produktions- und Transportmitteln ins Eigentum der Arbeiter- und Bauern-Sowjet-Republik wird das Sowjetgesetz über die Arbeiterkontrolle und den Höchsten Volkswirtschafts-

rat zur Sicherung der Macht der Arbeitenden über die Ausbeuter bestätigt.

d) *Als ersten Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital betrachtet der III. Sowjet-Kongress das Sowjetgesetz über die Annullierung der Anleihen, die von der Regierung des Zaren, der Grundbesitzer und der Bourgeoisie aufgenommen worden sind, und spricht die sichere Überzeugung aus, dass die Sowjetregierung diesen Weg bis zum vollständigen Sieg der Arbeitererhebung gegen das Joch des Kapitals festen Schrittes einhalten wird.*

e) *Der Übergang aller Banken ins Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates, als eine der Voraussetzungen zur Befreiung der arbeitenden Massen vom Joch des Kapitals, wird bestätigt.*

f) *Im Interesse der Vernichtung der parasitischen Gesellschaftsschichten und im Interesse der Organisation der Volkswirtschaft wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.*

g) *Um den Übergang der vollen Machtfülle an die arbeitenden Massen zu sichern und jede Möglichkeit einer Wiederherstellung der Macht der Ausbeuter auszuschliessen, wird die Bewaffnung der Arbeitenden, die Bildung einer sozialistischen roten Armee von Arbeitern und Bauern und die vollständige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert.*

3. Kapitel.

4. *Fest entschlossen, die Menschheit aus den Klauen des Finanzkapitals und des Imperialismus, welche in diesem verbrecherischen Kriege die ganze Erde mit Blut überschwemmt haben, zu reissen, schliesst sich der III. S.K. der Politik der Sowjetregierung an und billigt demgemäss die Ausserkraftsetzung der Geheimverträge, die Organisation weitestgehender Verbrüderung der Arbeiter und Bauern in den kriegführenden Armeen sowie die Erreichung eines demokratischen Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen auf Grundlage freien Selbstbestimmungsrechtes der Nationen mit allen möglichen revolutionären Mitteln.*

5. *Zu dem gleichen Zweck besteht der III. S.K. auf vollständigem Bruch mit der barbarischen Politik der Bourgeois-Zivilisation, die das Wohl der Ausbeuter einiger auserwählter Nationen auf der Sklaverei von Hunderten Millionen arbeitender Bevölkerung in Asien, den Kolonien überhaupt und den kleinen Ländern, aufgebaut hat.*

6. *Der III. S.K. begrüsst die Politik des Rates der Volkskommissäre, der die vollständige Unabhängigkeit Finnlands proklamiert, die Abberufung des Heeres aus Persien begonnen und die Freiheit der Selbstbestimmung Armeniens anerkannt hat.*

4. Kapitel.

7. *Der III. Allruss. Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte ist der Meinung, dass gegenwärtig, im Augenblick des ent-*

denden Kampfes zwischen dem Proletariat und seinen Ausbeutern, den letzteren kein Platz in irgendeiner Regierungsinstitution gebühre. Die Gewalt soll ganz und ausschliesslich der arbeitenden Bevölkerung und deren bevollmächtigten Vertretung — den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrate — zustehen.

8. Der III. S.K. bezielt die Schaffung eines wirklich freien und freiwilligen, folglich möglichst vollständigen und festen Bundes der arbeitenden Massen aller Nationen. Er begnügt sich daher mit der Formulierung der Grundsätze einer Föderation russischer Sowjetrepubliken und überlässt es den Arbeitern und Bauern jeder Nation, durch selbständigen Beschluss eigener bevollmächtigter Sowjetkongresse zu entscheiden: ob und nach welchen Prinzipien sie an der Föderativen Regierung und an den übrigen föderativen Sowjetinstitutionen teilnehmen wollen.

II. Abschnitt.

Allgemeine Grundsätze der Verfassung der R.S.F.S.R.

5. Kapitel.

9. Das Grundproblem der für die gegenwärtige Übergangsperiode berechneten Verfassung der R.S.F.S.R. besteht in der Einführung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats sowie der ärmsten Bauern in der Form einer mächtigen Allrussischen Sowjetregierung: zum Zweck vollständiger Unterdrückung der Bourgeoisie, der Aufhebung jeglicher Ausbeutung von Menschen durcheinander und der Verwirklichung des Sozialismus, nach dessen Sieg es weder Klassen noch eine Staatsgewalt geben wird.

10. Die Russische Republik ist eine freie Gemeinschaft aller Arbeitenden Russlands. Die gesamte Macht innerhalb der R.S.F.S.R. eignet der ganzen in den städtischen und ländlichen Sowjets vereinigten Arbeiterbevölkerung.

11. Die Sowjets der Gebiete, die besondere Wirtschaftsverhältnisse oder besondere nationale Zusammensetzung aufweisen, können sich zu autonomen Kreisverbänden zusammenschliessen. An deren Spitze, ebenso wie an der Spitze aller sonstigen Kreisvereinigungen, die sich bilden könnten, stehen Kreis-Sowjet-Kongresse und deren Hilfsorgane.

Diese autonomen Kreisverbände treten der R.S.F.S.R. nach den Grundsätzen der Föderation bei.

12. Die Oberste Gewalt in der R.S.F.S.R. steht dem allrussischen S.K., und in der Zwischenzeit von einem Kongress zum andern dem Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitee zu.

13. Im Interesse wirksamer Sicherung der Gewissensfreiheit der Arbeitenden wird die Kirche vom Staate und die Schule von der Kirche getrennt und allen Bürgern die Freiheit religiöser und antireligiöser Propaganda garantiert.

14. Zur Sicherung wirklicher Meinungsfreiheit der Arbeitenden hebt die R.S F.S.R. die Abhängigkeit der Presse vom Kapital auf und überlässt der Arbeiterklasse und den armen Bauern alle technischen und materiellen Mittel zur Herausgabe von Zeitungen, Broschüren sowie aller anderen Presserzeugnisse und sichert die Freiheit ihrer Verbreitung im ganzen Lande.

15. Zur Sicherung der wirklichen Versammlungsfreiheit der Arbeitenden anerkennt die R.S.F.S.R. das Recht der Bürger der S.R. zur Abhaltung von Versammlungen, Meetings, Umzügen usw. und stellt der Arbeiterklasse und den armen Bauern alle für Volksversammlungen tauglichen Räume samt Einrichtung, Beleuchtung und Beheizung zur Verfügung.

16. Zur Sicherung wirklicher Freiheit des Koalitionsrechtes der Arbeitenden verbürgt die R.S.F.S.R., nachdem sie die ökonomische und politische Macht der besitzenden Klassen gebrochen und so alles beseitigt hat, was die Arbeiter und Bauern an der Ausnützung der Organisations- und Aktionsfreiheit gehindert hat, den Arbeitern und armen Bauern jegliche materielle und sonstige Unterstützung bei ihrer Vereinigung und Organisation.

17. Um das Wissen tatsächlich allgemein zu machen, stellt sich die R.S.F.S.R. die Aufgabe, den Arbeitern und armen Bauern volle und allseitige Bildung zu gewähren.

18. Sie anerkennt die Arbeit als Pflicht aller Bürger der Republik und proklamiert den Satz: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“

19. Im Interesse möglich ausgiebigsten Schutzes aller Eroberungen der grossen Arbeiter- und Bauernrevolution erklärt die R.S.F.S.R. die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes als Pflicht aller Bürger der Republik und führt die allgemeine Wehrpflicht ein. Das ehrenvolle Recht, die Revolution mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, wird nur den Arbeitenden eingeräumt: den nicht arbeitenden Elementen aber obliegen die anderen militärischen Pflichten.

20. Ausgehend von der Solidarität der Arbeitenden aller Nationen, gewährt die R.S.F.S.R. alle politischen Rechte russischer Staatsbürger den Ausländern, die auf dem Territorium der Russischen Republik zu Arbeitszwecken sich aufhalten und zur Arbeiterklasse oder dem Bauerntum, das keine fremde Arbeit verwendet, gehören. Sie ermächtigt die lokalen Sowjets, solchen Ausländern ohne besondere erschwerende Formalitäten die Rechte der russischen Bürgerschaft zu gewähren.

21. Die R.S.F.S.R. gewährt allen Ausländern, die wegen politischer und religiöser Verbrechen verfolgt werden, Asylrecht.

22. Sie anerkennt die Rechtsgleichheit aller Bürger, ohne Unterschied der Rasse und Nationalität, und erklärt sowohl die Einführung oder Zulassung irgendwelcher Privilegien oder Vorzugsrechte auf Grund dieser Unterschiede als auch jede Unterdrückung nationaler Minoritäten oder die Einschränkung ihrer Gleichberechtigung als in Widerspruch mit den Grundsätzen der Republik.

23. Mit Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterklasse im ganzen entzieht die R.S.F.S.R. einzelnen Personen und einzelnen Gruppen ihre Rechte, wenn sie dieselben zum Schaden der sozialistischen Revolution benützen.

III. Abschnitt.

Die Zusammensetzung der Sowjetregierung.

A. Die Organisation der Zentralgewalt.

6. Kapitel.

Vom Allrussischen Kongress der Arbeiter, Bauern, Kosaken und den Räten der Roten Armee.

24. Der Allrussische S.K. ist die höchste Gewalt der R.S.F.S.R.

25. Der Allrussische S.K. setzt sich zusammen: aus Vertretern der Stadtsowjets, derart, dass je ein Delegierter auf 25000 Wähler entfällt, und Vertretern der Gouvernement-Sowjetkongresse, derart, dass je 1 Delegierter auf 25000 Einwohner kommt.

Anmerkung 1: Wenn der Gouvernement-Sowjetkongress nicht vor dem Allrussischen Kongress zusammentritt, so werden die Delegierten für den letzteren unmittelbar von den Bezirkssowjets entsendet.

Anmerkung 2: Wenn der Kreis-Sowjetkongress unmittelbar vor dem Allrussischen Kongress stattfindet, so können die Delegierten für den letzteren vom Kreiskongress entsendet werden.

26. Der Allrussische S.K. wird vom Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee jährlich wenigstens zweimal einberufen.

27. Ein Ausserordentlicher Allrussischer Kongress wird vom A.E.K. entweder nach eigenem Ermessen einberufen, oder auf Verlangen der Sowjets von Ortschaften, die mindestens ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Republik zählen.

28. Der Allrussische Sowjetkongress wählt ein Allrussisches Zentral-Exekutivkomitee von nicht mehr als 200 Mitgliedern.

29. Dieses Allrussische Zentral-Exekutivkomitee ist dem Allrussischen S.K. verantwortlich.

30. In der Periode zwischen den Kongressen steht die höchste Gewalt dem Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee zu.

7. Kapitel.

Vom Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee.

31. Das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee ist das höchste gesetzgebende, verwaltende und kontrollierende Organ der R.S.F.S.R.

32. Es bestimmt die allgemeine Richtung der Arbeiter- und Bauernregierung, sowie aller Organe der Sowjetregierung, vereinheitlicht und bringt in Einklang die Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeiten und überwacht die Durchführung der Sowjetverfassung, der Beschlüsse der Allrussischen S.K. und der Zentralorgane der Sowjetgewalt.

33. Das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee prüft und bestätigt die beantragten Dekrete und andere Vorschläge, die vom Sowjet der Volkskommissäre oder von einzelnen Ressorts eingebracht werden, und erlässt eigene Dekrete und Verfügungen.

34. Das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee beruft den Allrussischen S.K., dem es über seine Tätigkeit, über die allgemeine Politik und einzelne Fragen Bericht erstattet.

35. Das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee ernennt einen Rat der Volkskommissäre für die allgemeine Verwaltung der R.S.F.S.R. und Volkskommissariate zur Leitung der einzelnen Verwaltungsressorts.

36. Die Mitglieder des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees funktionieren in den Volkskommissariaten oder führen besondere Aufträge des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees aus.

8. Kapitel.

Vom Rate der Volkskommissäre.

37. Dem Rate der Volkskommissäre steht die allgemeine Verwaltung der Angelegenheiten der R.S.F.S.R. zu.

38. Zur Erfüllung dieser Aufgabe erlässt der Rat der Volkskommissäre Dekrete, Verordnungen, Instruktionen und trifft alle Massnahmen zum Zweck der Sicherung eines normalen und raschen Staatslebens.

39. Der Rat der Volkskommissäre bringt dem Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee unverzüglich alle seine Beschlüsse und Entscheidungen zur Kenntnis.

40. Diesem steht das Recht zu, Beschlüsse oder Entscheidungen des Rates der Volkskommissäre aufzuheben oder zu suspendieren.

41. Alle Beschlüsse und Entscheidungen des Rates der Volkskommissäre von grosser allgemein-politischer Bedeutung werden vom A.Z.E.K. geprüft und bestätigt.

Anmerkung: Massnahmen, die unaufschiebbare Durchführung erheischen, können vom Rate der Volkskommissäre unmittelbar getroffen werden.

42. Die Mitglieder des Rates der Volkskommissäre stehen an der Spitze einzelner Volkskommissariate.

43. Es werden 17 Volkskommissariate gebildet, u. zw. für: a) auswärtige Angelegenheiten; b) Heerwesen; c) Marine; d) Inneres; e) Justiz; f) Arbeit; g) soziale Versicherung; h) Volksaufklärung; i) Post und Telegraphen; k) Finanzen; l) Verkehr; m) Landwirtschaft; n) Handel und Industrie; o) Volksernährung; p) Staatskontrolle; q) den obersten Volkswirtschaftsrat; r) Gesundheitsschutz.

44. Jedem Volkskommissär — und unter dessen Vorsitz — wird ein Kollegium beigegeben, dessen Mitglieder vom Rate der Volkskommissäre bestätigt werden.

45. Ein Volkskommissär darf selbständig Entscheidungen in allen Fragen treffen, die in den Zuständigkeitskreis des betreffenden Kommissariats fallen. Von solchen Entscheidungen hat er das Kollegium zu verständigen. Dies kann, wenn es mit einer solchen Entscheidung des Volkskommissärs nicht einverstanden ist, gegen sie, ohne sie zu sistieren, beim Rate der Volkskommissäre oder beim Präsidium des A.Z.E.K. Berufung einlegen.

Dasselbe Berufungsrecht steht auch einzelnen Mitgliedern des Kollegiums zu.

46. Der Rat der Volkskommissare ist nach allen Richtungen hin dem Allruss. Sowjet-Kongress und dem A.Z.E.K. verantwortlich.

47. Die Volkskommissäre und die betreffenden Kollegien sind ihrerseits in gleicher Art dem Rate der Volkskommissäre und dem A.Z.E.K. verantwortlich.

48. Die Bezeichnung Volkskommissär eignet ausschliesslich den Mitgliedern des Rates der Volkskommissäre, der die allgemeinen Angelegenheiten der R.S.F.S.R. verwaltet, und kann von anderen Vertretern der Sowjetgewalt weder im Zentrum, noch in der Provinz geführt werden.

9. Kapitel.

Von der Kompetenz des Allrussischen Sowjet-Kongresses und des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees.

49. In die Zuständigkeit des A.S.K. und des A.Z.E.K. fallen alle Fragen von allgemein staatlicher Bedeutung, u. zw.: a) die Bestätigung, Abänderung und Ergänzung der Verfassung der R.S.F.S.R.; b) die allgemeine Leitung der gesamten äusseren und inneren Politik der R.S.F.S.R.; c) die Festsetzung und Abänderung der Grenzen, sowie die Veräusserung von Teilen des Territoriums der R.S.F.S.R. oder ihr zustehender Rechte; d) die Festsetzung der Grenzen und der Kompetenz der Kreis-Sowjet-Verbände, die der R.S.F.S.R. angehören, sowie die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen denselben; e) die Aufnahme neuer Mitglieder der S.R. in die R.S.F.S.R. und die Anerkennung des Austrittes einzelner Teile aus der russischen Föderation; f) die allgemeine administrative Einteilung des Territoriums der R.S.F.S.R. und die Bestätigung der Kreis-Vereinigungen; g) die Festsetzung und Abänderung des Mass-, Gewichts- und Geldsystems innerhalb des Territoriums der R.S.F.S.R.; h) der Verkehr mit fremden Staaten, die Erklärung von Krieg und der Friedensschluss; i) die Aufnahme von Anleihen, der Abschluss von Zoll- und Handelsverträgen, sowie Abmachungen finanzieller Art; k) die Bestimmung der Grundsätze und des allgemeinen Planes der ganzen Volkswirtschaft sowie einzelner Teile derselben innerhalb der R.S.F.S.R.; l) die Bestätigung des Budgets der R.S.F.S.R.; m) die Festsetzung allgemein-staatlicher Steuern und Abgaben; n) die Festlegung der für die Organisation der bewaffneten Macht der R.S.F.S.R. massgebenden Grundsätze. o) die allgemein staatliche Gesetzgebung, die Gerichtsorganisation und Rechtsprechung, die bürgerliche und Kriminalgesetzgebung usw.; p) die Ernennung und Absetzung sowohl einzelner Mitglieder des Rates der Volkskommissäre als auch des Rates der Volkskommissäre im ganzen und die Bestätigung des Vorsitzenden dieses Rates der Volkskommissäre; q) die Erlassung allgemeiner Normen über Erwerb und Verlust des Rechts der russischen Staatsbürgerschaft und über Rechte der Ausländer innerhalb der Republik; r) das Recht zur Erlassung einer allgemeinen und teilweisen Amnestie.

50. Ausser den aufgezählten Fragen gehören in die Kompetenz des

Allrussischen S.K. und des Allrussischen Z.E.K. auch alle jene, die sie als in ihren Kompetenzkreis fallend beanspruchen.

51. Ausschliesslich dem Allrussischen S.K. unterliegen die:

a) Festsetzung, Ergänzung und Abänderung der Grundsätze der Sowjetverfassung;

b) die Ratifikation der Friedensverträge.

52. Die Entscheidung über die in Art. 49 Abs. c und h genannten Fragen wird, sobald die Einberufung eines Allrussischen S.K. unmöglich ist, dem A.Z.E.K. überlassen.

B. Organisation der Sowjetgewalt in der Provinz.

10. Kapitel.

Von den Sowjetkongressen.

53. Die S.K. werden folgendermassen zusammengesetzt:

a) Kreiskongresse aus Vertretern der Stadt- und Bezirkssowjets, derart, dass je 1 Delegierter auf 25 000 Einwohner, in Städten aber auf 5000 Wähler entfällt. Die Gesamtzahl der Delegierten für einen Kreis darf jedoch 500 nicht übersteigen; oder aus Vertretern der Gouvernement-Sowjetkongresse, die nach derselben Norm gewählt werden, wenn dieser Kongress unmittelbar vor dem Kreiskongresse stattfindet.

b) Gouvernementskongresse bestehen aus Delegierten der Stadtsowjets und der Volost-Kongresse[1]), derart, dass je 1 Delegierter auf 10 000 Einwohner und in Städten auf 2000 Wähler entfällt. Die Gesamtzahl der Delegierten für das ganze Gouvernement darf 300 nicht übersteigen. Findet ein Bezirkskongress unmittelbar vor dem Gouvernementskongress statt, so wird die Wahl nach derselben Norm nicht von den Volost-, sondern von den Bezirkskongressen vorgenommen.

c) Bezirks-(Rayon-)Kongresse bestehen aus Vertretern der Dorfsowjets, derart dass je 1 Delegierter auf 1000 Einwohner kommt. Der ganze Bezirk entsendet jedoch nicht mehr als 300 Delegierte.

d) Volostkongresse bestehen aus Vertretern aller Dorfsowjets der Volost, nach dem Schlüssel von je 1 Delegierten für je 10 Mitglieder des Sowjets.

Anmerkung 1: An den Bezirkskongressen nehmen Vertreter der Stadtsowjets teil, deren Bevölkerung 10 000 nicht übersteigt; Dorfsowjets von Ortschaften mit weniger als 1000 Einwohnern vereinigen sich zur Wahl des Delegierten für den Bezirkskongress.

Anmerkung 2: Dorfsowjets mit weniger als 10 Mitgliedern entsenden auf den Volostkongress je 1 Vertreter.

---

[1]) *Volost = Amtsbezirk.*

54. Die Sowjetkongresse werden von den Vollzugsorganen des betreffenden Territoriums (Vollzugskomitees) nach deren Ermessen oder auf Verlangen der Sowjets von Ortschaften, die nicht weniger als die Hälfte der ganzen Bevölkerung des betreffenden Rayons ausmachen, jedenfalls aber mindestens zweimal jährlich im Kreise, alle 3 Monate im Gouvernement und in den Bezirken, und monatlich in der Volost einberufen.

55. Der S.K. (Kreis-, Gouvernement-, Bezirk- und Volostkongress) wählt sein Vollzugsorgan, das Vollzugskomitee, das nicht mehr Mitglieder zählen darf als: a) 25 für den Kreis und das Gouvernement, b) 20 für den Kreis, c) 10 für die Volost. Das Vollzugskomitee ist gänzlich dem S.K., von dem es gewählt wurde, verantwortlich.

56. Innerhalb seiner Kompetenz ist der S.K. (Kreis-, Gouvernement-, Bezirks- oder Volostkongress) die oberste Gewalt innerhalb des betreffenden Territoriums; in der Periode zwischen zwei Kongressen besitzt diese Gewalt das Exekutivkomitee.

11. Kapitel.

Von den Delegiertensowjets.

57. Die Delegiertensowjets werden gebildet:

a) in den Städten auf der Basis von je 1 Delegierten auf je 1000 Einwohner. Sie bestehen aber jedenfalls aus nicht weniger als 50 und aus nicht mehr als 1000 Mitgliedern;

b) in anderen Ortschaften (Dörfern, Weilern, kleinen Städtchen, Städten mit weniger als 10 000 Einwohnern, Meiereien etc.) entfällt je 1 Delegierter auf 100 Einwohner, aber im ganzen werden nicht weniger als 3 und nicht mehr als 50 Delegierte für jede Ortschaft entsendet.

Das Mandat der Delegierten ist mit 3 Monaten befristet.

Anmerkung: In denjenigen ländlichen Ortschaften, wo dies durchführbar ist, werden die Verwaltungsfragen unmittelbar von der Versammlung aller Wähler der Ortschaft entschieden.

58. Für die laufende Arbeit wählt der Sowjet aus seiner Mitte ein Vollzugskomitee, das in Dörfern 5 Mitglieder, in Städten aber je 1 Mitglied auf 50 Sowjetdelegierte, aber jedenfalls im ganzen nicht weniger als 3 und nicht mehr als 15, in Petersburg und Moskau insbesondere nicht mehr als 40 zählt. Das Vollzugskomitee ist ganz dem Sowjet verantwortlich, von dem es gewählt wurde.

59. Der Sowjet wird — in den Städten mindestens einmal, in den Dörfern mindestens zweimal wöchentlich — vom Vollzugskomitee einberufen, u. zw. nach eigenem Ermessen oder auf Verlangen wenigstens der Hälfte der Sowjetmitglieder.

60. Innerhalb seiner Kompetenz ist der Sowjet, und in den im § 57 (Anmerkung) erwähnten Fällen die Versammlung aller Wähler die höchste Gewalt im betreffenden Sprengel.

12. Kapitel.

Von der Kompetenz der Organe der lokalen Sowjetgewalt.

61. In die Zuständigkeit der Kreis-, Gouvernements-, Bezirks- und Volostorgane der Sowjetregierung sowohl als auch der Delegiertensowjets fallen die:

a) Durchführung aller Beschlüsse der entsprechenden höchsten Organe der Sowjetgewalt;

b) alle Massnahmen zur kulturellen und landwirtschaftlichen Hebung des betreffenden Territorialsprengels;

c) Entscheidung aller Fragen von rein lokaler Bedeutung;

d) Vereinheitlichung der ganzen Sowjettätigkeit innerhalb des gegebenen Territoriums.

62. Die S.K. und deren Vollzugskomitees üben die Kontrolle über die Tätigkeit der lokalen Sowjets. (Es kontrollieren demgemäss die Kreiskongresse alle Sowjets des Kreises; die Gouvernementskongresse wieder alle Sowjets des Gouvernements, ausser den städtischen, die der Kontrolle der Bezirkssowjets unterliegen usw.) Überdies steht den Kreis- und Gouvernementkongressen sowie deren Vollzugskomitees das Recht zur Aufhebung von Beschlüssen der Sowjets ihrer Sprengel zu. Von einer solchen Aufhebung ist in den wichtigsten Fällen die Zentralsowjetgewalt zu verständigen.

63. Zur Erfüllung der den Organen der Sowjetgewalt obliegenden Aufgaben werden den (städtischen und ländlichen) Sowjets sowohl als auch den Vollzugskomitees (im Kreis, Gouvernement, Bezirk und Volost) entsprechende Abteilungen mit Leitern an deren Spitze beigegeben.

Abschnitt IV.

Aktives und passives Wahlrecht.

13. Kapitel.

64. Das Recht, in die Sowjets zu wählen und gewählt zu werden, geniessen, ohne Rücksicht auf Konfession, Nationalität, Ansässigkeit u. ä., nachstehende Bürger der R.S.F.S.R. beiderlei Geschlechts, die am Wahltage bereits das 18. Jahr erreicht haben:

a) Alle Personen, die ihren Lebensunterhalt durch produktive und gemeinnützige Arbeit erwerben, sowie jene, die im Haushalte beschäftigt sind, der den ersteren die produktive Arbeit ermöglicht, u. sw.: in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft usw. beschäftigte Arbeiter und Angestellte aller Kategorien, ferner Bauern und Kosaken-Landwirte, die sich keiner Lohnarbeit zum Zwecke der Erzielung eines Profits bedienen;

b) die Soldaten der Sowjetarmee und Flotte;

c) Bürger der voranstehend unter a und b genannten Kategorien, die in irgendeinem Masse ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben.

Anmerkung 1: Die Lokalsowjets können die in diesem Artikel normierte Altersgrenze mit Genehmigung der Zentralgewalt herabsetzen.

Anmerkung 2. Von Nicht-Staatsbürgern genießen das aktive und passive Wahlrecht auch die im Art. 20 (II Abschn. 5. Kap.) aufgezählten Personen.

65. Weder aktiv noch passiv wahlberechtigt sind, auch dann wenn sie einer der vorgenannten Kategorien angehören:

a) Personen, die sich der Lohnarbeit bedienen, um Gewinn zu erzielen;

b) Personen, die ein arbeitsloses Einkommen, z. B. Kapitalzinsen, Unternehmereinkommen, sonstigen Vermögensertrag u. ä. beziehen;

c) private Händler, Handels- und kommerzielle Mäkler;

d) Mönche und geistliche Diener von Kirchen und religiösen Kultusorganisationen;

e) Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des besonderen Gendarmenkorps und der Ochrana, ferner Mitglieder der Zarenfamilie;

f) Personen, die in gesetzlicher Form als psychisch oder geisteskrank erkannt wurden, sowie unter Kuratel Stehende;

g) Personen, die wegen gewinnsüchtiger und schwerer Verbrechen zu einer im Gesetz oder im Gerichtsurteil festgesetzter Strafe verurteilt wurden.

14. Kapitel.

Von den Wahlen.

66. Die Wahlen finden gewohnheitsmässig an dem Tage statt, den die lokalen Sowjets hierzu bestimmen.

67. Die Wahlen werden in Anwesenheit der Wahlkommission und eines Vertreters des lokalen Sowjets vorgenommen.

68. Ist die Anwesenheit des Vertreters der Sowjetgewalt technisch unmöglich, so vertritt ihn der Vorsitzende der Wahlkommission; fehlt auch dieser, der Vorsitzende der Wahlversammlung.

69. Über den Gang und das Resultat der Wahlen wird ein Protokoll aufgenommen, das von den Mitgliedern der Wahlkommission und den Vertretern des Sowjets zu fertigen ist.

70. Die ausführliche Wahlordnung sowohl als auch die Beteiligung der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen an der Wahl wird von den lokalen Sowjets, laut Instruktion des A.Z.E.K. geregelt.

15. Kapitel.

Von der Prüfung und Aufhebung der Wahlen und von der Abberufung der Delegierten.

71. Das ganze Material über die Wahl geht an den betreffenden Sowjet.

72. Der Sowjet setzt eine Mandatkommission zur Prüfung der Wahl ein.

73. Über das Resultat dieser Prüfung berichtet diese Mandatkommission dem Sowjet.

74. Der Sowjet entscheidet über die Frage, ob bestrittene Wahlen zu bestätigen sind.

75. Bestätigt der Sowjet einen Kandidaten nicht, so wird eine neue Wahl ausgeschrieben.

76. Ist die Wahl im ganzen ungültig, so wird die Frage nach der Aufhebung der Wahl von einem der Reihe nach höheren Organ der Sowjetgewalt entschieden.

77. Das A.Z.E.K. ist die letzte Instanz in der Kassation von Sowjetwahlen.

78. Den Wählern, die in einen Sowjet einen Delegierten entsandt haben, steht zu jeder Zeit das Recht zu, denselben abzuberufen und laut der allgemeinen Ordnung neue Wahlen vorzunehmen.

Abschnitt V.

Das Budgetrecht.

79. Die Finanzpolitik der R.S.F.S.R. fördert in der gegenwärtigen Übergangszeit der Diktatur der Arbeitenden den Hauptzweck der Expropriation der Bourgeoisie und die Vorbereitung der Bedingungen für die allgemeine Gleichheit der Bürger der Republik auf dem Gebiete der Güterproduktion und der -verteilung. Zu diesem Zwecke stellt sie sich die Aufgabe, den Organen der Sowjetgewalt alle erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die lokalen und allgemeinstaatlichen Bedürfnisse der S.R. zu befriedigen, ohne vor den Eingriffen ins Privateigentum Halt zu machen.

80. Die Staatseinnahmen und -ausgaben der R.S.F.S.R. werden im allgemeinstaatlichen Budget zusammengestellt.

81. Der A.S.K. oder das A.Z.E.K. bestimmen, welche Arten der Einnahmen und Steuern dem allgemeinstaatlichen Budget zugehören und welche den lokalen Sowjets überlassen werden; sie bestimmen auch die Grenzen der Besteuerung.

82. Die Sowjets schreiben Abgaben und Steuern ausschliesslich für die Bedürfnisse der lokalen Wirtschaft aus. Allgemeinstaatliche Bedürfnisse werden auf Kosten des Reichsschatzes gedeckt.

83. Keine wie immer geartete Ausgabe darf aus den Mitteln des Reichsschatzes ohne entsprechende Kreditgewährung im Budget oder speziellen Beschluss der Zentralgewalt gemacht werden.

84. Zur Befriedigung von Bedürfnissen allgemeinstaatlicher Bedeutung werden den lokalen Sowjets von den betreffenden Volkskommissariaten die nötigen Kredite aus dem Reichsschatz gewährt.

85. Die Sowjets verausgaben die ihnen aus dem Reichschatz sowohl als auch für lokale Bedürfnisse gewährten Mittel direkt und im Rahmen der Unterteilungen (Paragraphe und Artikel) und können sie ohne besonderen Beschluss des A.Z.E.K. und des Rates der Volkskommissäre für andere Bedürfnisse nicht verwenden.

86. Die lokalen Sowjets stellen Halbjahres- und Jahresvoranschläge der Einnahmen und Ausgaben für lokale Zwecke auf.

Die Voranschläge der Dorf- und Volostsowjets und der Sowjets jener Städte, die an den Bezirkskongressen teilnehmen, sowie die Voranschläge

der Bezirksorgane der Sowjetgewalt werden von den betreffenden Gouvernements- und Kreiskongressen oder deren Exekutiv-Komitees bestätigt; die Voranschläge der Stadt-, Gouvernements- und Kreisorgane der Sowjetgewalt werden vom A.Z.E.K. und vom Rate der Volkskommissäre bestätigt.

87. Für Ausgaben, die im Voranschlag nicht vorgesehen sind oder für welche im Voranschlag keine Deckung vorgesehen ist, suchen die Sowjets um Ergänzungskredite bei den betreffenden Kommissariaten an.

88. Reichen die lokalen Mittel für die lokalen Bedürfnisse nicht aus, so gewähren das A.Z.E.K. und der Rat der Volkskommissäre die zur Deckung unaufschiebbarer Ausgaben nötigen Subventionen oder Anleihen aus den Mitteln des Reichsschatzes.

VI. Abschnitt.

Von dem Wappen und der Fahne der Russ. Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik.

15. Kapitel.

89. Das Wappen der R.S.F.S.R. besteht — auf rotem Hintergrund mit Sonnenstrahlen — aus einer goldenen Sichel und einem goldenen Hammer, deren Griffe nach unten gekreuzt und die von einem Ährenkranz umgeben sind, mit der Aufschrift:

a) Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik, und

b) Proletarier aller Länder vereinigt euch!

90. Die Handels-, Marine- und Heeresfahne der R.S.F.S.R. besteht aus einem purpurroten Tuch, in dessen linker Ecke beim Schaft oben die Buchstaben R.S.F.S.R. oder die Aufschrift: Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik sich befinden.

Der Vorsitzende des V. Allrussischen Sowjet-Kongresses und des A.Z.E.K.
Ja. Sverdlow.

Die Mitglieder des Präsidiums des Allruss. Zentral-Exekutiv-Komitees
T. J. Teodorovic, F. A. Resin, A. P. Rosenholz,
A. Ch. Mitrofanow, K. G. Maximow.

Der Sekretär des Allruss. Zentral-Exekutiv-Komitees
W. A. Awanesow.

Izvestija Vserossijskago Centralnago Ispolnitelnago Komitéta Sovětov Krestjanskich Soldátskichi Kazáčjich Deputátov. Nr. 151/415/19 ijulja 1918.

Konstitucija (Osnovnoj zákon) Rossijskoj Socialističejskoj Federativnoj Sovětskoj Respubliky.

Utvèrždénnaja 8-m-Vserossijskim Sězdom Sovětov v janvarě 1918 goda, declaracija prav trudjáščagosja i expluatirujemago naróda, vměstě s utvěržda-

jemoj 5-m Sězdom konstitucijej Sovětskoj Respubliky, sostavljajút jedinýj osnovnoj zakón Rossijskoj Socialističeskoj Federativnoj Sovětskoj Respublik.

Etot osnovnoj zakón vstupajét v dějstvije s momenta jego opublikovanija v okončatelnoj formě v Izvěstijach V.C.J.K. On dolžen byt raspublikovan všemi městnymi organami Sovětskoj vlásti i vystav len vo všech sovětskich učreždénijach na vidnom městě.

5-j Sězd poručajet Narodnomu Komissariatu prosvěščenijav vvesti vo všech bez izjatija školach i učebnych zavedenijach Rossijskoj Respubliki isučenije osnovnych položenij nastojaščej konstitucii, a ravno i ich razjasnenije i istolkovanije.

Razděl pervyj.

Deklaracija orav trudjaščagosja i explatirujemago naroda.

Glava pervaja.

1. Rossija objavljajetsja respublikoj Sovětov Rabočich Soldatskich i Krestjanskich Depútatov. Vsja vlast' v centrě i na městach prinadležat' etim Sovětam.

2. Sovětskaja Rossijskaja Respublika učreždajetsja na osnově svobodnago sojúza svobodných racij, kak federacija Sovětskich nationalnych respublik.

Glava vtoraja.

3. Stávja svojej osnovnoj zadáčej uničtoženije vsjakoj explnatácii čelověka čelověkom, polnoje ustranénije dělenija óbčestva na klássy, bespoščadnoje podavlenije expluatátorov, ustanovljenije socialističeskoj organizacii občestva i pobědy socialisma vo všech stranách.

III. Vseross. Sězd. S.K.S. i Kr.Dep. postanovljajet dalěje:

a) V osuščestvenije socializácii zemli, částnaja sóbsvennost na zemlju otměnjájetsja i ves zemelnyi fond objavljajetsja obščenaródnym dostojánijem i peredajotsja trudjaščimsja bez vsjakago vykupa, na načálach uravnitelnago zemlepolzovanija.

b) Vsě lěsá, nědra i vódy obščegosudárstvennago značenija, a ravno i ves živoj i mertvyi inventář, obrazcovyja poměstja i selsko-chozjajstvennyja predprijatija objavljajútsja nacionalnym dostojánijem.

c) Kak pervyj šag k polnomu perechodu fábrik, zavodov, rudnikov železnych dorog i pročich sredstv proizvodstva i tránsporta v sobstvennost Sovětskoj Rabočej Krestjanskoj respubliki, podtverždájetsja Sovětskij zákon o rabočem kontrolě i o Vysšem Sovětě Narodnago Chozjajstva v čeljach obezpečenija vlásti trudjaščichsja nad exsploatátorami.

d) Kak pervaj udár meždunarodnomu bankovomu finansovomu kapitalu, III. Sězd Sovětov razsmatrivajet Sovětskij zakón ob annulirovanii (uničtočenii) zajmov, zaključonnych pravitelstvom carja, poměščikov i buržoazii, vyražaja uvěrennost, čto sovětskaja vlast pojdet tverdo po etomu putí vplot' do polnoj pobědy meždunaródnago rabočago vozstanija protiv iga kapitála.

e) Podtverždajtesja perechod všech bankov v sobstvennost raboče-krestjanskago gosudarstva kak odno is uslovij osvoboždenija trudjaščichsja mass iz-pod iga kapitala.

f) V céjlach uničtoženija parazitičeskych slojov obščestva i organizacii chozjajstva, vvoditsya vseobščaja trudovaja povinnost'.

g) V interesach obezpečenija vsej polnoty vlasti za trudjaščimisja massami i ustranenija vsjakoj vozmožnosti vozstanovlenija vlasti exspluatatorov, dekretirujutsja vooruženije trudjaščichsja obrazovanije socialističeskoj krasnoj armii rabočich i krestjan i polnoje razoruženije imuščich klassov.

Glava tretja.

4. Vyražaja nepreklonnuju rešimost vyrvat' čelovečestvo iz kogtej finansovago kapitala i imperialisma, zalivšich zemlju krovju v nastojaščej, prestupnějšćej iz všech vojn, III. Sězd Sovětov vsecělo prisojedinjajetsja k provodimoj Sovětskoj vlastyi politikě razryva tajnych dogovorov, organizacii samago širokago bratanija s rabočimii krestjanami vojujuščich ovně meždu soboj armij i dostiženija vo čto by to ni stalo revolucionnymi měrami demokratičeskago mira trudjaščichsja bez anneksij i kontribucij, na osnově svobodnago samoopredělenija nacij.

5. V těch že cěljach III. Sězd Sovětov nastaivajet na polnom razryvě varvarskoj politiki buržuasnoj civilizacii, strovšej blagosostanije exsplnatatorov v nemnogich izbrannych nacijach na porabośčenii soten millionov trudjaščagosja naselenija v Azii, v kolonijach, voobšč i v malych stranach.

6. III. Sězd Sovětov privětstvujet politiku Sověta narodnych komissarov, provozglasivšago polnuju nezavisimost Finljandii, načavšago vyvod vojsk iz Persii, objavivšago svobodu samoopredělenija Armenii.

Glava četvertaćja.

7. III. Vserossijskij Sězd Sovčtov R.S., i Kr. Deputatovpolagajet, čto teper, v moment rěšitelnoj bor'by proletariata s jego expluatatorami, expluatatoram ne možet' byt' města ni v odnom iz organov vlasti. Vlast' dolžna prinadležat' čelikom i isključitelno trudjaščimsja massam i ich polnomočnomu prepstavitelstvu — Sovčtam Rabočich, Soldatskich i Krestjanskich Deputatov.

8. Vměstě s těm, stremjaś sozdat' dějstvitelno svobodnyi i dobropolnyi, a slědovatelno, těm boléje polnyi i pročnyi, sojuz trudjaščichsja klassov vsěch nacij Rossii, III. Sězd Sovětov ograničivajetsja vstanovlenijem korennych načal federacii Sovětskich respublik Rossii, predostavljaja rabočim i krestjanam každoj nacii prinjat samostojatelnoje rěšenije na svojem sobstvennom polnomočnom sovětskom Sězdě Želajut-li oni i na kakich osnovanijach učastvovat' v federalnom pravitelstvě i v ostalnych federalnych Sovětskich učreždenijach.

Razděl Vtorói.

Obsčija položénija Konstitúcii Rossískoj Socialistíčeskoj Federatívnoj Sovětskoj Respúbliki.

Glavá Pjátaja.

9. Osnovnája zadáča razsčítannoj na nastojáščij perechódnyj momént konstitúcii Rossíjskoj Socialistíčeskoj Federatívnoj Sovětskoj Respúbliki

zaključájetsja v ustanovlénii diktatúry gorodskógo i selškago proletariáta i bědnějšago krest'janstva v vidě móščnoj Vserossíjskoj Sovětskoj vlásti v céljach pólnago podavlénija buržuazii, uničtozénija eksplutácii čelověka čelověkom i vodvorénija socialisma, pri kotórom ne budet ni dělenija na klássy ni gosudárstvennoj vlásti.

10. Rossíjskaja Respúblika jest' svobódnoje socialistíčeskoje óbščestvo vsěch trudjáščichsja Rossii Vsja vlast' v predělach Rossíjskoj socialistíčeskoj Federatívnoj Sovětskoj Respúbliki prinadležit vsemú rabóčemu naseléniju straný, ob' jedinjonnomu v gorodskích i sěl'skich sovětach.

11. Sověty oblastej, otličájuščichsja osóbym býtom i nacionálnym sostavom objedinajutsja v autonómnyje oblastýje sojúzy, vo glavě kotór'ych, kak vo glavě vsjákich moguščich byt' obrazóvannymi oblastných objedinčnij voobšče, stoját Oblast nýje sězdy Sovětov i ich ispolnítel'nyje organy.

Eti avtonómnyje oblastnýje sojúzy vchódjat na načálach federácii v Rossíjskuju socialistíčeskuju Federatívnuju Sovětskuju Respúbliku.

12. Verchóvnaja vlasť v Rossíjskoj socialistíčeskoj Federatívnoj Sovětskoj Respúblikě prinadležit vserossíjskomu S'jězdy Sovětov, a v períod meždu s'ězdami Vserossíjskomu Centrál'nomu Ispolnitel'nomu Komitétu.

13. V céljach obezpečenija za trudjáščimisja dějstvitel'noj svobódy sóvěsti, cerkov' otdělájetsja ot go sudárstva i škóla ot cérkvi, a svobóda religióznoj i antireligióznoj propagándy priznajótsja za vsěmi graždanami.

14. V céljach obezpečenija za trudjáščimisja dějstvítel'noj svobódy vyražénija svoích mnčnij R.S.F.S.R. uničtožájet zavisimosť pečáti ot kapitála i predostavljájet v rúki rabočago klássa i krest'janskoj bědnotý vsě techničeskija i materiál'nyja srédstva k izdániju gazět, brošjúr, knig i vsjákich drugích proizvedénij pečáti i obezpéčivajet ich svobódnoje rasprostranénije po vsej straně.

15. V céljach obezpečenija za trudjáščimisja dějstvitel'noj svobódy sobránij, R.S.F.S.R., priznavája právo gráždan Sovětskoj Respúbliki svobódno ustraivat' sobránija, mítingi, šéstvija i. t. p. predostavljájet v rasporjaženije rabóčago klássa i krestjánskoj bědnotý vsě prigódnyja dlja ustrójstva naródnych sobránij poměščénija s obstanóvkoj, osvěščénijem i otoplénijem.

16. V céljach obezpečenija za trudjáščimisja dějstvitel'noj svobódy sojúzov, R.S.F.S.R., slomív ekonomíčeskuju i politíčeskuju vlast' imúščich klássov i étim ustranív vsě prepjátstvija kotóryja do sich por měšáli v buržuáznom óbščestvě rabóčim i krest'jánam pol'zovat'sja svobódoj organizácii i dějstvija, okázyvajet rabóčim i bědnějšim krest'jánam vsáčeskoje sodějstvije, materiál'noje i inóje dlja ich ob'jedinénija i organizácii.

17. V céljach obezpečenija za trudjáščimisja dějstvitel'nago dóstupa k znániju, R.S.F.S.R., stávit svojéju zadáčej predostávit' rabóčim i bědnějšim krestjánam polnoje i vsesto rónnoje bezplátnoje obrazovánije.

18. R.S.F.S.R. priznajót trud objázanost'ju vsěch gráždan respúbliki i provozglášajet lózung: „Ne trudjá ščijsja, da ne jest!"

19. V céljach vseměrnoj ochrány zavojovonnoi velíkoj rabóče — krestjánskoj revolúcii, R.S.F.S.R. priznajót objazannost'ju vsěch graždan Respúbliki zaščitu socialistíčeskago otéčestva i ustanavlivajet vseóbščuju vóinskuju

povinnost'. Početnoje pravo zaščiščat' revoljúciju s orúžijem v rukách predostavljájetsja tol'ko trudjáščimsja, na netrudovýje že eleménty vozlagajetsja otpravlénije inych vojénnych objázannostej.

20. Ischodjá iz solidárnosti trudjáščichsja vsěch nácij, R.S.F.S.R., predostavljájet vsě politíčeskija pra vá rossíjskich graždan innostráncam, proživájuščim na teritórii Rossíjskoj Respúbliki dlja trudových zanjátij i prinadležáščim k rabóčemu klássu íli k nepól'zujuščemusja čužím trudóm krest'janstva, i priznajót za městnymi sovětami pravo predostavljat' takím inostráncam, bez vsjákich zatrudnitel'nych formál'nostej, pravá rossijskago graždánstva.

21. R.S.F.S.R. predostavljájet právo uběžišča vsěm inostráncam, podvergajuščimsja presledovaniju za politíčeskija i religióznyja prestuplénija.

22. R.S.F.S.R., priznavája rávnyja pravá za graždanami nezavísimo ot ich rásovoj i nacionál'noj prinadléžnosti, ob'javljájet protivoréčaščim osnóvnym zakónam Respúbliki ustanovlénije íli dopuščénije kakích libo privilégij íli preimuščestv na étom osnovánii, a ravno kakóje by to ni bylo ugneténije national'nych menšinstv íli ograničenije ich ravnoprávija.

23. Rukovódstvujas' interésami rabóčago klássa v célom, R.S.F.S.R. lišájet otděl'nych lic i otdělnoi grúppy prav, kotoryja ispól'zujutsja ími v uščerb interésam socialistíčeskoj revolúcii.

Razděl Trétij.

Konstrúkcija Sovětskoj vlásti.

A. Organizácija Centrál'noj vlásti.

Glavá šestája.

O Vserossíjskom Sězdě Sovětov Rabóčich, krest'jánskich, Kazáč'ichi Krasnoarméjskich Deputátov.

24. Vserossíjskij Sězd Sovětov javljájetsja výsšej vlást'ju Rossíjskoj Socialistíčeskoj Federatívnoj Sovětskoj Respúbliki.

25. Vserossíjskij Sězd Sovětov sostavljájetsja iz predstavítelej Gorodskich Sovětov, po rasčótu 1. deputáta na 25 000 izbirátelej i predstavítelej Gubernskich Sězdov Sovětov, po rasčótu 1 deputáta na 125 tysjač žitelej.

Priměčánije 1. V slúčaje, jésli Gubernskij Sězd Sovětov ne predšéstvujet Vserossíjskomu Sězdu, to delegáty na poslědnij mogut byt' póslany Oblastnym Sězdom.

26. Vserossíjskij Sězd Sovětov sozyvájetsja Vserossíjskim Central'nym Ispol'nitel'nym komitétom ne réže dvuch raz v god.

27. Črezvyčájnyj Vserossíjskij Sězd sozyvájetsja Vserossíjskim Centrál'nym Ispolnítel'nym komitétom po sóbstvennomu počínu íli po trébovaniju Sovětov městnostej, nasčityvajuščich nemenčje 1/3 vsego naselénija Respúbliki.

28. Vserossíjskij C.J.K. vsecělo otvětstven pered Vserossíjskim Sězdom Sovětov.

29. Vserossíjskij Sězd Sovětov izbirájet V.C.J.K. v čislě ne nýše 200

30. V périod meždu Sězdami výsšej vlást'ju Respúbliki javljájetsja Vserossijskij Centrál'nyj Ispolnítel'nyj Komitet.

Glavá Sed'maja.

O Vserossijskom Centrál'nom Ispolnítel'nom Komitètě.

31. V.C.J.K. javljájetsja výsšim zakonodátel'nym, rasporjadítel'nym i kontrolírujuščim órganom R.S.F.S.R.

32. V.C.J.K. dajót obščeje napravlénije dějatel'nosti rabóče-krest'janskago pravítel'stva i vsěch órganov Sovětskoj vlásti v stranĕ, ob'jedinjájet i soglasújet rabóty po zakonodátel'stvu i upravléniju i nabljudájet za provedénijem v žizn' Sovětskoj konstitúcii, postanovlénij Vserossíjskich Sězdov Sovětov i centrál'nych órganov Sovětskoj vlásti.

33. V.C.J.K. razsmátrivajet i utverždájot projékty dekrétov i inýja predložénija, vnosímyja Sovětom Naródnych Komissárov íli otděl'nymi vědomostvami, a takže izdajót sóbstvennyje dekrety i rasporjažénija.

34. V.C.J.K. sozyvájet Vserossijskij Sězd Sovětov, kotóromu predstavljájet otčót o svojéj dějátel'nosti i doklády po óbščej polítikě i otděl'nym voprósam.

35. V.C.J.K. obrazújet Sovět Naródnych Komissárov dlja óbščago upravlénija dělámi R.S.F.S.R. i otděly (naródnyje komissariáty) dlja rukovódstva otděl'nymi otrasljámi upravlénija.

36. Člény V.C.J.K. rabótajut v otdělach (naródnych komissariátach) ili vypolnjájut osóbyja poručénija V.C.J.K.

Glavá Vos'mája.

O Sovětě Naródnych Komissárov.

37. Sovětu Nar. Kom. prinadležit óbščeje upravlénije dělámi R.S.F.S.R.

38. V osuščestvlenije étoj zadáči Sov. Nar. Kom. izdajót dekréty, rasporjažénija, instrúkcii i voobščé prinimájet vsě měry, neobchodímyja dlja pravil'nago i býstrago tečénija gosudárstvennoj žízni.

39. O vsěch svoích postanovlénijach i rěšénijach Sov. Nar. Kom. nemedlenno soobščájet V.C.J.K.

40. V.C.J.K. vprávě otměnít' íli priostanovit' vsjákoje postanovlénije ili rěšénije Sov. Nar. Kom.

41. Vsě postanovlénija i rěšénija Sov. Nar. Kom., iměјúščija krúpnoje obšče-polítičeskoje značénije, predstavljajutsja na razsmotrěnije i utverždénije V.C.J.K.

Priměčánije: Měroprijátija, trébujuščija neotložnago vypolnénija, mogut byt' osuščestvlený Sov. Nar. Kom. neposrédstvenno.

42. Člény Sov. Nar. Kom. stoját vo glavě otděl'nych naródnych komissariátov.

43. Naródnych komissariátov obrazújetsja 17, a ímenno: a) po inostránnym dělám; b) po vojénnym dělám; c) po morskím dělám; d) vnútrennich děl; e) justícii; f) trudá; g) sociál'nago obezpečenija; h) naródnago prosvěščé-

nija; i) počt i telegráfov; j) po nacionál'nym dělám; k) finánsov; l) putéj soobščénija; m) zomledělija; n) torgóvli i promyšlennosti; o) naródnago prodovól'stvija; p) gosudárstvennago kontrólja; q) Výššij Sov. Nar. Chozjájstva; r) zdravoochranénija.

44. Pri každom Naródnom Komissárě, pod jegó predsedátel'stvom, obrazújetsja kollégija, člény kotóroj utverždájutsja Sovětom Naródnych Komissarov.

45. Naródnyj Komissár vpravě jedinolično prinimát' rěšénija po vsěm voprósam, podležáščim věděniju sootvětstvujuščago komissariáta, dovodjá o nich do svěděnija kollégii. V slúčaje nesoglásija kollégii s těm ili iným rěšénijem Narodnago komissára, kollégija, ne priostanávlivaja ispolnénija rěšénija, móžet obžalovat'jegó v Sovětе Naródnych Komissárov íli Presidium V.C.J.K.

To že právo obžálovanija prinadležit i otděl'nym členam kollégii.

46. Sovět Naródnych Komissárov vsěcělo otvětstvěn pered Vserossíjskim Sězdom Sovětov i V.C.J.K.

47. Naródnyje Komissáry i Kollégii pri Naródnych Komissariátach vsecělo otvětstvénny péred Sovětom Naródnych Komissárov i pered V.C.J.K.

48. Zvánije Naródnago Komissára prinadležit iskljnčitel'no členam Sověta Naródnych Komissárov vědájuščago óbščimi dělámi R.S.F.S.R., i nikakim iným predstaviteljam Sovětskoj vlásti kak v céntrě, tak i na městách prisnáivajemo byt' ne móžet.

Glavá Devjátaja.

O predmétach věděnija Vserossíjskago Sězda Sovětov i Vserossíjskago Central'nago Ispol'nitel'nago Komitéta.

49. Věděniju Vserossíjskago Sězda Sovětov i Vserossijskago Centr. Isp. Kom. podležat vsě voprósy obščegosudárstvennago značénija, kak-to: a) Utverždénije, izměnénije i dopolnenije Konstitúcii R.S.F.S.R. b) Obščee rukovódstvo vsej vněšnej i vnútrennej polítikoj R.S.F.S.R. c) Ustanovléije i izměnénije granic a ravno otčuždénije častéj territórii R.S.F.S.R. íli prinadležáščich jej prav. d) Ustanovlénije granic i kompeténcii oblastnych Sovětskich sojúzov, vchodjáščich v sostáv R.S.F.S.R., a takže razrěšénije spórov méždu nimi. e) Prinjátije v sostáv R.S.F.S.R. nóvych sočlénov Sovětskoj Respúbliki i priznánije východa iz Rossíjskoj Federácii otděl'nych častej jejá. f) Obščeje administratívnoje razdělénije territórii R.S.F.S.R. i utverždénije oblastných ob'jedinénij. g) Ustanovlénije i izměnénije sistémy měr, věsa i déneg na territórii R.S.F.S.R. h) Snošénija s inostránnymi gosudárstvami, ob'javljénije vojný i zakljuсénije míra. i) Zaključénije zájmov, tamóžennych i torgóvych dogovórov a ravnó finánsovych soglašénij. j) Ustanovlénije bjudžeta R.S.F.S.R. k) Ustanovlénije osnov i óbščago plána vsegó naródnago chozjájstva i otděl'nych jegó otraslej na territórii R.S.F.S.R. l) Ustanovlénije obščegosudárstvennych nalógov i povínnostej. m) Ustanovlénije osnov organizácii vooružónnych sil R.S.F.S.R. n) Obščegosudárstvennoje zakonodatel'stvo, sudoustrójstvo i sudoproizvódstvo, graždanskoje i ugolóvnoje zakonodatel'stvo i pr. o) Naznačénije i smeščénije, kak otděl'nych členov S.N.K., tak i vsegó

S.N.K. v. cělom, a tákže utverždénije Predsědátelja S.N.K. p) Izdánije óbščich postanovlénij o priobrěteniji i utrátě prav Rossíjskago graždánstva i o pravách inostrancev na territórii respúbliki. q) Pravo amnístii, óbščej i častičnoj.

50. Iskljucítel'nomu věděniju Vserossijskago Sězda Sovětov podležat: a) Ustanovlénije, dopolněnije i izměnénije osnovnych načál Sovětskoj Konstitúcii. b) Ratifikácija mirnych dogovorov.

51. Razrěšenije voprósov, ukázannych v púnktě v (i z.), predostavljájetsja Vserossijskomu C.I.K. liš'prinevozmožnosti sozýva Vserossíjskago Sězda Sovětov.

B. Organizácija Sovětskoj vlasti na městách.

Glavá Desjátaja.

O Sězdach Sovětov.

52. Sězdy Sovětov, sostavljájutsja slědujuščim óbra zom:

a) Oblastnyje — iz predstavítelej gorodskich Sovětov i uězdnych sězdov, po razčětu 1 deputát na 25 týsjač žitelej a ot gorodóv po 1 deputátu na 5 týsjač izbirátelej po ne bóleje 500 delegátov na vsjú oblast' — líbo iz prédstavítelej gubérnskich sězdov Sovětov, izbirájemych po toj že nórmě, jésli étot sězd sobirájetsja neposrédstvenno péred oblastným sězdom.

b) Gubernskije (Okružnyje) — iz predstávítelej gorodskich Sovětov i volostných sězdov po razčótu 1. deputáta na 2. týsjači izbirátelej, no ne svýše 300 deputátov na vsjú gubérniju (ókrug) pri čom v slúčaje sozýva uězdnago sězda Sovětov neposrědstvenno pered gubérnskim, výbory proizvódjatsja po toj že nórmě ne volostnými sězdami, a uězdnym.

c) Uězdnyje (rajónnyje) — iz predstavítelej sel'skich Sovětov po rasčotu 1. deputát na 1. týsjacu žitelej; no ne svýše 300. — deputátov na ves'uězd (rajon).

d) Volostnýje — iz predstavítelej vsěch sél'skich Sovětóv vólosti, po rasčótu 1. deputát na káždyje 10. členov Sověta.

Priměčánie 1. V uězdnych sězdach učástvujut predstavíteli Sovětov gorodóv, naselénije kotórych ne prevyšájet 10 týsjac čelověk; seleskie Sověty městnostej, nasčítyvajuščich meněje 1. týsjači čelověk naselénija, dlja izbránija deputátov na uězdnyj sězd ob'jedinjájutsja.

Priměčánie 2. Sel'skije Sověty, nasčitywájuščie meněe 10. členov, posylájut na volostnoj sězd po 1. predstavítelju.

53. Sězdy Sovětov sozyvájutsja sootvětstvujuščimi po territórii ispolnitel'nymi órganami Sovětskoj vlásti (Ispolnitel'nymi Komitétami) po usmotrěniju poslědnych ili po trébovaniju Sovětov městnostej, nasčitývajuščich ne méněje 1/3 vsegó naselénija dánnago rajona, no vo vsjakom slúčaje ne rěže dvuch raz v god. po óblasti, odnogó raza v tri měsjaca po gubérnii i uězdam, i odnogó ráza v měsjac po vólosti.

54. Sězd Sovětov (Oblastnój, gubérnskij, ujězdnyj, volostnój) izbirájet svoj ispolnitel'nyj organ-Ispolnitel'nyj Komitet, čislo členov kotórago ne dolžno

[illegible] po vlásti III, [illegible] Sovětov.

[illegible] gubérnskij, [illegible] territórii vlast' [illegible] v period [illegible] Komitét.

[illegible]

[illegible]

[illegible] 1. depu- [illegible] 1000 [illegible] ne ménjeje 50 i ne bóljeje 1000 [illegible] městečkach, [illegible] i pr. po ra- [illegible] no v čislě ne ménjeje 3 i [illegible]

[illegible] — 3 [illegible]

[illegible] búdet priznano [illegible] izbirá- [illegible]

[illegible] Sovět Deputatov [illegible] iz svojej sredy is- [illegible] Komitét v količestvě [illegible] 5 čelověk v [illegible] v gorodach [illegible] 1 na každyje 50 členov, no ne ménjeje 3 i ne bóljeje 15 (Peterburg i Moskva ne bóljeje 40). Ispolnitel'nyj Komitét [illegible] pered izbravšim jego sovětom.

56. Sovět Deputátov [illegible] Ispolnitel'nym Komitétom po usmotré- niju posledňjago ili po trebovániju ne ménjeje polovinv členov Sověta, no ne [illegible] 1. raza v nedělju v gorodach i 2 raza v nedělju v seléniji.

60. V granicach svojego vědénija Sovět, a v slučaje predusmotrénnom v § 57 (primečánije), obščeje sobránije izbirátelej jest' vysšaja v predělach dánnoj territórii vlast'.

Glavá Dvenádcataja.

O predmétach vědénija órganov Sovětskoj vlásti na městách.

60. Oblastnyje, gubérnskije, uězdnyje i volostnyje órgany Sovětskoj vlásti a takže Sověty deputátov iméjut predmétom svojéji dějátel'nosti: a. provedénija v žizn' vsěch postanovlénij sootvětstvujuščich výsšich órganov Sovětskoj vlásti; b. prinjátije vsěch mér k podnjátiju dannoj territórii v kul'túrnom i chozjájstvennom otnošénijach; c. razrěšénije vsěch voprósov, iméjúščich čisto městnoje (dlja dánnoj territórii) značénije; d. Ob'jedinénije vsej Sovětskoj dějatel'nosti v predělach dánnoj territórii.

61. Sézdam Sovětov i ich Ispolnítel'nym Komitétam prinadlezít právo kontrólja nad dějátel'nost'ju městnych Sovtěov (t. j. oblastnym — právo kontrólja nad vsěmi Sovětami dánnoj óblasti, gubérnskim nad vsěmi Sovětami dannoj gubérnii, krómě gorodskich, ne vchodjáščich v sostav ujezdnych sězdov i. t. d.), a oblastjam gubérnskim sězdan i ich Ispol'nitelnym Komi-

tétam — kromě tógó, právo otměny rěšénij, dějstvujuščich v ich rajóné Sovétov, s izveščénijem ob étom v važnějšich slúčajach Centrál'noj Sovětskoj vlásti.

62. Dlja vypolnénija vozlóžennych na órgany Sovětskoy vlásti zadač pri Sovětach (gorodskich i sélskich) i Ispolnítel'nych Komitétach oblastnych, gubernskich ujězdnych i volostných obrazújutja sootvětstvujužčije otděly vo glavě s zavědujuščimi otdělami.

Razděl Četvjórtyj.

Aktívnoje i passívnoje izbirátel'noje pravo.

Glavá Trinádcataja.

63. Právom izbirát' i byt' ízbrannym v Sověty pól'zujutsja, nezavísimo ot věroispovědanija, nacionál'nosti, osědlosti i. t. p., slědujúščije obójego póla graždáne Rossijskoj Socialističeskoj Federatívnoj Sovětskoj Respúbliki, kóim ko dnju výborov ispolnilos' vosemnádcat' lět: a) Vsě dobyvájuščije srédstva k žizni proizvoditel'nym i obščestvenno-poléznym trudóm, a tákže líca, zánjatyja domášnym chozjájstvom, obezpéčivajuščim dlja pérvych vozmóžnost' proizvodítel'nago trudá, kak'-to rabóčije i eslúžaščije vsěch vidov i kategórij, zanjatyje v promyšlennosti, torgóvlje, sél'skom chozjájstvě i proč', krest'jáne i kazáki-zemleděl'cy, ne pol'zujuščijesja najómnym trudóm s cěl'ju izvlečenija príbyli. b) Sodáty Sovětskoj ármii i flóta. c) Gráždane, vchodjáščije v kategórii, perečíslennyja v púnktach I. i 2. stat'ji 82., poterjávšije v kakój-libo měrě trúdosposóbnost'.

Priměčánije 1. Městnyje Sověty mógut s utverždénija Centrál'noj vlásti, ponižát'ustanóvlennuju v nastojáščej stat'ě vozrastnuju nórmu.

Primečánije 2. Iz lic, vstupívšich v čisló rossíjskich gráždan, pól'zujutsja aktívnym i passívnym izbirátel'nym právom takže líca, ukazánnyja v st. 20 (Razděl vtoroj, glavá pjátaja).

64. Ne izbirájut i ne mógut byt' izbránnymi, chotjá by oni vchodíli v odnu iz vyše perečíslennych kategóryj: a) lica, priběgájuščija k najómnomu trudú s cěl'ju izvlečénija príbyli; b) líca, zivúščija na netrudovoj dochód kakto procénty s kapitála, dochódy s predprijátij, postuplénija s imúščestva i. t. p.; c) častnyje torgóvcy, torgóvyje i kommerčeskije posrédniki; d) monáchi i duchovnyje služiteli cerkvéj i religióznych kúl'tov; e) služáščije i agénty bývšej policii; osóbago kórpusa žandármov i ochránnych otdělénij, a tákže člény cárstvovavšago v Rossiji dóma; f) líca, priznannyja v ustanóvlennom porjádkě duševnobólnymi ili umalíšennymi, a ravno lica pod opékoj; g) líca, osuždjónnyja za korýstnyja i poročáščija prestuplénija, na srok, ustanóvlenyj zakónom íli sudébnym prigovórom.

Glavá Četýrnadcataja.

O proizvódstvě výborov.

65. Výbory proizvódjatsja, sogládno ustanovívšimsja obyčajam, v dni ustanávlivajemyje městnymi Sovětami.

66. Výbory proizvódjatsja v prisútstvii izbirátel'noj Komíssii i predstavitelja městnago Sověta.

67. V těch slučajach, kogdá prisútstvije predstavitelja Sovětskoj vlásti okázyvajetsja technićeski nevozmóžnym, jegó zaměnjajet predsědátel' izbirátel'noj komíssii, a za otsútstvijem takovógo, predsedátel' izbirátel'nago sobránija.

68. O chódě i rezul'tátě výborov sostavljájetsja protokól za pódpisj'u členov izbirátel'noj komíssii i predstavitelja Sověta.

69. Podróbnyj porjádok proizvódstva výborov a ravno učástije v nich professionál'nych i iných rabóčich organizácij, opreděljájetsja městnymi Sovětami soglasno instrúkcii V. C. I. K.

Glavá Pjatnádcataja.

Oprověrkě i otměně vyborov i ob ótzyvě deputátov.

70. Ves' material po proizvódstvu výborov postupájet v sootvětstvennyj Sovět.

71. Sovět dlja prověrki výborov naznačájet mandátnuju komissiju.

72. O rezul'tátach prověrki mandátnaja komíssija dokládyvajet Sovětu.

73. Sovět rěšájet voprós ob utverzdénii spornych kandidátov.

74. V slúčaje neutverždénija togó ili inógo kandidáta, Sovět naznačájet nóvyje výbory.

75. V slúčaje nepravíl'nosti vyborov vcělom voprós ob otměně vyborov razrěšájetsja výsšim po porjádku órganom Sovětskoj vlásti.

76. Poslědnej instáncijej po kassácii sovětskich výborov javljájetsja V. C. J. K.

77. Izbiráteli, poslávšije v Sovět deputáta iměјut právo vo vsjákoje vrémja otozváť jego' i proizvesti nóvyje výbory, soglásno obščemu položéniju.

Razděl Pjátyj.

Bjudžétnoj'e právo.

Glavá Šestnádcataja.

78. Finánsovaja politika S.R.F.S.R. v nastojáščij perechódnyj momént diktatúry trudjáščichsja sposóbstvujet osnóvnój cěli eksproprиácii buržuázii i podgotovlénija uslóvij dlja vseóbščago rávenstva gráždan respúbliki v óblasti proizvódstva i raspreděléniја bogátstv. V étich cěljach ona stávit sebě zadačej predostavit' v rasporjažénije organov Sovětskoj vlásti vsé neobchodímyja srédstva dlja udovletvorénija městnych i obščegosudarstvennych nužd Sovětskoj respúbliki, ne ostanávlivajas' pered vtorženijem v právo částnoj sóbstvennosti.

79. Gosudárstvennyje dochódy i raschódy Rossiskoj Socialistíčeskoj Federativnoj Sovětskoj respúbliki ob'jedinjájutsja v obščegosudarstvennom bjudžéte.

80. Vserossíjskij Sězd Sovětov íli Vserossíjskij Centrá'nyj Ispolnítel'nyj Komitet opreděljájut, kakije vidy dochódovi sborov vchódjat v obščegosu-

darstvennyj bjudžét i kakije postupájut v rasporjažénije méstnych Sovětov, a ravnó ustanávlivajut predély obložénija.

81. Sověty ustanovlivájut obložénije nalógami i sborami iskljućitel'no na núždy městnago chozjájstva. Potrébnosti obščegosudárstvennyja udovletvorjájutsja za sčot sredstv, otpuskájemych iz gosudárstvennago kaznačéjstva.

82. Ni odin raschód iz sredstv gosudárstvennago kaznačéjstva ne móžet byt' proizvéden bez predstavlénijdna nego kredíta v róspisi gosudárstvennych dochódovi raschódov ili putjóm izdánija osóbago postanovlénija Central'noj vlásti.

83. Na udovletvorénije potrébnostej, iméjuščich obščegosudárstvennoje značénije, v rasporjažénije méstnych Sovětov predostavljájutsja podležáščimi Naródnymi Kommissariátami neobchódimyje kredíty iz gosudárstvennago kaznačéjstva.

84. Vsě predostavléuyje Sovětam kredíty iz sredstv gosudárstvennago kaznačéjstva, a ravnó kredíty, utverzdjónnyje po smětam na městnyja nuždy raschódujutsja imi v predělach smětnych podrazdělénij (paragráfy i státi) po prjamómu naznačéniju i ne mogut byt' obraščájemy na udovletvorénije kakich libo inych potrébnostej bez osóbago postanovlénija V.C.J.K. i S.N.K.

85. Městnyje Sověty sostavljájut polugodovýja i godovýja směty dochódov i raschódov na městnyja nuždy. Směty sél'skich i volostných Sovětov i Sovětov gorodóv, učástvujuščich v uj ězdnych sězdach, a takže směty ujězdnych órganov Sovětskoj vlásti utverždajutsja sootvětsvenno gubernskimi i oblastnými sězdami ili ich Ispolnítelnými Komitétami; směty gorodskich gubernskich i oblastnych órganov Sovětskoj vlásti utverždájutsja Vserossíjskim Centrál'nym Ispolnítel'nym Komitétom i Sovětom Naródnych Komissárov.

86. Na raschódy, ne predusmótrěnnyje smětámi, a tákže v slúčaě nedostátočnosti smětnych naznačénij, dopolnítel'nyje kredity Sověty isprášivajut u podležáščich naródnych Komissariátov.

87. V slúčaě nedostátočnosti městnych sredstv dlja udovletvorjénija městnych potrébnostej, neobchodimyja dlja pokrýtija neotlóžnych raschódov posóbija ili ssúdy iz sredstv gosudárstvennago kaznačéjstva, městnym Sovětam razrěšájutsja Vserossíjskim Centrál'nym Ispolnítel'nym Komitétom i Sovětom Naródnych Komissárov.

Razděl Šestoj.

O gerbě i flágě Rossijskoj Socialističeskoj Federatívnoj Sovětskoj Respúbliki.

Glavá Semnádcataja.

88. Gerb R.S.F.S.R. sostoit iz izobražénij na krásnom foně v lučách sólnca zolotých serpá i mólota, poměščónnych krest-na-krest rukojatkami k nizu, okružonnych věnčóm iz kolósjev, i s nádpis'ju: a) Rossijskaja Socialističeskaja Federatívnaja Sovětskaja Respúblika; b) Proletárii vsěch stran, sojedinjájtes'.

89. Torgóvyj, morskój i vojénnyj flag R.S.F.S.R. sostoít iz polotníšča krásnago (álago) zvěta Sověta, v lěvom uglú kotórago u drevká, naverchú, pomĕščeny zolotýja búkvy R.S.F.S.R. íli nádpis: Rossíjskaja Socialistíčeskaja Federatívnaja Sovětskaja Respúblika.

Predsědátel' V-go Vseross. Sězda Sov. i. V.C.J.K.
J. Sverdlov.

Cleny Presidiuma V.C.J.K.
T. J. Teodorovič, F. A. Rozin, A. P. Rosenholz,
A. Ch. Mitrofanov, K. G. Maksimov.

Sekretar' V.C.J.K.
V. A. Avanesov.

Schriften niederländischer Sozialisten über den Krieg.

Besprochen von

D. van Blom (Leiden).

II.[1])

1. R. KUYPER, Nieuwe pijlers voor het Marxisme. Sonderdruck aus „De Socialistische Gids", Februar 1916, Amsterdam, N.V. Boekhandel en Uitgevers-maatschappij „Ontwikkeling", 19 S. — 2. A. PANNEKOEK, Uit de voorgeschiedenis van den wereldoorlog. Zutphen, W. J. Thieme & Cie. 1915. 40 S. (30 cent). — 3. LEO N. TROTZKY, De oorlog en de internationale. Vertaald door H. IDE-BOTTENHEIM, met Inleiding van HENRIETTE ROLAND HOLST. Amsterdam, J. Emmering, 1915. XXIII und 93 S. — 4. D. J. WIJNKOOP I, Wereldbrand! Een woord aan de arbeiders. Amsterdam, Drukkerij „De Strijd", Oktober 1914. 8 S. (3 cent). — 5. DERSELBE II, Onze Eischen. Toelichting tot de strijd en de eischen van de Samenwerkende Arbeiders-Vereenigingen (S. A. V.). Amsterdam, Landelijk Agitatie-Komitee der S. A. V. (van Lennepstraat 181, A. Grootyeld). Dezember 1914. 16 S. (2 cent). — 6. DERSELBE III, Volkswapening, een grondslag voor de diskussie. S. A. aus „De Tribune". Amsterdam, Drukkerij „De Strijd". April 1915. 15 S. (2 cent). — 7. M. C. VAN WIJHE, Waarom dienstweigering? Verdedigingsrede voor de rechtbank te Zutfen. Amsterdam, J. J. Bos & Co. 1916. 31 S. (10 cent).

Es finden sich in den oben genannten Broschüren eine Reihe von Bemerkungen, die von allgemeinerem Interesse sein dürften, und zwar über 1. die Ursachen des Krieges; 2. die Zukunft der sozialistischen Bewegung 3. diejenige der sozialistischen Theorie.

Als „tiefste Ursache des Weltkrieges" erachtet Dr. phil. PANNEKOEK „den Imperialismus, die Politik, welche die Erwerbung fremder Gebiete und als Mittel dazu den Weltmarkt erstrebt" (S. 1 f.). Die Ausbreitung kapi-

1) Vgl. Archiv VI, 314/37. — Die vorstehende Besprechung wurde am 22. Februar 1916 abgeschlossen, konnte aber, weil von der Zensur inhibiert, während des Krieges nicht erscheinen.

talistischer Betriebe über unentwickelte Teile der Welt erfordere zugleich Ausbreitung politischer Herrschaft der europäischen Völker über jene Gebiete, weil die Rechtsbegriffe und Rechtsformen primitiver Völker den Bedürfnissen der kapitalistischen Produktion nicht entsprechen (S. 2). Jeder Staat unterstütze hier s e i n e Kapitalistenklasse; dies sei die Ursache der riesenhaften Wettrüstungen der letzten 20 Jahre (S. 4). „Und weil jeder an und für sich nicht stark genug ist, verbinden sie sich miteinander. So entstanden in Europa die beiden Dreibünde: der Bund der Hungrigen (Deutschland, Österreich, Italien), die Weltgebiete erwerben wollen, und der Bund der Gesättigten (England, Frankreich, Russland), die bereits über grosse Gebiete verfügen, nichts davon abgeben wollen und womöglich noch mehr dazu begehren" (S. 5). — In der erstgenannten Gruppe stehe das Deutsche Reich an erster Stelle. Es sei in den letzten 40 Jahren in kapitalistischer Hinsicht schneller gewachsen als alle anderen Staaten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Nordamerika, und zumal sei es England und fast allen andern Ländern durch die hochentwickelte Organisation seiner Industrie unter einheitlicher Führung der hohen Bankwelt — der Deutschen Bank, der Diskonto-Gesellschaft, der Schaffhausener Bank u. a. — überlegen. Das führende Großkapital habe sich hier mit den von Altersher herrschenden Klassen, dem Adel und der Dynastie, verbunden, eben weil die Form des despotischen Militärstaats für die Zwecke des Imperialismus geeignet sei. Wie unsympathisch dessen Zwang dem Westeuropäer scheinen möge — hinter dieser Form verberge sich die trefflichste Organisation aller gesellschaftlicher Kräfte unter e i n e r Leitung, im Interesse e i n e s Zweckes. Hieraus erkläre sich die Riesenkraft, die Deutschland in diesem Kriege gezeigt habe (S. 5 f.) — Ausdrücklich wendet sich PANNEKOEK gegen die Auffassung KAUTSKYS: der Imperialismus sei zwar ein Interesse des Großkapitals, nicht aber der Bourgeoisie als Masse, die folgerichtig für die Entwaffnung gewonnen werden könne. Dieser Irrtum ist eben — nach PANNEKOEKS Meinung — eine der Ursachen, weshalb die sozialdemokratischen Arbeiterparteien sich so völlig unvorbereitet vom Kriege hätten überraschen lassen (S. 8).

Der weitere Inhalt der PANNEKOEKschen Schrift besteht in der Demonstration seiner These an der Entwicklung der Marokkostreitigkeiten: „Es gibt kein besseres Mittel um den Charakter des Imperialismus zu begreifen, als ihn hier in seiner Werkstätte, in seiner Praxis selbst, zu beobachten" (S. 10). — Aus den betreffenden historischen Betrachtungen ist noch hervorzuheben, dass nach dem Urteile des Verfassers die Beziehungen zwischen Deutschland und England erst dann sich feindlich zuzuspitzen begonnen haben, als Deutschland mit den Flottengesetzen von 1898 und 1900 und den Bagdadbahnkonzessionen von 1899—1903 eine aktive imperialistische Weltpolitik zu treiben anfing und sich fortan nicht mehr damit begnügte, die englische Industrie und den englischen Handel in fremden Weltteilen zurückzudrängen. „Was augenblicklich von seiten des deutschen Publikums immer gehört wird: England habe aus Neid und Furcht über das Emporkommen Deutschlands auf dem Gebiete des Handels und der Industrie den Krieg vorbereitet und geschürt, ist nichts als leeres Geschwätz" (S. 16).

Über die Zukunft der sozialistischen Bewegung äußern sich WIJNKOOP, einer der Führer der abtrünnigen marxistischen Sekte der S.-D. P., und Frau ROLAND-HOLST.

Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft war nach MARX die Zustandebringung eines Weltmarktes wenigstens in grossen Umrissen und die Bildung einer auf dieser Basis ruhenden Produktion. „Mit der jetzt eröffneten Serie von Weltkriegen — denn der jetzt ausgebrochene Krieg ist nur der erste einer ganzen Folge — ist diese Aufgabe vollendet" (WIJNKOOP I S. 3). Erst jetzt fange der Kampf der Arbeit gegen das Kapital an (III S. 3). Der Weltkrieg, der alle Revolution zu töten scheint, sei in Wirklichkeit der Vorläufer der europäischen Revolution geworden, denn die massale revolutionäre Bewegung des Proletariats habe jetzt die breitere, zum mindesten die europäische Grundlage gewonnen (III S. 5). Dem Kapitalismus könne nunmehr nur noch eine Galgenfrist gegönnt sein, die die Stunde seines definitiven Todes hinausschiebe. „Dies ist schon, gemessen am Jammer, den der Imperialismus in Krieg und Frieden um sich verbreitet, entsetzlich viel; aber es ist das einzige — sobald das Proletariat seinen massalen ökonomischen und politischen Kampf anfängt" (III S. 7). — Dieser Weltkrieg habe überall die bestehenden F o r m e n des proletarischen Kampfes zerschlagen. „Der Verrat der Führer" wiederum sei nichts anderes als eine Erscheinungsform dieser Tatsache (I S. 6). — Schon jetzt, während des Krieges, beherrsche in Holland die hohe Bankwelt das ganze Geschäftsleben. Nach dem Kriege werde die gewaltige Geldkonzentration, auch in Holland, in der Industrie den Großbetrieb an die Stelle des Kleinbetriebs treten lassen, aber zugleich die Massenkonzentration der Arbeiter fördern. Von Sozialreformen werde nicht die Rede sein. Vielmehr werde das Kapital allüberall, von Krieg zu Krieg, den Militarismus riesenhaft zu verstärken versuchen. „Der Wahnsinn wird noch wahnsinniger werden — bis das Proletariat es für immer verhindert: durch die Revolution. Reform und Demokratie haben im K a p i t a l i s m u s ausgedient". Die einzige große Reform, die sich jetzt durch den Krieg in Wirklichkeit aufdränge, sei die soziale Revolution. Diese aber könne sich nur vollziehen, wenn die Arbeiter selbst die Macht ergreifen. Die Diktatur des Proletariats im Dienste der Revolution sei das Widerspiel des im Dienste der Bourgeoisie bewaffneten Proletariats, das man jetzt erblicke. Und diese Diktatur des Proletariats werde aus dem Weltbrande erwachsen ebenso sicher wie der Krieg aus dem gewaffneten Frieden erwachsen sei (I S. 6 f.).

Was wird also die Aufgabe des Proletariats sein? Die Massenbewegung! Denn aus der Tatsache, daß schließlich im Kapitalismus die bewaffnete Masse, das Heer, und die Arbeitermasse identisch seien, lasse sich, meint WIJNKOOP, folgern, daß auf die Dauer, wenn nun die proletarischen Massen wirklich kämpfen, Massenstreik und Massenverweigerung des Militärdienstes zusammentreffen. Sollte der Kapitalismus es versuchen, die Arbeit der Massenstreiker von den Soldaten übernehmen zu lassen, so werde er zwar die Masse spalten: in eine Gruppe, die im Dienste der Revolution, und in eine andere, die im Dienste der Reaktion kämpfe, aber auf der andern Seite werde

hierdurch der Kapitalismus die Grundlage des Militärdienstes und auf die Dauer sich selbst untergraben (III S. 9). Auch an der Seite der Proletarier solle der „Wille zur Macht" stehen. „Eine Masse, die bloß nicht handelt, nicht arbeitet, nicht sich widersetzt, ist keine wirkliche Macht, sie besitzt keinen Willen zur Macht. Die streikenden Massen, gegen die man Gewalt gebraucht, sollen sich mit Gewalt widersetzen, massenhaft .... Wer Massalstreik sagt, sagt Volkswiderstand gegen den Militarismus, also Volkswaffnung. Aber wer Massenverweigerung des Militarismus sagt, der sagt erst recht: Volkswaffnung. Denn Verweigerung des Heeresdienstes ohne Volkswaffnung heißt niedergeworfen werden nicht nur ohne Gnade, sondern auch ohne Zweck und ohne Aussicht" (III S. 11). Die Volkswaffnung bestehe nicht in der allmählichen Umbildung des Heeres zum Volksheere Thomsons[1]) oder Troelstras[2]), sondern im Auseinanderfallen des Heeres im revolutionären Kampfe selbst, also im Todeskampfe der freiheitlichen, massenhaft solidaren Elemente in der Armee gegen die unbewußt fortlebenden, reaktionär-sklavischen Soldaten (III S. 15). — Damit das Proletariat die zu derartigem Auftreten notwendige Kraft behalte, solle es schon jetzt seine Forderungen an die Regierung stellen (I S. 8).

Von diesen Forderungen handelt ausführlich die zweite Broschüre Wijnkoops. Es sind ihrer sieben. Sie sind gestellt worden von den „Zusammenwirkenden Arbeitervereinen in den Niederlanden", das heißt, von jenen Gruppen, die unter der Fahne der S.-D. P. und des syndikalistischen „Nederlandsch Arbeids-Secretariaat" (N. A. S.) kämpfen. Gefordert wurde nämlich: 1. Keinesfalls soll Holland — und sollen also die holländischen Arbeiter — am Weltkriege teilnehmen; 2. Sicherung produktiver Arbeit gegen Normallohn und normale Arbeitsbedingungen; 3. Zahlung des vollen Lohnes an einberufene oder durch die Krise arbeitslos gewordene Arbeiter durch den Staat oder die Gemeinden; 4. Verschaffung guter Lebensmittel durch dieselben; 5. Moratorium für Miet- und Steuerschuldigkeiten nebst Verbot von Mietkündigung während der Kriegskrise; 6. ausreichende Versorgung von Kranken und Schwachen, sowie Ernährung und Kleidung der Kinder durch die Gemeinden; 7. Deckung aller, auch der Mobilmachungskosten durch eine spezielle, vom Kapital und von den großen Einkommen zu erhebende Steuer (II S. 2).

„Jedoch hat eine allzugeringe Zahl der niederländischen Arbeiter nur auf unsere Forderungen hören wollen. Als die S. A.-V. ihre Arbeit begannen, haben sie sämtliche Arbeiterorganisationen um ihre Mitwirkung gebeten. Mitgetan haben aber nur „Unabhängige" und die S.-D. P. Die Arbeiter der S.-D. A.-P. und des N. V.-V.[3]) haben sich fern gehalten, weil ihre Führer behaupteten, unsere Forderungen seien lächerlich!" (II S. 15).

Frau Roland-Holst hat in ihrer Einführung zur Trotzkyschen Broschüre das gleiche Thema, nämlich die Aufgaben des Proletariats in den

1) Vgl. Archiv VI S. 331. 2) Vgl. Archiv VI S. 332. 3) N(ederlandsch) V(ak)-V(erbond), die Zentralorganisation der „modernen" Gewerkschaften.

kommenden Jahren, berührt. Im wesentlichen stimmt sie TROTZKY bei. Der Kampf wider den Imperialismus und Militarismus und derjenige für den Sozialismus solle ein einziger Kampf bleiben. Nur so vermöge man den alten Irrtum des Revisionismus: es könne der Kapitalismus durch innere Reformen erträglich gestaltet werden, vermeiden und auch den Fehlschlägen des außerhalb der Realität und insbesondere der Wirklichkeit des Nationalgefühls stehenden und denkenden Syndikalismus aus dem Wege gehen. (Einf. S. XXI f.).

Ungleich wichtiger jedoch sind Frau ROLAND-HOLSTS Betrachtungen über die Zukunft der sozialistischen Theorie. In grellen Worten formuliert sie „einige der Fragen, die der Zusammenbruch der Internationale jetzt in tausenden von denkenden sozialdemokratischen Köpfen hat aufkommen lassen" (S. VIII). „Bleibt die Grundlage unserer Entwicklungsauffassung: die Theorie, daß die ökonomischen Klasseninteressen die stärkste Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung und der Menschheitsgeschichte seien, unberührt von der Tatsache, daß Millionen ihre Klasseninteressen, die sie — wie wir meinten — zu begreifen gelernt hatten, im Stich gelassen und statt Kampf und Gefahr im Interesse der eigenen Sache Kampf und Gefahr und greulichen Tod zugunsten plötzlich neu belebter alter Ideologien gewählt haben? Sollen wir anerkennen, daß unser hochmütiger Rationalismus geirrt hat? Wurzeln die Ideen, die — wir wußten es — die Welt regieren, nicht, wie wir vermeinten, im Boden der ökonomischen Bedürfnisse und Begierden? Leben sie im Gegenteil ein geheimnisvolles eigenes Leben? Kennen wir die Gesetze noch nicht, nach denen sie wachsen und plötzlich anschwellen zu Stürmen, die festgewurzelte Neigungen, starke Wünsche und vernünftige Einsicht wie schwaches Rohr knicken?" (S. VII f.). Es sei notwendig, die Wahrheit der marxistischen Geschichtsauffassung aufs Neue zu prüfen, zu untersuchen: ob sie mit den neuen Erfahrungen der Menschheit in Einklang zu bringen sei. „Eine große und schwere Aufgabe, die nichts weniger bedeutet als eine allgemeine wissenschaftliche Revision von Theorie und Methode des historischen Materialismus" (S. VIII).

Die deterministische Auffassung TROTZKYS: die Sozialdemokratie und die moderne Gewerkschaftsbewegung hätten keine freie Wahl gehabt, ihr „Milieu" und die durch dieses in ihnen verursachten innerlichen Veränderungen hätten ihre Taktik bestimmt und ihre wachsende Verbürgerlichung gezeitigt, diese Auffassung wird zwar von Frau ROLAND-HOLST geteilt. Allein ihr gibt sie zu neuem Zweifel Anlaß: ob nicht die Anhänger der marxistischen Methode in einer Überschätzung der Möglichkeit, die Richtungslinien der gesellschaftlichen Entwicklung vorauszusagen, befangen gewesen seien (S. XIV). Zwar habe der Marxismus immer die Wechselwirkung z. B. zwischen Kapitalismus und Arbeiterbewegung anerkannt. Auf die Frage jedoch: inwieweit diese Wirkung einen der Faktoren ändern könne, habe er bisher geschwiegen, und eben jetzt habe sich diese Veränderung innerhalb der Arbeiterklasse als viel größer erwiesen als man anzunehmen gewohnt gewesen sei (S. XV f.). Und diese neue Einsicht in die Kraft der Wechselwirkung könne be-

deuten, daß die Wirkungen des primären Faktors, nämlich der Produktionsweise und der aus ihr resultierenden Produktions- und Klassenverhältnisse, durch den sekundären Faktor der Wechselwirkung stark modifiziert und zeitweise sogar ganz aufgehoben werden können (S. XVI). — Die übliche Interpretation und Vulgarisation des historischen Materialismus seien gar zu mechanisch und simplistisch. Die Entwicklung der Wissenschaft, insbesondere der Biologie zum Neo-Lamarckismus und der Psychologie zu den neuen Lehren des Unterbewußten habe sie weit überholt und zwinge zur Revision der allgemeinen Grundlage der Sozialwissenschaft, zu „einer Revision, die nach meiner Überzeugung die Grundauffassungen des ökonomischen Determinismus, daß die Handlungen der vergesellschafteten Menschen aus den mit instinktiver Kraft wirkenden Triebfedern des Klasseninteresses entspringen, aufs neue fundieren wird" (S. XVII).

Frau Roland-Holst erörtert noch einige andere Fragen. So vor allem die: ob sich aus dem vorhergesagten nicht ableiten lasse, daß auf unserer gegenwärtigen Wissensstufe in unserer sozialen Prognose noch ein starkes Element der Ungewißheit eine Rolle spiele? Ferner: ob nicht die „Gewißheit des Sozialismus" noch einer anderen Grundlage bedürfe als der „objektiven Tendenzen" der Kapitalskonzentration und der Zunahme des Proletariats? Und ob sich hier nicht eine Perspektive zu Erneuerung, Vertiefung und Verbreiterung der sozialistischen Wissenschaft im Anschluß an die Entwicklung der Biologie eröffne, also zu Neuaufbau mit Elementen nicht bloß mechanischer Anpassung an sich ändernde Umstände, sondern auch des eigenen Dranges, der eigenen Aktivität oder Intuition? (S. XIX). — Auf jeden Versuch einer Beantwortung dieser, durch die Lektüre der Trotzkyschen Schrift in ihr geweckten Fragen verzichtet Frau Roland-Holst in ihrer Einleitung ausdrücklich. Gerade durch diese Fragen meint sie aber, würde vielleicht diese Schrift zum Ausgangspunkt der Erneuerung, auch auf theoretischem Gebiete, werden. Im Marxismus gebe es keine ewigen Wahrheiten! (S. XX.)

Ihr ist R. Kuyper entgegentreten. Von diesem wird zwar anerkannt, daß der Kapitalismus ebensowohl wie die Psyche des Proletariats während des Krieges sich anders verhalten haben „als wir erwartet hatten", und daß diese Tatsache die Notwendigkeit einer Revision der marxistischen Wissenschaft der Sozialdemokratie mit sich bringe (S. 4). Auch teilt er die Auffassung, daß hinter dem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß in letzter Instanz der Wille zum Leben stecke, der beim Menschen sich im Arbeitsprozesse durchsetzt und mittels des Arbeitsprozesses ein je höheres Niveau erreicht (S. 5f.). Allein er ist andererseits trotzdem der Meinung, daß die unerwartete Weise, in der das Proletariat auf den Ausbruch des heutigen Weltkrieges reagiert hat, durchaus keine Abänderung in der allgemeinen historisch-wirtschaftlichen Gesellschaftsanschauung notwendig mache (S. 7). Und zwar vor allem deshalb nicht, weil schon immer — mit Ausnahme nur vielleicht der Marxschen und Engelsschen Anschauungen von etwa 1848 in betreff der Schnelligkeit

der kapitalistischen Entwicklung zum Sozialismus hin — der historische Materialismus an erster Stelle dem Lamarckismus — der Lehre der aktiven Anpassung — und nicht dem Darwinismus — der Theorie der passiven Anpassung — verwandt gewesen sei (S. 9—18). Ferner nicht, weil schon der Marxismus von MARX und ENGELS selbst — wie das Vorwort zu „Zur Kritik der politischen Ökonomie" und „Der achtzehnte Brumaire" erweise — der Gewalt des Unbewußten, des Gefühls und der Tradition ausdrücklich Rechnung getragen habe (S. 13—15). Die richtigen und zutreffenden Bemerkungen der Frau ROLAND-HOLST seien also nicht neu; und ihre wirklich neuen Bemerkungen seien nicht gut, wobei KUYPER mit dem letzteren Urteil die „jeden Marxisten erschütternden Sätze" im Auge hat, über das geheimnisvolle eigene Leben der Ideen, über die uns unbekannten Gesetze, nach denen sie zu Stürmen anschwellen, die festgewurzelte Neigungen wie schwache Halme umschleudern.

KUYPER sieht hierin die Gefahr „einer nicht notwendigen Preisgabe unserer wissenschaftlichen Stellung" und „des Verzichts auf jeden vollständigen Versuch zu rein wissenschaftlicher Erklärung des gesellschaftlichen Geschehens" (S. 16). Die Annahme eines Elementes des eigenen Dranges, einer eigenen Aktivität oder Intuition würde von der marxistischen Methode nichts anderes übrig lassen als dasjenige, was heutzutage von der Gesamtheit der bürgerlichen Geschichtsforscher und Soziologen anerkannt werde: nämlich den starken Einfluß ökonomischer Beziehungen und insbesondere der ökonomischen Interessen auf das Geistesleben (S. 16 f.). — Die tatsächliche Haltung des Proletariats während des Krieges widerspreche dem nicht. Weder Chauvinismus noch die imperialistische Ideologie hätten das Verhalten des Proletariats bestimmt, sondern einzig die Furcht vor der feindlichen Invasion; außerdem hätten auch eine entscheidende Rolle gespielt: die Gewißheit der Todesstrafe im Falle der Dienstverweigerung, der Einfluß der allgemeinen Kriegssuggestion und zumal der soziale Impuls, daß jedermann sein Teil an den allgemeinen Opfern zu tragen habe (S. 18). „So kommt denn die historisch-ökonomische Methode ungeschwächt und sogar verstärkt aus dem Kriegschaos zum Vorschein. Neue Pfeiler für den Marxismus brauchen wir nicht. Wir können in Frau ROLAND-HOLST ihre Offenherzigkeit und ihre Einsicht schätzen, in der Wissenschaft kommt es aber vor allem auf Wahrheit an. Mit ihrer Einführung zur Broschüre TROTZKYS schädigt sie jedoch unnötigerweise das Ansehen der sozialdemokratischen Theorie".

* * *

Dem Problem der militärischen Dienstverweigerung insbesondere ist das an letzter Stelle genannte (erst nach Abschluß des Manuskripts eingelaufene) Schriftchen gewidmet.

Im September 1915 erschien in den Niederlanden folgendes Manifest:

Werte Mitbürger!

Wir alle, deren Namen unter dieser Kundgebung stehen, wenden uns an das niederländische Volk, um Zeugnis abzulegen wider den stetig um

sich greifenden Geist des Kriegs und des Militarismus. Wir erklären uns hier öffentlich aus ganzer Seele gegen jeglichen Militarismus, sei es auch in Gestalt eines sogenannten Volksheeres. Sollte uns je die Pflicht zur Landesverteidigung in Waffen auferlegt werden, so hoffen wir die Kraft aufbringen zu können, um alle persönliche direkte Teilnahme am Kriege zu verweigern und lieber Gefängnisstrafe über uns ergehen, ja sogar uns füsilieren zu lassen als unserem Gewissen, unserer Überzeugung oder dem, was wir als oberstes Gesetz der allgemeinen Menschlichkeit erachten, untreu zu werden. Insoweit wir, Männer oder Frauen, aus verschiedenen Gründen niemals militärpflichtig werden würden, gewähren wir dennoch durch diese Unterschrift unsere moralische Unterstützung allen denen, die aus den obengenannten Gründen jede persönliche Gewalttat im Dienste des Militarismus verweigern, wobei wir wünschen, mit ihnen alle Verantwortung teilen zu dürfen und teilen zu können. Betrachten wir doch die Dienstverweigerung als eines der Mittel, deren Zusammenwirken den Militarismus vernichten wird, wobei die persönliche Dienstverweigerung grossen moralischen Wert hat, u. a. auch um zur Dienstverweigerung der Massen zu gelangen".

Einer der Unterzeichner dieses Manifestes, der sozialdemokratische Pfarrer VAN WIJHE wurde deswegen vor Gericht gezogen und am 9. Februar 1916 schuldig erkannt. Über die Berufung gegen dieses Urteil hat die höchste Instanz, der „Hooge Raad", bis jetzt (Mitte Juni 1916) noch nicht gesprochen.

VAN WIJHE hat sich selbst vor Gericht verteidigt und der zweite Teil[1]) seiner Verteidigungsrede ist im Auftrag des Revolutionär-Sozialistischen Vereins zur Veröffentlichung gelangt.

Er enthält eine Darlegung der Gründe, die VAN WIJHE zur Mitwirkung am Zustandekommen des Manifests und an der weiteren Propaganda zugunsten desselben bestimmt haben, sowie der Motive, die insbesondere Frau ROLAND-HOLST und ihn veranlaßt haben, den letzten, viel angefochtenen Satz dem Manifeste hinzuzufügen. — Der kurze Sinn dieses Teils der Rede ist, daß heutzutage der Militärdienst nicht mehr die Landesverteidigung, sondern die Wahrung der imperialistischen Interessen des Großkapitals bezwecke. Und auch die niederländische — Auslands- und Innen- — Potitik seien von Imperialismus erfüllt (S. 21 f.). Gegen diesen sei der massale Widerstand Pflicht (S. 28).

Was die Rolle der revolutionären niederländischen Sozialisten in dieser Frage anbelangt, so ist festzuhalten, daß der R(evolutionär) S(ozialistische) V(erein)[2]) am 2. I. 1916 in einer allgemeinen Versammlung folgende Resolution beschlossen hat:

---

1) Der erste — juristische — Teil wird in einer kurzen Fußnote der angezeigten Schrift resumiert. — Außerdem enthält diese noch einige weitere Fußnoten, in denen sich v. W. mit fremden Äußerungen befaßt.

2) Dieser Verein ist hervorgegangen aus dem Revolutionären Sozialistischen Verband (vgl. Archiv VI, 333), der sich im September 1915 aufgelöst hat, und zwar infolge von Meinungsverschiedenheiten über

Die allgemeine Versammlung des S. R. V.

1. In Erwägung, dass die kapitalistische Entwicklung eine derartige Höhe erreicht hat, dass der kapitalistische Staat nicht länger eine Bedingung, sondern eine Hemmung für das Wachstum des Sozialismus geworden ist, indem die kulturelle Entwicklung der Nationalitäten nur durch den Sieg des Sozialismus verbürgt werden kann; dass die Annahme der Landesverteidigung durch die Sozialdemokratie im imperialistischen Zeitalter den Klassenkampf lähmt, die internationale Solidarität vernichtet, das Proletariat auseinanderreisst und das fürchterliche Gemetzel des modernen Krieges verursacht; dass die sogenannte „Handhabung der Unabhängigkeit" für alle Kolonialstaaten an erster Stelle die Sicherung und Erhaltung des Kolonialbesitzes bezweckt, so dass die arbeitenden Klassen unter der genannten Parole in den Tod gejagt werden, damit die herrschenden Klassen des eigenen Landes die proletarisierten oder pauperisierten Eingeborenen der Kolonien auch weiterhin ungestört unterdrücken und ausbeuten können; erklärt, dass die revolutionäre Sozialdemokratie immer und unter allen Umständen sich der Landesverteidigung widersetzen muss. —

2. In weiterer Erwägung, dass im Kampfe gegen Imperialismus und Militarismus das Proletariat alle verfügbaren parlamentarischen und ausserparlamentarischen Mittel wird benützen müssen, und auch vor dem schärfsten Widerstand nicht wird zurückweichen dürfen; dass dieser Kampf an erster Stelle die Gestalt der Dienstverweigerung am Kapitalismus, d. h. des Massenstreiks wird annehmen müssen; dass jedoch die Grenzlinien zwischen militärischem und nichtmilitärischem Streik stets mehr sich verwischen werden, weil nicht nur der Militarismus immer mehr danach strebt, die ganze Volkskraft seinem Gebot zu unterstellen, sondern auch der bürgerliche Staat im Streikfall das Heer zu bürgerlichen Diensten aufrufen wird; erklärt, dass die revolutionäre Sozialdemokratie die Grenze des Streiks nicht beim Arbeiter in Uniform ziehen kann, sondern auch die massale militärische Dienstverweigerung in Heer und Flotte als Kampfmittel wird anwenden müssen.

3. In endlicher Erwägung, dass der Kampf wider den Imperialismus von den Massen wird geführt werden müssen, dass jedoch die Geschichte, auch diejenige der Arbeiterbewegung, lehrt, dass die individuelle Äusserung des Widerstandes, wenn sie nur sozial-ethischen Motiven entspringt und soziale Wirkungen bezweckt, eine Massenbewegung nur dann fördern und beseelen kann, wenn die gesellschaftliche Atmosphäre mit revolutionärer Spannung geladen ist; erklärt, dass sie die Auffassung, welche die persönliche Tat und die Tat der Masse einander gegenüberstellt, verwerfe; spricht als ihre

---

das Zusammenwirken mit freien sozialistischen und syndikalistischen Gewerkschaften, infolge dessen die meisten Mitglieder, die zugleich der S.-D A.-P. angehörten, austraten. Ein anderer Teil der Mitglieder hat sich dann sofort wieder, mit dem früheren Programm, als Rev. Soz. Verein konstituiert, und dieser hat sich im Mai 1916 unter Führung von Frau ROLAND-HOLST mit der unter Führung WIJNKOOPS stehenden S.-D. P. fusioniert.

Überzeugung aus, dass auch die Tat des Einzelnen repräsentativen Wert besitzen und im Dienst der Masse verrichtet werden kann; weist aber die Arbeiterklasse nachdrücklich darauf hin, dass die Tat Einzelner niemals den Massenkampf wird ersetzen können, und ruft die niederländische Arbeiterklasse zum massalen allseitigen Widerstand auf, der imstande ist nicht nur die Begleiterscheinungen des Weltkrieges (Teuerung, Arbeitslosigkeit usw.), sondern auch den Krieg selbst und den Imperialismus kräftig zu bekämpfen.

Literaturbericht.

† FRANZ PETRY, Der soziale Inhalt der Marxschen Werttheorie. Jena, Gustav Fischer, 1916. 8°. 70 S. (2.50 M.)

P.s Absicht ist auf die Erhellung des methodologischen Gehalts der MARXschen Werttheorie gerichtet. Es handelt sich also um die Herausarbeitung der MARX eigentümlichen Problemstellung der theoretischen Ökonomie. Es sei zunächst gestattet, das Problem mit eigenen Worten zu umschreiben, da sich dann die Arbeit P.s leichter darlegen lassen wird.

Die Merkantilisten und die klassische Nationalökonomie hatten die Frage gestellt: Was ist der Reichtum der Nationen, wie wird er gewonnen, wie wird er verteilt? Für MARX aber ist die Frage nach dem Wesen des Reichtums keine Frage der politischen Ökonomie. Für ihn ist Reichtum eine Summe von Gebrauchswerten und diese ein Produkt der Tätigkeit von Mensch und Natur, seine Steigerung die Folge der Steigerung der Produktivität der Arbeit, wie sie die Geschichte der Technik darstellt. MARX fragt also: Was ist die Form des Reichtums, wie erscheint dieser je nach den geschichtlich wechselnden Umständen, unter denen Menschen produzieren? Und er gibt darauf seine berühmte Antwort: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware."

Die Ware ist aber ein „sinnlich-übersinnliches" Ding. Als sinnliches Ding ist sie Produkt des Produktionsvorganges, eines bestimmten technischen Verfahrens, ein Gut mit bestimmten Eigenschaften. Zugleich aber ist sie Produkt eines bestimmten Produktionsverhältnisses. Die Menschen müssen in der Produktion ihres gesellschaftlichen Lebens bestimmte Verhältnisse eingegangen sein, damit ihre Güter als Ware erscheinen, außer ihren sinnlichen Eigenschaften noch die „übersinnliche" erhalten, Ausdruck eines bestimmten, historisch gewordenen Produktionsverhältnisses zu sein. Wie wird nun die Ware zu solchem Ausdruck, wie kann ein Ding das gesellschaftliche Verhalten von Menschen, das Objekt die gesellschaftliche Aktion der Subjekte ausdrücken? Die Antwort kann nur aus der Art des Produktionsverhältnisses folgen.

Die menschliche Produktionsgemeinschaft kann prinzipiell nur auf zweierlei Art konstituiert sein. Sie kann einmal bewußt geregelt sein. Die Gesellschaft schafft sich die Organe, die als Vertreter des gesellschaftlichen Bewußtseins Maß und Art der Produktion festsetzen und das gewonnene

Gesellschaftsprodukt unter die Mitglieder verteilen. Die Menschen einer so organisierten Gemeinschaft — mag es sich um einen urkommunistischen Stamm, um die geschlossene Hauswirtschaft oder um eine weltumspannende sozialistische Gesellschaft handeln — beziehen sich in ihrer Produktion bewußt aufeinander als Teile einer Produktions g e m e i n s c h a f t. Ihre Arbeitsordnung und die Verteilung ihrer Produkte unterstehen der zentralen Kontrolle. Die Produktionsverhältnisse sind u n m i t t e l b a r gesellschaftliche Verhältnisse; die Beziehungen der einzelnen, soweit sie das Wirtschaftsleben betreffen, sind von der gesellschaftlichen Ordnung bestimmte, ihrem Privatwillen entrückte gesellschaftliche Beziehungen. Das Produktionsverhältnis selbst wird unmittelbar verstanden als von der Gesamtheit bewußt gesetzt und gewollt. Mit der Erklärung der Entstehung dieser Ordnung und mit ihrer Beschreibung ist die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft erschöpft. Die ökonomische Betrachtung ist nur wirtschaftshistorische Betrachtung. Hier ist kein Raum für t h e o r e t i s c h e Ökonomie.

Ganz anders dagegen, wenn die Regelung des Produktionsverhältnisses keine bewußt gesetzte ist. Die Gesellschaft ist dann aufgelöst in voneinander unabhängige Personen, deren Produktion nicht mehr als Gesellschafts-, sondern als ihre Privatsache erscheint. Es sind Privateigentümer, die durch die Entwicklung der Arbeitsteilung gezwungen sind, miteinander in Beziehung zu treten. Der Akt, in dem sie dies tun, ist der Austausch ihrer Produkte. Erst durch ihn wird in der durch Privateigentum und Arbeitsteilung in ihre Atome zerschlagenen Gesellschaft Zusammenhang hergestellt. Als Vermittler des gesellschaftlichen Zusammenhanges bildet der Austausch den Gegenstand t h e o r e t i s c h - ökonomischer Analyse. Denn nur dort, wo er erst den gesellschaftlichen Zusammenhang herstellt, also in einer Gesellschaft, in der die Individuen durch das Privateigentum und die Arbeitsteilung einerseits getrennt, anderseits aufeinander angewiesen sind, erhält er gesellschaftliche Bestimmtheit, muß er die Funktion erfüllen, den gesellschaftlichen Lebensprozeß möglich zu machen. Im Vollzug aller in dieser Gesellschaft möglichen Tauschakte muß sich das durchsetzen, was in einer kommunistischen, bewußt geregelten Gesellschaft mit Bewußtsein durch das gesellschaftliche Zentralorgan bestimmt wird: was und wie viel, wo und von wem produziert wird. Kurz, der Austausch muß den Warenproduzenten dasselbe mitteilen, was den Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft ihre Behörden, die bewußt die Produktion regeln, die Arbeitsordnung bestimmen usw. Aufgabe der theoretischen Ökonomie ist es, das Gesetz des so bestimmten Austausches zu finden.

Die Bestimmung des Tauschaktes als Vermittler des gesellschaftlichen Stoffwechsels ist es, die ihn seinerseits bestimmt sein läßt, eben durch die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Stoffwechsels. So zufällig der einzelne Tauschakt erscheinen mag, so kann er auf die Dauer und in dem Maße nur vollzogen werden, wenn er die Produktion und Reproduktion der Gesellschaft sichert. Die Produktion der Gesellschaft wird so die Bedingung für den Tauschakt der einzelnen, die nur dadurch zur Gesellschaft verbunden werden

und nur so Anteil nehmen am Ergebnis der gesamten gesellschaftlichen Produktion, die unter sie aufgeteilt werden muß. Es ist diese Beziehung auf die gesamte Produktion der Gesellschaft, die den einzelnen Austausch aus dem Bereich des Zufälligen, Willkürlichen und Subjektiven heraushebt und ihn zu etwas Regelmäßigem, Notwendigem und Objektivem macht, zu einer Bedingung des gesellschaftlichen Stoffwechsels, damit zu einer individuellen Lebensnotwendigkeit. Denn die auf Privateigentum und Arbeitsteilung basierte Gesellschaft ist nur möglich durch die Beziehung der Individuen, die miteinander tauschen; sie wird Gesellschaft durch den Tauschprozeß, der der einzige gesellschaftliche Prozeß ist, den die Gesellschaft ökonomisch kennt.

Innerhalb eines solchen Tauschakts ist das Gut Ware geworden, ein Ding, nicht mehr bestimmt für das individuelle Bedürfnis, sondern bestimmt für die Gesellschaft und abhängig von den Notwendigkeiten des Stoffwechsels der Gesellschaft. Es ist Ware geworden, weil die Produzenten dieses Gutes in einem bestimmten gesellschaftlichen Verhältnis stehen, in dem sie einander als unabhängige Warenproduzenten gegenübertreten müssen. In dieser Form erst wird das Gut, sonst ein natürliches, durchaus unproblematisches Ding, Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses, gewinnt also eine gesellschaftliche Seite. Die Ware erscheint also gegensätzlich bestimmt einerseits als natürliches („sinnliches"), andererseits als gesellschaftliches („übersinnliches") Ding. Es ist ein Gegensatz der Betrachtungsweise. Als natürliches Ding ist sie Objekt der Naturwissenschaft und Technik, als gesellschaftliches Objekt einer Gesellschaftswissenschaft, der theoretischen Ökonomie. Ausdruck von gesellschaftlichen Verhältnissen kann aber die Ware nur sein, sofern sie selbst als Produkt der Gesellschaft betrachtet wird, als Ding, dem die Gesellschaft ihren Stempel aufgedrückt hat. Die Glieder der Gesellschaft können sich jedoch ökonomisch nur aufeinander beziehen, indem sie füreinander arbeiten. Diese materielle Beziehung erscheint in ihrer historischen Formbestimmtheit im Austausch der Waren. Das Gesamtarbeitsprodukt stellt sich dar im Gesamtwert, der in der Einzelware in quantitativer Bestimmtheit als Tauschwert in Erscheinung tritt. Ist die Arbeit ihrer gesellschaftlichen Substanz nach Arbeitsprodukt, so erhält jetzt diese Arbeit dadurch ihren bestimmten Charakter als gesellschaftlich notwendige Arbeit: die Arbeit erscheint jetzt nicht mehr als Arbeit verschiedener Subjekte, diese erscheinen vielmehr als Organe der Arbeit. Die Privatarbeiten erscheinen so der ökonomischen Betrachtung als ihr Gegenteil: als gesellschaftliche Arbeit. Das Resultat des so qualitativ bestimmten gesellschaftlichen Produktionsprozesses ist quantitativ bestimmt durch die Gesamtmasse der aufgewendeten gesellschaftlichen Arbeit. Als adäquater Teil des gesellschaftlichen Gesamtarbeitsprodukts — und nur als solcher fungiert sie im Austauschverkehr — ist die Einzelware quantitativ bestimmt durch die in ihr enthaltene Quote der Gesamtarbeitszeit. Weil also die Arbeit das gesellschaftliche Band ist, das die in ihre Atome zerlegte Gesellschaft verbindet,

ist sie das Prinzip des Wertes [1]). Auf diesen „sozialen" Gehalt seiner Werttheorie, d. h. auf die gesellschaftliche Bestimmtheit der Waren, also die Wertform, hat MARX selbst immer wieder aufmerksam gemacht. „Da die Tauschwerte der Waren nur gesellschaftliche Funktionen dieser Gegenstände sind und durchaus nichts mit ihren natürlichen Eigenschaften zu tun haben, müssen wir fragen: Welches ist die gemeinsame gesellschaftliche Substanz aller Waren?", heißt es z. B. in der Abhandlung „Lohn, Preis und Profit". Es ist ebenso das Problem des ersten Abschnitts des „Kapitals", der vor allem der Aufdeckung des für das Verständnis der Marxschen Ökonomie grundlegenden „dinglichen Scheins" der ökonomischen Kategorien in dem berühmten Kapitel über den Fetischismus der Ware dient, und MARX betont immer wieder die spezifische Art seiner gesellschaftlichen Betrachtungsweise als das wesentlich Neue und Wichtige gegenüber der bisherigen Ökonomie. „Es ist einer der Grundmängel der klassischen politischen Ökonomie, daß es ihr nie gelang, aus der Analyse der Ware und speziell des Warenwertes die Form des Wertes, die ihn eben zum Tauschwert macht, herauszufinden. Gerade in ihren besten Repräsentanten, wie A. SMITH und RICARDO, behandelt sie die Wertform als etwas ganz Gleichgültiges und der Natur der Ware selbst Äußerliches. Der Grund ist nicht allein, daß die Analyse der Wertgröße ihre Aufmerksamkeit ganz absobiert. Er liegt tiefer. Die Wertform des Arbeitsproduktes ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, so übersieht man notwendig dabei auch das Spezifische der Wertform, also der Warenform, weiter entwickelt der Geldform, Kapitalform usw." („Kapital" I [4. Aufl.], S. 47).

Seitdem ist von marxistischer Seite gegenüber kritischen Angriffen, die gerade diese Grundlage des MARXschen Systems nicht genügend zu berücksichtigen pflegen, der methodologische Ausgangspunkt der MARXschen Lehre mit großem Nachdruck zu wiederholten Malen dargelegt worden. Man ist deshalb einigermaßen überrascht, von P. zu hören, daß durch die Hervorhebung des „sozialen Gehalts" der Werttheorie dieser „eine neue Seite abzugewinnen" wäre, die „auch für die heutige Problemstellung noch (sic!) von Interesse ist".

Diese Meinung P.s wird freilich erklärlich aus seiner eigentümlichen Stellung zur MARXschen Ökonomie. Er geht an sie weniger als Ökonom denn als Philosoph heran. Befangen in den Anschauungen RICKERTs über die eigentümliche Natur der Geisteswissenschaften, identifiziert er den gesellschaftlichen Ausgangspunkt bei MARX mit kulturwissenschaftlicher Betrachtung im Sinne RICKERTs und entdeckt dann bei MARX einen „methodischen Dualismus", der die „eigentümliche Unklarheit der MARXschen Be-

1) Vgl. auch HILFERDING, Zur Problemstellung der theoretischen Ökonomie bei Karl Marx (D. neue Zeit XXIII/1, 101/112).

griffe, ihre schillernde Vieldeutigkeit" verschulde. Die Herausarbeitung des „sozialen Inhalts" der Werttheorie erscheint P. daher als eine „künstliche, ja, etwas gewaltsame Abstraktion". Sie zeigt uns nämlich nach P.s Auffassung die eine, nämlich die kulturwissenschaftliche Seite der MARXschen Betrachtungsweise, während die andere, die kausal-genetische, naturalistische Erklärungsweise, die eine Fortführung RICARDOscher Gedankengänge wäre, bei dieser Herausarbeitung bewußt in den Hintergrund zu treten hätte. In Wirklichkeit ist dieser Dualismus bei MARX, der vielmehr mit aller Schärfe seinen gesellschaftlichen Ausgangspunkt hervorhebt und durchführt, nicht vorhanden, sondern wird von P. in ihn hineingetragen. Es ist die Anschauung RICKERTS, die für die Geisteswissenschaften eine andere Art der Beleuchtung fordert als für die Naturwissenschaften, in deren Lichte P. die MARXsche Ökonomie betrachtet, die ihm dann, da MARX mit RICKERTS Betrachtungsweise allerdings nichts zu schaffen hat, dualistisch widerspruchsvoll erscheint.

Eine Auseinandersetzung mit diesem Standpunkt ist nun hier nicht nur aus Raumrücksichten unmöglich, sie erübrigt sich auch aus zwei Gründen. Einmal hat MAX ADLER sich in seiner Abhandlung „Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft" [1]) gründlich mit der „kulturwissenschaftlichen Betrachtungsweise" RICKERTS auseinandergesetzt; dann aber versucht P. nirgends, uns zu zeigen, wieso denn „sozialer und kulturwissenschaftlicher" Gehalt identisch sei, inwiefern die Aufdeckung des gesellschaftlichen Zusammenhanges der Warenproduzenten als des Objektes der Ökonomie mit den erkenntnistheoretischen oder methodologischen Postulaten RICKERTS etwas zu tun habe. Er begnügt sich einfach mit der Gleichsetzung.

P. kommt deshalb auch nirgends zur Klarheit über die Wirkungsart des Wertgesetzes, so viel er auch darüber redet. Wir haben gesehen, daß das Wertgesetz nur der begriffliche Ausdruck des Produktionsverhältnisses ist, in dem die Warenproduzenten stehen. Es drückt also einen gesellschaftlichen Zusammenhang aus, aber es erzeugt ihn nicht, wie etwa das Gravitationsgesetz die Bewegung der Himmelskörper nach der älteren Naturauffassung erzeugt. Der gesellschaftliche Zusammenhang ist vielmehr erzeugt worden durch die Art, wie die M e n s c h e n ihre Produktionsverhältnisse sich gestaltet haben; diese werden erhalten, verändert und fortgebildet durch die wirtschaftlichen Aktionen der Menschen. Wie die Menschen auch und gerade nach der materialistischen Geschichtsauffassung ihre Geschichte selbst machen, so auch ihre Ökonomie. Das Wertgesetz bewirkt keine Handlungen, sondern umgekehrt in und durch die Handlungen der Wirtschaftssubjekte verwirklicht sich das Wertgesetz. Es ist Resultat, nicht Ursache. Aber diese wirtschaftlichen Aktionen der Menschen werden bestimmt durch das Produktionsverhältnis, in dem sie stehen; ihre gegenseitigen Beziehungen in der Produktion bedingen ihre Handlungen, die jetzt determiniert sind durch das gegebene Produktionsverhältnis, dieses reproduzieren, quantitativ oder quali-

1) Marxstudien I, Wien 1904, S. 195—433.

tativ verändern müssen. Diese Determination der Handlungsweise der Produzenten, die isoliert nach ihren subjektiven Motiven handeln, dabei aber ungesellschaftet sind und durch den gesellschaftlichen Zusammenhang determiniert sind, aus dem deshalb allein ihre Handlungen zu begreifen sind, diese Determination also auf ihren begriffsmäßigen objektiven Ausdruck gebracht, ist das Wertgesetz. Es ist daher kein kausal-genetisches Gesetz, sondern der Ausdruck des funktionellen Zusammenhanges, in dem die Produzenten handeln und durch diese Handlungen kausal-genetisch den gesellschaftlichen Zusammenhang, die Ökonomie der Gesellschaft (wie alles Gesellschaftliche überhaupt), produzieren.

Die Werttheorie ist also nur der begriffsmäßige Ausdruck des Produktionsverhältnisses, in dem die Mitglieder der warenproduzierenden Gesellschaft stehen. Der grundlegende Begriff der materialistischen Geschichtsauffassung und der Marxschen Ökonomie ist aber ein- und derselbe. Die Marxsche Ökonomie gibt das Bewegungsgesetz dieses bestimmten Produktionsverhältnisses, dessen Bewegung die geschichtliche Entwicklung der darauf beruhenden Gesellschaft bedingt. Die Marxsche Zugrundelegung des Produktionsverhältnisses, also der bestimmten historischen Art und Weise, wie die Mitglieder der Gesellschaft sich aufeinander beziehen, konstituiert erst Geschichte wie Ökonomie als besondere Gesellschaftswissenschaft. Denn dies erst macht das Gesellschaftliche im Gegensatz sowohl zum Subjektiv-Individuellen wie zum Objektiv-Natürlichen zu einem besonderen Gegenstand des Erkennens, seine Gesetzmäßigkeit zu einem spezifischen Objekt wissenschaftlicher Analyse.

Wenn aber das Wertgesetz nur Resultat ist, wie ist es möglich, es als Ausgangspunkt für die Deduktion zu nehmen? Ebendeshalb, weil es begrifflicher Ausdruck des Produktionsverhältnisses ist, dieses aber das Verhalten der Wirtschaftsubjekte bestimmt. Innerhalb des kapitalistischen Produktionsverhältnisses wird aber Motiv des (wirtschaftlichen) Handelns der Wirtschaftsubjekte das Profitstreben. Dieses Streben wird den einzelnen durch die Konkurrenz aufgeherrscht. Wer seiner — zum mindesten in dem Maße, den die jeweilige Intensität des Wettbewerbes erfordert — ermangelt, wird niederkonkurriert, aus der Wirtschaft als selbständiges Subjekt ausgemerzt. Streben nach Profit führt aber zu Verminderung der in der Einzelware vergegenständlichten Arbeitszeit. Im Wertgesetz sind damit alle Folgen des subjektiven wirtschaftlichen Verhaltens, wie es durch das Produktionsverhältnis determiniert ist, implizite enthalten, aus der es die Darstellung von Marx explizite entwickelt.

Ist also das Wertgesetz einmal gefunden und in seiner Eigenart eben aus der eigentümlichen Art gesellschaftlicher Beziehungen erkannt, die, obwohl aus individuellen Handlungen folgend, doch von diesen unterschieden sind, so hat es für die wissenschaftliche Darstellung gar keinen Sinn, immer wieder auf die individuellen Handlungen zu rekurrieren, statt aus dem Wertgesetz selbst die ökonomischen Gesetze abzuleiten. P.s und anderer Polemik

gegen diese Darstellung der Ökonomie, die sie als Beweis für den spekulativen Gehalt der MARXschen Wertlehre anführen möchten, zeigt nur, daß sie hinter den sehr realistischen Sinn der MARXschen Kategorien nicht gekommen sind.

Damit hängt auch die Unklarheit über den Begriff der Konkurrenz zusammen. Bei Anwendung dieses Begriffes laufen gewöhnlich zwei verschiedene Auffassungen ununterschieden nebeneinander. Einmal nimmt man Konkurrenz im objektiven Sinn, spricht von Nachfrage und Angebot, also von irgendwie quantitativ bestimmten Gütervorräten, die sich gegenüberstehen, um gegeneinander ausgetauscht zu werden. Die Waren sind also bereits produziert und treten mit einem bestimmten Preis aus der Produktionssphäre auf den Markt. Dort wirken ihre Quantitäten aufeinander; sind sie proportional produziert, so realisieren sie ihren Preis, wenn nicht, so kontrahiert oder expendiert sich der Preis je nach der Abweichung von der gesellschaftlich notwendigen Proportion, die in jedem Moment durch die gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse aller Produktionsphären voneinander gegeben ist. Diese quantitativen, zufälligen, sich in längeren Perioden kompensierenden Abweichungen und Fluktuationen der Marktpreise fallen außerhalb des Rahmens der theoretischen Analyse. Diesen Sinn nur hat es, wenn man von Deckung von Angebot und Nachfrage, von der Ausschaltung der Konkurrenz spricht.

Ganz anders aber, wenn man Konkurrenz im subjektiven Sinn faßt und darunter die Wettbewerbsaktionen der Warenproduzenten versteht, also ihr Bestreben, möglichst billig zu kaufen, möglichst hoch zu verkaufen, möglichst billig zu produzieren, möglichst hohen Profit zu machen, kurz alle die wirtschaftlichen Willensaktionen, die durch das jeweilige Produktionsverhältnis determiniert sind. In diesem Sinne ist die Betrachtung der Konkurrenz nie ausgeschaltet, sie ist vielmehr die Voraussetzung und Bedingung, daß das Wertgesetz realisiert wird, weil sie eben nichts anderes als das Wirken des Produktionsverhältnisses, aber eines menschlichen Verhältnisses, ist, das eben in diesen Handlungen sich in ständigem Prozeß erfüllt, erhält und fortentwickelt. Das Wertgesetz — und das macht es eben zum begriffsmäßigen Ausdruck des Produktionsverhältnisses — zeigt das objektive Resultat dieser subjektiven Aktienen. In ähnlichem Sinne habe ich an anderer Stelle einmal bemerkt: „Die bürgerliche Ökonomie verwechselt fortwährend die gesellschaftlichen Funktionen der wirtschaftlichen Handlungen mit den Motiven der Handelnden und schiebt die Erfüllung dieser Funktionen den Handelnden als deren Motiv unter, wovon diese natürlich nichts wissen. Sie sieht also gar nicht das spezifische Problem der Ökonomie: diesen funktionellen Zusammenhang der wirtschaftlichen Handlungen, durch den sich das gesellschaftliche Leben erfüllen muß, als Ergebnis ganz anderer Motive aufzudecken und aus der notwendigen Funktion selbst die Motivation der kapitalistischen Produktionsagenten zu verstehen [1]".

1) Vgl. HILFERDING, Finanzkapital, Wien 1910, S. 201.

P. aber ist sich über die Rolle, die die Konkurrenz in diesem Sinne, also das tatsächliche wirtschaftliche Verhalten der Menschen, in der Marxschen Ökonomie spielt, durchaus im unklaren. Daher der Vorwurf, daß Marx die „kulturwissenschaftliche Wertbetrachtung“ immer wieder zugunsten einer kausalgenetischen aufgebe und dann „der Wert in sich selbst ein Prinzip seiner Bewegung und Verteilung erhalte“, daß er „in einer mystischen, überindividuellen, d. h. ganz außerhalb des Bewußtseins der einzelnen Produktionsagenten verlaufenden Kausalreihe, die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse bedinge, der gegenüber die Erscheinungen der Konkurrenz eine nur scheinbare Selbständigkeit besitzen. Jetzt ist es nicht mehr die spezifische Gestaltung der Konkurrenzverhältnisse, welche die Verteilung des Gesamtwertes, sondern es ist umgekehrt ein a priori gegebenes, aus der 'Selbstbewegung' des Wertes resultierendes Verteilungsschema, welches die Konkurrenz reguliert. Die gesellschaftliche Kausalität der Konkurrenz, der gegenüber der Wille des einzelnen abhängig ist, verwandelt sich in eine übergesellschaftliche, metaphysische Notwendigkeit, der gegenüber die Konkurrenz abhängig ist.“ Man muß selbst in ein philosophisches Vorurteil so sehr verstrickt sein, wie es P. ist, um in ein so durchaus realistisches oder vielmehr rein wissenschaftliches System, wie das Marxsche, so viel Metaphysik hineingeheimnissen zu können und die Darstellungsart mit dem Inhalt so sehr zu verwechseln. In Wirklichkeit sind das kausal Wirkende die wirtschaftlichen Handlungen, aber diese erfahren ihre Determination durch das bestimmte, empirisch gegebene Produktionsverhältnis, aus dem erst Zusammenhang und Resultat ihrer Handlungen hervorgeht. Das Produktionsverhältnis selbst, also daß die Wirtschaftsubjekte in dem Verhältnis einfacher Warenproduzenten oder in dem von Kapitalbesitzern und Lohnarbeitern sich gegenüberstehen, wird dabei durch diese Handlungen reproduziert, und diesen Zusammenhang — nicht kausale Beziehung — also das Produktionsverhältnis selbst, drückt das Wertgesetz aus.

Und ähnlich entgegen der Meinung P.s auch bei Ricardo. Zwar scheint bei Ricardo, der, außerstande, die Wertform zu analysieren, auch nicht den Begriff des absoluten Wertes kennt, das Wertgesetz nach Art eines unmittelbar kausal wirkenden Naturgesetzes formuliert. Fragt er doch nach der Ursache, die die Preisänderung bewirkt, und findet sie in der Änderung der Arbeit, die zur Produktion der Ware erforderlich. Also Verringerung der Arbeitszeit bewirkt Preissenkung und umgekehrt. Aber soll man wirklich glauben, daß Ricardo nicht gewußt hätte, daß dieses Resultat erst bewirkt werden kann durch die Handlungen der Wirtschaftsubjekte, die also das kausal Wirkende sind? Vielmehr hat er und mit ihm alle Ökonomen, die den „inneren Zusammenhang“ der warenproduzierenden Gesellschaft aufzufinden suchten, diese Vermittlung als selbstverständlich gesetzt. Daß das eine Unklarheit der Methodologie ist, mag sein; die Methodologie wird ja überhaupt erst in einem späten Entwicklungstadium der Wissenschaft herausgearbeitet und ist in Wirklichkeit stets das Resultat der wissenschaftlichen Entwicklung und nicht ihre Voraussetzung, denn diese ist sie nur logisch,

nicht historisch-psychologisch. Aber welch viel größere Unklarheit ist es erst, die Selbstverständlichkeit nicht als solche zu erkennen und dann RICARDO und gar MARX metaphysische Voraussetzungen zuzumuten, wie es die auch von P. beliebte „erkenntnistheoretische" Kritik beliebt.

Den wesentlichen Gegensatz zu RICARDO hat vielmehr MARX selbst formuliert, wenn er ihn, wie schon oben erwähnt, darin erblickt, daß RICARDO die historische Bedingtheit der bürgerlichen Produktion für ewige Naturformen der Produktion überhaupt versieht. P. wendet dagegen nach dem Vorbild HAMMACHERS ein, daß eine „solche historische Auffassung allen sozialistischen Schriftstellern mehr oder weniger eigen sei, denn ihre Kritik der kapitalistischen Gesellschaft mußte mit der Vorstellung von deren nur relativem, wandelbarem Charakter verbunden sein. RODBERTUS hat ihn vertreten, und mehr an ihn als an MARX haben WAGNER und DIETZEL mit ihrer Scheidung von ökonomisch-technischen und historisch-rechtlichen Kategorien angeknüpft, die heute Gemeingut der Wissenschaft geworden ist." P. übersieht dabei gerade das Wesentliche. Denn bei der von ihm dargestellten Auffassung liegt das Historische außerhalb der Wirtschaft und ihren Gesetzen in den Rechtsverhältnissen. Die Wirtschaft erscheint als das Passive, das geändert werden muß durch die irgendwie zu bewirkende Änderung des Rechts. Bei MARX entwickelt sich das Produktionsverhältnis und mit ihm das ihm eigentümliche Recht nach eigenen Gesetzen, die sich aus der Analyse der Produktionsverhältnisse ergeben. Deshalb ist auch der Gegensatz, wie ihn WAGNER und DIETZEL formulieren, im Widerspruch mit der MARXschen Auffassung, die von ökonomisch-historischen einerseits und natürlich-technischen Kategorien andererseits reden muß.

Die eigentümliche Neigung P.s, die ausdrückliche Betonung der Konkurrenzhandlungen der Wirtschaftsubjekte für eine besondere methodologische Stellungnahme zu halten, führt ihn noch zu einer merkwürdigen Beurteilung der MARXschen Lösung des Problems der gleichen Profitrate. Auch er sieht in dieser Lösung einen Widerspruch zwischen dem I. und III. Band des „Kapital"; aber nicht der III. Band widerspreche dem I., sondern dieser jenem. Denn in dem III. sei die soziale Rolle der Konkurrenz, als des eigentlich kausal wirkenden Faktors klar herausgearbeitet, während die „Wertbetrachtung" uns ihren sozialen Gehalt erkennen lasse. Das „Wie" erfahren wir freilich nicht. Im I. Band dagegen erscheine das Wertgesetz als das Bewirkende. Wäre P. nicht so sehr in die von RICKERT übernommenen Voraussetzungen verstrickt, die ihn einen übrigens nirgends klar herausgearbeiteten Gegensatz zwischen Wertgesetz und Wertbetrachtung konstruieren ließen, erläge er nicht immer wieder der Einbildung, im „sozialen Gehalt" der Werttheorie eine von ihm gemachte Interpretation, statt den wirklichen Gehalt der Theorie vor sich zu haben, kurz betrachtete er das MARXsche System wissenschaftlich, statt vom Standpunkt einer inadäquaten Erkenntnistheorie, so hätte er hier leichter das Richtige getroffen. Der Austausch der Produkte zu gleichen Arbeitsmengen (also nach dem Wertgesetz) ist ebenso Resultat der Konkurrenz wie der zu Produktionspreisen, d. h. also in solchem

Verhältnis, daß auf gleiche Kapitalmengen gleicher Profit entfällt. Nur findet die Konkurrenz innerhalb verschiedener Produktionsverhältnisse statt. Das eine Mal ist das Verhältnis von „einfachen Warenproduzenten“, das andere Mal von „Kapitalisten“ Die Änderung des Produktionsverhältnisses muß kausal das Austauschverhältnis ändern. Nur wenn man übersieht, daß das Produktionsverhältnis der Ausgangspunkt der ökonomischen Betrachtung ist, kann man zwischen dem I. und III. Band des „Kapital“ einen Widerspruch sehen. Denn daß die Änderung des Produktionsverhältnisses Änderungen im Austausch bedingt, ist nicht nur nicht widerspruchsvoll, sondern selbstverständlich. Der Schein des Widerspruchs rührt nur daher, daß man das Wertgesetz nicht als Resultat, sondern als Ursache, Bedingung, als etwas irgendwie den Austausch „Bewirkendes“ mißversteht. Da muß dann freilich eine dauernde Abweichung vom Wert„gesetz“ als dessen Aufhebung erscheinen. In Wirklichkeit aber bewirkt kapitalistische Konkurrenz eine andere Verteilung des Gesamtarbeitsprodukts als Konkurrenz einfacher Warenproduzenten. Ohne Wertbegriff bleibt aber die Gesamtarbeitszeit und damit jede Kommensurabilität der Waren, also der gesetzmäßig gesellschaftliche Zusammenhang aller warenproduzierenden Wirtschaftsysteme, absolut unerklärlich. Auf P.s Andeutungen, daß vielleicht noch andere Lösungen des ökonomischen Gesamtproblems denkbar wären, über die endgültig die Philosophie(!) entscheiden würde, könnte nur eingegangen werden, wenn es eben mehr als unbestimmte Andeutungen wären.

Die Einwendungen. die wir machen mußten — und sie könnten noch vermehrt werden —, entspringen alle aus der falschen Stellungnahme P.s, der in der Darlegung des sozialen Gehalts der MARXschen Theorie, statt darin den richtigen Standpunkt zu erblicken, von dem sich das Verständnis des Marxismus erst erschließt, eine Art Reinigungsprozedur erblickt von allerhand metaphysischen oder mechanistischen Elementen, die seine falsche Auffassung in das System hineingetragen hat. Die Herausarbeitung selbst ist zum Teil gut gelungen, und soweit P. an diesem Standpunkt festhält und innerhalb desselben verbleibt, ergeben sich ihm auch eine Reihe richtiger Einsichten, die ihn befähigen, manche Mißverständnisse der MARXschen Lehre zu berichtigen. Insofern stellt die Arbeit einen, allerdings mit sehr bedenklichen methodologischen Irrtümern erkauften Fortschritt zum Verständnis der MARXschen Theorie dar und zugleich eine beachtenswerte Talentprobe.

Um so mehr muß man bedauern, daß der Krieg, der allem Geistigen aller Nationen so unheilbaren Schaden zufügt, auch dieses Leben in der Blüte geknickt hat. Am 29. September 1915 ist FRANZ PETRY auf dem Marsche zur Front im Lazarett zu Wilna gestorben, ohne das Erscheinen seiner Erstlingsarbeit erlebt zu haben. Sein Lehrer KARL DIEHL hat die Arbeit herausgegeben und ihr einen warmen Nachruf vorausgeschickt, worin er mit Recht die hohe Begabung des jungen Gelehrten hervorhebt.

Steinach in Tirol, im Juni 1916.

RUDOLF HILFERDING.

Gesammelte Schriften von KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS. 1852—1862. Herausgegeben von N. RJASANOFF. Die Übersetzungen aus dem Englischen von LUISE KAUTSKY. 2 Bde. Stuttgart, Dietz Nachf. 1917. Gr. 8°, LXXIV-530 und XXIV—549 S. (geb. 20 Mk.).

Seit der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen M. und E. haben wir eine Vorstellung von dem Umfang und der Vielseitigkeit der journalistischen Tätigkeit beider Freunde, besonders in dem Jahrzehnt von 1852—1862. Seither auch erst ward es möglich, zahlreiche anonyme Veröffentlichungen mit Sicherheit als von M. herrührend zu erkennen und in den verschollenen chartistischen und demokratischen Zeitungen und Zeitschriften, sowie in der Newyork-Tribune aufzufinden. Die Ausbeute übertrifft alle Erwartungen, obgleich Einzelveröffentlichungen, wie die vom Ehepaar AVELING 1897 englisch herausgegebene Sammlung M.scher Tribune-Artikel „The Eastern Question" und vor allem die von KARL KAUTSKY u. d. T. „Revolution und Konterrevolution in Deutschland" (1895) in Übersetzung veröffentlichte Aufsatzreihe, vermuten ließen, daß sehr wertvolle Arbeiten hier der „Ausgrabung" harrten. In der Tat ist die von RJASANOFF publizierte vorliegende Sammlung, abgesehen von ihrem konkreten Inhalt, bedeutsam. Denn sie gibt ein anschauliches Bild von der Wirksamkeit der beiden Männer als Korrespondenten einer großen amerikanischen Tageszeitung und zeigt M. und E. als politische Tagesschriftsteller, die zu den verschiedensten Ereignissen schnell Stellung nehmen müssen und daher gezwungen sind, die materialistische Geschichtsauffassung im Kampfgewühl des Tages anzuwenden. Die zahlreichen einschlägigen Artikel bieten so ein unschätzbares Material zur Prüfung des Wertes der M.schen Geschichtsauffassung bei Beurteilung politischer Ereignisse im Fluss des Geschehens. Nach zwei Menschenaltern, da die behandelten Vorkommnisse längst der Geschichte angehören, können wir erkennen, wie sich die materialistische Geschichtsauffassung in der Hand ihrer Altmeister als Mittel des Tagesjournalismus bewährte, welche Irrtümer im einzelnen unterliefen und inwieweit die Gesamtauffassung über die politische Entwicklung jener Epoche durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt oder widerlegt wurde. Denn naturgemäss sind wir heute über sehr vieles weit besser unterrichtet, als es M. und E. sein konnten. Das Getriebe der Diplomatie und der Kabinette der europäischen Großstaaten liegt heute, dank der inzwischen erschienenen Memoiren und sonstigen Literatur, klarer zutage, wenngleich noch viel Material in den Staatsarchiven ruht.

Es genügt aber nicht, festzustellen, wie M. und E. in Einzeldingen und in mancher politischen Perspektive irrten. Nur ein Vergleich mit den Kenntnissen und Meinungen ihrer Zeitgenossen, sei es der Berufspolitiker, der Staatsmänner und Diplomaten, der Journalisten hervorragender englischer Tagesblätter, endlich der bedeutendsten Vertreter der revolutionären Emigration verschiedener Nationen, gibt einen zutreffenden Maßstab zur Würdigung ihrer journalistischen Leistungen. Ein solcher Vergleich, zu dem die Artikel selbst durch zahlreiche Zitate aus Zeitungen, Zeitschriften und Parlamentsreden wertvolle Belege bieten, fällt sehr zugunsten von M. und E. aus. Es ist erstaunlich, daß bei

den Fehlerquellen, die bei schneller Berichterstattung unvermeidlich sind, die M.schen Artikel noch heute die geschichtliche Entwicklung oft schärfer beleuchten wie spätere umfangreiche Werke von Fachhistorikern, während andererseits M. auf eine Fülle von Tatsachen und Vorgängen hinweist, die von der politischen Geschichtschreibung unbeachtet bleiben mußten, da M. die Dinge von einem weit umfassenderen theoretischen und politischen Standpunkt betrachtete, als die Fachgelehrten. Die Mängel und Grenzen der Anwendung der historisch-materialistischen Methode auf die Tagesgeschichte hat E. selbst klassisch formuliert in seiner, oft allerdings nur in den Schlußsätzen zitierten, Einleitung zu M.s „Die Klassenkämpfe in Frankreich" (Berlin 1895. Vgl. bes. S. 3—4, 6—9). Diese Sätze lesen sich heute wie ein Motto zu den journalistischen Arbeiten beider Freunde. Sie kennzeichnen treffend Eigenart und Bedeutung der Tribune-Artikel, soweit es sich nicht um geschichtliche Rückblicke oder biographische Skizzen handelt, obgleich sie auch hier modifiziert gelten, falls die betrachteten Ereignisse noch nicht so lange zurückliegen, daß eine eingehende Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der skizzierten Epoche möglich ist.

Diese Fehlerquellen, auf die E. hinweist, konnte auch M. nicht immer vermeiden: weder bei der Behandlung rein wirtschaftlicher Vorgänge, wie mißglückte Krisenprophezeiungen, noch bei der Stellung des Horoskops einzelner Gruppen und Klassen der Gesellschaft. Er erwartete z. B. den Untergang der englischen Torys, weil er die allgemeine Überschätzung der Wirkungen der Aufhebung der Korngesetze teilte. Die Torys reorganisierten sich aber als Konservative bei steigender wirtschaftlicher Kraft, deren letzten ökonomischen Grund M. selbst später in der „absoluten" Grundrente erkannte.

Aber nicht nur in einzelnen politischen Ausblicken irrten M. und E., sondern eine Grundvoraussetzung ihrer gesellschaftlichen Prognose erwies sich als falsch: die Erwartung einer proletarischen Revolution als Folge einer umfassenden intensiven Wirtschaftskrise. Diese Erwartung ist für ihre politische Gesamtauffassung richtunggebend und klingt in zahlreichen Artikeln deutlich an. Frei von naiver Revolutionsromantik, gründeten die Freunde ihre Hoffnung auf eine wirtschaftliche Analyse, die sich aber als nicht erschöpfend erwies. Auch hier hat E. (a. a. O. S. 6) in klassischer Weise die Tagesirrtümer nicht nur konstatiert, sondern auch, gestützt auf die in der Zwischenzeit zwischen den 40er und den 90er Jahren gewonnene Erfahrung und Einsicht, ihre Gründe nachgewiesen.

Wie stark in den Jahren nach der Februarrevolution die Erwartung einer erneuten revolutionären Periode das politische Denken von M. und E. beherrschte, wie sie mit Ungeduld den Beginn neuer Kampftage erwarteten, dafür liefern die beiden angezeigten Bände zahlreiche Belege. Jedes Symptom revolutionärer Gärung (der Mailänder Aufstand, die spanische Revolution, die Unruhen im Hydepark gegen die heuchlerisch-frommen Bestrebungen nach Verschärfung der Sonntagsruhe) wird freudig begrüßt. Als Grundlage einer wirklichen Revolution wird aber stets die Wirtschaftskrise betrachtet. Als nun 1857 eine



allgemeine Krise einzusetzen schien, da bemächtigte sich beider Freunde, die von ihr große politische Umwälzungen erhofften, eine freudige Stimmung. *„Seitdem der Schwindel zusammenbrach in New York — schreibt E. an M. unter dem 13. II. 1857 — hatte ich keine Ruhe mehr in Jersey, und ich fühle mich enorm fidel in diesem general downbreak. Der bürgerliche Dreck der letzten sieben Jahre hatte sich doch einigermaßen an mich gehängt, jetzt wird er abgewaschen, ich werde wieder ein anderer Kerl. Die Krisis wird mir körperlich ebenso wohltun wie ein Seebad, das merke ich jetzt schon. 1848 sagten wir: jetzt kommt unsere Zeit, und sie kam in a certain sense, diesmal aber kommt sie vollständig, jetzt geht es um den Kopf. Meine Militärstudien werden dadurch sofort praktischer, ich werfe mich unverzüglich auf die bestehende Organisation und Elementartaktik der preußischen, österreichischen, bayerischen und französischen Armeen und außerdem nur noch auf Reiten, das heißt Fuchsjagen, was die wahre Schule ist.“ (II, 2—4.)*

Diese Stimmung spricht auch, wenngleich gedämpft, aus manchen Artikeln über die orientalische Frage, deren revolutionäre Lösung M. und E. um so mehr anstrebten, als sie die Pfuscherein der internationalen Diplomatie, das Flickwerk der ewigen Verhandlungen, Verträge und Konferenzbeschlüsse zu genau kannten. Sie wußten, daß der „Statusquo“ in der Türkei, um dessen Erhaltung sich die Diplomatie krampfhaft bemühte, gar nicht aufrecht zu erhalten war, dank der wirtschaftlichen Veränderungen in der Türkei selbst und der Wühlarbeit Rußlands und anderer Mächte. Progammatisch sind folgende Sätze aus dem von E. geschriebenen Leitartikel der Newyork-Tribune vom 21. IV. 1851: „Was soll aus der europäischen Türkei werden?“

„Die hohle, niemals durchgesetzte Theorie von der Aufrechterhaltung des Statusquo ist die große Triebfeder, die Rußland bei allen seinen Schritten gegen Konstantinopel unterstützt. Worin besteht dieser Statusquo? Für die christlichen Untertanen der Pforte bedeudet er nichts anderes als die Verewigung ihrer Unterdrückung durch die Türkei. Solange sie durch die türkische Herrschaft unterjocht sind, sehen sie in dem Haupt der griechischen Kirche, dem Beherrscher von *60 Millionen griechischer Christen ihren natürlichen Beschützer und Befreier. Dasselbe diplomatische System, das zur Verhütung russischer Übergriffe konstruiert wurde, zwingt 10 Millionen griechischer Christen in der europäischen Türkei, sich an Rußland um Schutz und Hilfe zu wenden. Solange diese Tradition das Leitmotiv der Diplomatie der Westmächte sein wird, so lange werden 9/10 der Bevölkerung der europäischen Türkei in Rußland ihren Halt, ihre Stütze, ihren Befreier, ihren Messias sehen.*

Nehmen wir einen Augenblick an, daß die griechisch-slawische Halbinsel sich von der türkischen Herrschaft befreit hätte, daß dort eine Regierung existierte, die den Bedürfnissen der Bevölkerung besser angepaßt wäre. Wie würde sich Rußlands Position gestalten? Es ist allbekannt, daß sich in jedem Staat auf türkischem Gebiet, der sich ganz oder teilweise unabhängig zu machen verstand, sogleich eine starke antirussiche Partei entwickelte. Wenn das also schon in einer Zeit der Fall ist, wo die Vasallen in Rußland den

[illegible]

... einen europäischen Krieg im Gefolge haben konnte. Die Regierungen mit ihrer altmodischen Diplomatie aber werden die Schwierigkeit niemals lösen. Wie die Lösung so vieler anderer Probleme, bleibt auch die der türkischen der europäischen Revolution vorbehalten. In dieser Behauptung liegt keine Anmaßung. Seit 1789 erfaßt die Revolution immer weitere Gebiete, werden ihre Grenzen immer weiter gezogen. Ihre letzten Marksteine hießen Warschau, Debreczin, Bukarest; die äußersten Punkte der nächsten Revolution müssen Petersburg und Konstantinopel sein. Das sind die zwei verwundbarsten Stellen, an denen der russische antirevolutionäre Koloß angegriffen werden muß." (I, 100 f.)[1].

1) Wie sehr sich seit den 50er Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse in der europäischen Türkei gewandelt haben, zeigt die knappe, aber ausgezeichnete politisch-ökonomische Analyse in OTTO BAUERS „Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik" (1912). — Wie ferner durch die allgemeine kapitalistische Entwicklung Europas und durch die besondere politische Gestaltung der Balkanverhältnisse die von E. ausgegebene Parole einer revolutionären Lösung der Balkanfrage modifiziert wurde, zeigt u. a. die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten LAPTSCHEWITSCH in der Skupschtinasitzung vom 18. VI./31. V. 1913 beim Ausbruch des Balkankrieges: „La guerre est une méthode impérialiste des classes dominantes. La S.-D. recommandait de [illegible] voie pour l'affranchissement, l'unification et le développement

Der diplomatischen Erhaltung des Statusquo, der Galvanisierung des langsam verwesenden Leichnams der europäischen Türkei wird hier das revolutionäre Programm entgegengesetzt: Staatliche Emanzipation der Südslawen im Verlauf einer allgemeinen europäischen Revolution, die nicht zuletzt in einen rücksichtslosen Kampf gegen den reaktionären Zarismus ausläuft. Heute ist es leicht, die Irrtümer dieser Auffassung nachzuweisen, und E. selbst hat sein damaliges Programm in seinen Artikeln über die auswärtige Politik des Zarentums berichtigt und ergänzt. Die Tribune-Artikel, heute historische Quellen, waren jedoch auf politische Wirkungen berechnet. Sie schrieb — was man nicht vergessen darf — nicht der Historiker, sondern der Politiker.

Der Geschichtsschreiber hat die Tatsachen einer vergangenen Epoche einwandfrei zu ermitteln und den gesetzmäßigen Verlauf der geschichtlichen Entwicklung nachzuweisen. Der marxistische Politiker erforscht zwar auch die Tendenzen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seiner Zeit. Er aber will diese Entwicklung beeinflussen, eine bestimmte Strömung stärken, Gegenkräfte bekämpfen. Ihm ist die Erkenntnis Waffe im Kampf, und dessen Anforderungen bestimmen den Charakter seiner Veröffentlichungen. Er muß gegen bestehende Vorurteile polemisieren, bestimmte Ideologien herrschender Gruppen kritisieren, das Interesse der Arbeiterklasse in den Vordergrund rücken, politische Vorgänge in ihren internationalen Zusammenhängen zeigen. Kurz, er ist kein objektiver Historiker, obgleich die materialistische Geschichtsauffassung ihn davor bewahrt, sich in subjektivischer Kritik zu verlieren, da die M.sche Methode stets die wirtschaftlichen Grundlinien der Entwicklung zum Ausgangspunkt der politischen Kritik nimmt. Daher sind auch die M.schen Artikel, obgleich für den Tag geschrieben, in ihrer Gesamtheit die ausführlichste Geschichte des in ihnen behandelten Zeitabschnitts. Allerdings hatte M. mit mancherlei Hemmungen zu rechnen, da er für die Tribune schrieb, ein bürgerlich-demokratisches Blatt der Vereinigten Staaten, dessen Redaktion zu wichtigen politischen Fragen eine der seinigen entgegengesetzte Haltung einnahm. Auch bei den Beiträgen für die Neue Oderzeitung hatte er mit der preußischen Zensur zu rechnen, während das Chartistenblatt Peoples Paper ihm den weitesten Spielraum bot. Man vergleiche nur die Artikelserie über Lord PALMERSTON im Chartistenorgan mit ihrer gekürzten Wiedergabe in der Newyork-Tribune.

Einen besonderen Reiz bieten vor allem die Artikel über die orientalische Frage und den Krimkrieg wegen der eingehenden Darstellung und Kritik der diplomatischen Vorgänge. Diese und insbesondere die von der russischen und englischen Regierung zur Rechtfertigung ihres Vorgehens veröffentlichten diplomatischen Aktenstücke nötigten ihn und E. zu umfassenden Studien über die auswärtige Politik, besonders des englischen Kabinetts und der russischen

progressif des nations balcaniques. Cette voie, c'était la révolution démocratique qui conduirait à une fédération des républiques balcaniques" usw. (Vgl. GRÜNBERG. Die Internationale und der Weltkrieg, in diesem Archiv VII. 137.)

Diplomatie. Hierbei hält sich M. frei von der Berufsbeschränktheit zünftiger Diplomaten, die nur sehen, was in den Akten steht, obgleich das Interessanteste nie darin steht. Er verfällt auch nicht jener nationalen Einseitigkeit, die nur die Fehler der Regierungen anderer Länder bemerkt, während die Staatsmänner des eigenen Landes in erhabener Glorie strahlen. Meisterhaft versteht er es, das verschiedenartigste Material zu benutzen, durch Vergleichung der Publikationen und Ministerreden verschiedener und dann wieder der gleichen Regierung über eine politische Frage in verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung, kurz durch eine „immanente Kritik" die Wahrheit festzustellen. Dabei verfällt er nie in den Irrtum, die Bedeutung der Diplomaten zu überschätzen, da er die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Staaten und die sich daraus ergebenden ökonomischen Triebkräfte ihrer politischen Entwicklung zu genau kennt. Selbst die Eigenart, die Vorzüge und Schwächen der Diplomatie eines bestimmten Staates erklärt er wirtschaftlich, ohne sich, wie z. B. DAVID URQUHART, durch die russische Diplomatie imponieren zu lassen. (Vgl. bes. I, 199.)

Die bereits durch den Briefwechsel widerlegte Legende von der Abhängigkeit der Auffassung M.ens über die orientalische Frage von den Meinungen URQUHARTS wird jetzt in ihrer ganzen Unhaltbarkeit offenbar. M. benutzte zwar sehr oft die von URQUHART veröffentlichten russischen Geheimdepeschen und auch die Information, die dessen sonstige Publikationen in reichem Maße enthalten. Aber auch wenn er im Einzelnen zu ähnlichen Schlüssen kommt wie der russenfeindliche und turkophile Schotte, geschieht dies auf Grund eigener Studien und von eigenen Gesichtspunkten aus. So z. B. bei der heute noch unerreichten Schilderung Lord PALMERSTONS. Im Gegensatz zu URQUHART, der PALMERSTON als direkt von den Russen bestochen annimmt, hält ihn M. wegen seines häufigen Zusammengehens mit der zarischen Regierung und seiner konterrevolutionären Politik für konsequent russenfreundlich — trotzdem er selbst ihn anderseits als Virtuosen der Tagespolitik schildert, dem eine konsequente großzügige Politik fremd sei (I, 225). Trotz dieses Irrtums und dieses Wiederspruchs bleibt übrigens die Artikelserie über PALMERSTON ein Meisterstück sowohl der Charakteristik einer bestimmten staatsmännischen Persönlichkeit, einer inzwischen typisch gewordenen Mischung von Börsenspieler und Diplomat, als auch der Aufdeckung der Irrwege der Diplomatie, die noch unerforschlicher sind wie die Wege der Vorsehung.

Es ist denn auch kein Wunder, wenn selbst M. sich in diesem Labyrinth gelegentlich verirrte. So z. B. auch bei der kritischen Analyse der englischen Blaubücher über den Fall der Festung Kars. Durch seine vergleichende Methode ermittelt M. eine Menge Fälschungen, Verstümmelungen von Dokumenten usw. in diesen so „sorgfältig" redigierten Aktenstücken. Er zeigt, wie die türkische Armee an einem Entsatz der Festung durch diplomatisches Ränkespiel gehindert wurde, und schließt auf einen bewußten Verrat der Festung an die Russen mit Wissen der englischen Regierung, während in Wirklichkeit die Hauptschuld auf NAPOLEON III. fiel. Die britische Regierung schützte nur den lieben Bundes-

genossen und machte die Türkei zum Sündenbock. Trotz dieser Mängel ist die Kritik der Eastern Papers ein Muster sorgfältiger Analyse solcher amtlicher Veröffentlichungen, deren Wert auch der deutsche URQUHARTIT, LOTHAR BUCHER, der spätere Gehilfe BISMARCKS, richtig einzuschätzen wußte.

Seine Studien des amtlichen Materials zur auswärtigen Politik Englands verwertet M. auch in seinen kritischen Referaten über Parlamentsverhandlungen während des Krimkrieges. Mit ätzendem Sarkasmus streut er in die Inhaltsangaben der Reden der Minister und ihrer Opponenten knappe Bemerkungen ein, in denen er auf die wichtigen Tatsachen aufmerksam macht, die sowohl Minister wie Parlamentsredner vergessen haben. Der Wortstreit der Vertreter verschiedener Klüngel wird dadurch zu einer Kritik der verschiedenen einander folgenden Ministerien und zu einer Brandmarkung der Politik der herrschenden Klassen Englands. Der Vergleich von Worten und Taten, der Gegensatz zwischen hochtrabenden Phrasen der Regierungsvertreter über Kriegslage und Heeresverwaltung und der wirklichen Lage der Armee in der Krim, das Referat über die gestammelte Verteidigungsrede des Lord JOHN RUSSELL beim Austritt aus dem letzten Ministerium, dem er angehörte, rechtfertigen das harte Urteil, das M. über den damaligen englischen Parlamentarismus fällte: „*Nachdem ich beiden Sitzungen des englischen Parlaments am Montag und Dienstag beigewohnt, gestehe ich ein, daß es von mir ein Irrtum war, 1848 in der Neuen Rheinischen Zeitung die Berliner und die Frankfurter Nationalversammlung als den Tiefstand parlamentarischen Lebens gekennzeichnet zu haben.*“ Mit dieser Kennzeichnung des mächtigsten Parlaments Europas begnügt sich aber M. nicht, sondern weist auch auf die wirtschaftlichen Ursachen dieser Machtlosigkeit des Parlaments in der auswärtigen Politik und des Fehlens großer Kämpfe in der inneren hin. Zusammenfassend schildert er am 19. X. 1852 die „politischen Konsequenzen des kommerziellen Paroxysmus“ folgendermaßen: „*Die Masse des Volkes hat reichlich Arbeit und ist mehr oder weniger gut dran, immer abgesehen von den Paupers, die von der britischen Prosperität unzertrennlich sind; das Volk ist daher augenblicklich kein sehr brauchbares Material für die politische Agitation. Was aber vor allem Lord Derby bei seinen Machinationen zustatten kommt, das ist der Fanatismus, mit dem die Bourgeoisie sich in den gewaltigen Prozeß der industriellen Produktion gestürzt hat, Fabriken errichtet, Maschinen konstruiert, Schiffe baut, Baumwolle und Wolle spinnt und webt, Speicher füllt, Wechselgeschäfte macht, fabriziert, exportiert, importiert, kurz, sich allen möglichen mehr oder weniger nutzbringenden Geschäften hingibt, deren Zweck jedoch stets ist, Geld zu machen. Sie überläßt die Überwachung der Torys ihren Politikern von Profession. Diese aber (siehe Joseph Humes Schreiben an den Hull Advertiser) jammern mit Recht darüber, daß sie ohne Druck von außen ebensowenig agitieren können, als der menschliche Organismus ohne den Druck der Atmosphäre arbeiten kann. Dabei kann sich die Bourgeoisie einer Art unangenehmer Vorahnung nicht erwehren, daß in den hohen Regierungskreisen etwas Verdächtiges vorgeht und daß das Ministerium die politische Apathie, die durch die jetzige Prosperität geschaffen ist in nicht gerade sehr*

gewissenhafter Weise ausbeutet. Von Zeit zu Zeit warnt sie daher das Ministerium durch ihre Preßorgane". (I, 36.)

Diese für eine bestimmte politische Situation geschriebenen Zeilen gelten aber, wenn auch modifiziert, für die erste Hälfte der 50er Jahre überhaupt. Es fehlte, wie M. noch am 15. II. 1855 in der Neuen Oderzeitung darlegte, der „Druck von außen", und daher wurde der Parlamentskampf zum Geraufe um den Platz an der Futterkrippe, zum leeren Rededuell, zum Streit von Gruppen und Cliquen an Stelle des Ringens großer Parteien um politische Ziele. (I, 130.) M. kannte eben nicht nur die allgemeinen wirtschaftlichen Grundlagen der parlamentarischen Stagnation, sondern auch die Wirkungen, die durch den Mechanismus des englischen Parlaments, das auf einem „reformierten" Wahlrecht beruhte, ausgelöst wurden. Er hatte auch die Wahlkorruption und den wahren Charakter des Bourgeoiswahlrechts von 1832 blossgelegt.

Von besonderem Interesse sind seine Bemerkungen über die verschiedene Rolle des allgemeinen Wahlrechts in England und in Frankreich. In ihnen zeigt sich M. frei von allen ideologischen Illusionen über die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts, die noch LASSALLE in seinem „Arbeiterprogramm" hegt. Er zeigt, wie verschieden ein demokratisches Wahlrecht wirken muß, je nach der Struktur der Gesellschaft, in der es eingeführt wird. Die Bewertung politischer Institutionen und demokratischer Einrichtungen kann nur nach vorheriger wirtschaftlicher Analyse erfolgen, wenn sie nicht irreführen soll. Das zeigt M. in seiner Artikelserie über Lord JOHN RUSSELL, dessen Popularität nicht zuletzt auf dem Zufalle beruhte, daß in seine Ministerschaft die Reform des Wahlgesetzes von 1832 fiel. Diese, denjenigen über PALMERSTON gleichwertigen, Artikel, geschrieben als politischer Nachruf, sind zugleich eine gedrängte Geschichte der herrschenden Klassen in England von 1832—1855, wie sie sich im reformierten Parlament spiegelt. RUSSELL ist der klassische Vertreter des Wighismus, aus dem sich der modernisierte Liberalismus entwickelte.

M. und E. beschränkten sich aber keineswegs in ihrer Kritik auf das wirtschaftliche und politische Gebiet. Ein breiter Raum in ihrer journalistischen Tätigkeit ist den militärischen Ereignissen des Krimkrieges und der englischen Heeresorganisation gewidmet. Die militärischen Artikel stammen grösstenteils von E., der seinem Spitznamen „General" alle Ehre machte. Er lieferte auch viel militärisches Material für von M. geschriebene Aufsätze. Die rein militärischen Darlegungen verraten nicht nur genaueste militärische Fachkenntnis und zeichnen sich durch Klarheit der Darstellung aus: sie sind auch vor allem frei von nationaler Voreingenommenheit, von kritikloser Sympathie für eine der kämpfenden Parteien. Zwar ist E. naturgemäß abhängig von amtlichen und privaten Nachrichten aus beiden Lagern was ihn manchmal zu irrigen Annahmen veranlaßt, aber er hält sich völlig frei von den Sensationen des Tages, die gerade in militärischen Dingen so leicht den Blick trüben. Endlich ist er nicht nur Militär, und weder er noch M. vergessen je den Zusammenhang zwischen militärischer Aktion und politischen Bestrebungen. In seiner Kritik der englischen Heeresverwaltung und der Art

der Kriegsführung, wie sie das parlamentarische Untersuchungskomitee trotz aller geübten Rücksichten aufdeckt, wird denn auch immer auf die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher Struktur, politischer Konstellation und militärischer Lage hingewiesen. Nur ein Beispiel. Die Prügelstrafe im englischen Heere die „neunschwänzige Katze", ist M. *„das Instrument, wodurch der aristokratische Charakter der englischen Armee aufrechterhalten wird, wodurch alle höheren Stellen vom Fähnrich an als Apanage den jüngeren Söhnen der Aristokratie und Gentry gesichert bleiben. Mit dem Wegfallen der Cat-o-nine-tails fällt der ungemeine Abstand zwischen Gemeinen und Offizieren, der die Armee in zwei förmlich verschiedene Rassen spaltet. Zugleich öffnen sich ihre Reihen höheren Volksbestandteilen als denen, woraus sie bisher rekrutiert worden ist. Es wäre dann um die alte Verfassung der englischen Armee geschehen. Sie würde von Grund aus revolutioniert." (II, 353.)*

Nicht rein tagespolitischen Charakter tragen die Artikel über den Panslawismus und die spanische Revolution. Die von E. geschriebene Abwehr der zarenfreundlichen Ausführungen des Panslawisten Adam Gurowsky in der Tribune wurde nur stückweise veröffentlicht, erschien aber unverkürzt in der Neuen Oderzeitung. Sie bildet eine wichtige Ergänzung zu den Ausführungen gegen Bakunin und den demokratischen Panslawismus in der Neuen Rheinischen Zeitung. Die Aufsätze über die spanische Revolution, zu deren Abfassung M. umfassende Quellenstudien trieb, sind Torso geblieben, was um so bedauerlicher ist, als sie im Charakter der „Revolution und Konterrevolution" ähneln. M. skizziert in ihnen die Entwicklung des spanischen Staates und enthüllt den Mechanismus des „spanischen Freiheitskampfes" gegen Napoleon I., jener eigenartigen revolutionär-reaktionären Bewegung. Trotz ihrer Unvollständigkeit gehört die Schilderung zum Besten, was der Historiker M. geschrieben hat, während der einleitende Aufsatz über Espartero beweist, daß M. keineswegs die Rolle des Einzelindividuums in der Geschichte unterschätzte. Allerdings steht die Persönlichkeit nicht im leeren Raum und ist, ob bedeutend oder unbedeutend, an eine soziale Schicht oder Gruppe gebunden, deren Interessen sie vertritt. Am Beispiel Esparteros gerade zeigt M., wie ein unbedeutender Mensch als Träger bestimmter Traditionen, als Sinnbild politischer Hoffnungen wieder eine Rolle spielen kann, obgleich seine historische Rolle längst ausgespielt ist.

Das Vorstehende sollte nur eine kurze Probe sein aus dem reichen Inhalt der neuen M.-E.-Bände, dessen Stoff sich in 3 Hauptabschnitte gliedern läßt: die Geschichte Englands zu Beginn der 50er Jahre; Briefe über England, die orientalische Frage und den Krimkrieg; endlich die Artikel über die spanische Revolution. Welche Bedeutung hat nun die Veröffentlichung dieser so lange verschollenen Aufsätze zwei Menschenalter nach ihrem Erscheinen?

Für die Geschichtswissenschaft sind sie ein wichtiges Quellenwerk; nicht nur für die politische, ökonomische, diplomatische und militärische Geschichte Englands im Jahrfünft 1852—1857, sondern auch für die Geschichte der auswärtigen Politik der europäischen Großmächte im 19. Jahrhundert, vor allem der Orient-

politik Englands und Rußlands. Zudem machen sie auf zahlreiche Tatsachen aufmerksam, die bislang wenig beachtet worden sind. Für die Geschichte der Arbeiterbewegung kommen vor allem die Mitteilungen über den Chartismus in den 50er Jahren in Betracht. Jede Regung der Arbeiterklasse, auch in anderen Ländern, wird von M. registriert. Vor allem dürfte aber die Tatsache, daß viele der wertvollsten Aufsätze im Chartistenblatt Peoples Paper erschienen sind, die Aufmerksamkeit der Historiker auf diese Zeitschrift lenken, die sicher wertvolles Material nicht nur zur Geschichte des Chartismus, sondern auch zur Beleuchtung der politischen Zustände in England enthält.

Der politische Wert der „Gesammelten Schriften" ist natürlich heute ein anderer wie zur Zeit ihrer Abfassung. Zwei Menschenalter kapitalistischer Entwicklung haben alle wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse derart umgewälzt, daß es nicht angeht, heute mit Zitaten aus Tribune-Artikeln eine Stellungnahme zu den Orientproblemen des Tages zu begründen und hierbei die Autorität von M. und E. anzurufen. Für den Politiker ist die Lektüre jener Artikel nur eine Schulung in marxistischem Denken, eine Anregung, M.ens Methode gleich gründlich in der Betrachtung der gegenwärtigen Ereignisse anzuwenden. Diese Methode ist aber keine Schablone, das zeigen gerade die M.schen Artikel. Ihr Studium verstärkt den Eindruck des Briefwechsels, daß weitschichtige Studien auf den verschiedensten Gebieten, genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Faktoren und Vertrautheit mit der Laufbahn und den Eigenheiten der führenden politischen Persönlichkeiten M. zu jener Meisterschaft befähigten, die wir noch heute in seinen Essays bewundern.

Die politische Wirkung der neuen M.bände kann sich aber noch in anderer Weise zeigen. Gerade in England, wo die marxistische Geschichtschreibung noch fast völlig fehlt, bieten die M.artikel ein unschätzbares Arsenal zur Bekämpfung der Geschichtslegende, des Persönlichkeitskultus und des üblichen Cant, der ja nicht auf England beschränkt ist, aber dort besonders herrscht. Sollte das Interesse für Theorie und Geschichte, das nach der Mitteilung des britischen Marxisten Askew im sozialistischen Teil der englischen Arbeiterklasse rege ist, den Krieg überdauern und, durch die politische Entwicklung begünstigt noch zunehmen, so wäre eine englische Ausgabe der M.artikel wünschenswert. „The Eastern Question" ist, wie Rjasanoff nachweist, lückenhaft und irreführend, da sie sogar Artikel von Gurowsky und Dana enthält.

Die Bedeutung des neuen Werkes für die Marxforschung wird dadurch eingeschränkt, daß es sich um eine Auswahl aus den zahlreichen journalistischen Arbeiten beider Freunde handelt. Sie war bei dem Umfang des neu erschlossenen Materials unvermeidlich, das für die Jahre 1852—1862 einige hundert Aufsätze in New York Tribune, Peoples Paper, Putnams Review, Free Press, New American Cyclopaedia, Volunteer Journal for Lancashire und Cheshire in englischer Sprache, in Reform, Neue Oder-Zeitung, Volk, Presse in deutscher Sprache umfaßt. Bei dieser äußerst mühevollen Auslese hat Rjasanoff mit wenigen Ausnahmen alle diejenigen Artikel nicht aufgenommen, die, um M.ens Worte zu gebrauchen, als „eigentliche Zeitungskorrespondenz" betrachtet werden

können. Es sind deren nicht wenige, und obwohl auch in diesen oft sehr interessante theoretische Exkurse zu finden wären, müssen sie für die Gesamtausgabe reserviert bleiben. Dagegen sind ausnahmslos alle größeren Aufsätze — sowohl die historischen wie die ökonomischen — aufgenommen, die bis jetzt gar nicht oder nur dem Titel nach bekannt waren. Oberster Gesichtspunkt war, daß alle jene Aufsätze berücksichtigt wurden, „die für M. und E. charakteristisch sind, die ihren politischen Gedankengang am vielseitigsten beleuchten, die ihre Stellungnahme zu den bedeutsamen historischen Ereignissen des Jahrzehnts 1852 bis 1862 präzisieren oder ihre Ansichten in ein neues Licht stellen, endlich alle, die später ‚als Bausteine' für große Arbeiten — für das ‚Kapital' oder für die historisch-publizistischen Essays von E. — verwertet wurden und somit zu einer vollständigeren Erklärung ihres Lebenswerkes dienen können."

Da Rjasanoff seine Sammlung noch mehr für Leser aus Arbeiterkreisen bestimmt wissen will als die Mehringsche, so hielt er den „kritisch-bibliographischen Apparat für überflüssig, der nur für eine wissenschaftliche Gesamtausgabe passen würde", und hat deshalb natürlich auch auf den Nachweis der M.-E.-schen Herkunft bei jedem einzelnen Artikel verzichtet, desgleichen auf die — zum Teil, trotzdem die Manuskripte fast ganz verloren gegangen sind, mögliche — vollständige Textrevision, sowie auf eine detaillierte Nachprüfung der ungeheueren Masse von Zitaten. Endlich unterließ Rjasanoff „den Versuch, in denjenigen Artikeln, deren Autorschaft für (ihn) unzweifelhaft bezeugt ist, alles das auszusondern, was von einer fremden Hand eingeschaltet worden ist. Besonders ist das der Fall mit jenen Korrespondenzen von M. und E., die für die New York Tribune als Leitartikel verwendet wurden. Es sind meistens ein paar Eingangs- oder Schlußbemerkungen, die die Redaktion hinzufügte, um den Briefen die für den Zweck passende Form zu geben". (I,XI f.)

Ein abschließendes Urteil, wie weit dem Herausgeber die Durchführung dieser seiner Grundsätze gelungen ist, ist natürlich ohne Kenntnis der unveröffentlicht gebliebenen Artikel unmöglich. Uns scheint aber sowohl der philologische Teil der gestellten Aufgabe zufriedenstellend gelöst, als auch die Auswahl der Aufsätze unter historisch-politischen Gesichtspunkten glücklich getroffen. Die Erläuterungen und Anmerkungen verdienen besonderes Lob. Sie bieten nicht nur Berichtigungen von belanglosen Irrtümern, sondern erleichtern auch durch historische Skizzen und Mitteilungen wichtiger Äußerungen von M. und E. zu dem in dem betreffenden Artikel behandelten Thema das Verständnis der M.schen Ausführungen. Nicht weniger dankenswert sind die zahlreichen Hinweise auf die von M. und E. benutzten und, wie sich aus der Natur der Dinge ergibt, meist nicht angegebenen Quellen. Hierbei hält sich Rjasanoff von jeder Marxapologie völlig frei. Seine Anmerkungen sind vielmehr ein Beispiel wirklich fruchtbarer M.kritik. Wie diese Erläuterungen, so zeigen auch die den Artikeln vorangestellten Abhandlungen Rjasanoffs: „England, die orientalische Frage und der russisch-türkische Krieg 1852 bis 1854" (I, L/LXXIV) und „England und der Krimkrieg 1854 bis 1856" (II, IX/XXIV), wie umfassend seine selbständigen Studien über die Geschichte

der von M. behandelten Epoche waren, und eine genaue Kenntnis der gesamten seitherigen Literatur über sie. Diese beiden gedrängten Abhandlungen waren zum Verständnis der Artikel unbedingt notwendig. Denn sind auch die Welthändel jener Zeit in ihren allgemeinen Umrissen bekannt, so dürfte doch eine derartige Spezialkenntnis, wie sie RJASANOFF eignet, heute nicht häufig sein.

Einen wichtigen Beitrag zu einer künftigen M.biographie liefert endlich RJASANOFF in seinem Aufsatz „Karl Marx und die New York Tribune" (I, XVIII/L). Man vergleiche diese an neuen Einzelheiten reiche Darstellung der Beziehungen zwischen M. und E. zu der Redaktion des New Yorker Blattes mit den 1898 veröffentlichten einleitenden Bemerkungen von KARL KAUTSKY in „Revolution und Konterrevolution" über die Mitarbeiterschaft von M. an demselben Blatt. Die KAUTSKYsche Darstellung, die sich nur auf Mitteilungen von ELEANOR MARX-AVELING stützt, ist nun völlig überholt. Der Briefwechsel und sehr eingehende Forschungen RJASANOFFS haben nicht nur eine Menge neuer Einzelheiten zutage gefördert: wir sind heute auch genau unterrichtet über die Stellung DANAS im Redaktionsstab, den Einfluß ADAM GUROWSKYS auf die Haltung des Blattes und vieles andere, über das selbst M. irrige Meinungen hegte oder das ihm völlig unbekannt blieb. Daher ist die Untersuchung RJASANOFFS nicht nur ein wertvoller Beitrag zur M.forschung, sondern auch ein Stück Geschichte der Tribune und somit der Entwicklung amerikanischen Zeitungswesens, sowie der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten. Besonders interessant ist die biographische Skizze des ersten bedeutenden politischen Vertreters des reaktionären Panslawismus, des heute vergessenen ADAM GUROWSKY, dessen Einfluß es zum Teil zuzuschreiben ist, daß eine umfangreiche Artikelserie, die E. für M. über den Panslawismus schrieb, in der Tribune nicht erschienen ist.

Die große Bedeutung des in den Anmerkungen oft zitierten Briefwechsels als Kommentar zu den beiden angezeigten Bänden wurde bereits hervorgehoben. Anderseits bieten die letzteren eine unerläßliche Ergänzung des Briefwechsels. Sehen wir in diesem die Freunde bei der Arbeit in wechselseitigem Austausch von Material und Gedanken, so bieten uns die Gesammelten Schriften die Produkte dieser tagespolitischen Arbeit. Manche prächtige Bemerkung in den Briefen wird in den Artikeln weiter ausgeführt und manche Andeutung in den Essays wird durch Exkurse in den Briefen ergänzt. Die auf M. und E. bezüglichen Ausführungen in den Erläuterungen und besonders die Arbeit über M. und die New York Tribune berichtigen und ergänzen vielfach die Einleitungen EDUARD BERNSTEINS zum Briefwechsel.

Es war nicht die Aufgabe der vorstehenden Ausführungen, die Gesammelten Schriften in ihrer vielseitigen Bedeutung zu würdigen. Wir kannten M. und E. als Nationalökonomen, Historiker, als Geschichtsphilosophen und Naturwissenschaftler, als politische Publizisten und auch als Journalisten. Die von MEHRING herausgegebenen Artikel aus der Neuen Rheinischen Zeitung und „Die Klassenkämpfe in Frankreich" schildern aber eine revolutionäre Epoche, einen politischen Ausnahmezustand, und die Tribune-Artikel über „Revolution

und Konterrevolution", sowie „Der 18. Brumaire" hinwiederum sind eine Art Epilog zu jener revolutionären Epoche. In den Arbeiten der 50er Jahre dagegen behandeln M. und E. eine Zeit politischer Reaktion, die allerdings mit dem Jahrzehnt selbst endet. Darin liegt der wesentliche Unterschied dieser neuen Veröffentlichungen. Allerdings fehlen noch die wichtigen Arbeiten aus den Jahren 1857—1862, die vor allem den indischen Aufstand und die wichtigen europäischen Ereignisse des Jahres 1859 zum Gegenstand haben. Ferner wird der Neudruck von „Herr Vogt", jener Verteidigungsschrift von M. gegen die Antastung seiner persönlichen Ehre, eine biographisch wichtige Schrift allgemein zugänglich machen. In seinen kritischen Anmerkungen zu „Herr Vogt", auf die RJASANOFF bei verschiedenen Gelegenheiten hinweist, dürfte der Herausgeber wichtige Berichtigungen der von M. in jener Broschüre über sein politisches Wirken gemachten Mitteilungen bringen. Nach Abschluß der auf 4 Bände berechneten Ausgabe der Gesammelten Schriften wird doch ein bedeutsamer Teil des M.schen Lebenswerks neu erschlossen sein. Allerdings ein Teil nur. Denn dreiundeinhalb Jahrzehnte nach dem Tode von M. und mehr als zwanzig Jahre nach dem Hinscheiden von E. fehlt uns noch immer eine vollständige Ausgabe ihrer Werke.

Alfeld a. d. Leine. O. JENSSEN.

RUDOLF GOLDSCHEID, Staatssozialismus oder Staatskapitalismus, ein finanzsoziologischer Beitrag zur Lösung des Staatsschuldenproblems. Wien u. Leipzig, Schuschitzky, 1917, XII u. 185 S. (2 Mk.).

Der namentlich durch sein anregendes Werk „Höherentwicklung und Menschenökonomie" wohlbekannte Wiener Soziologe hat bereits in einem im März 1917 im „Weltwirtschaftlichen Archiv" erschienenen Aufsatz einen früher wohl schon öfters betonten Gedanken in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt, daß nämlich die Staatsfinanzwirtschaft nicht nur ein, sondern der entscheidende Faktor der Staatsentwicklung ist. Er geht so weit, daß er den Staat im strengsten Sinne erst dann als gegeben ansieht, „wenn eine gemeinsame Kasse zur Entstehung gelangt, deren Verwaltung nicht nur die oberste Aufgabe der Zentralgewalt ausmacht, sondern die dieser auch erst den eigentlichen Rückhalt gewährt". (S. 254.) Wir wollen an dieser Stelle nicht untersuchen, ob der an sich sicherlich ansprechende und historisch begründete Gedanke nicht einigermaßen übertrieben ausgewertet wird. Wir wollen uns vielmehr hier auf die finanzwissenschaftlichen und politischen Folgerungen aus dieser Grundanschauung beschränken, die in dem angezeigten größeren Buche dargelegt sind.

Der Staat ist im Laufe der historischen Entwicklung durch die herrschenden Klassen zuerst expropriiert, d. h. des völkischen Gemeineigentums beraubt und dann in immer tiefere Schulden verstrickt worden. Er ist in „Kapitalhörigkeit" geraten und wird, „wie ein verschuldeter Kavalier", von seinen Gläubigern zu immer neuen unproduktiven Ausgaben gezwungen.

Seine Gläubiger haben sich in die Lage von „Zwischenmeistern“ zu setzen verstanden, die von dem ihnen ausgelieferten Volke viel mehr erpressen, als sie nach oben hin abliefern. Dieses Verhältnis hat nach G.s Anschauung die Hauptursache abgegeben für die Volksfeindlichkeit des Staates und die Staatsfeindlichkeit des Volkes. Der Staat mußte es dulden und sogar fördern, daß seine Gläubiger das Volk schonungslos exploitierten, und das Volk sah darum im Staat vielfach seinen ärgsten Feind.

Nunmehr hat der Weltkrieg eine so beispiellose Verschuldung geschaffen, daß der Staat und mit ihm das Volk wirtschaftlich zugrunde gehen muß, wenn der erstere seinen geistigen Charakter nicht völlig ändert. Und zwar muß eine „Repropriation“ erfolgen; der Staat muß so viel vom Vermögen seiner Bürger für sich fordern, daß sein „positives“ Kapital mindestens so groß wird wie sein „negatives“.

Das ist zunächst nichts anderes als die seit längerer Zeit überall auftauchende Forderung einer gewaltigen Vermögensteuer, die durchschnittlich, natürlich mit genügender Progression nach oben, 1/4, vielleicht sogar 1/3 des nationalen Privatkapitals expropriiert, um die Staatslasten abzubürden. So z. B. habe ich selbst den Gedanken in einer Polemik mit Georg Bernhard im „Plutus“ diskutiert. Er begegnet m. M. nach bei zweckmäßiger Durchführung keiner weiteren Schwierigkeit als der, allerdings kaum überwindlichen, Steuerdrückebergerei: eine so ungeheure Steuer ist selbstverständlich nur dann möglich, wenn sie mit peinlichster Genauigkeit und Gerechtigkeit umgelegt wird. Ließen sich genügende Garantien dafür finden, so würden wenigstens die Unternehmer des Handels und der Industrie kaum ernste Widerstände gegen diese Steuer erheben; denn sie fürchten viel mehr als den einmaligen Vermögensverlust — genau betrachtet wäre es nicht einmal ein solcher, sondern lediglich die Auszahlung einer durch den Krieg entstandenen verzinslichen Last — die Hemmung ihres Unternehmergeistes und ihrer Wirtschaftsfreiheit, die fast jede andere Methode mit sich bringen müßte, die doch einmal unentbehrlichen Staatseinkünfte zu schaffen. G. hätte sich deshalb vielleicht die ungeheure Mühe ersparen können, mit der er seinen Vorschlag gegen alle erdenklichen Einwände zu rechtfertigen versucht.

Die bisherigen Verfechter der konfiskatorischen Vermögensteuer waren wohl sämtlich vom Gedanken ausgegangen, daß ihr Ertrag dazu dienen solle, die Kriegsanleihen zu tilgen. Das ist nicht G.s Absicht. Der Staat soll sozusagen als Partner in einem sehr großen Teil der Privatunternehmungen bleiben. Freilich sollen die Privaten berechtigt sein, den Staat bar auszuzahlen: aber als Entgelt soll auf der anderen Seite der Staat berechtigt sein, solche private Unternehmungen, die er zur Arrondierung seines Besitzes haben möchte, für einen ein für allemal bestimmten Normalpreis anzukaufen, etwa für den kapitalisierten Durchschnittsertrag des letzten Jahrzehnts.

In Parenthese: der Vorschlag, richtig ausgebaut, könnte vielleicht eine gute Garantie gegen die Steuerscheu liefern; denn über den Drückebergern würde, gerade wie heute schon über den Großgrundbesitzern Neuseelands, das

Damoklesschwert der staatlichen Enteignung zu dem von ihnen selbst angegebenen allzuniedrigen Werte schweben.

Außerdem verlangt G. noch die Verstaatlichung des gesamten Außenhandels. Der Gedanke ist immer der, den Staat wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen, ihn von der Schuldknechtschaft der Privatkapitalisten zu befreien, ihm dadurch die Möglichkeit zu geben, neue, gewaltige Aufgaben, namentlich der „Menschenökonomie", möglich zu machen, und schließlich Privatwirtschaft und Staatswirtschaft so unlöslich miteinander zu verknüpfen, daß der Staat jede Privatwirtschaft wie einen Teil seiner selbst zu pflegen und zu fördern gezwungen wird — und daß jeder Private die intensivste Teilnahme an der Staatsgebahrung und Staatswirtschaft als seine wichtigste Aufgabe betrachten muß. Hier ist nach seiner Auffassung der Hebelpunkt gegeben, von wo aus die Demokratisierung der Gesellschaft und in weiterem Verlaufe die Pazifizierung der Welt erreicht werden kann.

Das ist im wesentlichen der positive Inhalt der G.schen Schrift. Ihren relativ großen Umfang hat sie nicht dadurch erhalten, daß G. seinen Vorschlag steuertechnisch durchgearbeitet und nach der rein finanzwissenschaftlichen Seite hin gesichert hätte — er verspricht, diesen Teil seiner Aufgabe später zu lösen — sondern dadurch, daß er alle möglichen prinzipiellen Einwände stellt und widerlegt. Eine ganze Anzahl berühmter Streitfragen werden, zwar meinem Empfinden nach nicht gelöst, aber doch in neuer Beleuchtung aufgestellt.

Je nachdem man sich zu diesen prinzipiellen Vorfragen stellt, wird man die praktischen Forderungen G.s annehmen oder ablehnen. Ich für meinen Teil kann ihm in der entscheidenden Voraussetzung nicht folgen, daß nämlich der Staat fähig sei, wirtschaftlich dem Privatinteresse Ebenbürtiges zu leisten. Ich bin gern bereit zuzugeben, daß der kapitalhörige Staat der Gegenwart nicht ohne weiteres mit dem Kapitalstaat der G.schen Zukunft gleichgesetzt werden darf, daß dieser besseres leisten könnte als jener. Ich glaube aber dennoch nicht, daß er besseres leisten würde als der Privatunternehmungsgeist. Es wird immer bleiben der Unterschied zwischen dem wachen schmiegsamen Selbstinteresse und dem schläfrigen steifen Amtsinteresse. Ich weiß, daß der Staatsbetrieb vielfach notwendig ist, namentlich überall dort, wo sonst die Entstehung von Privatmonopolen unmöglich verhindert werden könnte; und ich halte es für wahrscheinlich, daß die nächste Zukunft uns in der Tat noch beträchtlich mehr Staatskapitalismus bescheren wird. Allein ich bleibe dabei, daß es sich dann eben um leider notwendige Übel handelt. Übel, von denen der liberale Sozialismus, an den ich glaube, frei sein würde.

Aber das sind Dinge, die hier nicht diskutiert werden können. Hier muß ich mich notgedrungen auf den grundsätzlichen Standpunkt des von mir hochgeschätzten Verfassers stellen. Da möchte ich zunächst als Punkte, in denen ich angebrachtermaßen zustimme, die Auffassung unterstreichen, daß die gewaltige Kriegsverschuldung der Staaten noch keine verzweifelte Situation

der Völker bedeuten muß. In der Tat ist das eigentliche Vermögen z. B. Deutschlands, sein Naturalkapital, in seiner Ergiebigkeit kaum vermindert und in seinem nominalen Geldwerte sogar stark vermehrt. Und so stellt sich die Verschuldung des Staates in der Tat als eine „Fiktion" heraus, die in dem Augenblicke verschwindet, wo der Staat den Mut des Entschlusses findet, um die Kriegsschuld auf seine wohlhabenden Bürger abzubürden. Er kann das nach m. M., die ich a. a. O. klargelegt habe, um so eher tun, weil der allergrößte Teil der Kriegsausgaben aus aktueller Ersparnis während der Kriegsjahre selbst gedeckt worden ist. Merkwürdigerweise scheint auch G. das nicht gesehen zu haben. Es ist aber so. Die Kriegsausgaben mögen irrationell sein, aber sie sind weder mehr noch weniger produktiv als die rationellsten Ausgaben für den Konsum der Friedenswirtschaft. Die Völker haben — leider! — mehr Arbeit als sonst auf die Erzeugung und Handhabung von Mordwerkzeugen und weniger als sonst auf die Erzeugung von Gütern des Behagens und des Luxus verwendet: das ist, naturalwirtschaftlich gesehen, die Finanzierung des Krieges. Die Privaten haben an ihren Einkommen mehr als sonst gespart und es dem Staate vorläufig geliehen, bis er es definitiv einziehen wird: das ist dieselbe Sache von der privatwirtschaftlichen Seite her. Die Staatsschuld ist in der Tat nur ein Gespenst, das verschwindet, sobald man ihm auf den Leib rückt. Aber das kann man nur verstehen, wenn man sich klar macht, daß aller letzter Konsum unproduktiv ist und daß ein verdautes Brot und ein abgetragener Anzug geradeso amorphe Materie sind wie eine abgefeuerte Granate.

Wenn ich hier und überhaupt in der naturalwirtschaftlichen und antiprivatkapitalistischen Auffassung weithin mit meinem verehrten alten Kampfgenossen übereinstimme, so weiche ich von ihm ab in der Prognose der nächsten Zukunft. Er hat vorübergehend (z. B. S. 70) die Erkenntnis, daß die kolossale Menschenvernichtung dieses Krieges die Lage der Arbeiterschaft bessern muß. Aber diese Erkenntnis bleibt ohne Konsequenz.

Besserstellung der Arbeiter bedeutet nämlich Machtverminderung des Kapitals. Wir gehen einer Zeit entgegen, „wo die Nachfrage ganz auf Seite der Arbeitgeber sein wird", oder: „wo in der Regel zwei Meister einem Arbeiter nachlaufen werden". Dann wird das Klassenmonopol, das sich jetzt als „Kapital" darstellt, gemildert, vielleicht gebrochen sein. Und das muß ökonomische und politische Folgen haben, die in ihrem letzten Ergebnis ganz unabsehbar sind: Folgen wirtschaftlicher Art, z. B. in bezug auf eine gewaltige Vermehrung der Kaufkraft des Binnenmarktes, und Folgen politischer Art, die sich darstellen müssen als Verringerung des Einflusses des Großunternehmertums auf die Staatsverwaltung und namentlich das Staatsfinanzwesen, — und auf der anderen Seite als gewaltig steigender Einfluß der Arbeiterschaft. Auf diese Weise werden sich meiner bestimmten Überzeugung nach große Teile der G.schen Ziele sozusagen automatisch verwirklichen, ohne daß es der immer bedenklichen Vermehrung der Staatsallmacht bedarf.

Indessen: diese Prognose hängt ganz und gar von der nationalöko-

nomischen Diagnose des Kapitalismus ab. G. steht, wie es scheint, im wesentlichen noch auf dem Standpunkt von KARL MARX, den nicht nur ich für unvollkommen und veraltet halte. Und das sind Dinge, die näher zu betrachten, hier nicht der Raum ist.

Frankfurt a. M. FRANZ OPPENHEIMER.

MAX ADLER Marxistische Probleme. Beiträge zur Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung und Dialektik. Stuttgart, Dietz 1913, VIII—316 S. (3.50 Mk.).

Der Titel verrät nicht den Reichtum des Inhalts. Und doch ist er richtig: die Probleme sind alle aus dem Marxismus erwachsen. A. ist Marxist in dem schönsten Sinne: er hat, wie das Vorwort sagt, bei der ständigen Berufung auf MARX nur dies im Auge: „Zu sehen, nicht zwar, wie immer das Wort bei MARX recht gehabt hat, wie aber doch der Geist, aus dem es hervorgegangen, recht behält und behalten kann.“ Oder auch: „wie das gewaltige Schaffen jenes Mannes in uns lebendig ist. Wie es, weit entfernt, mit dem Leben von MARX abgeschlossen zu sein, immer noch neue Aufgaben stellt, wenn es gilt, die Grundgedanken seiner Lehre mit den Errungenschaften der kritischen Philosophie zu einem unverlierbaren Besitz zu vereinigen“. Der Marxismus ergibt ihm also Probleme — im Gegensatz zu denen, die so sehr Marxisten sind, daß es für sie nur noch gelöste oder unter Berufung auf MARX sehr einfach zu lösende Probleme gibt; der Marxismus ist ihm aber nicht Problem, sondern eine freudig und stolz zu bejahende Errungenschaft, wie die der Kantischen Philosophie: so ist A. im schönsten Sinn philosophisch geschulten, eigenen Denkens ein an KANT orientierter Jung-Marxist, aber doch — Marxist.

Das ergibt die Stärke und die Schwäche seines Standpunkts. Die Schwäche: sofern Apologetik — der MARXschen Lehre — auch bei A. noch an die krampfhaft, vom Willen und von der Liebe aus, festgehaltenen Rechtfertigungsbemühungen erinnert, wie bei den Verteidigern der heutigen Gesellschaftsordnung und wie bei den Verteidigern der Religion; die Stärke aber, sofern A. mehr als irgendeiner MARX erhalten, MARX verstehen, MARX verwerten und doch MARX auch vor denen retten kann, die nichts als „Anhänger“ und letzten Endes so ein Bleigewicht sind, das auch den Meister selbst mitsamt den Schülern in das Massengrab einer ganzen Schule hinabzieht.

A. vermag so zu wirken vermöge eines an MARX erinnernden Reichtums: Philosoph, Jurist, naturwissenschaftlich wie nationalökonomisch gebildet, politisch aktiv, Journalist; in der österreichischen Sozialdemokratie als Redakteur der Wiener Arbeiterzeitung so tätig wie für den Marxismus überhaupt als Herausgeber der Marxstudien — dabei ein so feuriger wie witziger, behutsam vorbereitender und schlagkräftig treffender Meister der Feder: wen erinnert nicht alles das an den Meister, dem hier, so selten, eine kongeniale Syn-

[illegible] nachlebt! Eine ganz andere philosophische Höhe als für von Kautsky oder von Plechanow denen zwei geradezu vernichtende, fast überlegene Kritiken[1] — gegen Plechanows metaphysische Verzerrung des historischen Materialismus und gegen Kautskys Herabsetzen des ethischen Problems in das [illegible] gewidmet werden. Ein ganz anderes Wesen aber auch die „Wirtschaft und Recht" von Stammler gegen den S. 150 ff. zwar seine Apologetik des historischen Materialismus etwas [illegible] S. 285 als Mißverständnis ganz abgeleitete [illegible] „gesetzter" Bedingungsbegriff [illegible] A. [illegible] Agnostiker nicht einmal [illegible], gegen den aber A. im ganzen doch [illegible] Spiel hat, wie das allerdings ja auch Max Weber in seiner geradezu vernichtenden Kritik schon hatte.

So gegenüber Freund und Feind des Meisters überlegen als der ihm am nächsten Stehende, weil — trotz Kant und trotz Marx! — relativ selbständige und doch so tief in ihn eingedrungene, von ihm durchdrungene Denker, hat A. seine Grenzen da, wo er anderes — trotz seines reichen Wissens — einfach nicht kennt und darum besser täte, es vorläufig lieber gar nicht als wie falsch unterrichtet zu erwähnen (so gegenüber der Weber-Rickertschen „Wertfreiheit", die S. 212 völlig mißverstanden wird); ferner da, wo Marx (samt Hegel) die Erkenntniskritik auch in A. umbringt (so bei der Frage nach der Voraussagbarkeit der Zukunft, hier wie in „Marx als Denker"); und endlich da, wo A., wie jeder von uns, mit dem Problem noch ringt (so in dem leider an die Spitze gestellten Aufsatz „Das Formalpsychische im historischen Materialismus"), statt schon, wie in dem mustergültig einführenden zweiten Artikel „Die Dialektik bei Hegel und Marx", das abgeklärte Ergebnis eines uns nun lehrenden und weiter helfenden, weil abgeschlossenen Forschens darzubieten.

So ist ungleich an Wert, was der Band vereinigt. Der Zeit nach um 15 Jahre auseinanderliegend: so auch in der Reife. Doch welch ein Fortschritt in manchem, noch über das schon so überragende „Marx als Denker" hinaus! Hier jetzt auch der Positivismus in Marx, wie an Feuerbach, erkannt, die positivistische Gedankenwelt der Kritik unterzogen[2], die Sozialwissenschaft als ein eigenes Erkenntnisgebiet aus der Naturwissenschaft herausgehoben (wenn auch mit einer Begründung — auf Gattungsmäßiges und auf Verständigungsmöglichkeit —, die mir nicht das letzte Wort zu sein scheint). Zusammengefaßt: im Verstehen des Meisters scheint mir hier das letzte Wort gesprochen; im selbständig aufzubauenden Weiterdenken seines geistesverwandten Schülers, der noch die Zukunft vor sich hat, noch nicht. Doch unter den wenigen, die uns über Marx hinaus weiterhelfen, das zeigt

1) Gegen Plechanow: Die Aufsätze „Marxismus und Materialismus" und „Dialektik oder Metaphysik"; gegen Kautsky: „Ethik und Wissenschaft".

2) Im besonders lesenswerten letzten Aufsatz: „Mach und Marx" (S. 255–316).

dieser Band, steht in erster Reihe der Philosoph, dem wir diese so weit ausgreifenden, uns kritisch bewahrenden, kantianisch fördernden und doch MARX so getreuen „Marxistischen Probleme“ verdanken.

Tübingen. ROBERT WILBRANDT.

JOHN SPARGO. Karl Marx, sein Leben und Werk. Leipzig, Felix Meiner 1912, IX—345 S.

Über SP.s „Marx“, über dessen englische Urausgabe in diesem Archiv (III, 344/46) bereits EDW. R. PEASE berichtet hat, ist gerechtes Urteil nur vom internationalen Standpunkt aus möglich: vom Standpunkt einer Überschau, die jedem Volk seine Aufgabe zuerkennt und nicht von allen das gerade dem eigenen Volk Gelegenste fordert. Wir Deutschen sündigen zuweilen, wie das OTTO JULIUS BIERBAUM in seiner „Yankeedoodlefahrt“ so treffend schildert, als Reisende im Ausland und so auch als Kritiker ausländischer Leistung nach beliebtem Rezept:

„Soll alles neu und fremd und außermaßen
Und doch auch wie zuhause sein.“

So ergeht es auch diesem Buch eines Amerikaners. An deutschem Maßstab gemessen, ist es allerdings, wie GUSTAV MAYER, einer der besten Kenner des Gebiets, gezeigt hat, nicht wissenschaftlich; es ist ungenau, unzuverlässig. Und diesem Historikerurteil ist nationalökonomisch hinzuzufügen, daß von MARXens Leben in dem Buch viel mehr die Rede ist als von seinem Werk: so daß der Ausgleich, der für biographische Mängel durch nationalökonomische Vertiefung geboten werden könnte, nicht erfolgt. Philosophisch gar ist darin fast gar nichts zu holen.

So ist denn das deutsche Urteil sehr bald fertig: ein nicht schlecht genug zu machendes Buch.

Nur schade, daß der scharfen deutschen Kritik bis vor kurzem nicht einmal erwidert werden konnte, was einem scharfen Kritiker einst, als er selber ein Stück schrieb, von einem witzigen Kollegen nachgesagt wurde: 'Herr X. macht alle Stücke schlecht, doch seine eigenen am schlechtesten. Das konnte bis vor kurzem nicht erwidert werden, denn das scharf kritische Deutschland hatte überhaupt noch kein MARXbuch produziert — nicht einmal ein schlechtes.

Es gehörte der Wolkenkratzerwagemut des Amerikaners dazu, um der unermeßlichen Marxliteratur, die kaum noch übersehbar ist, mit einem Marxbuch gegenüberzutreten, das die trotz aller Spezialuntersuchungen gebliebene Lücke auszufüllen sucht: zusammenfassend aufzubauen, was vorläufig, ohne genügend breite Basis, doch wenigstens hinaufstrebt, um den weiten Überblick des ersten und damit zunächst highest building zu erreichen.

Das war Amerikanerleistung. Während Deutschland, kritisch zögernd, bis dahin weder eine MARXbiographie noch einen MARXkommentar, noch ein

Buch, das in das Ganze von MARXENS Schaffen einführt, produzierte, hat SP. das Verdienst, zunächst einmal Material gesammelt, in biographischem Aufbau vereinigt, mit einer Fülle von Bildern (darunter MARXENS Frau, MARX im Alter, das letztgenannte geradezu eine Offenbarung seines Wesens), mit herrlichen Briefen der Frau und anderen Dokumenten, kurz mit so viel lebendigen Zügen ausgestattet zu haben, daß dem Laien und vor Erscheinen vollkommener Werke sogar dem Fachmann hier etwas sonst nicht so Vorhandenes geboten worden ist. Ich gestehe offen: auch die zuverlässigsten Werke sind hie und da einmal in Einzelheiten nicht einwandfrei: ja von dem MARXwerk, das so unparteiisch und doch so kongenial Partei für MARX sein müßte, so objektiv und doch so subjektiv treffend, so kritisch und doch so dankbar, so wohl unterrichtet im einzelnen und so umfassend im großen Überblick, das so überragend im Urteil des Fachmanns wie allgemein gebildet in allen Fächern sein müßte, um MARX gerecht zu werden: von diesem MARXbuch, das Übermenschliches, das ein Lebenswerk von einem verlangt, der zugleich doch nicht nur Biograph von MARX, sondern „Selber Auer" sein müßte — von diesem MARXbuch sind wir wahrscheinlich noch weit entfernt. Es läßt sich nicht nebenbei, es läßt sich vielleicht nicht von einem, vielleicht erst nach Generationen zur Vollendung bringen. Und bis dahin ist zur Milde geneigt, wer — wenn auch nur im kleinen — in MARX einzuführen versucht und dabei von dem Sammlerfleiß des kühnen Amerikaners dankbar Gebrauch gemacht hat.

Tübingen. ROBERT WILBRANDT.

JOHANN PLENGE, Die Revolutionierung der Revolutionäre. Leipzig, Neuer Geistverlag 1918, XVI—184 S. (3.60 Mk.)

Das Buch zerfällt in zwei höchst ungleichwertige Bestandteile: einen festen Kern, der auf Plenges „Marx und Hegel" und seinen glänzenden Aufsatz im Archiv für Sozialwissenschaft („Realistische Glossen") zurückgeht: und eine krankhafte Geschwulst, die während des Krieges entstanden ist.

Der erste Bestandteil braucht hier nicht besprochen zu werden. Denn jene älteren Leistungen P.s vor „1914" sind bekannt. Und anerkannt! Allerdings, mehr temperamentvoll als immer treffend. Und insofern MARX — und HEGEL — weit mehr verwandt, als P. ahnen und wünschen mag. Doch sie haben mit dem Doppelobjekt, in das P. sich — liebevoll für HEGEL, rassenkühl gegenüber MARX — vertieft hat, doch auch Großes gemeinsam: den genialen Wurf von Sätzen, von Intuitionen, die einfach unübertrefflich sind. Ich habe im Vorwort zu meinem MARXbändchen auf diese Stellen hingewiesen durch Angabe aller wichtigen Seitenzahlen, um all das Schöne, das ich nicht zitieren konnte, dem Leser dennoch nahezubringen. Es sind das Stellen, die vor ihrem Urbild, dem „Hegel und Marx"buch, noch die spätere Fassung, das Hinwerfen selbstverständlich gewordener letzter Ergebnisse, den

„Wurf“ also voraushaben oder noch übertreffen, der schon an jenem sich durch HEGEL und MARX hindurchwühlenden Werk erstaunlich war. Wir haben an P. einen der wenigen — das weiß er selber —, die überhaupt berechtigt sind, ein solches Thema anzupacken. Neben MAX ADLER, der für mein Urteil noch „zu sehr“ Marxist bleibt, ist P., der es mir „zu wenig“ ist, doch als einer der wenigen zu stellen, die überhaupt über MARX zu schreiben wagen dürfen, ohne sich zu blamieren.

Ein durchaus nicht unberechtigtes Selbstgefühl leitet P., wenn er in diesem Sinne sich selbst zu einer kleinen auserwählten Schar von MARXverständigen rechnet. Daran hindert nicht, daß er zu MARX im Gegensatz steht: dem des praktischen — und, wie P. treffend sagt, „organisatorischen“ — zum theoretischen Sozialismus. Dieser Gegensatz schließt Anerkennung der Leistung des großen Theoretikers (z. B. des Kerns seines „historischen Materialismus“) durchaus nicht aus. Mein Gegensatz zu MARX ist der gleiche und meine Verehrung für MARX dieselbe, nur eine viel wärmere noch als bei P. Ja, sein Verständnis für MARX, trotz des Gegensatzes, ist ein tieferes als bei den vielen, die MARXens Worte begeistert vernehmen, doch sein Wesen weder menschlich noch philosophisch und darum auch wissenschaftlich nicht erfassen.

Das alles bestand schon vor dem Krieg, und es bleibt auch nach ihm. Die Kriegspsychose, so möchte ich glauben, hat dagegen den andern Bestandteil — und vielleicht auch anderes in P.s Denken — hervorgebracht: die krankhaft zu nennende, ja knabenhaft wirkende Fähigkeit der Begeisterung für die mit der Kriegsschuldenmenge wetteifernde Paragraphenzahl, die in den Verordnungen des „Kriegssozialismus“ anschwillt, für P. aber den nun bereits auf die Erde herabgestiegenen „Sozialismus“ bedeutet. Man mag — mit FRANZ OPPENHEIMER (im Weltwirtschaftlichen Archiv, April 1918) — in P. einen „christlichen Sozialisten“ oder einen „Aristokraten“ erblicken (ich meine eher: einen dekadenten Bourgeois, denn MARXens Stellung zu den „eminent sausage-makers, influent shoe-cream-dealers“ usw. ist doch verteufelt viel aristokratischer als die von P.) — auf keinen Fall aber ist damit ein Freibrief ausgestellt für die Liebhaberei, den Sozialisten Lehren zu erteilen unter Hinweis auf einen im Jahre des Heils 1914 in die Welt gekommenen „Sozialismus“, der die Sozialisten verpflichte, nun gleichfalls begeistert zu sein, wie der „Sozialist“ P.!

P. nennt sich „Sozialist“. Er gräbt die Definition des Erfinders des Wortes Sozialismus aus; als ob damit für die Sache irgend etwas gewonnen wäre. Als ob nicht die heutige Gesellschaft den sachlichen Boden und damit die wesentlich bestimmte Notwendigkeit einer bestimmten, „Sozialismus“ genannten Bestrebung oder idealen Ordnung ergäbe, die so gedacht werden muß, wie es nötig ist, um jener heutigen Gesellschaft positiv und negativ — konservierend und weiterbildend — ihre künftige Lebensform geben zu können. Als ob nicht MARX — und da ist P. leider von MARX und von allen guten Geistern überhaupt verlassen — gerade in der

Erkenntnis der aus der heutigen Gesellschaft zu verstehenden Wurzeln des Sozialismus auch dessen notwendiges Ziel, das Gemeineigentum, verstanden und mittels dieser Erkenntnis gerade Utopie und Wissenschaft zur Einheit des „wissenschaftlichen Sozialismus" verschmolzen hätte. Gewiß, er übersah die Anfänge des Sozialismus, die schon heute da sind, und er formulierte dessen Politik so einseitig wie doktrinär-theoretisch. Doch von der sachlichen, in der heutigen Wirklichkeit orientierten Methode von MARX nun zurück zur Willkür persönlichen Einfalls, ja zur Herrschaft des Worts, das uns — aus dem Mund seines Erfinders — sagen soll, was „Sozialismus" sei: das geht über das Recht eines „christlichen Sozialismus" hinaus", das ist eine der zahlreichen Krankheitserscheinungen an diesem Buche.

„Revolutionierung der Revolutionäre": die Marxisten sollen aufgewühlt werden im Innersten, will P., durch die große Stunde, die sie nicht ihrer würdig fand, ja die sie überraschte — als ob irgend jemand anderer mehr als die orthodoxeste Lehre von KAUTSKY und anderen Marxisten schon jahrelang das Kommen von Kriegen prophezeit, ja als notwendige Konsequenz der heutigen Gesellschaft erkannt, ja sogar zur Hoffnung auf das im Kriegschaos zu gebärende Kind „Sozialismus" erhoben hätte! Ist P. alles das unbekannt? Dann hätte er besser getan, die Revolutionäre erst zu lesen und dann erst zu revolutionieren.

Die Erkenntnis des Kommens solcher Katastrophen ist wahrhaftig im Marxismus nicht schwach gewesen. Erkenntnis ist, trotz allem, seine starke Seite. Nur das Handeln, das die Welt ändert — und da setzt P.s m. E. berechtigte Mahnung ein —, muß erst so ausgebildet werden wie das Denken: der aufbauende, neben dem kritischen, der praktische, neben dem theoretischen, kurz der schaffende Sozialismus, der die Welt wirklich nicht nur interpretiert, sondern ändert (wie der junge MARX es einst gewollt hat) — das wird von P. mit Recht verlangt und von der Bewegung inzwischen, Schritt für Schritt, oder Stein um Stein, auf mannigfaltige, oft von MARX abweichende Art auch geleistet.

Wie zu handeln, wie aufzubauen sei — das wird P. wohl den Praktikern überlassen müssen, oder: der „Bewegung". Er selber wird deren Führung schwerlich übernehmen. Vielmehr erinnert sein „Sozialist"-spielen, in dem ihn FRANZ OPPENHEIMER (a. a. O.) zu korrigieren sucht, an all die „Sozialisten", die das Kommunistische Manifest von der Arbeiterbewegung abgeschüttelt hat; und ich fürchte, all unser uns „Sozialist"nennen, dieses billige Bekenntnis zu einem vieldeutig-nichtssagend gewordenen Wort, wird damit enden, daß die Bewegung uns abschütteln wird, wie einst schon einmal, indem sie wieder „Kommunismus" oder irgendein anderes abtrennendes Wort als Grenze setzt.

Nun gar die Szene, wie FRANZ OPPENHEIMER (a. a. C.) sich gleichfalls als „Sozialist" meldet (er versteht darunter die sich selbst zu überlassende, sich selbst vom einzigen Schädling, dem Großgrundbesitz, reinigende und

dann mehrwertfrei werdende bürgerliche Gesellschaft, als deren Naturheilkundiger er sich ihren Arzt nennt), diese Szene bedürfte nur noch des Dazutretens eines Dritten, etwa meiner Wenigkeit, um ganz der Anekdote von den Sprachfehlerlauten eines Burgtheaterkassiers und eines am selben Sprachfehler leidenden Bestellers zu entsprechen, zu dem sich ein ebenso stimmlich überschnappender Dritter begütigend mit den Worten gesellte: „Entschuldigen Sie, Herr Kassier, der gute Mann will Sie nicht verhöhnen (Überschlagen der Stimme), der gute Mann (wieder Überschlagen), der gute Mann kann nicht anders sprechen!" So etwa klingt im Mund von P. und OPPENHEIMER ihr „Sozialismus"; soll ich der begütigend, entschuldigend Hinzugetretene, der vom gleichen Sprachfehler behaftet ist, sein?

Tübingen. ROBERT WILBRANDT.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910—1913. München, G. Birk u. Co., o. J. (1917). 8°. XV—668 S. (geb. 12 Mk.).

PAUL BARTHEL, Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse. Dresden. Kaden u. Co. 1916. IV—490 S. (Vereinsausg. 3,50 Mk.).

Das an erster Stelle genannte Werk stellt sich — innerlich und äußerlich — als Fortsetzung des 1910 im gleichen Verlage erschienenen Handbuchs der sozialdemokratischen Parteitage von 1863—1909 von † WILHELM SCHRÖDER dar, auf dessen Wichtigkeit, gleichermaßen für den Historiker und Soziologen wie für den praktischen Politiker, auch in diesem Archiv (VII, 450 ff.) hingewiesen worden ist. Es hätte, wie wir aus dem Vorwort erfahren, bereits im Herbst 1914, also vor dem damals nach Würzburg einberufenen Parteitage der deutschen Sozialdemokratie, erscheinen sollen. Dessen Verschiebung im Gefolge des Kriegsausbruches habe dies ebenso unmöglich gemacht, wie eine einfache Fortführung der Arbeit auch über das Jahr 1913 hinaus: das Jahr 1914 bedeutet den Abschluß einer Epoche in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die in aller Zukunft von der seither eingesetzten gesondert wird behandelt werden müssen.

Was die Richtlinien für das Handbuch anbelangt, so sind sie ganz dieselben wie die seines Vorbildes; aber die Darstellung ist eine viel breitere und infolgedessen natürlich auch vollständigere, als in diesem. „Umfaßt der zweite Band nur wenige Jahre, wenn man ihn mit dem ersten vergleicht, so sind diese Jahre doch ganz besonders wichtig, da in ihnen alle jene Fragen bereits ausgiebig erörtert wurden, die mittlerweile brennend geworden sind." Wer das Handbuch benützt, wird dem auch zustimmen können und sich der Ausführlichkeit in der Wiedergabe der Berichte, Debatten und Beschlüsse freuen.

Wer mitten im Strom einer Entwicklung steht, wird sich über sie nie ganz klar zu sein vermögen: es fehlt ihm das, was man als Fassadenanschauung kennzeichnen darf. Zu einer solchen aber gelangt man erst, wenn

man sich nicht mehr innerhalb des Hauses befindet, sondern außerhalb desselben. Die Zäsur vom August 1914 mit den begleitenden, für die meisten so unerwarteten und überraschenden Aufschlüssen über das Wesen der historisch gewordenen deutschen Sozialdemokratie, ihrer Anhängermassen und ihrer führenden Persönlichkeiten, bewahrheitet dies so recht wieder einmal. Sie hat allgemein sichtbar gemacht, was in entscheidend wichtigen Fragen längst war, und wer danach sucht, wird im Handbuch ohne große Mühe zahlreiche nachdenkliche Belege hierfür finden.

Gleich willkommen wie das besprochene Handbuch wird — trotz mancher in einer späteren Auflage unschwer verbesserungsfähiger Mängel und ausfüllbarer Lücken — auch das BARTHELsche den Interessenten aus dem Kreise der Praktiker und Theoretiker sein. Es soll jedem, der die „Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland überschauen, ihre Ursachen und Triebkräfte erkennen und dadurch mit (ihrer) Geschichte vertraut werden will", das hierzu unerläßliche Studium der Kongreßverhandlungen und -beschlüsse erleichtern und zum Teil auch deshalb ersetzen, weil das Urmaterial vielfach nur mehr sehr schwer zugänglich geworden ist. Diesen Zweck erreicht es allerdings, wie bereits angedeutet, nicht ganz. Der Verfasser hat nämlich bewußt auf jene Vollständigkeit verzichtet, wie sie SCHRÖDER zu bieten bemüht war, an dem sich auch BARTHEL orientiert. Er behandelt die Zeit vor und nach dem Fall des Sozialistengesetzes und der Begründung der Generalkommission nicht gleich ausführlich: nur für die Periode seit 1890 sind nicht nur die Kongreßbeschlüsse, sondern auch alle auf den Kongressen verhandelten Anträge berücksichtigt. Der Wert des Buches wird dadurch gerade unter dem Gesichtspunkt wissenschaftlicher Ansprüche beeinträchtigt. Nichtsdestoweniger darf es dankbar begrüßt werden.

Wien. CARL GRÜNBERG.

GUSTAVE HERVÉ, I. La patrie en danger. Recueil in extenso des articles publiés par GUSTAVE HERVÉ dans la Guerre Sociale du 1er juillet au 1er novembre 1914. II. Après la Marne. Recueil . . . des articles . . . du 1er novembre 1914 au 1er février 1915. Avec portrait hors texte et signature autographe de GUSTAVE HERVÉ Paris, Bibliothèque des ouvrages documentaires. 346 und 381 S. (à 2.50 fr.).

Am 2. VIII. 1914 meldete sich H. in einem Briefe an den französischen Kriegsminister als Kriegsfreiwilliger: „Im Alter von 20 Jahren habe ich, um nicht meinen Militärdienst ableisten zu müssen, meine Unabkömmlichkeit als Familienstütze und außerdem auch noch meine Kurzsichtigkeit geltend gemacht. Nun, als 43jähriger und trotz meiner Kurzsichtigkeit, fühle ich mich zum Felddienst vollkommen tauglich . . ."

Der so schrieb, war der Verfasser von Leur patrie, der Mann, der das Prototyp des Antimilitarismus und Antipatriotismus gewesen war, wegen seiner

propagandistischen Tätigkeit langjährige Gefängnisstrafen erduldet hatte, von der Universität und dem Pariser Barreau verdrängt worden war. Seit dem 2. August aber hat er nicht aufgehört, zum Kampfe wider Deutschland zu rufen und wie er früher der fanatische Wortführer des Antimilitarismus gewesen war, so wurde er nun zum Vertreter des Krieges und Sieges jusqu'au bout.

Dieses Umschlagen ist nur zu verstehen, wenn man folgende Tatsachen festhält [1]).

Die französische Sozialdemokratie hatte auf ihrem Brester Kongreß (23.—25. III. 1913) auf Antrag COMPÈRE-MORELS einstimmig eine Resolution angenommen, welche das Zusammengehen deutscher und französischer Sozialisten auf der Berner interparlamentarisehen Konferenz (11. V. 1913) begrüßte und sich mit der Kundgebung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Elsaß-Lothringens vom 16. III. 1913 an die damaligen Pariser Massenversammlungen gegen das Wettrüsten solidarisierte, in welcher es hieß: „daß die Elsaß-Lothringer durchaus keinen Krieg wünschen, trotz der tiefen Liebe, die sie für die revolutionären Traditionen Frankreichs und seine republikanischen Einrichtungen empfänden. Elsaß-Lothringen wolle keine Rückeroberung, sondern Autonomie und republikanische Konstitution im Rahmen des Reiches . . ." — H. ging jedoch die COMPÈRE-MORELsche Resolution nicht weit genug. Er seinerseits wollte auch noch die Parlamentsfraktion beauftragt wissen: sie solle von der Regierung Verhandlungen mit Deutschland fordern in dem Sinne vertraglicher gegenseitiger Bindung zu Rüstungseinschränkungen, innergesetzlicher Festlegung des obligatorischen Schiedsgerichts für sämtliche Streitigkeiten zwischen beiden Ländern, des ausdrücklichen Verzichts schließlich von seiten Frankreichs auf jeden Revanchekrieg, wenn Elsaß-Lothringen vollständige Autonomie mit republikanischer Verfassung im Rahmen des Deutschen Reiches gewährt würde. Angesichts des Hinweises namentlich PRESSENSÉS: eine solche Anregung von seiten Frankreichs könnte in Deutschland als unerwünschte Einmengung in die innerstaatlichen Angelegenheiten aufgefaßt werden und statt der gewünschten eine entgegengesetzte Wirkung auslösen, wurde H.s Antrag — mit dessen Zustimmung — zunächst bloss der permanenten Verwaltungskommission und der Parlamentsfraktion zur weiteren Prüfung zugewiesen. — Nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien war es dann wieder H., der unter den Ersten und nachdrücklichst gegen den Eintritt Frankreichs an der Seite Rußlands in den Krieg eiferte „Nicht um die Verteidigung des kleinen Serbenvolkes handelt es sich — schrieb er am 28. VII. 1914 —, sondern um die Rettung des Prestiges unseres Verbündeten, des Zaren . . . Welche Freude, für eine so edle Sache zu sterben! . . . Nicht nur in Berlin und Wien allein muß man laut und fest seine Stimme erheben, sondern vor allem in Petersburg . . . Lieber den Bruch unserer Defensivallianz mit Rußland als die Schande, ihm in einem Angriffskrieg gegen Österreich zu folgen! . . ."

1) Man vgl. zum folgenden: meine „Internationale und Weltkrieg",

(I, 18, 19). Und in einem zweiten Artikel, den er in seine Sammlung nicht aufgenommen hat, den ich aber in meiner „Internationale und Weltkrieg" (Nr. 103) reproduziert habe, wendet er sich gegen die Verdächtigung Deutschlands als Kriegstreiber und des deutschen Gesandten in Paris, Baron SCHÖN, namentlich durch CLÉMENCEAU, „dessen Germanophobie in diesen Tagen an Wahnsinn grenzt". Entgehe man noch diesmal der Kriegsgefahr, so sollten Frankreich und Deutschland auf ihre Bündnisse mit Rußland und Österreich-Ungarn verzichten und sich mit England und Italien zu einem Bollwerk für den Frieden und die Kultur Europas zusammenschließen. Auch am 29. VII. protestierte er gegen ein bewaffnetes Eingreifen Frankreichs. Man solle doch, um dessen Bündnispflicht auch im Falle, daß Rußland nicht der angegriffene Teil wäre, zu beweisen, den Bündnisvertrag veröffentlichen. Binde aber der Vertrag mit Rußland Frankreich an Händen und Füßen. — dann „Nieder mit der russischen Allianz!" (I, 21, 22). Am 30. VII. erklärte er dann (I, 30): angesichts der zweifellosen Friedenswilligkeit der französischen Regierung dürften der Mobilisation keine Hindernisse bereitet werden. Ein einseitiger Generalstreik würde nur das Land schutzlos der kaiserlichen Invasion preisgeben (I 34). Und am 31. VII. gibt er seiner Überzeugung Ausdruck: daß der Kaiser, während man an seine Friedensliebe glaubte, „auf der Lauer gelegen sei". Nun sei „das Vaterland der Revolution in Gefahr" und müsse verteidigt werden (I, 37). — Dann kam die Nachricht von der Besetzung luxemburgischen Gebietes durch deutsche Truppen und H. richtete seinen Eingangs zit. Brief an den Kriegsminister. Am 3. VIII. überreichte Baron SCHÖN in Paris die Kriegserklärung, in der Nacht vom 3. auf den 4. erfolgte der deutsche Einmarsch in Belgien. Von da ab war der Antimilitarist und „Vaterlandslose" H. einer der fanatischesten Rufer im Streit.

Seine Artikel aus der Guerre sociale — er hat am 6. VIII. 1914 das frühere Wochen- in ein Tageblatt umgewandelt und dieses später in La Victoire umgetauft — gehören ebensowohl wegen der Person H.s als auch inhaltlich zu den interessantesten Kriegsdokumenten und verdienen von jedem aufmerksam gelesen zu werden, der sich über die Seelenstimmung und die politischen Auffassungen bei den Gegnern der Mittelmächte unterrichten will. Und wenn H. auch ein Jusqu'auboutist geworden, er hält immer deutsches Volk und „kaiserlich deutschen Militarismus" auseinander — wenigstens in den vorliegenden Bänden.

Die Sammlung dürfte fortgesetzt worden sein. Beim Erscheinen des zweiten der angezeigten Bände kündigte H. für Ende Dezember 1915 und Ende Januar 1916 die Veröffentlichung von zwei weiteren Bänden an: La Muraille und Jusqu'à la Victoire, welche die Art. von 1. II. — 1. V. und vom 1. V. bis 1. VIII. 1915 enthalten sollten. Sie und ihnen etwa noch nachgefolgte Bände sind mir jedoch bisher nicht zugänglich geworden.

Wien. CARL GRÜNBERG.

S. Grumbach, Das Schicksal Elsaß-Lothringens. Reden eines elsässischen Sozialisten an zwei Nationen. Neuchatel, Delachaux & Niestlé A.G. 1915. 142 S. (1.50 fr.) (französische Ausgabe u. d. T.: Le destin de l'Alsace-Lorraine. Discours d'un socialiste français à deux nations. Ebenda 1915. 136 S. 1,50 fr.). — Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August 1914 in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden. Mit einem Anhang: Antiannexionistische Kundgebungen. Lausanne, Payot & Co. 1917. gr. 8° X u. 471 S. (7.50 fr.).

Gr. hat jahrelang vor dem Kriege in seinem Heimatlande Elsaß-Lothringen im Rahmen der sozialdemokratischen Partei gewirkt: als eine im Allgemeinen — sowohl in parteitaktischen Fragen als auch insbesondere im Hinblick auf das elsaß-lothringische Problem und dessen Rückwirkungen auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich — gemäßigte Persönlichkeit. Davon zeugt auch seine Haltung auf dem Chemnitzer Parteikongreß von 1912 sowohl — dem zweiten, zu dem er von Colmar delegiert war — als auch auf dem Jenaer von 1913. Dort sprach er sich [1]) gegen den, namentlich von Pannekoek und dem damals Radikalsten der Radikalen, Lensch, verfochtenen Gedanken aus: es sei die Forderung auf Abrüstung fallen zu lassen — als unnütz nicht nur, weil das Wettrüsten zum Wesen des Kapitalismus gehöre und von ihm nicht zu trennen sei, sondern als schädlich und zweckwidrig auch, weil der Ruf nach Abrüstung von praktischem Kampf und von revolutionären Massenaktionen gegen den Imperialismus und dessen Begleiterscheinung, den Militarismus in allen seinen Formen, ablenke [2]). In Jena (1913) hinwiederum mahnte er zu größter Vorsicht gegenüber dem „Massenstreikfanatismus“ [3]) und trat wärmstens für die Gewährung republikanischer Autonomie für Elsaß-Lothringen und dessen staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen deutschen Bundesstaaten ein, als für das einzige wirksame „Mittel der Kriegshetze dies- und jenseits des Rheins ein Ende zu machen“ [4]). Der Ausbruch des Weltkrieges hat dann Gr. aus Deutschland und seiner engeren Heimat in die Schweiz getrieben, wo er als Korrespondent des Zentralorgans der französischen Sozialdemokratie, L'Humanité, unter dem Pseudonym Homo, tätig war: als solcher heftigst angefeindet ebensowohl von der deutschen sozialdemokratischen Mehrheitspartei, deren Haltung am 4. VIII. 1914 und nachher er bitter kritisierte, wie von den französischen Nationalisten, die in ihm wegen Ablehnung der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens mit Waffengewalt und nur mit Waffengewalt einen Verräter erblickten.

Allerdings hatte sich — wie die an erster Stelle genannte, dem Andenken von Jean Jaurès gewidmete Schrift lehrt — Gr.s Auffassung des Problems

1) Vgl. Protokoll d. Parteitags d. soz.dem. Partei Deutschlands 1912, S. 415/18, 421/23.

2) Ebenda, S. 423/25.

3) Vgl. Protokoll ... 1913, S. 312/13.

4) Ebenda, S. 459/61.

Elsaß-Lothringen gegenüber der früher von ihm vertretenen seit Ausbruch des Krieges und infolge desselben geändert. Nicht darauf könne es nun ankommen, das Land in einem Schwebezustand zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich zu erhalten — selbst wenn dieser in der Gewährung voller Unabhängigkeit und Neutralisierung zum Ausdruck käme. In einem solchen Falle würde „nur einer alten Wunde ein neues Pflaster aufgedrückt" und die beiden Provinzen ökonomisch und politisch nur zum Spielball der beiden benachbarten Großmächte. Volle Klärung des staatsrechtlichen Zugehörigkeitsverhältnisses sei also zu schaffen. „Deutschland oder Frankreich heiße die Losung!" (S. 19) — über welche die Bevölkerung, allein entscheidend, sich solle aussprechen können und aussprechen müssen. Während also die französischen bürgerlichen Parteien die Wiedergutmachung des Unrechts von 1871 durch Desannexion der beiden Provinzen forderten, die deutsche Sozialdemokratie aber in ihrer großen Mehrheit, ebenso wie die übrigen Parteien, dabei beharrten: die elsaß-lothringische Frage sei eine rein innerdeutsche, vertrat Gr. das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer; und zwar gleichermaßen vom sozialistischen Boden aus wie unter dem Gesichtspunkt der deutsch-französischen und der allgemein europäischen Interessen.

Daß diese — auch von der Mehrheit der französischen Sozialdemokratie vertretene — Anschauung auf stärksten Widerstand auf der einen wie auf der anderen Seite des Rheins stoßen würde, verhehlte sich Gr. nicht. Sein Appell galt ja besonders der deutschen Sozialdemokratie. Und er selbst war auch bemüht, die Beweise dafür zu sammeln: wie wenig Verständnis in Deutschland für das Selbstbestimmungsrecht der Völker bestünde — nicht nur in bürgerlichen, sondern auch in sozialistischen Kreisen. Diesem Nachweis ist die an zweiter Stelle genannte verdienstvolle Sammlung gewidmet.

Sie sowohl als auch die Einleitung zu ihr sind sehr lesenswert und sie wird als Quellenwerk dauernden Wert behalten für jeden, der sich mit der Geschichte des Weltkrieges und insbesondere mit der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu ihm und während seines Verlaufes befassen wird. Die Sammlung reicht bis in den Juni 1916. So erklärt es sich auch, daß den 370 S. „Annexionistische Kundgebungen" nur 85 „Antiannexionistische" gegenüberstehen. Nach dem Abschluß des Gr.schen Sammelwerks hat sich dieses Verhältnis beträchtlich verschoben.

Inzwischen ist der Krieg zum Abschluß gelangt — und es scheint, als ob nun der Annexionismus der im früheren Stadium Siegreichen durch einen nicht minder maßlosen der gegenwärtigen Sieger abgelöst werden sollte. Von der Befragung der Elsaß-Lothringer, die übrigens nur formelle Bedeutung hätte, da über ihren Ausfall kein Zweifel obwalten kann, ist auch keine Rede. Nichtsdestoweniger, ja ebendeshalb wird auch Gr.s erste Schrift seinen Wert als Kriegsdokument behalten.

Wien CARL GRÜNBERG.

James Guillaume, Karl Marx Pangermaniste et l'Association Internationale des Travailleurs de 1864 à 1870. Paris, Armand Colin 1915. IV u. 107 S. (1.50 fr.)

Edmond Laskine, Les socialistes du Kaiser. La fin d'un mensonge. Paris, H. Floury 1915. 80 S.

Derselbe, L'Internationale et le Pangermanisme. Paris, ebenda 1916. 8°. IX u. 473 S. (6 fr.)

Arturo Salucci, Il tradimento di Marx. Milano, Ravà & Co. 1915. 66 S. (60 cent.)

Lauter Tendenz- und Schimpfschriften, wie ihrer der Krieg nur allzuviele auf beiden kämpfenden Seiten gezeitigt hat. Ihr Inhalt wird wohl am besten durch das Titelblatt des Saluccischen Pamphlets gekennzeichnet: es zeigt ein fast bis zur Unkenntlichkeit durchstrichenes Bildnis von Marx. Und in der Tat handelt es sich ebensowohl bei Guillaume wie Laskine und Salucci ausschließlich um eine Verunglimpfung von Marx, den sie insgesamt als einen „Agenten des preußischen Militarismus" darzustellen bemüht sind.

Der ehrlichste dieser Marx-Hasser ist zweifellos der alte Bakunist Guillaume. Seine Gegnerschaft gegen den siegreichen Antagonisten seines Meisters Bakunin ist seit Jahrzehnten als echt allgemein bekannt und von ihm neuerdings in der von ihm veranstalteten Gesamtausgabe der Werke Bakunins in schärfster Weise zum Ausdruck gebracht worden. So ist es denn durchaus glaublich, daß — wie er im Vorwort (S. I f.) mitteilt — die angezeigte Schrift bereits vor Kriegsbeginn abgeschlossen vorlag. Sie sollte die Einleitung bilden zu einer Neuausgabe der drei berühmten Prozesse der Pariser Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation aus den Jahren 1868 bis 1870, die für den 50. Jahrestag der Gründung der Internationale geplant war, jedoch infolge des Kriegsausbruches vorläufig zurückgestellt werden mußte. Die Einleitung glaubte aber Guillaume trotzdem oder besser: gerade deshalb dem französischen Publikum nicht vorenthalten zu sollen. Nur den ursprünglichen Titel: Introduction historique, hat er in den den Zeitverhältnissen angepaßt klingenderen: Marx, pangermaniste, abgeändert — ein Ausfluß der Kriegspsychose, der etwas naiv wirkt, da Guillaume selbst uns von ihm berichtet (S. II).

Im übrigen will der Verfasser zweierlei beweisen:

1. daß Marx zu Unrecht als Gründer der Internationale ausgegeben wird. Mit den Vorbereitungsarbeiten für sie in der Zeit von 1862 bis zum September 1864 habe er nichts zu tun gehabt. Erst als das Werk zum Gusse fertig war, habe er sich dessen Initiatoren angeschlossen oder vielmehr aufgedrängt und es sodann, von allem Anfang an, zu einem Instrument persönlichen Ehrgeizes machen wollen. Damit habe er nun freilich in Frankreich keine Gegenliebe gefunden und ebendeshalb seit 1865 nicht aufgehört, die französischen Arbeiter herabzusetzen und 1870 nach der Begründung der dritten Republik in Paris diese zu beschimpfen;

2. unter Marxens Einfluß sei die deutsche Sozialdemokratie von Anbeginn an eine imperialistische, kaiserliche Partei gewesen: mit dem Ziele der Schaffung eines zentralisierten Deutschland, und sei es auch mit Hilfe des preußischen Militarismus und Bismarcks. 1870 hätten denn auch Marx und Engels, als echte Patrioten vor allem, die Siege der deutschen Heere freudigst begrüßt, weil sie die Vormacht des deutschen Proletariats über das französische schüfen und den Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland hin verlegten. Sie hätten deshalb auch, und noch dazu im Namen des Generalrats der Internationale, versucht, dem französischen Proletariat die Fortsetzung des Widerstandes gegen die deutsche Invasion zu widerraten. Nachmals freilich, angesichts seines heroischen Widerstandes, habe Marx seine Auffassung revidiert und es — allerdings erst fünf Monate nach Bakunin — ausgesprochen, daß Frankreich nicht nur für seine eigene nationale Unabhängigkeit kämpfe, sondern zugleich auch ebensowohl für die Freiheit Deutschlands selbst wie Europas überhaupt. „Kann aber diese Palinodie diese Schmähungen von 1870 verwischen?" (S. 106.)

Diese beiden von Guillaume verfochtenen Thesen macht sich auch Laskine, unter Anwendung derselben auch auf die Zeit nach 1871 und während des Weltkrieges, vorbehaltlos zu eigen.

Seine Schrift *Les socialistes du Kaiser*, von deren neun Kapiteln die ersten acht ursprünglich in dem bekannten weitverbreiteten Pariser Tageblatt *Le Matin* erschienen sind, ist der Zerstörung der vor dem Krieg innerhalb der französischen Sozialdemokratie unumschränkt herrschenden Unterscheidung zwischen einem imperialistischen und einem sozialistischen Deutschland gewidmet. Die Umfälschung des letzteren und seine Überschätzung als „Blüte der Menschheit, Hoffnung der Kultur und sicherste Bürgschaft des internationalen Friedens" (S. 78) habe das vertrauenselige Frankreich an den Rand des Abgrundes gebracht. Deutschland habe nicht einen Sozialismus auf Lager, sondern zwei: „einen militaristisch-chauvinistischen *zu eigenem Gebrauch* . . . und einen antimilitaristisch-pazifistischen, der *zum Export bestimmt*, die anderen Nationen täuschen und vergiften soll". Es sei eben „dieser zweigesichtige Sozialismus nichts anderes, als eines der Mittel und Werkzeuge pangermanistischer Eroberungssucht" (S. 79). Der 4. VIII. 1914 und die gesamte Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Kriege und während desselben hätten darüber helles Licht verbreitet. Für den französischen Sozialismus bleibe daher — wolle er nicht seine Zukunft vollständig preisgeben — nur eines übrig: „sich entschlossen von deutscher Vormundschaft und deutschen Einflüssen zu befreien" (S. 7). D. h. also auch und vor allem, sich von den „Propheten der deutschen Sozialdemokratie", Marx und Engels, freizumachen. Und nun folgen die Beweise für den Pangermanismus und Militarismus der beiden (Cap. VIII—IX) — denn eines ohne das andere hieße, das Ziel wollen und die Mittel zu dessen Erreichung verschmähen (S. 71) —, wobei festgestellt sein mag, daß das wissenschaftliche und literarische Niveau Laskines weit unter demjenigen Guillaumes bleibt.

Kennt man des letzteren Schrift und die eben besprochene von LASKINE, so kann man sich die Lektüre von dessen Buch L'Internationale et le Pangermanisme, auch unter dem Gesichtspunkt seiner Bedeutung als charakteristisches Dokument der Weltkriegspsychose, ruhig ersparen. Denn es bringt nur die Detailausfüllung des bereits in der um ein Jahr älteren Broschüre abgesteckten Rahmens. Diese Ausfüllung ist mit einem enormen Aufwand an Gelehrsamkeit erfolgt. LASKINE verwertet alle möglichen, deutschen und außerdeutschen Schriften aus der Zeit vor dem Kriege und nach dessen Aufflammen. Verwertet, d. h. er zitiert sie, wenn und soweit es ihm paßt. Es entsteht so ein Zerrbild, das, auch schon in seiner primären Form, im Zentralorgan der französischen Sozialdemokratie L'Humanité sofort und schärfste Zurückweisung erfahren hat — was LASKINE mit dem Hinweis auf die dem Blatte durch die Bruderparteien in Deutschland und Österreich im Jahre 1906 gewährte Geldunterstützung quittiert (S. 220).

LASKINE war vor dem Kriege ein ernster Wissenschaftler und als solcher auch den Lesern dieses Archivs durch seine wiederholten Beiträge für dasselbe, namentlich durch seine beiden Abhandlungen: „Die Entwicklung des juristischen Sozialismus“ (III, 17/70) und „Zur Geschichte des sozialen Torysmus“ (V, 38/88) bekannt. Wie so viele andere hat der Krieg auch ihn verwildert. Vielleicht aber wird man ihm mildernde Umstände zubilligen, wenn man nicht nur an Fälle gleicher Verwilderung auf deutschem Boden und durch deutsche Gelehrte, sondern auch daran denkt, für was alles MARX und ENGELS während des Krieges von deutschen Sozialisten als Eideshelfer herangezogen worden sind. Haben nicht auch solche die beiden Meister förmlich als alldeutsche Imperialisten ausstaffiert und dabei, genau so wie die ausländischen LASKINES und SALUCCIS, mit unvollständigen oder aus dem — sachlichen oder stilistischen — Zusammenhange gerissenen Zitaten manipuliert? Ist nicht auch in Deutschland und Deutschösterreich, unter Berufung auf die alleinrichtige Auffassung der MARX-ENGELSschen Theorien, gewaltsam-organisatorischem Zusammenschluß selbständiger Klein- mit Großstaaten zu einheitlichen Groß-Wirtschaftsgebieten als einem Anwendungsfall der Zurückdrängung von inferiorem Kleinbetrieb durch den überlegenen Großbetrieb das Wort geredet worden? Haben nicht auch deutsche Sozialisten, mit LASKINE, unzählige Male behauptet, daß „der Gedanke einer Internationale, die den Sozialisten aller Länder imperativ gebietend auftritt, für alle Zukunft als widersinnig erkannt (sei), daß es fortan nur mehr nationale Sozialismen gebe und geben könne“? (S. 461). Die Zubilligung mildernder Umstände kann jedoch selbstverständlich keine Verschiebung des wissenschaftlichen Werturteils bewirken.

Ganz in denselben Geleisen wie GUILLAUME und LASKINE bewegt sich auch SALUCCI. Immerhin ist ihm — wenigstens vor LASKINE — ein Vorzug zu eigen: er faßt sich kurz.

Wien. CARL GRÜNBERG.

HUGO BALL, Almanach der Freien Zeitung 1917—1918. Herausgegeben und eingeleitet von Bern, Der Freie Verlag 1918. XIV u. 305 S.

Am 14. IV. 1917 erschien erstmals in Bern ein neues Blatt: Die Freie Zeitung. Unabhängiges Organ für demokratische Politik. Als ihr programmatisches Ziel proklamierte es die Verteidigung der „Prinzipien der demokratisch-republikanischen Völkerrechte . . ., die bisher im deutschen Sprachgebiete noch keine Verteidiger gefunden haben" und nicht einmal in der Schweiz, wo sie „theoretisch den Grundstein des . . . Staatswesens bilden . . ., in die politischen Sitten übergegangen sind". Als schuldig an jeglichem Krieg und also auch am Weltkrieg seien „Dynastien oder kleine Gruppen" anzusehen. Ein Völkerbund zur Sicherung und Aufrechterhaltung des Friedens sei also nur möglich, wenn die schon von KANT formulierte Forderung verwirklicht sei: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein." Mit Recht fordere daher auch WILSON als Voraussetzung für die Aufnahme eines Volkes in den Völkerbund seine Demokratisierung und die Beseitigung der autokratischen Regierungen. So betrachtet, erscheine der Weltkrieg als „Krieg gegen Autokratie und Despotismus, gegen Gottesgnadentum und dynastische Regierungsmethoden" — also auf seiten der Mächtegruppe, die für die Demokratie kämpften und nur auf ihrer Seite, als gerechter Krieg. Diese Auffassung bringe in keiner Art „Deutschfeindlichkeit" oder „Ententefreundlichkeit" zum Ausdrucke. Handle es sich ja nicht um Sieg oder Niederlage von Völkern, sondern einzig und allein von Regierungssystemen. Der Triumph der Autokratie müsse den in künstlicher Unmündigkeit erhaltenen Völkern Zentraleuropas ebenso unheilvoll sein, wie die Niederlage ihnen Segen, weil Freiheit und Selbstregierung bringen (S. 3—5).

Daß die Freie Zeitung heftige Anfechtung durch die reichsdeutsche und die den Zentralmächten freundliche Schweizer Presse sowie durch die Vertreter der deutschen Regierung in der Schweiz erfuhr, ist um so verständlicher, als dem Blatte von vornherein und die ganze Zeit hindurch die Schuldfrage als die Kardinalfrage des Weltkrieges erschien und es sie schlechthin zu ungunsten der Mittelmächte beantwortete. Auch den Schweizer Bundesbehörden wurde sie unbequem. Und schließlich versuchte sogar, im August 1917, die Bundesanwaltschaft, gegen sie einzuschreiten — allerdings erfolglos (S. 5—12).

Der Almanach reproduziert aus ihr die „prinzipiell wichtigsten Beiträge und Äußerungen zunächst soweit sie den Umkreis der deutsch-demokratischen Interessen bezeichnen". Diese Sammlung ist sehr dankenswert. Bringt sie ja jenen, die sich mit der Geschichte des Weltkrieges befassen, ein sonst nur schwer zugängliches Material näher: ein Material, das nicht nur für den politischen, sondern auch für den Historiker des Sozialismus interessant ist, soweit er sich mit der Stellung der Internationale zum Weltkrieg beschäftigt. Ich verweise speziell auf die Artikel: „Aufruf der soz.dem. Partei Serbiens zur Errettung des serbischen Volkes vor völligem Untergang" (S. 56/66); „Wolfgang Heine" (S. 193/98); „Die Zimmerwäldler" (S. 201/07); „Offener Brief an Ulianow Lenin" (S. 207/11).

Wien. CARL GRÜNBERG.

WILLIAM ENGLISH WALLING, The socialists and the war. A documentary statement of the position of the socialists of all countries; with special reference to their peace policy. Including a summary of the revolutionary State social measures adopted by the Governement at war. New York, Henry Holt & Co. 1915. XII u. 512 S. (geb. 1.50 Doll.).

A. W. HUMPHREY, International socialism and the war. London, P. F. King & Son Ltd. 1915. VII u. 167 S. (geb. 3½ sh.).

Wie der Titel schon der beiden vorstehend angezeigten Werke lehrt, deckt sich ihr Plan zum Teil mit demjenigen, den ich in meiner, in diesem Archiv (VI/VII) begonnenen Materialiensammlung über Die Internationale und der Weltkrieg — von der die Erste Abteilung auch in einer Sonderausgabe für den Buchhandel (1916) vorliegt — zu verwirklichen bemüht bin.

Auch WALLING vor allem will „alle notwendigen Materialien beibringen, um ein Urteil zu ermöglichen über die große Frage nach der Stellung der Sozialisten aller Länder zum Kriegs- und Friedensproblem und insbesondere zum Problem des gegenwärtigen Kriegs und des Friedens, der ihm folgen soll" (S. III); also namentlich auch über die während des Krieges zutage getretenen Bestrebungen der sozialistischen Parteien, ihn zu beendigen; und über den Inhalt ihrer Friedenspolitik. W. greift jedoch in zwiefacher Beziehung über diesen Rahmen hinaus. Stofflich vor Allem, indem er Materialien in seine Sammlung einbezieht, die Auskunft über die Frage geben sollen: ob und inwieweit der Krieg in den von ihm erfaßten Staaten — im Augenblick, da das W.sche Buch erschien, Mai 1915, fehlten unter ihnen noch Italien, Bulgarien, Rumänien, Portugal und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, sowie die übrigen amerikanischen Staaten und China — eine Verwaltungstätigkeit sozialistischen Gepräges gezeitigt habe? (Kap. XXXI S. 479/500.) Sodann aber auch durch die Art der gewählten Stoffbehandlung und die hieran anschließende Darstellung, die mit dem Jahre 1870 einsetzt und bis zum April 1915, also in den zehnten Kriegsmonat hinein, reicht. W. begnügt sich nämlich mit bloßer Sammlung und Reproduzierung der nach Ländern gruppierten Kundgebungen der sozialistischen Parteien beziehungsweise der Internationale nicht, sondern bietet zugleich auch schon in gewissem Maße eine Kritik und Synthese. So werden denn auch in die Darstellung Tatsachen und Vorgänge einbezogen, die nicht unmittelbar mit dem eigentlichen Gegenstand der Darstellung zusammenhängen, so z. B. für Deutschland die Zaberner Affaire von 1913, die Reichstagsdebatten über Militarismus und auswärtige Politik, der ROSA LUXEMBURG-Prozeß. Gerade dies macht aus dem W.schen Buch ein dauernd interessantes und lehrreiches Dokument aus dem ersten Kriegsjahre. Gewährt es doch wertvolle Aufschlüsse über die Stimmung innerhalb der sozialistischen Kreise der nordamerikanischen Union zu einer Zeit, da diese noch weit von einer aktiven Teilnahme an der Weltkatastrophe entfernt war.

Bedürfnissen der Aufklärung ist auch die HUMPHREYsche Schrift ent-

sprungen. Sie ist weit weniger breit angelegt und auch weniger reichhaltig als die W.sche. Sie schließt auch schon Ende Dezember 1914 ab. Am ausführlichsten ist in ihr natürlich die britische Auffassung (S. 108/140) behandelt, was ihr einen ähnlichen kriegsdokumentarischen Wert für England gibt, wie der W.schen für die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Beiden besprochenen Werken sind Register beigegeben die ihre Benützung erleichtern. Ganz vortrefflich ist das W.sche Register.

Wien. CARL GRÜNBERG.

Anfragen und Nachweise.

Das „Archiv" richtet, wie einmal früher schon (III, 569), neuerdings die Bitte an die Leser, von dieser Rubrik möglichst häufigen Gebrauch zu machen.

Wir erhalten folgende Anfragen:

1. Wann und von wem wurden die Ausdrücke Diktatur des Proletariats und Sozialdemokratie erstmals gebraucht?
2. Seit wann gilt die Rote Fahne als Symbol der modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung? E. B.
3. Existiert über FLORA TRISTAN, die Verfasserin von „Union ouvrière" irgend eine Abhandlung in deutscher Sprache? M. K.

